Beginn: 4.08 Uhr

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Meine Damen und Herren, ich eröffne die 17. Sitzung des Vermittlungsausschusses.

Wir haben zunächst die Anwesenheit festzustellen.

(Feststellung der Anwesenheit)

Ich rufe den einzigen Tagesordnungspunkt auf:

> Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

Dies ist die zweite Sitzung zu dem Gesetz.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich beantrage erneut, das Gesetz zu bestätigen und das Verfahren in der nächsten Sitzung zu beenden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wer ist dafür, das Gesetz zu bestätigen? - 16 Stimmen. Wer ist dagegen? - 16 Stimmen.

Damit ist auch der zweite Einigungsversuch gescheitert.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 4.10 Uhr)

Vermittlungsausschuss

17. Sitzung (15. WP/2003)

(Artikel 77 Abs. 2 GG)

Bundesrat
Stenografischer Dienst

S t e n o g r a f i s c h e s P r o t o k o l l

der 17. Sitzung des Vermittlungsausschusses
des Deutschen Bundestages und des Bundesrates
am Montag, den 15. Dezember 2003, 4.08 Uhr
Berlin

Vorsitz: Bgm Dr. Henning Scherf (HB)

Es waren anwesend:

vom Deutschen Bundestag:

Abg. Klaus Brandner
Abg. Norbert Geis
Abg. Hans-Joachim Hacker
Abg. Joachim Hörster
Abg. Volker Kauder
Abg. Eckart von Klaeden
Abg. Nicolette Kressl
Abg. Werner Kuhn (Zingst)
Abg. Wolfgang Meckelburg
Abg. Michael Müller (Düsseldorf)
Abg. Franz Müntefering
Abg. Joachim Poß
Abg. Ortwin Runde
Abg. Krista Sager
Abg. Gudrun Schaich-Walch
Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Abg. Ludwig Stiegler
Abg. Carl-Ludwig Thiele

vom Bundesrat:

Minister	Gerhard Stratthaus	Baden-Württemberg
Staatsminister	Erwin Huber	Bayern
Senator	Dr. Thilo Sarrazin	Berlin
Ministerpräsident	Matthias Platzeck	Brandenburg
Präsident des Senats, Bürgermeister	Dr. Henning Scherf	Bremen
Senator	Dr. Wolfgang Peiner	Hamburg
Ministerpräsident	Roland Koch	Hessen
Ministerin	Sigrid Keler	Mecklenburg-Vorpommern
Ministerpräsident	Christian Wulff	Niedersachsen
Ministerpräsident	Peer Steinbrück	Nordrhein-Westfalen
Staatsminister	Gernot Mittler	Rheinland-Pfalz
Ministerpräsident	Peter Müller	Saarland
Ministerpräsident	Prof. Dr. Georg Milbradt	Sachsen
Ministerpräsident	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer	Sachsen-Anhalt
Minister	Dr. Ralf Stegner	Schleswig-Holstein
Ministerpräsident	Dieter Althaus	Thüringen

weitere Teilnehmer:

Bundesminister	Wolfgang Clement	BMWA
Staatsminister	Rolf Schwanitz	BK
Parl. Staatssekretär	Karl Diller	BMF
Parl. Staatssekretärin	Dr. Barbara Hendricks	BMF
Parl. Staatssekretär	Franz Thönnes	BMGS

Seite

TAGESORDNUNG

Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze 2

* * *

Vermittlungsausschuss

(Artikel 77 Abs. 2 GG)

6. Fortsetzung der 12. Sitzung
5. Fortsetzung der 15. Sitzung
4. Fortsetzung der 16. Sitzung
18. Sitzung (15. WP/2003)

Bundesrat

Stenografischer Dienst

S t e n o g r a f i s c h e s P r o t o k o l l

der 6. Fortsetzung der 12. Sitzung*),

der 5. Fortsetzung der 15. Sitzung),**

der 4. Fortsetzung der 16. Sitzung*)**

und der 18. Sitzung des Vermittlungsausschusses

des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

am Dienstag, den 16. Dezember 2003, 17.00 Uhr

Berlin

Vorsitz: Bgm Dr. Henning Scherf (HB)

Es waren anwesend:

vom Deutschen Bundestag:

Abg. Prof. Dr. Maria Böhmer	Abg. Franz Müntefering
Abg. Norbert Geis	Abg. Joachim Poß
Abg. Hans-Joachim Hacker	Abg. Ortwin Runde
Abg. Volker Kauder	Abg. Krista Sager
Abg. Eckart von Klaeden	Abg. Gudrun Schaich-Walch

---

* *) 12. Sitzung am 13.11.2003, 1. Fortsetzung am 26.11.2003, 2. Fortsetzung am 10.12.2003, 3. Fortsetzung am 11.12.2003, 4. Fortsetzung am 12.12.2003, 5. Fortsetzung am 14.12.2003

* **) 15. Sitzung am 26.11.2003, 1. Fortsetzung am 10.12.2003, 2. Fortsetzung am 11.12.2003, 3. Fortsetzung am 12.12.2003, 4. Fortsetzung am 14.12.2003

***) 16. Sitzung am 10.12.2003, 1. Fortsetzung am 11.12.2003, 2. Fortsetzung am 12.12.2003, 3. Fortsetzung am 14.12.2003

Abg. Werner Kuhn (Zingst)	Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Abg. Wolfgang Meckelburg	Abg. Ludwig Stiegler
Abg. Ulrike Mehl	Abg. Carl-Ludwig Thiele

vom Bundesrat:

Minister	Gerhard Stratthaus	Baden-Württemberg
Staatsminister	Erwin Huber	Bayern
Senator	Dr. Thilo Sarrazin	Berlin
Ministerpräsident	Matthias Platzeck	Brandenburg
Präsident des Senats, Bürgermeister	Dr. Henning Scherf	Bremen
Senator	Dr. Wolfgang Peiner	Hamburg
Staatsminister	Dr. Christean Wagner	Hessen
Ministerin	Sigrid Keler	Mecklenburg-Vorpommern
Ministerpräsident	Christian Wulff	Niedersachsen
Ministerpräsident	Peer Steinbrück	Nordrhein-Westfalen
Staatsminister	Gernot Mittler	Rheinland-Pfalz
Ministerpräsident	Peter Müller	Saarland
Ministerpräsident	Prof. Dr. Georg Milbradt	Sachsen
Minister	Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué	Sachsen-Anhalt
Minister	Dr. Ralf Stegner	Schleswig-Holstein
Ministerpräsident	Dieter Althaus	Thüringen

weitere Teilnehmer:

Bundesminister	Wolfgang Clement	BMWA
Staatsminister	Rolf Schwanitz	BK
Parl. Staatssekretär	Karl Diller	BMF
Parl. Staatssekretärin	Dr. Barbara Hendricks	BMF
Parl. Staatssekretär	Franz Thönnes	BMGS

Seite

TAGESORDNUNG

I.

6. Fortsetzung der 12. Sitzung

1. Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen 2

2. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt 2

3. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch 2

4. Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2004 - HBeglG 2004) 2

5. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit 2

6. Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz 2

7. Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerreformgesetz - GewStRefG) 2

II.

5. Fortsetzung der 15. Sitzung

Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt 2

Seite

III.

4. Fortsetzung der 16. Sitzung

1. Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt 2

2. Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze 2

3. Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze 2

4. Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften 2

IV.

18. Sitzung

Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze 2

* * *

Beginn: 17.57 Uhr

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie zu unserer "Aufräumsitzung" und hoffe, wir können mit frischen Kräften ans Werk gehen.

Wir beginnen mit der Feststellung der Anwesenheit.

(Feststellung der Anwesenheit)

Tagesordnungspunkte:

I.1. Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen

I.2. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

I.3. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch

I.4. Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2004 - HBeglG 2004)

I.5. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit

I.6. Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz

I.7. Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerreformgesetz - GewStRefG)

II. Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt

III.1. Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

III.2. Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze

III.3. Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

III.4. Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften

IV. Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

Nun müssen wir uns darauf verständigen, wie wir vorgehen sollen. Es gibt ein riesiges Konvolut von Vorlagen. Ich habe mir sagen lassen, dass dazu eine ganze Reihe von Fragen besteht.

Herr Schmitt hat Ihnen eine Liste vorgelegt; das ist eine Arbeitshilfe. Können wir so verfahren, wie er es uns empfiehlt, indem wir zuerst den Themenkomplex "Finanzen und Steuern", beginnend mit dem Haushaltsbegleitgesetz, und anschließend

den Themenkomplex "Wirtschaft und Arbeit" aufrufen? Zu jedem der aufgerufenen Gesetze können Fragen gestellt, Änderungen erörtert und Klärungen herbeigeführt werden.

Abg. Volker Kauder: Herr Vorsitzender, wir sind mit der vorgelegten Liste einverstanden; denn sie gibt uns die Möglichkeit, gleich zu Anfang eine Frage zu stellen, die gegenwärtig im Zusammenhang mit dem Haushaltsbegleitgesetz "herumwabert". Sie lautet: Was ist mit den Berechnungsgrundlagen für das Vorziehen der Steuerreform? Sind dabei Rechenfehler passiert oder nicht? Darüber sollten wir zunächst einmal sprechen; denn davon hängt natürlich alles Weitere ab.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Vorsitzender! Ich bitte darum, die Frage etwas zu spezifizieren. Was meinen Sie mit "Rechenfehlern"?

MP Christian Wulff (NI): In dem Gespräch der Parteivorsitzenden mit Vertretern des Vermittlungsausschusses ist über das mögliche und verantwortbare Entlastungsvolumen diskutiert worden. Wir waren uns einig, dass wir die verschobene Steuerreformstufe 2003 im Jahre 2004 in Kraft treten lassen und das hälftige Volumen des Entlastungsbetrages 2005 auf das Jahr 2004 vorziehen; die Hälfte von 15,6 Milliarden Euro sind 7,8 Milliarden Euro. Es hieß in der Besprechung, man wolle ein Entlastungsvolumen von an die 8 Milliarden Euro vorziehen. Die Frage war, mit welchen Steuersätzen das zu realisieren sei nach dem Motto: ein Spitzensteuersatz von eventuell 44 % und ein Eingangssteuersatz von unter 17 %; denn 17 % waren für den 1. Januar 2004 ohnehin beschlossen.

Das Bundesfinanzministerium wurde vom Kollegen Steinbrück gebeten zu ermitteln, welche Steuersenkung zum 1. Januar 2004 das Vorziehen eines Entlastungsvolumens von rund 8 Milliarden Euro zulasse. Nach längerer Zeit und mehreren unterschiedlichen Berechnungen, die Sie in die Besprechung eingeführt haben - sie wurden uns nicht ausgehändigt, sondern nur mündlich vorgetragen -, hieß es, dass die Steuern mit einem Entlastungsvolumen von an die 8 Milliarden Euro auf einen Eingangssteuersatz von 16 % und einen Spitzensteuersatz von 45 % - leider nicht, wie wir hofften, von 44 % - gesenkt werden können. Darauf haben wir uns verständigt.

Sodann wurde, denke ich, von der Sache her korrekt und auf Grund Ihrer Berechnungen richtig verlautbart, dass sich, verbunden mit der Anhebung des Grundfreibetrages - er steht heute in der "Bild"-Zeitung, ist aber auch anderswo veröffent-

licht worden -, auch für untere Einkommen eine Entlastung ergibt, die besonders kaufkraftbezogen ist. Das war die Begründung des Kompromisspapiers Bremens und Hamburgs, in dem die unterschiedlichen Berechnungsmodelle dargestellt wurden.

Faktisch ergibt nun die Berechnung in den Finanzministerien der Ländern, dass nicht 7,78 Milliarden Euro, sondern 9 Milliarden 60 Millionen Euro kassenwirksam sind, woraus sich nach niedersächsischen Berechnungen gegenüber der zu Grunde liegenden Kompromisslage eine Mehrbelastung von 509 Millionen Euro für die Länder und von 195 Millionen Euro für die Kommunen ergibt. Für Länder und Kommunen in Deutschland wird also eine zusätzliche Belastung auf Grund von Steuereinnahmeausfällen von insgesamt 704 Millionen Euro auftreten, die dem Kompromiss nicht zuzuordnen sind.

Dementsprechend kann aus meiner Sicht nicht die Aussage des Kanzlers gelten, die Privatisierungserlöse halbieren zu wollen mit der Folge, dass dem Bund einerseits und den Ländern andererseits jeweils 2,7 Milliarden Euro zustehen. Dann muss es vielmehr bei der ursprünglichen Absicht der Bundesregierung bleiben, der Bundesebene 2 Milliarden Euro an Privatisierungserlösen zu geben und die darüber hinausgehenden 3,3 Milliarden Euro den Kommunen und Ländern zur Verfügung zu stellen, um diesen Rechenfehler auszugleichen. Dazu sehe ich keine Alternative. Da wir heute Abend über tausend Dinge reden, müssen wir über diesen Punkt am Anfang sprechen.

Dieses Rechenbeispiel hätte der Runde vorgetragen werden müssen. Dann hätten wir in der B-Runde darüber sprechen können, ob wir ein Entlastungsvolumen von mehr als 9 Milliarden Euro statt von rund 8 Milliarden Euro verkraften können. Das scheitert bei uns schon daran, dass wir das allen Beteiligten bekannte Ziel, 25 % über Schulden zu finanzieren, jetzt nicht mehr erreichen können. Wir können nicht mit Zahlen operieren, die objektiv falsch sind. Ich denke, das betrifft das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Bundesfinanzministeriums. Frau Hendricks, Sie haben die Berechnungen in die Besprechung hineingereicht, und darauf müssen wir uns verlassen können; sonst sind wir verlassen.

StM Erwin Huber (BY): Herr Vorsitzender, ich darf die Staatssekretärin bitten, dem Vermittlungsausschuss die gesamten Berechnungsgrundlagen, die sich aus dem Bundeshaushalt 2004 ergeben, d. h. die dort veranschlagte Entlastung für die zweite und die dritte Stufe sowie die Differenz darzustellen, die sich aus der am Sonntag vorgenommenen Veränderung der Steuersätze ergibt. Anhand dieser drei Zahlen kann man ein Ergebnis errechnen. Ich bitte darum, die Frage zu beantworten, wie viel im

Bundeshaushalt für die zweite und die dritte Stufe veranschlagt ist und wie sich die dritte Stufe durch die Modifizierung der Steuersätze verändert.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ihre Frage kann ich selbstverständlich nicht aus dem Kopf beantworten; dazu muss ich meine Fachleute befragen.

Ich will zunächst auf das eingehen, was Herr Ministerpräsident Wulff gesagt hat. Ich darf darauf hinweisen, dass ich, als ich den Parteivorsitzenden geantwortet habe, auch gesagt habe: Das ist zu dieser Nachtzeit selbstverständlich eine gegriffene Größe.

Ich darf wiederholen: Ich hatte den Auftrag, die Verringerung der Gesamtentlastung 2004 von 22,8 Milliarden Euro um 7,8 Milliarden Euro auszurechnen. Ich wurde gefragt, mit welchem Eingangssteuersatz und mit welchem Spitzensteuersatz dies darstellbar sei. Ich habe geantwortet - der Zettel, den ich in der Hand habe, trägt das Datum von gestern, 15. Dezember, 1.30 Uhr -: Eine solche Verringerung der Entlastung lässt sich mit einem Eingangssatz von 16 v. H. und einem Höchstsatz von 45 v. H. darstellen. Der Grundfreibetrag wird entsprechend dem Einkommensteuertarif 2005 auf 7 664 Euro erhöht. - Dies habe ich vorgelesen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Herren Ministerpräsidenten Stoiber und Milbradt anwesend. Sie haben gesagt: "Okay, dann machen wir das so."

Natürlich bezieht sich eine solche Frage immer auch auf das Entstehungsjahr. Angaben, die wir zum Steuereinnahmeausfall machen, beziehen sich regelmäßig auf Entstehungsjahrrechnungen. Das, was Sie, Herr Ministerpräsident Wulff, vorgetragen haben, ist eine zutreffende Bezeichnung des Rechnungsjahres 2004.

(MP Christian Wulff (NI): Dann kommen wir auf 8,93 Milliarden Euro!)

- Ja, das ist richtig. Im Entstehungsjahr 8,93, im Rechnungsjahr 9,06.

(MP Christian Wulff (NI): Die Kassenwirkung!)

- Das Rechnungsjahr und damit die Kassenwirkung ist 9,06. Das ist keine Frage. Das bestreite ich überhaupt nicht.

Ich habe eine zutreffende Aussage gemacht, sofern dies mitten in der Nacht möglich ist, ohne dass man auf die Kapazitäten des gesamten Hauses zurückgreifen kann. In Umsetzung dessen, was gestern in der Frühe beschlossen worden ist, ist genau dieser Tarif mit einem entsprechenden Eingangssteuersatz und einem Spitzensteuersatz errechnet worden. Dazwischen muss ein Tarif verlaufen, für den eine Tarifformel erstellt werden muss. Das ist erfolgt.

Im Rechnungsjahr kommt es in der Tat zu einer Entlastung von 15,2 Milliarden Euro, nicht von 15 Milliarden Euro. Aber das ist eine Größenordnung, die nicht beeinflussbar ist, wenn man eine Tarifformel erstellt. Man muss einen sinnvollen Tarif machen; er darf nicht mehrere Sprünge aufweisen. Wenn man mehrere Sprünge oder Stufen einbaute, hätte man glatt 15 Milliarden Euro. Das könnte man tun; aber das ist bei einer Tarifformel nicht möglich. Deswegen ist der vorgelegte Tarif sinnvoll.

Ich darf im Übrigen darauf hinweisen, dass die Berechnung mit Ländervertretern, insbesondere mit dem Rechner des Landes Hamburg, rechnerisch abgestimmt worden ist. Die Zahlen werden nicht bestritten.

Die Finanzierung der vorgezogenen Steuerentlastung 2004 erfolgt auf folgende Weise:

Privatisierung für den Gesamtstaat: 5,3 Milliarden Euro; davon für Länder und Gemeinden 2,65 Milliarden.

Haushaltsbegleitgesetz: insgesamt 989 Millionen; Länder und Gemeinden 563 Millionen.

Koch/Steinbrück (Steuerseite): insgesamt 565; Länder und Gemeinden 272.

Gewerbesteuer: insgesamt 225; Länder und Gemeinden - hier muss man richtigerweise sagen: Gemeinden - 1 400.

Summe: 7 Milliarden 79 Millionen insgesamt; 4 Milliarden 885 Millionen Länder und Gemeinden.

Belastung durch die vorgezogene Steuerentlastung (kassenwirksam): kassenwirksames Jahr 2004 9,06 Milliarden.

Finanzierungsquote für den Gesamtstaat: 78,1.

Länder und Gemeinden: Belastung durch die vorgezogene Steuerentlastung 4,942. Finanzierungsquote 98,8. - 98,8 zu Gunsten von Ländern und Gemeinden.

Als Vertreterin der Bundesregierung muss ich mich bei Wertungen zurückhalten. Ansonsten würde mir einiges einfallen, was sich auf die Äußerungen von Herrn Kollegen Wulff hin sagen ließe.

(MP Christian Wulff (NI): Soll der Kanzler zurücktreten, der das verhandelt hat?)

- Herr Kollege Wulff!

MP Peer Steinbrück (NW): Der Auftrag aus der Runde der Parteivorsitzenden und der Mitglieder des Vermittlungsausschusses an den BMF in Gestalt der Parlamentarischen Staatssekretärin lautete: Bei welchem Tarif, bei welchem Eingangssteuersatz und bei welchem Spitzensteuersatz, landen wir bei einem Entlastungsvolumen von 15 Milliarden Euro? Das ist die Frage, die gestellt worden ist. Sie ist ziemlich präzise dahin gehend beantwortet worden, dass der Spitzensteuersatz 45 % und der Eingangssteuersatz 16 % beträgt und dass es in Vorziehung auf den 1. Januar 2004 bei dem Freibetrag für 2005 bleiben kann. Das ist die konkrete Antwort auf die präzise Frage gewesen. In der Tat hat insbesondere Ministerpräsident Stoiber darauf so reagiert, wie Frau Kollegin Hendricks es beschrieben hat.

Zweite Bemerkung. Herr Wulff, wenn ich mir vorstelle, dass wir heute, nach der Sitzung von Sonntag auf Montag, damit anfangen, dem Bund zuzumuten, den Ländern weitere 300 Millionen Euro zuzuschieben, dann bin ich mir ziemlich sicher, dass die heutige Sitzung wieder eine Nachtsitzung wird. Ich fände es gut, wenn wir uns der Selbstdisziplin unterwerfen würden, das gegebene Korsett nach Möglichkeit nicht zu sprengen. Es wäre der Öffentlichkeit sehr schwierig zu vermitteln, warum der Vermittlungsausschuss heute damit beginnt, solche Eckpunkte wieder zu relativieren und Verteilungskämpfe anzustrengen. Ihr Anliegen, dass der Bund den Ländern weitere 300 Millionen Euro zur Verfügung stellen soll, ist in das Reich der Illusion zu verbannen. Das wissen Sie zwar sehr genau, aber Sie haben es leider nicht ausgesprochen. Das hat definitiv keinen Sinn.

Mein Appell ist, in dieser Bereinigungssitzung dazu beizutragen, dass wir am Freitag in Bundesrat und Bundestag beratungsfähig sind.

Abg. Franz Müntefering: Ich will an das anknüpfen, was Herr Steinbrück gesagt hat. Herr Vorsitzender, ich möchte vom Ausschusssekretariat gern wissen, welcher Zeitpunkt die absolute Deadline für Entscheidungen des Ausschusses ist, damit das gesamte Vorhaben mit Blick auf Freitag technisch abgewickelt werden kann. Denn ich kann die Operation, die gegenwärtig stattfindet, nur als Versuch verstehen, noch einmal an den Rand zu gehen und alle Möglichkeiten auszuloten. Ich bitte darum, das offiziell festzuhalten, damit es im Protokoll steht.

Nun zu dem Vorgang in der Nacht von Sonntag auf Montag. Herr Wulff, ich weiß nicht, wer zu diesem Zeitpunkt noch richtig wach war, Sie offensichtlich nicht. Denn es ist so gewesen, wie Herr Steinbrück es soeben gesagt hat. Wir alle waren uns nicht ganz darüber im Klaren, wie hoch die Steuerreformen 2004 und 2005 anzusetzen seien. Seit der Beschlussfassung über die Gesetze hat es in der Tat Veränderungen

gegeben; denn mit jeder Steuerschätzung verändert sich auch die Höhe dessen, was zum 1. Januar 2004 oder zum 1. Januar 2005 herauskommt. Die klare Auflage war, bei 15 Milliarden Euro zu rechnen. Diese Rechnung ist von Frau Hendricks erstellt worden.

Wir hatten vorher gesagt: Lasst uns versuchen, auf der Basis von 16 und 44 % zu rechnen. - Daraufhin hat sie uns gesagt, das liege vielleicht zwischen 4 und 6 Milliarden Euro. Anschließend war die Botschaft unter uns: Das reicht nicht; es muss mehr sein. Es muss um eine Größenordnung von 7 bis 8 Milliarden Euro gehen. - Anschließend ist auf der Basis von 15 Milliarden Euro noch einmal gerechnet worden. Das Endergebnis lag, so wie Herr Steinbrück es beschrieben hat, bei 16 und 45 %, Grundfreibetrag oben.

Herr Milbradt und andere auf Ihrer Seite waren ausdrücklich der Meinung, man solle es vor allen Dingen unten, beim Eingangssteuerbereich und beim Grundfreibetrag, belassen. - Weil Sie mich angucken, will ich Herrn Stoiber ausdrücklich nennen. - Sie waren der Auffassung, die Entlastung unten könne nicht höher sein. Also haben wir gesagt: Es bleibt bei 16 %, aber oben gehen wir auf 45 % herunter, und der Grundfreibetrag bleibt.

Weder Frau Hendricks noch wir konnten auf den Pfennig genau rechnen. Wir wollten erreichen, dass eine Größenordnung von über den Daumen gepeilt einem Drittel bezogen auf das Jahr 2005 und das andere realisiert wird. Genauer haben wir nicht gerechnet; niemand kann das Gegenteil behaupten. Das war nicht möglich.

Nachdem sie die Zahl genannt hatte, ist in der Runde nicht mehr diskutiert worden, sondern man hat gesagt: Auf dieser Basis machen wir das. - Entscheidend ist die Vereinbarung, die daraufhin im Vermittlungsausschuss getroffen worden ist, nicht in der Runde der Parteivorsitzenden, die vorher stattgefunden hat. Hier ist vereinbart worden, dass wir eine Steuerreform auf der Basis eines Grundfreibetrages von 7 664 Euro, eines Eingangssteuersatzes von 16 % und eines Spitzensteuersatzes von 45 % realisieren. Hier ist keine Halbierung der Steuerreform 2005 vereinbart worden, über deren genaue Höhe man heute auf der Basis einer Steuerschätzung, die sich noch verändern kann, noch nichts sagen kann. Die Vereinbarung im Ausschuss ist eindeutig gewesen. Auf dieser Basis ist dann gehandelt worden.

Ich wundere mich sehr über das, was in der vergangenen Stunde stattgefunden hat. Wir waren um 17 Uhr in der Lage, weiterzuberaten und zu einem Ergebnis zu kommen. Sie haben ein bisschen länger gebraucht. Ich musste daran erinnern, was in jener Nacht passiert ist.

Herr Vorsitzender, ich möchte jetzt gern wissen, wann wir abschließen müssen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Schmitt wird versuchen, das zu erklären.

Geschäftsführer des Vermittlungsausschusses MD Gerd Schmitt: Bevor wir mit der Rechtsförmlichkeitsprüfung und mit der Umsetzung der Beschlüsse in Gesetzesbefehle beginnen können, brauchen wir die abschließenden Formulierungen der Bundesministerien. Wir haben in den vergangenen Tagen parallel gearbeitet: Sobald wir von der Bundesregierung Gesetzesformulierungen bekommen haben, haben wir sie rechtsförmlich umgesetzt. Dabei haben wir allerdings vielfach - das ist kein Vorwurf - für den Papierkorb gearbeitet.

Wir gehen davon aus, dass wir nach Abschluss der Beratungen des Ausschusses ca. 150 Seiten Änderungsbefehle bearbeiten müssen. Wir werden heute Nacht durcharbeiten. Wir hatten gehofft, heute Abend die endgültigen Texte zu bekommen.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das hatte ich auch gehofft!)

Unsere absolute Deadline ist das Erreichen Ihrer Fraktionssitzungen; denn Sie werden nur mit endgültigen Papieren in Ihre Fraktionssitzungen gehen. Das heißt, wir müssen heute Nacht fertig werden; wir müssen die Texte spätestens am Donnerstag bei Ihnen abgeben.

Abg. Franz Müntefering: Herr Vorsitzender, darf ich eine Nachfrage stellen? - Vielleicht sollten wir es anders machen. Ich will Herrn Kauder oder Herrn Wulff ansprechen, wer immer Ihr Verhandlungsführer ist.

Können wir uns darauf verständigen, wann wir spätestens fertig sein müssen? Ich möchte gern wissen, ob Sie wirklich wollen oder nicht.

Abg. Volker Kauder: Herr Kollege Müntefering, Sie brauchen keine Schärfe hineinzubringen. Wir wollen heute abschließen. Das haben wir immer gesagt. Ich habe mich allerdings auf eine längere Sitzung des Vermittlungsausschusses eingestellt, als ich nach der Absprache mit Frau Hendricks zunächst geglaubt habe.

Wenn ich sage, dass wir heute abschließen, dann heißt das, dass wir um Mitternacht fertig sein wollen. Wir haben kein Interesse an einer Verzögerung. Ich will klar und deutlich sagen: Das, was unter den Parteivorsitzenden ausgehandelt worden ist, ist unsere Linie. Es ist völlig eindeutig, dass wir nicht darunter gehen. Ich bitte Sie

darum, keine Schärfe hineinzubringen. Wir stellen doch zunächst einmal nur Fragen. Ich höre - auch aus dem BMF -, man habe sich in der Nacht verrechnet.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Nein! Wir haben uns nicht verrechnet!)

- Lassen Sie mich doch aussprechen!

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Das bestreite ich energisch!)

- Ja, klar, bestritten ist alles schnell.

(Weitere Zurufe)

- Lassen Sie mich erst einmal aussprechen! Sie vergeuden nur unnötig Zeit. - Ich habe doch nur Fragen. Ich habe noch keine Forderung erhoben.

(Abg. Joachim Poß: Um 16 Uhr haben Sie es behauptet! - Weitere Zurufe)

- Ich habe formuliert: Ich habe Hinweise darauf, dass man sich verrechnet hat. Das haben unsere Leute gesagt. Das wollen wir im Vermittlungsausschuss klären. - Mehr habe ich nicht gesagt. Danach habe ich keine weitere Erklärung abgegeben.

Ich will von der Bundesregierung nur wissen, was geschehen ist. Aus der Berechnung, die man mir vorgelegt hat, geht hervor, dass gegenüber dem, was zunächst vorgestellt wurde, 1,2 Milliarden Euro falsch gerechnet oder falsch angenommen worden sind. Das würde bedeuten, dass Kommunen und Länder zusätzlich in Höhe von 687 Millionen Euro belastet werden, wovon nicht auszugehen war. Man muss darüber reden, was nun passieren soll. Herr Kollege Milbradt, der ebenfalls dabei war, wird sich gleich dazu äußern.

Ich will nur den Sachverhalt darstellen. Ich habe auch gesagt - das ist nicht strafbar -, dass man bei der Bundesregierung immer sehr vorsichtig sein muss, ob nachher alles richtig in Gesetzesform umgesetzt worden ist. Das erweist sich an einem oder zwei Punkten. Ich will nur wissen, ob das der Fall ist oder nicht. Wenn der Sachverhalt aufgeklärt werden kann, machen wir weiter. Wir haben dann noch ein paar Detailfragen, aber nicht viele. Wir wollen das Gesamtergebnis nicht konterkarieren.

Wir haben erklärt, dass sich an den Tarifen nichts ändert. Wir wollen nur wissen, welche Verschlechterung zu Lasten der Kommunen und der Länder gegenüber dem eingetreten ist, was zunächst ausgemacht worden war. Wenn wir die Zahl kennen, können wir darüber reden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich würde gern in der Reihe der Wortmeldungen fortfahren.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich gebe zu, das ist eine schwierige Situation. Ich will an die Ereignisse in jener Nacht erinnern.

Es ging nicht darum, die zweite Stufe der Steuerreform zu berechnen, sondern es ging, bezogen auf die dritte Stufe, darum, von den ursprünglich 15,8 oder 15,6 Milliarden Euro so weit herunterzukommen, dass man eine Größenordnung von unter 8 Milliarden Euro erreicht, also dass, wie Frau Hendricks richtig sagte, ein Entlastungsvolumen oder ein Mindereinnahmevolumen entsteht, das etwa bei 7,8 Milliarden Euro - ich will mich nicht auf 100 Millionen Euro festlegen - liegt.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Darf ich bitten, eine Gesamtsumme von 15 Milliarden Euro war mein Auftrag! Ich sollte berechnen, wie man auf 15 kommt!)

- Ich weiß nicht, was Ihr Auftrag war. Ich habe ihn nicht ausgelöst.

(Erneuter Zuruf der PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF))

- Nein, Entschuldigung, es ging nicht um die zweite Stufe, sondern um die dritte Stufe der Steuerreform. Die politische Diskussion bezog sich auf die Frage, was vorgezogen werden soll. Basis jeder Diskussion war die dritte, nicht die zweite Stufe der Steuerreform. Das werden Sie nicht bestreiten, Herr Steinbrück.

Die erste Rechnung war unzureichend. Daraufhin haben wir gesagt, wir rechnen einmal auf der Basis von 16 und 45 %. Wir waren uns nicht klar, ob bei 16 und 45 % das gewünschte Ergebnis herauskommen würde. Als Frau Hendricks nicht im Raum war, haben wir über 16,5 und über die Frage des Grundfreibetrages diskutiert. Dabei war uns klar, dass das einerseits viel bringt, andererseits politisch brisant ist. Wir waren alle miteinander höchst erleichtert, als Frau Hendricks sagte: Mit 16 und 45 % kommt man - immer bezogen auf die dritte Stufe der Steuerreform - auf ein Mindereinnahmevolumen von 7,8 Milliarden Euro. - Daraufhin haben wir gesagt: Das ist die Basis.

Ich glaube, das ist unstreitig. Die zweite Stufe der Steuerreform hat politisch zu keiner Zeit eine Rolle gespielt. Wir haben politisch nie über 22 Milliarden Euro diskutiert, sondern wir haben immer über 15 Milliarden Euro diskutiert. Dass der Kanzler anschließend öffentlich erklärt hat: Wir haben zwei Drittel durchgesetzt, ein Drittel ist geblieben - ich füge in Klammern hinzu: das erste Drittel stand ohnehin schon im Gesetzblatt -, will ich unter "Verkauf", nicht unter "Verhandlungen" verbuchen.

Es besteht also ein Dissens. Ich bin im Vermittlungsausschuss nicht das erste Mal in eine derartige Situation geraten. Vor ungefähr zehn Jahren bestand eine ähnliche Situation. Damals ging es um den Solidarpakt I. Wir hatten Verabredungen getroffen, alles war bestens geregelt. Am nächsten Morgen sagte Herr Waigel, er habe sich um 10 Milliarden DM vertan. Ich erinnere mich noch sehr genau an die Reaktion der Länder und der damaligen Opposition. Sie haben gesagt: Es tut uns Leid, aber das geht zu Lasten desjenigen, der dies verursacht hat. - Denn eines ist völlig klar: Wenn Sie auf der Basis von 16 und 45 % die jetzt zutreffende Antwort gegeben hätten - das ist kein Vorwurf an Sie; ich weiß, dass es Stäbe sind, die in Hinterzimmern gearbeitet haben -, hätten Sie einen neuen Auftrag bekommen. Dann hätte man den Tarif so lange verändert, bis eine Größenordnung von plus/minus 7,8 Milliarden Euro erreicht worden wäre. Aber es ist völlig klar, dass eine Abweichung wie diejenige, die sich jetzt ergibt, von unserer Seite nicht toleriert worden wäre.

Ich habe über die "Großwetterlage" in der Elefantenrunde berichtet. Wir können nun lange darüber reden, wie wir damit umgehen sollen. Nur, klar ist: Die Basis der Absprache, die uns dazu bewegt hat zu sagen, das machen wir, hat sich, um mich wertneutral auszudrücken, verändert. Natürlich erwarte ich, dass derjenige, von dem die Zahl gekommen ist, auch dazu steht.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Das tue ich auch!)

- Frau Hendricks, Sie haben es soeben präzisiert, indem Sie gesagt haben: 7,8 Milliarden Euro insgesamt werden eingespart. - Nun kann man sich noch darüber unterhalten, ob wir das Entstehungsjahr oder das Rechnungsjahr nehmen. Wenn es nur daran läge, könnte man noch über vieles reden. Aber das ist nicht der Fall. Wenn ich es richtig sehe, sind es im Kassenjahr 1,2 Milliarden Euro; auch im Rechnungsjahr geht es noch um einen bedeutsamen Betrag.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie finden eine andere Lösung, oder Sie müssen die Mindereinnahmen alleine tragen.

(MP Peer Steinbrück (NW): Was? - Weitere Zurufe)

- Entschuldigung, Frau Sager, man muss in Verhandlungen präzise Vereinbarungen treffen. Wenn eine Seite eine Zahl nennt, die sich nachher als unrichtig erweist, dann muss derjenige, der für diese Zahl verantwortlich ist, der gerechnet hat, auch dafür geradestehen. Sonst kann man keine Verhandlungen führen. Man kann doch nicht ständig sagen: April, April, es gibt neue Rechnungen. Wir beginnen wieder von vorn. - Sollen wir jetzt etwa die Parteivorsitzenden zusammenrufen? Sollen wir der "Bild"-Zeitung sagen, sie solle morgen einen neuen Tarif veröffentlichen?

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Tun Sie es doch!)

- Gut, wenn Sie sagen, es soll ein neuer Tarif erstellt werden, dann bitte!

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Stellen Sie doch einen Antrag!)

- Nein, das ist nicht mein Vorschlag. Wollen Sie uns jetzt einen neuen Tarif präsentieren?

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Nein! - Weitere Zurufe)

- Frau Sager, ich verstehe, dass Sie beunruhigt sind. Ich verstehe auch Ihren Ärger über die Beamten. Aber Sie werden auch verstehen, dass ich schlicht und einfach sage: Von mir stammt die Zahl nicht. Ich habe sie nicht zu verantworten. Deswegen brauche ich mir Veränderungen dieser Zahl nicht zurechnen zu lassen. So einfach ist das.

Ich möchte von Ihrer Seite eine Antwort auf die Frage, wie Sie das Problem der Differenz zu lösen gedenken. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder der Bund gibt von den Privatisierungserlösen etwas ab, oder er legt einen neuen Tarif vor.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Was schlagen Sie vor?)

Die politische Verantwortung für den neuen Tarif müsste die Koalition tragen. Wir hätten uns allerdings darüber zu unterhalten, ob das überhaupt möglich ist; denn wir müssten - das beurteile ich so wie Sie, Frau Hendricks - Veränderungen im unteren Bereich vornehmen, um diese Größenordnung zu erreichen. Aber möglicherweise ist im Schoße des Bundesfinanzministeriums eine Maßnahme erdacht worden, die ich noch nicht kenne.

(Zurufe)

- Wenn Sie nichts tun wollen, dann ist die Basis der damaligen Vereinbarung entfallen.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Okay! - BM Wolfgang Clement (BMWA): Bitte sehr, Herr Milbradt, machen Sie es doch! So nicht! Ziehen Sie die Konsequenz! - Weitere lebhafte Zurufe)

- Herr Clement, ich verstehe Ihren Ärger.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Sie verstehen ihn offensichtlich nicht!)

- Herr Clement, ich erinnere mich an Sitzungen des Vermittlungsausschusses, in denen Ihre Vorgänger genauso behandelt worden sind, wie wir Sie jetzt behandeln. Sie waren damals auch sauer, aber sie haben zu ihrem Wort gestanden und haben sich nicht herausgemogelt. Das ist der Unterschied.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Wir haben uns damals wahrscheinlich anders benommen als Sie!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Die Rednerliste ist noch lang. Sollen wir sie abarbeiten, oder soll ich die Sitzung unterbrechen? - Sie sind dafür, die Rednerliste abzuarbeiten.

StM Erwin Huber (BY): Ich habe vorhin von der Bundesregierung drei Zahlen hinsichtlich der Gesamtentlastung durch die zweite und die dritte Stufe erbeten. Wenn die Bundesregierung die Zahlen auf Grund der verfügbaren Unterlagen nicht auf den Tisch legen kann, bitte ich darum, die zuständigen Beamten hereinzuholen, damit wir die Zahlen zur Kenntnis nehmen können. Das ist notwendig.

Soviel ich von meinem Parteivorsitzenden weiß, bestand die grundlegende Vereinbarung darin, die Belastung von 15,6 Milliarden Euro, die für die dritte Stufe vorgesehen war, zu halbieren, d. h. die Ausfälle des Bundes, der Länder und der Kommunen um 7,8 Milliarden Euro - das sind 50 % - im Jahre 2004 zu reduzieren. Das ist die Grundlage der Vereinbarung.

(MP Peer Steinbrück (NW): Nein!)

- Doch!

(MP Peer Steinbrück (NW): Nein!)

- Warum nicht?

(MP Peer Steinbrück (NW): Grundlage der Vereinbarung sind 45 und 16 % sowie der Freibetrag!)

- Nein. Verschiedene Zeugen sind anwesend. Grundlage der Vereinbarung war: Das Entlastungsvolumen muss halbiert werden; das ergibt 7,8 Milliarden Euro. Die Bundesregierung ist gebeten worden, Steuersätze vorzuschlagen mit dem Ziel, eine Entlastung von 7,8 Milliarden Euro herauszubekommen. Das kann man nur mit Hilfe eines Programms errechnen. Ihr erster Vorschlag, Frau Hendricks, hat diese Voraussetzung offenbar nicht erfüllt. Daraufhin hat man eine Änderung vorgenommen, nämlich mit Blick auf 45 und 16 %. Die Bundesregierung hat bestätigt, dass diese Steuersätze zu einer Entlastung von 7,8 Milliarden Euro führen. Das ist wohl die Ausgangsposition.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Nein! Es war genau anders herum! - Gegenruf des Abg. Carl-Ludwig Thiele: Ihr habt doch nicht erst den Tarif gemacht und seid dann auf eine Entlastung gekommen! - Weitere Zurufe)

- Dann bitte ich Sie, heute die Frage zu beantworten: Welches Volumen macht Steuersätze von 45 und 16 % aus? Wir müssen die Rechnungen doch nachvollziehen können. Im Moment geht es doch nur darum, die Fakten zu klären.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich will gern dazu beitragen!)

- Sie haben sie nur bestätigt und gesagt, Sie hätten sich nicht verrechnet. Das kann man glauben oder nicht glauben. Wenn Sie sich nicht verrechnet haben, können Sie doch die Zahlen auf den Tisch legen.

Es ist ein Entlastungsvolumen - in der Reduzierung - von 7,8 Milliarden Euro vereinbart worden. Ich vermute Folgendes: Weil Sie von 22,8 Milliarden Euro ausgehen und diesen Betrag um 7,8 Milliarden Euro reduzieren, bestehen Sie auf 15 Milliarden Euro.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): So ist es! So war mein Auftrag!)

- Nein, das ist nur eine Schlussfolgerung.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Nein! So war mein Auftrag, und den habe ich erfüllt!)

- Nein! - Deshalb, Herr Ministerpräsident Milbradt, kommt die zweite Stufe, die ebenfalls zum 1. Januar 2004 in Kraft tritt, ins Spiel. Wenn die Entlastungswirkung in den Steuerschätzungen nur auf 6,2 Milliarden Euro veranschlagt ist, was wir vermuten, dann gäbe es - von 15 Milliarden Euro abgerechnet - die bereits gesetzlich berechnete Entlastung von 6,2 Milliarden Euro, und es bliebe ein zusätzliches jetzt neu zu finanzierendes Entlastungsvolumen von 8,8, nicht von 7,8 Milliarden Euro. Der entscheidende Rechenfehler scheint zu sein, dass Sie die Angabe 22,8 vielleicht auf der Grundlage überholter Angaben gemacht haben. Denn wenn die Entlastungswirkung nur 6,2 Milliarden Euro beträgt, umfasste die Steuerschätzung nur 21,8 Milliarden Euro. Dann ergäbe sich bei 7,8 Milliarden minus die Zahl 14 Milliarden. Wenn man die 6,2 Milliarden von 14 Milliarden abzieht, kommt man wieder auf 7,8 Milliarden. Ich vermute, dass die Bundesregierung bei der Angabe 22,8 entweder von einer falschen Zahl ausgegangen ist oder dass sie diese Zahl gegenüber dem damals versammelten Kreis nicht berichtigt hat. Das scheint mir der Kern zu sein.

Deshalb bitte ich darum, Angaben darüber auf den Tisch zu legen, wie viel nach der Steuerschätzung von November 2003 im Gesamthaushalt für 2004 veranschlagt ist, und zwar für die zweite und die dritte Stufe. Nur wenn man diese Zahl kennt, kann man Ihre Rechnung nachvollziehen.

MP Christian Wulff (NI): Ich mache eine Vorbemerkung: Hier läuft ein Band mit; anhand des Wortprotokolls kann sich jeder ein Urteil über die Wortbeiträge bilden.

In Bezug auf das, was wir heute Nacht vor uns haben, nämlich Hartz IV, sagen uns alle Experten, dass in der Ministerialbürokratie des BMWA natürlich der Versuch gemacht wird, Vorstellungen, die man dort seit Monaten verfolgt, möglichst stark umzusetzen.

(Zuruf des Abg. Ludwig Stiegler)

- Herr Stiegler, darf ich sagen, was Herr Clement gerade gesagt hat: "Leck mich am Arsch!" - Ich muss Ihnen sagen: Es ist wirklich gut gewesen, was hier abgelaufen ist. Weder einem Ministerpräsidenten noch sonst jemandem hier im Vermittlungsausschuss ist zuzumuten, dass ein Bundesminister auf diese Art und Weise mit diesem Gremium umgeht.

Ich ziehe meine Wortmeldung zurück, und ich ziehe meine Schlüsse aus dem, was hier abgelaufen ist. Herr Müntefering hat gesagt, ich hätte geschlafen. Herr Clement erklärte: "Wir haben uns damals anders benommen." - Gerade sagte er: "Leck mich am Arsch!" und verließ den Saal. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Mit mir kommen Sie heute Abend zu keinen Ergebnissen.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das war doch das Ziel der Veranstaltung! Wer herausgeht, kommt auch wieder herein! - Weitere Zurufe)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir müssen jetzt aufpassen, dass das nicht in die Brüche geht. Dies wäre nach der großen Anstrengung vorher bitterschade.

Ich unterstelle, dass niemand einen anderen beleidigt. Wenn sich jemand nicht kontrollieren kann, nimmt er das nachher zurück.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Kollege Huber, ich werde die Zahlen, was die Steuerschätzung von November 2003 anbelangt, gerne nachtragen. Ich muss die Unterlagen von meinen Fachleuten draußen holen; das will ich gerne tun.

Ich darf wiederholen: Der Auftrag, der mir am Sonntag übermittelt worden ist, war: Verringerung der Gesamtentlastung 2004 von 22,8 Milliarden Euro um 7,8 Milliarden Euro - das sind die von Ihnen genannten 7,8 Milliarden Euro - auf 15 Milliarden Euro. - Infolgedessen musste überschlägig gerechnet werden: Welchen Tarif braucht man, damit man eine Entlastung von 15 Milliarden Euro darstellen kann?

(Zuruf des StM Erwin Huber (BY))

- Nein! Genau dies habe ich vorgelesen: Verringerung der Gesamtentlastung 2004 von 22,8 Milliarden Euro um 7,8 Milliarden Euro auf 15 Milliarden Euro. - Sodann habe ich vorgelesen: Eine solche Verringerung der Entlastung lässt sich mit einem Eingangssatz von 16 v. H. statt 15 v. H. und einem Höchstsatz von 45 v. H. statt 42 v. H. darstellen. Der Grundfreibetrag wird entsprechend dem Eingangssteuertarif 2005 auf 7 664 Euro erhöht. - Nachdem ich dies formuliert hatte, standen die Herren Ministerpräsidenten Stoiber und Milbradt auf und sagten: "Jawohl, so machen wir das." - Nach nochmaliger Unterbrechung ist man in den Vermittlungsausschuss zurückgegangen und hat diesen Tarif beschlossen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Nein, eine Entlastung von 7,8!)

- Ja.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Das steht in allen Zeitungen! Halbierung von 15,6 auf 7,8!)

- Um 7,8 auf 15!

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Die Zeitung ist nicht der Maßstab!)

Sie können schlechterdings nicht erwarten, dass man um halb zwei in der Nacht etwas anderes tun kann, als die gewollte Entlastungssumme, nämlich 15 Milliarden Euro, mit einem passenden Tarif zu versehen. Ich habe gesagt: "lässt sich darstellen." - Entschuldigung, ich bin noch nicht fertig!

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Aber Frau Hendricks, ich bitte Sie! Die öffentliche Diskussion drehte sich nie um die zweite Stufe der Steuerreform! Sie war abgehakt! Es ging nur um die dritte Stufe! Ob Sie die zweite Stufe mit hineinrechnen, ist mir völlig egal!)

- Meine Aufgabe war die Verringerung der Gesamtentlastung auf 15 Milliarden Euro.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Wer hat Ihnen diesen Auftrag erteilt? Ich habe Ihnen den Auftrag nicht erteilt!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Milbradt, lassen Sie Frau Hendricks bitte ausreden!

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Milbradt, mir ist der Auftrag übermittelt worden; ich habe ihn vorgetragen. Weder Sie noch jemand anders hat gesagt: Das war nicht der Auftrag. Erstellen Sie bitte eine neue Rechnung! - Ich habe

vielmehr geantwortet, und niemand hat den Auftrag bestritten. Im Gegenteil, nachdem ich gesagt habe, die 15 Milliarden Gesamtentlastung seien mit diesem Tarif darstellbar, haben Sie und Herr Ministerpräsident Stoiber sofort eingeschlagen mit Formulierungen wie: "Jawohl, so machen wir das! Das kriegen wir so hin!"

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Richtig!)

- Ja.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Aber nicht bezogen auf die 15! Das wissen Sie doch auch!)

- Auf 15!

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Auf 7,8!)

- Herr Kollege Milbradt, vielleicht waren Sie nicht mehr ganz aufmerksam.

(MP Christian Wulff (NI): Was wir uns hier bieten lassen müssen, ist das Allerletzte!)

Ich musste doch eine Gesamtentlastung von 15 Milliarden Euro darstellen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Nein, Entschuldigung, ich habe Ihnen den Auftrag von 15 nicht gegeben!)

Ich will etwas hinzufügen - -

(Zuruf des MP Christian Wulff (NI))

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Wulff, nun lassen Sie sie doch ausreden!

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich habe zu niemandem gesagt, dass er nicht ganz dicht sei.

(MP Christian Wulff (NI): Wie diskutieren wir hier eigentlich miteinander?)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Lassen Sie sie bitte ausreden!

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Kollege Wulff, ich darf noch einmal sagen: Sie waren zu diesem Zeitpunkt nicht im Raum. Ich habe erklärt: Eine Gesamtentlastung von 15 Milliarden lässt sich mit diesem Tarif darstellen.

(Zurufe)

Niemand hat daraufhin bestritten, dass eine Gesamtentlastung von 15 Milliarden dargestellt werden sollte.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Entschuldigung, das bestreite ich! - Zuruf des MP Christian Wulff (NI))

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Barbara Hendricks hat das Wort.

(MP Peer Steinbrück (NW): Können wir bitte den Wortmeldungen entsprechend vorgehen!)

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Niemand hat bestritten, dass von - -

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Doch! Ich bestreite es!)

- Aber nicht in dieser Nacht, sondern anschließend ist genau dieser Tarif beschlossen worden.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Es ist doch nicht über 15 Milliarden Euro geredet worden!)

- Doch!

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ach!)

- Doch! Ich habe es vorgelesen. Ich weiß genau, was ich vorgelesen habe.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Sie haben vorgelesen: 7,8 Reduzierung! - Gegenruf des Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Herr Milbradt, das nutzt nichts!)

- Herr Kollege Milbradt, ich darf noch einmal wiederholen, was ich vorgelesen habe: Verringerung der Gesamtentlastung 2004 von 22,8 Milliarden Euro um 7,8 Milliarden Euro auf 15 Milliarden Euro. - Keiner der anwesenden Herren hat widersprochen, sondern als ich gesagt habe, mit welchem Tarif diese Gesamtentlastung darstellbar sei, haben Sie und Herr Ministerpräsident Stoiber gleichsam eingeschlagen und gesagt: "Jawohl, so machen wir es!"

Ich will einen Punkt hinzufügen, der in den Wortbeiträgen meiner Vorredner eine Rolle gespielt hat. Soeben hat Herr Ministerpräsident Wulff die Frage gestellt: Muss der Bundeskanzler dann zurücktreten?

(Vereinzelt Lachen)

Der Herr Bundeskanzler hat - das dürfte Herr Kollege Steinbrück bestätigen, der an allen Sitzungen teilgenommen hat, auch an den Sitzungen, in denen ich nicht anwesend war; ich bin nur kurz in die Runde hineingegangen, um das mitzuteilen, was ich soeben dargestellt habe - zu keinem Zeitpunkt etwa eine vollständige Entlastung der Länder für das Jahr 2004 in Aussicht gestellt, sondern er hat den Ländern von Beginn an die hälftige Teilung der zusätzlichen Privatisierungsmittel zugesagt, also jeweils 2,65 Milliarden Euro für den Bund und die Länder. Zu keinem Zeitpunkt ist den Ländern eine völlige "Glattstellung" von Seiten des Bundes versprochen worden.

(MP Christian Wulff (NI): Das behauptet niemand!)

- Dann hat Ihre Forderung, ein paar hundert Millionen nachzuschieben, offenbar keine Basis.

(Zurufe)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich weiß schon seit meiner Schulzeit: Wer sich zur Geschäftsordnung meldet, wird vorgezogen. Darum ist jetzt Herr Kauder an der Reihe.

Abg. Volker Kauder: Damit sich die Wogen glätten, will ich zwei Dinge sagen:

Erstens. Frau Staatssekretärin, wir unterstellen Ihnen nicht, dass Sie falsch gerechnet haben. Aber wir verlangen Aufklärung darüber, was tatsächlich Ihr Auftrag war. Sie wissen, ich habe Temperament; aber ich bemühe mich darum, mein Temperament im Vermittlungsausschuss auf ein Niveau zu senken, das gewährleistet, dass wir gemeinsam zu Ergebnissen kommen.

Es ist unerträglich, wenn Sie von der Regierungsbank aus bei jeder Antwort einen Ministerpräsidenten nach dem anderen - von uns reden wir nicht - mit Qualitätsmerkmalen versehen nach dem Motto, er habe nicht durchgeblickt, er habe am frühen Morgen wohl nicht mehr richtig aufpassen können, er habe geschlafen, und wenn der Herr Bundesminister ruft: "Leck mich am Arsch!" - Ich habe Herrn Clement darum gebeten, das zurückzunehmen. Sie bitte ich darum, in Zukunft, wie es sich für ein Mitglied der Bundesregierung gehört, sachlich zu antworten und Ihren Emotionen nicht freien Lauf zu lassen. Nur so viel zum Geschäftsordnungsverfahren!

Zweitens will ich, wenn ich darf, eine Nachricht darüber weitergeben, was sich wirklich abgespielt hat. Ich hoffe nicht, dass Sie dann auch zu der Qualifizierung kommen, dass die Parteivorsitzenden Arschlöcher sind, um es so zu formulieren. Die

Vorsitzende hat mir berichtet, was dort gelaufen ist. Sie hat mir erstens gesagt: Man ist von einem Entlastungsvolumen von 7,8 Milliarden Euro ausgegangen. Auf dieser Grundlage sollte der Tarif berechnet werden. - Sie hat zweitens gesagt: Bitte keine Schnellschüsse! Wenn Sie es heute Nacht nicht hinbekommen, dann kann man es auch noch morgen früh berechnen und darüber reden. - Daraufhin ist gesagt worden: Das bekommen wir hin. - Sie haben die Zahlen vorgelegt, und alle sind davon ausgegangen, dass es sich um das Entlastungsvolumen von 7,8 Milliarden Euro handelte.

Herr Kollege Thiele, der den gesamten Abend anwesend war, hat in sein Berichtsheft geschrieben - -

> (Abg. Carl-Ludwig Thiele: 4.15 Uhr tagte die Arbeitsgruppe "Steuern"! Vorher war Vermittlungsausschuss!)

- Zuvor saßen wir alle im Vermittlungsausschuss beieinander. Dort ist ausweislich seines handgeschriebenen Protokolls von einem Entlastungsvolumen von 7,8 Milliarden Euro gesprochen worden. Ich selbst war ebenfalls anwesend; auch ich bin von einer Summe von 7,8 Milliarden Euro ausgegangen, als hier verhandelt wurde. Auf der Basis von 7,8 Milliarden Euro wurde dann aufgeteilt, wer was bekommt. Das war unsere Einschätzung der Lage. Das, was in allen Zeitungen steht, ist nicht von uns herausgegeben worden. Es muss von anderer Seite - vermutlich aus dem Ministerium; das ist keine Kritik, es ist okay - mitgeteilt worden sein, dass es sich um ein Entlastungsvolumen von 7,8 Milliarden Euro handelt. Das war die Arbeitsgrundlage. Lassen Sie uns darüber reden!

Sie können es nicht bestätigen, weil Sie, wie Sie selber gesagt haben, nicht dabei waren. Aber drei Kollegen haben es mitverfolgt. Ich kann nur wiederholen: Die Vorsitzende hat mir gesagt, es gehe um ein Entlastungsvolumen von 7,8 Milliarden Euro. Wenn es nicht erreicht worden ist und man nicht bereit ist, erneut darüber zu reden, müssen wir klären, was wir nun tun sollen.

Die Vorsitzende hat ausdrücklich gesagt - das kann nicht bestritten werden -: 7,8 Milliarden Euro! Wenn Sie es nicht hinbekommen, keine Schnellschüsse! Dann berechnen wir den Tarif über Nacht noch einmal, treffen uns am kommenden Morgen und klären, welcher Tarif bei 7,8 Milliarden Euro hinzubekommen ist. - Das ist die Aussage von Frau Merkel. Diese Aussage hat sie mir gegenüber bestätigt. Sie ist also zutreffend. Meine Bitte: Auf dieser Grundlage sollten wir jetzt miteinander reden, statt uns gegenseitig zu beleidigen. Dann kommen wir auch zu Ergebnissen.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Bitte nehmen Sie meine persönliche Erklärung entgegen. Ich wollte natürlich niemanden beleidigen. Ich habe diese Bemerkung auch nicht an die Adresse von Ministerpräsident Wulff gerichtet. Wenn dies so verstanden worden ist, bitte ich das zu entschuldigen. Ansonsten beschränke ich mich in Zukunft auf die Bemerkung, dass ich die Form der Diskussion, die hier stattfindet, für bedrückend halte. - Vielen Dank.

(Abg. Volker Kauder: Okay!)

MP Peer Steinbrück (NW): So viel zu einem Geschäftsordnungsantrag meines Vorvorredners!

Ich muss nicht das bestätigen, was schon Gegenstand meiner Ausführungen gewesen ist. Der Auftrag an Frau Hendricks, den ich im Lichte unserer Diskussion weitervermittelt habe - ich habe ihn auch in dem Raum definiert; mehrere Kollegen waren anwesend, Herr Wulff und Herr Milbradt -, lautete: Wie sehen die Steuersätze bei 15 Milliarden Euro aus?

Zweitens bestätige ich das, was die Staatssekretärin gesagt hat: Der Bundeskanzler hat an keiner Stelle auch nur den leisesten Hinweis darauf gegeben, dass den Ländern aus diesen Rechenaktivitäten der Anspruch auf vollständige Abdeckung der ihnen zuzuordnenden Steuermindereinnahmen zusteht.

Viel wichtiger als die Wahrheitsfindung ist für mich die Beantwortung der Frage: Wohin soll das führen? Was bringt uns das außer der Aufarbeitung einer nächtlichen Sitzung? Wenn ich Herrn Milbradt und Herrn Wulff richtig verstanden habe, soll es gegebenenfalls zu einer neuen Verteilung der Veräußerungserlöse des Bundes, d. h. aus Ihrer Sicht zu einer Korrektur dessen kommen, was am Sonntag verabredet worden ist. Wenn die Antwort der A-Seite lautet, dass dort kein Spielraum vorhanden ist, dann ist die Diskussion ziemlich schnell am Ende. Ich glaube, ich darf in Abstimmung mit der A-Seite erklären, dass sie nicht daran denkt, dieses Zahlengerüst erneut zu verändern. Darauf müssen Sie sich jetzt einstellen.

(Abg. Volker Kauder: Dann bitte ich um Unterbrechung der Sitzung!)

Das heißt: Wir müssen jetzt keine lange Diskussion darüber führen, wie es im Einzelnen gewesen ist, wer was gesagt hat. Wenn die Diskussion in Ihren Augen das Ziel und den Zweck hat, die bisher zugeordneten Summen neu zu verteilen, dann lautet die Antwort unserer Seite: Dies wird mit uns nicht möglich sein.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Kauder hat die Bitte geäußert, die Sitzung sofort zu unterbrechen und die Rednerliste nicht abzuarbeiten. Mir liegen noch acht Wortmeldungen vor.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Wir bräuchten die Zahlen, damit wir die Rechnung nachvollziehen können! - PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich würde sie Ihnen gern im Anschluss geben!)

Herr Kauder, Sie bitten um Unterbrechung der Sitzung. Es wiederholt sich.

(Abg. Volker Kauder: Wir hätten aber gerne noch eine Antwort auf die Frage von Herrn Huber!)

Abg. Ortwin Runde: Herr Vorsitzender! Ich muss eines feststellen: Geschäftsordnungsanträge gehen vor. Das, was Herr Kauder vorhin gemacht hat, kenne ich aus meiner Studentenzeit als Vortäuschung eines Geschäftsordnungsantrages, um sich in der Rednerliste vorzumogeln.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Lieber alter Freund Ortwin Runde, er hat jedenfalls bewirkt, dass die Beleidigungen aufhören und wir wieder einander zuhören. Ich finde, das war eine Hilfe; denn es ging hoch her. Das musste beendet werden, und das hat er geschafft. Alles andere ist mir nicht so wichtig. Wir wollen uns doch nicht den ganzen Abend beschimpfen.

(Abg. Volker Kauder: Wir können die Rednerliste abarbeiten, bevor wir die Sitzung unterbrechen!)

- Herr Kauder zieht seinen Wunsch, die Sitzung sofort zu unterbrechen, zurück.

Es geht weiter mit Thilo Sarrazin. Dann ist übrigens Ortwin Runde an der Reihe.

S Dr. Thilo Sarrazin (BE): Ich möchte darauf eingehen, was von Herrn Milbradt gesagt wurde. Herr Milbradt, Sie bezogen sich auf die Solidarpaktverhandlungen im März 1993. Ich bin neben Ihnen vielleicht noch der Einzige hier im Saale, der damals dabei gewesen ist. Dies ist nicht vergleichbar. Damals ist der Bundesfinanzminister in einem großen politischen Streit um die Tragung der Kosten, der parteiübergreifend war und nicht im Vermittlungsausschuss lief, in eine komplizierte Verhandlungssituation gekommen. Das war etwas vollständig anderes, hiermit überhaupt nicht Vergleichbares, was Sie übrigens ganz genau wissen.

Zu der Aussage: "Dann machen wir eben nicht weiter!" - Ich habe einmal kurz gerechnet. Wenn man die 1,2 Milliarden zu Grunde legt, wird das Land Sachsen dadurch mit rund 43 Millionen belastet. Durch das Paket insgesamt wird es mit 300 Millionen begünstigt, und zwar aus den steuerlichen Elementen, ohne Hartz IV

und Ähnliches. Mit anderen Worten: Die Drohung, alles platzen zu lassen, ist im Interesse Ihres Landes unter Umständen etwas leer.

Abg. Ortwin Runde: Ich habe, wie viele andere, nicht das Vergnügen oder die Pflicht gehabt, bei der Elefantenrunde dabei zu sein. Ich habe mir aber genau notiert, was vom Bundeskanzler und ergänzend von den Parteivorsitzenden als Ergebnis hier vorgetragen worden ist. Ergebnis ist eindeutig gewesen: Grundfreibetrag, Tarif 16/46

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): 45! - MP Peter Müller (SL): Mit 46 hätten wir schon einen Teil des Problems gelöst!)

- 45! 46 wäre besser gewesen, dann hätten wir es ja hinbekommen - und die 5,3 Milliarden hälftig verteilt. Was Ausgangspositionen ursprünglich gewesen sein mögen - zwei Drittel von 22,8 oder die Hälfte der Vorziehungsstufe von 15,6 auf 2004 -, ist eine ganz andere Frage. Das sind Ausgangspositionen und Interpretationspositionen gewesen. Jedenfalls ist hier klar gesagt worden - das waren ja auch die späteren Aufträge an die Arbeitsgruppen noch im frischen Bewusstsein der Vereinbarung -, das mit Grundfreibetrag 16/45 und den übrigen Finanzierungsregelungen, was das Tragen angeht, auch zu finalisieren.

Herr Milbradt, wenn Sie sich einmal ansehen, in welchem Umfang eine Refinanzierung dieser Steuerentlastung bei den Ländern stattfindet - mit 98,8 % -, dann muss man auch die Kirche im Dorf lassen.

StM Dr. Christean Wagner (HE): Herr Vorsitzender, Sie haben vorhin mit liebenswürdigem Unterton darauf hinwiesen, dass ich mich zu Wort gemeldet habe, obwohl ich an den bisherigen Verhandlungen des Vermittlungsausschusses nicht teilgenommen habe. Ich will deshalb mit völliger Unbefangenheit auf etwas hinweisen und daran eine Frage anknüpfen.

In der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom heutigen Tage steht wortwörtlich:

> Der Vermittlungsausschuss hatte in der Nacht zum Montag beschlossen, die dritte Steuerreformstufe nur zur Hälfte vorzuziehen. Damit werden die Bürger zusätzlich um 7,8 Milliarden Euro entlastet. Der Einkommensteuersatz sinkt am 1. Januar auf 16 %, der Spitzensteuersatz auf 45 %. Zur Finanzierung sind Privatisierungserlöse von 5,3 Milliarden Euro geplant, die zur Hälfte an die Länder gehen werden.

Das kann ich Ihnen aus der heutigen bundesweiten Presse dutzendfach fast wortwörtlich wieder zitieren.

Zweitens. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch hat mich genau so informiert, bevor ich dies in der Zeitung gelesen habe. Jetzt erfahre ich zu meiner großen Überraschung, dass wir auf der Grundlage der genannten Tarife von 16 und 45 % eine Entlastung nicht von 7,8 sondern von 9 Milliarden haben. Frau Staatssekretärin, es ist nicht etwa die Unionsseite gewesen, die die bundesweite Presse einseitig und ausschließlich informiert hat, es waren sicherlich beide Seiten. Das ist doch der Punkt, wo die B-Seite plausibel, wie ich finde, und zu Recht nachfragt, wie dieser Dissens zu Stande kommt. Da müssen Sie etwas zur Verlautbarungspolitik Ihrer eigenen Regierung sagen.

Abg. Franz Müntefering: Was wir bisher in der Diskussion zumindest schon hinbekommen haben, ist die Aussage von Herrn Kauder, dass wir heute um 24 Uhr fertig sein wollen. Das ist wichtig. Es ist festzuhalten, dass wir auch fertig sein müssen.

Jetzt zur Sache! Ich finde, wir machen es uns an dieser Stelle unnötig schwer. Man rufe sich in Erinnerung, wie es gelaufen ist: Es ging darum, Herr Milbradt und Herr Wulff, dass Sie, als wir zusammensaßen, die Erwartung hatten, dass der Bund den Ländern auch den weitergehenden Anteil gibt. Wir haben gesagt: Dazu gibt es kein Geld. Wir halbieren die Privatisierungserlöse von 5,3, nämlich 2,65. - Sie haben erwidert: Das reicht aber nicht, der Bund muss mehr geben. - Wir haben gesagt: Das geht nicht. - Daraufhin kam die Idee, wir müssten so weit heruntergehen, dass man es finanzieren kann. Die Formel hieß aber nicht, Herr Müller, "halb", sondern "herunter", damit man es finanzieren kann. Daraus entstanden 15 Milliarden. Frau Hendricks ist beauftragt worden, auf der Basis 15 Milliarden zu rechnen.

Dann ging es darum, ob man 16/44 machen kann. Frau Hendricks hat gesagt: Das kann man heute Nacht schlecht feststellen, das sind 4 bis 6 Milliarden. - Wir haben gesagt: Das reicht nicht. - Nächster Vorschlag: 16/45. Frau Hendricks ist mit der entsprechenden Nachricht zurückgekommen. Bei Ihnen und bei uns war die Botschaft: Das ist es! Das machen wir! - Niemand hat in jener Situation gesagt: Das ist völlig passgenau, auf den Cent genau die Entlastung. - Alle hatten das Gefühl: Es sind 25, vielleicht auch 26 %, jedenfalls in dieser Größenordnung. Es ist dann nicht darüber gesprochen worden, ob das passgenau ist und bis ins letzte Eck stimmt, Herr Milbradt. Wir haben gesagt, dass es sozial gestaltet sein muss, mit den Konsequenzen, die sich für unten ergeben haben.

Enttäuschend finde ich das hier schon. Das ist der Versuch, einen Kompromiss so zu interpretieren, dass er zu Lasten des Bundes geht. Niemand wusste an jenem Abend, ob es ganz genau stimmt, ob es bis zum Letzten ausgeglichen ist. Das kann man nicht in Ordnung finden. Sie lassen Ihre Vorderen da im Regen stehen. Der Vorgang im Vermittlungsausschuss war - das zählt -: Der Kanzler hat vorgetragen, dann hat er Frau Merkel angeguckt, ob es etwas zu ergänzen gebe. Er hat Herrn Stoiber angeguckt, ob es etwas dazu zu bemerken gebe - es ist nichts gekommen. Niemand hat gesagt: Wir machen genau die Halbierung! - Wir waren uns über die Größenordnung klar: 16/45, Grundfreibetrag.

Wir sollten uns jetzt nicht gegenseitig das Leben unnötig schwer machen. Es geht letztlich um die Frage, ob der Bund darüber hinaus, womit Sie vielleicht gerechnet haben, Herr Milbradt, die Länder finanziert. Das ist doch ganz klar.

Was Herr Steinbrück dazu gesagt hat, trifft den Nagel auf den Kopf: Wir können und werden nichts drauflegen. Deshalb müssen Sie für sich entscheiden, wie Sie damit umgehen. Dass Sie dies hier reklamieren, nehmen wir zur Kenntnis. Sie haben das ja inzwischen über alle Sender verbreitet, es ist in der Welt. Das gibt vielleicht einen gewissen Publikationserfolg. Das müssen wir mühsam wieder einsammeln. Wir kennen dieses Spiel. Aber in der Sache lässt sich dadurch nichts verändern.

MP Peter Müller (SL): Wir kommen zumindest dergestalt weiter, dass nach dem Gang der Diskussion langsam erkennbar wird, dass wir uns wechselseitig nicht Böswilligkeit unterstellen sollten. Ich gehe davon aus - das sollten wir gemeinsam zur Grundlage machen -, dass Sie, Frau Hendricks, den Auftrag, den Sie erhalten haben, ausgeführt haben. Das Problem ist offensichtlich, dass bei der Formulierung des Auftrags - so ist es bei mir als jemandem, der bei der Elefantenrunde nicht dabei war, angekommen - eine Geschäftsgrundlage zumindest von unserer Seite gegeben war, die lautete, wie es Herr Müntefering dargestellt hat, mit Blick auf das Vorziehen der dritten Stufe werde halbiert.

Ich will zum Hintergrund sagen: Zu Beginn der Sitzung hat der Kanzler vorgetragen: 75/25 halten wir für den Bund ein. Die Frage ist, wie die Länder das machen; aber das ist nicht mein Problem. - Im Laufe des Abends haben wir von der B-Länderseite gesagt: Wir bekommen 75/25 nicht gebacken, aus eigener Kraft einzuhalten. Dann kam - ich war, wie gesagt, nicht dabei, aber das deckt sich mit Ihrer Darstellung - die Botschaft: Schauen wir, wie weit wir mit den Maßnahmen kommen, auf deren Grundlage der Bund 75/25 berechnet hat.

Das war die Operation, die man gemacht hat. Auf der Grundlage dieser Operation ist offensichtlich gerechnet worden: zweite Stufe Entlastung plus dritte Stufe Entlastung, mit 75/25 gerechnet auf den Bund, ergibt 15 Milliarden. Dann war der Auftrag herauszufinden, welcher Tarif 15 Milliarden ergibt. Er ist von Ihnen umgesetzt worden. Wie ich nachvollziehe, ist er bis auf 200 Millionen - über sie reden wir nicht - korrekt umgesetzt worden.

Jetzt stellt sich heraus, dass die Prämisse, die nicht nur bei mir, sondern wohl bei uns allen und auch in der Öffentlichkeit zu Grunde gelegt wurde, dass dies gleichbedeutend sei mit einer Reduzierung der Entlastungswirkung beim Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform in einer Größenordnung von 7,8 Milliarden, nicht übereinstimmt, sondern dass wir eine Entlastungswirkung von mehr als 9 Milliarden haben. Dann geht es um 1,2 Milliarden. Das ist ein Brocken. Ich bin mir sicher, über 200 Millionen würden wir hier nicht reden.

Die Frage ist, wie wir mit diesem Delta umgehen. Das ist der Punkt, über den wir reden müssen, ohne dass der eine dem anderen unterstellt, dass er ihn übers Ohr hauen möchte.

(Abg. Franz Müntefering: Das ist ein Wort!)

Abg. Joachim Poß: Ich glaube, dass Peter Müller das Richtige gesagt hat. Sie haben intern für sich die Halbierung gebucht. Wir sind, wie Frau Hendricks dargestellt hat, von 15 Milliarden für die Ableitung des Tarifs und für die Eckpunkte, die genannt wurden, ausgegangen.

Ich habe mich wirklich gewundert über die Berichterstattung. Wir hatten politisch immer den Gesamtbetrag der Entlastung in der Betrachtung, nicht so sehr isoliert die eine Stufe.

(Zuruf M Gerhard Stratthaus (BW))

- Ich habe gesagt: Wir hatten in der Darstellung immer die Gesamtentlastung. Wir haben auch davon gesprochen, dass zum 1. Januar gut 22 Milliarden wirksam werden sollen. Damit haben wir auch die Wirksamkeit für die Ökonomie, die Entlastungswirkung begründet. So wurden Rechenbeispiele aufgemacht, nicht nur in der "Bild"-Zeitung. Frau Merkel hat dann Vorstellungen entwickelt, wie ein Tarif grob aussehen könnte. Sie hatten intern etwas gebucht, und ich habe mich anschließend teilweise über die Darstellung in den Zeitungen gewundert. Sie haben das richtig dargestellt, Herr Müller. Jetzt muss man mit der Situation umgehen. Für uns, den Bund, war nie mehr vorstellbar. Das Angebot von 2,65 Milliarden ist über unsere Vorstellung hinaus-

gegangen. Bis letzten Sonntagabend ist es auch aus der Sicht von Bundesfinanzern deutlich darüber hinausgegangen. Mehr ist nicht drin. Damit muss man jetzt umgehen.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich hätte drei Bitten.

Die erste Bitte ist, dass uns das Protokoll des Vermittlungsausschusses nach Wiedereröffnung vorgelegt wird. Wer was gesagt hat, auch was der Bundeskanzler gesagt hat, ist protokolliert, die Unterlagen stehen zur Verfügung, sie können nicht veröffentlicht werden. Ich möchte, dass das vorgelegt wird.

(Zurufe)

- Das hilft uns, um möglicherweise Fehlinterpretationen - -

(Zurufe)

- Ein Moment! Es ist soeben gesagt worden, dass der Bundeskanzler, als er zurückgekommen ist - -

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das geht technisch nicht, weil derjenige, der das stenografiert hat, ein Fremder gewesen ist.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Herr Vorsitzender, ich habe eine andere Erinnerung. Wenn ein Band und ein Protokoll da sind, möchte ich die Gewissheit haben, dass wir zumindest vom gleichen Sachverhalt ausgehen. Es tut mir Leid! Ich habe nämlich den Eindruck, die Wahrheit wird im Nachhinein etwas verschönt.

Der zweite Punkt! Ich möchte gerne - das ist für das Verständnis der Situation sehr wichtig, glaube ich - die Schätzungen der Bundesregierung für die zweite Stufe haben. Ich glaube, da liegt genau die 1 Milliarde, die auf einmal entweder gefunden oder nicht gefunden worden ist. Ich vermute, dass die Berechnung der zweiten Stufe falsch war und deswegen die Salden nicht aufgehen. Aber man kann sehr schnell feststellen, von welchen Werten ausgegangen worden ist.

Dritte Feststellung: Von Seiten der CDU hat niemand Frau Hendricks einen Auftrag gegeben. Soweit mir in Erinnerung ist, hat entweder der Bundeskanzler oder Herr Steinbrück den Auftrag ausgelöst.

(Abg. Joachim Poß: Wer soll den geben? - Zurufe)

- Das ist doch keine Kritik! Ich wollte nur festhalten, dass Herr Steinbrück mit Frau Hendricks telefoniert und ihr den Auftrag gegeben hat. Frau Hendricks ist zweimal

gekommen, nachdem es beim ersten Mal nicht hingehauen hatte. Ich möchte gerne festhalten, wer den Auftrag gegeben hat, damit wir Klarheit haben, auf welcher Basis der Dissens möglicherweise entstanden ist.

(Zurufe - MP Peer Steinbrück (NW): Sie können auch einen Untersuchungsausschuss einsetzen! - Gegenruf Abg. Wilhelm Schmidt: Sehr gut!)

Abg. Krista Sager: Herr Milbradt, wenn wir uns den politischen Verlauf ansehen, hilft es nicht weiter zu fragen, was der Kanzler damals gesagt hat. Ausgangspunkt war in der Tat, dass der Kanzler gesagt hat: Auch wenn wir auf der Bundesseite mit dem Vorziehen einigermaßen klarkommen, wird es bei den Ländern Probleme geben. Deswegen bieten wir die Hälfte der Privatisierungserlöse. - So sind wir in die Auszeit gegangen. Dann hatten Sie die Hoffnung - Herr Huber hat das sehr beredt öffentlich formuliert -, dass noch etwas zu holen sei. Es gab die definitive Ansage: Vom Bund gibt es nichts mehr. - Diese Ansage haben Sie auch akzeptiert. Deswegen hat es heute keinen Sinn zu glauben, Sie könnten diese Ansage zurückholen. Es ist die klare Ansage gewesen: Vom Bund gibt es nichts mehr.

Es war die Frage offen, was mit dem Vorziehen der Steuerreform dann geschieht. Fällt sie flach, weil sich die Länder zu sehr belastet fühlen, oder finden wir einen gemeinsamen Weg? Der Bund, dem das Vorziehen der Steuerreform aus konjunkturellen Gründen sehr wichtig ist, hat sich, um es für die Länder gangbar zu machen, darauf eingelassen, bei den Tarifen Luft zu geben. Das ist schon ein Zugeständnis. So ist der politische Verlauf gewesen. Das haben Ihre Vorsitzenden gekauft, weil auch sie nicht mit der Botschaft hinausgehen wollten: Die Union verhindert, dass die Bürger entlastet werden.

Dass der Bund gesagt hat, mehr als die Hälfte der Privatisierungserlöse gibt es nicht, haben Sie akzeptiert, und das bleibt auch so. Soll die Botschaft denn sein: Der Union ist die Entlastung der Bürger immer noch zu hoch? Ich frage Sie das! Ich glaube nicht, dass die Botschaft des heutigen Tages sein kann, dass der Union die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger immer noch zu hoch ist.

(Abg. Norbert Geis: Darum geht es doch gar nicht!)

Wir sollten die Sache, wie wir sie in der Nacht politisch zu Ende gebracht haben, politisch auch so stehen lassen.

Abg. Franz Müntefering: Ich will im Sinne dessen, was Herr Müller angesprochen hat, etwas nachtragen, um das Bild abzurunden.

Die Höhe der Entlastung der zweiten Stufe zum 1. Januar 2004 hat an jenem Abend keine Rolle gespielt. Wir haben darüber gesprochen, was kommt, und gesagt: Das muss finanzierbar werden. - Es sind Zahlen genannt worden, auf deren Basis alle Beteiligten gesagt haben: Jawohl, das machen wir! - Niemand hat gesagt: Alles ist finanziert. - Man hat sich vielmehr in jener Situation darauf eingelassen. Niemand hat das im Detail, ganz präzise gerechnet. Deshalb können alle Beteiligten ein gutes Gewissen haben.

Wir stellen jetzt fest: Bei den 9 Milliarden ist weder für uns noch für die Länder alles gedeckt. Trotzdem gilt die Größenordnung, die wir vereinbart haben.

StM Erwin Huber (BY): Ich habe hier einen Vermerk aus dem Bundesfinanzministerium vom 15.12., 1.30 Uhr. Dargestellt sind die zwei Tarife. Unter 2 steht: Verringerung der Gesamtentlastung 2004 von 22,8 Milliarden um 7,8 auf 15 Milliarden. Das ist erklärt. Das heißt, man hat den Parteivorsitzenden als Zahl für 2004 offenbar 22,8 Milliarden dargestellt und dann die vereinbarte Verringerung um 7,8.

Ich gehe davon aus, das BMF hat übersehen, dass sich durch die Steuerschätzung die Gesamtbelastung 2004 auf 21,8 verringert hat. Wenn man 7,8 abzieht, kommt man auf eine Entlastung von 14 Milliarden. Sie hätten also, Frau Hendricks, objektiv gesagt, eine Gesamtentlastungswirkung für 2004 auf 14 Milliarden ausrechnen müssen, um den Auftrag der Parteivorsitzenden zu erfüllen. Diese konnten nicht überblicken, dass die Zahl 22,8 überholt ist und jetzt 21,8 beträgt. Deshalb ergibt sich für das nächste Jahr für alle drei Ebenen eine Mehrbelastung gegenüber dem Sonntag von 1 bis 1,2 Milliarden. Das ist Faktum. Das müssen Länder und Kommunen - wir verhandeln auch für die Kommunen - bezahlen. Wenn Sie einmal die Kraft aufbrächten, dies zuzugeben, wären wir schon einen Schritt weiter.

Wir haben die neue Situation, dass Länder und Kommunen 2004 gegenüber Sonntag 600 bis 700 Millionen Euro mehr finanzieren müssen. Dieses Delta muss gelöst werden. Sie appellieren an uns, einfach zu bezahlen, es sei bedauerlich, dass ein solcher Rechenfehler passiert sei, aber jetzt könne man nicht zurück.

(Zuruf)

- Ich höre von Ihnen nur: Die Tarife sind vereinbart, das kann man nicht mehr ändern, da muss man einfach durch! - Das heißt also: Länder und Kommunen müssen gegenüber dem, was wir alle zusammen gefeiert haben, im nächsten Jahr 600 bis

700 Millionen Euro Ausfall mehr verkraften. Das muss zu klären sein. Mit Appellen allein kommen Sie da nicht weiter.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich möchte vorschlagen, dass wir unterbrechen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Stimmen die Zahlen von Huber?)

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich will gerne darauf antworten. Nach der Steuerschätzung von November beträgt, was nicht zu bestreiten ist, die Kassenwirksamkeit der Entlastungsstufe 2004 6,27 Milliarden, der Stufe 2005 15,56 Milliarden. Das sind zusammen rund 21,9, nicht 22,8 Milliarden. Das ist richtig.

(Zuruf)

- Das will ich überhaupt nicht bestreiten. Aber hat irgendjemand von mir verlangt oder nachts um 1.30 Uhr verlangen können, dass ich die Steuerschätzungszahlen von November im Kopf habe, wenn der Auftrag ergeht darzustellen, welchen Tarif man braucht, um eine Gesamtentlastung von 15 Milliarden zu erreichen? Die Anwesenden in der Runde sind von älteren Zahlen ausgegangen. Das ist doch niemandem vorzuwerfen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Sie sind also auch von 22,8 ausgegangen!)

- Ja. Sie können es mir gerne zurechnen, dass ich in dem Moment, als ich den Auftrag erhalten hatte, nicht gesagt habe: Die Zahl 22,8 stimmt nicht mehr, wir hatten in der Zwischenzeit eine Steuerschätzung. - Das können Sie meinetwegen mir als Person zurechnen. Gleichwohl lautete der Auftrag, 15 Milliarden Gesamtentlastung darzustellen.

(StM Erwin Huber (BY): Nein, das war es nicht!)

Diesen habe ich getreulich erfüllt. Herausgekommen ist der Tarif, den wir gemeinschaftlich beschlossen haben. Der einzige Unterschied liegt in der Wahrnehmung. Sie fragen: Wie sind die Zahlen im Rechnungsjahr 2004? - Alle, die Sie Fachleute sind, wissen, dass ohnehin nie mit Rechnungsjahren, sondern mit Entstehungsjahren, den Jahren der vollen Wirksamkeit, gerechnet wird. Auch hat mir niemand den Auftrag gegeben, im Rechnungsjahr 2004 zu rechnen. Sie machen jetzt das Rechnungsjahr 2004 zum Maßstab. Das ist in jener Nacht nicht erfolgt. Ich räume gerne ein, dass ich nicht gesagt habe: Die Steuerschätzung im November hat etwas anderes ergeben. - Ich habe den Auftrag so gelesen, wie er zu lesen war, nämlich eine

Gesamtentlastung von 15 Milliarden darzustellen. Als ich den dazu passenden Eingangssteuersatz und Spitzensteuersatz genannt hatte, waren die Herren Ministerpräsidenten Milbradt und Stoiber damit sehr einverstanden.

(Abg. Volker Kauder: Okay!)

Dies ist hier so beschlossen worden.

Nun können Sie natürlich weiterhin vor die Presse treten und sagen: Das Bundesfinanzministerium hat sich verrechnet. - Genauso gut können wir vor die Presse treten und sagen: Die Herren Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden hatten die falschen Zahlen im Kopf. - Was soll das denn bringen?

(MP Christian Wulff (NI): Jetzt reicht es aber! Sie haben gerechnet, nicht wir! - Abg. Volker Kauder: Jetzt möchten wir gerne die Unterbrechung! - MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Der Sachverhalt ist klar! - Abg. Volker Kauder: Wir wollen irgendwann fertig werden!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Bis wann unterbrechen wir?

(Abg. Volker Kauder: Bis 20 Uhr!)

Es geht um 20 Uhr weiter.

(Unterbrechung von 19.18 bis 20.30 Uhr)

Wir machen mit den Beratungen weiter.

Ich möchte Herrn Kauder bitten, uns zu sagen, welches Ergebnis auf seiner Seite aus der Unterbrechung herausgekommen ist.

Abg. Volker Kauder: Nach allem, was wir besprochen und eruiert haben, müssen wir davon ausgehen, dass das Bundesfinanzministerium von falschen Zahlen ausgegangen ist, vermutlich von den falschen Steuerschätzungszahlen. Deswegen ist dieses Missverständnis zu Stande gekommen. Es wäre gut gewesen, wenn die Bundesregierung dieses zugegeben hätte - Fehler können ja gemacht werden -, dann wäre alles viel einfacher gewesen, auch stimmungsmäßig. Wir sind sehr darüber enttäuscht, dass dieser Fehler passiert ist, aber auch darüber, wie danach damit umgegangen wurde. Das würde eigentlich allen Anlass geben zu sagen: So können wir nicht weitermachen. - Aber im Interesse der Menschen, im Interesse der Sache wollen wir

uns anders verhalten und machen deswegen an diesem Punkt weiter. Wenn wir aber in weiteren Punkten feststellen müssen, dass nicht absprachegemäß gehandelt wurde, wird es schwierig.

Wir können damit die Sache mit der Steuerreform abschließen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Können wir das ohne Kommentar und ohne Debatte stehen lassen? - Ich danke Ihnen dafür.

Abg. Volker Kauder: Wir haben noch Fragen zum Haushaltsbegleitgesetz.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Dann rufe ich das Haushaltsbegleitgesetz auf.

Abg. Volker Kauder: Der erste Punkt ist geklärt.

Der zweite Punkt: Die Wohnungsbauprämie ist aus dem Haushaltsbegleitgesetz heraus, sie ist im Koch/Steinbrück-Papier.

Absenkung Einkommensgrenzen beim Erziehungsgeld: Ich hätte gerne eine Antwort darauf, wie es da aussieht.

Auch alle Maßnahmen im landwirtschaftlichen Bereich sind draußen.

Dann erwarten wir von der Regierung noch eine Aussage, was sie sich beim Haushaltsfreibetrag und beim Entlastungsbetrag für Alleinerziehende vorstellt.

Dazu müsste noch vorgetragen werden. Ansonsten wären wir mit diesem Thema durch.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Frau Hendricks ist gerade nicht da. Ich sage Ihnen in der Zwischenzeit die Halbzeitergebnisse vom Fußball: Frankfurt gegen Hamburg 0:1, Freiburg gegen Bayern 0:3, Bremen gegen Rostock 1:0, bei Köln gegen Hertha steht es zur Halbzeit noch 0:0.

Lieber Karl Diller, wir sind jetzt ans Eingemachte gegangen. Herr Kauder hat mehrere Fragen an das BMF gestellt. Herr Kauder, können Sie sie wiederholen?

PStS Karl Diller (BMF): Ich bitte Sie, sich noch eine Minute zu gedulden. Meine Kollegin ist auf dem direkten Weg hierher.

(Abg. Volker Kauder: Dann kann man noch einmal Würstchen fassen! - PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF) betritt den Saal)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Nun sind beide Staatssekretäre anwesend.

Wir sind beim Haushaltsbegleitgesetz. Herr Kauder hat mehrere Fragen an das BMF gestellt. Es soll sie wiederholen.

Abg. Volker Kauder: Frau Staatssekretärin! Die Wohnungsbauprämie ist heraus, wie wir gesagt haben.

Absenkung Einkommensgrenzen beim Erziehungsgeld

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ist drin!)

ist drin. Um rund 42 %?

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Das kann ich im Moment nicht genau beurteilen. Es ist jedenfalls so wie im Vorschlag.

Abg. Volker Kauder: Ich würde darum bitten, dass die Bundesregierung die Höhe verifiziert. Bei Zahlen bin ich vorsichtig geworden.

Dann Einführung eines Entlastungsbetrags für Alleinerziehende: Wie ist hier der letzte Stand? Ich habe dazu unterschiedliche Zahlen gehört. Einmal ist von 1 300 gesprochen worden, heute ist mir übermittelt worden, man könne auch 800 oder 900 machen. Wie ist der Stand?

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Mir ist übermittelt worden, dass die B-Seite mit 1 308 einverstanden sei. - Frau Sager, mir ist übermittelt worden, dass Frau Göring-Eckardt mit Frau Merkel die Verabredung getroffen hat, dass der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wie im Gesetzesvorschlag bei 1 308 Euro liegen soll.

Abg. Volker Kauder: Ich habe gehört, man könne, wenn es eng wird, auch auf 800 oder 900 gehen. 1 300 ist die Maßgabe? - Gut.

Wie soll die Struktur der um 30 % gekürzten Eigenheimzulage aussehen? Gibt es dazu Vorstellungen? Wenn Sie mir diese kurz erläuterten, wäre ich an diesem Punkt zufrieden.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Das ist in der Arbeitsgruppe, die im Anschluss an die letzte Vermittlungsausschusssitzung getagt hat, einvernehmlich festgelegt worden. Im Wesentlichen sind die Eckpunkte: Einkommensgrenzen 70 000 bei Ledigen, 140 000 bei Erwachsenen - jeweils für den Zweijahreszeitraum -, Kinderzuschlag von 30 000 Euro für den Zweijahreszeitraum, Bemessungsgrundlage von 125 000 Euro inklusive Grund und Boden, darauf 1 %, so dass die Grundförderung für Erwachsene 1 250 Euro im Jahr beträgt, wie bisher für acht Jahre, die Kinderförderung beträgt 800 Euro. Dieses war einvernehmlich.

Abg. Joachim Poß: Ich darf ergänzen: Gleichbehandlung von Alt- und Neubau, künftig keine Förderung für Ausbau und Erweiterung, Absenkung der Eigenheimzulage in einem Schritt zum 1. Januar 2004, Bemessungsgrundlage 125 000 Euro mit Grund und Boden und anschaffungsnahem Aufwand innerhalb von zwei Jahren nach Anschaffung, Fördersatz von 1 %, Beschränkung der Genossenschaftsförderung auf Eigennutzung. Auf diese Eckpunkte haben wir uns gestern Morgen gegen 5 Uhr verständigt.

Abg. Werner Kuhn (Zingst): Zwischen dem Bundesbauministerium und dem Finanzministerium ist im Vorfeld vereinbart worden, dass von den eingesparten Mitteln aus der Wohnungsbauförderung - Absenkung um 30 % - 25 % für die Städtebausanierung West und für die Altschuldenhilfe Ost, damit das Programm Stadtumbau Ost besser finanziert ist, eingesetzt werden sollen. Das ist nach wie vor eine Forderung von uns.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das ist nicht Gegenstand des Verfahrens!)

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Das wird Gegenstand des Haushaltsverfahrens sein.

Abg. Joachim Poß: Wir kennen diese Forderung. Auf Seiten der Koalitionsfraktionen besteht die Auffassung, sie im Haushaltsverfahren aufzugreifen.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich darf zu Herrn Kauders Frage zum Erziehungsgeldgesetz etwas nachtragen: Der wesentliche Regelungsgegenstand ist die Absenkung der Einkommensgrenzen in den ersten sechs Monaten von rund 51 000 auf 30 000 Euro bei Ehepaaren und von rund 38 000 auf 23 000 Euro bei Alleinstehenden. Daneben: Berücksichtigung von Entgeltersatzleistungen und anderes. Insgesamt soll damit im Jahr 2004 eine Einsparung von 200 Millionen und in den Folgejahren von 400 Millionen Euro für den Bund erreicht werden.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich möchte mich für die Erklärung, dass sich die Koalitionsfraktionen für die Förderung der Stadtsanierung einsetzen wollen, ausdrücklich bedanken, allerdings eine kleine Bemerkung hinzufügen: Es handelt sich hier nicht nur um Forderungen oder Erwartungen unsererseits, es gibt auch konkrete Zusicherungen des zuständigen Bundesbauministeriums, die zumindest bei uns Pleiten bei den Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften hervorrufen, wenn sie nicht erfüllt werden. Ich möchte Ihnen die besondere Dringlichkeit dieses Punktes mitgeben, ansonsten: herzlichen Dank!

(MP Matthias Platzeck (BB): Das teilen wir alle!)

Abg. Franz Müntefering: Diese Dringlichkeit ist uns heute auch von Herrn Platzeck deutlich gemacht worden. Deshalb konnte Herr Poß ankündigen, was er getan hat.

Abg. Werner Kuhn (Zingst): Wenn das als Protokollnotiz vermerkt worden ist, hat der Haushaltsausschuss auch eine konkrete Arbeitsgrundlage. Danke schön!

Abg. Volker Kauder: Ich möchte das aufgreifen: Kann die Protokollnotiz so abgegeben werden?

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ja!)

- Vielen Dank, Frau Hendricks.

Abg. Franz Müntefering: Vielleicht kann man das ein bisschen exemplarisch machen: In Bezug auf das Handeln des Bundestages und seiner Gremien kann es von hier aus keine Festlegungen geben. Aber die Zusage steht. So sollten wir auch bei weiteren Punkten verfahren; das mag das eine oder andere Mal vorkommen. Wir können von hier aus nicht bestimmen, wie der Bundestag in sich die Dinge organisiert. Aber die Koalition hat hier klar gemacht, dass wir das so wollen und so machen. Wenn wir es zusammen tun können, umso besser!

Abg. Volker Kauder: Das akzeptieren wir.

Übrig bleibt - ich nehme aber an, dass auch das klar ist -: Herausnahme der Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur".

(Abg. Werner Kuhn (Zingst): 700 Millionen aus Koch/Steinbrück!)

Abg. Joachim Poß: Ich darf das Ergebnis der Arbeitsgruppe "Finanzen" von gestern Morgen referieren - man muss ja immer vorsichtig sein, ob man das zu vorgerückter Stunde zutreffend tut, wie wir festgestellt haben -: Es bestand in Bezug auf die Finanzhilfen die Vereinbarung, dass wir bei den großen Brocken Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Regionalisierungsmittel und Bundeseisenbahnvermögen einmalig eine 2%ige Kürzung vorsehen. Alles andere wäre Koch/Steinbrück. So habe ich das jedenfalls interpretiert.

(Abg. Volker Kauder: Wir verhandeln jetzt doch auch über Koch/Steinbrück?)

- Das kann man sagen: einschließlich Koch/Steinbrück.

StM Erwin Huber (BY): Das bezieht sich auf Koch/Steinbrück: Regionalisierungsmittel. Es trifft zu, dass am Montag früh von 2 % die Rede war. Wir haben das allerdings streitig gestellt. Man muss wissen: Für 2004 ist eigentlich eine Erhöhung um 1,5 % vereinbart

(Abg. Ludwig Stiegler: Aufwuchs!)

und für die Jahre 2005/2006. Das ist eigentlich keine Subvention, sondern die Erstattung an die Länder und Kommunen für den Verkehr, den sie bestellen. Dass dies überhaupt in der Liste ist, ist sehr problematisch. Man könnte über 2 % reden, aber dann dürfte die Basis für die künftigen Erhöhungen nicht betroffen sein. Auch kann es nicht sein, dass der Bund im Jahr 2004 in der Summe 3,5 % kassiert, nämlich die vorgesehene Steigerungsrate 1,5 und 2. Wenn wir als Festbetrag für 2004 2 % des

Betrages von 2003 annehmen, könnten wir dem im Kompromisswege zustimmen, nicht aber einer dauerhaften Basisabsenkung; sie würde bis zum Jahr 2007 1 Milliarde Euro ausmachen.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Kollege Huber, wir haben darüber heute Morgen am Telefon gesprochen. Der 2-%-Schritt setzt auf der Finanzplanung 2004 auf. 2004 sind die 1,5 % zunächst sozusagen gedanklich draufgelegt, dann werden die 2 % heruntergenommen - also einmalig 2 % ohne weitere Basiseffekte. Zunächst kommen 1,5 drauf, dann 2 herunter.

(StM Erwin Huber (BY): Gut!)

Dann könnten Sie einverstanden sein, wie Sie gesagt haben. Das habe ich geprüft.

Abg. Werner Kuhn (Zingst): Zur Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur": Über die 700 Millionen im Haushaltsansatz ist schon heftig diskutiert worden. Sie waren bei 800 Millionen. Wenn wir da 3 x 4 drauflegen, reichen die Mittel nicht mehr aus, um effektiv zu sein. Ich kann nicht damit einverstanden sein - ich denke, die Ministerpräsidenten aus den neuen Ländern werden mir darin Recht geben -, dass wir diese Mittel noch einmal so stark absenken. Wir sind schon 100 Millionen verlustig gegangen. Wir müssen sie herausnehmen.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Vorsitzender, wenn ich mir eine Bemerkung erlauben darf: Der Vermittlungsausschuss hat am Montag gegen 3.15 Uhr zwei Arbeitsgruppen den Auftrag gegeben, im Hinblick auf diese Bereinigungssitzung auszuverhandeln. Die Arbeitsgruppe "Finanzen" hat dies unter Beteiligung von A- und B-Vertretern getan. Auf dieser Basis sind alle Vorschläge im Sinne von Gesetzesbeschlüssen schriftlich formuliert worden. Sie liegen heute auf dem Tisch.

Der Punkt "Gemeinschaftsaufgabe" ist in diesem Zusammenhang nicht angesprochen worden. Er ist im Übrigen heute nicht zu beschließen, weil dafür kein Gesetz geändert werden muss. Er wird Gegenstand des Haushaltsverfahrens sein. Das ist von der B-Seite auch nicht bestritten worden. Wir hatten den Auftrag auszuverhandeln, Entscheidungen zu fällen, um heute eine Bereinigungssitzung zu machen. Die Ergebnisse der Entscheidungssitzungen beider Arbeitsgruppen liegen heute im Sinne von zu beschließenden Gesetzesformulierungen auf dem Tisch. Darin kommt die Gemeinschaftsaufgabe nicht vor.

(Abg. Volker Kauder: Okay!)

MP Peer Steinbrück (NW): Ich brauche nicht zu wiederholen, was Frau Hendricks gesagt hat. Ich darf daran erinnern, dass in der nächtlichen Runde der Parteivorsitzenden plus Mitglieder des Vermittlungsausschusses explizit festgehalten worden ist, dass die Bemessungsgrundlage von Koch/Steinbrück nicht verändert wird. Dazu gehört auch die Gemeinschaftsaufgabe.

(Abg. Volker Kauder: Was heißt das jetzt?)

- Das bedeutet, dass die Gemeinschaftsaufgaben im Koch/Steinbrück-Papier bleiben.

(MP Dieter Althaus (TH): Das ist noch offen!)

Abg. Volker Kauder: Da muss ich einmal genau nachfragen! Was Frau Kollegin Hendricks gesagt hat, ist etwas anderes, als was Ministerpräsident Steinbrück gesagt hat. Sie hat gesagt, um die GA gehe es im Augenblick nicht. Wer hat nun Recht - die Bundesregierung oder Kollege Steinbrück?

MP Peer Steinbrück (NW): Frau Hendricks hat nichts anderes gesagt, als dass die Finanzhilfen, die Bestandteil des Koch/Steinbrück-Papiers sind, Gegenstand des Beratungsverfahrens des Deutschen Bundestages sind. Das ist durchaus kompatibel damit, dass in dem Koch/Steinbrück-Papier unter dem Rubrum "Finanzhilfen" die Gemeinschaftsaufgaben mit 3 x 4 % dennoch weiter enthalten sind.

Noch einmal: Sie gehören zur Bemessungsgrundlage des Koch/Steinbrück-Papiers, und dies ist in dem Vier-plus-Fünf-Gespräch in der Nacht von Sonntag auf Montag von allen Beteiligten bestätigt worden. Insofern ist die Fragestellung, die aufgetaucht ist, neu und etwas überraschend, auch nach einem erneuten Telefongespräch mit Herrn Koch gestern Nachmittag.

Abg. Joachim Poß: Um das klar zu machen: Wir werden diese Punkte gemeinschaftlich - das gilt auch für die Opposition - im Haushaltsausschuss im Haushaltsverfahren erörtern. Was die Umsetzung angeht, ist es exakt so, wie es die Frau Staatssekretärin beschrieben hat. Da gibt es keinen Widerspruch. Es geht um die Umsetzung. Ich habe die Gesetze genannt, in denen Ausnahmen gemacht werden - die 2 %, die exakt formuliert sind. Ansonsten werden die Koch/Steinbrück-Vorschläge im Haushaltsverfahren umgesetzt. Im Haushaltsausschuss ist schon besprochen worden,

dass das Finanzministerium bis Mitte Januar Vorschläge erarbeitet und man sich dann mit den Dingen beschäftigt.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass die GA Ost nach den Koch/Steinbrück-Vorschlägen um 100 Millionen abgesenkt worden ist. Für unseren Teil ist insoweit die Einsparung mehr als erbracht worden.

(Abg. Ludwig Stiegler: Die Basiszahl sollten wir uns erhalten, Herr Milbradt! Sie darf nur für andere Zwecke verwendet werden!)

- Ja, gut! Ich sage nur: Für den Osten bedeutet das 100 Millionen weniger. Ich bitte zu berücksichtigen, dass diese Kürzung darüber hinausgeht, was in Koch/Steinbrück vorgeschlagen wird. Wir akzeptieren das; aber es kann nicht ein zweites Mal gekürzt werden.

(Zuruf)

- Wir haben hier gegenüber der ursprünglichen Koch/Steinbrück-Version 100 Millionen für das nächste Jahr hingenommen. Das muss bei der Frage der Verteilung natürlich berücksichtigt werden.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Ich habe eine Frage zum Verfahren: Diese Zahl soll doch ab 2004 gelten? Der Haushalt 2004 ist vom Bundestag aber abgeschlossen. Wie soll das gehen?

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich darf das erläutern! Herr Kollege Thiele, im Haushalt sind die Koch/Steinbrück-Vorschläge vorsorglich berücksichtigt worden, und zwar mit genau 1,2 Milliarden, jeweils die Hälfte davon, 600 Millionen, als globale Mehreinnahme und als globale Minderausgabe. Die 600 Millionen globale Minderausgabe müssen durch die Koch/Steinbrück-Vorschläge spezifiziert werden.

Selbstverständlich ist der Haushaltsausschuss im Rahmen seiner Zuständigkeiten in der Lage, die 600 Millionen in etwas differenzierten Portionen aufzufüllen; aber dies liegt in seiner Verantwortung.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Haben wir inzwischen eine Art Finanztableau auch über Koch/Steinbrück, für die einzelnen Ebenen, was das z. B. für den Bund bedeutet? In welcher Größenordnung würden die 2 x 600 gefüllt? Ich kenne das: Man geht an die

einzelnen Bausteine, kennt aber nicht ihre Summe. Mich interessiert natürlich jeder einzelne Baustein, aber auch der Überblick über die Summe. Wenn ja: Könnten Sie das kurz vortragen und dann verteilen? Jeder von uns muss doch rapportieren, was hier geschieht, was Sache ist.

(Abg. Joachim Poß: Wir sind jetzt nicht im Haushaltsausschuss! - Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Wir machen jetzt keine Haushaltsberatungen!)

- Aber Entschuldigung, wir treffen hier Vorverabredungen! Wir wollen ja nicht blind die Hand drauflegen, sondern den Inhalt zumindest kennen.

(Abg. Volker Kauder: Was vorhin passiert ist, soll nicht noch einmal passieren!)

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Kollege Thiele, nach Abschluss des heutigen Verfahrens werden wir, wie es unsere Pflicht ist, ein Finanztableau vorlegen, was die gesamten steuerlichen Maßnahmen anbelangt, bezogen auf jedes einzelne Gesetz. Aber wir haben kein Tableau bezogen auf die Finanzhilfen Koch/Steinbrück in ihren Einzelheiten. Weil wir davon ausgehen, dass das Haushaltsverfahren in der Hoheit des Haushaltsausschusses liegt, können wir nicht im Vorhinein im Einzelnen sagen, wo genau was geschehen wird. Wir sind aber in der Lage, eine Protokollerklärung abzugeben - sie wird gerade verteilt -, die im Wesentlichen Aussagen für den Bereich Finanzhilfen trifft. Sie kann natürlich nicht jede einzelne Finanzhilfe umfassen. Das kann auch nicht Aufgabe des Vermittlungsausschusses sein; er muss letztlich Gesetzesbeschlüsse vorbereiten. Die Protokollerklärung, in der die wesentlichen Eckpunkte festgehalten sind, z. B. was die Regionalisierungsmittel anbelangt, könnten wir verteilen lassen.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Ich habe aus folgendem Grunde gefragt: Wir haben in der Arbeitsgruppe teilweise gesagt: Wenn der eine Block nicht ganz kommt, kommt aus einem anderen etwas mehr. - Dass der Haushaltsausschuss des Bundestages nicht präjudiziert werden darf, ist klar.

(PStS Karl Diller (BMF): Im letzten Absatz der Protokollerklärung steht, was wir davon ausnehmen!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich habe den Eindruck, das ist die Information, die Herr Thiele wollte. - Gibt es weitere Fragen, die nicht aufgegriffen worden sind?

MP Christian Wulff (NI): Es gibt im Haushaltsbegleitgesetz einen gedanklichen Fehler bei der Biersteuer bzw. der Biersubventionierung. Man hat den Subventionsanteil falsch zu Grunde gelegt; denn in den Beträgen steckt nur ein Teil Subvention. Das ist dem Bundesfinanzministerium erläutert worden, findet sich hier aber nicht wieder. Auf Seite 17 des Haushaltsbegleitgesetzes, wie es soeben verteilt worden ist, müssten die Zahlen folgendermaßen heißen: statt "84" "78 %", statt "78,4" "73,6", statt "67,2" "64,8". Bei "56" ist die Subventionierung 50 %. Man hat also die 12 % Kürzung der Subvention bei der Biermenge von der Grundlage her falsch berechnet. Das Bundesfinanzministerium müsste diesen Punkt bis zum Ende der Beratung bestätigen können. Dann hätten wir nicht bis zu 40 % Subventionskürzung, sondern überall 12 %, auf die wir uns nach Koch/Steinbrück verständigt hatten. Die Bierindustrie wird sich sonst an diesem Punkte über uns wundern. Wenn wir uns hier wieder verrechnet hätten, hätte das sicherlich eine gewisse Indizwirkung.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Ministerpräsident, die rechnerische Aussage, die Sie gemacht haben, ist richtig. Das Bundesfinanzministerium hat den Vorschlag aus folgendem Grund vorgelegt: Er führt dazu, dass die bisherige Differenzierung zwischen den Größenklassen der Brauereien erhalten bleibt. Nimmt man überall 12 % weg, wird die Differenzierung zwischen den Größenklassen der Brauereien im bestehenden Biersteuergesetz verschoben. Wir haben deswegen die Annahme, dass es sinnvoller ist, die Differenzierung zwischen den Größenklassen der Brauereien beizubehalten. Das ist der Hintergrund für die Zahlen. Rechnerisch haben Sie vollständig Recht; aber dann käme es zu anderen Belastungen, wodurch die bestehenden Differenzierungen aufgehoben würden. Unser Vorschlag behält die bestehenden Differenzierungen bei.

MP Christian Wulff (NI): Ich bin heilfroh, das gesagt zu haben. Damit ist die Verantwortung übergegangen. Wenn Sie Recht hätten, würde mich das freuen. Wenn nicht, habe ich getan, was ich tun konnte.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Eine Frage zum letzten Absatz des verteilten Papiers! Es heißt, die Einsparmengen in 2004 würden durch auf 6 % erhöhte Einspargesetze ausgeglichen. In den Folgejahren wird auch hier auf 8 und 12 % erhöht. - Das heißt, im Jahr 2005 kämen nur 2 % hinzu?

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ja!)

Abg. Wolfgang Meckelburg: Im ersten Spiegelstrich des verteilten Papiers steht:

Regionalisierungsmittel ... werden in einem einmaligen Schritt ab 2004 um 2 % verringert.

(Abg. Joachim Poß: "in 2004"!)

- Es müsste "in 2004" heißen. Ist das richtig?

(Abg. Joachim Poß: Das ist vollkommen richtig: "in 2004"! - PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich stimme Ihnen zu! Ja, "in 2004"! Die Wörter "einmaligen Schritt" besagen es auch! - Weitere Zurufe)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Kuhn, solche Vorschläge brauchen wir.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Meckelburg, damit das klar ist: Diese 2 % wirken natürlich auf Dauer fort. Es gibt einen einmaligen Schritt in 2004, und diese 2 % wirken fort. Aber es kommen nicht jedes Jahr wieder 2 % drauf.

StM Erwin Huber (BY): Vorhin hat Frau Staatssekretärin gesagt: einmaliger Schritt ohne Basiseffekt!

(Zuruf: Erhöhung 2 % und 2 % Absenkung! Dann hast du null!)

- Die Erhöhung war 1,5 %. - Sie haben gesagt: Auf der Basis der Finanzplanung wird 2004 einmalig - -

(Unruhe)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Leute, bitte zuhören!

StM Erwin Huber (BY): Aber das wirkt nicht im Basiseffekt fort.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Nein, Herr Kollege Huber, das habe ich so nicht gesagt.

(StM Erwin Huber (BY): Natürlich!)

- Herr Kollege Huber, Sie hatten gefragt, ob im Jahre 2004 sozusagen kumuliert um 3,5 % abgesenkt würde, weil doch eigentlich eine Erhöhung von 1,5 % vorgesehen ist. Daraufhin habe ich Ihnen geantwortet: Gedanklich gehen wir vom Finanzplan 2004

aus - d. h. die Erhöhung um 1,5 % ist drauf -, und dann werden 2 % heruntergenommen. Es gibt also keine Kumulation auf 3,5 %. Die dann so erreichte Basis von 2004, die genau genommen nur 0,5 Punkte niedriger ist als das, was wir aktuell haben, ist dann natürlich die Basis für die Folgejahre, ohne dass noch weitere Zwei-Prozent-Schritte hinzukämen. Aber die einmalige Absenkung um 2 % ist die Basis für die Folgejahre.

StM Erwin Huber (BY): Dann ist es aber keine einmalige Absenkung, sondern es ist eine Absenkung der Basis.

(Zuruf des Abg. Joachim Poß)

- Ja, das ist etwas anderes.

(Erneuter Zuruf des Abg. Joachim Poß)

- Nein. Vor 20 Minuten haben wir mit Ihnen besprochen, dass es eine einmalige Absenkung um die genannten 2 % ohne Basiseffekt ist. Das heißt, dass man in den Jahren 2005 und 2006 natürlich wieder von der alten Basis ausgehen muss. Denn sonst erzielen wir einen Effekt, der für Länder und Kommunen in drei oder vier Jahren rund 1 Milliarde Euro ausmacht. Damit ist den Ländern die Bedienung im Nahverkehr, im Regionalverkehr nicht mehr möglich.

(StM Gernot Mittler (RP): Das kann nicht wahr sein! - Weitere Zurufe)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das muss geklärt werden.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Man kann sich dazu verhalten. Wenn es um die Frage ginge, ob im nächsten Jahr 2 % weniger an Regionalisierungsmitteln zur Verfügung stehen und ob man danach so tun kann, als habe es diese 2 % weniger nie gegeben, dann könnte man die politische Forderung in den Raum stellen, ab 2005 auf der wiederum erhöhten Basis weiter aufzustocken. Aber es scheint nicht plausibel zu sein, wieso ausgerechnet für das Jahr 2004 ein einziges Mal eine Absenkung um 2 % vorgenommen wird, ohne dass dies Auswirkungen auf die Folgejahre hätte. Der Koch/Steinbrück-Vorschlag sieht vor, auch in diesem Bereich um 4, 8 und 12 % abzusenken. Insofern ist eine einmalige Absenkung um 2 %, die die Basis aber logischerweise auch für die Folgejahre um genau diese 2 % absenkt, natürlich erheblich weniger als das, was im Koch/Steinbrück-Vorschlag enthalten ist.

StM Gernot Mittler (RP): Was Herr Huber vorträgt, ist klar. Ich halte das für Erbsenzählerei. Vor dem Hintergrund der Gesamtleistung, die erbracht wird, kann kein Milliardenbetrag zu Stande kommen.

Zwischen dem, was Herr Huber sagt, und dem, was Frau Hendricks sagt, besteht ein Delta, das sich auf eine abgesenkte Bemessungsgrundlage bezieht. Es geht darum, ob die jährliche Steigerung um 1,5 % von 98 oder von 100 % berechnet wird. Das ist die Differenz. 1,5 % von 2 % ist das Delta. In Ansehung dessen, was mit dem Gesamtpaket bewegt wird, bitte ich sehr herzlich darum, eine derartige Ansammlung von Stundenlöhnen nicht länger damit aufzuhalten.

MP Peer Steinbrück (NW): Ich will nur eine Zahl nennen. Die Regionalisierungsmittel für 2004 sind in etwa mit 5,7 Milliarden Euro etatisiert. Das heißt, wir reden in Wirklichkeit über 114 Millionen Euro gleich 2 %. Daher kann die von Herrn Kollegen Huber kumulierte Summe von 1 Milliarde Euro beim besten Willen nicht zu Stande kommen.

Abg. Joachim Poß: Man muss zuerst darauf hinweisen, dass es hier nicht um die Bemessungsgrundlage, sondern um die prozentuale Auswirkung geht. Im Verhältnis zum Koch/Steinbrück-Vorschlag, um 4, 8 und 12 % abzusenken, machen wir eine sehr große Ausnahme, die vertretbar erscheint. Aber wir wollen nicht vertieft über diesen Punkt diskutieren. Es geht um die Frage, inwieweit die Regionalisierungsmittel tatsächlich für den gedachten Zweck verwendet werden. Aber es führt uns nicht weiter, wenn wir dieses Fass aufmachen.

Wir dachten, eine Lösung in dem von Frau Hendricks geschilderten Verständnis gefunden zu haben, mit der alle Beteiligten leben können. Sie erreicht nicht die Dimension, wie Sie sie, Herr Huber, an die Wand gemalt haben. Auch ich meine, wir sollten diesen Punkt bald verlassen.

Abg. Norbert Geis: Lieber Herr Poß, das war aber nicht Gegenstand der Einlassung von Frau Hendricks. Die B-Gruppe hat im internen Gespräch festgehalten, dass der Aufwuchs im nächsten Jahr wieder auf der Basis von 100 %, nicht von 98 % berechnet wird. Dies war unsere Bitte. Das hat Frau Hendricks auch so verstanden. Ich konnte sie jedenfalls nicht anders verstehen, weil sie gesagt hat: ohne Basiseffekt. Die Basis sind 100 %. Wenn die 2 % keinen Basiseffekt haben, dann bleibt es in den darauf folgenden Jahren hinsichtlich der 1,5 % bei 100 %.

Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass wir diesen Punkt bald verlassen sollten; denn daran dürfen wir uns nicht festhaken.

Abg. Werner Kuhn (Zingst): Ich habe mir Berechnungen von der Bahn darüber geben lassen, was entsprechend den Vorschlägen an Einsparungen erbracht werden müsste. An jenem historischen Montag wurde gerechnet, dass man in 2004, in 2005 und in 2006 jeweils 2 % einzusparen habe. Aber ich höre mit Wohlwollen, dass das nur im Jahre 2004 geschehen soll.

Die Regionalisierungsmittel des Bundes entsprechend der Bahnstrukturreform erreichen beachtliche Größenordnungen. Herr Huber hat Recht: Es sind 6,9 Milliarden Euro im Jahre 2004.

(Abg. Joachim Poß: 6,772 Milliarden Euro!)

Der Bund spart im Jahre 2004 139 Millionen Euro, also knapp 140 Millionen Euro ein. Wenn es um dieses eine Haushaltsjahr ginge, würden wir zustimmen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Lieber Ortwin, wir wollen dieses Thema möglichst bald verlassen.

Abg. Ortwin Runde: Sicherlich, das gilt aber dann für alle.

Dass es im gesamten System der Koch/Steinbrück-Vorschläge immer um Basiseffekte geht, und zwar nach drei Jahren in der Größenordnung von 12 %, ist klar. Hier soll ein Basiseffekt von 2 % eingeführt werden; das ist eine Abmilderung um den Faktor 6. Ich registriere mit einem gewissen Missbehagen, dass hinsichtlich der Finanzhilfen ansonsten immer gesagt wird, dies werde im Haushalt geregelt - immer mit der Erwartungshaltung, es werde so geregelt, dass es nicht weh tut. Insgesamt soll jedoch der gleiche Betrag erreicht werden. Das ist eine Kunst, die niemand beherrscht.

Deswegen sollte man die Basisabsenkung um 2 % zur Kenntnis nehmen und sie als eine sehr weitgehende Modifizierung von Koch/Steinbrück begreifen, ohne dass das Gesamtsystem in Frage gestellt wird.

(PStS Karl Diller (BMF): Ich muss etwas korrigieren!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Einverstanden!

PStS Karl Diller (BMF): Herr Vorsitzender! Gestern ist mit der B-Seite auf Beamtenebene über eine Formulierungshilfe gesprochen worden. In dem Paket der Formulierungshilfen war auch die Seite "Regionalisierungsmittel des Bundes" enthalten. Dort ist der folgende Vorschlag vorgetragen worden. Ich zitiere:

> Dem § 5 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:
>
> Die sich in Anwendung des Satzes 1 für die Jahre ab 2004 ergebenden Jahresbeträge sind für das Jahr 2004 um 2 vom Hundert und vom Jahr 2005 an um jeweils 139 Millionen Euro zu verringern.

2 % entsprechen 139 Millionen Euro. Das heißt, hier findet das statt, was die Haushälter "überrollen" nennen. Dem ist gestern in der A/B-Besprechung nicht widersprochen worden.

StM Erwin Huber (BY): Es ist abwegig, unsere Beamten in die Pflicht zu nehmen. Es war klar, dass wir einer solchen Absenkung nicht zustimmen. Das Gesamtminus beträgt für die Jahre bis 2007, genau gerechnet, 981 Millionen Euro. Dieser Betrag geht vollständig zu Lasten der Länder und Kommunen. Anderenfalls kürzen sie im Regionalverkehr bzw. im Nahverkehr. Man muss wissen, dass sich das unmittelbar auf den Nahverkehr auswirkt. Was Sie vorhaben, bedeutet eine gewaltige Einschränkung der Aufträge, die zu Gunsten des Regionalverkehrs und des Nahverkehrs erteilt werden können. Auf der Basis, die Sie gerade vorgetragen haben, beträgt die Kürzung insgesamt also annähernd 1 Milliarde Euro. Es ist nicht möglich, innerhalb von ein paar Minuten 1 Milliarde Euro mehr oder weniger über den Tisch zu schieben.

Abg. Volker Kauder: Doch, das haben wir vorhin gesehen.

Im Rahmen der Regionalisierungsmittel macht mir im Zusammenhang mit dem, worüber wir später bei Hartz IV beraten, eines großen Kummer: Die von uns mit gestellte Bundesregierung hat die Regionalisierungsmittel damals nach unten gegeben mit dem Satz: Damit sollen Aufgaben, die der Bund bisher wahrgenommen hat, durch die Länder erfüllt werden - Konnexitätsprinzip pur! An den Aufgabenstellungen der Länder hat sich jedoch nichts geändert. Infolgedessen ist eigentlich klar, dass, dem Konnexitätsprinzip folgend, das Geld bleiben muss.

Welch ein Signal geben wir, wenn wir den Kommunen bei Hartz IV Geld geben, damit sie eine Aufgabe erfüllen, die bisher anderswo wahrgenommen worden ist, aber in zwei oder drei Jahren, wenn Koch/Steinbrück II kommt, sagen: Das ist auch eine Subvention; deswegen wird sie gekürzt. - Es ist aber keine Subvention, sondern Folge

des Konnexitätsprinzips. Deswegen bin ich nicht damit einverstanden, ohne weiteres so zu verfahren. Wenn sich der Bund so verhält, gibt er ein schlechtes Beispiel. Sie können den Ländern gegenüber - von Bayern weiß ich es beispielsweise - nicht von heute auf morgen sagen: Wir kürzen jetzt, aber die Aufgaben bleiben. - Ich will ausdrücklich sagen, dass ich hinsichtlich der Kürzung um 2 % große Bedenken habe.

(Abg. Joachim Poß: Wir haben uns verständigt!)

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich bitte um Verständnis, dass ich mich ein bisschen wundere. In dem Papier der Ministerpräsidenten Steinbrück und Koch war dies mit 4,8 und 12 % in einem Maße enthalten - -

(StM Erwin Huber (BY): Entschuldigung, zu Koch/Steinbrück sind wir nicht gefragt worden!)

- Das liegt aber seit Wochen in den Arbeitsgruppen zur Bearbeitung, Herr Huber. Das wollte ich gerade erläutern.

(StM Erwin Huber (BY): Das ist ausgenommen worden! Ich bitte sehr darum, die Papiere zu lesen! Die Arbeitsgruppe hat Koch/Steinbrück behandelt und die Regionalisierungsmittel ausdrücklich ausgenommen!)

- In der letzten Runde der Arbeitsgruppe sind die 2 % als Entlastung für alle Beteiligten, die in diesem Gestaltungsbereich tätig sind, vereinbart worden.

Ich meine, das ist ein enormes Entgegenkommen, wenn man daran denkt, worüber ansonsten im Zusammenhang mit dem Koch/Steinbrück-Papier verhandelt worden ist und verhandelt wird.

Von daher bitte ich Sie darum, das zu akzeptieren. Davon können wir nicht heruntergehen. Das ist auch eine Frage des Volumens. Wir haben vorhin erläutert, dass wir das Volumen, die Basis von Koch/Steinbrück nicht verlassen können. Dies gehört dazu. Wenn Sie das streitig stellen, entfällt eine sehr wichtige Grundlage. Dann können wir nicht weitermachen.

(Zuruf: Sie sind doch schon heruntergegangen!)

Abg. Joachim Poß: Herr Huber, auch Ihr Kollege Faltlhauser sagt, das seien sensible Punkte. In der Arbeitsgruppe wurden sensible Punkte identifiziert, und die B-Seite hat unter anderem diese Punkte genannt. Zwischen halb fünf und 5 Uhr verständigte man sich in meinen Augen jedenfalls im Grundsatz auf die 2 %. Das ist in

der Arbeitsgruppe vorgetragen worden. Ich war nicht allein anwesend; auch Herr Mittler, Frau Hendricks und Herr Diller waren anwesend.

(StM Gernot Mittler (RP): Herr Thiele!)

- Und Herr Thiele! - Wir wollen nicht tricksen, aber es muss doch das Ergebnis gelten, das wir zum guten Schluss gefunden haben.

StM Erwin Huber (BY): Entschuldigung, dass ich direkt darauf antworte. - Wir hatten einmalig 2 % vereinbart. Zu einmalig 2 % stehen wir.

(Zurufe)

- Einmalig heißt einmalig, nicht jedes Jahr. - Damit stimmen wir zu, dass im Jahr 2004 rund 140 Millionen Euro als Ausgleich an die Länder für den Regional- und den Nahverkehr gespart werden. Aber wenn Sie bis zum Jahr 2007 von einer abgesenkten Basis ausgehen, erzielen Sie einen Einspareffekt von insgesamt 981 Millionen Euro, und das ist Montagnacht nicht vereinbart worden.

(StM Gernot Mittler (RP): Das kann nicht sein! - Weitere Zurufe)

Abg. Volker Kauder: Herr Kollege Schmidt, ich akzeptiere, dass wir Arbeitsgruppen eingesetzt haben. Aber wir beide waren uns darüber einig, dass Arbeitsgruppen keine Abschlussvollmacht haben, sondern dass wir alles hier besprechen. Deswegen hat es wenig Sinn - -

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Oh nein, Herr Kollege Kauder! - Weitere Zurufe)

- Sie müssen damit rechnen, dass wir heute noch Fragen stellen. Deswegen erschweren Sie es nicht! Wir verhandeln hier noch einmal. Dieser Punkt ist für uns wichtig.

Wir akzeptieren die 2 % und gehen davon aus, dass die Basis für die nächste normale Erhöhung 100 % sind. Das ist unsere Marschrichtung.

Abg. Norbert Geis: Wir alle waren sehr müde; das ist wahr. Aber ich weiß noch, dass wir gesagt haben: einmalig 2 %, nicht ständig 2 %! - Herr Schmidt und Herr Poß, ich bin davon ausgegangen, dass die Verringerung einmalig ist und dass wir bei der Berechnung der 1,5 % dann wieder zu 100 % zurückkehren.

(Abg. Joachim Poß: Wir sind davon ausgegangen, dass das die Basis ist!)

Abg. Ludwig Stiegler: Wenn ich Karl Diller richtig verstanden habe, liegen wir in Wahrheit dazwischen. Die Absenkung beträgt 139 Millionen Euro. Sie wird dann als Festbetrag durchgereicht und immer abgezogen. Das heißt: Diese Absenkung ist nicht dynamisch. Deshalb ist die Huber'sche Berechnung - jedenfalls nach diesem Parameter - nicht ganz korrekt. Erst 1,5 % hoch, dann 2 % herunter! In den Folgejahren wird nur ein Festbetrag abzogen, so dass die Jahreszahl herausgeht. Das ist wesentlich weniger, als im Koch/Steinbrück-Papier vorgesehen ist; dort ist eine Treppe nach unten mit einer erheblichen Dynamik eingebaut, während die Dynamik hier im Grunde völlig herausgenommen worden ist, weil der Betrag in einen festen Abzugsbetrag, der im Vergleich zur Gesamtzahl an Bedeutung abnimmt, umgesetzt wird. So habe ich Karl Diller verstanden.

(StM Erwin Huber (BY): Diese Rechnung unterstellt, sind es 560 Millionen Euro, nicht einmalig 140 Millionen Euro!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Kuhn.

Abg. Werner Kuhn (Zingst): Das heißt: über vier Jahre hinweg bis einschließlich 2007!

(Zurufe)

- Ich rede zu diesem Thema. Mein Mikrofon ist eingeschaltet, ich bin an der Reihe.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Sie sind dran.

Abg. Werner Kuhn (Zingst): Ja, genau! - Das sind 560 Millionen Euro. Wenn Sie sich die Kürzungen insgesamt ansehen, die im Bereich "Schiene" - aber nicht nur dort - vorgenommen werden sollen, dann wird von einem Gesamtvolumen von 18 Milliarden Euro über diese vier Jahre hinweg die stolze Summe von 2,1 Milliarden Euro eingespart. Darin eingeschlossen sind auch die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für die Schiene, aber auch für die Straße, wo sich der Bund mit 25 % beteiligt. Ich weiß nicht, ob die Arbeitsgruppe alles das derart vertieft behandelt hat, dass wir in die Detaildiskussion über diesen einen Aspekt eintreten können. Es gibt vielmehr noch etliche Punkte, die wir jetzt im Prinzip nicht überblicken.

Der Vermittlungsausschuss hat die Entscheidungen der Koalitionsfraktionen finanziell und politisch zu bewerten. Die Arbeitsgruppen haben alles das behandelt und uns Entscheidungsvorschläge vorgelegt. Aber es nützt alles nichts: Wir müssen uns hier im Ausschuss noch einmal mit der Materie auseinander setzen.

Damit komme ich wieder zu dem Thema "Gemeinschaftsaufgabe". Die B-Länder werden nur dann zustimmen, wenn der Vermittlungsausschuss in einer Protokollnotiz einerseits die Notwendigkeit zum Ausdruck bringt, in diesen Bereichen Einsparungen im Haushalt in einer Größenordnung von 1,2 Milliarden Euro zu erbringen, und andererseits die Empfehlung ausspricht, dass die Gemeinschaftsaufgabe auf diesem Sockel bleiben sollte. Das möchte ich zu Protokoll geben.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich denke, alles das haben wir ausreichend erläutert. Ich will noch einmal an den Charakter des Auftrages des Koch/Steinbrück-Papiers erinnern: Es geht darum, Subventionen - und was die beiden darunter verstanden haben - einschließlich Finanzhilfen usw. spürbar zu verringern. Dahinter darf sich niemand verstecken, indem er seine eigene Baustelle für tabu erklärt. Ich finde, das ist politisch nicht in Ordnung. Denn in diesem Papier werden viele andere Bereiche angesprochen, die den einen oder anderen ebenfalls interessieren könnten. Ich habe die Befürchtung, dass wir im Laufe des Abends und der Nacht auf weitere Bereiche zu sprechen kommen, weil jeder meint, sich eine Baustelle heraussuchen zu können, die er nicht akzeptiert.

Das klingt für mich - dies sage ich auch unter dem Eindruck dessen, was Herr Kuhn erklärt hat - relativ ultimativ. Dann stellen Sie jetzt einen Antrag! Er wird mit 16:16 Stimmen abgelehnt. Anschließend müssen Sie erklären, ob Sie mit uns weiterverhandeln oder nicht.

(StM Erwin Huber (BY): Sie müssen einen Antrag stellen!)

- Wir stellen hier keine Anträge. Für uns ist das klar. Gucken Sie sich die Protokollerklärung an! Damit ist die Sache ausgestanden.

Abg. Joachim Poß: Wir sollten die Dinge nicht zuspitzen. Ich hoffe, das will keine Seite. Aber ich bitte um Verständnis dafür, dass wir jetzt nicht mehr fachpolitische Betrachtungen in aller Tiefe anstellen können. Jeder engagiert sich in einem Bereich, Herr Kollege Kuhn. Das gilt für alle, die politisch tätig sind.

Wir haben gewissen Leitlinien. Herr Ministerpräsident Steinbrück hat vorhin aus der so genannten Elefantenrunde berichtet, was Grundlage der Einigung sein soll. In

dem Maße, in dem Sie einzelne Positionen, die ihr eigenes Gewicht haben, in Frage stellen, stellen Sie die Grundlagen der Gesamteinigung, die in der Elefantenrunde erzielt wurde, in Frage. Darum geht es politisch. Wir haben doch keinen Spielraum. Ich habe bereits gestern in der Arbeitsgruppe gesagt: Wir verhandeln nach Maßgabe der Vorgaben der Elefantenrunde, so wie sie im Vermittlungsausschuss geschildert wurden.

(MP Christian Wulff (NI): Vorsicht! Vorsicht! - Weiterer Zuruf: Auf der Grundlage des Volumens!)

- Auch auf der Grundlage des Volumens.

Wir sind zu früher Stunde in Fachberatungen eingetreten und haben zur Kenntnis genommen, dass die Bundesregierung zu diesem Bereich eine Protokollerklärung abgeben wird, so wie sie hier vorliegt. Wir können uns jetzt vielleicht noch über die Formulierung der Protokollerklärung auseinander setzen. So war die gesamte Veranstaltung zu verstehen. Niemand will jemanden über den Tisch ziehen. So haben wir es verstanden, und so müssen wir, glaube ich, auch jetzt vorgehen.

MP Dieter Althaus (TH): In der Elefantenrunde ging es um das Jahr 2004, um nichts anderes. Dort ist auch kein Detail dieser Frage besprochen worden. Da die politische Bewertung eine Rolle spielt: Die Finanzminister der Länder haben bei der Bewertung des Auftrages sehr deutlich gemacht, dass diese Mittel vollständig herausgenommen werden sollten. Das war die Auffassung der Ministerpräsidenten; die Finanzminister haben entsprechend formuliert. Bisher ist dieser Bereich noch nicht en détail besprochen worden. Deswegen kann man in der letzten Sitzung, in der die Hand zu heben ist, nicht sagen: Es ist doch selbstverständlich, dass das so umgesetzt wird. - Auch in der Arbeitsgruppe sind keine detaillierten Ausführungen dazu gemacht worden.

Ich finde, man kann sich ohne Probleme über die Regionalisierungsmittel für das Jahr 2004 einigen; das Gleiche gilt für die GA. Aber man kann den gesamten anderen Bereich auf keinen Fall nebenbei für die nächsten Jahre mit regeln. Das wäre eine viel zu weit reichende politische Entscheidung.

Abg. Franz Müntefering: Bei allen Dingen, die wir ansonsten tun, gilt immer, dass das, was getan worden ist, die Basis für weitere Jahre ist. Was Sie beantragen, ist eine Ausnahme von dieser Regel. Deshalb gilt das, was Wilhelm Schmidt gesagt hat: Wer

eine Ausnahme von der Regel will, muss es beantragen; anschließend müssen wir per Abstimmung eine Klärung herbeiführen. Anders ist es nicht möglich.

Es ist klar: Im Haushalt stehen nie 98 %, sondern immer 100 %. Wenn man im nächsten Jahr eine Absenkung um 2 % vornimmt, dann sind die 98 % 100 %. Auf dieser Basis geht es dann weiter. Wie gesagt, im Haushalt stehen nie 98 %, sondern dort stehen immer 100 %. Dann sind sie die Basis für das nächste Jahr. Das ist die normale Verfahrensweise. Wer etwas anderes will, muss einen Antrag stellen, über den wir abstimmen. Dann sollten wir klären, ob wir weiterverhandeln. Ich weiß nicht, was man sonst noch dazu sagen soll.

(Abg. Norbert Geis: Ohne Basiseffekt! Das haben wir extra ausgemacht!)

PStS Karl Diller (BMF): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte einen kurzen Hinweis auf die Entstehungsgeschichte dieser 2 % geben. Das ursprüngliche Ansinnen, das auch mir bekannt ist, Herr Ministerpräsident Althaus, war, Regionalisierungs-, GVFG-Mittel herauszunehmen. Doch wurde sehr bald klar, dass man dem Volumen dadurch eine große Masse entzieht. Um wieder das Gesamtvolumen zu erreichen, hätte man einen prozentualen Aufschlag auf die übrigen zur Debatte stehenden Subventionen machen müssen. Der Aufschrei wäre riesengroß gewesen.

Deswegen hat man überlegt, wie man in Achtung der Argumente, die in Richtung auf die Regionalisierungs- und die GVFG-Mittel vorgetragen worden sind, dennoch zu einem Wert kommen kann, der den "Turbo" auf die übrigen Titel mit dem Ziel, die Gesamteinsparsumme zu erreichen, nicht so mächtig macht. Aus diesem Grunde hat der Kollege Thilo Sarrazin von erfolgreichen Verhandlungen berichtet, die er über die Schienenwege innerhalb Berlins geführt hat mit dem Ziel, Einsparmöglichkeiten zu erwirtschaften. Es wurde auch über Erfahrungen aus anderen Ländern berichtet.

Das Ergebnis der Beratungen war: 2 % auf die Basis bei den Regionalisierungsmitteln, den GVFG-Mitteln und den BEV-Mitteln - dort hat der Bund auch große Schwierigkeiten; denn es geht um Pensionszahlungen und um Zahlungen an aktive Beamte, die noch bei der Bahn tätig sind; hier müssen wir die Differenz zwischen Anfangs- und Endgehältern bezahlen - wurden als ein verträglicher Vorschlag gewertet. Denn wir haben gesagt: Wir sehen keine "Treppe" mit 4,8 und 12 %, wie sonst bei Koch/Steinbrück, vor, also beispielsweise mit 2,4 und 6 %, sondern wir nehmen 2 % des Wertes von 2004 und schreiben ihn als absoluten Betrag fort.

Das ist hier besprochen worden; das Ergebnis ist Ihnen gestern vorgetragen worden. Ich mache alle Anwesenden darauf aufmerksam, dass uns das Sekretariat einen roten Aktenordner vorgelegt hat; er enthält auf Seite 22 des entsprechenden Papiers exakt den Gesetzestext, den ich Ihnen soeben vorgetragen habe.

Herr Kuhn, mein Appell an Sie ist: Wer im Bereich der Basis eine Verminderung vornimmt, sich aber noch an die Zusage gebunden fühlt, dass das Volumen insgesamt nicht tangiert werden darf, muss bereit sein, andere Stellen zu nennen, auf die ein wesentlich höherer Wert aufgeschlagen wird. Weil wir über Regionalisierungsmittel in Milliardenhöhe reden, bedeutet das in anderen Fällen sehr viel "Holz".

MP Christian Wulff (NI): Mir ist nicht ganz klar, wie hier zu den Abstimmungen argumentiert wird. Angesichts eines Stimmenverhältnisses von 16:16 ist wahrscheinlich dem Letzten klar geworden, dass Ihre Aufforderung an uns, einen Antrag zu stellen, keinen Sinn hat. Am Ende des Tages müssen Anträge gestellt werden. Wenn die eine Seite sagt, seht zu, dass ihr für euren Antrag eine Mehrheit bekommt, wird sie am Ende keine Mehrheit für ihre Anträge finden. Deswegen begreife ich nicht, warum wir ständig darauf hingewiesen werden, hier müssten Anträge gestellt werden. Dann können wir relativ früh zu Ende kommen. Denn wenn wir wissen, dass keine Seite eine Mehrheit für ihre Anträge bekommt, brauchen wir uns nicht noch Stunden um die Ohren zu schlagen. Insofern bedarf es einer kultivierten Form der Verständigung.

In der Runde der Parteivorsitzenden ist über die Eigenheimzulage, die Entfernungspauschale und die Wohnungsbauprämie gesprochen worden.

(MP Peer Steinbrück (NW): Und über Koch/Steinbrück!)

- Man hat sich zugesichert, dass man sich bei der Koch/Steinbrück-Liste anstrengen werde, das Volumen zu erbringen. Über einzelne Positionen ist dabei nicht gesprochen worden.

Es wäre eine völlige Überforderung, wenn man meinte, nachdem Bundestag und Bundesrat über Monate beraten haben und der Vermittlungsausschuss vier Tage getagt hat, könnten ein paar Leute alle Knoten innerhalb von zwei Stunden durchschlagen. Selbstverständlich herrscht Respekt vor den Arbeitsgruppen, vor deren Ergebnissen und vor den Beratungen des Vermittlungsausschusses. Der Vermittlungsausschuss ist das verfassungsmäßige Gremium zur Lösung dieser Probleme. Hier ist der Ort, an dem wir uns verständigen müssen, auch über Punkte - ich will es nicht wiederholen; aber manche scheinen es nicht zu begreifen - wie die 59 Millionen Euro im Zusammenhang mit der Rente. Herr Huber hat einen sensiblen Punkt vorgetragen. Ich wünsche mir,

dass die Grünen zur Personenbeförderung oder zu ähnlichen Themen hier das sagen, was sie draußen immer erzählen. Ich erinnere daran, dass wir dafür kämpfen, im Hamburger Umland und anderswo Schienenverbindungen und -verkehre zu einigermaßen akzeptablen Taktzeiten weiter aufrechtzuerhalten. Ich muss feststellen: In diesem Gremium ist keine Unterstützung erkennbar.

Ich wäre dankbar, wenn man signalisierte, dass man dem Vorschlag von Herrn Huber folgt. Dann könnten wir zum nächsten Punkt übergehen, auch wenn wir das Volumen nicht ganz erreichen. Wir müssen auch für 2005 und 2006 einiges erreichen; wir brauchen heute nicht die Welt bis 2009 zu verändern. Es wäre schon gut, wenn wir in Bezug auf 2004 in die Strümpfe kämen.

Deswegen will ich sagen: Ein bisschen Verständnis für einzelne dieser Punkte würde den Fortgang der Beratungen erleichtern.

MP Dieter Althaus (TH): Ich kann das nur unterstützen. Es gab bisher an keiner Stelle eine Übereinkunft, dass die bisherige Koch/Steinbrück-Vorlage akzeptiert worden ist. Das war nie der Fall; es war bisher immer nur Beratungsstand in den Fachgruppen.

Deshalb ist dies genau der richtige Zeitpunkt, um die Frage zu stellen: Was sollen wir tun? Eine ganze Reihe von Ländern hat schon vorgetragen, z. B. in der Finanzministerkonferenz, dass bestimmte Teile herauszunehmen sind, weil sie eine Dauerwirkung haben, über die wir heute noch nicht mitbeschließen können und auch nicht mitbeschließen wollen. Deshalb ist es, glaube ich, nur möglich, über das Jahr 2004 zu beschließen. Das ist unstreitig, und darum geht es heute, um nichts weiter. Alles andere kann man später besprechen.

StM Gernot Mittler (RP): Das hört sich zwar gut an, Herr Ministerpräsident Althaus, aber es widerspricht dem Sachverhalt. Denn hier ist das Regionalisierungsgesetz betroffen, das wir nicht jedes Jahr ändern wollen. Insoweit muss jetzt eine Entscheidung getroffen werden - gleichgültig, wie sie lautet -, die auch Bestand hat.

Zweitens. Ich kann es nicht verstehen, dass wir uns im Hinblick auf den Umfang, der insgesamt zur Debatte steht, an einem solchen Punkt festbeißen.

(StM Erwin Huber (BY): Es geht um 560 Millionen Euro!)

- Nein, es geht nicht um diesen Betrag. Es geht um erheblich weniger als um die 980 Millionen Euro, von denen Sie reden, Herr Huber. Bleiben wir doch bei den Fakten! Es kann auch errechnet werden, um welchen Betrag es geht.

(StM Erwin Huber (BY): 560 Millionen Euro!)

Wenn das mit dem Basiseffekt richtig wäre, müsste man die Steigerung jedes Jahr von ursprünglich 100 % berechnen, nicht von dem jeweils aufgewachsenen Betrag.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): So ist es!)

Die Steigerung um 1,5 % bezieht sich auch immer auf den Wert des Vorjahres. Dort sagen wir auch nicht, dass die Erhöhung, die in den Vorjahren mit jeweils 1,5 % draufgekommen ist, herausgerechnet werden darf. Insoweit ist das Vorjahr, wenn man eine solche dynamische Formel hat, immer das Bezugsjahr und damit immer gleich 100 %. Ich denke, darauf sollten wir uns verständigen, um in der Sache weiterzukommen. Es sollte eigentlich unstreitig sein.

Abg. Volker Kauder: Herr Kollege Schmidt, wir haben vereinbart, dass wir in diesem Zusammenhang über die Frage der Mehrheit bzw. darüber, wie es ausgeht, nicht streiten wollen. Ich habe Ihnen sogar zugesagt, dass wir auf die Verhandlungslösung, nicht auf die Abstimmungslösung setzen, wenn bei Ihnen jemand - aus welchen Gründen auch immer - fehlt. Deswegen bitte ich Sie, das nicht ständig anzuführen.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich habe mich erst ein einziges Mal beteiligt!)

- Es ist mehrfach gesagt worden. Wir wollen uns auf eine Verhandlungslösung, nicht auf eine Abstimmungslösung einigen. Das ist die Grundlage dessen, was wir hier tun.

An diesem Punkt müssen wir zu Potte kommen. Wir können Folgendes tun: Wir lassen diesen Punkt im Raum stehen und rufen ihn, nachdem wir die übrigen Punkte behandelt haben, am Schluss noch einmal auf. Aber ich bitte die A-Seite um Verständnis: Wenn es nach allem, was bisher geschehen ist - wir haben uns bei der Steuerreform bewegt -, weitergeht nach dem Motto: Wir diktieren, und ihr habt zu folgen, dann erschwert dies die Verhandlungen ungemein. Herr Vorsitzender, ich schlage vor, dass wir dieses Thema im Raum stehen lassen und zu anderen Punkten übergehen. Wir werden sehen, wie wir damit zu Rande kommen. Am Schluss rufen wir das Thema noch einmal auf.

Abg. Ortwin Runde: Ich komme immer nach Herrn Kauder und seinen Geschäftsordnungsanträgen zu Wort.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Diesmal war es aber einer!)

Herr Huber, lassen Sie mich hierzu sagen: Dass dies ein ganz besonders sensibler Punkt ist, ist klar. Dass einer Aufgabenübertragung vom Bund auf die Länder die Mittel folgen sollen, ist ebenfalls klar. Dass wir, wenn wir an die Koch/Steinbrück-Liste herangehen, auf der anderen Seite sehr rasch auf große, vielleicht unlösbare und unüberwindbare Schwierigkeiten stoßen, ist jedem klar gewesen, der sich mit der Materie beschäftigt hat. Alle, die sich daran versucht haben, haben sehr bald gesagt: Verhandelt auf einer anderen Ebene darüber! - Die Arbeitsgruppen, die sich daran-gemacht haben, hatten viel Spaß.

Das Problem ist, dass diese hochsensiblen Punkte auch quantitativ viel ausmachen. Herr Kauder, es gibt kein Diktat. Die Konnexität zwischen Aufgabenverlagerung und Mittelzuschreibung wird vielmehr weiter aufrechterhalten. Die Zumutung ist: Statt 12 % Basisabsenkung - -

(Zuruf)

- Sie können das ausrechnen, indem Sie die Zahlen, die Herr Huber soeben genannt hat, mal 6 nehmen. Dann wird es erschreckend.

Hier hat man 2 % heruntergenommen und sie als Wert festgeschrieben; das Ganze wird weiter dynamisiert. Dies zeigt: Auf Konnexität wird sehr große Rücksicht genommen. Ich kenne alle Sparmaßnahmen, die wir in verschiedenen Bereichen durchführen. Dass man über eine Effizienzsteigerung 2 % bzw. die dann folgenden 139 Millionen Euro - das sind 2 % "abwachsend" - nicht erwirtschaften kann, kann mir niemand sagen. Das ist ein sehr sensibler Vorschlag. Ich meine, nur wenn wir ihn so bewerten, kommen wir zu einer richtigen Einschätzung. Das ist kein A/B-Problem, sondern es geht darum, wie wir auf diesem sehr schwierigen Feld gemeinsam zu Lösungen kommen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Kauder hat vorgeschlagen, diesen Punkt später wieder aufzurufen. Das ist eigentlich eine Hilfe.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Dagegen habe ich nichts. Ich will nur kurz erläutern, dass wir ein ganz besonderes Interesse an dem Volumen haben. Das ist keine Frage.

Ich will nicht die Behauptung im Raum stehen lassen - Herr Kauder, dafür bitte ich Sie um Verständnis -, wir blockten alles das ab, was Sie hier auf den Weg zu bringen versuchen. Die Protokollerklärung enthält etliche Punkte, die von Ihnen vorgeschlagen worden sind. Einige Punkte, die wir gewissermaßen schon hinter den Kulissen "abgeräumt" haben und die ich sicherheitshalber jetzt nicht mehr ansprechen möchte, sind von Ihnen gekommen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie konzedierten, dass wir bisher mehr als verhandlungsbereit gewesen sind.

Ich bin bereit zu akzeptieren, dass wir diesen Punkt nach hinten schieben.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich kann Ihnen spannende Zwischenergebnisse mitteilen: Eintracht Frankfurt - HSV 2:2, Köln - Hertha 2:0, Werder Bremen - Hansa Rostock 2:0 und Freiburg - Bayern 0:5. Nachher teile ich Ihnen die endgültigen Ergebnisse mit.

(Abg. Ortwin Runde: Jetzt ist Herr Huber kompromissfähig! - Heiterkeit)

Abg. Volker Kauder: Herr Huber ist kompromissfähig, aber ich als Badener bin natürlich sehr betrübt. Das gleicht sich aus.

Herr Kollege Schmidt, ich konzediere durchaus, dass wir ein paar Punkte "abgeräumt" haben. Mein Vorschlag ist: Wir lassen diesen Punkt einmal so stehen und gehen weiter.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir haben eine ganze Stunde über diesen Punkt geredet. Es ist besser, wenn wir wissen, wie alles andere läuft.

Gibt es in Bezug auf den großen Bereich "Haushaltsbegleitgesetz 2004" noch einen Punkt, der unbedingt aufgegriffen werden muss?

(Abg. Volker Kauder: Ökologischer Landbau!)

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Kollege Kauder, dafür sind keine Gesetzesänderungen am heutigen Tag notwendig.

Abg. Volker Kauder: Da Herr Kollege Schmidt und andere mich herausfordern, sage ich nur: Ich habe noch ein paar Dinge, für die wir eine Protokollerklärung nehmen können - ökologischer Landbau, Förderung der Beratung privater

Verbraucher, Energieeinsparung, Steinkohleförderung ab 2006. Ich habe auch eine Liste von Verbesserungen.

(Abg. Krista Sager: Sie haben den grenzüberschreitenden Flugverkehr vergessen! - Abg. Eckart von Klaeden: Das ging gegen Rezzo!)

- Ja, es gibt ein paar Punkte, bei denen auch Sie ganz schön unter Druck kämen. Also lassen wir das einmal!

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das war ein belustigendes Zwischenstück.

Ist sonst noch etwas zum Haushaltsbegleitgesetz anzumerken? - Dann sind wir bis auf eine kleine Hängepartie mit diesem Riesenpunkt durch.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Haushaltsbegleitgesetz ist vorhin eine Formulierungshilfe zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes als Tischvorlage verteilt worden. Dazu kann Herr Kollege Steinbrück etwas sagen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Peer Steinbrück, kannst du das erklären?

MP Peer Steinbrück (NW): Es geht um § 45a Personenbeförderungsgesetz. Es gibt eine Formulierung für eine Gesetzesänderung. Sie folgt dem "Handwerkszeug" von Koch/Steinbrück mit der Absenkung um 4,8 und 12 % in den Jahren 2004, 2005 und 2006. Dazu gibt es einen Formulierungsvorschlag zum Haushaltsbegleitgesetz.

(Abg. Carl-Ludwig Thiele: Worin besteht die Änderung gegenüber Koch/ Steinbrück?)

- Das ist keine Änderung gegenüber Koch/Steinbrück, sondern es geht nur um die Übertragung von Koch/Steinbrück in eine entsprechende Gesetzesformulierung.

(Abg. Carl-Ludwig Thiele: Warum ist sie separat vorgelegt worden und nicht im Paket enthalten?)

- Ich vermute, weil eine Gesetzesänderung bezogen auf den von mir zitierten § 45a PBefG zwingend erforderlich ist.

Abg. Werner Kuhn (Zingst): Das betrifft unter anderem die Integration des Schülerverkehrs in den Linienverkehr. Dies muss man schon sehen. Es geht um die Zahlungen, die pro Schüler an die Verkehrsunternehmen geleistet werden.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): So ist es. Es war das Interesse der Länder, beim Schülerverkehr zu sparen. Das ist der Punkt.

(Zuruf des Abg. Werner Kuhn (Zingst))

MP Peer Steinbrück (NW): Ich finde die Diskussion hochinteressant, weil wir den Mund in Bezug auf den notwendigen Subventionsabbau ansonsten sehr weit aufgerissen haben. Jetzt wird es Ernst, und zwar auch bezogen auf die Schülerverkehre, von denen wir wissen, dass sie in einigen Ländern überfinanziert werden, schon allein mit Blick auf die Anrechnung der Schultage, um die es geht. Jeder weiß - aber es wird nur hinter vorgehaltener Hand gesagt -, dass dort Luft im Karton ist. Jetzt gehen wir einmal dort heran. Bei jeder einzelnen Maßnahme höre ich immer: Beim besten Willen, aber es geht hier, da und dort nicht. - Dann sollten wir weitere Bemühungen im Hinblick auf den Subventionsabbau in der Folgezeit tunlichst unterlassen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Es ist angekommen.

Haben Sie zu dem gesamten Komplex noch etwas anzumerken?

Bevor wir abstimmen, möchte ich eine Empfehlung von Herrn Schmitt an Sie weitergeben. Vielleicht können Sie sich darauf verständigen, dass in Bundestag und Bundesrat je ein Berichterstatter für den Bereich "Steuern und Haushalt" einerseits und für den Komplex "Arbeitsmarktgesetze" andererseits benannt wird und wer die Berichterstattung übernehmen soll.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen!)

- Ich weiß nicht, ob Herr Stratthaus und Herr Koch anwesend sein können. - Herr Milbradt, können Sie die Berichterstattung im Bundesrat für alle Steuergesetze übernehmen? Ich appelliere an die Freundlichkeit eines Münsteraners, den es nach Sachsen verschlagen hat.

Herr Poß ist Berichterstatter im Bundestag.

Ich rufe nun das Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer auf.

Gibt es dazu - wie Herr Kauder immer sagt - Fragen? Er will nicht spitz "Anträge" sagen.

Abg. Volker Kauder: Die A-Seite wird überrascht sein, dass wir, so wie wir halt sind, kein Problem damit haben.

StM Erwin Huber (BY): Herr Kauder hat mich leider vorher nicht gefragt.

Grundlage des Kompromisses ist das Sofortprogramm mit der Absenkung der Gewerbesteuerumlage. Nun hat das Sofortprogramm auch einen Ausgabenteil, der sich in erster Linie auf das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das Gleichstellungsgesetz und dergleichen mehr bezieht.

Das ist in der großen Runde der Parteivorsitzenden erörtert worden. Der Bundeskanzler hat sich dort ausdrücklich dafür ausgesprochen, das Kinder- und Jugendhilfegesetz zu ändern

> (Abg. Ludwig Stiegler: Mit den Ländern zu reden! Stoiber-Korb! - Weitere Zurufe)

- zu ändern; mein Vertreter war dabei -, um eine Entlastung der kommunalen Seite zu erreichen. Da der Gesetzentwurf, den der Bundesrat beschlossen hat, noch in den Ausschüssen des Bundestages liegt, ist es wohl nicht möglich, hier heute einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten. Aber ich möchte die A-Seite darum bitten, ausdrücklich zu bestätigen, dass man konstruktiv in entsprechende Beratungen eintreten wird.

Abg. Joachim Poß: Die Bereitschaft unserer Seite war klar, wie immer das umgesetzt wird.

Auch wenn das Protokoll erst in Jahrzehnten Bedeutung erlangt, so möchte ich doch darauf hinweisen, Herr Kollege Huber, dass für uns Grundlage der Einigung zu dem Thema "Gewerbesteuer" nicht das Sofortprogramm der Union ist. Wir haben vielmehr eigene Vorstellungen entwickelt, die auch die Absenkung der Umlage und die Verstärkung der Bemessungsgrundlage zum Gegenstand haben; denn Sie haben sich geweigert, die personelle Basis zu verbreitern. Ich sage das nur, damit es ganz klar ist, Herr Huber. Ich möchte nicht, dass draußen gesagt wird: Wir haben das Sofortprogramm der Union umgesetzt. - Es ist nicht Geschäftsgrundlage, über die wir gleich abstimmen.

Abg. Franz Müntefering: Ich will, damit es allen klar ist, etwas zu dem Thema "Jugendhilfe" sagen, das Herr Kollege Huber angesprochen hat.

Es ist darüber gesprochen worden, dass die Ausgaben der Kommunen in diesem Bereich explodieren. Wir haben ferner darüber geredet, dass man den Kommunen nicht nur Geld zuführen muss, sondern dass man Ihnen auch die Möglichkeit geben muss zu sparen. Bei dieser Gelegenheit hat Bayern darauf hingewiesen, dass es dazu eine Initiative gebe. Wir haben zugesagt, darüber zu verhandeln, aber nicht hier; das sei vielmehr Sache der Parlamente. Dies ist sozusagen begleitend hierzu zu sehen. Ich glaube, es hat im Zusammenhang mit Korb III einmal eine Rolle gespielt.

Das ist Gegenstand; aber es muss und kann hier nicht vertieft werden.

(MP Matthias Platzeck (BB): Aber wir alle wollen es! - StM Erwin Huber (BY): Okay! Einverstanden!)

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Es ist in der Tat darüber geredet worden, allerdings mit dem Ziel, zu einem Ergebnis zu kommen. Es sind Beispiele genannt worden: Es wurde über Abenteuerurlaube in der Karibik im Rahmen der Jugendhilfe diskutiert. Ich erwähne das nur, damit man weiß, worum es geht.

(Zurufe)

- Ja, gut.

Ich gehe davon aus, dass alle Beteiligten nachhaltig den Versuch unternehmen, hier zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen.

Abg. Volker Kauder: Ich hätte die Protokollerklärung noch aufgerufen. Ich habe nur gesagt: Gegen das Gewerbesteuerreformgesetz gibt es bei uns keine Bedenken.

Ich darf darum bitten - Herr Kollege Schmidt hat es schon zugestanden -, sich auf eine Erklärung zu verständigen, dass wir wohlwollend daran mitwirken wollen, Ausgabenbegrenzungen am Beispiel des Jugendhilferechts vorzunehmen. Das könnte man im Rahmen einer Protokollnotiz erklären. Dann wäre die Sache erledigt. Wenn die A-Seite das zusagt,

(Abg. Joachim Poß: Das ist schon geschehen!)

dann kommen wir über die Rampe.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das ist schon geschehen.

Abg. Volker Kauder: Gut! Bekommen wir es schriftlich?

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ja, Sie bekommen es schriftlich.

Abg. Volker Kauder: Danke!

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das ist ein bisschen schwierig; denn Protokollerklärungen gibt hier eigentlich immer nur die Bundesregierung ab. Herr Kauder, ich bitte um Verständnis.

Wir erklären hier ausdrücklich unseren guten Willen, genau in der Form, wie es besprochen worden ist, aktiv zu werden. Aber das können wir als Bundesgesetzgeber uns natürlich nicht direkt aus der Hand nehmen lassen. Der Vermittlungsausschuss kann keinen Einfluss auf eine Gesetzgebung nehmen, die noch nicht in Gang gebracht worden ist. Wir erklären das hier sehr ernsthaft und sehr nachdrücklich. Dann verständigen wir uns auch darüber. Wir hier können ohnehin nicht das Volumen und Einzelheiten festlegen. Das wäre Quatsch.

StM Gernot Mittler (RP): Wir können doch so verfahren, wie wir beim Korb-II-Gesetz verfahren sind: Wir haben uns hier darauf verständigt, dass ein Vertreter der B-Seite im Bundesrat und ein Vertreter der A-Seite im Bundestag versichern, aktiv an der Novellierung der Gesetze mitzuwirken mit dem Ziel, innerhalb eines möglichst überschaubaren und nahe liegenden Zeitraums eine Lösung zu finden.

(Abg. Volker Kauder: Einverstanden!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Thiele, finden Sie das auch gut?

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Das ist prima. Wir haben in der Arbeitsgruppe "Steuern und Finanzen" generell auch Leistungsgesetze erörtert, bei denen der Bund mit Gesetzgeber ist, die in ihren Auswirkungen aber ausschließlich die Länder- und die Kommunalfinanzen betreffen. Dort wurde die Meinung vertreten, dass wir das im Moment nicht schaffen. Es gibt eine "Geschichte" in der Finanzministerkonferenz. Ich wäre dankbar, wenn man sich das auch angucken könnte; denn die Länder sind

bewegungsunfähig, sie sind auf den Bund angewiesen. Aber wenn wir schon mit dem "Rasenmäher" an die Sache herangehen, sollte dieser Bereich nicht außen vor bleiben; denn die Haushalte bekommt man nur über die Ausgabenseite in den Griff.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir sind am Ende dieses Punktes.

Ich stelle das Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer zur Abstimmung. Wer stimmt dagegen?

(Abg. Volker Kauder: Halt, halt! Wir wollten über alles am Schluss abstimmen!)

- Herr Schmitt kann etwas dazu sagen.

Geschäftsführer des Vermittlungsausschusses MD Gerd Schmitt: Der Grund ist, dass Mitglieder zu mir gekommen sind und um getrennte Abstimmung gebeten haben, weil sie sich unter Umständen in dem einen oder anderen Fall der Stimme enthalten wollen.

(Abg. Volker Kauder: Alles am Schluss getrennt! Das hat schon seinen Grund!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Haben alle verstanden, was wir verabredet haben? - Wir wollen am Schluss über alles getrennt abstimmen. Dann rufe ich alle Gesetze auf.

Wir fahren fort mit dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit.

Gibt es dazu Fragen?

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Es ist angesprochen worden, dass sich im Verfahren der künftigen Gesetzgebung etwas ändern soll. Dies ist am Montag erörtert worden. Dazu haben wir noch nichts.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Die Bundesregierung hat am Montagfrüh zugesagt, zu diesem Gesetz eine Protokollerklärung abzugeben. Das will ich hiermit gerne tun:

Die Bundesregierung wird im kommenden Jahr einen Vorschlag zu einer international wettbewerbsfähigen Kapitaleinkommensbesteuerung vorlegen. Für die Wettbewerbsfähigkeit sind dabei Steuersatz und Transparenz der Regelung gleichermaßen von Bedeutung. Das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit kann als erster Schritt in diese Richtung betrachtet werden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Sind Sie zufrieden?

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Komplex?

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Frau Kollegin, das ist mir ein bisschen zu nebulös. Könnte man es nicht etwas präziser fassen? Wir alle wissen, worüber wir reden.

(Zurufe)

- Ich will nur wissen, was sie gemeint hat.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Kollege Milbradt, der entscheidende Punkt ist, dass die Bundesregierung im kommenden Jahr, also im Jahr 2004, einen Vorschlag zu einer international wettbewerbsfähigen Kapitaleinkommensbesteuerung vorlegen wird. Das war die Bitte, die Sie an uns gerichtet haben. Des Weiteren habe ich ausgeführt, dass bei einer solchen Regelung Steuersatz und Transparenz von besonderer und gleichrangiger Bedeutung sind. Ich glaube, dass wir das von der fachlichen Beurteilung her sicherlich gemeinsam so sehen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Na gut! Sie haben die 5 Milliarden Euro eingestellt!)

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Wir haben im Vorfeld eine Diskussion darüber geführt, ob die 5 Milliarden Euro realistisch sind oder nicht. Dabei hat es Fragen zur Brücke und zur Konstruktion der Brücke gegeben; sie sind im Wesentlichen beantwortet worden.

Es ist ferner eine Frage zum Ufer gestellt worden. Das Ufer schien in der Zeit vor Anfang Dezember klarer zu sein, als es seitdem der Fall ist. Aber es scheint wieder Hoffnung auf mehr Klarheit zu bestehen, weil im Grunde genommen gesagt worden ist, man wolle eine Abgeltungsteuer, um diesen Terminus zu verwenden. Ich vermute, das könnte von Ihrer Protokollerklärung abgedeckt sein; denn so war die Formulierung zu verstehen.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ja, es ist richtig, dass von dieser Protokollerklärung eine Abgeltungsteuer umfasst ist.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Als Möglichkeit!)

- Jedenfalls als Möglichkeit.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Joachim Poß, sind Sie sich einig?

(Abg. Volker Kauder: Einig!)

Abg. Joachim Poß: Ich will die Diskussion nicht verlängern. Ich hatte mich nur vorsorglich gemeldet.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir können diesen Punkt abschließen.

Ich kann Ihnen die Schlussergebnisse der Fußballspiele mitteilen: Eintracht Frankfurt hat gegen den HSV 2:3 verloren. Köln hat gegen Hertha 3:0 gewonnen. Bremen hat gegen Rostock 3:0 gewonnnen. Freiburg hat gegen Bayern München 0:6 verloren.

(StM Dr. Christean Wagner (HE): Den Tabellenstand bitte!)

- Der Tabellenstand: Werder Bremen ist Herbstmeister geworden. - So viel zum Fußball.

Dann Korb-II-Gesetz!

(Abg. Volker Kauder: Akzeptiert!)

Keine weiteren Wortmeldungen. Danke sehr!

Tabaksteuergesetz!

Keine Wortmeldungen.

Hartz III!

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich beantrage formal die Bestätigung des Gesetzesbeschlusses.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Keine Wortmeldungen.

Ist Herr Koch am Freitag da?

(StM Dr. Christean Wagner (HE): Ich gehe davon aus!)

- Können wir ihn in Abwesenheit zum Berichterstatter benennen?

(StM Dr. Christean Wagner (HE): Sonst mache ich es, ich bin da!)

Hartz IV!

Abg. Ludwig Stiegler: Bei Hartz IV gibt es eine Einigung bis auf einige Punkte, die wir hier erörtern müssen. Professor Milbradt war gestern ja in der Finalisierungsrunde.

Bei § 30 - Freibeträge bei Erwerbstätigkeit - steht noch "XYZ". A- und B-Seite haben sich darauf verständigt: 15 v. H. bis 400 Euro, 30 v. H. bis 900 Euro und 15 v. H. bis zu einem Betrag von 1 500 Euro. Hier war noch ein Dissens mit Professor Milbradt auszutragen, der bis 1 600 gehen wollte. Diese Differenz kostet nach Schätzungen zwischen 100 und 300 Millionen. Wir würden das Geld für passive Leistungen lieber enger halten, um für aktivierende Leistungen Geld zu haben. Deshalb schlagen wir vor, bei 1 500 zu bleiben.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Das überrascht mich ein wenig. Der Tarifverlauf, der jetzt genommen worden ist, ist im weiteren Verlauf ziemlich identisch mit dem, was schon einmal berechnet worden ist, während er im unteren Verlauf gegenüber der Bundesregierung Geringeres ausweist. Deswegen müsste im unteren Verlauf Ersparnis sein, die man oben anhängen könnte. Sie nehmen die Ersparnis unten weg und sagen, Sie müssten oben zu viel bezahlen.

Abg. Ludwig Stiegler: Ich kann nur wiedergeben, was uns die Beamten erzählt haben. Ich selbst habe nicht gerechnet.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Man kann die Kurven miteinander vergleichen!)

- Die Kurven sind mir bekannt.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Es muss Geld übrig sein! In Ihrem Vorschlag kommt es im unteren Bereich zu einer Absenkung, d. h. Minderausgaben! Man müsste oben ein Stück anhängen können!)

- Das ist schon saldiert berechnet. Niemand kann exakt feststellen, ob es 100 oder 300 Millionen sind. Das hängt von den Annahmen ab und davon, ob wir im ersten Schritt so weit gehen müssen. Ich würde vorschlagen, dass wir erst einmal bei 1 500 bleiben.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Herr Ministerpräsident Milbradt, unsere Meinung stützt sich darauf, dass wir zusätzlich individuelle Zuschläge im Gesetz vorgesehen haben, die von den Fallmanagern bezahlt werden können. Zusätzlich zu den übersteigenden Freibeträgen kann ein Zuschlag gezahlt werden, wenn dies im Einzelfall, um einen Arbeitsplatz zu erreichen, notwendig erscheint. Wir meinen, dass wir bei 1 500 Halt machen sollten.

Wenn Sie sagen, dass Geld übrig sein müsse: Wenn Sie das Gesamtkunstwerk betrachten, reden wir über eine Menge Geld. Ich wäre daher dankbar, wenn Sie bei 1 500 bleiben könnten. Wie gesagt, gibt es im individuellen Fall einen Zuschlag.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich akzeptiere das zunächst einmal, Herr Kollege Clement. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass wir bei mehreren Personen in einem Haushalt zwischen 1 500 und 1 900 praktisch eine Abschöpfung von 100 % haben, was nicht im Sinne des Systems ist. Für die Ledigen ist das geregelt, für Mehrpersonenhaushalte ist der von der Regierung verlangte Tarif nicht besonders gut. Wenn Sie sagen, dass es im oberen Bereich individuelle Zulagen geben solle, ist das vielleicht eine Lösung.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Möglicherweise besser als eine generelle Regelung ist es vielleicht, auf individuelle Zuschläge oberhalb dieses Betrages zu gehen.

Abg. Ludwig Stiegler: Wir können das erst evaluieren; das ist Neuland. Wenn wir feststellen, dass nachgesteuert werden muss, kann man immer noch nachgeben. Ich habe auch die Sorge, dass wir für die passiven Leistungen so viel Geld ausgeben, dass uns am Ende für die aktivierenden Leistungen wenig übrig bleibt. Der Finanzminister gibt uns per saldo nicht mehr. Es ist die Frage, was wir für passive Leistungen verfrühstücken und was wir für aktivierende Leistungen haben.

Also kann ich feststellen, Herr Vorsitzender: "XYZ" wird in § 30 Ziffer 1 durch "15" ersetzt, in Ziffer 2 durch "30", in Ziffer 3 durch "15". In der letzten Zeile heißt es "nicht mehr als 1 500 Euro".

Abg. Wolfgang Meckelburg: Am oberen Ende wird eingespart. Kann man eine ungefähre Größenordnung nennen?

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das sind Schätzungen!)

Abg. Ludwig Stiegler: Wir können Sie informieren, was die gesamte Veranstaltung kostet: Das ist eine sauteure Veranstaltung! Das war ja schon mit Zugeständnissen an die B-Seite verbunden. Die Tafel war bei uns etwas anders. Wir haben uns auf die B-Seite zubewegt. Aber ich kann dafür sorgen, dass Sie die Zahlen bekommen.

Zu Artikel 30: Es geht um den Ausgleich mit den neuen Ländern. Hierzu gibt es eine Alternative Sachsens und eine Alternative des Bundes. Der Unterschied besteht in Folgendem: Sachsen argumentiert, das geltende Recht erlaube es nur sehr schwer, dass die Mittel frei verwendet werden könnten. Um diese Sorge zu mildern, hat der Bundesfinanzminister einen Entschließungsantrag eingebracht. Danach stellen Bundestag und Bundesrat fest, dass der Erhöhungsbedarf der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen nicht Gegenstand der Fortschrittsberichte wird. Der Entschließungsantrag ist verteilt worden. Somit wäre die Sorge erledigt, damit an den Pranger zu kommen.

Der zweite Unterschied besteht darin, dass es bei Sachsen eine Überprüfungsklausel gibt. Es heißt: "Die Festbeträge gelten zunächst bis 31. Dezember 2009. Im Jahre 2008 wird überprüft, ob und in welcher Höhe Mehrbedarf 2010 ... besteht." Wir von der A-Seite schlagen als Kompromiss vor, die Überprüfungsklausel aus dem Antrag Sachsens in die Alternative des Bundes zu übernehmen, sonst aber die Bundeslösung zu wählen. Materiell ist es das Gleiche. Die neuen Länder haben zwar nicht die gesetzliche Regelung, sondern die Erklärung des Bundes, dass sie in den Fortschrittsberichten nicht an den Pranger gestellt werden, aber sie legen Wert darauf, dass überprüft wird, ob ihre Sonderbelastung noch besteht oder entfällt. Unser Kompromissangebot wäre, den letzten Absatz des Antrags Sachsens in die Bundeslösung zu übernehmen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Wort für Wort?)

- Ja. Wir feilschen jetzt nicht mehr um Worte.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Im oberen Bereich?)

- Im oberen Bereich würde die Bundeserklärung stehen. Alternative Bund, dann kämen die Zahlen, als Appendix würde die sächsische Überprüfungsklausel angehängt.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ist das dann Absatz 3 oder Absatz 4?)

- Sie haben das unter Absatz 4 Nr. 2 eingerückt.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich wollte einen extra Absatz haben!)

- Das können wir ja machen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Können Sie einmal den gesamten Text verlesen, damit wir keine Missverständnisse haben?)

- Der Text lautet:

Die Festbeträge gelten

- "zunächst" soll einvernehmlich gestrichen werden -

bis 31. Dezember 2009. Im Jahr 2008 wird überprüft, ob und in welcher Höhe ein Mehrbedarf dieser Länder

(PStS Karl Diller (BMF): Nein! - Abg. Joachim Poß: "diese Sonderlasten dieser Länder"! - Zurufe)

PStS Karl Diller (BMF): Herr Kollege Stiegler, darf ich als Nichtjurist Ihnen einen Hinweis geben? - Das Wort "Mehrbedarf" ist in diesem Gesetz anders abgegriffen. Deswegen muss es hier "Sonderlasten" heißen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Einverstanden!)

Streichen von "zunächst" und Ersatz von "Mehrbedarfe" durch "Sonderlasten".

Abg. Ludwig Stiegler: Gut! Ich lese die überarbeitete Fassung vor; sie liegt Ihnen vor.

Dann wäre in dem Text die Alternative Bund, und nach "Thüringen 176 000 000 Euro" würde ein neuer Absatz eingefügt, der die Festbeträge übernimmt.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Milbradt, ist das ein guter Vorschlag?

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Der letzte Punkt kann laufen.

M'n Sigrid Keler (MV): Ich schlage vor, dass der erste Teil der Alternative des Bundes übernommen wird:

> In den Jahren 2005 bis 2009 erhöhen sich die nach Satz 1 und 2 ermittelten Jahresbeträge für die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wie folgt ...

Es folgen die Zahlen. Dann kommt der Text, wie er von Herrn Stiegler vorgeschlagen worden ist:

> Die Festbeträge gelten bis 31. Dezember 2009. Im Jahr 2008 wird überprüft, ob und in welcher Höhe diese Sonderlasten dieser Länder ab dem Jahr 2010 auszugleichen sind. Die Sonderlasten sind entsprechend den im Jahr 2008 gegebenen Verhältnissen und der Kostenentwicklung in diesen Ländern zu ermitteln.

(MP Matthias Platzeck (BB): Sachsen - nur mit "Sonderlasten"!)

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ja, aber man muss wissen, wie die Sonderlasten definiert sind: die überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

(Abg. Ludwig Stiegler: Und die strukturelle Arbeitslosigkeit!)

- Ja. - Am Anfang sind die Gründe genannt, die zur Überprüfung führen sollen.

(Zuruf MP Matthias Platzeck (BB) - M'n Sigrid Keler (MV): Dann lassen wir diesen Einschub heraus!)

- Einverstanden.

(Abg. Ortwin Runde: Dann muss es aber doch heißen: "bis einschließlich 2009"! - Gegenruf Abg. Ludwig Stiegler: Ja!)

M'n Sigrid Keler (MV): Also die Sachsen-Variante ohne den Einschub "im Zuge der Übernahme der Unterkunftskosten durch die Kommunen".

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Gibt es jetzt eine Einigung zwischen euch dreien?

Abg. Ludwig Stiegler: Ja, aber der neue Text ist verwirrend. Was "Alternative Sachsen" genannt wird, ist nicht mehr die alte Alternative Sachsens. Lassen Sie uns von den Austauschseiten ausgehen, dann haben wir eine gemeinsame Grundlage.

MP Matthias Platzeck (BB): Vielleicht kann man den Text noch einmal verlesen:

> Zum Ausgleich der Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige erhalten nachstehende Länder jährlich bis 31.12.2009 ...

Es folgt der Sachsen-Text, nur statt "Mehrbedarfe" immer "Sonderlasten".

(M'n Sigrid Keler (MV): Und "zunächst" wird gestrichen!)

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): "Die Festbeträge gelten bis 31. Dezember 2009" steht unten und ist oben jetzt hineingekommen. Das ist doppelt gemoppelt. Einmal ist es entbehrlich. Bei dem, was Herr Platzeck vorgelesen hat, steht es oben, in dem anderen Text steht es unten. Ich bitte, das an einer Stelle zu bereinigen.

(MP Matthias Platzeck (BB): Wo es besser passt!)

Abg. Ludwig Stiegler: Noch einmal: Wir gehen von der Austauschseite mit Alternative 1, die noch mit "Sachsen" überschrieben ist, aus, übernehmen die Ziffer 2 und streichen die Wörter "im Zuge der Übernahme der Unterkunftskosten durch die Kommunen". Der Rest bleibt unverändert.

PStS Karl Diller (BMF): Wir müssen mit dem Jahr 2005 beginnen. Ich finde in der Alternative Sachsens auf der Austauschseite nicht, dass die Geschichte 2005 beginnt. Da das Gesetz zum 1. Januar 2004 in Kraft tritt, entsteht hier ein Problem. Nach der Methodik des Gesetzes wäre es am besten zu formulieren: "Die Festbeträge gelten für die Jahre 2005 bis 2009."

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Richtig! Einverstanden!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich habe keine Wortmeldung mehr dazu.

Jetzt ist Herr Thiele mit dem nächsten Punkt an der Reihe.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: In § 46 - laufende Nr. 30 - heißt es in der dritten Zeile: "In den Fällen des § 6a regelt das Bundesgesetz nach § 6a eine vergleichbare Finanzierung;" Es geht um die Erstattung für die Kommunen. Ich würde vorschlagen,

statt "vergleichbar" "entsprechend" zu formulieren; denn natürlich entstehen den Kommunen Kosten, die entsprechend erstattet werden müssten.

Abg. Ludwig Stiegler: Wir haben uns diesbezüglich schon auf eine Entschließung verständigt, die gleich verteilt wird, so dass wir da keine Änderung mehr brauchen. Über "entsprechend" und "vergleichbar" kann man lange philosophieren.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Dann stelle ich diesen Punkt zurück, bis ich die Entschließung kenne und wir darüber diskutieren.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich möchte nur einen Hinweis geben: Öffentliche Äußerungen von Mitgliedern Ihrer Fraktion waren da ein bisschen verwirrend für uns.

Abg. Ludwig Stiegler: Ich glaube, wir haben durch die Entschließung deutlich gemacht, dass von uns eingehalten wird, was Franz Müntefering zusagt.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Also: Wir nehmen nicht das "Handelsblatt", sondern Müntefering!)

- Was stand denn im "Handelsblatt"? Ich weiß es nicht. Jedenfalls: Was wir zusagen, halten wir auch.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Gibt es Weiteres zu Hartz IV?

Abg. Volker Kauder: Vielleicht habe ich es nicht mitbekommen: Es ist noch die Frage der Befristung bei § 8 zu klären - Austauschseite zu II.7.

Abg. Ludwig Stiegler: Das war unstreitig. Darum habe ich das immer extra aufgerufen. Die sechs Monate sind weg. Das haben Sie uns gestern noch abgenötigt.

Abg. Volker Kauder: Das war bei Hartz III. § 14 Abs. 2 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes - -

(Abg. Ludwig Stiegler: Teilzeit- und Befristungsgesetz kommt beim Arbeitsmarktreformgesetz!)

- Okay! Danke! Entschuldigung!

Dann habe ich die Frage: Wir haben im Falle der Trägerschaft bei der Bundesanstalt eine Arbeitsgemeinschaft zwingend vorgesehen. Kann man das auch fakultativ machen?

Abg. Ludwig Stiegler: Es muss bei "zwingend" bleiben, sonst haben wir das Chaos. Bei gemeinsamer Zuständigkeit müssen wir den Bürgern einen Ansprechpartner geben. Ohne Arbeitsgemeinschaft müsste man wegen des Unterhalts zur Bundesanstalt, wegen der Unterkunftskosten zur Gemeinde gehen. Das wäre verheerend. Wir haben gesagt: One-stop-Shop! Das war der Charme der Veranstaltung. Was die im Back-Office treiben, ist uns egal.

MP Christian Wulff (NI): Der Vorsitzende hat gefragt, ob wir noch Fragen zu Hartz IV hätten, aber es sind immer noch nicht alle Protokollerklärungen dazu verteilt worden. Ich kann zu Texten, die nicht vorliegen, keine Fragen stellen. Herr Staatssekretär, wann ist denn alles zu Hartz IV verteilt, was Sie verteilen lassen?

PStS Karl Diller (BMF): Herr Ministerpräsident, was im Moment verteilt wird, hängt noch mit Hartz IV zusammen. Die Privatisierungserlöse, die 2,65 Milliarden Euro, werden über das Vehikel Hartz IV transportiert. Der Bundeskanzler hat dazu erklärt, dass wir die beteiligten Länder bitten, uns bei der Privatisierung der Flughäfen Frankfurt, München, Köln/Bonn sowie des Hafens Duisburg zu unterstützen. Sonst bekommen wir das Volumen von 5,3 Milliarden Euro nicht zusammen. Dazu geben wir eine Protokollerklärung ab. Sonst haben wir zu Hartz IV keine.

MP Christian Wulff (NI): Ich bewundere Sie, wie Sie das hier mit den Austauschseiten usw. machen. Ich klinke mich an diesem Punkt aus und kann nur vertrauen. Das Vertrauen fehlt mir im Moment; denn es geht um viel. Es geht auch um die Frage, ob nach den Bedingungen, die wir gerade beschließen, ein Landkreis die Option überhaupt ausüben kann. Hat das Bundesgesetz genügend Spielraum, um die Sache so attraktiv zu machen, dass es fairen Wettbewerb gibt - nicht die Bundesagentur hier und einen etwas verrückten, spinnigen Landkreis da, der versucht, die Alternative

hinzubekommen? Nach dem, wie hier die Vorlagen verteilt werden, habe ich den Überblick über Hartz IV nicht mehr, um das gegenzuchecken.

Abg. Ludwig Stiegler: Herr Wulff, ich habe die Protokollerklärung, wie das Gesetz aussehen soll, soeben mit Herrn Koch im Beisein seiner Stäbe und auch von Herrn Wagner abgestimmt. Sie wird gerade verteilt; es sind zwei Seiten. Sie muss hier erläutert werden. Aber ich kann zu Ihrer Beruhigung sagen, dass Herr Koch nicht zugestimmt hätte, wenn das in dem Sinne wäre, wie Sie es befürchten.

MP Christian Wulff (NI): Warum bin ich denn heute nach Berlin gekommen, wenn Sie jeweils untereinander alles ausmachen und dann gesagt wird: Vogel, friss oder stirb! Der Vorsitzende des Vermittlungsausschusses hat gefragt, ob wir zu Hartz IV noch Fragen hätten, die Erklärung ist aber immer noch nicht verteilt - sie wird gerade verteilt. Wir können sie nicht beraten, es sei denn, man vertraut sich hier total.

Abg. Ludwig Stiegler: Ich bin davon ausgegangen: Wenn Herr Koch für Ihre Seite verhandelt, vertrauen Sie ihm. Bisher haben Sie ihm auch vertraut.

(StM Dr. Christean Wagner (HE): Das kann ich ausdrücklich bestätigen! - Abg. Ortwin Runde: Das ist ja das Schreckliche! - Abg. Norbert Geis: Es können ja auch "Grimms Märchen" sein, was da ausgeteilt wird!)

Wir haben den ganzen Nachmittag daran gearbeitet.

(Zurufe - MP Christian Wulff (NI): Was verteilt wird, muss doch nicht damit übereinstimmen, was Sie besprochen haben! Das hatten wir doch zu Beginn der Sitzung schon! - Gegenruf StM Dr. Christean Wagner (HE): Doch, das kann ich bestätigen!)

- Wir haben es soeben erst bekommen. Das ist brandneu, es ist fast noch warm, Herr Wulff. Ich war vor einer halben Stunde draußen und habe mit Herrn Koch telefoniert, der bei Gänsebraten sitzt.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Aber trotzdem möchte ich es noch einmal lesen! - Gegenruf Abg. Joachim Poß: Das kann ja sein! Aber Sie können vertrauen: zwei alte Advokaten unter sich!)

Abg. Volker Kauder: Weil die Frage von Kollegen Wulff völlig berechtigt ist - wir haben die so genannten Austauschseiten auch erst vor kurzem bekommen -, darf ich sagen: Ich habe das durch meine Mitarbeiter prüfen lassen. Das ist ja auch notwendig. Ich komme zu dem Ergebnis, dass das, was in den Austauschseiten steht, zu akzeptieren ist.

Ich habe nur zu einem Punkt eine Frage, zu II.5, Artikel 1 § 6a - Option kommunale Trägerschaft -: Es muss noch ein Bundesgesetz erlassen werden. Wir wollen uns versichern, dass dieses Gesetz ein Zustimmungsgesetz ist. Wird das zugesagt?

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Zugesagt! Selbstverständlich!)

Dann zu der Entschließung! Ich habe den Eindruck, dass sie hier nicht verabschiedet werden kann.

(StM Dr. Christean Wagner (HE): Das ist eine Empfehlung des Bundestages und des Bundesrates!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): So ist es! Das sind Empfehlungen des Bundestages und des Bundesrates.

Lieber Christian Wulff, das müssen wir heute nicht einsegnen, sondern wir müssen uns bis zu den Plenarberatungen untereinander verständigen. Ich vermute, Herr Koch wird das im Bundesrat einbringen, und im Bundestag wird es ebenfalls eingebracht.

StM Dr. Christean Wagner (HE): Ich will zur Beruhigung der B-Seite sagen: Die Austauschseiten sind vom hessischen Sozialministerium ausführlich durchgeprüft worden und finden ausdrücklich unsere Zustimmung.

Auch die Entschließung ist zwischen den Mitarbeitern von Herrn Stiegler und den Mitarbeitern des hessischen Sozialministeriums abgestimmt worden. Ich selbst habe sie ebenfalls quergelesen. Das findet unsere Zustimmung, ist aber nicht Gegenstand der heutigen Beschlussfassung.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Ich habe mir den Entschließungsantrag in der Zwischenzeit angeschaut.

(Zurufe: Wir haben sie noch nicht! - Abg. Ortwin Runde: Herr Vorsitzender, wir sind freie Abgeordnete, auch wir hätten gerne die Entschließung!)

- Wir haben sie gerade bekommen. Herr Stiegler, beziehen Sie doch Ihre Leute ein!

Für diejenigen, die die Entschließung noch nicht haben, lese ich Absatz 6 vor:

> Der Bund zahlt den kommunalen Trägern für die an Stelle der Agentur für Arbeit wahrgenommenen Aufgaben für die Bedarfsgemeinschaften entsprechende Fallpauschalen für die Eingliederungsleistungen und die Verwaltungskosten. Er erstattet die Kosten für das Arbeitslosengeld II bzw. das Sozialgeld. Die Auszahlung der Mittel an die Kommunen erfolgt durch die Bundesagentur für Arbeit.

Ich habe meine Frage vorher schon zu § 46 gestellt. Es geht im Wesentlichen um den ersten Satz. Danach erstattet der Bund die Fallpauschalen und die Verwaltungskosten. Handelt es sich um die Verwaltungskosten, die den Kommunen entstehen? Die Kommunen haben unterschiedlich hohe Verwaltungskosten. Welcher Schlüssel gilt dafür? Orientiert man sich an den Kosten der Bundesagentur für Arbeit? Wie werden die Kosten der Bundesagentur ansonsten berechnet?

Damit bin ich beim Sachzusammenhang des § 46. Danach soll es eine vergleichbare Erstattung geben. Es ist die Frage, ob man nicht "entsprechend" formulieren soll. Wie bekommt man das näher zusammen? Diesen Punkt sollte man noch klären. Er ist in den Vorbesprechungen entsprechend sensibilisiert worden, Herr Stiegler.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Wir nehmen "entsprechende"!)

Abg. Ludwig Stiegler: Er ist entsprechend sensibilisiert worden. - Wir haben uns darauf verständigt, dass die Fallpauschalen im Gesetz bestimmt werden, damit auch Anreize für die Wirtschaftlichkeit der Leistungen enthalten sind. Es war klarzustellen, dass der Bund auch für die anteiligen Verwaltungskosten mit aufkommt. Wie das genau aussieht, wird Gegenstand der Gesetzgebung sein. Das können wir jetzt nicht so fein machen. Aber wir sind uns einig, dass es zu einer fairen Lösung kommt. Die Fallpauschalen haben Anreizcharakter.

Abg. Volker Kauder: Herr Stiegler, ich möchte aufgreifen, was Herr Kollege Thiele gesagt hat und zur laufenden Nummer 30 a) - § 46 Absatz 1 wird wie folgt

gefasst - eine Frage stellen. In Satz 3 heißt es, das Bundesgesetz regle eine vergleichbare Finanzierung. Wir würden gerne "die gleiche Finanzierung" formulieren.

Abg. Ludwig Stiegler: Das kann nicht sein, weil es ungleiche Sachverhalte sind.

(Abg. Volker Kauder: Es ist nicht dieselbe, sondern die gleiche! - BM Wolfgang Clement (BMWA): Nehmen wir doch "entsprechende"!)

- Die gleiche wäre eine identische.

(Abg. Volker Kauder: Nein, es ist dieselbe! Es gibt im Deutschen einen Unterschied zwischen "dasselbe" und "das Gleiche"!)

- Darüber haben wir uns gestern lange unterhalten.

(Abg. Volker Kauder: Ich weiß, ich weiß! - Abg. Carl-Ludwig Thiele: Und weil es heute Presseverlautbarungen dazu gegeben hat, sind Unklarheiten aufgetreten, Herr Stiegler!)

- Wer hat etwas gesagt?

(Abg. Volker Kauder: Frau Dückert! - Abg. Carl-Ludwig Thiele: Und Brandner!)

- Was hat Frau Dückert gesagt?

(Abg. Joachim Poß: Wir lesen schon lange nicht mehr!)

Hier ist wirklich kein Misstrauen angesagt. Wir haben uns auf die Pauschalen verständigt, das andere wird im Gesetz stehen. Eine gleiche Finanzierung kann es nicht sein, dieselbe auch nicht. Man muss sehen, was eine Jobanstalt des Bundes und was die kommunale Seite ist. Dass dies fair verläuft, ist doch klar. Das steht aber auch im Begleittext.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Haben wir uns auf eine entsprechende Formulierung geeinigt? - Herr Thiele und Wolfgang Clement haben sich geeinigt.

Abg. Ludwig Stiegler: Wenn die Bundesregierung mit "entsprechend" einverstanden ist, habe ich keinen Grund, die Vorschläge der Beamten der Bundesregierung zu verteidigen. Das Wort "vergleichbare" würde dann durch "entsprechende" ersetzt.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Additiv! - Heiterkeit)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das ist nicht Gegenstand des Vermittlungsausschusses, Herr Wulff, das beschließen wir hier nicht. Damit Sie nicht sagen: Die werfen mich mit neuen Papieren zu, die ich gar nicht kenne! Warum bin ich eigentlich hier!

MP Christian Wulff (NI): Lieber Herr Kollege Scherf, das wäre nicht mein Problem, wenn man hier anständig miteinander umginge. Aber wenn man damit zu rechnen hat, dass bei der Diskussion des Gesetzes in wenigen Wochen gesagt wird: "Dazu haben Sie damals gar nichts gesagt!", muss man hier einiges loswerden. Ich halte diese Entschließung unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten für sehr angreifbar. Der Anregung der B-Seite mit den obersten Landesbehörden ist nicht gefolgt worden, so dass hier das Problem der unmittelbaren Übertragung auf Kommunen durch den Bund vorliegt, die die Verfassung nur in seltenen Fällen vorsieht. Unserer Anregung zu Punkt 5 der Entschließung ist nicht gefolgt worden. Man engt hier auf ein Feld ein, das durch die Bundesverfassung nicht auszufüllen ist.

In Punkt 1 nimmt man eine Präzisierung der Optionsausübung, der Fristen vor. Es wird faktisch so gut wie keine Kommune in Deutschland geben, die vor 2006 einen Antrag stellt und danach diese Aufgabe übernehmen wird.

Wir brauchen darüber jetzt nicht zu diskutieren; denn wir verabschieden die Entschließung hier nicht. Aber es wäre hilfreich, wenn man solche Präzisierungen herausnähme, um im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz und den Ausführungsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates die Dinge so zu bereden, dass sie durch die Kommunen bewältigt werden können, und zwar im fairen Wettbewerb mit der Bundesagentur für Arbeit. Das kann ich der Entschließung nicht entnehmen. Das deckt sich mit den Äußerungen, die es heute schon in der Presse gibt. Es heißt, das werde kaum eine Kommune machen, es werde kaum ein Antrag gestellt, das werde ohnehin nichts, das werde die Bundesagentur machen. Das sind Äußerungen aus Ihren Reihen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich würde aber die Termine stehen lassen!)

- Das Gesetz tritt im April in Kraft. Wenn eine Kommune bis zum 30. Juni einen Antrag gestellt haben muss, welcher Kreistag kann es innerhalb von sechs Wochen nach Gesetzesverabschiedung regeln, bis 2009 die Verantwortung zu übernehmen?

Für mich ist das die Verabschiedung von der Möglichkeit eines fairen Wettbewerbs. In der Runde mit den Parteivorsitzenden hat die Bundesregierung zugesagt, einen fairen Wettbewerb zu fairen Bedingungen zwischen Bundesagentur und den betreffenden Kreisen zu organisieren. Das sehe ich durch die Entschließung nicht gewährleistet. Da decke ich mich nicht mit dem Kollegen Koch; das kann es auch einmal geben, wenn die Entschließung so kurzfristig verteilt wird. Ich wollte darauf hingewiesen haben, damit mir nicht gesagt wird, ich hätte das nicht erkannt oder ich hätte durch Schweigen gar zugestimmt. Es hieß soeben vor der Presse, wir hätten die Zahlen nicht nachgerechnet und seien schön doof, dass wir uns darauf verlassen hätten. Ähnlichem wollte ich durch diese Intervention vorbeugen.

StM Dr. Christean Wagner (HE): In dem letzten Punkt hat Herr Kollege Wulff Recht: Innerhalb von zwei Monaten ist es völlig ausgeschlossen, dass ein Kreisausschuss oder ein Kreistag bereits reagieren kann. Das habe ich in der Vorbesprechung auch gesagt. Ich gebe deshalb zu erwägen, ob wir nicht in Ziffer 1 statt "bis spätestens zum 30. Juni" "bis spätestens 31. August" schreiben; dann sind es vier Monate. Ein Gegenargument war, dass die Bundesanstalt für Arbeit Planungssicherheit brauche. Bei der jetzigen Formulierung halte ich es aber nicht für möglich, dass auch nur eine Kommune in Deutschland so rasch reagieren kann. Da hat Herr Kollege Wulff völlig Recht.

Zu dem ersten Einwand von Herrn Wulff gebe ich Folgendes zu bedenken: Wenn wir in Hessen das durchführen, wollen wir per landesgesetzlicher Vorschrift sicherstellen, dass uns die Kommunen berichten. Ihrem verfassungsrechtlichen Einwand - den ich für nicht unplausibel halte - treten wir als Landesgesetzgeber durch eigenes Handeln entgegen.

Abg. Ludwig Stiegler: Herr Wulff, ich bin überrascht. Die Resolution ist mit Herrn Koch abgestimmt, und er ist ja nun der wildeste Verfechter seines Modells.

(StM Dr. Christean Wagner (HE): Ich übrigens auch!)

Er hatte keine Bedenken. Wir haben uns soeben über die letzten Streitpunkte noch unterhalten und auf seine Anregung die Termine noch einmal zu Gunsten der Entschließungsfreiheit der Kommunen verändert. Ursprünglich war statt 2006 ein späterer Zeitpunkt genannt worden. Wenn Ihr Lebensglück daran hängt, können wir ja im Gesetzgebungsverfahren und auch hier statt des 30. Juni den 31. Juli wählen. Wir

haben das Dilemma, dass auch die Bundesanstalt Klarheit braucht; sonst tut niemand etwas, dann warten zwei aufeinander.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): 31. August ist gar kein Problem! Damit dieses Thema beendigt ist! - Gegenruf StM Dr. Christean Wagner (HE): 31. August! Prima!)

- Okay, 31. August! Ich habe das nur verteidigt, weil mich das BMWA gepiesackt hat.

Was die Berichterstattung anbetrifft, haben wir nur den Bund aufgeführt. Der Bundestag macht eine Anfrage. Wenn das über die obersten Landesbehörden geht, ist es z. B. im Rahmen der Fragestunde kaum zu erledigen. Darum haben wir die direkte Berichterstattung aufgenommen. Wie das im Gesetz ausgefeilt ist, dass die obersten Landesbehörden immer eingeschaltet sind, ist eine andere Frage. Dazu hat auch Herr Koch gesagt, wir würden uns im Gesetzgebungsverfahren einig.

(StM Dr. Christean Wagner (HE): Das ist richtig!)

Abg. Wolfgang Meckelburg: Ich habe Bedenken gegen den gesamten Punkt 1. Die Fristen, die angegeben werden, sind unmöglich.

(Abg. Ludwig Stiegler: Wir haben sie doch eben geändert!)

- Selbst die geänderten sind unmöglich. Wenn die Bundesregierung an die Gesetzgebung für diese Folge aus Hartz IV geht, bin ich mir relativ sicher, dass wir das bis April nicht fertig haben. Das ist meine Erfahrung nach fünf Jahren mit Rotgrün. Entschuldigung, dass ich das so deutlich sage. Das ist Realität.

Zweiter Punkt! Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist etwas völlig Neues. Ich habe in den letzten Tagen hier im Vermittlungsausschuss die Erfahrung gemacht, dass die Kommunalisierung dieser Aufgabe von Rotgrün mit Hängen und Würgen ertragen wird.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das ist ein Irrtum!)

- Mag sein. Das werden wir sehen. - Es ist eine völlig neue Aufgabe. Die Frage ist, wie viel Zeit wir den Kommunen geben, darüber nachzudenken, ob sie das Optionsrecht wahrnehmen. In der Entschließung steht - ich interpretiere -, wir erwarten, dass sich Kommunen zwei Monate nach Gesetzesbeschluss für fünf Jahre binden. Das kann man einer Kommune, die nicht gut vorbereitet ist, kaum zumuten. Man muss über die Fristen intensiver sprechen, sonst machen wir das Kommunalmodell kaputt.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Herr Meckelburg, das ist nicht vorgesehen. Wir haben die Frist gerade vom 30. Juni auf den 31. August verlängert. Dass wir eine Frist setzen müssen, hat damit zu tun, dass wir der Bundesanstalt eine gewisse Sicherheit geben müssen. Die Frist läuft jetzt von Ende April bis 31. August. Falls Ihr Misstrauen berechtigt ist, dass das Gesetz bis dahin nicht beschlossen ist, wird die Frist entsprechend verlängert. Wenn es bis Mai dauert, kommt ein Monat hinzu. Das ist unproblematisch. Außerdem stellen sich die Kommunen darauf ein, wenn das Gesetzgebungsverfahren beginnt. Wenn eine Kommune es wirklich will, kann sie es tun. Main-Kinzig und ähnliche Kommunen werden es tun.

Abg. Ludwig Stiegler: Ich bitte um Zustimmung.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Die Entschließung wird für das Plenum noch überarbeitet.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Kann ich davon ausgehen, dass die Entschließung in Bundestag und Bundesrat wortgleich eingebracht und mit großer Mehrheit jeweils beschlossen wird? Es ist doch daran gedacht: querbeet? - Gut.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir haben sie hier beraten, aber nicht beschlossen.

Abg. Ludwig Stiegler: Es ist wirklich nicht fair! Der Kanzler hat sich "committed", der Fraktionsvorsitzende hat sich "committed". Ich habe heute Anrufe von Leuten bekommen, die unserem Projekt nicht, aber zu meiner großen Überraschung ausgerechnet diesem Teil freundlich gegenüberstehen. Es ist nicht so, dass hier gebremst oder gemauert würde. Wir werden das, wie verabredet, ordentlich machen.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): In früheren Beratungen über Hartz IV hat auch der Rechtsweg zur Debatte gestanden.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das kommt noch! - Abg. Ludwig Stiegler: Das kommt beim SGB XII!)

- Gut.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Jetzt sind wir mit diesem Komplex durch.

(Abg. Ludwig Stiegler: Herr Vorsitzender, die Austauschseiten müssen bei der Abstimmung jeweils mit aufgerufen werden!)

- Das erfolgt am Ende.

Jetzt sind wir beim Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt.

Abg. Volker Kauder: In dem Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt ist die Kündigungsregelung enthalten. Ich habe den Eindruck, dass wir uns hier nicht richtig verstanden haben - um es vorsichtig zu formulieren. Es heißt nämlich: "In Artikel 1 wird Nummer 7 wie folgt geändert: Buchstabe b wird wie folgt gefasst: Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt". Am Schluss: " ... diese Arbeitnehmer sind bei der Feststellung der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer nach Satz 2 bis zur Beschäftigung von in der Regel zehn Arbeitnehmern nicht zu berücksichtigen." Damit wird die Regelung ausgehebelt. So war sie nicht vereinbart.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Die Regelung ist vorgesehen, damit nicht bei Betrieben mit weniger als fünf Beschäftigten neue auf einmal in den Kündigungsschutz hineinrutschen. Das ist das genaue Gegenteil dessen, was Sie befürchten, Herr Kauder. Die Formulierung ist von den Juristen ausgetüftelt worden. Sie soll sicherstellen, dass alle Betriebe enthalten sind, dass es bei Betrieben mit bis zu fünf Arbeitnehmern beim Kündigungsschutz bleibt.

Abg. Volker Kauder: Ich darf noch einmal fragen: Wenn ein Betrieb mit fünf Mitarbeitern weitere einstellt, haben diese keinen Kündigungsschutz?

BM Wolfgang Clement (BMWA): Dann bleiben auch die anderen fünf ohne Kündigungsschutz. Das ist gemeint.

Abg. Volker Kauder: Aber die haben doch Kündigungsschutz!

(Abg. Ludwig Stiegler: Sie haben keinen! - BM Wolfgang Clement (BMWA): Es ist genau so gemeint, wie Sie es wollen! Es ist gut gemeint und gut gemacht!)

- Okay.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Gibt es weitere Wortmeldungen?

Abg. Krista Sager: Es tut mir Leid, ich muss noch einen Punkt ansprechen. Wir sind nach dem Vorbild von Herrn Wulff in eine Art gegenseitige Misstrauenskultur hineingeraten, was ich sehr bedauere. Insofern stellt sich natürlich die Frage, ob die Länder die Erklärung abgeben, dass sie das Geld, das ihnen im Zusammenhang mit Hartz IV zufließt, tatsächlich an die Kommunen weiterleiten.

Zweitens. Die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen haben das Verständnis, dass die Kommunen das Geld, das ihnen von den Ländern zufließt, für die Betreuung der unter 3-Jährigen einsetzen. Wird dieses Verständnis geteilt?

MP Peter Müller (SL): Ich bin nicht bereit, hier eine Erklärung abzugeben, dass sich die Länder gesetzestreu verhalten.

(Vereinzelt Lachen)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): So ähnlich hat es Herr Steinbrück in unserer Vorbesprechung gesagt. - Liebe Krista Sager, wir alle halten uns an die Gesetze. Niemand von uns kann es sich politisch leisten, dass die Gemeinden das, was sie von uns erwarten, nicht auch bekommen. Ich würde das jetzt nicht auf die Spitze treiben.

MP Peer Steinbrück (NW): Das war exakt auch meine Haltung. Das alles unterliegt einer starken politischen Beobachtung. Stellen Sie sich vor, wir gäben die Minderausgaben beim Wohngeld nicht an die Kommunen weiter - wir hätten sofort eine Auseinandersetzung, die sich gewaschen hat! Bei "u 3" ist es so, dass den Kommunen das Geld über die Entlastungen direkt belassen wird. Ich rechne damit, dass sich die Kommunen ebenso gesetzeskonform verhalten. Aber wenn es der Wahrheitsfindung dient: Ich würde im Zweifelsfall die Erklärung abgeben, dass ich ab 2020 bereit bin, den Kommunen das Geld zur Verfügung zu stellen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Liebe Krista Sager, ich gehe davon aus: Das ist bei allen politisch angekommen.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das ist genau so wie bei den Regionalisierungsmitteln!)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand in dieser Runde anfängt, gegenüber den Kommunen zu schummeln. Das können wir alle uns nicht leisten.

Abg. Ortwin Runde: Es geht gar nicht um dieses Misstrauen, es geht darum, ob der Vermittlungsausschuss bei einem solch wichtigen Thema wie der Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden das auch zum Ausdruck bringt. Gesetzestreue ist das eine, Herr Müller; das Ganze muss umgesetzt werden! Es gibt den politischen Willen, 1,5 Milliarden für Kindertagesstätten auf die Kommunen zu übertragen, und es gibt den politischen Willen, die Kommunen bei der Sozialhilfe zu entlasten. Ein gemeinsames Signal von beiden Seiten - Bund und Ländern - halte ich auch politisch für wichtig.

Abg. Volker Kauder: Ich komme auf meine Frage zum Teilzeit- und Befristungsgesetz zurück, die Herr Kollege Stiegler nach hinten verwiesen hat.

"Nach geltendem Recht sind befristete Arbeitsverträge ... bis zu einer Höchstdauer von 2 Jahren nur bei Neueinstellungen zulässig." Wir möchten sachgrundlos befristete Arbeitsverträge wiederholt zulassen, wenn zwischen den Arbeitsverträgen ein Zeitraum von mindestens vier Monaten liegt. Kettenbefristungen sollen weiterhin verhindert werden. Die A-Seite hat Gesprächsbereitschaft im Rahmen eines Gesamtkompromisses erklärt. Mein Formulierungsvorschlag zu § 14 lautet:

> Eine Befristung nach Satz 1 ist nicht zulässig, wenn zwischen dem Beginn des befristeten Arbeitsvertrages und dem Ende eines vorhergehenden unbefristeten oder befristeten Arbeitsvertrages mit demselben Arbeitgeber ein Zeitraum von weniger als vier ... Monaten liegt.

Abg. Ludwig Stiegler: Darüber haben wir uns nicht verständigt. Das ist auch nicht vorbereitet worden. Zugestanden worden sind der Kündigungsschutz und die Übergangsfrist bei dem Teilzeit- und Befristungsgesetz. Über das andere ist nicht mehr verhandelt worden. Das ist jetzt völlig neu.

Abg. Volker Kauder: Völlig neu ist es nicht. Die A-Seite hat Gesprächsbereitschaft erklärt.

Abg. Ludwig Stiegler: Aber bei den laufenden Beratungen der Arbeitsgruppe ist das nicht mehr thematisiert worden.

Abg. Volker Kauder: Wenn Sie Gesprächsbereitschaft erklärt haben, wird es doch jetzt verhandelt!

Abg. Ludwig Stiegler: Dann müssen wir uns eine Pause gönnen und noch einmal darüber sprechen. Für mich ist das erledigt, nachdem wir gesagt hatten: Wir machen Kündigungsschutz, und wir machen das andere. Jetzt satteln Sie drauf.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich wollte zu dem vorherigen Thema nur eines anmerken: Die Diskussion über die Gewinne der Gemeinden und die Umlenkung in Kindertagesstätten ist allein für die West-Kommunen ein Thema. Im Osten kommt gerade plus/minus heraus. Wir können froh sein, dass unsere Gemeinden nicht stärker belastet werden. Ich möchte das nur sagen, damit nicht das Missverständnis aufkommt, dass Geld übrig bleibt wie in den Stadtstaaten. Das ist nicht zu erwarten.

M Dr. Ralf Stegner (SH): Zu dem, was Herr Kauder gesagt hat: Die Sache ist deswegen schwierig, weil solche Regelungen zum Missbrauch förmlich einladen. Wir wollen Flexibilisierung erreichen, wir wollen aber nicht, dass, wie bei der Altersteilzeit oder früheren Ruhestandsetzungen, die Betreffenden bei der Bundesagentur landen, für eine bestimmte Zeit geparkt und dann wieder eingestellt werden. Das kann man nicht für sinnvoll halten. Ich finde, wir sollten das nicht tun.

Abg. Volker Kauder: Alles, was wir vorschlagen, ist nie sinnvoll.

(Abg. Ludwig Stiegler: Nein, es kostet viel Geld, weil die Leute bei der Bundesanstalt oder bei der Arbeitslosenversicherung geparkt werden, und Sie sagen hinterher wieder, wir sollen die Beiträge senken! - Abg. Ortwin Runde:

Das ist das Schlechtwettergeld auf einer allgemeinen Ebene, ohne dass wir schlechtes Wetter haben!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir müssen klären, wie wir damit umgehen. Offenbar ist das nicht verhandelt worden. Herr Kauder geht davon aus, dass Verhandlungsbereitschaft signalisiert worden ist.

Abg. Ludwig Stiegler: Es ist mit der Begründung, die Herr Stegner genannt hat, abgelehnt worden. Das lädt zu dem Missbrauch, die Leute bei der BA zu parken, geradezu ein.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Das ist der Grund, weshalb wir gesagt haben, dass das nicht möglich ist. Wir befürchten, dass die Leute befristet beschäftigt werden. Wenn sie im Unternehmen nicht mehr gebraucht werden, werden sie an die Bundesanstalt zurückgegeben - wenn Sie diesen Begriff erlauben -, die Bundesanstalt bezahlt, und wenn sie wieder gebraucht werden, gehen sie wieder zurück.

(Zuruf Abg. Volker Kauder)

- Nehmen Sie den Winter oder ähnliche Fristen! In der Sommerzeit, wenn nicht viel Autoproduktion stattfindet, werden die Leute jeweils zurückgegeben. Das ist keine Boshaftigkeit auf unserer Seite, sondern die Sorge, dass es zu einem permanenten Prozess kommt. Das kann man heute nicht mehr regeln; denn man müsste über sehr viel längere Zwischenphasen als vier Monate sprechen. Sonst werden die Leute jeweils bei uns abgegeben und kosten viel Geld.

(Abg. Volker Kauder: Okay!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Gibt es weitere Wortmeldungen? - Nein.

Dann kommen wir zu dem Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch.

Abg. Gudrun Schaich-Walch: Wenn von Ihnen keine weiteren Anmerkungen gemacht werden, haben wir Einverständnis über die Veränderungen im Sozialhilferecht erzielt. Darin eingeschlossen ist, dass wir die Anpassung parallel zum Inkrafttreten von Hartz IV ausgestalten müssen. Unsere Seite steht weiterhin auf dem Boden

dessen, was wir gemeinsam vereinbart und sozusagen im Vorhinein beschlossen haben.

Wir haben uns darauf verständigt, für alle diese Bereiche jetzt die Sozialgerichte zu wählen, damit wir einen einheitlichen Rechtsweg haben. Wir haben uns ferner darauf verständigt, dass eine Erklärung abgegeben wird, in der eine Vorabfestlegung folgenden Inhalts getroffen wird: Wir schauen, ob es möglich ist, Verwaltungsgerichtsbarkeit und Sozialgerichtsbarkeit zusammenzuführen. - Eine entsprechende Erklärung wird gerade verteilt.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr de Maizière und ich haben uns das gewünscht.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Da der einheitliche Rechtsweg zur Sozialgerichtsbarkeit eröffnet ist, gibt es eine Schwierigkeit bei der Lastenverteilung zwischen den beiden Gerichtszweigen. Wenn man sie zusammenführt, kann man das Problem elegant lösen. Man kann die Richter nicht von einem in den anderen Zweig versetzen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich habe das gleiche Interesse wie Sie.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Zum Schluss sollte man auch daran denken, die beiden Gerichtszweige endgültig zusammenzulegen.

(Zuruf: So ist es mit Herrn Kollege de Maizière diskutiert worden!)

- Ich bin sehr damit einverstanden und bedanke mich.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Diese Protokollerklärung ist hilfreich.

Abg. Volker Kauder: Da wir gerade über Protokollerklärungen reden, will ich fragen, wo die Protokollerklärung zur Tarifautonomie bleibt.

(Abg. Gudrun Schaich-Walch: Das betrifft aber nicht die Sozialhilfe!)

- Nein, ich sage es nur, weil wir zum Schluss kommen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Besteht Einigkeit über die Protokollerklärung, oder gibt es Wortmeldungen zu diesem Papier?

PStS Franz Thönnes (BMGS): Die Protokollerklärung ist zwischen der A- und der B-Seite abgestimmt worden.

Ich will Ihre Aufmerksamkeit noch auf die Ergänzungsliste 1 zur "Liste Empfehlungen VA zur Sozialhilfe - Stand 14. Dezember 2003" lenken. Ich darf Sie bitten, unter Ziffer 3 in der vorletzten Zeile, wo es "nach § 67" heißt "ist ein Einsatz

des Vermögens", das Wort "Vermögens" durch das Wort "Einkommens" zu ersetzen. Das ist ein redaktioneller Fehler; denn es geht hier nicht um das Vermögen, sondern um das Einkommen. Deswegen wird Bezug auf die Einkommensgrenze genommen.

Der Information halber will ich auf die Ergänzungsliste 2 hinweisen. Das Gesetz soll parallel zu Hartz IV am 1. Januar 2005 in Kraft treten. Durch Artikel 69 - Inkrafttreten - sollen jedoch die Regelungen betreffend das persönliche Budget und "Florida-Rolf" wesentlich früher in Kraft treten - das ist hier aufgelistet -, damit sich im Lauf des nächsten Jahres keine Missbrauchsfälle ereignen können und damit der Erprobungszeitraum für das persönliche Budget entsprechend dem Wunsch der Vertreter der A- und der B-Seite in der Unterarbeitsgruppe voll ausgeschöpft werden kann. Bereits ab 1. Juli soll das persönliche Budget erprobt werden können; der "Florida-Rolf" betreffende Komplex soll schon kurz nach dem 1. Januar in Kraft treten.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Können wir den gesamten Komplex abschließen? - Danke sehr.

Berichterstattung wie verabredet.

Nun kommen wir zu dem Einwand von Herrn Kauder, wo die Erklärung zur Tarifautonomie bleibt.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Die Erklärung war, wenn ich es richtig sehe, abgestimmt, Herr Kauder. Sie lautet:

Wir erwarten von den Tarifvertragsparteien, dass sie sich in den nächsten zwölf Monaten auf eine neue Balance zwischen Regelungen auf tarifvertraglicher und betrieblicher Ebene verständigen.

(Abg. Volker Kauder: Das ist ja Wahnsinn!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): "Wahnsinn" ist positiv gemeint.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Das ist in aller Schärfe formuliert. Was wollen Sie mehr?

Abg. Volker Kauder: Ich nehme zur Kenntnis, dass sich der Bundeskanzler von seiner Erklärung zur Agenda 2010 verabschiedet hat.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Nein, das hat er nicht getan. Das bewegt sich genau im Rahmen der Agenda.

Abg. Volker Kauder: Ich nehme es zur Kenntnis. Es ist okay.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir kommen zur großen Handwerksnovelle. Machen Sie da mit? Gibt es zur großen Handwerksnovelle Änderungswünsche, Wortmeldungen, Fragen?

Abg. Volker Kauder: Es gibt Änderungswünsche zur großen Handwerksnovelle, und zwar in zwei Bereichen.

Hinsichtlich der Formulierung, die eine entsprechende berufliche Tätigkeit in leitender Stellung voraussetzt, wünschen wir eine Präzisierung, damit der Meisterbrief nicht einfach ersessen werden kann. Wir schlagen folgende Formulierung vor:

> Eine leitende Stellung ist dann anzunehmen, wenn dem Gesellen Entscheidungsbefugnisse in einem wesentlichen Betriebsteil zur eigenverantwortlichen Ausübung übertragen worden sind. Der Nachweis hierüber ...

Das ist alles klar. - Und dann:

> Die für die selbstständige Handwerksausübung erforderlichen betriebswirtschaftlichen, kaufmännischen und rechtlichen Kenntnisse können durch die Berufserfahrung nach Absatz 1 Nr. 2 nachgewiesen werden. Soweit die Berufserfahrung nicht ausreichend ist, ist der Nachweis der erforderlichen Kenntnisse in anderer Weise zu führen.

(Abg. Ortwin Runde: Das ist ein Beitrag zur Entbürokratisierung!)

Ich habe die Bitte zu prüfen, ob man das aufnehmen kann.

Abg. Ludwig Stiegler: Herr Kauder, auf Seite 5 der Formulierungshilfe, die zur Abstimmung steht, steht doch:

> Die erforderlichen ... betriebswirtschaftlichen, kaufmännischen und rechtlichen Kenntnisse gelten durch die Berufserfahrung nach Absatz 1 Nr. 2 als nachgewiesen.

Das bestätigt der Meister dem bei ihm beschäftigten Gesellen in seinem Zeugnis. Wenn er schreibt, der Geselle habe leitende Tätigkeit ausgeübt, dann ist ein Meister dazwischen. Er wird sich nicht durch leichtfertige Erklärungen Schmutzkonkurrenz schaffen. Wenn jemand Spezialist geworden ist, muss er die betriebswirtschaftlichen Kenntnisse durch Teilnahme an Lehrgängen oder auf sonstige Weise, also durch ein Zertifikat, nachweisen. Das haben wir nach langen Beratungen in der Wiesheu-Gruppe extra aufgenommen.

Ich sage immer: Die Bedenken, die hier geäußert werden, entspringen dem Misstrauen gegenüber dem Meister. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Handwerksmeister, die diese Regelung nicht gern haben wollen, leichtfertig unterschreiben, dass der Geselle leitende Tätigkeit ausgeübt hat und fortan dieses und jenes machen kann. Das wären Bestechungsfälle, Kauffälle oder Fälle, in denen es um Enkelkinder geht. Aber das würde sofort vom Markt bestraft.

Ich glaube, wir werden eher umgekehrt Probleme bekommen: Langjährige Gesellen müssen ein Zeugnis einklagen, aus dem hervorgeht, dass sie leitende Tätigkeit ausgeübt haben. Wir sollten offen miteinander reden. Deswegen meine ich, es besteht keine Notwendigkeit draufzusatteln.

Abg. Volker Kauder: Es geht nicht darum draufzusatteln, Herr Stiegler. Ich mache ganz andere Erfahrungen als Sie. Vielleicht bin ich näher am Handwerk.

Ein guter Geselle wird seinem Handwerksmeister sagen: Wenn du mir nicht bescheinigst, dass ich leitende Tätigkeit ausgeübt habe, verlasse ich dich. - Dann tut sich der Meister natürlich schwer, weil er auf den Gesellen angewiesen ist. Diese Fälle werden häufiger vorkommen als diejenigen, die Sie angesprochen haben.

Mir geht es darum, wie folgt zu formulieren: "in einem wesentlichen Betriebsteil zur eigenverantwortlichen Ausübung übertragen worden sind". In dem Text, den Sie vorlegen, heißt es hingegen:

> Eine leitende Stellung ist dann anzunehmen, wenn dem Gesellen eigenverantwortliche Entscheidungsbefugnisse übertragen worden sind.

An diesem Punkt sollten wir nicht miteinander streiten. Das können wir doch machen.

(Abg. Norbert Geis: Das ist auch vernünftig!)

Abg. Ludwig Stiegler: "Betriebsteil" ist doch weniger als "Entscheidungsbefugnisse". Jemand, der Montageleiter war, ist höchst einseitig.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Sie erleichtern das dadurch!)

Sie bewirken das Gegenteil. "Eigenverantwortliche Entscheidungsbefugnisse" - das ist eine große Menge.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Nun einigen Sie sich doch!

Abg. Norbert Geis: Lieber Herr Stiegler, es geht doch darum, dass er in einem wesentlichen, nicht in einem unwesentlichen Betriebsteil eigenständige Entscheidungsbefugnisse hat. Er ist nicht dafür zuständig, dass die Putzkolonne gut arbeitet; es geht vielmehr darum, dass jemand, der in einem Fertigungsbetrieb arbeitet, mitten im Arbeitsprozess steht und dort Entscheidungsbefugnisse hat. Deswegen heißt es "wesentlicher Betriebsteil".

(MP Peer Steinbrück (NW): Das, worüber wir reden, ist doch alles Deregulierung! - Weitere Zurufe)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ludwig, wir müssen hier zu Potte kommen!

Abg. Ludwig Stiegler: Was ist bei einem durchschnittlichen Handwerksbetrieb mit bis zu 50 Beschäftigten ein "wesentlicher Betriebsteil"? Er hat keine Putzkolonne. Er ist leitend oder leidend, eines von beiden. Aber ich denke, hier bringt es nichts mehr, außer mehr Bürokratie und mehr Auslegungsstoff für die Juristen. Was ist ein "wesentlicher Betriebsteil"?

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ludwig, wir müssen uns einigen! Wir sind ziemlich am Ende unserer Beratungen. Wenn kein fundamentaler Gegensatz besteht, dann würde ich mich doch einigen. Wir brauchen jetzt Pragmatiker.

Abg. Ludwig Stiegler: Wir können meinetwegen schreiben: "zum Beispiel in der Leitung eines wesentlichen Betriebsteils".

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das ist noch schlimmer! - MP Peter Müller (SL): Das geht nicht! - Weitere Zurufe)

- Aber ich kann es doch nicht einschränken. Er kann doch leitende Tätigkeit ausgeübt haben, indem er das Rechnungswesen, die Kalkulation gemacht hat.

(Abg. Norbert Geis: Das ist ein wesentlicher Betriebsteil!)

- Na gut; aber dann streiten wir über das Wesen des Wesens. Wir müssen den Leuten erklären, was ein "wesentlicher Betriebsteil" ist.

(Abg. Norbert Geis: Das ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, den die Gerichte klären können!)

- Das ist hier gefährlich, weil wir so oft das Wesen des Wesens verwenden. Dies ist nicht sachdienlich.

(MP Peter Müller (SL): Die sinnvollste Form der Einigung ist die Zustimmung zum Vorschlag! - Weitere Zurufe)

Dann schreiben wir doch: "wesentliche Entscheidungsbefugnisse in der Führung eines Betriebs oder Betriebsteils".

(MP Matthias Platzeck (BB): Was macht eine Firma mit fünf Angestellten?)

- Das frage ich mich auch.

(Weitere Zurufe)

StM Gernot Mittler (RP): Ich nenne Ihnen ein Beispiel aus meinem Dorf. Dort gibt es den Schreiner Oskar Alef. Der Name tut nichts zur Sache. Er hat drei Gesellen; seine Frau macht die Buchhaltung, wie es in Handwerksbetrieben üblich ist.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Sie kann sich selbstständig machen!)

Wie soll der besonders tüchtige Geselle, der dort arbeitet, unter den hier formulierten Bedingungen die Chance bekommen, sich selbstständig zu machen? Sie reden von einem "wesentlichen Betriebsteil" - dort gibt es zwei Hobelbänke und eine Säge. Man wechselt sich ab. Er ist ein besonders qualifizierter Mann. Wie geht das?

(Abg. Norbert Geis: Das geht auch nach der Gesetzesvorlage nicht, weil er nicht leitend tätig ist!)

Abg. Volker Kauder: Herr Bundesarbeitsminister hat Recht: In dem von Ihnen geschilderten Fall kann sich nur die Frau selbstständig machen, aber keiner der Gesellen.

(Abg. Ludwig Stiegler: Wenn er z. B. die gesamte Kalkulation übernimmt, dann hat er auch eine leitende Funktion! Ich schlage vor, bei dem Gesetz zu bleiben! - Weitere Zurufe)

BM Wolfgang Clement (BMWA): Ludwig, die Formulierung "wenn dem Gesellen eigenverantwortliche Entscheidungsbefugnisse in einem Betrieb oder in wesentlichen Betriebsteilen übertragen worden sind" ist unschädlich.

(Zurufe)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Er hat es akzeptiert. Danke sehr!

(Abg. Ludwig Stiegler: Der Bürokratieabbauminister hat es akzeptiert!)

Abg. Volker Kauder: Ich habe eine Bitte, die Herr Stiegler ablehnen wird. In § 3 Handwerksordnung geht es um die Verweise auf das Produkthaftungsgesetz. Wir haben darüber gesprochen, Herr Stiegler, dass wir bereit sind, die Installation aufzunehmen. Damit wäre der Rest weg.

Abg. Ludwig Stiegler: Die Produkthaftungsregelung ist wichtig. Hier geht es darum, dass der Handel z. B. Maschinen oder Haushaltsgeräte oder was auch immer installieren lassen kann. Aber der Handel ist bei Importwaren im Sinne des Produkthaftungsgesetzes Hersteller. Darum muss das angesprochen werden. - Durch die Fiktion des Produkthaftungsgesetzes ist er der Hersteller.

Abg. Volker Kauder: Aber wenn wir die Installation aufnehmen, ist dem doch Genüge getan.

Abg. Ludwig Stiegler: Nein, dann wären große Teile der Importwaren draußen. Da der Handel, etwa auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik, im Wesentlichen Importwaren vertreibt, wären Importwaren draußen.

(Abg. Volker Kauder: Na ja! Streiten wir nicht an jedem Punkt!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Gibt es weitere Wortmeldungen zur großen Handwerksnovelle?

StM Erwin Huber (BY): Es ging noch um den Nachweis der Kenntnisse betriebswirtschaftlicher, kaufmännischer und rechtlicher Art. Generell wird unterstellt, dies erfolge durch Zeitablauf. Nun wissen wir, dass viele in elterlichen Betrieben tätig sind und dass hier wohl sehr großzügig bestätigt wird. Deshalb schlage ich vor, in § 7b Abs. 1a Handwerksordnung die Wörter "Soweit dies nicht der Fall ist, sind" zu streichen. Es heißt dann:

> Die erforderlichen Kenntnisse sind durch Teilnahme an Lehrgängen oder auf sonstige Weise nachzuweisen.

Das ist der Nachweis der Ausübungs- und Ausbildungsbefähigung.

Abg. Ludwig Stiegler: Das finden Sie auf Seite 5 unter Buchstabe b). Darüber haben wir gerade schon geredet. Die betriebswirtschaftlichen, kaufmännischen und rechtlichen Kenntnisse gelten in der Regel durch die Berufserfahrung als nachgewiesen. Wenn das nicht der Fall ist, also wenn Zeugnisse, Stellenbeschreibungen oder andere Mittel nicht vorhanden sind, müssen sie durch die Teilnahme an Lehrgängen oder auf sonstige Weise nachgewiesen werden; d. h. man muss ein Zertifikat vorlegen. Das muss doch reichen.

StM Erwin Huber (BY): Der Nachweis durch die Berufserfahrung ist aber letztlich eine Fiktion, und der Ausnahmefall wird wohl kaum in Betracht kommen. Deshalb habe ich vorgeschlagen, die Wörter "Soweit dies nicht der Fall ist, sind" zu streichen.

Abg. Ludwig Stiegler: Sie wollen eine Prüfung durch die Hintertür einführen.

(StM Erwin Huber (BY): Nicht durch die Hintertür, sondern offen!)

- Sie wollen durch die Hintertür eine Prüfung einführen.

(StM Erwin Huber (BY): Nein, nicht durch die Hintertür!)

Damit sind wir bei einer kleinen Meisterprüfung. Wir sind Ihnen soeben schon entgegengekommen, und wir haben die Anlage A verbreitert. Leute, irgendwann ist es zu Ende. Dann können wir das Gesetz feierlich verbrennen.

(Abg. Volker Kauder: Wir haben doch nichts daran verändert!)

Wir werden nach ein paar Jahren sehen, ob es Missbräuche gibt. Ich gehe immer noch davon aus, dass ein Meister Charakter hat. Denn sonst müssten wir nicht das Hohelied des Handwerks singen. Aber wir tun es. Welcher Meister macht im eigenen Interesse Quatsch, wenn er damit Konkurrenz für sich oder für seine Kinder heranzüchtet? Ich vertraue mehr auf das Eigeninteresse als auf Bürokratien. Ich vertraue auch auf den Charakter; denn die Handwerksmeister, die ich kenne, sind jedenfalls nicht mehr Schlümpfe als wir hier.

StM Gernot Mittler (RP): Herr Kollege Huber ist doch Vorsitzender der Entbürokratisierungskommission der bayerischen Landesregierung. Er spricht für mich in dieser Frage mit besonderer Kompetenz.

(Abg. Ludwig Stiegler: Danke, Gernot! Auf Grund dieses Appells gibt Erwin Huber nach! - StM Erwin Huber (BY): Ich weiche nur der nackten Gewalt! - Heiterkeit - Gegenruf des Abg. Ludwig Stiegler: Wir alle sind aber noch angezogen!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Gibt es Fragen oder Anmerkungen zur kleinen Handwerksnovelle?

Dann kommen wir zu der "Erklärung der Berichterstatter des Vermittlungsausschusses an die parlamentarischen Gremien zu den Kriterien für die Zuordnung der in Anlage A aufzunehmenden Handwerksgewerbe".

(Abg. Ludwig Stiegler: Darf ich etwas dazu sagen?)

- Ja, bitte.

Abg. Ludwig Stiegler: Mit dieser Erklärung hat es folgende Bewandtnis: Die B-Seite wollte Kriterien in das Gesetz aufnehmen, nach denen über die Zuordnung zur Anlage A oder zur Anlage B entschieden wird: erstens Gefahrgeneigtheit, zweitens Ausbildung und drittens sonstige Kriterien. Wir haben gesagt, dass wir keine Kriterien in das Gesetz aufnehmen wollen, aber in der Berichterstattung gegenüber dem Parlament deutlich machen sollten, dass bei der Entscheidung über die Zuordnung zur

Anlage A nicht nur die Liebhabereien von Herrn Kauder entscheidend sind - Chirurgiemechaniker -, sondern dass die Gefahrgeneigtheit und die Ausbildungsleistung eine Rolle spielen. Wir haben einen Text aus der Wiesheu-Vorlage übernommen und ihn mit unserem Text vermischt. Insofern wissen die Gerichte - Karlsruhe -, die die Materialien irgendwann verwenden, dass der Gesetzgeber nicht nur die Gefahrgeneigtheit, sondern auch die Ausbildungsleistung berücksichtigt hat, aber am Ende eine Gesamtentscheidung getroffen hat, statt blanke Willkür walten zu lassen oder dem Verhandlungsführer der B-Seite gefällig zu sein.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Es ist angekommen. Das scheint abgestimmt zu sein. Diese Erklärung der Berichterstatter ist der Versuch, auf Herrn Wiesheu einzugehen.

(Abg. Ludwig Stiegler: Es muss Eingang in die Gesetzesmaterialien finden, damit es für die Auslegung zur Verfügung steht!)

- Ja, das ist angekommen.

Wir sind mit diesem Teil durch.

Wer ist Berichterstatter im Bundestag? - Ludwig Stiegler.

Wer ist Berichterstatter im Bundesrat? - Erwin Huber hat sich bereit erklärt.

Das letzte Thema auf der Tagesordnung ist die Rente.

(Abg. Volker Kauder: Nein, das letzte Thema betrifft die Regionalisierungsmittel!)

- Sie haben Recht; die Rente ist das vorletzte Thema.

Das Zweite Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch ist ein Einspruchsgesetz. Dazu haben bereits zwei Sitzungen stattgefunden, ohne dass wir uns einigen konnten.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich beantrage, das Gesetz zu bestätigen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wer der Bestätigung des Gesetzes zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - 16 Stimmen. Wer ist dagegen? - 16 Stimmen.

Damit ist der dritte Einigungsversuch gescheitert. Ich stelle fest, dass das Vermittlungsverfahren zu dem Gesetz abgeschlossen ist.

Der Berichterstatter im Bundesrat muss benannt werden. Wer übernimmt die Berichterstattung im Bundesrat?

(Abg. Volker Kauder: Niemand von uns will die Berichterstattung übernehmen! - Weitere Zurufe)

- Gernot Mittler ist Berichterstatter.

Damit ist das Verfahren beendet.

Wir kommen nun zum Dritten Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch. Als Christian Wulff noch gut gelaunt war - inzwischen ist seine Laune dahin -, hat er darum gebeten, das Gesetz am Ende wieder aufzurufen. Das tue ich hiermit.

Abg. Volker Kauder: Ich bitte darum, dass wir über die Regionalisierung reden, bevor wir uns diesem Gesetz zuwenden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Er will einen Deal machen. Dann tun wir das. Wer traut sich, zu diesem Deal etwas zu sagen? - Herr Kauder bietet an, hinsichtlich der vorhin nicht abschließend beratenen Regionalisierungsmittel - darüber haben wir lange debattiert - und der in Aussicht gestellten Zustimmung zu der Verschiebung des Termins für die Rentenauszahlung eine Moderation zu finden.

(Abg. Werner Kuhn (Zingst): Und zur Gemeinschaftsaufgabe!)

Lieber Franz Müntefering, jetzt bedarf es eines Fraktionsvorsitzenden, der Geschäfte macht. Können wir uns darauf einlassen? - Nein? Heißt das, dass wir die Zustimmung scheitern lassen?

Abg. Franz Müntefering: Herr Vorsitzender, es geht um zwei unterschiedliche Tatbestände, die wir nicht miteinander vermischen dürfen. Es geht zum einen um den Subventionsabbau; damit verbunden sind die Regionalisierungsmittel. Das wollen wir, das brauchen wir; darüber haben wir vorhin ausführlich diskutiert. Es geht zum anderen um die Finanzierung der Alterssicherung.

Ich bin dafür, dass wir hinsichtlich der Regionalisierungsmittel so verfahren, wie es vorhin von uns angesprochen worden ist. 2 % sind die neue Basis, und in den

nächsten Jahren geht es weiter. Über das Rentengesetz müssen wir separat entscheiden.

Meine dringende Empfehlung an die Opposition im Deutschen Bundestag ist, daran zu denken, dass wir Entlastung im Bereich der Rente, der Alterssicherung brauchen. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Abg. Volker Kauder: Ich bitte trotzdem darum, noch einmal das Thema "Regionalisierungsmittel" aufzurufen! Ich will keinen Deal machen! - Gegenruf des Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das ist ein Katz-und-Maus-Spiel! Sie wissen, was auf dem Tisch liegt! Sagen Sie doch, was Sie wollen!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Er möchte gerne, dass das Thema "Regionalisierungsmittel" aufgerufen wird. Das haben wir vorhin verabredet, lieber Wilhelm Schmidt. - Wir haben gesagt, dass wir es am Ende des Verfahrens noch einmal aufrufen. Wir haben eine sehr herbe Debatte darüber geführt, die nicht enden wollte. Dann hat Herr Kauder zu Recht diesen Vorschlag gemacht, auf den wir alle uns eingelassen haben. Jetzt kommt er darauf zurück. Franz Müntefering hat soeben gesagt, beide Dinge sollten nicht zusammen, sondern getrennt behandelt werden. In dieser Situation bittet Herr Kauder darum, das Thema "Regionalisierungsmittel" wieder aufzurufen. Wollen Sie nun ein Angebot haben?

(Abg. Volker Kauder: Genau!)

Wer traut sich aus der Deckung?

StM Erwin Huber (BY): Ich will das Angebot wiederholen: Über die Rente wird sich reden lassen, wenn die Regionalisierungsmittel einmalig für 2004 abgesenkt werden. Ich darf daran erinnern, dass im Juni 2002 durch Bundesgesetz eine Erhöhung um 1,5 % für jedes Jahr bis 2007 festgelegt worden ist. Das ist die rechtliche Grundlage.

Abg. Franz Müntefering: Herr Huber, ich bin ein alter Mann. Ich höre nicht gut. Können Sie das ein bisschen lauter wiederholen?

StM Erwin Huber (BY): Der Vorschlag war, über die Rentenregelung dann zu reden, wenn die Regionalisierungsmittel, wie in der Arbeitsgruppe vereinbart, einmalig für 2004 um 140 Millionen Euro abgesenkt werden. Denn das Bundesgesetz

von Juni 2002 - es ist also ein gutes Jahr alt - sieht durchgehend von 2002 bis 2007 eine jährliche Erhöhung um 1,5 % vor, und zwar deshalb, weil die Kosten der Länder und Kommunen steigen. Sie steigen, weil sich beispielsweise die Tarife erhöhen; denn es sind überwiegend Personalkosten zu bezahlen.

Abg. Werner Kuhn (Zingst): Ebenfalls ein Restant ist die Gemeinschaftsaufgabe. Ich will das folgendermaßen begründen: Zurzeit sind im Bundeshaushalt 700 Millionen Euro veranschlagt. Im Jahr 2004 würden wir einer Absenkung von 4 % zustimmen; denn das entspräche der Systematik Koch/Steinbrück. Ab 2005 ist die Gemeinschaftsaufgabe Bestandteil des Solidarpakts II und sozusagen nicht mehr kürzungsfähig.

Dazu habe ich eine Protokollerklärung vorbereitet:

> Der Vermittlungsausschuss geht davon aus, dass im Haushaltsjahr 2004 eine einmalige Kürzung in Höhe von 4 vom Hundert für die Gemeinschaftsaufgabe Ost wirksam wird. Ab dem Jahr 2005 sind die GA-Mittel Bestandteil des Solidarpakts II und bleiben somit in einer Höhe von 672 Millionen Euro erhalten.

StM Gernot Mittler (RP): Da Herr Huber Bezug auf die Arbeitsgruppe nimmt, will ich nur klarstellen, was unter "einmalig" zu verstehen ist. Es war so zu verstehen, dass dies im Gegensatz zu den übrigen Subventionen, die mehrmals hintereinander um 4 % abgesenkt werden sollen, nur eine einmalige Absenkung sein soll. Darunter war aber nicht zu verstehen, dass man im nächsten Jahr wieder zur alten Basis zurückkehrt. Ich denke, das läge auch nicht in der Logik.

MP Peer Steinbrück (NW): Von einer Herausnahme der GA ist bisher an keiner Stelle die Rede gewesen. Es läuft darauf hinaus, dass die Bemessungsgrundlage und das Einsparvolumen weiter gekürzt werden. Das steht in Widerspruch zu den Absprachen, die die 4 + 5-Runde getroffen hat. Im Übrigen entspricht es auch nicht dem, was Herr Kollege Koch und ich gemeinsam mit Blick auf die Umsetzung des Koch/Steinbrück-Papiers erwarten. Wenn Sie Ihre Forderung aufrechterhalten, würde ich versuchen, mich sobald wie möglich mit Herrn Koch zu verabreden. Wahrscheinlich sind wir nur dann bereit, an dieses Thema heranzugehen, wenn an anderer Stelle mit dem gleichen Volumen Kompensation geliefert werden kann. Das können Sie nicht; Sie haben keine entsprechenden Angebote gemacht.

Insofern wäre ich dankbar, wenn der Gesprächsgegenstand des Weiteren auf das reduziert werden könnte, was hier in Rede steht und angekündigt worden ist: das Thema "Regionalisierungsmittel", das von Ihnen mit dem Thema "Zeitpunkt der Auszahlung der Rente" verknüpft worden ist, mehr nicht! Bei der GA sind wir nicht gesprächsfähig.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Da wir uns nicht im Kreise drehen sollten, will ich nur kurz bekräftigen: Die Dinge stehen natürlich nicht in Zusammenhang. Aber wir verknüpfen sie gewissermaßen unter uns als Gegenstand des Vermittlungsverfahrens. Wenn wir es so hinbekommen wollen, kann ich mir vorstellen, dass wir Ihre Zustimmung zu dem zustimmungspflichtigen Rentengesetz bekommen und dann für das Jahr 2004 auf diese Dinge verzichten. Um es sehr offen zu sagen: Ich kann Ihnen aber keine Zusicherung dahin gehend geben, was wir in den Jahren 2005 und folgende tun. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir Optionen auf die Zukunft festschreiben; denn das bindet den Haushalt des Bundes. Das wäre jetzt nicht opportun.

Ich weiß allerdings, dass wir alle gemeinsam uns damit eine Beitragssenkung oder eine Beitragsstabilisierung in der Rentenversicherung sichern. Das ist es jedenfalls mir wert, hier heute darauf einzugehen, aber eben nur für dieses eine Jahr, nicht für alle vier Jahre, was Sie, Herr Huber, ins Gespräch gebracht haben.

Abg. Joachim Poß: Ich will es sehr klar machen: Der Verhandlungsführer der B-Seite hat bisher immer nur von Regionalisierungsmitteln gesprochen. Jetzt können in der Tat, wie auch Herr Steinbrück es gesagt hat, nicht neue Tatbestände eingeführt werden, es sei denn um den Preis der Kompensation. Daher sollten wir im gemeinsamen Interesse bei diesem Punkt bleiben.

Wenn Sie einen Deal machen wollen, müssen wir uns den Gesetzestext auf Seite 22 angucken. Dann würde es heißen: "... für die Jahre ab 2004 ergebenden Jahresbeträge sind für das Jahr 2004 um 2 vom Hundert zu verringern." - Die Wörter "und vom Jahr 2005 an um jeweils 139 Mio. Euro" werden gestrichen. Damit wäre Ihrem Petitum entsprochen. Herr Kauder, nun müssen wir Klarheit haben. Dann hätten wir eine Regelung für das Jahr 2004, müssten die Vorlage entsprechend ändern, und die Rente wäre dann ebenfalls durch.

StM Erwin Huber (BY): Wir gehen davon aus, dass das 2005 in der alten Höhe hergestellt wird. Sie haben erklärt, es werde neu entschieden. Aber jetzt fällt eine Entscheidung nur für 2004. Das Angebot wird angenommen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Christean Wagner wird dasselbe sagen, hoffe ich.

StM Dr. Christean Wagner (HE): Nein, das möchte ich nicht tun. Um einen Telefonanruf zwischen Herrn Steinbrück und Herrn Koch zu vermeiden, möchte ich nur feststellen, dass das, was Herr Steinbrück hier vorgetragen hat, richtig ist. Auch nach der Vorstellung von Herrn Koch ging es darum, dass nicht für das Jahr 2004 eine einmalige Absenkung stattfindet, sondern in den nachfolgenden Jahren stabil, also von 100 auf 98 % dann bleibend. Ich denke, das sollte aus Gründen der Klarheit unserer Beratungen hier ausdrücklich festgestellt werden.

MP Dieter Althaus (TH): Ich finde, das ist ein vernünftiger Vorgang. Aber ich glaube, das gilt genauso bei der GA, wo nach meiner Auffassung ab 2005 eine andere Rechtslage besteht, die schon beschlossen ist. Das ist in den gesamten Bereich integriert, der bis 2019 gültig ist. Deshalb finde ich, das hätte in der Form eigentlich nicht im Bericht stehen dürfen, aber es steht darin. Aus diesem Grunde kann der Schritt maximal 2004 gegangen werden; denn sonst würde sich danach die Grundlage das verhandelten Solidarpakts ändern. Das wäre kontraproduktiv. Dies wollte sicherlich auch niemand; aber diese Vernetzung muss man schon sehen.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das wird sich rechtlich überprüfen lassen! Es ist keine Verhandlungsfrage, sondern eine Rechtsfrage!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Jetzt muss Herr Schmitt sagen, was das bedeutet.

GF MD Gerd Schmitt: Das heißt, dass wir dem § 5 Abs. 2 folgenden Satz anfügen:

Der sich in Anwendung des Satzes 1 für das Jahr 2004 ergebende Jahresbetrag ist um 2 vom Hundert zu verringern.

(StM Erwin Huber (BY): Der sich in Anwendung des Satzes 1 für das Jahr 2004 ergebende Jahresbetrag ist um 2 vom Hundert zu verringern. Im Übrigen gilt Satz 1 unberührt!)

Wir müssen nachgucken, ob die Wörter "bestimmten Beträge" in § 8 Abs. 3 eventuell durch die Wörter "bestimmte Betrag" ersetzt werden müssen. Das können wir redaktionell ändern.

(Abg. Volker Kauder: Gut! Angenommen!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Eigentlich sind wir durch, Herr Milbradt.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich habe eine Bitte: Ich habe soeben zugesagt, die Berichterstattung am Freitag über die Finanzgesetze zu übernehmen. Mir fällt gerade ein, dass ich an der Landtagssitzung teilnehmen muss. Ich muss mich dort wieder einmal sehen lassen. Ich habe jemanden gefunden, der die Berichterstattung übernimmt, nämlich Herrn Wagner.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir brauchen noch Berichterstatter für das Rentengesetz. - Frau Schaich-Walch ist Berichterstatterin im Bundestag. - Gernot Mittler ist Berichterstatter im Bundesrat. Danke!

Ich rufe die Gesetze auf, und wir stellen die Voten fest:

Haushaltsbegleitgesetz! Hier geht es um Zustimmung. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Einstimmig.

Die Berichterstattung haben wir festgelegt.

Gewerbesteuerreform! Auch hier geht es um Zustimmung. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Einstimmig.

Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit! Es geht um Zustimmung. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Einstimmig.

Korb-II-Gesetz! Hier geht es ebenfalls um Zustimmung. Ist jemand dagegen? - 1 Gegenstimme. Enthält sich jemand? - Beschlossen.

Tabaksteuergesetz! Hier geht es ebenfalls um Zustimmung. Ist jemand dagegen? - 1 Gegenstimme. Enthält sich jemand? - Beschlossen.

Wir kommen zu Hartz III. Es geht um die Bestätigung des Gesetzesbeschlusses.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Wir beantragen sie!)

- Herr Schmidt beantragt die Bestätigung des Gesetzesbeschlusses. Ist jemand gegen die Bestätigung?

(Abg. Volker Kauder: Die B-Seite!)

- Die gesamte B-Seite ist dagegen. - Dann stelle ich bei 16:16 Stimmen ein Patt fest.

Damit ist das Vermittlungsverfahren gescheitert. Die heutige Sitzung ist die dritte Sitzung. Damit geht das Gesetz nur an den Bundesrat zurück.

Hartz IV ist ein Zustimmungsgesetz. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - So beschlossen.

Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt! Dazu liegt ein Einigungsvorschlag vor. Ist jemand gegen die Zustimmung? - Enthält sich jemand? - Zugestimmt.

Berichterstatter haben wir bestellt.

Sozialhilferecht! Auch hierzu liegt ein Einigungsvorschlag vor. Ist jemand gegen die Zustimmung? - Enthält sich jemand? - Zugestimmt.

Zur großen Handwerksnovelle gibt es einen Einigungsvorschlag. Ist jemand gegen die Zustimmung? - Enthält sich jemand? - Zugestimmt.

Die Berichterstatter haben wir benannt.

Es folgt die kleine Handwerksnovelle. Dazu liegt ebenfalls ein Einigungsvorschlag vor. Ist jemand gegen die Zustimmung? - Enthält sich jemand? - Zugestimmt.

Die Berichterstattung ist geklärt.

Jetzt kommt das Rentengesetz, über das wir zuletzt beraten haben. Ist jemand gegen die Zustimmung?

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Zu welchem Gesetz?)

- Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch! Das Gesetz sieht die Verschiebung des Auszahlungstermins vor. Darüber haben wir am Schluss beraten. Dem Gesetz soll zugestimmt werden. Ist jemand gegen die Zustimmung? - Enthält sich jemand? - Dann haben wir zugestimmt.

Über die Berichterstattung haben wir beschlossen.

Haben wir noch etwas zu tun?

(Zurufe)

- Haushaltsbegleitgesetz. Wir müssen noch über die Änderung des Personenbeförderungsgesetzes abstimmen. Dazu ist eine Formulierungshilfe verteilt worden.

Dies wurde vorhin aufgerufen. Erinnern Sie sich? - Hier müssen wir zustimmen. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Zugestimmt.

Geschäftsführer des Vermittlungsausschusses MD Gerd Schmitt: Wir haben die Bitte, dass alle Berichterstatter nach Ende der Sitzung hier bleiben, weil sie noch unterschreiben müssen.

(Heiterkeit)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir hier vorne sind der Meinung, dass wir fertig sind. Das war ein ungewöhnliches Verfahren. Ich hoffe, dass am Schluss alle Kränkungen zurückgenommen wurden und dass wir weiter gut zusammenarbeiten.

Ich danke Ihnen allen und wünsche Ihnen einen guten Heimweg sowie gesegnete Weihnachten.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 23.37 Uhr)

Vermittlungsausschuss

(Artikel 77 Abs. 2 GG)

5. Fortsetzung der 12. Sitzung
4. Fortsetzung der 15. Sitzung
3. Fortsetzung der 16. Sitzung
(15. WP/2003)

Bundesrat

Stenografischer Dienst

S t e n o g r a f i s c h e s P r o t o k o l l

der 5. Fortsetzung der 12. Sitzung*),

der 4. Fortsetzung der 15. Sitzung) und**

der 3. Fortsetzung der 16. Sitzung*) des Vermittlungsausschusses**

des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

am Sonntag, den 14. Dezember 2003, 17.00 Uhr

Berlin

Vorsitz: Bgm Dr. Henning Scherf (HB)

Es waren anwesend:

vom Deutschen Bundestag:

Abg. Klaus Brandner	Abg. Michael Müller (Düsseldorf)
Abg. Norbert Geis	Abg. Franz Müntefering
Abg. Hans-Joachim Hacker	Abg. Joachim Poß
Abg. Joachim Hörster	Abg. Ortwin Runde
Abg. Volker Kauder	Abg. Krista Sager
Abg. Eckart von Klaeden (ab 03.40 Uhr)	Abg. Gudrun Schaich-Walch
Abg. Werner Kuhn (Zingst)	Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter)

---

* *) 12. Sitzung am 13.11.2003, 1. Fortsetzung am 26.11.2003, 2. Fortsetzung am 10.12.2003, 3. Fortsetzung am 11.12.2003, 4. Fortsetzung am 12.12.2003

* **) 15. Sitzung am 26.11.2003, 1. Fortsetzung am 10.12.2003, 2. Fortsetzung am 11.12.2003, 3. Fortsetzung am 12.12.2003

***) 16. Sitzung am 10.12.2003, 1. Fortsetzung am 11.12.2003, 2. Fortsetzung am 12.12.2003

Abg. Wolfgang Meckelburg	Abg. Ludwig Stiegler
Abg. Dr. Angela Merkel (bis 03.40 Uhr)	Abg. Dr. Guido Westerwelle (bis 03.40 Uhr)
	Abg. Carl-Ludwig Thiele (ab 03.40 Uhr)

vom Bundesrat:

Minister	Gerhard Stratthaus	Baden-Württemberg
Staatsminister	Erwin Huber (ab 03.45 Uhr)	Bayern
Ministerpräsident	Dr. Edmund Stoiber (bis 03.45)	Bayern
Senator	Dr. Thilo Sarrazin	Berlin
Ministerpräsident	Matthias Platzeck	Brandenburg
Präsident des Senats, Bürgermeister	Dr. Henning Scherf	Bremen
Senator	Dr. Wolfgang Peiner	Hamburg
Ministerpräsident	Roland Koch	Hessen
Ministerin	Sigrid Keler	Mecklenburg-Vorpommern
Ministerpräsident	Christian Wulff	Niedersachsen
Ministerpräsident	Peer Steinbrück	Nordrhein-Westfalen
Staatsminister	Gernot Mittler (ab 17.15 Uhr)	Rheinland-Pfalz
Ministerpräsident	Peter Müller	Saarland
Ministerpräsident	Prof. Dr. Georg Milbradt	Sachsen
Ministerpräsident	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer	Sachsen-Anhalt
Minister	Dr. Ralf Stegner	Schleswig-Holstein
Ministerpräsident	Dieter Althaus (ab 19.05 Uhr)	Thüringen
Minister	Dr. Karl Heinz Gasser (bis 19.05 Uhr)	Thüringen

weitere Teilnehmer:

Bundeskanzler	Gerhard Schröder (bis 03.40 Uhr)	BK
Bundesminister	Joschka Fischer (bis 03.40 Uhr)	AA
Bundesminister	Hans Eichel (bis 03.40 Uhr)	BMF
Bundesminister	Wolfgang Clement	BMWA
Staatsminister	Rolf Schwanitz	BK
Parl. Staatssekretär	Karl Diller	BMF

Parl. Staatssekretärin	Dr. Barbara Hendricks	BMF
Parl. Staatssekretär	Franz Thönnes	BMGS

Seite

TAGESORDNUNG

I.

5. Fortsetzung der 12. Sitzung

1. Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen 2

2. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt 2

3. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch 2

4. Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2004 - HBeglG 2004) 2

5. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit 2

6. Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz 2

7. Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerreformgesetz - GewStRefG) 2

II.

4. Fortsetzung der 15. Sitzung

Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt 2

Seite

III.

3. Fortsetzung der 16. Sitzung

1.	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	2
2.	Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze	2
3.	Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze	2
4.	Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze	2
5.	Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften	2

* * *

Beginn: 10.41 Uhr

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Wir haben heute nur zweieinhalb Stunden Zeit; deshalb sollten wir pünktlich anfangen.

Tagesordnungspunkte:

I.1. Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen

I.2. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

I.3. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch

I.4. Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2004 - HBeglG 2004)

I.5. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit

I.6. Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz

I.7. Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerreformgesetz - GewStRefG)

II. Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt

III.1. Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

III.2. Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze

III.3. Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

III.4. Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

III.5. Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften

Wir müssen uns darüber verständigen, wie wir die knappe Zeit nutzen. Es wäre sehr lohnend, wenn wir zunächst die Dinge erörterten, auf die wir uns so gut wie verständigt haben, und so die Mitarbeiter arbeitsfähig hielten. Dies gilt für die Handwerksordnung; wie mir alle Seiten gesagt haben, hat es hier eine Verständigung gegeben. Wir müssen dies nur feststellen, damit es in das Verfahren eingebracht ist.

Auch im Hinblick auf den komplizierten Bereich der Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch hat es, wie ich mir habe sagen lassen, eine weitgehende Verständigung gegeben. Ich rate uns an, dass wir erst einmal versuchen, dies auf den Weg zu bringen, damit es weiterbearbeitet und gedruckt werden kann.

Dann kommt der sehr komplizierte Bereich Hartz IV, bei dem wir zwar aufeinander zugehen, zu dem aber noch keine belastbare Einigung auf dem Tisch liegt. Hier schlage ich Ihnen vor, dass wir dieses Thema ansprechen und versuchen, herauszubekommen, wie es eingeschätzt wird. Dann brauchen wir wahrscheinlich eine kleine Unterbrechung, damit wir uns sortieren können, um dann heute noch einmal zusammenzukommen - immer in der Hoffnung, dass wir einen schriftlich zu fixierenden Konsens zu Stande bringen. Hartz IV stellt im Augenblick ein Vermittlungsproblem dar. Sie haben sich gestern gegen jede Art von Arbeitsgruppe und Verhandlungsführer ausgesprochen, als Sie sagten, wir behandelten dies alles im Plenum. Im Plenum dauert dies alles aber noch ein bisschen länger, und wir haben sehr wenig Zeit. Darum ist meine ganz bescheidene Frage, bevor wir richtig loslegen: Wäre es nicht klug, wenn sich diejenigen, die über Hartz IV in den letzten Tagen und Wochen beraten haben, zusammensetzten und die Köpfe zusammensteckten?

(Abg. Carl-Ludwig Thiele: Das machen wir die ganze Zeit!)

- Dies geschieht schon die ganze Zeit? Das bekomme ich wohl nur nicht mit?

(Abg. Carl-Ludwig Thiele: Die Arbeitsgruppe hat die ganze Zeit getagt!)

- Wir haben heute in der Vorbesprechung der A-Seite überlegt, was das Klügste wäre: Braucht man eine Zweier- oder Viererverständigung? Dazu war die Einschätzung, das sei eigentlich nur hier zu klären.

(Abg. Volker Kauder: Nein!)

- Das wollen Sie nicht mehr? - Herr Hörster will uns jetzt helfen.

Abg. Joachim Hörster: Wie viel Zeit es auch immer kostet, ich glaube, es geht nur hier; denn wir haben bei allen bisherigen Arbeitsgruppenergebnissen erlebt, dass über

sie hier im Plenum des Vermittlungsausschusses lange diskutiert worden ist. Das wird uns auch bei diesem Thema nicht erspart bleiben. Wenn es einen Konsens gibt, dann nur hier.

MP Roland Koch (HE): In Arbeitsgruppen kann vieles besprochen werden, nur nicht der Ansatzpunkt für die prinzipielle Ausrichtung. Es gibt große Flexibilität auf beiden Seiten - ich spreche sie der anderen Seite gar nicht ab - unterhalb des Prinzips. Bedauerlicherweise muss man politische Fragen aber irgendwann an Prinzipien entscheiden. Wenn Sie sagen, Sie hätten Sorge hinsichtlich der Auslastung und der Einflussmöglichkeiten der Agentur für Arbeit, seien aber zu einer Möglichkeit kommunaler Gestaltung bereit, können Arbeitsgruppen, auch wenn es jetzt ein bisschen knapp ist, darangehen, das auszuformulieren. Wenn nicht, dann werden wir - das wissen Sie auch seit einiger Zeit; das haben wir schon besprochen - lieber bei der derzeitigen Regelung bleiben, bevor wir einem Modell zustimmen, das den Kommunen diese Möglichkeit - auch bei den Sozialhilfeempfängern - vollständig nimmt. Diese Frage lässt sich nur hier erörtern.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Damit wir jetzt keine Zeit verlieren, sollten wir es hier im Plenum versuchen. Sollten wir dann merken, dass etwas passiert, dann können wir immer noch überlegen, wie wir das vorbereiten.

Abg. Volker Kauder: Was Roland Koch gesagt hat, trifft genau den Punkt: Das kann nicht in einer Arbeitsgruppe, sondern muss hier besprochen werden. Wir haben klar und deutlich gesagt, dass wir zu allen Verhandlungen bereit seien und uns verschiedene Modelle vorstellen könnten. Aber es ist unsere durch Erfahrungen, die wir in Ländern und Kommunen gemacht haben, gefestigte Position, dass dieser Aufgabe nur unter Führung der Kommunen nachgekommen werden kann. Wenn es darüber keinen Konsens gibt, brauchen wir auch über die Ausgestaltung nicht in der Arbeitsgruppe zu diskutieren. Es muss hier geklärt werden, ob dazu Bereitschaft besteht. Bekommen die Kommunen den Hut, dann können wir über diese Frage sofort weiterdiskutieren.

MP Peer Steinbrück (NW): Es ist ja auch sonst häufig von kommunaler Selbstverwaltung und dem Respekt vor dem eigenständigen Willen der Kommunen die Rede. Ich halte es für bemerkenswert, dass das Präsidium des Deutschen Städte-

und Gemeindebundes mit Blick auf unsere Beratungen am 11. November einen Beschluss gefasst hat und in diesem Beschluss unter Ziffer 2 eine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit definitiv ablehnt. Daher möchte ich von der B-Seite wissen, ob der Vermittlungsausschuss entgegen dem erklärten Willen der kommunalen Spitzenverbände - neben dem des Deutschen Städte- und Gemeindebundes übrigens dem des Deutschen Städtetages - Zuständigkeiten auf die kommunale Ebene verlagern soll. Dies interessiert mich auch deshalb, weil ich im Düsseldorfer Landtag von Seiten der CDU ständig einer Debatte ausgesetzt bin, in der man mir sagt, dass wir das Konnexitätsprinzip zu beachten hätten. Hier aber soll etwas passieren, was all diesen hehren Sonntagsreden völlig widerspricht. Die Kommunen wollen diese Aufgabe nicht übernehmen. Ich möchte also wissen, ob wir entgegen der Willensbekundung der Kommunen diese Aufgabe kommunalisieren sollen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir sind eigentlich noch gar nicht richtig in der Tagesordnung; vielmehr geht es im Augenblick nur um eine Vorverständigung über die Tagesordnung.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Gleichwohl sind wir jetzt schon an einem ganz wichtigen Punkt gelandet. Auf Grund eines kurzen Vorgesprächs mit Herrn Kauder hatte ich nicht das Gefühl, dass sich in Sachen Steuern und Finanzen bei dem Teil, den wir gestern leider ergebnislos abgebrochen hatten, etwas geändert hätte. Das heißt, es lohnt sich in diesem Stadium nicht, dies noch einmal aufzurufen. Darum landen wir zu Recht an dieser Stelle bei Hartz IV. Ich kann nur das bekräftigen, was von unserer Seite schon betont worden ist: Wir wundern uns außerordentlich, dass die Union den Kommunen ein Geschenk machen will, das sie gar nicht haben wollen. Auf diese Weise wird Obstruktion betrieben, die ich nicht verstehe. Dennoch will ich Sie bitten, uns zu erklären, ob es eine Möglichkeit gibt, eine Brücke zwischen den Grundsatzpositionen zu bauen, die wir alle unverbrüchlich wie eine Monstranz vor uns hertragen, obwohl es uns allen nicht viel nützt, und ob auch Sie das Gefühl haben, dass auf irgendeine Weise das Thema noch zu einem Kompromiss geführt werden kann. Welcher Art dieser Kompromiss sein könnte, kann ich mir selber noch nicht vorstellen; aber vielleicht haben Sie da etwas.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir sind uns immer noch nicht richtig über die Tagesordnung einig.

MP Roland Koch (HE): Es handelt sich hier um die normative Kraft des Faktischen. Es ist doch ganz vernünftig, dass wir jetzt dieses Thema besprechen.

Zunächst weise ich darauf hin, dass wir im Hinblick auf die Frage, wer in wessen Interesse handelt, vorsichtig sein sollten; denn der Landkreistag ist der Meinung, die wir vertreten. Zwei Drittel der betroffenen Betreuungsfälle liegen in der Hand der Landkreise und nicht in der der Städte und Gemeinden. Ich weiß nicht, ob uns dies wechselseitig glücklicher macht. Aber hier könnte jeder seine Argumente haben.

Zum Zweiten glaube ich, dass Landesregierungen und die Bundesregierung im Vermittlungsausschuss verpflichtet sind, über die Frage nachzudenken, wie eine langfristig tragfähige und sachgerechte Lösung am Ende auszusehen hat. Wir übertragen - auch wieder wechselseitig - des Häufigeren Aufgaben auf Menschen, die die Aufgabe lieber los wären; wir tun dies aus der Überlegung heraus, dass die jeweilige Aufgabe an bestimmter Stelle verortet ist. Bevor uns alles entgleitet, was an Details von Niedriglöhnen, Finanzierungssystemen und vielem anderen hinter dieser Sache steht und sie in ihrem Geflecht kompliziert macht, erinnere ich daran, dass es um eine Grundsatzfrage geht: Wir haben die historisch gewachsene Situation, dass es Aufgabe einer unter Bundesrecht stehenden Selbstverwaltungsinstitution ist, Menschen, die aus dem Erwerbsprozess ausgeschieden sind, dabei zu helfen, wieder in diesen Prozess integriert zu werden, oder ihnen für einige Monate Unterstützung zu gewähren, weil sie nicht erwerbsfähig sind oder sich auf den nächsten Arbeitsplatz bewerben. So ist es gewachsen. Es war keine Aufgabe des Bundes, Menschen zu betreuen, die arbeitslos geworden sind; gleichwohl leistet dies eine auf Bundesrecht beruhende Selbstverwaltungsorganisation. Auf der anderen Seite ist es eine Tatsache, dass immer dort, wo langfristig soziale Probleme entstehen, diese nicht zentralstaatlich gelöst werden, sondern in aller Regel vor Ort durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe, manchmal auch durch überörtliche Träger der Sozialhilfe, aber jedenfalls nicht durch Einrichtungen des Zentralstaates.

Im Augenblick sind von acht Millionen Menschen, die erwerbsfähig sind und keine Arbeit haben, wie dies auch immer im Einzelnen aussieht, etwa vier Millionen in einem kurzfristigen Prozess und etwa vier Millionen langfristig betroffen, sei es als Langzeitarbeitslose oder als deren Angehörige. Jetzt wollen Sie entscheiden, dass all diese Betreuungsmechanismen mit ihren Finanzströmen und Ausgestaltungen letzten Endes dauerhaft - diese Entscheidung kann man in der Geschichte der Bundesrepublik wahrscheinlich auch wieder nur einmal treffen; es können zwar in den nächsten Jahrzehnten viele Föderalismuskommissionen darüber beraten, aber wenn eine solche

Entscheidung erst getroffen ist, wird sie nur sehr schwer zu revidieren sein - an einer zentralen Definitionseinheit hängen, nämlich an einer Institution des Bundes und an der Bundesregierung. Im Kern geht es Ihnen um diese qualitative Veränderung. Eine solche Entscheidung ist auf Dauer nicht in regionale Strukturen zurückzuholen. Dies entspricht jedenfalls den Erfahrungen, die wir in allen Bundesländern gemacht haben, egal, wie sie politisch geprägt sind: Was einmal der nationalen Ebene übergeben worden ist, ist schon wegen der Risiken bei der Auflösung der Finanzstrukturen nahezu nicht mehr zurückzuübertragen.

Das ist ein Paradigmenwechsel; über diesen Paradigmenwechsel streiten wir. Er ist streitig, weil Sie etwas verändern: Sie nehmen den regionalen und kommunalen Strukturen eine wichtige Möglichkeit von Betreuung und Gestaltung, von der wir glauben, dass sie ortsnah immer effektiver ist, als wenn sie durch eine Bundesagentur - mit wie vielen tausend Seiten Formblättern auch immer - verwaltet wird. Das ist keine Frage von Obstruktion, Herr Schmidt, sondern das ist ein materieller Punkt, an dem wir inhaltlich möglicherweise prinzipiell unterschiedlicher Auffassung sind.

Die zweite Frage, die Sie zu Recht stellen und an der wir bereits länger arbeiten, lautet, wie dies für die Zukunft verändert werden könne, wenn wir einen Kompromiss suchen. Nach meinem Dafürhalten muss die Ausgangsposition dieses Kompromisses sein, dass man an einer einheitlichen Betreuung festhält - das nennen wir im Hinblick auf die Agentur für Arbeit gerade Jobcenter -; aber wir wollen in der Verwaltung dieses Problems keine so große Abgabe von Kompetenzen von der kommunalen auf die nationale Struktur. Dann muss man eine Lösung finden, die den Kommunen weiterhin zumindest die Möglichkeit gibt, diese Aufgabe zu übernehmen, wenn sie es wollen. Das ist ein ganz einfacher, schlichter Satz.

Bei der Verfolgung dieses Zieles gerieten wir allerdings sehr schnell an die Grenzen der Verfassung, wenn der Bund sagte, im Prinzip mache er dies und er lasse eine Kommune etwas machen. Wir wären aber im Rahmen der Verfassung, wenn wir sagten, die Kommunen machten dies und sie könnten die Verabredung treffen, dass der Bund ihnen bestimmte Aufgaben abnimmt. Das ist sehr viel einfacher. Dies bedeutet, dass wir im Hinblick auf alle Modelle, die unserem Paradigma, keine zentrale Institution haben zu wollen, entsprechen, eine Diskussion darüber führen müssen, wie wir die Kommunen finanziell absichern. Wir müssen ja auch eine Finanzierung für Ihr Modell finden. Wenn man nicht mehr den Status quo haben will, muss man ein Finanzierungsmodell finden - rechts- wie linksherum; nur für den Status quo braucht man kein neues Finanzierungssystem -, das die Kommunen angemessen sichert. Nur dort, Herr Kollege Steinbrück, stellt sich übrigens die Frage der Konnexität; Konnexität ist ja nicht das Recht der Ebenen, sich aussuchen zu können,

was man machen will, sondern die Sicherheit, finanziell nicht aufs Kreuz gelegt zu werden, wenn man eine Aufgabe übertragen bekommt. Dies geht nur über eine grundgesetzliche Absicherung; ansonsten kann keine Kommune dies verantworten. Weil es kein generelles Konnexitätsprinzip gibt, müsste man - so ist das Angebot - für diese Aufgabenstellung eines finden.

Man kann auch eine Lösung finden, bei der durch die Übertragung dieser Aufgabe von den Kommunen auf die Bundesagentur für Arbeit faktisch in weiten Teilen das entsteht, was Sie möglicherweise gern haben wollen. Auf der pragmatischen Ebene - jenseits der Prinzipienebene - ist vieles denkbar. Das wird sicherlich nicht mit Experimentierklauseln gehen - das haben wir alles schon gehabt -, sondern es müssen Übertragungsklauseln sein. Sollte man keine Übertragungsklauseln hinbekommen, stellt sich die Frage, ob es rechtlich hinreichend gesicherte Möglichkeiten gibt, dass der Bund verpflichtet wird, dies den Kommunen, die es haben wollen, mit festen Geldern zu übergeben, selbst wenn es im Übrigen auf der Bundesebene bleibt. Aber die Entscheidung, ob eine Kommune es haben will oder nicht, muss eine kommunale Entscheidung sein. Ansonsten wäre es eine zentralstaatliche Aufgabe geworden. Selbst wenn man sich den Kompromiss noch ein Stück weiter dächte und die Finanzierung beim Bund beließe - wir haben große Zweifel, dass diese Finanzierung hält: man ist durch einen Gemischtwarenladen gegangen und hat die Zutaten so zusammengestellt, dass es für das Jahr 1 funktioniert; was Sie vorgelegt haben, ist also extrem instabil -, selbst wenn man an dieser Stelle weiterdiskutierte, was große Schwierigkeiten auslöste und was man sicherlich nicht in zwei Stunden diskutieren kann, weil dann nicht sicher ist, was man absichern muss, damit es überhaupt funktioniert, müsste es die Chance geben, dass eine kommunale Gebietskörperschaft entscheidet, sie wolle dies mit für sie berechenbaren finanziellen Größen in ihre Verantwortung übernehmen und heraus-optieren, so dass ihr die Bundesagentur nicht den Geldhahn zudrehen kann.

Es gibt also eine Möglichkeit, dies auf kommunaler Ebene zu belassen und zu finanzieren. Dann muss es eine Chance geben, in die Bundesagentur für Arbeit hineinzuoptieren. Da ja immer behauptet wird, 80 % der Kommunen wollten es vielleicht nicht, werden vielleicht 80 % dort hineinoptieren. Wahrscheinlich werden es die Kommunen in den neuen Ländern relativ häufig tun, da bei ihnen zwei Drittel des Problems auf der Seite der Bundesagentur liegen, während es in den alten Ländern eher nur ein Drittel ist. Das kann man ihnen vernünftigerweise anbieten, und zwar nicht nur für eine Übergangszeit, sondern auch für längere Zeit. Das wäre eine Chance, aus der kommunalen Lösung hineinzuoptieren. Die andere Möglichkeit, die sich aus dem Recht der Kommunen ergibt, wäre, aus einer Bundeslösung herauszuoptieren. Ich weise nur darauf hin, dass in beiden Fällen - das ist aus unserer Sicht unverrückbar -

die Kommune, die regionale Struktur, entscheiden können muss, ob sie diese Aufgabe selbst übernehmen oder abgeben will.

Ihre Alternative ist, dass Sie mit einem Gesetz entscheiden, es werde allen Kommunen abgenommen. An dieser Stelle müssen Sie sagen, ob Sie das kommunale Recht respektieren oder ob Sie sagen, es sei ja gerade der Sinn des Paradigmenwechsels, dass es dieses Recht nicht mehr gibt. Wenn Sie dies sagen, dann lohnt keine Detaildiskussion. Wenn Sie das kommunale Recht respektieren, dann lohnt eine intensive Detaildiskussion. Allerdings sage ich in aller Freundschaft, dass wir dafür schon viel Zeit verloren haben. Es wird ganz schwer, dies in zwei Tagen zu machen. Aber Modelle und Entwürfe liegen auf dem Tisch. Sie alle kennen den hessischen Entwurf, der versandt worden ist; es gibt einen niedersächsischen Entwurf, der sehr viel mehr Modelle enthält. Aber sie stehen alle unter derselben Fragestellung: Gibt es eine Chance, dass die Kommune die Verantwortung dafür tragen kann, wenn sie es will? Das jedoch schließen Sie bei allen Angeboten, die Sie bisher gemacht haben, definitiv aus.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Zu Beginn hatten wir vergessen, die Anwesenheit festzustellen. Jetzt habe ich eine lange Liste mit Wortmeldungen. Können wir die Debatte kurz unterbrechen, damit das Büro seinen Geschäftsordnungspflichten nachkommen kann? Ich habe zu schnell angefangen.

(Feststellung der Anwesenheit)

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich weise noch auf einen zweiten Sachverhalt hin, der für diese Diskussion von Relevanz ist. Mir sagen meine Mitarbeiter, dass der neue Finanzierungsvorschlag, den der Bund vorgelegt hat - Mehrwertsteuerpunkte und dann Umverteilung mit Sonderzuweisung nach Osten -, nicht vorgerechnet werden kann, weil das Zahlengerüst nicht offen gelegt werden kann. Ich sehe allerdings kaum eine Möglichkeit, dort weiterzukommen, ohne dass dies jetzt nachgeliefert würde; denn wir haben verabredet, dass wir über die Sachverhalte und Zahlen auf der Beamtenebene Klarheit herzustellen versuchen. Mir wird gesagt, diese Klarheit sei mangels Transparenz nicht herstellbar. Da geht es um die Frage, wie hoch die Aufwendungen für Sozialhilfe, für Wohnung usw. sind. Es gibt erhebliche Differenzen von bis zu einem Drittel zu den Zahlen, die wir in unserem Land erhoben haben. Hier kann es sich also nicht mehr um Rundungen handeln.

Abg. Krista Sager: Dass die Zahlenbasis geklärt werden muss, ist klar. Aber es hat keinen Sinn, immer wieder zu verlangen, wir müssten die Zahlenbasis klären, wenn wir keine Einigung darüber herstellen können, ob es prinzipiell die Bereitschaft gibt, sich auf das von uns vorgelegte Modell einzulassen. Wenn man grundsätzlich erklärt, man mache beim Modell immer wieder einen Schritt rückwärts, nützt es uns nichts, wenn zwischendurch immer wieder nach den Zahlen gefragt wird.

Herr Koch, ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich Ihre Zielvorstellung von dieser Veranstaltung bald nicht mehr verstehe. Inzwischen gibt es doch eine große Bewegung der A-Seite im Hinblick auf das Modell, und zwar eine Bewegung, von der Sie selbst wissen, dass sie im Prinzip von den unionsregierten Kommunen akzeptiert wird: Man geht von einem reinen BA-Modell weg, bei dem die Bundesagentur den alleinigen Zugriff auf die Jobcenter hat. Im gesamten Vorfeld war immer klar, dass die Kommunen eine Arbeitsgemeinschaft wollen. Diese Arbeitsgemeinschaft ist jetzt längst angeboten. Damit sind auch die Kommunen einverstanden, die sich selbst eine stärkere Rolle vorstellen können. Das eröffnet den Kommunen natürlich auch die Möglichkeit, an die Entlastung heranzukommen, die sich aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ergibt.

Hier frage ich mich, was Sie diesen Kommunen erzählen wollen, wenn Sie nach Hause kommen. Sie haben im Bereich der Entlastung der Kommunen selber nicht allzu viel anzubieten.

(Abg. Volker Kauder: Doch!)

Sie haben Ihre Senkung der Gewerbesteuerumlage; diese ist auch in unserem Modell enthalten. Das wäre also weniger, als wir anbieten. Sie wissen ganz genau, dass die unionsregierten Kommunen eigentlich die Gemeindewirtschaftssteuer wollen. Sie wollen sie nun "ums Verrecken" nicht. Das heißt, Sie haben auf dieser Seite der Entlastung der Kommunen viel weniger als wir anzubieten. Jetzt haben wir eine Chance, die Kommunen wenigstens beim Thema Hartz IV zu entlasten; hierfür gibt es jetzt ein Kompromissmodell. Nun aber beharren Sie auf der Maximalposition, die Kommunen sollten entscheiden, und wollen nach Hause gehen und den Kommunen sagen, am Ende hätten Sie auch an dieser Stelle dankend verzichtet. Sie können den Kommunen doch nicht sagen, bei der Gemeindefinanzreform hätten Sie nur eine Mininummer gewollt und bei Hartz IV hätten Sie eine Maximalposition bezogen und deswegen nichts erreicht. Ich glaube, dass dies für Sie kein guter Weg ist.

(Abg. Volker Kauder: Das dürfen Sie uns überlassen!)

Abg. Ludwig Stiegler: Aus der Vergangenheit kenne ich keine Feststellung der Kommunen, sie seien für die Langzeitarbeitslosen zuständig. Die Klage war vielmehr umgekehrt an Bund und Länder gerichtet, sie hätten die Kommunen mit den Langzeitarbeitslosen im Stich gelassen. So war die normale Kommunikation. Im Grunde hat nur eine Hand voll Kommunen ernsthaft - auch mit Hilfe der Modellprogramme der Bundesanstalt - gesagt, wenn ihnen schon niemand die Langzeitarbeitslosen abnehme, dann kümmerten sie sich um sie. Aber in Wahrheit hat sich die überwiegende Mehrheit der Kommunen nicht dafür verantwortlich gefühlt. Ich weiß, wie groß die Erleichterung auf allen Seiten war, als der Bund erklärt hatte, er übernehme die Verantwortung für die Langzeitarbeitslosen. Das wurde von Ihnen, von unserer Seite und auch von der Masse der Kommunen begrüßt. Deshalb stellt die Regelung, die wir vorschlagen, keineswegs eine Usurpation dar. Wer greift schon gern nach einer solchen Angelegenheit? Der Bund hat aber die Verantwortung; auch Herr Koch wird nicht müde zu erklären, der Bund bestimme die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Finanzen. Daher muss sich der Bund dann auch zentral um die Nebenfolgen in diesem Bereich kümmern.

Die nächste Frage lautet, wie eine lokale Mitwirkungsbereitschaft sichergestellt werden könne, wenn der Bund für alle arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zuständig ist. Eben sind zwei Interessen zusammengekommen: Zum einen ist beklagt worden, dass keine Mehrwertsteuerpunkte verteilt würden, um das Finanzgleichgewicht wiederherzustellen, und zum anderen will man ein materielles Interesse der Kommunen an der Mitwirkung an der aktiven Arbeitsmarktpolitik installieren. Das ist Ihr Programm. Nun sind wir Ihnen weit entgegengekommen, indem wir bei den Jobcentern beide Seiten praktisch auf gleiche Augenhöhe stellen. Deshalb überrascht es mich, dass Sie nach dieser Vorgeschichte in die andere Richtung gehen wollen. Wir sehen wegen der bundespolitischen Verantwortung für die gesamte Aufgabe keine Möglichkeit, sie auf die Kommunen zu übertragen. Nebenbei gesagt, auch aus Gründen der finanziellen Steuerungsfähigkeit nicht: Wenn der eine zahlt und der andere administriert, ist das immer auch mit "moral hazard" verbunden. Erwin Huber würde, wenn er an dieser Seite des Tisches säße, nie und nimmer akzeptieren, dass der eine zahlt und der andere anschafft. Diese Arbeitsteilung ist Erwin Huber fremd; den meisten von Ihnen sicherlich auch.

(Abg. Volker Kauder: Aber Erwin! - StM Erwin Huber (BY): Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Darum sollten wir hier nicht allzu viel Zeit verlieren und Klarheit darüber schaffen, ob wir die Sache mit der Folge explodierender Kosten liegen lassen wollen, was uns wieder den Vorwurf der Handlungsunfähigkeit einbrächte, oder ob Sie auf

unser Modell eingehen wollen. Herr Koch hat ja am Ende seiner Ausführungen ein paar kleine Fenster aufgestoßen, indem er die Stichworte "Opting-out" und "Experimentierklausel" angesprochen hat.

(Abg. Volker Kauder: Nein, keine Experimentierklausel!)

Das müssen wir auf unserer Seite noch einmal intern besprechen, weil wir die Sorge haben, dass eine schwierige Situation insofern entsteht, als in der Arbeitsgemeinschaft Jobcenter die beteiligten Kreise heute schon alles miteinander machen können und die Dinge im Rahmen der vorgesehenen Struktur der Arbeitsteilung zwischen Kommunen und Bundesanstalt lustig hin und her geschoben werden können, wenn die Finanzfragen geklärt sind. Wir haben also schon ein solches Opting-out, wenn es die beteiligten Kreise wollen.

Aber es wird nie dahin kommen können - das würden auch Sie nicht machen -, dass die Jobcenter Budgets aufstellen und der Bundesfinanzminister sie einfach zu dotieren hat. Das Ganze kann nur nach der Top-down-Methode funktionieren. Wir haben ein Finanzangebot für die aktive Arbeitsmarktpolitik gemacht; bei den entsprechenden Schwerpunkten sind wir so weit gegangen, dass die Verwendung nach den lokalen Prioritäten erfolgt. Herr Koch, von einer Zentralisierung der neuen BA kann keine Rede sein; sie ist in Wirklichkeit eine dezentrale Veranstaltung mit einem Holdingvorstand. Ich frage mich gelegentlich, welchen Einfluss der Bundestag, der das Geld aufzubringen und seine Haushaltsprioritäten zu sortieren hat, überhaupt noch hat. Es gibt hier nämlich Akteure, die nach ihren Prioritäten entscheiden können, während die Akteure auf Bundesebene - ganz gleich, ob Sie oder wir im Bund regieren - den Hintern verhauen bekommen, wenn etwas nicht klappt. Hier muss die Verantwortung in einer Hand bleiben. Sie machten es in den Ländern auch nicht so; regierten Sie im Bund, machten Sie es ebenfalls nicht so. Warum quälen wir uns hier also mit einer Vorstellung, die nicht weiterführt? Ich wäre dankbar, wenn von Ihnen ein klares Wort käme, dass Sie der vorgeschlagenen Struktur folgen. Anschließend werden wir in einer Auszeit darüber reden, wie weit wir hinsichtlich einer Experimentierklausel oder eines Opting-out-Modells auf Sie zugehen können.

Zu den von Herrn Milbradt angesprochenen Finanzen: In der Tat geht es um zukünftige Zahlen; daher müssen sich Berufspessimisten und Berufsoptimisten irgendwie vertragen. Ich gehe davon aus, dass wir einen Weg finden werden, um eine gemeinsame Zahlenbasis zu verabreden. Niemand kann von sich sagen, er sei der liebe Gott und wisse es genau. Man könnte sich also auf bestimmte Zahlen verständigen, die den von Herrn Milbradt geäußerten Bedenken Rechnung tragen, so dass sich das Zahlentableau und damit auch die befürchteten Ansprüche an die Länder verändern

könnten. Aber darüber lässt sich sinnvollerweise erst reden, wenn von Ihrer Seite eine Aussage hinsichtlich der grundsätzlichen Weichenstellung gemacht worden ist. Danach werden wir die Verzweigungen sicherlich mit Ihnen zusammen hinbekommen. Machen Sie eine solche Aussage nicht, werden wir das Vorhaben gegen die Wand fahren, was zu einer quälenden Geschichte würde, weil "die Katze auf die alten Füße springt", das heißt, die Kommunen auf ihren Problemen sitzen blieben und die von uns allen gewollte Dynamik des Arbeitsmarkts nicht käme.

Abg. Ortwin Runde: Wenn ich mir Hartz IV ansehe, frage ich nach dem Paradigmenwechsel. Ich sehe ihn ganz eindeutig an dem Punkt, Herr Koch, dass erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger, für die früher nicht das Instrumentarium der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung stand, von den Hilfen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt erfasst werden. Dieser Paradigmenwechsel hat stattgefunden, weil dies als absolut unbefriedigend angesehen wurde. In einigen Kommunen - es sind nicht sonderlich viele - hat es Versuche gegeben, diese unterschiedlichen Lebenschancen von Arbeitslosen anzugleichen. Grundlage waren immer Kooperationen und Verabredungen zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und den Kommunen, die für ihre Sozialhilfeempfänger mit den begrenzten Möglichkeiten des Instrumentariums "Hilfe zur Arbeit" tätig wurden. Diese Zielsetzung sollten wir weiter im Auge haben. Das jetzt erreichte kooperative Verfahren zwischen der kommunalen Ebene, die ihre Fähigkeiten einbringt, und der Bundesanstalt für Arbeit, die dann die Eingliederungsmechanismen und -instrumente anwendet, ist nach meinem Dafürhalten der richtige Ansatz. Das ist in der Tat ein Paradigmenwechsel.

Zum Zweiten geht es um die Verbindung dieser Thematik mit der Gemeindefinanzreform. Hier sind die Kommunen auf Grund von Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur ungleich mit Kosten der Eingliederung von Arbeitslosen und Sozialhilfekosten belastet. Diese Ungleichheit soll mit Mitteln in der Größenordnung von 2,5 Milliarden Euro behoben werden. Da ist es sicherlich wegen der unterschiedlichen Betroffenheit notwendig, Finanzierungsinstrumente so anzupassen, dass man diese Zielsetzung auch erreicht. Ich glaube, dass sich der Städtetag zu Recht dagegen wehrt, auf Dauer mit der Problematik der Bewältigung der Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit belastet zu werden. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist ja sehr unterschiedlich verteilt; enorm hohe Zahlen gibt es nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern auch in bestimmten Ballungszentren der alten Bundesländer. Diese Kommunen sind auf Dauer erheblich belastet. Dass sie Zweifel daran haben, ob eine Finanzierungsregelung, die heute gefunden wird, angesichts der Risiken in diesem Bereich bis in alle Zukunft hinein trägt, kann man sich sehr wohl vorstellen. Dass sie sich deswegen mit

Händen und Füßen dagegen wehren, dass diese Aufgabe auf die kommunale Ebene verlagert und bei ihr konzentriert wird - dies wäre eigentlich ein richtiger Paradigmenwechsel -, dafür habe ich sehr großes Verständnis.

Neben dem Konnexitätsprinzip gibt es natürlich - darauf hat Herr Stiegler hingewiesen - die sinnvolle Verbindung von Aufgabenwahrnehmung und Ressourcenverantwortung. Beides so zu regeln, dass es völlig auseinander driftet - der eine nimmt die Aufgabe beliebig wahr, der andere zahlt -, das hat im Leben bisher nur selten funktioniert; im Gegenteil, es hat manchen Haushalt ruiniert.

(MP Roland Koch (HE): Das war nie der Vorschlag!)

Ich halte es insofern für zwangsläufig, beides zusammenzuführen. Das, was jetzt mit der Einbindung der Interessen beider Seiten, sowohl der Bundesanstalt als auch der Kommunen, im Hinblick auf die Kosten für Unterkunft und Heizung erreicht worden ist, ist eigentlich ein ganz vernünftiger Ansatz, um auch diesem Prinzip gerecht zu werden. Hier muss man sich in der Tat entscheiden; denn es gibt zwei grundsätzlich unterschiedliche Ansätze: Sie wollen das Ganze mit all den Folgewirkungen, die dies für Kommunen in strukturschwachen Gebieten und für Ballungsgebiete hat, auf die kommunale Ebene verlagern. Das beinhaltet unüberschaubare Risiken. Dass Ihnen dabei auch im eigenen Lager viele nicht zu folgen bereit sind, kann ich durchaus nachempfinden.

S Dr. Thilo Sarrazin (BE): Dieses Thema hat für einzelne Länder und Gemeinden eine ganz unterschiedliche Bedeutung. Darum können Sie auch relativ einfach darüber sprechen, Herr Koch. Ich habe mir gerade einmal Ihre Zahlen angeschaut. Sie haben bei der Bundesanstalt für Arbeit einschließlich des künftigen Alg II 90 000 Empfänger; in allen hessischen Gemeinden sind es gegenwärtig 50 000. Das sind ganz andere Relationen als in anderen Ländern. Zum Beispiel hat Sachsen in seinem eigenen Bereich 47 000 in der Sozialhilfe, und die sächsischen Gemeinden müssten aus dem Bereich der Bundesanstalt für Arbeit für 142 000 weitere die Verantwortung übernehmen. Angesichts dessen frage ich einmal Herrn Ministerpräsidenten Milbradt, ob er auch aus seiner ehemaligen Verantwortung als Finanzminister des Landes Sachsen dies wirklich wollen kann.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Gegen Geld sofort!)

- Auf diese Antwort habe ich gewartet, Herr Milbradt. Das sage ich auch immer. Wenn mir jemand etwas bezahlt, mache ich alles.

(Abg. Eckart von Klaeden: Das hat er wiederum nicht gesagt! - Heiterkeit)

Allerdings geht man hier doch ein gewaltiges Risiko ein; denn Sie dürfen die Verwaltungskosten, die Personalkosten nicht vergessen. Außerdem würden Sie über diese Mittel uneingeschränkt verfügen wollen. Das heißt, das Geschäft ist entweder für

Sie oder für den Bund von seinen Risiken her völlig unabsehbar, weil Gelder weggegeben werden müssen, ohne deren Verausgabung letztlich beherrschen zu können.

Herr Koch, ein zweiter Punkt kommt hinzu, weshalb ich glaube, dass im Augenblick noch nicht alles auf dem Tisch liegt. Die objektiven Interessen aller Länder und Gemeinden, für die derzeit das Hauptgewicht der Last noch bei der Bundesanstalt für Arbeit angesiedelt ist, sind andere, als es Ihrem Modell entspricht. Das muss hier auch einmal klar gesagt werden. Das Modell von Wisconsin ist ja ganz wunderbar. Dass aber alle übrigen Rahmenbedingungen ganz unterschiedlich sind, dass man in den USA völlig ungleichartige Lebensverhältnisse hat, dass man die Sozialhilfe lokal festlegt, dass man dort wesentlich besser arbeiten kann, wenn man im Ernstfall keine Sozialhilfe mehr bekommt, das ist doch ganz klar. Hier würden doch Dinge bei uns implantiert, die in einem anderen Ordnungsrahmen passen mögen. Solange wir aber nicht unseren gesamten Ordnungsrahmen ändern, worüber man reden könnte, was jetzt jedoch nicht auf der Tagesordnung steht, kann man auch nicht Einzelelemente herausnehmen; dies würde nicht funktionieren.

Als Kämmerer der größten und ärmsten deutschen Stadt zeige Ihnen das am Beispiel von Berlin: Wir zahlen unmittelbar in der Sozialhilfe für 120 000 Bedarfsgemeinschaften Hilfe zum Lebensunterhalt. Wir sind im Augenblick nicht in der Lage, auch nur für 5 000 von diesen 120 000 irgendetwas auf der Ebene der kommunalen Arbeitsvermittlung anzubieten, weil dies bei 18 % Arbeitslosigkeit gar nicht möglich ist. Wir hätten auch nicht die Apparate, um diese Menschen auf irgendeine Weise zu betreuen. Würde ich Ihnen hierzu Details erzählen, oh Gott, oh Gott! Das tue ich besser nicht. Ihr Modell, Herr Koch, bedeutet, dass wir zusätzlich die Verantwortung für 91 000 im Bereich der alten Bundesanstalt für Arbeit übernehmen müssten. Das ist völlig unmöglich, geradezu abstrus.

(MP Roland Koch (HE): Und umgekehrt?)

- Gut, man kann sagen, die anderen können es auch nicht. Über dieses Thema könnte man lange reden.

Drittens brauchen wir eine vernünftige Arbeitsteilung. Auf der einen Seite gibt es Regionen, in denen noch ein Arbeitsmarkt vorhanden ist, so dass man sich bemühen muss, auch überregional etwas zu tun, worauf ein Land oder eine Gemeinde heute überhaupt keinen Zugriff hat. Auf der anderen Seite gilt - egal, wie man es zuordnet -, um bei der Sozialhilfe im engeren Sinne Missbrauch zu verhindern, dass Zuständigkeit und Zahlungspflicht Hand in Hand gehen. Weshalb gibt es denn in diesem Organ häufig so abstruse Verhandlungen? Weil auf ganz vielen Gebieten Zuständigkeiten

und Zahlungspflichten auseinander fallen. Das macht unser System unbeweglich und fast handlungsunfähig. Wir haben hier die einmalige Chance, es an einem Punkt etwas anders aufzubauen und die Zuständigkeit sowie die Zahlungspflicht für Arbeitslose in eine Hand zu legen. Das wäre schon einmal ein inhaltlicher Fortschritt. Damit nicht der umgekehrte Fall eintritt und die Gemeinden dies missbrauchen, ist durch die materielle Beteiligung an den Kosten des Wohnens Rechnung getragen.

Viertens. Sie können doch nicht im Ernst erwarten, dass sich unsere Seite in irgendeiner Weise dazu äußert, ob bei unserem Modell noch materielle Nachbesserungen möglich sind, ehe Sie nicht zumindest andeuten, dass man auf der Basis dieses Modells prinzipiell verhandeln kann. - Danke.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Im Hinblick auf den Kollegen Steinbrück, der den Städtetag zitiert hat, zitiere ich kurz aus der "Neuen Osnabrücker Zeitung" - diese Zeitung ist zitierfähig; sie ist eine der besten in Deutschland, wenn ich das bemerken darf, auch wenn der Ministerpräsident Niedersachsens gerade nicht anwesend ist -, in der Professor Henneke sagt: "Plattes Land ist der Verlierer. Landkreistag lehnt Konzepte der Bundesregierung zu Arbeitslosengeld II ab." - Ich zitiere das nur, um einmal jemanden außerhalb dieses Raumes zu bemühen.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Die sitzen doch vorne!)

- Herzlichen Dank, dass ich weiterreden darf. - Das habe ich auch nur deshalb vorgetragen, Herr Steinbrück, weil Sie die andere Position vertreten haben. Uns wechselseitig die jeweilige Position vorzuhalten, ist zwar rhetorisch interessant, bringt uns aber in der Sache leider nicht allzu viel weiter.

Es ist bedauerlich, dass wir bisher nicht weitergekommen sind; denn es besteht parteienübergreifend Einigkeit, dass wir Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammenlegen wollen. Nur beim Wie scheiden sich die Wege. Beim Wie gibt es unterschiedliche Interessen der Stadtstaaten und der Flächenstaaten, der Ostländer und der Westländer. Diese Gemengelage dadurch auflösen zu wollen, dass man sagt, die alleinige Zuständigkeit werde der Bundesanstalt für Arbeit übertragen und unterhalb dieser Ebene gebe es allenfalls Modifikationen, ist nicht zielführend; es kann auch niemandem zugemutet werden, einen solchen Weg zu gehen. Wenn aus dem Vermittlungsausschuss an dieser Stelle wieder eine neue, nicht funktionierende "Dosenmaut" herauskäme, wäre dies keine Lösung der Probleme.

Es stellt sich also die Frage, ob man hier tatsächlich weiterkommt, Herr Scherf. Ich habe ja nichts gegen Arbeitsgruppen. Aber Arbeitsgruppen müssen die Möglich-

keit haben, etwas Neues zu erarbeiten, das die Probleme löst. Dazu fehlen mir hier allerdings - ich bitte um Nachsicht - die Lösungsvorschläge, die beim derzeitigen Stand des Verfahrens die unterschiedlichen Interessen so zusammenbinden, dass wir zu einem vernünftigen Ergebnis kommen können. Ich bedauere dies außerordentlich; denn das Ziel ist seit langem bekannt. Da von der einen Seite das Ziel so dargestellt wird, dass eine Ablehnung im Grunde genommen fast sicher ist, obwohl viele Modelle eingebracht wurden - auch das des Kollegen Koch -, die aus meiner Sicht eher geeignet wären, aber von anderen wieder abgelehnt werden, stellt sich, abgesehen von der Finanzierung, die Frage, welche Organisationsform eine breite Zustimmung ermöglichte. Mit Verlaub - es tut mir Leid -, diese Organisationsform kann ich im Moment nicht erkennen. Daher bin ich zum derzeitigen Zeitpunkt auch skeptisch, ob eine Arbeitsgruppe sie hervorbringen kann. Es wäre schön, wenn wir weiterkämen; aber wir können derzeit die Angelegenheit leider nur weiter im Spiel halten, ohne wirklich voranzukommen.

Abg. Wolfgang Meckelburg: Ich sehe es ähnlich und will auch von dem, was schon gesagt worden ist, nicht viel wiederholen. Wenn man einmal Bilanz zieht, kommt man zu dem Ergebnis, dass wir in der Arbeitsgruppe wie auch hier an drei, vier Stellen nicht weitergekommen sind.

Das Finanzierungstableau im Zusammenhang mit Hartz IV ist, wie ich gehört habe, in der Unterarbeitsgruppe verloren gegangen, weil es auf Länderseite zu einer 16:0-Niederlage geführt hätte. Das neue Finanzierungstableau - ich greife das schöne Bild auf, das eben gebraucht wurde - ist wie ein Gemischtwarenladen; es ist nicht nachvollziehbar, wie es längerfristig halten soll. Aus meiner Sicht hat Hartz IV keine Finanzierungsgrundlage.

Bei der Trägerschaft müssen wir den Mut haben, neue Wege zu gehen und die Trägerschaft eindeutig in Richtung Kommunen zu geben, möglicherweise mit der von Herrn Koch vorgeschlagenen Option, sie entscheiden zu lassen. Dann sieht man, was aus den Denkmodellen wird, die hier neu erfunden worden sind. Jetzt lassen wir alles bei der Bundesanstalt für Arbeit; dann können wir auch alles andere so lassen, wie es ist. Wir sind zu der Erkenntnis gekommen, dass die Bundesanstalt für Arbeit, die bisher die Langzeitarbeitslosen und Bezieher von Arbeitslosenhilfe betreut, auf diesem Gebiet nichts bewirken kann. Wenn man ihr nun noch eine Aufgabe überträgt, kann ich mir nicht vorstellen, dass es besser würde; Herr Sarrazin hat gerade zugegeben, dass es bei der Bundesanstalt auch nicht gut läuft.

Zur Konnexität: Die Empfänger von Arbeitslosenhilfe sollen als Empfänger von Arbeitslosengeld II an die Kommunen gegeben werden. Konnexität verstehe ich hier so, dass dann auch Geld an die Kommunen gegeben werden muss. Die Kommunen haben mehr Möglichkeiten, auf diesem Gebiet zu Regelungen zu kommen. Ich erinnere an das Kölner Modell, das Sie auch kennen müssten, Herr Steinbrück. Würde realisiert, was Sie vorhaben, könnte dieses Modell nicht mehr funktionieren. Derzeit funktioniert es jedoch gut, wie wir in der Anhörung des Bundestages gehört haben.

Ich halte nicht viel von Experimentierklauseln. Im Bereich von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gibt es seit Jahren das so schön benannte "MoZArT"-Programm. Damit haben wir genügend Erfahrungen gesammelt. Im Herzen bin ich, obwohl ich Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit bin, nach wie vor Sozialpolitiker. Parallel zu der neuen Eingliederung der Arbeitslosenhilfebezieher in den Kreis der Bezieher von Arbeitslosengeld II nehmen wir eine drastische Kürzung vor. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir es vor uns selber verantworten können, dass wir diese Kürzungen in großem Umfang vornehmen, wenn wir nicht zugleich ein neues Instrument erfinden und einbauen, das den Menschen, die wir in Arbeit bringen wollen, auch neue Chancen gibt.

Damit bin ich beim Thema "Niedriglohn". Ich halte es für dringend erforderlich, dies zu koppeln. Wenn man Arbeitslosengeld II in Richtung Sozialhilfe führt, muss man ein neues Modell haben, eine neue Aufwuchsbereitschaft für Stellen, an denen Arbeit entsteht. Dann sind Sie beim Niedriglohnbereich. Ich bin seit langen Jahren auf diesem Gebiet tätig, zunächst in der Kommune, jetzt beim Bund. Ich habe es mir abgeschminkt, dass man einen Großteil dieser Menschen zu normalen Konditionen mit Qualifizierung usw. weiterbringt. Wir müssen eine Lösung finden, wie wir sie unter Bedingungen in Arbeit bringen, die für die Unternehmen im Hinblick auf die Kosten tragfähig sind und einen Zuschuss der öffentlichen Hand beinhalten. Das wäre für alle Beteiligten befriedigender. Da dieser Bereich hier völlig fehlt, scheint mir für heute das Ende der Fahnenstange erreicht zu sein.

Abg. Klaus Brandner: Wir sind in der Tat weitergekommen. Am Anfang standen zwei Modelle einander gegenüber, das EGG und unser Hartz IV-Entwurf. Herr Koch sagte damals, er erwarte eine entscheidende Mitwirkung. Heute geht er dahinter zurück und erklärt, es sei unverrückbar, dass die Kommunen das Sagen haben sollten, sofern sie es wollten. Wir haben uns in diesem Prozess wirklich aufeinander zu bewegt, solange sicher war, dass Doppelstrukturen bei Schnittstellen sowie Verschiebebahnhöfe ausgeschaltet bzw. minimiert werden sollen. Von diesem Effizienz-

gewinn sollten beide Seiten materiell profitieren, der Bund ebenso wie die Kommunen und dadurch letztlich auch die Länder.

In diesem Zusammenhang muss man die Mengengerüste vor Augen haben. Die überwiegende Zahl der Langzeitarbeitslosen wird heute von der BA und nicht von den Kommunen betreut. Dass dies regional unterschiedlich ist, ist richtig. Aber die Sondersituation der neuen Länder stellt sich ohne Frage so dar, wie Kollege Sarrazin sie geschildert hat. Welche Verwerfungen es im administrativen Bereich bedeutete, wenn den Kommunen die Aufgabe der Betreuung einer nicht unbedeutenden Zahl von Arbeitslosenhilfeempfängern zugeordnet würde, kann man sich sicherlich ausmalen.

Im Kern geht es um die Frage, wie wir zusammenkommen. Die Trägerschaft muss letztlich klar sein; die Administration kann gemeinsam wahrgenommen werden. Genau das ist uns angeboten worden. Die Kommunen bekommen auf gesetzlicher Basis die Aufgaben übertragen, die sie zu übernehmen bereit sind. Die Administration als gemeinsame Aufgabenwahrnehmung ist genau das Element, mit der die kommunale Selbstverwaltung leben kann. Insofern sind wir weitergekommen, sofern wir wirklich zu einem Ergebnis kommen wollen. Das wollte ich hier noch einmal ganz deutlich darstellen; denn angesichts der Aussagen der vergangenen Monate und auch der letzten Wochen wundert mich die heutige Debatte ein bisschen. Denken Sie nur daran, in welche Richtung die Äußerungen von Ministerpräsident Böhmer oder Ministerpräsident Althaus gingen. Da ich an der Sache interessiert bin, erinnere ich an die mehrfach gemachten öffentlichen Aussagen, man könne sich nicht vorstellen, dass in diesem Gesetzgebungsverfahren eine Kommunalisierung der Arbeitslosigkeit vorgenommen werde, weshalb eine kommunale Trägerschaft als Basis nicht denkbar sei. Mich interessiert wirklich, wie Sie zwischenzeitlich zu anderen Erkenntnissen gekommen sind.

Wir haben uns auch in der politischen Debatte aufeinander zubewegt und deutlich gemacht, uns komme es auf eine ehrliche Kooperation an. Die Kommunen sollen nicht am Katzentisch sitzen, sondern in der Administration der Leistungen an entscheidender Stelle mitwirken und auf gesetzlicher Grundlage Aufgaben wahrnehmen können. Da wir uns, wie gesagt, sehr aufeinander zubewegt haben, wundert es mich, dass heute Morgen plötzlich dargestellt wird, erst sei ein Prinzip zu klären. Wir haben in einem politischen Prozess versucht, zu einem Ergebnis zu gelangen. Der Sinneswandel, der sich heute Morgen abzeichnet, erscheint mir zumindest auf diesem Gebiet nicht nachvollziehbar zu sein. Deshalb wäre es sehr interessant, gerade von den Ministerpräsidenten, die ich angesprochen habe, einmal zu hören, worin der Sinneswandel konkret begründet ist.

Abg. Ludwig Stiegler: Angesichts dessen, was gesagt wurde - Herr Koch redete von Fenstern, die geöffnet werden müssten, Herr Kollege Meckelburg sagte, heute gehe es nicht -, deute ich diese Sitzung als Preiserhöhungsveranstaltung, weil ich einfach nicht glauben kann, dass Sie die Sache an die Wand fahren wollen.

(MP Roland Koch (HE): Angebot und Nachfrage regulieren den Preis!)

- Das ist ja okay; ich gehe ganz geschäftsmäßig an die Sache heran. Sie müssen keine Sorge haben: Ich bin ein alter Advocatus; mir graust vor nichts.

(MP Roland Koch (HE): Das war das Einzige, was wir von Ihnen wussten! - Heiterkeit

- Herr Koch, das ist eine unserer größten Gemeinsamkeiten.

Wenn es Sinn haben soll, dass wir weiterarbeiten, dann stellt sich für mich die Frage, ob - unter welcher Form einer zusätzlichen kommunalen Beteiligung auch immer, egal, ob Experimentierklausel oder Opting-Modell, und unter der Voraussetzung der Milbradt'schen Hinweise - eine Verständigungsmöglichkeit auf das Grundmodell gegeben ist. Die Alternative wäre, dass wir uns die Arbeit sparen; wir haben ja alle noch genug andere. Sie sollten dabei auch berücksichtigen, dass alle Vereinbarungen unter einem Einigungsvorbehalt stehen. Manche von Ihnen feiern draußen die Handwerksordnung schon als einen großen Erfolg. Ich weiß nicht, wie sich der Appetit auf die Handwerksordnung hier entwickelte, wenn wir an diesem Punkt oder an anderen Punkten scheiterten. Auch Sie haben in diesem Bereich Wünsche. Jeder mag unterschiedliche Wünsche haben, aber ein paar Briefe nach Himmelstadt haben Sie im Laufe unserer Verhandlungen auch geschrieben.

(Abg. Werner Kuhn (Zingst): Himmelpfort heißt das bei uns!)

- Himmelpfort, meinetwegen. Ich habe einmal eine Sendung gehört, in der es Himmelstadt hieß. Vielleicht gibt es zwei solcher Orte.

Wir sollten hier also einfach einmal Tacheles reden. Wir sind erwachsen genug, um uns nicht unnötig mit Grundsatzreden zu quälen. Was ist der Preis? Nur dann können wir prüfen, ob wir den Preis zahlen können und bereit sind, ihn zu zahlen. Das sind ja zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Ansonsten sollten wir uns nicht die Zeit nehmen, so schön es ist, hier immer wieder homerische Reden zu hören.

Abg. Volker Kauder: Es ist durchaus richtig, Herr Brandner, dass wir uns in einigen Bereichen aufeinander zubewegt haben. Wir haben uns von unterschiedlichen Ausgangspositionen in der Frage aufeinander zubewegt, was von den Kommunen und

der Bundesanstalt jeweils geleistet werden kann. Sie haben erkannt, dass die Bundesanstalt allein die Angelegenheit nicht bewältigen kann; dem haben wir zugestimmt. Aber die Grundsatzfrage, wie viel von der Bundesanstalt und wie viel von den Kommunen geleistet werden soll, haben wir immer etwas umgangen. Hier rudern wir überhaupt nicht zurück, sondern von uns ist in allen öffentlichen Erklärungen und auch hier in diesem Saal immer gesagt worden, dass wir auf Grund der Erfahrungen, die wir im kommunalen Bereich gemacht haben, der Überzeugung sind, dass die Kommune die Entscheidung treffen und die Strategie bestimmen muss, wie es vor Ort bei diesem Thema vorangeht, und dass wir Mischlösungen und Mischverantwortungen ablehnen. Ich halte nichts von einer Gesellschaft, an der beide gleichberechtigt beteiligt sind. Es führt nicht weiter; das alles habe ich schon probiert. Einer muss entscheiden, was nachher passiert. Das ist unsere Position. Wir müssen darüber reden, ob es diesbezüglich Bewegung gibt. Wir wollen, dass in dieser Frage die Kommunen die Trägerschaft haben.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Kauder, was führen Sie für eine Ehe?)

- Wissen Sie, wie jemand sein Privatleben organisiert, ist doch etwas anderes, als wenn man das Staatswesen organisieren muss. Vielleicht nehmen Sie das einmal zur Kenntnis.

Wenn wir hier nicht zu einer klaren Entscheidung zu Gunsten der Kommune kommen und Sie bei Ihrer Position bleiben, dann sehe ich im Augenblick keine Möglichkeit, zu einer Vereinbarung zu kommen. Im Übrigen, Frau Staatssekretärin, wenn Sie eine persönliche Situation ansprechen, dann kann ich nur sagen, dass Sie doch auch die Führerschaft für den Staat beanspruchen. Ich kenne den Satz von Herrn Schmidt "Mehrheit ist Mehrheit". Irgendwann muss in der Politik entschieden werden. Es gibt Grundsatzpositionen, die unverrückbar sind. Wir haben uns in dieser Frage aus guten Gründen für die Führung der Kommunen entschieden. Deswegen brauchen wir jetzt nicht herumzureden, ob es um 100 000 oder mehr Hilfeempfänger geht. Der entscheidende Punkt, über den wir jetzt sprechen müssen, ist, ob es an dieser Ecke Bewegung gibt. Ansonsten brauchten wir uns hier nicht die Zeit zu stehlen.

MP Christian Wulff (NI): Herr Kauder hat die gemeinsame Position der B-Länder vorgetragen. Wir haben hier über Jahre mit offenem Visier gestritten. Am vorletzten Sonntag habe ich in der Unterarbeitsgruppe "Arbeitsmarkt" gesagt, für uns sei zwingend, dass die Kommunen den Hut aufhaben. Daraufhin hat Herr Clement erwidert, wir hätten dies bereits zweimal im Bundesrat erklärt und wüssten, dass die

Bundesregierung dazu nicht bereit sei. Irgendwann muss man auch anerkennen, dass es grundlegende Unterschiede gibt. Wir haben uns in der Vergangenheit in verschiedenen Fällen bewegt; ich erinnere an den Niedriglohnsektor, die Gesundheitsreform und die Lkw-Maut, was ich heute sehr bereue, wenn ich an die inzwischen gefällten europäischen Entscheidungen denke. Nichts von dem, was uns die Bundesregierung zugesichert hat, ist eingehalten und durchgesetzt worden. Angesichts solcher Erfahrungen hier im Vermittlungsausschuss wird man darauf Wert legen, dass etwas erarbeitet wird, von dem man einigermaßen überzeugt sein kann, dass es am Ende handwerklich gut ist.

Bei Ihrem Modell der Vermischung sehen wir die organisierte Unverantwortlichkeit. Wir glauben, dass das, was Sie wollen, für unser Land nicht gut, nicht vernünftig, nicht richtig ist. Hier kann man nun sehr schnell zum Abschluss kommen: Wenn Sie es durchsetzen wollen, dann müssen Sie dies gegen unseren Widerstand tun, soweit es möglich ist. Das ist Politik; wir haben ja keine Konsensdemokratie, in der man immer zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen muss, selbst wenn es der faulste Kompromiss ist. Oder Sie öffnen sich dem Vermittlungsmodell und lassen sich auf das differenzierende Modell, das Optionsmodell, ein. Bisher waren Sie dazu nicht bereit. Die Zeit ist verdammt knapp geworden. Vielleicht sind Sie dazu noch bereit. Das müssen Sie erklären, das können wir nicht erklären. Möglicherweise fordern wir Sie immer zu etwas auf, zu dem Sie nicht bereit sind. Wir haben gesagt, wozu wir bereit sind und wozu wir nicht bereit sind. Sie sagen das auch. Ich meine, dass in Deutschland in den nächsten Jahren entschieden werden muss, wer sich mit seiner Konzeption wird durchsetzen dürfen. Ich bin von unserer Konzeption überzeugt. Sie ist am 15. Januar 2000 im Präsidium der Bundes-CDU beschlossen worden. Seit drei Jahren verfolgen wir das Ziel der Kommunalisierung der Zuständigkeit für die Arbeitsmarktpolitik, weil wir glauben, vor Ort in einer Hand gebündelte Maßnahmen bei Mitverantwortung des Bundes für die Finanzierung stellen den richtigen Weg dar. Sie halten den anderen Weg für richtig, worüber ich mich wundere, weil Florian Gerster eher auf unserer Seite als auf Ihrer Seite ist.

Auch der Landkreistag ist auf unserer Seite; er vertritt die Körperschaften, die mit zwei Dritteln der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger zu tun haben. Unser Modell ist mit dem Landkreistag abgestimmt und könnte umgesetzt werden. Man kann über Übergangsfristen und über Optionsmodelle für Ostdeutschland reden. Aber man darf niemanden vergewaltigen. Wenn jemand zum Liebesakt nicht bereit ist, dann muss man das akzeptieren. Das ist auch nicht unanständig.

(MP Peter Müller (SL): Im Gegenteil, die anständige Lösung! - Weitere Zurufe)

- In der Automobilindustrie kennt man auch die Hochzeit. Irgendwann müssen die Beteiligten aus freiem Willen ohne Weisung von oben oder unten - von niemandem abhängig - sagen, ob sie springen oder nicht. Das sollte man dann auch wechselseitig akzeptieren, damit wir uns nicht die Wege für weiter gehende Kompromisse verbauen. Dies muss uns menschlich nicht auseinander führen. Es führt uns sowieso eher zusammen, wenn man hier länger zusammensitzt.

MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Da wir angesprochen worden sind, will ich darauf auch antworten. Es war nie unser Ziel, eine bedingungslose Kommunalisierung dieses Problems zu organisieren. Das würden die neuen Bundesländer weder verkraften noch würde es ihnen helfen. Wir haben immer gesagt, dass wir eine vernünftige Zusammenarbeit brauchen, aber keine Zusammenarbeit mit einer absolut zentralistisch organisierten Anstalt, die von Nürnberg aus dirigistisch gesteuert wird und in deren Verwaltungsräten die Vertreter der Kommunen letztlich nur ihr Einverständnis erklären oder es verweigern können. Deswegen brauchen wir hier Bewegung. Diese Bewegung haben Sie auf unserer Seite gesehen. Wir sind ja schon ein ganzes Stück weitergekommen. Mittlerweile reden wir schon über denkbare Varianten von Kombinationsmodellen der Zusammenarbeit. Hierzu haben sowohl Herr Koch als auch Herr Wulff Beweglichkeit signalisiert und Angebote gemacht, die für uns akzeptabel sind.

Jetzt geht es darum, wer bei dieser Form der Zusammenarbeit letztlich den Hut aufhat. Aus unserer Sicht sollten es diejenigen sein, die die Verhältnisse vor Ort am besten kennen. Ich gebe gerne zu, dass mindestens drei Bürgermeister bei mir waren und sagten, wir sollten uns diesen Schwachsinn ja nicht aufschwatzen lassen, sie schafften es nicht. Aber genauso richtig ist, dass die Vertreter des Landkreistages bei mir waren und sagten, wir sollten davon ja nicht abweichen, weil es eine vernünftige Lösung sei.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Weil sie nichts mehr zu tun haben!)

- Das ist Ihre Sicht der Dinge; das sollten Sie besser nicht weitersagen, Herr Schmidt.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das habe ich beim Landkreistag auch gesagt! Da war er tief beeindruckt!)

Aus unserer Sicht suchen wir jetzt eine Lösung, bei der die lokale Kompetenz über die Entscheidungsbefugnis verfügt und eine Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt anstrebt, die bei der Umsetzung, technischen Durchführung usw. ihre Servicefunktion durchaus nicht verlieren soll. Aber sie soll nicht als eine fast militärisch, zentralistisch

organisierte Bundeseinheit tätig werden, sondern als eine Serviceeinrichtung, die selbstverständlich auch ein Mitspracherecht vor allen Dingen auf finanziellem Gebiet hat. Wir werden heute Nachmittag wieder in der Föderalismuskommission zusammensitzen. Der Satz, dass derjenige, der bezahlt, auch etwas zu sagen haben muss, gilt auch in diesem Zusammenhang. Das lehnen wir doch gar nicht ab. Deswegen sind wir dafür, Kombinationsmodelle für eine Zusammenarbeit zu suchen, die nicht zu einer Überforderung der anderen Seite, also der Bundesanstalt, die die Finanzierung mit sicherstellen muss, führen. Aber für uns ist wichtig - dies ist jetzt mindestens dreimal gesagt worden; ich wiederhole es nur der guten Ordnung halber -, dass die Entscheidungskompetenz vor Ort angesiedelt ist. Wenn wir das nicht hinbekommen, dann organisieren wir nur unterschiedliche Varianten einer zentralistischen Umsetzungsstrategie. Genau das wollen wir nicht.

Abg. Ludwig Stiegler: Herr Professor Böhmer, die neue Bundesanstalt ist so strukturiert, dass die wesentlichen Entscheidungen vor Ort fallen. Zwar kann und muss die Zentrale über Zielvereinbarungen Vorgaben machen; aber wenn Sie gegenüber dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit und dem Parlament für die Verwendung der Haushaltsmittel verantwortlich wären, würden Sie sich auch eine Steuerungsfähigkeit erbitten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie es zuließen, dass Ihnen jeder in die Kasse greifen kann, und zu Herrn Eichel gingen, um das Geld einzuwerben. Darin sind wir uns sicherlich einig.

(MP Roland Koch (HE): Das hat nie jemand vorgetragen! - MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Das sehen Sie richtig; das hat aber niemand von uns behauptet!)

- Ja gut, aber das ursprüngliche Modell hieß, die Bundesanstalt solle mit den Kommunen zusammenarbeiten. Das jetzige Modell ist ein Jointventure auf Fifty-fifty-Basis und verurteilt die Bundesanstalt zur Zusammenarbeit. Wir wären gern dazu bereit gewesen, wenn derjenige, der die Masse des Geldes aufzubringen und die überwiegende politischen Verantwortung zu tragen hat, einen Punkt mehr hätte. Dann sind wir auf Herrn Koch zugegangen und haben erklärt, wenn es schon nicht Mehrheits- und Minderheitsgesellschafter geben solle, so zumindest zwei Gesellschafter. Es gibt genügend GmbHs in Deutschland, die bei zwei Gesellschaftern mit gleichen Anteilen funktionieren.

(S Dr. Wolfgang Peiner (HH): Wenig erreichen!)

- Nein, das kann man weiß Gott nicht sagen. Es gibt natürlich wie immer im Leben auch Ausnahmen von der Regel.

Vor diesem Hintergrund muss, was die Gesamtverantwortung angeht, der Bund den Hut aufhaben. Sie müssen uns nun wirklich sagen - ich habe keine Lust, mich unnötig intern herumzuquälen -, ob Sie bereit sind, sich mit uns zusammen noch einmal Gedanken zu machen, wie hinsichtlich der Finanzen die Linie von Herrn Milbradt und hinsichtlich irgendwelcher Fenster für kommunale Möglichkeiten - ich formuliere es jetzt einmal hoch abstrakt - die Linie von Herrn Koch zu verfolgen sind. Wenn nicht, dann sollten Sie uns schonen und die Verantwortung für das Scheitern von Hartz IV übernehmen. Dann würden wir es der erstaunten Öffentlichkeit auch so verkünden. Ich bin von Haus aus ein fauler Hund und habe keine Lust, mich jetzt für Detailregelungen abzuquälen, wenn Sie von vornherein festgelegt sind. Hier klingt Herr Kauder viel harscher als Herr Koch. Das hat mich überrascht.

(MP Roland Koch (HE): Ich bin eben mehr kompromissorientiert als Herr Kauder! - Vereinzelt Lachen)

- Er ist aber Ihr Wilhelm Schmidt. Wenn er es viel harscher formuliert, dann muss ich es als ein Signal nehmen, dass Sie die Sache drangegeben haben. Hier bitte ich einfach noch einmal um eine Botschaft; denn es ist unmöglich, dass wir das alles am Sonntag klären. Dann kann man vielleicht innerhalb der vorgesehenen Parameter noch an Schräubchen drehen; das wird in der Finalrunde sicherlich wie immer versucht werden. Aber im Grunde müsste das Gerüst stehen und unter Vorbehalt beschlossen sein, damit wir überhaupt motiviert sind, daran weiterzuarbeiten. Anderenfalls würde ich meine Energie darauf verwenden, Sie in der Öffentlichkeit schlecht zu machen und zu sagen, dass Sie dafür verantwortlich sind, dass das Gesetz an die Wand gefahren wurde. Aber ich würde meine Energie lieber auf eine Lösungssuche verwenden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir haben jetzt noch eine Stunde Zeit; möglicherweise müssen wir in dieser Stunde eine Unterbrechung einplanen, in der wir intern beraten, ob ein Kompromiss denkbar ist. Daher bitte ich die drei Kollegen, die sich jetzt gemeldet haben, Peter Müller, Roland Koch und Volker Kauder, sich darauf zu konzentrieren.

MP Peter Müller (SL): Wir sind in der Debatte darüber, wer den Hut aufhaben soll, von folgenden Positionen aus gestartet: Sie haben gesagt, die Bundesanstalt und sonst niemand, und wir haben gesagt, die Kommunen und sonst niemand. Von diesen Positionen haben sich beide Seiten mittlerweile entfernt, wenn ich es richtig sehe: wir, indem wir sagen, die Kommunen sollten die Möglichkeit haben, den Hut, den sie aufhaben, der Bundesanstalt aufzusetzen; Sie, indem Sie sagen, es gebe zwar einen

Hut, aber zwei sollten ihn künftig gleichzeitig tragen. Ein gemeinsames Tragen des Hutes wird zu Organisationskonflikten führen, und dann brauchen Sie eine Entscheidung darüber, wer letztlich das Sagen hat. Hier kommen Sie auch mit einer 50:50-Regelung nicht klar.

Weil ich nicht glaube, dass eine solche Regelung tragfähig ist, frage ich, ob es möglich ist, über folgendes Modell zu reden: Die Kommunen haben den Hut auf, können ihn aber vor dem Hintergrund Ihrer Analyse, die Kommunen könnten und wollten es nicht, an die Bundesanstalt abgeben. Wenn dem so sein sollte, landete der Hut bei der Bundesanstalt, und Sie hätten erreicht, was Sie wollen.

MP Roland Koch (HE): Ich beziehe mich auf die Frage von Herrn Schmidt, weil hier ja auch Phantome benutzt werden. Erstens reden wir über ein Problem, bei dem eine bestimmte Geldsumme vorgegeben ist, was in der Politik selten ist. Normalerweise bauen wir neue Häuser, für die wir uns das Geld erst beschaffen müssen. Hier haben wir es mit einem Budget zu tun, das hoffentlich auch nach Ihrer Einschätzung eher an der Obergrenze als an der Untergrenze liegt; anderenfalls gingen Sie auf Dauer noch von einer viel höheren Langzeitarbeitslosigkeit aus. Das wollen wir gemeinsam nicht annehmen. Da kann es noch bestimmte Entwicklungen geben, solange Sie regieren; aber irgendwann ist damit Schluss.

(Abg. Ludwig Stiegler: Wenn ich Ihre Zahlenschätzungen sehe!)

- Ich gehe einmal davon aus, dass es so ist. - Das heißt, das Geld befindet sich zurzeit im Kreislauf von Bund, Ländern und Gemeinden. Wir reden also nicht darüber, wer irgendwo bluten soll, sondern darüber, wie wir vorhandene Mittel verteilen. Dabei kann es einen Vorteil da oder dort geben; das ist eine Frage von Verhandlungen.

Zweitens geht es darum, wer das wie aufteilt. Es müsste also Parameter mit Sinn und Verstand geben - wir haben im EGG solche vorgelegt; nehmen Sie andere -, nach denen die Mittel so aufgeteilt werden, dass es kalkulierbar ist. Es sollen ja nicht zusätzliche Mittel aufgeteilt werden, sondern das vorhandene Geld. Das ist nicht einfach, weshalb wir glauben, dass unser Modell im Augenblick geeigneter ist, ohne dies absolut sehen zu wollen, weil es zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen Stadtstaaten und Flächenstaaten sehr große Unterschiede gibt, die sich nur sehr schwierig mathematisch regeln lassen. Wir haben Ihnen ein durchgängiges Modell vorgelegt. Sie machen das, wie ich es jetzt gehässig nenne, nach Art eines Candy-Shops, kommen aber im Ergebnis zu relativ ähnlichen Zahlen. In der Frage, wie wir das Geld verteilen, brauchen wir uns hinsichtlich der unterschiedlichen Modelle, über deren Qualität wir streiten, jedenfalls nicht zu streiten. Es gibt eine Institution in einem

Landkreis, die vorhandenes Geld nach Verteilungsregeln, über die man sich eigentlich einigen könnte, zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen einsetzen soll. Bis dahin können wir selbst dann, wenn wir die Welt aus den Angeln heben, eigentlich nichts ändern.

Drittens stellt sich die Frage, wer vor Ort mit der jeweils richtigen Strategie, die in Mecklenburg-Vorpommern und in den bayerischen Alpen sicherlich gelegentlich unterschiedlich ist, dafür sorgt und ein Interesse daran hat, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen am geringsten ist. Wir haben Ihnen ein 70:30-Modell vorgeschlagen: 30 % davon zahlt prinzipiell die Kommune, 70 % der Bund. Dann hat der Bund ein Interesse, ordentliche Gesetze zu machen, mit denen man arbeiten kann, und die Kommune hat ein Interesse an möglichst geringer Langzeitarbeitslosigkeit. An den Quoten hat sich auch nicht viel verändert, weil das, was jetzt über die Unterbringungskosten transferiert wird, in etwa der bisherigen Kostenverteilung im Hinblick auf Sozialhilfeempfänger einerseits und Arbeitslosenhilfeempfänger andererseits entspricht. Auch an dieser Stelle ist der Unterschied relativ gering.

Jetzt reden wir, wenn wir es verengen, über die Frage, ob es sich der Bund und die Bundesagentur für Arbeit zutrauen, sie machten ihren Job von der handwerklichen Qualität her so gut, dass sie ihn auch dann am Markt durchsetzen könnten, wenn eine Kommune auf die Idee kommt, ihn dort selbst zu machen. Das ist keine Frage der Finanzierung; denn wenn die Kommune sagte, die Bundesagentur für Arbeit solle dies machen, dann gäbe sie ihr auch das Geld. Entschiede sie aber, es selbst zu machen, dann hätte der Bund ein Problem, über das man wiederum reden muss - wir haben ein Modell, aber es mag auch andere geben -: Wie schafft man einen Anreiz, damit sie sich nicht auf dem auszuzahlenden Geld ausruht, wie quotiert man die Interessen? Hierfür gibt es wieder zwei relativ einfache Methoden: Entweder gibt es einen Eigenbehalt oder es gibt eine Prämie. Wir haben vorgeschlagen, dies über einen institutionellen Eigenanteil zu machen; das Modell der Prämie führte zum gleichen Ergebnis. In diesem Umfeld stellt sich dar, warum wir dies im Rahmen einer kommunalen Struktur erledigt sehen wollen: weil wir glauben, dass eine Kommune es besser als eine noch so gut organisierte Bundesagentur kann. Verehrter Herr Kollege Stiegler, sie ist immer noch ein von Bundesrechnungshof abhängiges, zentral gesteuertes bürokratisches Institut. Obwohl Sie die Leitung jetzt Vorstand genannt haben, hat sie noch immer eine behördenähnliche Struktur. Solange der Bundesrechnungshof auf die Bundesagentur aufpasst, weil sie nur mit öffentlichem Geld arbeitet, wird sie auch eine Behörde bleiben. Ansonsten könnten wir den Laden auflösen.

(Abg. Ludwig Stiegler: Kommunen haben auch Rechnungshöfe!)

- Ja, aber in dem einen Fall entscheidet eine zentrale Controllingabteilung in Nürnberg, was gut und was schlecht ist, und im anderen Fall entscheidet die Kommune mit ihren Möglichkeiten darüber, was richtig und falsch ist. Genau dies macht doch den Unterschied aus. Wir glauben nicht, dass man zentrale Modelle vorgeben kann. Überall dort, wo wir es mit zentralen Modellen zu tun haben - "MoZArT" ist ein Beispiel dafür -, sagt ein Fremdgesteuerter in seinen Gesprächen mit der kommunalen Seite andauernd, dies dürfe er nicht, jenes verstoße gegen eine Regel, das sei ein anderer Buchungskreis, hierfür habe er keine Budgetmittel mehr, weil seine Budgets gespalten seien usw. Überall passen die regionale und die zentrale Struktur nicht zusammen.

Daher stellt sich die Frage, ob Sie sich dazu entschließen können zu akzeptieren, dass selbst dann, wenn die Bundesagentur es betreibt, eine Kommune mit berechenbaren Finanzgrößen es erledigt, die für sie natürlich auch attraktiv sein müssen. Natürlich könnte man es auch so machen, dass jede Kommune Geld drauflegt; dann nähme es keine Kommune in Anspruch. Aber da machen wir nicht mit. Die einfachste Lösung wäre, dass die Kommunen auf Dauer prinzipiell über das Geld verfügen und die Dienstleistung bei der Bundesagentur für Arbeit einkaufen. Wenn das Geld auf der anderen Seite ist, dann müssen die Kommunen ein eigenständiges Recht haben. Dies ist keine Experimentierklausel; wir kennen alle Experimente und müssen jetzt eine Entscheidung treffen. Gibt es eine Chance, dass eine Kommune es selbst macht, und hat sie einen berechenbaren Anspruch auf ein bestimmtes Budget, das sie vom Bund zu bekommen hat? Dann kann sie entscheiden, wie sie damit umgeht.

Dabei bliebe immer noch der Grundsatz bestehen, dass eine Kommune entscheiden kann; wenn sie es nicht machen will, wie es Herr Steinbrück gesagt hat, dann bleibt sie beim alten Modell. Dieses Gestaltungsrecht - kein Experimentierrecht - der Kommune ist aus meiner Sicht jetzt das allerletzte Limit. Sollten Sie die Angst haben, dass am Ende alle Kommunen davon Gebrauch machen, dann wird es keine Bundesagentur mehr geben. Sollte aber all das stimmen, was Sie bisher gesagt haben, dann hätten Sie 80 % der Klientel so zusammengefügt, wie es in Ihrem Gesetz steht. Die Trennlinie einer kommunalen Option kann jedenfalls nicht willkürlich gezogen werden; auf diese Option muss ein Anspruch bestehen.

Dies rechtlich auszugestalten wird nicht einfach werden. Ich weiß nicht, ob wir das in zwei Tagen hinbekommen. Daher gilt für mich persönlich: Wenn wir bei diesem Punkt heute nicht zu einem eindeutigen Arbeitsauftrag kommen, dann wird nichts mehr daraus. Am Sonntagabend bin ich nur noch zu Protokollerklärungen zu Dingen bereit, die irgendwann einmal gemacht werden können. Aber ich warne davor, Fragen mit solchen Finanzierungskonsequenzen innerhalb von 24 Stunden lösen zu

wollen. Ich wäre nur ungern bereit, meinen Namen für einen Kompromiss herzugeben, weil dies nicht seriös überschaubar wäre. Wir brauchen für die Prüfung von Finanztableaus ein, zwei Tage, bevor sie einigermaßen wirksam analysiert sind. Das ist kein Vorwurf, sondern es hat damit zu tun, dass wir an dieser Stelle viele Dutzend Milliarden hin und her bewegen und Millionen von Menschen davon betroffen sind. Insofern ist jetzt der allerletzte Verhandlungspunkt erreicht. Wir haben definiert, was es für uns bedeutet: Es muss eine kommunale Gestaltungshoheit geben. Wenn Sie das einmal nüchtern analysieren - dazu sind Sie in der Lage; das weiß ich aus unseren Verhandlungen -, dann erkennen Sie, dass wir nicht bereit sind weiter zu gehen. Dies können Sie als abschließende Stellungnahme der B-Seite betrachten.

Abg. Ludwig Stiegler: Ich habe nur eine Nachfrage. Angenommen, wir würden uns auf die Option einlassen, dass die Kommune ein Zugriffsrecht bekommt, dann hängt es, wie Sie selbst festgestellt haben, an den materiellen Konditionen. Irgendeine Stelle muss dann sagen, welche Mittel der Kommune gegeben werden. Klar ist, dass man zwar ein Luxusmodell wunderbar ausstatten könnte; dies ginge aber auf Kosten der übrigen Beteiligten. Wenn ich einmal annehme, wir schrieben eine solche Option in das Gesetz - ich habe mit unserer Seite darüber noch nicht geredet und habe auch keine Vollmacht, hier Zusagen zu machen, sondern sage dies als Einzelperson -, könnte man sich dann vorstellen, wir brächten dieses Thema hier zu Ende, indem wir sagten, die näheren Einzelheiten werden durch eine Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates geregelt? Dann hätte man die Gewissheit, dass keine Seite über den Tisch gezogen wird

(Abg. Volker Kauder: Nein!)

und wir würden uns heute nicht im Gestrüpp dieser Detailregeln verfangen. Die Frage, wie viel dafür äußerstenfalls gegeben werden kann, kann ja nicht auf dem Markt ausgehandelt werden, sondern es muss mehr oder weniger eine Bedarfsverhandlung geführt werden. Da muss dann klar sein, dass nicht von Ihrer Seite Klagen kommen, die Kommunen würden finanziell ausgehungert, und dass nicht vom Bundesfinanzminister gesagt wird, wir seien in Bezug auf die Kommunen viel zu großzügig gewesen, was auf Kosten aller anderen gehe; hier gebe es für ein paar Kommunen ein Luxusmodell und alle anderen müssten angesichts des limitierten Budgets darunter leiden. Also muss man hier einen wahrscheinlich sehr komplizierten Mechanismus finden, der, weil es eben keine Verhandlungen auf dem Markt sind, die Finanzallokation im Grunde so stellen müsste, wie es bei allen anderen Jobcentern auch der

Fall ist: no win, no loss. Dies ist so schwierig, dass wir es nach meiner Einschätzung hier nicht mehr schaffen können.

MP Roland Koch (HE): Am Ende wird es auch Dinge geben, die man nur in einer Rechtsverordnung klären kann. Aber sicherlich muss man in dem Gesetz und in unserer Verabredung mehr klären, als nur zu sagen, das Nähere regele eine Rechtsverordnung, weil sonst nicht klar ist, worauf wir uns geeinigt haben.

Als Denkhilfe weise ich darauf hin, dass dabei vier prinzipielle Finanzierungsfragen eine Rolle spielen:

Erstens. Was wird im Rahmen der passiven Hilfe bezahlt, was bekommen die Menschen also direkt? Das kann man spitz abrechnen, jedenfalls theoretisch.

Zweitens. Was muss man für die aktive Arbeitsmarktpolitik tun? Das kann man prinzipiell auf die Kopfzahlen oder die Arbeitslosenquote bezogen pauschalieren, wie es die Bundesanstalt mit ihren Zielvereinbarungen auch tut. Da gibt es durchaus vergleichbare Möglichkeiten.

Drittens. Wie beteiligt sich der Bund so an den Verwaltungskosten, dass sich auf der einen Seite eine Verwaltung nicht satt macht und auf der anderen Seite die notwendigen Verwaltungskosten in der Höhe erstattet werden, in der sie die Bundesagentur für Arbeit am Ende wieder teilweise kaufen könnte? Dazu haben wir eine pauschale Regelung im EGG gehabt.

Viertens. Wie muss eine Prämie aussehen, damit die Beteiligten Spaß daran haben, oder wie organisiert man es, dass eine Kommune wirtschaftlich etwas davon hat, möglichst wenige beschäftigungslose Langzeitarbeitslose zu haben? Es wäre - auch im Interesse des Bundes - ausgesprochen dumm, auf so etwas zu verzichten.

Diese vier abstrakten Elemente müssen so berechenbar sein, dass eine Kommune weiß, worauf sie sich für eine ganze Reihe von Jahren einlässt; sie kann ja nicht Jahr für Jahr hinein- und hinausoptieren. Der prinzipielle Parameter ist kein anderer, als er nach meiner Vorstellung bei der Bundesagentur im Hinblick auf die Zielvereinbarung mit der jeweiligen regionalen Agentur in der Diskussion ist. Die Frage ist, was passiert, wenn die Bundesagentur den Kommunen so viel zuteilt, dass sie keinen Spaß mehr haben, dies zu tun. Dafür muss es eine Klärungsinstanz geben. Darüber wird am Ende nicht ein Amtsleiter mit dem Regionaldirektor verhandeln, sondern dort wird eine Instanz verabredet werden müssen, die angemessen schlichtet.

Das alles ist ein neues Werk. Verwirklichten wir es, müssten wir immer noch darüber nachdenken, dass das Finanztableau zurzeit schwierig ist. Wenn wir alle angesprochenen Fragen gelöst hätten und den Rest einer Rechtsverordnung überließen,

wären wir einen entscheidenden Schritt weitergekommen, weil es sich dann lohnte, über Details des Finanztableaus zu reden, die unabhängig von einer kommunalen oder regionalen Lösung vorhanden sind; das hat mit der Leistungsfähigkeit der einzelnen Ebenen zu tun. Aber es läge in der Verantwortung des Bundes. Die Frage, ob es ein kommunales Gestaltungsrecht gibt, hängt damit zusammen, dass die Kommune von niemandem daran gehindert werden kann, es wieder zu übernehmen. Das heißt, sie hat ein Optionsrecht und darf finanziell nicht so geknebelt werden, dass sie blöd wäre, von ihm Gebrauch zu machen. Das sind die beiden Elemente.

Das muss man sorgfältig formulieren. Ich weiß nicht, ob dies in zwei Tagen möglich ist. Vielleicht kann man bestimmte Dinge auf eine spätere Diskussion verschieben. Aber dies ist das Maximum; weiter können wir Ihnen nicht entgegenkommen.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Warum diskutiert man das nicht umgekehrt auch an unserem Modell?)

- Unser Ansatzpunkt ist, dass die Kommunen ein Recht darauf haben. Umgekehrt kann man darüber nicht diskutieren, weil es in Ihrem Modell ein solches kommunales Recht nicht gibt. Wir reden über ein zentrales materielles Recht. Das ist jetzt in unserem Modell aus meiner Sicht zwar unterentwickelt, könnte aber bei einem solchen Kompromiss vielleicht noch gerettet werden. In Ihrem Modell kommt es nicht mehr vor. Das ist der Unterschied, über den Sie politisch entscheiden müssen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich halte es für hoch spannend, was die beiden miteinander ausgetauscht haben, und es wäre äußert lohnend, dies zu konkretisieren. Wir machten einen Fehler, wenn wir das einfach wegwischten. Aber wie schaffen wir das innerhalb dieses engen Zeitrahmens? Vor Wochen habe ich immer die Arbeitsgemeinschaftsstrukturen vor Augen gehabt.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich beantrage eine Unterbrechung; ich bitte um Verständnis!)

- Störe mich doch nicht bei dem Bemühen, hier eine Lösung zu finden! Ich habe heute in der "FAZ" eine Karikatur von mir gesehen, wie ich auf diesen Ausschuss wirke: wie eine Art Miraculix.

(Heiterkeit)

Ich will keine Unterbrechung verhindern. Sie haben gemerkt, dass hier nachdenkliche Töne angeklungen sind.

Abg. Volker Kauder: Ich stimme natürlich einer Unterbrechung zu, wenn sie beantragt wird. Ich bitte nur darum, dass sie so begrenzt wird, dass wir 12.50 Uhr den Saal verlassen können. Ich wiederhole, worum es geht: Was Roland Koch gesagt hat, ist das letzte Angebot, das wir machen können. Das heißt schlicht und ergreifend, wir wollen, dass die Kommunen die Aufgabe übertragen bekommen und entscheiden können, ob sie sie auf die Bundesagentur übertragen. Dieser Grundsatz muss nach der Pause geklärt werden. Dann können wir uns darüber unterhalten, wie man es ausgestaltet.

(MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Dafür hätten wir Zeit!)

- Natürlich. Aber es hat keinen Sinn, in eine Arbeitsgruppe zu gehen, wenn auch dies wieder streitig ist. Es muss klar sein, dass es die Chance der Option gibt. Wenn Sie sagen, dass Sie damit einverstanden sind, dann machen wir das. Wir haben jetzt ein sehr großzügiges Angebot gemacht. - Ich bitte Sie, die Unterbrechung so zu begrenzen, dass wir nach Abgabe Ihrer Erklärung zu unserer Besprechung gehen können.

Abg. Ludwig Stiegler: Darf ich eine Zusatzfrage stellen? - Herr Kauder klingt jetzt wieder anders als Herr Koch. Herr Kauder sagt, die Kommunen sollen das Recht auf ein Opting-out haben. Herr Koch sagte: äußerstenfalls der Bund, aber die Kommunen könnten sich ein Stück Verantwortung nehmen.

(Zuruf: Die Bundesagentur hat den Hut auf, die Kommunen können ihn sich holen! - MP Matthias Platzeck (BB): Das müssen wir wissen!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir sind politische Menschen und treiben das jetzt nicht auf die Spitze. - Wir treffen uns allerspätestens um 12.40 Uhr wieder.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.10 Uhr bis 12.45 Uhr)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir setzen unsere Sitzung fort; Herr Kauder hat mich gemahnt, pünktlich zu beginnen.

Abg. Ludwig Stiegler: Wir haben die Sache erörtert, ohne uns hier festlegen zu können oder zu wollen. Aber wir sind bereit, auf der Grundlage des Koch-Modells zu sondieren. Dafür brauchen wir aber die verbindliche Erklärung, dass die Aussagen von

Herrn Koch und nicht die von Herrn Kauder gelten. Ansonsten wäre die Mühe vergeblich. Außerdem bestehen bei uns große Zweifel, dass die Randbedingungen im Übrigen gleich bleiben, dass mit dem Optionsmodell also nicht Klein-Wisconsin verbunden ist. Ich habe Herrn Koch in der Arbeitsgruppe immer so verstanden, dass der Bund die Randbedingungen bestimmt: die Leistungshöhe, die Zumutbarkeit usw. Nach meinem Verständnis bedeutet das Koch-Modell nur, dass eine Kommune bei entsprechender Vereinbarung die Grundstruktur eines Jobcenters übernimmt.

(MP Roland Koch (HE): Ein bisschen Gestaltungsrecht muss sie auch haben!)

- Die Kommune bleibt hinsichtlich der Randbedingungen voll an das Bundesmodell angebunden.

(MP Roland Koch (HE): Die sind keine Lohnkutscher!)

- Das verstehe ich nicht.

(Abg. Volker Kauder: Das erkläre ich Ihnen gleich!)

Ich sage nur, dass das zwischen uns klar sein muss. Sonst fange ich gar nicht erst an nachzudenken.

Abg. Volker Kauder: Die Kommunen sind keine Lohnkutscher oder, wie es in anderen Bereichen heißt, sie werden nicht in Auftragsverwaltung nach Maßgabe des Bundes tätig. Das kann es auf gar keinen Fall sein.

(Abg. Ludwig Stiegler: Nicht Auftragsverwaltung?)

Wir haben dazu einen Vorschlag gemacht, der an die äußerste Grenze geht. Wir haben von zwei Optionsmodellen gesprochen: Die Kommune hat den Hut auf und kann es der Bundesanstalt übertragen. Das andere Modell: Die Bundesanstalt hat den Hut auf und die Kommune kann es zurückholen. Dafür müssen die Bedingungen formuliert werden. Sie müssen nun sagen, ob Sie sich mit diesem Optionsmodell grundsätzlich einverstanden klären können. Dann stimmen wir zu. Aber wir können bis zum Sonntag die Rahmenbedingungen dafür nicht formulieren. Das ist ausgeschlossen. Dazu fehlt uns der Apparat. Wollten wir es selbst machen, bräuchten wir mehr Zeit. Dann könnte dies alles erst im neuen Jahr verhandelt werden. Wir können daher jetzt auf gar keinen Fall dem Optionsmodell mit der Bundesanstalt zustimmen. Hier ist eine Reihe von verfassungsrechtlichen Fragen zu klären; das muss verfassungskompatibel gemacht werden. Auf jeden Fall muss vermieden werden, dass Bedingungen wie bei der Bahn entstehen: Die Bahn, die über die Schienenwege verfügt, diktiert die Bedingungen, nach denen andere einkaufen können. Ich biete

Ihnen an, dass wir all dies genau klären. Dies nähme aber mehr Zeit in Anspruch, so dass es in diesem Verfahren nicht zu Ende gebracht werden könnte. Die Entscheidung muss getroffen werden, Herr Stiegler, und dann werden wir klarer sehen.

Abg. Ludwig Stiegler: Diese Entscheidung treffen wir mit Sicherheit nicht heute. Ich habe den Verdacht, Sie wollen die Sache heute gegen die Wand fahren lassen. Das eine sage ich Ihnen: Wir werden das nicht auf die lange Bank schieben. Wenn, dann müssen wir - jetzt spreche ich für mich - auf der Grundlage der Koch'schen Vorstellungen bei im Übrigen gleichen Randbedingungen für alle einen Weg suchen. Dann können wir versuchen, zu einem Ergebnis zu kommen. Wenn Sie es auf die lange Bank schieben wollen, lassen wir es. Dann müssen Sie aber die Verantwortung für das Scheitern übernehmen.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Sie können es jetzt doch nicht so missverstehen, dass wir kapitulierten und akzeptierten, dass es bei Hartz IV samt alldem bleibe, womit wir nicht einverstanden sind, und sich als Einziges ändere, dass eine Gemeinde oder ein Kreis das selbst übernehmen könne; zusätzlich reden wir noch über das Geld, das diese Kommune bekommen wird. Gälten, wie es von Ihrer Seite heißt, hinsichtlich aller Rahmenbedingungen die zentralen Vorgaben der Bundesanstalt für Arbeit, dann wäre es ein reines Auftragsmodell. Würde dies von Ihnen so interpretiert - ich hatte es eben nicht so interpretiert -, dann wäre es kein Opting-out-Modell, sondern ein reines Auftragsmodell: Die Gemeinden würden im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit nach deren Bedingungen und Richtlinien tätig. Das mag zwar einen gewissen Charme haben; aber der eigentliche Charme wäre aus meiner Sicht dann nicht mehr gegeben. Das wäre praktisch die Übernahme des Bundesmodells mit kleinen Nuancierungen.

Abg. Ortwin Runde: Dies ist nach meinem Dafürhalten Teil der Gemeindefinanzreform.

(Abg. Volker Kauder: Das sehe ich überhaupt nicht!)

- Herr Kauder, Ihre Feststellung hat mich etwas irritiert. Wir wollen in diesem Zusammenhang die Kommunen im nächsten Jahr in der Größenordnung von etwa 2,5 Milliarden Euro entlasten. Das ist auf der Basis eines Modells durchgerechnet worden. Wenn Sie jetzt sagen, Sie akzeptierten dieses Modell nicht, sondern wollten etwas ganz anderes, dann müssen Sie auch deutlich sagen, ob auch Sie die Kommunen

zum 1. Januar 2004 um diese 2,5 Milliarden Euro entlasten wollen oder ob dies aus Ihrer Sicht nicht möglich ist. Der Rechtsrahmen ist natürlich mit Finanzvolumina verbunden. Dazu müssen Sie sich klar äußern; Sie müssen zumindest sagen, ob Sie gewillt sind, dies im Vermittlungsverfahren zu klären.

MP Peer Steinbrück (NW): Mich haben die Beiträge von Herrn Kauder vor der Sitzungsunterbrechung und von Herr Kollegen Milbradt eben eher verwirrt, als dass sich mir diese Fragen erschlossen hätten. Ich habe Herr Kollegen Koch wie folgt verstanden: Die Bundesanstalt hat generell den Hut auf; aber es gibt eine Art Zugriffsrecht der Kommunen mit dem Effekt, dass der Hut auf sie übergeht. Von diesem Recht können die Kommunen Gebrauch machen. Wir lassen einmal offen, wie viele Kommunen davon Gebrauch machen. Dafür müsste man einen rechtlichen Rahmen herstellen, der gleichzeitig auf die dafür notwendigen Finanzmittel im Rahmen der von Ihnen beschriebenen vier Säulen Bezug nimmt: passiv, aktiv, Verwaltungskosten und eine Art Prämienregelung. Dabei müsste allerdings berücksichtigt werden, dass sich die Kommunen nicht bereichern können oder zu Lasten der Bundesanstalt und damit zu Lasten des Bundeshaushalts das Geld nach dem Motto "Zahlemann und Söhne" abziehen können. Man muss ja aufpassen, dass sie als Entscheider vor Ort nicht zu Lasten eines abwesenden Dritten etwas betreiben, worauf kein Einfluss mehr gegeben ist. Das wird man ausschließen müssen; sonst kommt man hier nach meinem Eindruck nicht zusammen.

Wenn dies eine richtige Interpretation Ihres Vorstoßes ist, dann bin ich für meinen Teil neugierig, davon mehr in Erfahrung zu bringen, und wäre sehr froh, wenn wir das so präparieren könnten, dass wir am Sonntag darüber reden können. Wenn es auf der B-Seite andere Meinungen dazu gibt - hier bin ich mir nicht so sicher -, dann sollte uns dies deutlich gemacht werden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir sind jetzt am Ende der Rednerliste und auch am Ende unseres Zeitbudgets angelangt. Wir lassen das jetzt einmal so stehen - -

(PStS Gerd Andres (BMWA): Nein, das müssen wir aufklären! - Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Wir müssen nicht um punkt 13 Uhr Schluss machen!)

- Die B-Seite wird den Saal verlassen. Lieber Wilhelm Schmidt, wir gehen hier ganz fair miteinander um.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Wir wollen wenigstens eine Antwort hören!)

Abg. Volker Kauder: Ein Optionsmodell hat nur dann Sinn, wenn die Option auch tatsächlich ausgeübt werden kann. Das, was Sie von der A-Seite jetzt formulieren, bedeutet, dass Sie das Angebot, das wir einmal ins Gespräch gebracht haben, nutzen wollen, um im Grundsatz Ihr Hartz IV-Modell durchzusetzen. Das ist nicht unsere Lösung.

(Zuruf: Sie weichen aus!)

Ich will weder die Bahnlösung noch die Energielösung. Die Option muss vielmehr so ausgestaltet sein, dass die Kommune einen finanziellen Vorteil davon hat. Anderenfalls hätte es für sie keinen Sinn, von dieser Option Gebrauch zu machen.

Daher muss man im Detail über die Ausgestaltung reden. Dazu aber fühle ich mich im Rahmen dieses Verfahrens nicht in der Lage. Daher kann ich nur sagen, dass wir bereit sind, darüber zu reden, und dann wird das zu einem anderen Zeitpunkt gemacht. Wir können den Vorschlag, den wir gemacht haben, bis Sonntag nicht umsetzen. Das ist unsere allgemeine Auffassung. Nach dem, was ich in letzter Zeit erlebt habe - ich denke nur an das, was der Bund im Zusammenhang mit der Maut vorgerechnet hat; hinterher kam es ganz anders -, bin ich nicht bereit, auf Verdacht zuzustimmen. Wir können jetzt sehr schnell darüber entscheiden. Sie sagen, Sie seien bereit, sich dieses Modell anzuschauen, es durchzurechnen und nach einer Finanzierungsgrundlage zu suchen, damit die Kommunen tatsächlich in der Lage sind, von der Option Gebrauch zu machen; dann müssen wir noch zwei, drei verfassungsrechtliche Fragen prüfen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Verfassungsänderung!)

- Sodann müssen wir darüber reden, dass das Modell, auf das wir uns verständigt haben, auch in der Verfassung abgesichert wird, damit die Kommune nachher nicht der Auftragnehmer wird. Bei uns im mittelständischen Bereich heißt das: damit sie nicht Lohnarbeit für andere machen muss. Das wird mit uns nicht funktionieren. Diese Frage müssen Sie jetzt beantworten. Anderenfalls stellen wir fest, dass dieser Weg nicht zum Ziel führt. Dann bleibt es bei unserem Modell, bei dem die Kommune den Hut aufhat, und dann schauen wir, ob wir weiterkommen. Aber es hat keinen Sinn zu verlangen, wir müssten bis Sonntag das Modell ausarbeiten. Es ist mehr als unsittlich, von uns zu verlangen, wir sollten in zwei Tagen das erledigen, was die Bundesregierung in vier Monaten nicht geschafft hat.

MP Peer Steinbrück (NW): Man kann es dialektisch oder jesuitisch nennen, Herr Kauder; es ist schon genial. Sie sagten unserer Seite gerade, Sie wüssten selber nicht ganz genau, wie Ihr Modell aussehen soll, aber die A-Seite solle heute schon einmal entscheiden, ob sie ihm zustimmt oder nicht.

(Abg. Volker Kauder: Nein, ob Sie dem Prinzip zustimmt!)

- Das funktioniert so nicht.

(Abg. Volker Kauder: Nein! Das habe ich nicht gesagt!)

- Ihr gesamter Beitrag lief darauf hinaus.

Noch einmal: Ich bin neugierig - nicht nur ich, sondern die gesamte A-Seite - in Bezug auf das, was Herr Koch vorgetragen hat. Dabei habe ich auf zwei Themen besonders abgehoben: Erstens. Wie sieht ein solcher rechtlicher Rahmen aus, ist er einigermaßen konzise? Zweitens. Wie sehen die Zahlungsströme aus? Dabei ist mir klar, dass die Kommunen entsprechende Zahlungen erhalten müssen, wenn auch mit dem für mich entscheidenden Hinweis, dass Zahlungen zu Lasten der Bundesanstalt nicht in die Beliebigkeit der Kommune gestellt sind. Das kann nicht funktionieren. Hier wird es aus der Interessenlage des Haushalts der Bundesanstalt bzw. des Bundeshaushalts Absicherungen geben müssen.

(Abg. Volker Kauder: Deshalb wollen wir doch auch Kriterien erarbeiten!)

MP Peter Müller (SL): Wir haben doch in der Frage des Optionsmodells - in welcher Ausgestaltung auch immer - den Versuch gemacht, unsere wechselseitige Blockade zu überwinden. Das ist kein Gedanke, der schon vor Monaten entwickelt und aus strategischen Gründen bisher verschwiegen worden ist, sondern eine Idee, die hier entstanden ist. Deshalb gibt es auch keinen ausformulierten Gesetzentwurf, sondern bestenfalls die Möglichkeit zu erklären, man wolle diesen Gedanken weiterverfolgen. Das heißt dann aber, dass wir uns alle Folgefragen, die nun wirklich schwierig genug sind, in aller Ruhe noch einmal anschauen müssen. Dies schafft der Vermittlungsausschuss nicht. Deshalb muss man das vom Vermittlungsverfahren abkoppeln, wenn man auf dieser Grundlage einen Lösungsansatz sieht. Das war der Vorschlag des Kollegen Kauder. Anders geht es nicht. Das ist die einzige Möglichkeit, wie wir weiterkommen können.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das entscheiden wir am Sonntag!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich habe jetzt keine Wortmeldungen mehr.

Wir nehmen das als einen Zwischenstand unseres Klärungsprozesses und werden diesen Punkt am Sonntag erneut aufrufen.

Bevor wir auseinander laufen, mache ich noch Folgendes bekannt: Herr Schmitt sagt, wir hätten die Ergebnisse zur Handwerksordnung hier noch nicht endgültig abgesegnet, obwohl sie vorlägen. Können wir das jetzt machen?

(Abg. Krista Sager: Nein! - Abg. Carl-Ludwig Thiele: Wir kennen sie noch nicht!)

- Ich höre, dass alle sie bekommen haben.

Abg. Volker Kauder: Wir sind da auf einem guten Weg. Aber ich fühle mich jetzt nicht in der Lage, in fünf Minuten die noch offenen Fragen zu klären.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir sind auf einem guten Wege; das nehme ich jetzt einmal auf. Aber noch nicht alle sind in der Lage, heute darüber zu befinden. Dann wird das nicht am Sonntag, sondern auf der Bereinigungssitzung am Montag aufgerufen.

Dasselbe gilt für das SGB XII. Darüber sind Sie sich, soweit ich weiß, ebenfalls weit gehend einig. Auch darüber werden wir sprechen, wenn wir am Montag wieder zusammenkommen.

Wann sind am Sonntag Vorbesprechungen?

(Abg. Volker Kauder: Um 16 Uhr bei uns! - Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Bei uns auch um 16 Uhr!)

- Bei beiden Seiten um 16 Uhr. Im Vermittlungsausschuss geht es dann um 17 Uhr los.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Die A-Seite trifft sich jetzt noch zu einer kurzen Nachbesprechung!)

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen allen ein schönes Wochenende.

(Schluss: 13.02 Uhr)

Vermittlungsausschuss

(Artikel 77 Abs. 2 GG)

4. Fortsetzung der 12. Sitzung
3. Fortsetzung der 15. Sitzung
2. Fortsetzung der 16. Sitzung
(15. WP/2003)

Bundesrat

Stenografischer Dienst

S t e n o g r a f i s c h e s P r o t o k o l l

der 4. Fortsetzung der 12. Sitzung*),

der 3. Fortsetzung der 15. Sitzung) und**

der 2. Fortsetzung der 16. Sitzung*) des Vermittlungsausschusses**

des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

am Freitag, den 12. Dezember 2003, 10.30 Uhr

Berlin

Vorsitz: Bgm Dr. Henning Scherf (HB)

Es waren anwesend:

vom Deutschen Bundestag:

Abg. Klaus Brandner
Abg. Norbert Geis
Abg. Hans-Joachim Hacker
Abg. Joachim Hörster
Abg. Volker Kauder
Abg. Eckart von Klaeden
Abg. Nicolette Kressl
Abg. Werner Kuhn (Zingst)
Abg. Wolfgang Meckelburg
Abg. Michael Müller (Düsseldorf)
Abg. Joachim Poß
Abg. Ortwin Runde
Abg. Krista Sager
Abg. Gudrun Schaich-Walch
Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Abg. Ludwig Stiegler
Abg. Carl-Ludwig Thiele

---

*) 12. Sitzung am 13.11.2003, 1. Fortsetzung am 26.11.2003, 2. Fortsetzung am 10.12.2003, 3. Fortsetzung am 11.12.2003

**) 15. Sitzung am 26.11.2003, 1. Fortsetzung am 10.12.2003, 2. Fortsetzung am 11.12.2003

***) 16. Sitzung am 10.12.2003, Fortsetzung am 11.12.2003

vom Bundesrat:

Minister	Gerhard Stratthaus	Baden-Württemberg
Staatsminister	Erwin Huber	Bayern
Senator	Dr. Thilo Sarrazin	Berlin
Ministerpräsident	Matthias Platzeck	Brandenburg
Präsident des Senats, Bürgermeister	Dr. Henning Scherf	Bremen
Senator	Dr. Wolfgang Peiner	Hamburg
Ministerpräsident	Roland Koch	Hessen
Ministerin	Sigrid Keler	Mecklenburg-Vorpommern
Ministerpräsident	Christian Wulff	Niedersachsen
Ministerpräsident	Peer Steinbrück	Nordrhein-Westfalen
Staatsminister	Gernot Mittler	Rheinland-Pfalz
Ministerpräsident	Peter Müller	Saarland
Ministerpräsident	Prof. Dr. Georg Milbradt	Sachsen
Ministerpräsident	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer	Sachsen-Anhalt
Minister	Dr. Ralf Stegner	Schleswig-Holstein
Ministerpräsident	Dieter Althaus	Thüringen

Weitere Teilnehmer:

Staatsminister	Rolf Schwanitz	BK
Parl. Staatssekretärin	Dr. Barbara Hendricks	BMF
Parl. Staatssekretär	Karl Diller	BMF
Parl. Staatssekretär	Gerd Andres	BMWA
Parl. Staatssekretär	Franz Thönnes	BMGS

TAGESORDNUNG

Seite

I.

4. Fortsetzung der 12. Sitzung

1. Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen 1

2. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt 1

3. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch 1

4. Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2004 - HBeglG 2004) 1

5. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit 1

6. Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz 1

7. Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerreformgesetz - GewStRefG) 1

II.

3. Fortsetzung der 15. Sitzung

Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt 1

Seite

III.

2. Fortsetzung der 16. Sitzung

1.	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	1
2.	Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze	1
3.	Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze	1
4.	Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze	1
5.	Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften	1

* * *

Vermittlungsausschuss

(Artikel 77 Abs. 2 GG)

3. Fortsetzung der 12. Sitzung
2. Fortsetzung der 15. Sitzung
Fortsetzung der 16. Sitzung
(15. WP/2003)

Bundesrat

Stenografischer Dienst

S t e n o g r a f i s c h e s P r o t o k o l l

der 3. Fortsetzung der 12. Sitzung[*)],

der 2. Fortsetzung der 15. Sitzung[**)] und

der Fortsetzung der 16. Sitzung[***)] des Vermittlungsausschusses

des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

am Donnerstag, den 11. Dezember 2003, 16.00 Uhr

Berlin

Vorsitz: Bgm Dr. Henning Scherf (HB)

Es waren anwesend:

vom Deutschen Bundestag:

Abg. Klaus Brandner
Abg. Norbert Geis
Abg. Hans-Joachim Hacker
Abg. Joachim Hörster
Abg. Volker Kauder
Abg. Eckart von Klaeden
Abg. Nicolette Kressl
Abg. Ulrike Mehl (bis 18.00 Uhr)
Abg. Michael Müller (Düsseldorf) (ab 18.00 Uhr)
Abg. Joachim Poß
Abg. Ortwin Runde
Abg. Krista Sager
Abg. Gudrun Schaich-Walch
Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter)

---

[*] [*)] 12. Sitzung am 13.11.2003, 1. Fortsetzung am 26.11.2003, 2. Fortsetzung am 10.12.2003

[*] [**)] 15. Sitzung am 26.11.2003, Fortsetzung am 10.12.2003

[***)] 16. Sitzung am 10.12.2003

Abg. Werner Kuhn (Zingst)	Abg. Ludwig Stiegler
Abg. Wolfgang Meckelburg	Abg. Carl-Ludwig Thiele

vom Bundesrat:

Minister	Gerhard Stratthaus	Baden-Württemberg
Staatsminister	Erwin Huber	Bayern
Senator	Dr. Thilo Sarrazin	Berlin
Ministerpräsident	Matthias Platzeck	Brandenburg
Präsident des Senats, Bürgermeister	Dr. Henning Scherf	Bremen
Senator	Dr. Wolfgang Peiner	Hamburg
Ministerpräsident	Roland Koch	Hessen
Ministerin	Sigrid Keler	Mecklenburg-Vorpommern
Ministerpräsident	Christian Wulff	Niedersachsen
Ministerpräsident	Peer Steinbrück	Nordrhein-Westfalen
Staatsminister	Gernot Mittler	Rheinland-Pfalz
Ministerpräsident	Peter Müller	Saarland
Ministerpräsident	Prof. Dr. Georg Milbradt	Sachsen
Ministerpräsident	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer	Sachsen-Anhalt
Minister	Klaus Müller	Schleswig-Holstein
Ministerpräsident	Dieter Althaus (bis 21.35 Uhr)	Thüringen
Minister	Dr. Karl Heinz Gasser (ab 21.35 Uhr)	Thüringen

weitere Teilnehmer:

Bundesminister	Hans Eichel	BMF
Bundesminister	Wolfgang Clement	BMWA
Staatsminister	Rolf Schwanitz	BK
Parl. Staatssekretär	Karl Diller	BMF
Parl. Staatssekretärin	Dr. Barbara Hendricks	BMF
Parl. Staatssekretär	Gerd Andres	BMWA
Parl. Staatssekretär	Franz Thönnes	BMGS

Seite

TAGESORDNUNG

I.

3. Fortsetzung der 12. Sitzung

1. Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen 5

2. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt 5

3. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch 5

4. Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2004 - HBeglG 2004) 5

5. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit 5

6. Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz 5

7. Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerreformgesetz - GewStRefG) 5

II.

2. Fortsetzung der 15. Sitzung

Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt 5

Seite

III.

Fortsetzung der 16. Sitzung

1.	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	5
2.	Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze	5
3.	Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze	5
4.	Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze	5
5.	Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften	5

* * *

Beginn: 16.14 Uhr

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie alle zur Fortsetzung unserer Sitzung.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich Ihnen mitzuteilen, dass gemäß Schreiben des Direktors des Bundesrates vom 10. Dezember 2003 der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg am 9. Dezember 2003 beschlossen hat, anstelle von Herrn Senator a. D. Rudolf Lange Herrn Senator Reinhard Soltau zum ordentlichen Mitglied des Vermittlungsausschusses zu bestellen. Dies ist kein Wechsel im Sinne von § 4 unserer Geschäftsordnung.

Ich bitte die Geschäftsstelle, die Anwesenheit festzustellen.

(Feststellung der Anwesenheit)

Sie alle werden sich gefragt haben, wie es nun weitergehen soll. Ich habe darüber gebrütet. Ich meine, wir müssen ein Verfahren finden, das die Wiederholung der gestrigen Beratungen verhindert - das ist zu anstrengend - und in dessen Rahmen wir das zu Ende bringen, was wir gestern nicht abgeschlossen haben.

Herr Stratthaus hat gestern einen allgemeinen Bericht erstattet, der von Herrn Poß ergänzt worden ist. Aber wir sind nicht dazu gekommen, so wie bei der ersten Arbeitsgruppe, Punkt um Punkt aufzurufen, um auszuloten, was möglich und was nicht möglich ist und wo eine Einigung erzielt werden kann. Ich empfehle, den Ihnen vorliegenden Abschlussbericht, an den sich Herr Stratthaus gehalten hat, schrittweise abzuarbeiten. Anschließend müssen wir überlegen, wie es weitergehen soll.

Bevor wir eine Auszeit nehmen, traue ich mir zu, einen kleinen Vorschlag zu machen - ich nehme ihn auf meine Kappe -, den Sie daraufhin bedenken mögen, ob er trägt oder nicht. Denn wir müssen heute vorankommen. Wir haben morgen nur gut drei Stunden Zeit; es folgt der berühmte Sonntag, an dem, wie ich mir habe sagen lassen, dramatische Wechsel stattfinden. Stimmt das, Herr Kauder, oder ist das alles nur ein Gerücht? Dann werden wir die Journalisten überhaupt nicht mehr los.

Abg. Volker Kauder: Bei uns finden keine Wechsel statt.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wirklich nicht?

Abg. Volker Kauder: Nein.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Bei uns in Bremen nennt man das Latrinenparolen. Bei mir ist das ganz anders angekommen.

Abg. Volker Kauder: Sie haben mich gefragt, ob bei uns Wechsel stattfinden. Meine Antwort ist: Bei uns finden keine Wechsel statt.

(MP Peter Müller (SL): Die Antwort ist korrekt!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich meine keine formellen Wechsel wie den, den ich Ihnen soeben Herrn Soltau betreffend mitgeteilt habe.

(StM Gernot Mittler (RP): Eine richtige Antwort auf eine falsch gestellte Frage! - MP Peter Müller (SL): Es kommt vielleicht jemand anders! Aber das ist kein Wechsel!)

Abg. Volker Kauder: Meine Aussagen sind immer sehr präzise und korrekt: Bei uns finden keine Wechsel statt. Wir haben unsere Mitglieder und unsere stellvertretenden Mitglieder gemeldet. Daran ändert sich nichts.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Er guckt mich mit einem vielsagenden Pokergesicht an, dass ich ahne, was er wirklich meint.

(Zurufe)

- Nein, ich will das nicht verhindern. Aber ich möchte mich mental schon darauf einstellen, dass hier am Sonntag möglicherweise eine spannende Fortsetzung stattfindet.

Abg. Volker Kauder: Ich weiß nicht, was spannend sein soll. Da der Finanzminister anwesend ist, gehe ich davon aus, dass er seine Vorschläge vorlegt. Dann schließen wir das Verfahren ab, und der Fall ist erledigt.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Okay. Ich werte das als ein positives Signal. Denn wenn das so wichtig ist, müssen wir auch etwas zu Stande bringen. Dann sollten wir diese Sitzung auch gut vorbereiten, damit wir Sonntagnacht nicht ohne Ende

beraten. Deswegen bitte ich sehr darum, dass wir uns an dem Papier der Arbeitsgruppe "Finanzen und Steuern" orientieren. Ich rate dazu, dass wir uns anschließend noch die Zeit nehmen zu sortieren, wie es morgen und am Sonntag weitergehen soll. - Herr Kauder.

Abg. Volker Kauder: Ich habe eine Bitte, Herr Vorsitzender. Ich habe heute Morgen mit dem Kollegen Wilhelm Schmidt gesprochen - -

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich hatte mich vorhin schon gemeldet!)

- Entschuldigung!

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich bitte um Entschuldigung. Der Protokollführer hat mir die Sicht versperrt.

Abg. Volker Kauder: Ich will nur darauf hinweisen, dass ich mit Herrn Schmidt heute Morgen ein Gespräch geführt habe, in dem wir uns darauf verständigt haben, dass der Vermittlungsausschuss morgen bis 14 Uhr tagen soll. Wir wollen morgen um 13 Uhr eine Abschlussbesprechung mit den Ministerpräsidenten der B-Seite durchführen, um eine Rückschau auf die vergangenen zwei Tage zu halten und zu überlegen, wie wir die Sitzung am Sonntag angehen sollen. Deswegen bitte ich darum, die morgige Sitzung des Vermittlungsausschusses um 13 Uhr zu beenden.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich denke, das müssen wir respektieren. Dies wird dazu führen, dass wir heute Nacht eine Stunde länger beraten. Aber das ist kein Drama; wir alle sind darauf vorbereitet. Deswegen habe ich Ihrer Bitte zugestimmt.

Ich bitte darum, dass das, was der Vorsitzende ausgeführt hat, umgesetzt wird: Wir sollten uns darauf verständigen, zunächst in die Beratung über das Haushaltsbegleitgesetz bzw. über das Thema "Vorziehen der Steuerreform" einzusteigen. Ich meine, wir haben in einigen anderen Punkten, die in dem Protokoll aufgeführt sind, bisher eine durchaus akzeptable Verständigung erzielt, ohne dass die Debatte abgeschlossen worden ist. Wir sind daran interessiert, sehr konkret in die Materie einzudringen und am Anfang das, was auf der Ebene der Arbeitsgruppe besprochen worden ist, zum Gegenstand unserer Verhandlungen zu machen. - Vielen Dank.

Abg. Volker Kauder: Ich signalisiere Zustimmung.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Die beiden sind damit einverstanden. Dann verfahren wir so.

Tagesordnungspunkte:

I.1. Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen

I.2. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

I.3. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch

I.4. Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2004 - HBeglG 2004)

I.5. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit

I.6. Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz

I.7. Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerreformgesetz - GewStRefG)

II. Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt

III.1. Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

III.2. Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze

III.3. Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

III.4. Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

III.5. Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften

Wir beginnen mit dem Abschlussbericht der Arbeitsgruppe "Finanzen und Steuern" und dort mit der Tabaksteuer.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich habe aber darum gebeten, mit dem Haushaltsbegleitgesetz anzufangen! Herr Kauder hatte Einverständnis signalisiert!)

- Ich habe wieder nicht zugehört. Ich bitte ein zweites Mal um Entschuldigung.

Wir beginnen mit dem Haushaltsbegleitgesetz. Das ist von Herrn Schmidt und Herrn Kauder akzeptiert worden. - Wer will einführen, Herr Poß oder Herr Stratthaus?

Abg. Joachim Poß: Wir können an den gestern erstatteten Bericht anknüpfen.

Herr Stratthaus hat gestern ausgeführt, dass über die Halbjahres-AfA Einverständnis besteht. Wenn man das so festhalten kann, könnte man diesen Punkt verlassen, es sei denn, hier greift eine andere Betrachtungsweise Platz.

Im Anschluss daran kommen wir zu einem Punkt, der sicherlich Streitstoff enthält: Das ist die Entfernungspauschale. Dazu liegt der Vorschlag der A-Seite vor, die Entfernungspauschale auf 15 Cent zu reduzieren. Die Arbeitsgruppe war damit einverstanden, einen einheitlichen Centbetrag vorzusehen. Differenzen bestehen allerdings über die Höhe des Betrages. Dem Protokoll sind verschiedene Berechnungen beigefügt.

Ich will keinen Hehl daraus machen, dass dies für uns ein Kardinalpunkt ist. Unser Vorschlag würde 3 Milliarden Euro erbringen. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, um die notwendige Haushaltssanierung sowohl auf der Ebene des Bundes als auch auf der Ebene der Länder vorantreiben zu können. Deswegen legen wir Wert darauf, möglichst nahe bei dem Betrag von 15 Cent zu landen.

Abg. Volker Kauder: Wir können über alle diese Fragen erst verhandeln, wenn wir wissen, was die Bundesregierung zur Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform zu tun gedenkt. Wir haben unsere Bedingungen formuliert: 25 % Neuverschuldung, der Rest muss finanziert werden. Solange wir dazu nichts hören, können wir über diese Punkte nicht reden. Alles das hängt miteinander zusammen. Deswegen meine ich, der Herr Bundesfinanzminister müsste sich jetzt erklären.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Er hat sich gemeldet. Bitte.

BM Hans Eichel (BMF): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Herr Kauder, ich meine, wir sollten direkt über diesen Punkt reden.

(Abg. Volker Kauder: Bitte!)

Es geht um die Frage, wie wir - mit und ohne Vorziehen der Steuerreform - das Jahr 2004 und die Folgejahre vor dem Hintergrund der europäischen Verabredungen, wozu ich von Ihrer Seite gehört habe, ich sollte noch mehr akzeptieren, gestalten.

Um die europäischen Verabredungen einhalten zu können, müssen wir bei einem Vorziehen der Steuerreform alles das finanzwirksam umsetzen, was die Bundesregierung im Haushaltsbegleitgesetz vorgeschlagen hat unter Einschluss der Koch/Steinbrück-Vorschläge. Das muss nicht heißen, dass die Maßnahmen genauso umgesetzt werden, wie sie vorgeschlagen worden sind, wenn Sie z. B. an die Entfernungspauschale denken. Aber die Finanzwirksamkeit der Maßnahmen muss sichergestellt sein.

Sie können nicht sagen, Sie wollten eine geringere Neuverschuldung, wofür ich bin, aber gleichzeitig alle Maßnahmen ablehnen, die die Bundesregierung vorgeschlagen hat. Wir alle wissen, dass die Koch/Steinbrück-Vorschläge allein nicht ausreichen, was die Autoren übrigens nicht bestreiten. Bevor sie auf dem Tisch lagen, haben wir in diesem Verfahren weitergehende Vorschläge gemacht. Wenn bei der Steuerreform am Schluss eine Lücke für den Bund bleibt, dann muss ich sehen, ob ich bei der Privatisierung noch etwas tun kann. Aber ich habe kaum noch etwas.

Der entscheidende Punkt ist, dass wir zunächst einmal beim Subventionsabbau vorankommen. Deswegen können Sie nicht auf der einen Seite sagen, Sie wollten eine geringere Neuverschuldung, und auf der anderen Seite alle Vorschläge zum Subventionsabbau ablehnen. Dann müssen sie durch andere ersetzt werden.

Damit will ich sagen: Die Bundesregierung hat ein Gesamtpaket auf den Tisch gelegt, das eine Entlastungswirkung auf den Bundeshaushalt von 14 Milliarden Euro und, gleichgerichtet umgesetzt, auf den öffentlichen Gesamthaushalt - den Haushalt des Bundes sowie die Haushalte der Länder und der Gemeinden - von 23 Milliarden Euro hat. Das Vorziehen der Steuerreform bedeutet für alle Ebenen hingegen eine Belastung von etwas weniger als 16 Milliarden Euro. Das heißt: Das Gesamtpaket der Bundesregierung hat eine höhere Entlastungswirkung, als ein Vorziehen der Steuerreform kostet.

Wir wissen gemeinsam - da die Presse nicht anwesend ist, können wir die Dinge direkt beim Namen nennen -, dass wir nach Möglichkeit zwei Ziele erreichen müssen: Wir müssen bei der Haushaltskonsolidierung vorankommen, und wir müssen die Steuerreform vorziehen. Ich halte fest, dass die Wirkung des von der Bundesregierung vorgelegten Gesamtpakets auf den Gesamtstaat mit 23 Milliarden Euro höher ist als die Kosten für das Vorziehen der Steuerreform in Höhe von knapp 16 Milliarden Euro.

Das bedeutet einen zusätzlichen Konsolidierungsbeitrag von 7 Milliarden Euro für alle Ebenen, vorzugsweise für den Bund.

Ich sage ausdrücklich: Wir sind bereit, wie Herr Kollege Clement schon bei anderer Gelegenheit erklärt hat, beim Subventionsabbau weiter zu gehen als die Koch/ Steinbrück-Vorschläge plus die Dinge, in denen das Haushaltsbegleitgesetz weiter reicht. Wir halten es insbesondere für vernünftig, ab dem Jahr 2005 weiter zu gehen und diese Verabredung jetzt in Gesetzesform zu gießen.

Im Moment sehe ich, dass alles, was Sie vorgeschlagen haben, weniger ist, und das hat keinen Sinn. Also müssen wir uns beim Subventionsabbau - wir können im Übrigen nur das in das Vermittlungsverfahren einbeziehen, was ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht worden ist - weiter bewegen, als es bisher erkennbar gewesen ist. Das wird die Aufgabe der nächsten Tage sein.

MP Roland Koch (HE): Ich denke, zunächst bleibt es bei einfacher Mathematik. Wenn Sie den Prozess der Steuerreform nicht gesetzlich verändern, haben Sie 15 Milliarden Euro weniger Ausgaben und deshalb für dieses Jahr kein Problem mit den Brüsseler Kriterien. Das ist Ihre Entscheidung. Insofern ist die Frage, wie man diese Gelder in die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern einordnet.

Es gibt einen zweiten Anlass: Sie haben im Sommer den Bundeshaushaltsplan vorgelegt, der natürlich auch viele Konsequenzen für die Länder abbildet. Dieser Bundeshaushalt ist auf Grund der Verschuldung und der Einnahmen, die Sie in Ihrer Planung dagegengestellt haben, an der oberen Grenze der Verfassungsmäßigkeit gewesen. Würde man den damaligen Zustand auf die übrigen Bereiche übertragen, käme man durchaus zu dem Ergebnis, dass eine Reihe von Haushalten - mein eigener; der nordrhein-westfälische ebenfalls, habe ich gelesen - mit all den Einsparungen, die wir in unserem Bereich vornehmen, gerade noch an der Grenze der Verfassungsmäßigkeit wäre.

Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, dass Herr Kollege Steinbrück und ich von Anfang an gesagt haben, dass unsere Vorschläge der Konsolidierung der Haushaltsstrukturen dienen müssen und nicht in die Berechnungen für das Vorziehen der Steuerreform einbezogen werden dürfen. Das gilt auch für die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen. Denn die im Haushaltsbegleitgesetz enthaltenen Maßnahmen waren notwendig, um die Verfassungsgemäßheit Ihres Haushalts herzustellen, und zwar ohne ein Vorziehen der Steuerreform.

Ich lege größten Wert darauf - an dieser Stelle werden Sie jedenfalls auf der Seite der B-Länder sehr wenig Bewegung registrieren -, dass zunächst einmal folgende Fragen beantwortet werden: Welche finanzpolitischen Maßnahmen sind unter dem Gesichtspunkt des damaligen Haushalts notwendig und richtig, und wie verhält es sich mit der Sondermaßnahme, die Sie hinzugenommen haben? Wir haben zunehmend den Eindruck, dass Sie an diesen Stellen versuchen, das Geld zweimal auszugeben.

Es ist eine Tatsache, dass die Veränderungen im Besoldungsrecht den Ländern aus der Sicht des Bundes auf einmal als Verbesserungen angeboten worden sind, obwohl wir, glaube ich, in aller Freundschaft sagen können, dass der Bund dazu, außer am Schluss freundlicherweise zuzustimmen, nichts beigetragen hat. Dieser von Berlin ausgehende Prozess war vielmehr eine Erfindung der Bundesländer.

Wir haben dort erhebliche Schwierigkeiten, die Finanzierung nachzuvollziehen. Aus diesem Grunde haben wir auch große Schwierigkeiten, über die Frage eines Vorziehens der Steuerreform zu reden.

Da sowohl Ihre Seite als auch unsere Seite deutlich gemacht haben, dass vieles mit vielem zusammenhängt - so das Motto des gestrigen Tages: nichts kann abgeschlossen werden ohne alles andere; das ist unter den Lagern nicht streitig; wir werfen es uns gegenseitig nicht vor, sondern es ist halt so -, hat die Frage, die der Herr Bundeskanzler in den Mittelpunkt des Interesses gerückt hat, nämlich was hinsichtlich der Steuerpolitik und des Vorziehens der Steuerreform geschehen soll, natürlich essenzielle Bedeutung unter dem Gesichtspunkt, ob alle weiteren Gespräche Sinn haben. Erst wenn man das einigermaßen erkennen kann, ist es zweckmäßig, an bestimmten Stellen weiterzugehen.

Das gilt aus meiner Sicht ausdrücklich auch für die Frage, die Sie gerade angesprochen haben: Die Entfernungspauschale ist eine Schnittmenge zwischen dem, was Herr Kollege Steinbrück und ich vorgeschlagen haben, einerseits und dem, was im Haushaltsbegleitgesetz steht, andererseits. Dem kann man sich von zwei Punkten aus nähern. Dazu hat es durchaus Überlegungen gegeben: 3 x 4 oder 1 x 12; aber es gibt auch andere Lösungen.

Jedenfalls aus der Sicht meines Landes muss deutlich werden, ob damit dauerhafte strukturelle Verbesserungen verbunden sind und was Sie zur Gegenfinanzierung eines Vorziehens der Steuerreform anbieten. Wenn es bei ein paar Euro bleibt - ich gehöre seit jüngster Zeit einem Gremium an, an das Sie denken, wenn Sie bei Privatisierungen Geld "parken" müssen -, haben wir eine Vorstellung davon, dass das Lichtjahre von dem Problem entfernt ist, das sich aus der Sicht der Länder in der Größenordnung von etwa 6 Milliarden Euro für das nächste Jahr definiert, um offen und klar zu sagen,

worüber wir reden. Denn es ist keine höhere Mathematik auszurechnen, wie viel 75 % von 8 Milliarden sind.

Wenn wir den Appell des Vorsitzenden beherzigen wollen, am Sonntagabend die Chance zu nutzen, Dinge zu besprechen, die wir verstehen, dann müssen wir sie auch prüfen können. Es bleiben grob geschätzt noch 18 Stunden Zeit, damit das noch Sinn hat. Wenn Sie sagen, Sie wollten es nicht heute machen, sondern morgen früh um 11.30 Uhr, dann kann ich nichts dagegen einwenden, weil wir leichtfertigerweise morgen noch eine Sitzung terminiert haben. Aber wir brauchen noch vor Sonntagabend eine Antwort auf die Frage, ob Sie eine einigermaßen valide berechenbare Gegenfinanzierung anbieten wollen oder nicht. Wenn das nicht geschieht, ist die Diskussion im Übrigen sehr viel komplizierter. Dann müssen wir darüber reden, ob es sich lohnt, über solche Punkte zu sprechen, oder ob wir sie ausklammern sollen. Das ist am Ende die zentrale Frage. Denn die Antworten auf die Diskussion über das Thema "mit oder ohne Vorziehen der Steuerreform?" sind nicht nur bei Ihnen, sondern auch bei uns unterschiedlich.

Abg. Volker Kauder: Herr Finanzminister, ich will in die gleiche Richtung argumentieren. Ich habe vorhin schon gesagt: Wenn ich mir Ihre Zahlen anschaue, komme ich zu dem Ergebnis, dass Sie für die Konsolidierung des Haushalts 7 Milliarden Euro und für ein Vorziehen der Steuerreform 16 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Sie sagen, darin sei alles enthalten. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

Hinsichtlich der von Ihnen genannten Zahl von 16 Milliarden Euro möchte ich wissen, in welchem Umfang den Ländern geholfen werden kann, ihre Haushalte verfassungsgemäß zu gestalten.

Wenn das, was Sie vorgelegt haben, alles ist, wenn nicht mehr kommt, dann können wir die Diskussion eigentlich relativ rasch beenden. Ich sehe nicht, dass wir am Sonntag über die Finanzierung entscheiden können. Sie müssten sich heute erklären. Wenn Sie sagen, das, was Sie vorgelegt haben, sei alles, mehr tue sich nicht, dann beantrage ich eine Unterbrechung, damit wir uns darüber einigen können, worüber wir uns unterhalten wollen oder nicht. Wenn Sie noch etwas anzubieten haben, dann sollten Sie es bald sagen; denn sonst werden wir unser Ziel, am 16. und 17. Dezember die Gesetzestexte zu formulieren, nicht erreichen können.

MP Peer Steinbrück (NW): Wenn wir so weiterdiskutieren, fürchte ich, dass wir uns stundenlang im Kreise drehen. Das wird uns nicht zusammenführen.

Ich glaube, es hat keinen Sinn, dass wir die Diskussion mit der Fragestellung beginnen, wie viel Prozent von der geplanten Vorziehung der vierten Stufe der Steuerreform gegenfinanziert werden und wie viel kreditfinanziert sein müssen. Ich meine, wir sollten uns in anderer Form einer Lösung annähern.

Gehen wir doch einmal die Vorschläge durch, die mit Blick auf mögliche Verbesserungen auf der Einnahmenseite bzw. Einsparungen auf der Ausgabenseite vorgelegt worden sind! Es liegen drei Komplexe auf dem Tisch: In Korb II sind nach wie vor Vorschläge enthalten, die zu Mehreinnahmen von Bund und Ländern führen. Im Zuge des Haushaltsbegleitgesetzes liegt ein Vorschlag vor, der im Einzelnen zehn Positionen enthält. Ferner liegt das Papier vor, das Herr Kollege Koch und ich erarbeitet haben. Es ist, bezogen auf einzelne Maßnahmen - wenn auch unterschiedlich ausgestaltet -, teilweise identisch mit dem, was im Haushaltsbegleitgesetz enthalten ist.

Es liegt doch nahe, diese drei Komplexe daraufhin zu untersuchen, was unter dem Strich herauskommt. Das Ergebnis konfrontieren wir anschließend mit der Fragestellung, welche Belastungseffekte aus der Sicht der öffentlichen Haushalte die Steuerreform bringt. Dann werden wir ein Delta haben, über das wir uns unterhalten müssen, wobei ich nicht die Diskussion wiederholen will, die ich gestern selber angestrengt habe. Auch in einer Bundesratssitzung hat es Sinn, dieses Delta durch weitere Ausgabenkürzungen und durch Subventionsabbau an anderer Stelle zu refinanzieren mit dem Effekt des von mir häufig zitierten Mechanismus, dass der Nettoimpulseffekt geringer wird, oder, sollte eine stärkere Kreditfinanzierung vielleicht doch in Kauf genommen werden, eines Mechanismus, den ich ebenfalls schon beschrieben habe.

Was spricht methodisch dagegen, Korb II, das Haushaltsbegleitgesetz und die Koch/Steinbrück-Liste daraufhin zu prüfen, was entsprechend der gemeinsamen Interessenlage des Bundes und der Länder - ich lasse das Thema "Gemeindefinanzreform" und damit verbundene Weiterungen absichtlich weg, um das Ganze nicht zu überfrachten - unter dem Strich herauskommt?

Dies interessiert mich mit Blick auf einen Zwischenstand, von dem mir berichtet worden ist: Die B-Seite will eine ganze Reihe von Positionen aus dem Koch/Steinbrück-Papier herausbrechen. Das steht in einem gewissen Widerspruch zu dem Plädoyer von Herrn Kauder, der den Bundesfinanzminister aufgefordert hat, er möge eine Gegenfinanzierung vorlegen. Auf der anderen Seite befürwortet die B-Seite einen Mechanismus, der Einsparungen, die erzielt werden können, eher reduziert. Mir ist sehr daran gelegen zu erfahren, ob die Koch/Steinbrück-Liste zusammengehalten

werden kann oder ob sie aufgebohrt wird und, wenn ja, in welchem Umfang. Wirft das nicht automatisch die Frage auf, dass dann eine Kompensation her muss, damit die Summe erreicht werden kann?

Wenn man mit den Vorschlägen des Bundes im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes nicht einverstanden ist, stellt sich dieselbe Frage: Was hat man stattdessen kompensatorisch dagegenzustellen, damit unter dem Strich der Effekt erzielt werden kann, den der Bund vorgeschlagen hat? Dasselbe gilt für Korb III.

Bevor die Sitzung unterbrochen wird, bin ich neugierig zu erfahren, ob man sich einer solchen Methode befleißigen kann.

BM Hans Eichel (BMF): Herr Kauder, eines verstehe ich nicht: Der Bund hat zum wiederholten Male Vorschläge gemacht - ich mache einen kleinen Schwenk zurück: 1999 das erste Mal bei der Beamtenbesoldung -, die nicht so sehr dem Bund als vielmehr Ländern und Kommunen genutzt haben. Dies hatte damals zur Folge, dass ich im Bundesrat damit gescheitert bin. Ich freue mich, dass es jetzt anders aussieht.

Die Vorschläge, die ich gemacht habe, führen samt und sonders sowohl zu einer Entlastung des Bundeshaushalts - das ist meine erste Aufgabe als Bundesfinanzminister - als auch zur Entlastung der Länder- und Kommunalhaushalte. Genau diese Vorschläge stellen Sie in Frage, um anschließend die Forderung zu erheben, ich solle neue Vorschläge machen. Ich finde, das ist nicht fair.

Wenn Sie nicht in der Lage sind, meinem Vorschlag zur Eigenheimzulage zu folgen, vermindern Sie das Konsolidierungsvolumen um 42 % für die Länder und um 15 % für die Kommunen.

Wenn Sie nicht in der Lage sind, dem Vorschlag der Bundesregierung zur Entfernungspauschale zu folgen, vermindern Sie das Konsolidierungsvolumen für die Länderhaushalte um 42 1/2 % und für die Kommunalhaushalte um 15 %. Anschließend fordern Sie mich auf: Mache bitte Vorschläge, wie wir unsere Haushaltslöcher stopfen können! - Das darf nicht sein.

Wir sollten an diesem Tisch redlich miteinander umgehen und nicht für die Öffentlichkeit reden. Es gibt doch nur zwei Elemente. Sie können fragen, welche Ausgaben man kürzen kann. Ich sehe - ich unterstreiche das, was Herr Steinbrück soeben gesagt hat -, dass die B-Seite - nicht immer ohne Beteiligung von A-Ländern - zunächst eine Menge herausnehmen will. Das ist der Diskussionsstand im Moment. Ich sage: Das kann nicht so bleiben.

Meine Antwort ist genau umgekehrt: Das Angebot der Bundesregierung ist, über die auf dem Tisch liegenden Vorschläge - das Haushaltsbegleitgesetz plus Koch/ Steinbrück - hinauszugehen. Aus rechtlichen Gründen können wir nur auf Elemente zurückgreifen, die bereits auf dem Tisch liegen. Das heißt: Wir dürfen aus dem Haushaltsbegleitgesetz und aus den Koch/Steinbrück-Vorschlägen keine Positionen herausbrechen und das Volumen nicht vermindern, Herr Kauder. Das ist doch gegenwärtig der Sachverhalt - nicht der der Bundesregierung! Wie gesagt, es gibt das Angebot der Bundesregierung, darüber hinauszugehen.

Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Kollege Clement bei anderer Gelegenheit erklärt hat und was Herr Steinbrück soeben gesagt hat: Wenn die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung noch nicht so gesichert und gefestigt ist, wie wir alle es uns wünschen, und wenn wir wissen, dass wir nicht einfach nur Geld aus dem Kreislauf herausnehmen können, was wir aber tun müssen, weil eine Reihe unserer Ausgabenstrukturen nicht zukunftsfähig ist - wir müssen konsolidieren -, dann sollten wir uns schon fragen, ob es nicht vernünftig ist, die Steuerreform, die ohnehin 2005 im Gesetz steht - ich habe jedenfalls nicht gehört, dass man sie dort herausnehmen sollte -, ein Jahr vorzuziehen, um nicht mit unserer Finanzpolitik jetzt einen kontraktiven, einen prozyklischen Effekt zu erzeugen und den notwendigen Aufschwung im nächsten Jahr von dieser Seite aus - ich will es zurückhaltend formulieren - zu gefährden. Deswegen darf man das von der Regierung vorgeschlagene Konsolidierungsvolumen nicht noch vermindern. Sie sind dabei, das zu tun. Ich bin bereit, es mit Rücksicht auf den konjunkturellen Aspekt im Jahre 2005 und in den Folgejahren nachhaltig zu erhöhen.

Ich weise darauf hin, dass die Eigenheimzulage einen aufwachsenden Beitrag leistet. Wenn wir uns nicht zu Veränderungen entschließen können, wie bisher von Ihrer Seite zu hören war, dann steht er nicht zur Verfügung.

Ich habe in der letzten Zeit zur Kenntnis genommen, dass Sie unsere europäischen Verpflichtungen vorgeblich höher gewichten als ich. Das ist nicht der Fall; ich nehme sie sehr ernst. Aber dann müssen wir sie auch einhalten. Das erfordert zusätzliche Konsolidierung in den Folgejahren, hoffentlich in einer besseren wirtschaftlichen Situation.

Auf der einen Seite sind Sie nicht bereit, meinen Vorschlägen in dem vorgesehenen Umfang zuzustimmen, auf der anderen Seite fordern Sie mich auf, weiter gehende Vorschläge zu unterbreiten. Ich mache gerne Vorschläge, wie man noch mehr tun kann. Es ist z. B. sehr einfach, im Zusammenhang mit Koch/Steinbrück zu sagen - darüber wird auch bei Ihnen nachgedacht, allerdings unter Herausnahme vieler Positionen -: Wir müssen ja nicht 3 x 4 % vorsehen.

(Abg. Volker Kauder: Kohle!)

- Der Bereich "Kohle" wurde für das nächste Jahr vertraglich geregelt, und zwar, wie Sie wissen, Herr Kauder, 1997 durch Ihre Regierung. Ich rede gerne über das Thema "Kohle"; aber es führt im Zusammenhang mit dem Punkt, über den wir gerade diskutieren, zu keinem Ergebnis.

Wir haben eine Reihe von Vorschlägen zum Agrarbereich gemacht. Ich lese, dass sie in den Arbeitsgruppen streitig gestellt worden sind, weil sie für nicht umsetzbar gehalten wurden.

Es geht nicht an, dass Sie einen Großteil unserer Vorschläge zurückweisen, um den Finanzminister anschließend dazu aufzufordern, nicht nur die dadurch aufgerissenen Haushaltslöcher zu schließen, sondern zusätzliche Vorschläge zu machen. Wenn Sie so argumentieren, müssen wir über das hinausgehen, was die Regierung vorgeschlagen hat und was in dem Koch/Steinbrück-Papier enthalten ist. Wir sind dazu bereit.

Abg. Joachim Poß: Ich finde auch: Bei aller gebotenen Höflichkeit gehört nach dem Verlauf der Sitzungen der Arbeitsgruppe "Finanzen" doch etwas Chuzpe dazu, eine solche Forderung zu stellen und den Bundesfinanzminister damit zu konfrontieren, Kollege Kauder. Wir haben zweimal gut eineinhalb Tage getagt. Ergebnis - wir haben es jeweils in einem Protokoll festgehalten - ist, dass wir in allen Punkten, in denen wir größere Schritte durchaus im Einvernehmen mit Koch/Steinbrück, aber auch darüber hinausgehend vorgeschlagen haben, auf Ihren Widerstand gestoßen sind. Das ist eine feststehende Tatsache, die Sie weder aus der öffentlichen noch aus unserer internen Debatte verdrängen können.

Wir stehen vor der Aufgabe - das kann man unterschiedlich beurteilen; darüber haben wir gestern Abend schon diskutiert -, die Sanierung der öffentlichen Haushalte in den Mittelpunkt zu stellen und gleichzeitig einen konjunkturellen Impuls damit zu verbinden. Über diese Frage gibt es auf der A-Seite keine unterschiedlichen Auffassungen mehr. Auf Ihrer Seite ist das etwas schwieriger, jedenfalls nach den bekannten öffentlichen Äußerungen. In diesem Zusammenhang muss man wiederholen: Die Gesamtoperation von 15,6 Milliarden sieht nach dem Vorschlag des Finanzministers - mit Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen - 5 Milliarden neue Schulden für den Bund und eine Kompensationsmasse durch alle Maßnahmen, die in unserer Beratung sind - man muss mit ihnen nicht einverstanden sein -, von 6,5 Milliarden vor. Das heißt, die Steuerreform kostet die Länder konkret 6,3 Milliarden, die Maßnahmen, die Herr Eichel zur Kompensation vorschlägt, machen 6,5 Milliarden aus.

(Zuruf MP Roland Koch (HE))

Insoweit ist eine Deckung gegeben, auch weitgehend bei den Kommunen.

Es geht um diese Doppelaufgabe, Herr Kollege Koch. Ich halte es nicht für verantwortungsvoll, wenn jetzt nicht alles versucht wird, um aus der Stagnation herauszukommen. Da die ökonomischen Aspekte vor den fiskalischen zu sehen sind, sollten wir uns solcher Mittel, der Vorziehung, bedienen - ohne sie zu überschätzen. Niemand

auf unserer Seite hat gesagt, sie wäre ein Wundermittel. Wir haben gestern Abend schon zu Recht darüber diskutiert, dass ein Signal, es tue sich nichts, erhebliche Effekte nach unten hätte. Man muss in diesem Zusammenhang noch einmal auf die psychologischen und sehr wahrscheinlich ökonomischen Effekte hinweisen, die weit über den positiven Beitrag von 0,2 oder 0,4 % Wachstum hinausgingen, wenn es abstürzte. Es würde in der Tat zu einem Bremseffekt kommen. Dann ist die Frage, wer das politisch zu verantworten hätte.

Gehen wir die Fakten konstruktiv an! Herr Steinbrück hat dieses Angebot gemacht, der Vorsitzende hat es ebenfalls angedeutet. Wenn es hakt, müssten wir uns in einem kleineren Kreis als den bisherigen Arbeitsgruppen in eine erneute Bemühung um Verständigung begeben, um noch einmal abzutasten, was im Zusammenhang mit dem Haushaltsbegleitgesetz, mit Koch/Steinbrück und dem Korb II geschehen kann. Gelingt das, macht man einen Strich darunter und diskutiert über die Konsequenzen.

Ihre Aktion ist so zu verstehen, dass Sie gar nicht die Bereitschaft mitbringen, in diesen Prozess einzutreten. Das widerspricht dem Geist und dem Auftrag des Vermittlungsausschusses. Wir haben den Auftrag, angesichts der unterschiedlichen Mehrheiten und im Sinne unseres föderalen Verständnisses zu Lösungen zu kommen. Das setzt voraus, dass wir ausloten. Wenn Sie von vornherein sagen, das Haushaltsbegleitgesetz trügen Sie nicht mit, der Bundesfinanzminister solle neue Vorschläge vorlegen, obwohl er ausreichende Deckungsvorschläge gemacht hat, verstoßen Sie eindeutig gegen den Geist, mit dem wir unsere Arbeit eigentlich verrichten müssten.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Was wir draußen erzählen, und wie wir das eine oder andere mehr oder minder gelungen begründen, sind zwei verschiedene Sachen. Die unterschiedlichen Positionen sind klar. Dass ich von Ihrer Ökonomie nichts halte, ist auch bekannt; das ist mehr Voodoo-Ökonomie. Ihre ökonomische Begründung ist kraus. Aber das ist hier nicht der Punkt.

(BM Hans Eichel (BMF): Das ist IWF, Herr Milbradt! - Abg. Joachim Poß: Herr Köhler als erster Voodoo-Priester!)

Ich möchte nur einen Beitrag dazu leisten, dass wir vernünftig ordnen, was wir zu lösen haben.

Das Haushaltsbegleitgesetz des Bundes dient dazu, den normalen Bundeshaushalt zu konsolidieren.

(BM Hans Eichel (BMF): Nicht nur!)

- Es ist beschlossen worden, um den Bundeshaushalt vernünftig hinzubekommen. Da war von Steuersenkung noch keine Rede. Genau dasselbe ist gedanklich bei den Länderhaushalten der Fall. Sie sind ebenfalls in einer Schieflage und bedürfen auch ohne Steuersenkung einer gewissen Konsolidierung. Deswegen ist das Haushaltsbegleitgesetz sozusagen die normale Situation,

(Abg. Ludwig Stiegler: Etwas, was allen hilft!)

was mit der Finanzierung der Steuerreform nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Ich gebe gerne zu, dass man ein bisschen mehr und ein bisschen weniger konsolidieren kann. Wird mehr konsolidiert, sieht die Situation der öffentlichen Haushalte - nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder - besser aus; tut man weniger, ist es schwieriger.

Zweiter Teil: Koch/Steinbrück. Jeder weiß, dass Koch/Steinbrück, bezogen auf das Jahr 2004, relativ wenig bringt. Sie haben es gerade gesagt: Die Eigenheimzulage wirkt erst im Laufe der Jahre, sie kann also bei Finanzproblemen oder Finanzierungsproblemen des Jahres 2004 keinen erheblichen Beitrag leisten.

Dritter Aspekt: Soll man die darauf aufgepackte steuerliche Absenkung finanzieren oder nicht? Sie über Verschuldung zu finanzieren, weil sie dann am meisten wirkt, ist klassischer Keynesianismus. Das hatten wir in den 70er-Jahren mit den bekannten Effekten. Dann sollte man aber auch so fair sein zu sagen, dass es für die Steuersenkung praktisch keinerlei Finanzierung gibt. Was ansonsten in der Diskussion ist, reicht gerade dazu aus, die normalen Haushaltsprobleme zu lösen, und zwar mit Ach und Krach.

In dem Tableau, das uns übergeben worden ist, befindet sich die wundersame Summe von 5 Milliarden Euro, Steuern, die repatriiert zu uns kommen sollen. Davon will der Bund - säuberlich ausgerechnet - 2,1 Milliarden kassieren, die restlichen 2,9 Milliarden dürften die Länder und Gemeinden kassieren. Ich will Ihnen sagen: An diese Zahl glaube ich überhaupt nicht. Das ist eine Mondzahl.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Wir reden doch nicht vom Glauben!)

Jeder, der sich mit diesem Thema beschäftigt, weiß doch, dass die augenblicklichen Entlastungen oder auch Belastungen des Kapitals niemanden, der in der Vergangenheit im Wesentlichen aus steuerlichen Gründen illegal ins Ausland gegangen ist, dazu verleiten werden zurückzukommen. Selbst das, was mehr oder minder schon als abgehakt gilt, ist zu hinterfragen. Meine Analyse der Situation ist, dass die Lage der öffentlichen Haushalte viel dramatischer ist, als aus den offiziellen Dokumenten der Bundesregierung und mancher Länder hervorgeht. Wir alle rechnen uns reich,

(Abg. Ortwin Runde: So ist es!)

und zwar weil wir diese Verfassungsklausel haben. Für die jeweilige Opposition ist es sehr viel einfacher, die Verfassungswidrigkeit eines Haushalts im Planungsstand als im Vollzug nachzuweisen; dann ist er gelaufen.

Wir schieben die Einnahmen nach oben, weit darüber hinaus, was man vernünftigerweise planen kann, die Ausgaben schieben wir nach unten und erzählen der staunenden Öffentlichkeit, der Landeshaushalt oder der Bundeshaushalt sei noch eben verfassungsgemäß. Ich sage offen: Ich mache so etwas nicht mit. Ich bin nicht bereit, in meinem Landeshaushalt etwas schönzurechnen. Aus diesem Grund bin ich in den letzten Jahren vielleicht auch ein bisschen besser gefahren als andere. Ich bin auch nicht bereit, ein solches Verfahren hier zu tolerieren. Deshalb sollten wir uns erst einmal mit der Wahrheit beschäftigen.

(BM Hans Eichel (BMF): Was heißt denn das?)

- Dass für eine wie auch immer geartete Steuersenkung nur die Finanzierungsform Schulden übrig bleibt, wenn Sie nicht einen grandiosen Finanzierungsvorschlag haben. Das sollten wir offen sagen, statt uns ständig zu belehren und der uninformierten Öffentlichkeit mit irgendwelchen Zahlenkolonnen etwas einzureden. Das wäre für die Diskussion hier nützlich. Wir haben uns nicht über die wirtschaftspolitischen Auswirkungen irgendwelcher Zahlen zu unterhalten, sondern wir müssen wissen, wo wir die jeweiligen Maßnahmen einzuordnen haben. Die Antwort des Bundesfinanzministers war deutlich, sie hat mich nicht überrascht. Sie heißt schlicht und einfach: Er hat keinen Dukatenesel. Was er zu leisten im Stande ist, einschließlich gewisser Schönrechnungen, liegt auf dem Tisch, mehr ist nicht zu erwarten. Dann weiß ich für die weitere Verhandlung in diesem Raum Bescheid. Sollte es anders sein, würde ich mich freuen. Ich bitte um sachdienliche Hinweise.

StM Erwin Huber (BY): Ich möchte zuerst feststellen, dass die vom Bundesfinanzminister dargelegte Zahl von 23 Milliarden Gegenfinanzierung der Steuersenkung nicht nachvollzogen werden kann. Sie zählen alles zusammen, was innerhalb von eineinhalb Jahren an Konsolidierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht wird,

(BM Hans Eichel (BMF): Nein!)

ob in der Größenordnung berechtigt oder nicht, und fokussieren den Bereich der Steuersenkung. Die Gesamtsumme ist nicht nachzuvollziehen.

Zweitens werden dadurch die Länder und Kommunen nicht aufkommensadäquat entlastet; denn vieles in Ihrer Liste, z. B. Zuschuss zur Rentenversicherung oder Privatisierungserlöse, kommt der Bundeskasse zugute, Länder und Kommunen, die in

großen finanziellen Schwierigkeiten sind und große Mühe haben, ihre Haushalte verfassungsgemäß auszugleichen, haben davon nichts.

Mit besonderer Chuzpe rechnen Sie sogar das Weihnachtsgeld der Bundesbeamten ein. Herr Ministerpräsident Koch hat schon darauf hingewiesen, dass die Änderung des Besoldungsrechts von den Ländern gegen monatelangen Widerstand des Bundes durchgesetzt worden ist. Die Länder haben bereits Mitte letzten Jahres die mutige Entscheidung getroffen, das Weihnachtsgeld auf 60 % und weniger zu kürzen. Dies jetzt zu nehmen, um die Steuerentlastung für 2004 zu finanzieren, ist unredlich, Herr Bundesfinanzminister, und kann uns nicht unterschoben werden. Die Gesamtrechnung und die Verteilung auf die Ebenen stimmen nicht. Damit sind die Länder und Kommunen nicht in der Lage, das Delta, das entsteht, zu finanzieren. Das sagen wir seit vielen Monaten.

Ich sehe auch einen Widerspruch in Ihren Darlegungen. Sie sagten: Natürlich kann ich noch weitere Vorschläge bringen. - Bitte, legen Sie doch das gesamte Tableau auf den Tisch! Wir können nicht über einzelne Positionen streiten, und Sie kündigen dann an, später komme eine weitere Liste. So habe ich Sie verstanden. Bitte legen Sie das gesamte Tableau auf den Tisch!

(BM Hans Eichel (BMF): Es liegt alles auf dem Tisch!)

- Sie haben doch gesagt: Ich bin in der Lage, weitere Vorschläge zu unterbreiten. - Dann würde ich Sie bitten, alle Vorschläge auf den Tisch zu legen. Wir haben auch den Bundeskanzler am Wochenende so verstanden: Es gibt eine Gemengelage zwischen Sparen, Schulden und Privatisierung, da muss man noch etwas nachlegen. - Ich würde Sie bitten, dass dieses Nachlegen jetzt erfolgt. Der Vermittlungsausschuss muss doch über das Ganze und über die einzelnen schwierigen Punkte beraten können. Da können Sie doch nicht zurückhaltend sagen: Möglicherweise komme ich später mit einer weiteren Liste. - Unser Wunsch und unsere Forderung an Sie ist es, jetzt alle Sparvorschläge auf den Tisch zu legen, so dass wir insgesamt und bezogen auf die Verteilung auf die Länder und Kommunen beraten können. Nur dann werden wir dem angestrebten Ziel näher kommen.

Abg. Ortwin Runde: Herr Huber, es mutet schon etwas merkwürdig an. Korb II, Haushaltsbegleitgesetz, Koch/Steinbrück liegen auf dem Tisch. Ihr Kollege Faltlhauser hat in einer Arbeitsgruppe die Erfahrung gemacht, dass dies bisher nicht in einer Art und Weise abgearbeitet werden konnte, die hinreichend ertragreich ist. Und Sie sagen: Legen Sie, bitte schön, mehr Vorschläge auf den Tisch! - Das ist eine komische Veranstaltung.

Ich stimme Herrn Milbradt völlig darin zu, dass die Situation der öffentlichen Haushalte auf den verschiedenen Ebenen ein Stück dramatischer ist, als es öffentlich dargestellt wird. Das ist unbestreitbar. Wir haben großen Bedarf, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und zu stabilisieren. Da ist richtig etwas weggerutscht.

Unbestreitbar ist aber auch, dass wir seit drei Jahren Stagnation haben. Wenn wir aus der Stagnation nicht herauskommen, können wir die öffentlichen Haushalte nicht konsolidieren. Was dazu notwendig ist, hat eine andere Zeitdimension als konjunkturelle Impulse. Das wird an der Eigenheimzulage sehr deutlich. Diesbezüglich geschieht im nächsten Jahr gar nichts. Im Gegenteil, durch Vorzieheffekte wird sogar ein konjunktureller Impuls gegeben. Das macht das Ganze ein bisschen freundlich. Das baut sich erst über die Jahre auf. Der Wirkungsmechanismus der meisten Subventionen besteht darin, dass er sich erst auf der Zeitachse aufbaut. Wenn man die Wahlkampfaussagen seinerzeit, die Stoiber'schen Aussagen und die jetzige Diskussion verfolgt, ist es fast lustig, wie sich die Seiten verkehren; das ist auch selbstironisch.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Man kann auch Erfahrung haben!)

Hier wirken konjunkturelle Impulse nur, wenn sie mit zusätzlicher Verschuldung einhergehen. Wollten Sie das durch Konsolidierungsmaßnahmen ausgleichen - die erst langfristig wirken -, erreichten Sie das, was Herr Althaus gestern beklagte, nämlich eine Überfinanzierung, einen Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger. Diesen Vorwurf könnte man auch dem vorliegenden Konsolidierungsprogramm machen. Wenn man es rechnerisch genau verfolgt, ist eine Überkompensation auf Dauer enthalten, was aber wegen der Stabilisierung der öffentlichen Haushalte fiskalpolitisch auch absolut wünschenswert ist, was gewünscht werden muss.

Diesen Philosophieunterschied werden wir in noch so vielen und so langen Diskussionen nicht ausgleichen können. Eine Deckung für etwas zu finden, das nur wirkt, wenn es nicht in der Form gedeckt wird, die Sie sich vorstellen, das geht nicht. Keynes würde im weltwirtschaftlichen Zusammenhang nicht funktionieren. Ich bitte einmal zu sehen, welche konjunkturpolitischen Impulse das Deficitspending der Vereinigten Staaten - das ich nicht als vorbildlich empfinde - auf die Weltwirtschaft hatte. Wir können dem guten Bush ein Jahr vor seiner Wahl richtig dankbar sein, dass er dies an unserer Stelle tut. Dass wir als Europäer aber beiseite stehen und nichts tun, kann auch nicht sinnvoll sein.

Der Weltgeist wird nur fruchtbar, wenn er in die Ackerfurche gezwungen ist. Wir kommen um die Mühsal der Ebenen und der Ackerfurche nicht herum. Heute ist eine hervorragende Situation gegeben, um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren.

Diese Situation nicht zu nutzen hätte auch strukturelle Effekte auf lange Sicht. Zur Auswirkung von Subventionsabbau gibt es viele ökonomische Betrachtungen. Wenn wir die Gelegenheit jetzt nicht ergreifen, werden wir unserem Anspruch, Strukturreformen umzusetzen, nicht gerecht.

Das Vorziehen der Steuerreform um ein Jahr - das habe ich auch gestern gesagt, aber vieles wiederholt sich ja; es wird dadurch nicht falscher - hat Nachfrageeffekte, die man nicht überschätzen sollte. 15 Milliarden minus das, was gegenfinanziert ist, gegenüber 2 Billionen, dass dies die Wirtschaft richtig ankurbelt, kann keiner feststellen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Eine Wirkung wie der 29. Februar!)

Aber jeder weiß, was es für eine aufkeimende konjunkturelle Erholung bedeuten kann, wenn wir nach halbjähriger Diskussion nicht zu einem Ergebnis kommen. Da ist sich die Ökonomie sehr viel stärker einig.

Wir werden um alle Themen nicht herumkommen. Wir müssen darüber diskutieren, ob wir bei 3 x 4 nach Koch/Steinbrück oder 1 x 12 stehen bleiben oder ob wir die Sache mutiger angehen. Wir werden das bei der Eigenheimzulage wie bei der Entfernungspauschale und allen anderen Dingen tun. Auch im Gesamtbereich Unternehmensteuerrecht werden wir nicht umhinkommen, das zu tun. Ich wüsste nicht, wie wir sonst die Veranstaltung hier begreifen sollten. Also kommen wir zu den Sachthemen! Wenn wir nachher zusammenzählen, wird wenig genug herauskommen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Mir liegen noch sechs Wortmeldungen vor: Kollege Wulff, Kollege Thiele, Kollege Müller, Kollege Eichel, Kollege Böhmer, Kollege Mittler.

Wir halten die Reden, die wir gestern schon einmal gehalten haben. Das wollte ich vermeiden. Ich will die Diskussion nicht beenden, sondern empfehlen, eine handlungsfähige Arbeitsgruppe zu bilden, bestehend aus drei Mitgliedern von jeder Seite, die dieses uneinheitliche Paket zusammenschnürt. Ich bitte das im Hinterkopf zu behalten, sonst bewegen wir uns nicht. Tut mir Leid, ich kann das nicht besser sagen. Wir erreichen für den Sonntag nur dann Bewegung, wenn wir aus den inzwischen bekannten Positionen herauskommen. Ich erinnere daran, dass sich die Kollegen Koch und Steinbrück in dieser Runde - die meisten von Ihnen waren dabei - bereit erklärt haben, sich zu treffen. Sie haben sich aus der Linie herausbewegt und das auch durchgehalten. Bis heute besteht weitgehend Einvernehmen über das, was die beiden vorgeschlagen haben. Das ist doch eine Basis. Das dürfen wir nicht zerreden. Die

Frage ist, ob man das verstärken kann. Das bekommen wir nur hin, wenn Koch und Steinbrück fortsetzen, ergänzt durch zwei Kollegen von jeder Seite. Das ist meine dringende Empfehlung, sonst habe ich Angst. - Herr Kauder schüttelt den Kopf. Lieber Herr Kauder, dann können Sie den Sonntag auch vergessen. Dann brauchen wir keine große Schauveranstaltung mit stellvertretenden Mitgliedern zu machen. Wenn wir hier nichts vorbereiten, können wir heute schon sagen: Es ist nichts zu machen, wir beenden das hier.

(Abg. Volker Kauder: Ja, okay!)

Ich bin optimistisch und glaube, dass es Ansätze gibt, die man aufgreifen kann. Wenn sie nicht kommen, wiederholen wir nur unsere Reden. Das ist eigentlich nicht produktiv, zumal draußen viele Journalisten lauern und uns fragen: Bewegt sich nichts?

(Abg. Volker Kauder: Dann bewegt sich halt nichts!)

- Dann haben Sie vielleicht den Kern nicht durchschaut. Ich weiß genau, dass angeboten worden ist, sich in einer solchen Arbeitsstruktur zu verständigen. Ich würde Ihnen allen herzinniglich anraten, dieses Angebot aufzugreifen, unverzüglich an die Arbeit zu gehen und die Stunden heute noch zu nutzen.

MP Christian Wulff (NI): Ich fände es schön, wenn wir zu dem gestrigen Klima zurückkämen und Punkt für Punkt effizient durchdiskutierten. Dem verweigert sich niemand. Das einzige Problem ist, ob alle hier schon ausreichend die Hosen heruntergelassen haben - wenn ich das im übertragenen Sinne sagen darf. Ich will das auch begründen:

Ich habe es 1999 sehr beeindruckend gefunden, wie Horst Seehofer als Bundesminister Hans Eichel, dem Ministerpräsidenten von Hessen, vorhielt, was Hans Eichel ihm in Gesprächen zwischen Bund und Ländern immer vorgehalten hatte. Er hat das einfach umgedreht, und zwar sehr überzeugend.

(BM Hans Eichel (BMF): Das weiß ich gar nicht mehr!)

Damals habe ich gelernt: Man trifft sich immer zweimal im Leben.

Ich habe an die Rentenkonsensgespräche die präzise Erinnerung, Herr Eichel, dass wir mit Ihnen zweieinhalb Stunden zusammengesessen haben und Sie uns gesagt haben: Es gibt keinen Pfennig, das ist völlig unmöglich! - Nach zweieinhalb Stunden haben wir Sie ernst genommen. Eine Woche später hat der Bundeskanzler in den

Gesprächen mit den Parteivorsitzenden einen Zettel aus der Tasche geholt und 8 Milliarden DM - in der Endstufe der Riester-Rente - auf den Tisch gelegt.

(MP Roland Koch (HE): Diesmal brauchen wir nur 6!)

- Diesmal brauchen wir 6 Milliarden Euro. - Das Problem ist: Wir haben nicht die Zeit, die wir damals hatten. Damals konnte noch eine Woche inszeniert werden.

(BM Hans Eichel (BMF): Wir haben nichts, das ist ganz einfach!)

Diesmal müssen wir in die Gänge kommen. Oder sagen Sie: wie damals? Nur: Diesmal können wir nichts mehr inszenieren. Wir können nicht mehr auf acht Jahre verteilen.

(BM Hans Eichel (BMF): Was wollen Sie präzise? Soll der Bund die Länder für die Steuerreform bezahlen? Ich möchte wissen, was das heißen soll!)

- Sie greifen mit der Bundestagsentscheidung in unsere Taschen, die ja leer sind, auch durch Ihre Politik. Sie sind für die makroökonomischen Bedingungen verantwortlich; das habe ich von Gerhard Schröder gelernt. Als er niedersächsischer Ministerpräsident war, hat er immer von den "makroökonomischen Bedingungen" in Bonn gesprochen. Er hat gesagt: Der beste Ministerpräsident kann nichts bewegen, wenn in Bonn die Falschen regieren. - Das hat er uns acht Jahre erzählt. Jetzt sagt er, die Weltwirtschaft und Europa und was nicht alles seien verantwortlich. Die makroökonomischen Bedingungen seien in Berlin auch nur begrenzt gestaltbar.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Aber die dritte Steuerreformstufe ist mit Zustimmung des Bundesrates für das Jahr 2005 zu Stande gekommen! Ohne Gegenfinanzierung! Sie ist Gesetz!)

- Wir waren sogar gegen die Verschiebung der Stufe von '03 nach '04, und zwar aus den Gründen, die Herr Runde genannt hat. Die Argumente werden in verschiedenen Situationen unterschiedlich verwandt. Die Frage ist heute, morgen und übermorgen für 2004 und 2005: Wie kann man das nicht stimmige Zahlengebilde so stimmig machen, dass es sich lohnt, sich auf die einzelnen Listen einzulassen? Im Moment lohnt es nicht, in die einzelnen Listen einzusteigen. Am Ende wird sich das Ganze nicht rechnen. Die Frage ist: Wie schließen Sie das Delta, das sich ergibt?

(Abg. Joachim Poß: Sie haben Angst vor der Konkretisierung, Herr Wulff!)

- Überhaupt nicht! Nur: Wenn wir alles konkretisiert haben, haben wir das Delta zwischen den Ansätzen, die Sie vorlegen, und der Lage in den Ländern nicht geschlossen. Dazu muss etwas kommen. Es kommt nichts, und das ist deprimierend.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Ich finde es gut, dass wir schon zu diesem Zeitpunkt über den Kern eines wesentlichen Komplexes sprechen: das Vorziehen der Steuerreform. Ich hoffe, wir können aus dem Schattenboxen herauskommen. Wir dürfen den Kern nicht erst am Sonntag erreichen.

Meine Erfahrung aus der Zeit vor 1998 ist: Wenn eine Regierung einen Vorschlag macht, möchte sie am liebsten ein Ergebnis im Sinne des Vorschlages. Beim Jahressteuergesetz 1995 hatte das Verfassungsgericht gesagt: Nun macht einmal das Existenzminimum frei! - Wir haben es im Bundestag sehr stark freigestellt, und dann kamen die Länder im Verbund mit der A-Seite mit dem Argument: Einen solchen Finanzausfall können wir uns nicht leisten. - Daraufhin ist nach einer Regelung gesucht worden. Ergebnis war - es gefiel mir überhaupt nicht -, dass die Nettoentlastung erheblich reduziert wurde. Die Regierung musste sich damals bewegen. Ich habe heute den Eindruck, dass noch ein Lernprozess erforderlich ist, wenn Ergebnisse erzielt werden sollen. Dahin kommt man nicht, wenn jeder wiederholt, was er immer schon gesagt hat. Ich hatte eigentlich gehofft, Sie treten heute mit einer Wundertüte auf, um zur Lösung beizutragen; denn was bisher vorliegt, scheint noch nicht geeignet zu sein.

In der Diskussion über Steuerehrlichkeit wurde in Aussicht gestellt, der Finanzminister gebe im Vermittlungsausschuss die Erklärung zu Protokoll, dass im nächsten Jahr ein Gesetzgebungsverfahren in Richtung Zinsabgeltungsteuer erfolge.

(Abg. Joachim Poß: Fordern Sie ihn auf! Das wird er noch tun!)

- Herr Poß, melden Sie sich, dann erhalten Sie nachher das Wort. Wir müssen uns hier nicht benehmen wie im Plenum. Das bekommt draußen niemand mit, Herr Poß. Lassen Sie uns ganz ruhig über die Sachen sprechen! - Ich frage: Kommt eine solche Protokollerklärung? Ich fände es nett, wenn sie schon heute käme. In diesem Punkt muss Klarheit geschaffen werden, auf welcher Basis wir argumentieren.

Zum Finanztableau! Uns liegt ein Finanztableau des Finanzministeriums vom 12. November vor. Wir behandeln im Wesentlichen fünf Gesetze im steuerlichen Bereich: Steuerehrlichkeit, Korb II, Haushaltsbegleitgesetz, Gewerbesteuer, Tabaksteuer. Betrachtet man sie saldiert, geht es um 5,7 Milliarden weniger Einnahmen im nächsten Jahr, insgesamt um etwa 24 1/2 Milliarden Steuermehreinnahmen im Entstehungsjahr, d. h. langfristig, wenn die ganzen Maßnahmen greifen. Nun haben wir gesagt: Steuerehrlichkeit ist eigentlich eine andere Geschichte, Korb II ist eine andere Geschichte - das ist von Ihnen bislang nicht als Teil der Gegenfinanzierung der Steuerentlastung vorgesehen -, Gewerbesteuer ist eine andere Geschichte, Tabaksteuer ist ohnehin eine andere Geschichte, weil es nur mit der Gesundheit zu tun hat. - Es ist

erstaunlich, dass der Öffentlichkeit nicht bewusst ist, dass mit diesem Gesetz die Einnahmen der öffentlichen Hand eher erhöht werden sollen. Ich sage nicht, dass die Bürger in allen Bereichen belastet werden sollen; denn die Steueramnestie ist nicht zwingend als Belastung zu bewerten. Das ist die Möglichkeit, dass Geld zurückkommt, damit Entsprechendes eintritt.

Ich bitte um Nachsicht, ich kann da nicht ganz folgen: Könnten Sie mündlich oder schriftlich erklären, wie Ihr Szenario eigentlich aussieht? Nach meinem Verständnis ist das Problem das Vorziehen der Steuerreform insbesondere im nächsten Jahr; denn ab dem Jahr 2005 ist die Steuerreform Bestandteil aller Finanzplanungen.

(BM Hans Eichel (BMF): Aber kein Geld!)

- Das ist eine andere Frage, Herr Eichel. - Das ist im Jahre 2004 doch anders. Das heißt, mit dem Vorziehen der Steuerreform wird die Finanzplanung an dieser Stelle geändert. 2004 kommt eine Entlastung, die bisher nicht vorgesehen war. Das führt in einer statischen Betrachtung des Vorziehens der Steuerreform zu dem in dem Finanztableau ausgewiesenen Steuerausfall. Die Maßnahmen von Koch/Steinbrück haben natürlich Wirkung über das nächste Jahr hinaus.

Wir müssen sehen, wie wir das nächste Jahr in den Griff bekommen. Da scheint mir das Problem zu liegen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns dazu noch eine Liste vorlegen könnten. Wir haben in der Arbeitsgruppe unter Herrn Stratthaus und Herrn Poß länger zusammengesessen und getan, was zu machen war, allerdings außerhalb der politischen Bewegungsfähigkeit; das war nicht Auftrag der Arbeitsgruppe. Dort ist alles zusammengetragen und abgeglichen worden. Von welchem Tableau leiten Sie die Zahlen ab, die Sie eingangs genannt haben? Wie regeln wir das nächste Jahr in Bezug auf das Vorziehen der Steuerreform? Sind die Daten stimmig? Wenn wir feststellen, dass die Nettoentlastung 75 % beträgt, wie hoch sind dann die Mindereinnahmen der Haushalte von Ländern und Kommunen?

Herr Scherf, ich habe nichts gegen Arbeitsgruppen. Aber sie müssen die Möglichkeit haben, dass es zu Bewegung kommt. Damit wäre jede Arbeitsgruppe überfordert, das machen wir lieber in diesem Gremium. Das setzt voraus, dass wir wissen, welches Tableau Grundlage ist. Gilt für Sie das Tableau des BMF vom 12. November? Es ist unverdächtig. Oder welche Betrachtungsweise führt für Sie dazu, sagen zu können, dass die Länder im nächsten Jahr praktisch keine Neuverschuldung haben?

MP Peter Müller (SL): Ich glaube, über die Wünschbarkeit von Steuererleichterungen brauchen wir uns hier nicht zu unterhalten; sie sind wünschbar. Deshalb können wir in unseren Verhandlungen auch unterschiedliche Einschätzungen über den konjunkturellen Effekt des Vorziehens der Steuerreform zurückstellen. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen. Ich glaube an diesen konjunkturellen Effekt in der als wünschbar dargestellten Form nicht. Die einen Sachverständigen bestätigen dies, andere bezweifeln es. Ich meine, wir können diesen Punkt zurückstellen; denn wir sprechen nicht über die Frage der Wünschbarkeit, sondern der Machbarkeit.

Bund wie Länder sind in einer Situation, in der man schon fragen muss: Ist es verantwortbar, künftige Generationen mit zusätzlichen Schulden zu belasten? Bei der Analyse dieser Frage kann man an einem Befund nicht vorbeigehen, den wir zurzeit in allen Ländern haben, unabhängig davon, welche Parteifarbe regiert. In allen Ländern erklärt die Opposition, der Haushalt stürze in die Verfassungswidrigkeit, es sei unverantwortlich, was an Schulden gemacht werde. Es ist ja wirklich bedenkenswert: Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem nichts mehr geht. Wir sind an einem Punkt, an dem wir, um einigermaßen durchzukommen, zu Sparmaßnahmen gezwungen sind, über die man unter dem Gesichtspunkt der Zukunftsfähigkeit des Landes streiten kann. Ich spreche nicht vom Weihnachtsgeld. Aber was wir im Bildungsbereich tun müssen, ist etwas, was nicht ohne Rückwirkung auf die Zukunftsoptionen dieses Landes ist. Ich bitte um Verständnis, wenn in dieser Situation die Bereitschaft, Steuererleichterungen um den Preis zusätzlicher Schulden durchzuführen, nicht sehr groß ist.

Ich darf ein Wort mit Blick auf die Situation in meinem Land sagen: Wir überleben nur, weil uns nicht nur über den Länderfinanzausgleich, sondern auf der Basis eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts auch durch Sonderzahlungen des Bundes überproportional geholfen wird. Dafür sind wir dankbar. Darüber legen wir Rechenschaft ab. Wir würden lieber ohne diese Hilfe auskommen. In dieser Situation ist ein Vorziehen der Steuerreform um den Preis 25 % zusätzlicher Schulden nicht selbstverständlich. Dann kommt man an den Punkt, an dem man fragen muss, was zur Verfügung steht, um die 75 %, deren Gegenfinanzierung wir erwarten, darzustellen. Ich bitte um Verständnis, wenn bestimmte Dinge, über die wir hier zu reden haben, als Gegenfinanzierung der Steuerreform von uns nicht akzeptiert werden können.

Koch/Steinbrück ist im Zusammenhang mit unseren Beratungen in diesem Raum über das Steuervergünstigungsabbaugesetz entstanden. Das hat mit der Gegenfinanzierung der Steuerreform nichts zu tun.

Korb II ist ein Nachläufer unserer Debatte über das Steuervergünstigungsabbaugesetz. Es hat mit der Gegenfinanzierung der Steuerreform nichts zu tun.

(Abg. Joachim Poß: Ist aber Voraussetzung!)

Wenn ich die Abläufe mit Blick auf den Bundeshaushalt richtig im Kopf habe - ich lasse mich ja belehren -, können auch die Dinge, die im Haushaltsbegleitgesetz stehen, in diesem Zusammenhang nicht herangezogen werden. Das ist jedenfalls unsere Analyse.

Unser Problem ist die Frage, wo es zusätzliche Potenziale gibt, um die Gegenfinanzierung darzustellen.

(Abg. Joachim Poß: Lassen Sie uns erst einmal machen, was da drinsteht!)

Solche Potenziale sind für mich nicht erkennbar. Ich habe auch heute im Gang der Debatte keinen neuen zusätzlichen Vorschlag gehört. Deshalb glaube ich, dass wir an einem Punkt angelangt sind - das will ich offen sagen -, an dem es zwei Möglichkeiten gibt. Erstens: Wenn noch jemand zusätzliche Vorschläge hat, sollte er sie auf den Tisch legen. Zweitens: Gibt es keine zusätzlichen Vorschläge, empfehle ich uns, dass wir das Thema "Vorziehen der Steuerreform" nicht weiterverfolgen.

Ich nehme den Hinweis auf die Wirkung sehr ernst: Wird das draußen nicht als Versagen der Politik wahrgenommen? Ich meine, auch ohne Vorziehen der Steuerreform sind wir in der Lage, ein großes Reformpaket zu schnüren, so dass niemand ernsthaft sagen wird, die Politik sei reformunfähig. Es gibt zahlreiche Vorschläge, in denen wir etwas mutiger sind als die Vertreter der Regierungskoalition. Im Bereich Arbeitsmarkt gehen wir etwas weiter als Sie. Umgekehrt gibt es zu einigen Vorschlägen von Ihrer Seite Bedenken von uns. Darüber sollten wir sprechen. Dann glaube ich immer noch, dass wir ein Paket schnüren können, das Reformfähigkeit dokumentiert und die befürchtete psychologische Wirkung auffängt. Es hat aber keinen Sinn, weiter zu diskutieren, wenn wir wissen, dass wir ohne zusätzliche Vorschläge nicht zu einem Ergebnis kommen.

BM Hans Eichel (BMF): Ich gehe zunächst auf Herrn Kollegen Milbradt ein. Wenn man Ihre Argumentation zu Ende führt, müssten wir ein Gesetz zur Aufhebung der Steuerreformstufen 2004 und 2005 beschließen; denn sie sind kreditfinanziert. Jede Steuersenkung ist so lange kreditfinanziert, wie wir keine ausgeglichenen Haushalte haben. Ich erinnere mich aber lebhaft daran, dass die Diskussion um diese Steuerreform von Ihnen ganz anders geführt worden ist. Die B-Seite hat argumentiert, das reiche alles nicht aus, man müsse sehr viel mehr tun. Es handelt sich um

kreditfinanzierte Steuersenkungen, auch im Jahr 2005. Das ist die erste Feststellung, wenn man in der Sache redlich bleibt.

Damit wir wissen, wovon wir reden! Sie sagen: Wir konsumieren alles unter Haushaltskonsolidierung. - Dann konsumieren Sie wieder nicht; denn alle Vorschläge, die wir gemacht haben - Eigenheimzulage, Entfernungspauschale -, kann ich bei Ihnen nicht erkennen. Übernommen haben Sie die Halbjahres-AfA. Wir sind inzwischen an einem Punkt, da selbst Herr Rogowski sagt, dafür könne er nicht mehr kämpfen, das sei ein reiner Mitnahmeeffekt von Steuermitteln. Es ist niemandem zu erklären, dass dies noch in einem Steuergesetz steht. Herr Milbradt, Sie sagen, die Lage der öffentlichen Haushalte sei dramatisch - da liegen wir nicht weit auseinander -, wir könnten uns die Steuersenkung nicht leisten. Aber gleichzeitig argumentieren Sie: Was an Subventionsabbau vorgeschlagen wird, machen wir nicht mit, sondern weniger! Nach Ihrer eigenen Logik müssten Sie viel mehr tun.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ja, natürlich!)

Dann sind wir in der wirtschaftspolitischen Grundsatzdebatte: Das Paket, das auf dem Tisch liegt, bedeutet eine massive Herausnahme von Kaufkraft. Die 5 Milliarden Brücke zur Steuerehrlichkeit muss man nicht als Herausnahme von Kaufkraft definieren - darin stimme ich Herrn Thiele zu -, alles andere schon. Was wir übrigens bei der Gesundheitsreform zusammen beschlossen haben, sind im nächsten Jahr etwa 9 Milliarden. Beim Thema "Rente" geht es auch um Herausnahme von Kaufkraft.

Ganz leise gesagt: Mich hat sehr betroffen gemacht, dass der Bundesrat eine Sparmaßnahme des Bundes, von der die Länder nichts haben - die rechtliche Zuständigkeit kann man nicht bestreiten, die inhaltliche ist mir nicht klar -, nämlich den Auszahlungstermin der Renten um einen knappen Monat zu verschieben - das sind 700 Millionen -, einfach vom Tisch wischt. Das passt nicht mit Ihrer Rede von der Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zusammen. Das ist Quälen unter uns und hat mit Verantwortung für den Gesamtstaat nichts zu tun.

Wir sollten uns in Ruhe über die Frage unterhalten, wie hoch der Konsolidierungsbeitrag sein kann, den wir uns nächstes Jahr zutrauen. Die Wahrheit ist, dass Sie sagen: Wir trauen uns keinen sehr hohen Beitrag zu, wir plündern schon einmal bei Koch/Steinbrück, wir nehmen nicht, was die Bundesregierung will, sondern wesentlich weniger, wir trauen uns auch das Vorziehen der Steuerreformstufe um ein Jahr nicht zu. - Nach Keynes sind in Wahrheit die Politiker das Problem, die in der Hochkonjunktur das Geld nicht herausnehmen. Bei schwacher Konjunktur können wir es nicht vermeiden, mehr Schulden zu machen. Aber in der Hochkonjunktur war die Linie immer: Wir können es uns ja leisten, Schulden zu machen! Das ist ein

fundamentaler Fehler. Deshalb müssen Sie ökonomisch überlegen. Deswegen sage ich Ihnen: Schauen Sie sich in Ruhe die Berichte des Internationalen Währungsfonds an, und laden Sie Horst Köhler ein! Er ist mitnichten Keynesianer. Machen wir in dieser Situation keine prozyklische Finanzpolitik!

Ich will nicht überschätzen, was die Stufe der Steuerreform bringt. Nach allem, was ich höre, ist es ein Genickschlag, wenn wir sie nicht machen. Wenn Sie redlicherweise mehr konsolidieren wollten, Herr Kauder und andere: Ich habe keine neuen Steuervorschläge, alle liegen auf dem Tisch, wir müssten sie anders gewichten. In diesem Sinne habe ich neue Vorschläge zu machen. Dann machen wir Koch/Steinbrück, aber nicht 3 x 4, sondern 3 x 10 %! Wir müssen uns auf eine Summe verständigen, die wir uns zutrauen und die wirtschaftspolitisch zur Konsolidierung im nächsten Jahr vernünftig ist, aber auch im übernächsten Jahr, weil die Konjunktur noch nicht sehr gefestigt ist. Das könnten wir gleich verabreden. Mein neuer Vorschlag ist: neue Gewichtung. Rechtlich darf ich nichts Neues einführen, das wissen Sie, Herr Kauder. Im Vermittlungsverfahren muss alles schon auf dem Tisch liegen und besprochen sein.

(Abg. Volker Kauder: Dann machen Sie einen Vorschlag, der geht!)

- Sie müssen sich bei der Eigenheimzulage bewegen; da geht es um richtig viel Geld in den Folgejahren. Sie müssen sich bei der Entfernungspauschale bewegen; da geht es sofort um richtig viel Geld.

Was mich ärgert: Das Haushaltsbegleitgesetz ist nicht nur für den Bundeshaushalt. Ich sage das mit allem Freimut: Es gibt - auch bei den Ländern und Kommunen - keine Möglichkeit mehr, die öffentlichen Haushalte allein zu konsolidieren. Deswegen gibt es unter anderem Koch/Steinbrück. Entweder wird an diesem Tisch über eine gemeinsame Anstrengung zur Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte entschieden, oder dieses Gebilde "föderaler Staat" ist nicht funktionsfähig. Dazu kann man unterschiedliche Konzepte machen, Herr Milbradt. Man kann ein reines Konsolidierungskonzept verfolgen und glauben, dass es konjunkturell nicht schädlich sei. Ich glaube das nicht.

Ich will Ihnen sagen, dass wir auf Empfehlung der Kommission in Brüssel am Fall Portugal so etwas exerziert haben; das war eine wesentliche Diskussion. Portugal ist in der Rezession gelandet, weil man in der Wirtschaftsschwäche, um schnell unter die 3 % zu kommen, die Mehrwertsteuer um 2 Punkte erhöht hat. Was ist die Folge für die Staatsschulden? Portugal wird nächstes Jahr und übernächstes Jahr wieder über die 3 % kommen. Das hat den öffentlichen Haushalten also nicht nachhaltig geholfen.

Dies ist die Lehre der letzten drei Jahre: Sie bekommen keine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, wenn wir nicht die Kombination von strikter Ausgabendisziplin und Wachstum erreichen. Dabei spielt das Vorziehen der Steuerreform als ein Element eine wesentliche Rolle. Wenn Sie es nicht tun, bin ich mir ziemlich sicher, dass das ein richtiger Genickschlag wird. Deswegen wäre es redlich, an diesem Tisch zu fragen: Wie viel Konsolidierungsvolumen trauen wir uns nächstes Jahr zu, wie viel halten wir für ökonomisch vernünftig? Ich stelle fest, dass Sie sich bislang weniger zutrauen als die Regierung. Deswegen ist es unredlich, der Regierung vorzuwerfen, dass sie höhere Schulden machen will.

MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Wenn das so ist, Herr Eichel, muss man den Versuch machen, über das zu sprechen, was wir uns warum zutrauen. Ich will nicht die globale Diskussion fortsetzen und es mir versagen, den Weltgeist in die Furche zu zwingen.

Wir werden es uns nicht leisten können, ohne Aussage darüber auseinander zu gehen, wie wir mit den Kommunalfinanzen - das betrifft Ost und West - umgehen. Wir werden in der nächsten Zeit über das Hin- und Herschieben von Geld sprechen müssen, wo wir was wegnehmen, wo wir es einsetzen. Jeder von uns weiß, das ist eine politische Prioritätenentscheidung. Für meine Entscheidung ist es sehr wichtig zu wissen, wofür ich z. B. von der Pendlerpauschale etwas wegnehme.

Zu den Kommunalfinanzen ist von der Bundesregierung vorgeschlagen worden: Erhöhung der Gewerbesteuer. Das widerspricht dem, was Sie jetzt über Steuersenkung gesagt haben. Ich erwarte nicht, dass es für diesen Vorschlag eine Mehrheit gibt. Bayern hat ein Soforthilfeprogramm vorgelegt. Aber auch das Umsortieren von Umsatzsteuerpunkten belastet unsere Haushalte. Da machen wir wieder Löcher zu Gunsten der Kommunen. Wir werden darüber sprechen müssen, ob die Halbjahres-AfA ausreicht, um die Länder in diesem Bereich zu entschädigen, wenn wir für die Kommunen bei der Umsatzsteuer ein bisschen umsortiert haben. Das sind immer politische Prioritätenentscheidungen. Deswegen will ich bei jeder Geschichte wissen, wofür wir das tun.

Das Zweite ist Geldumschichten für die Haushaltskonsolidierung. Niemand hat bisher gesagt, das sei falsch. Haushaltskonsolidierung signalisiert wirtschaftliche Stabilität und ist für einen wirtschaftlichen Aufschwung notwendig. Ich bin gerne bereit, über die Frage zu diskutieren, ob es sich lohnt, Geld einzusetzen, damit wir wenigstens verfassungskonforme Haushalte hinbekommen, damit wir die Auflagen der EU, die es nicht zu Unrecht gibt, einigermaßen erfüllen, damit wir einen soliden

Eindruck machen. Wir müssen darüber reden, ob wir bereit sind, für Haushaltskonsolidierung in Deutschland Geld umzuschichten.

Die nächste Frage ist: Sind wir bereit, Geld für einen psychologischen Ermunterungseffekt umzuschichten oder uns neu zu verschulden, und zwar in nicht unerheblichem Maße? Ist der psychologische Ermunterungseffekt so wichtig, dass wir uns in nicht unerheblichem Maße verschulden oder Geld umsortieren? Ich hätte da allergrößte Skepsis. Ich sehe es nicht als Genickschlag an, wenn nicht alles Wirklichkeit wird, was Sie sich ausgedacht haben. Wenn es ein Genickschlag würde, wäre er selbst verursacht. Ich habe es als richtig empfunden, als der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 14. März gesagt hat, dass wir erst Strukturveränderungen durchführen müssten, damit der fiskalische Effekt nicht verpufft. So heißt es wörtlich!

(MP Peter Müller (SL): Das ist aber eine historische Rede!)

- Das mag ja sein. Aber wo er Recht hat, hat er Recht, Herr Müller. Nicht?

Deswegen sollten wir die Reihenfolge einhalten und das Jahr 2004 nutzen, um Strukturmaßnahmen durchzuführen, die Kommunalfinanzen in Ordnung zu bringen, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Den Rest müssen wir so vorbereiten, dass wir uns 2005 leisten können, was wir vorsehen. Es ist deutlich genug gesagt worden, dass eine Reihe von Umschichtungsmaßnahmen erst 2005 finanzwirksam werden. Wenn es zu dieser Lösung käme, wäre ich sehr optimistisch, dass wir in anderen Bereichen breiten Konsens erzielen könnten. Wenn man aber mit dem Kopf durch die Wand gehen und uns zwingen will, unsere Haushalte für einen psychologischen Ermunterungseffekt bis über die Verfassungsgrenze zu verschulden, dann hat sogar meine Opposition in Sachsen-Anhalt Recht. Wir hatten heute Vormittag Haushaltsdebatte, und ich habe mir die ganze Litanei vorhalten lassen müssen - die ich aus der Zeit kenne, als wir selbst Opposition waren; das ist nun einmal so -, nämlich dass wir in mindestens 25 Ausgabepositionen unterbilanziert seien, dass wir uns bis über die Ohren verschuldet hätten, aber dass wir dem Vorziehen der Steuerreform zustimmen sollten, was eine Verschuldung weit über die Verfassungsgrenze bedeuten würde. Dann wird Politik nicht mehr nachvollziehbar, dann geben wir uns selbst Genickschläge.

Wir sollten die Punkte, die wir uns heute vorgenommen haben, der Reihe nach abarbeiten. In Bezug auf die Kommunalfinanzen gibt es hoffentlich Konsens; denn wir alle wollen, dass da etwas passiert. Wir können nicht auseinander gehen, ohne diese Aufgabe gelöst zu haben. Für die Haushaltskonsolidierung sind schon Vorschläge gemacht worden. Und sollte am Ende Geld übrig bleiben, so dass wir uns mehr leisten können, kann man darüber sprechen. Dass wir am Anfang alles in ein großes Paket

packen, ist unvermeidbar. Aber wir dürfen nicht in die Gefahr geraten, dass am Ende gar nichts gelöst wird. Deswegen sollten wir die Diskussion nach Prioritäten strukturieren.

StM Gernot Mittler (RP): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Das Vorziehen der Steuerreform vom Jahr 2005 auf das Jahr 2004 steht seit anderthalb Stunden im Mittelpunkt der Erörterungen. Das Vorhaben ist auf drei Ebenen von

Bedeutung: auf der ökonomischen, auf der fiskalischen und auf der psychologischen Ebene.

Was die ökonomische Ebene angeht, so gibt es unter Fachleuten einen Widerstreit der Meinungen: Der IWF beurteilt die ökonomische Wirkung positiv, Herr Professor Milbradt beurteilt sie negativ. Auch in der deutschen Wissenschaftslandschaft oder unter denjenigen, die nach wie vor der Meinung sind, dass sie sich diesbezüglich mit einer Wissenschaft befassen, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Das können wir nicht genau abgreifen. Es ist wohl einzuräumen, dass man mit einem Steuersenkungsvolumen von knapp 16 Milliarden Euro - das sind etwa Dreiviertelprozent des Bruttoinlandsprodukts - aus ökonomischer Sicht eine konjunkturelle Entwicklung nicht wird anschieben können. Das ist ohne Zweifel noch unterhalb dessen, was aus keynesianischer Sicht für effektiv gehalten wird.

Aus fiskalischer Sicht können wir uns das Vorziehen der Steuerreform in Ansehung unserer öffentlichen Haushalte eigentlich nicht leisten.

Hinsichtlich der psychologischen Ebene komme ich zu dem Ergebnis: Aus psychologischer Sicht können wir es uns noch weniger leisten, die Steuerreform nicht vorzuziehen. Denn wir müssen sehen - hier gehe ich in meiner Beurteilung über das hinaus, was Herr Ministerpräsident Böhmer gesagt hat -, dass sich die gesamte öffentliche Meinung im Hinblick auf das, worüber wir seit einigen Tagen verhandeln und noch einige Tage verhandeln werden, im Grunde genommen auf die Frage zuspitzt, ob die Steuerreform vorgezogen wird oder nicht. Das mag durch die Politik oder durch die Presse, die das Geschehen lebhaft begleitet, beeinflusst sein. Aber ich bin mir sehr sicher, dass die Beantwortung der Frage, ob wir reformfähig, ob wir kompromissfähig, ob wir im Stande sind, die Probleme zu lösen, in der öffentlichen Wahrnehmung davon abhängig gemacht wird, ob es uns gelingt, die Steuerreform vorzuziehen. Daran wird die Reformbereitschaft der Politik insgesamt festgemacht.

Herr Ministerpräsident Milbradt, ich stimme Ihrer Beschreibung der Situation der öffentlichen Haushalte zu. Wahrscheinlich haben wir uns übernommen, und zwar

nicht nur auf der Ausgabenseite, sondern auch auf der Einnahmeseite. Ich will das nur an zwei Parametern verdeutlichen:

Im Durchschnitt der 80er-Jahre hatten wir in Deutschland eine volkswirtschaftliche Steuerquote von 23,3 %. In den 90er-Jahren betrug sie 22,7 %. In diesem Jahr werden es knapp 20,7 % sein. Damit liegen wir noch rund 2 1/2 Prozentpunkte unterhalb der Steuerquote des Jahres 2000. Die Differenz, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, beläuft sich auf eine Steuermindereinnahme des Staates in einer Größenordnung zwischen 45 und 55 Milliarden Euro. Herr Kollege Eichel hat Recht: Die Steuerreform hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet. Wir alle wollten sie. Einigen hier im Raum - ich erinnere mich noch lebhaft an die Diskussion, die wir im Sommer 2000 geführt haben - ging die Reform, jedenfalls was das Entlastungsvolumen angeht, nicht weit genug.

Nun stellt sich die Frage, ob wir uns vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation daranmachen sollten, auf der Ausgaben- und auf der Einnahmeseite die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Ich verweise auf die Diskussion, die wir gestern geführt haben, und erinnere an das, was beispielsweise Herr Kollege Geis zur Vermögensbesteuerung und zur Erbschaftsbesteuerung gesagt hat. Damit wird die Erwartung an die Bundesregierung verbunden, sie möge an dieser Stelle auf immerdar Enthaltsamkeit üben. Das steht im Gegensatz zu allen Erfahrungen mit Steuersystemen in unseren Nachbarländern. Dies gilt auch für die Frage der Begrenzung der Verlustvortragsfähigkeit, die gestern bei Ihnen eine Rolle gespielt hat. Dazu kann ich nur sagen: Damit mauern wir uns entgegen aller internationalen Übung und Erfahrung ein. Diese Denkweise kann ich nur als ideologisch befrachtet einstufen.

(Widerspruch des Abg. Norbert Geis)

Nicht anders kann ich es bewerten, wenn wir uns auf der Ausgabenseite in dem Maße handlungsunfähig machen, in dem wir es auf der Einnahmeseite tun. Jede der im Haushaltsbegleitgesetz vorgesehenen Ausgabenkürzungen ging der Unionsseite zu weit. Das war das Ergebnis der Sitzungen der Arbeitsgruppe in den vergangenen beiden Wochen. Aber auch jede Erwägung in Bezug auf die Einnahmeseite ging den Kollegen von der Union zu weit. Am Ende beklagt man sich über die Situation der öffentlichen Haushalte. Meine Damen und Herren, ich denke, das passt nicht zueinander.

Deswegen stimme ich Herrn Ministerpräsidenten Böhmer zu, der gesagt hat: Lasst uns ausloten, was gemeinsam möglich ist! - Herr Kauder hat vor etwa einer Stunde gesagt - ich habe es mitgeschrieben -: Wenn hier heute nicht weitere Gegenvorschläge gemacht werden, können wir die Sitzung beenden. - Das muss man sich auf der Zunge

zergehen lassen. Während wir ein Reformpaket auf den Tisch gelegt haben, von dessen Umsetzung wir die Auflösung eines wichtigen Teils des Reformstaus, den wir beklagen, erwarten, lehnen Sie unsere Vorschläge ab und sagen: Macht neue Vorschläge, aber solche, die uns in den Kram passen!

Die Probleme liegen auf dem Tisch: Was sollen wir den Versicherungen sagen, die auf die Lösung ihres Problems warten? Was soll mit der dringend notwendigen Amnestieregelung geschehen? Was sollen wir den Kommunen sagen, die auf eine Finanzreform warten? Ich meine, so leicht dürfen wir es uns nicht machen; denn es geht um zu vieles. Wenn wir nach Hause gehen, ohne die Probleme gelöst zu haben, wozu Herr Kauder uns geraten hat - aber vielleicht war es nicht so ernst gemeint -, dann wird uns der Teufel holen.

(Abg. Ludwig Stiegler: Den lassen wir in Baden-Württemberg!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Mir liegt eine sehr lange Liste von Wortmeldungen vor. Wir müssen sie trotz Ihrer Drohung abarbeiten, dass uns der Teufel holen wird.

MP Dieter Althaus (TH): Gerade nach der letzten Rede frage ich mich, ob wir Dramaturgen in einer Inszenierung oder verantwortliche Politiker sind.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das stimmt!)

Korb II liegt auf dem Tisch. Er ist Ergebnis der Protokollerklärung der Bundesregierung im Vermittlungsausschuss. Wenn wir sachlich daran weiterarbeiten, kommen wir zu einem Ergebnis.

(MP Peer Steinbrück (NW): Das habe ich schon vor anderthalb Stunden gesagt!)

Ferner liegen das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit sowie das Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze auf dem Tisch. Alles das hat mit dem, was unter Kastanien beschlossen wurde, nichts zu tun.

(BM Hans Eichel (BMF): Das stimmt nicht!)

- Es hat nichts damit zu tun. Alles war vorher verabschiedet und auf dem Weg. - Es folgte das Haushaltsbegleitgesetz, in das weitere Elemente aufgenommen wurden; später wurde unter anderem das Vorziehen der Steuerreform hinzugefügt.

Am Anfang der Debatte hörten wir, alles sei ganz anders, als wir es bisher öffentlich wahrgenommen haben: Wir hätten nicht nur ein Defizit, sondern sogar ein Plus; 23 Milliarden Euro lägen auf dem Tisch. - Viele wissen, dass einige Zahlen darin enthalten sind, die bei weitem zu großzügig geschätzt worden sind. - Dem stünden knapp 16 Milliarden Euro gegenüber, die wir zur Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform benötigten.

Das ist eine Rechnung, die auf Grund der Geschichte und vor dem Hintergrund dessen, was politisch zu verantworten ist, ehrlicherweise niemand an diesem Tisch nachvollziehen kann.

Sehr geehrter Herr Kollege Mittler, ich bin mit Ihnen der Meinung, dass wir hier zu Ergebnissen kommen müssen. Nicht wir haben das psychologische Element erfunden, das für ein Vorziehen der Steuerreform spricht. Wir haben den Bundeskanzler im letzten Jahr vielmehr dringend aufgefordert, das Steuerreformergebnis nicht zu verschieben, aber er hat es getan. Jede Reform braucht ihre Zeit. Man kann Reformen auch zur falschen Zeit vornehmen. Noch im März hat der Bundeskanzler erneut bestätigt, dass die Finanzierung eines Vorziehens der Steuerreform durch Neuverschuldung nicht sinnvoll sei. Es folgten die Ereignisse im Sommer, an die wir alle uns erinnern können.

Nun sagen Sie, sehr geehrter Herr Kollege Mittler, es sei ökonomisch - ich formuliere zurückhaltend - nicht sicher, ob ein Vorziehen der Steuerreform die Wirkung habe, die man sich davon verspreche. Es sei fiskalisch sogar falsch, aber psychologisch richtig. Dann kann ich uns nur raten: Wir sollten als verantwortliche Politiker nicht auf dem Niveau der "Bild"-Zeitung argumentieren, sondern wir sollten das umsetzen, was möglich ist: Korb II, das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit, das Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes; über Teile des Haushaltsbegleitgesetzes kann man diskutieren. Wir sollten uns jedoch nicht dazu hergeben, wegen eines psychologischen Effekts die Neuverschuldung zu erhöhen, oder der Bundesfinanzminister legt neue Elemente der Gegenfinanzierung auf den Tisch, die es rechtfertigen, einem psychologischen Effekt nachzulaufen. Dazu ist bisher nichts vorgeschlagen worden. Ich habe den Eindruck, dass all das auf eine Inszenierung hinausläuft, die am Ende vom Bundeskanzler ins Werk gesetzt werden soll. Manche Auguren fragen schon danach.

Ich halte diesen Weg für falsch; ich würde ihn nicht mitgehen. Wir haben unmittelbar, nachdem veröffentlicht worden ist, dass die Steuerreform jetzt doch vorgezogen werden soll, gesagt: Das ist im Prinzip in Ordnung, aber nur dann, wenn eine solide Gegenfinanzierung erfolgt. - Sie liegt bis zur Stunde nicht vor. Wenn man

allein in das Haushaltsbegleitgesetz hineinschaut, wird offensichtlich, dass Sie nach dem Motto "linke Tasche, rechte Tasche" verfahren; dies betrifft insbesondere die Flächenländer. Damit wird der psychologische Effekt verfehlt. Dass die Bürgerinnen und Bürger dies genauso sehen, belegen Umfragen aus diesen Tagen. Die Bürger haben größte Bedenken, ob die Politik ernsthaft mit ihnen umgeht; denn sie befürchten, dass Sie heute eine Steuersenkung und morgen eine stärkere Belastung beschließen, z. B. in Form einer kräftigen Senkung der Entfernungspauschale.

Wenn Sie sagen, der Erfolg eines Vorziehens der Steuerreform sei ökonomisch nicht sicher, es sei fiskalisch auf jeden Fall falsch, aber psychologisch möglicherweise richtig, dann sollten wir heute gemeinschaftlich zu dem Ergebnis kommen, dass es nur eines psychologischen Effekts wegen nicht lohnt, eine hohe Neuverschuldung zu verantworten, die unsere Kinder und Kindeskinder abzutragen haben. Man sollte das Thema abschließen, wenn nicht neue solide Gegenfinanzierungsvorschläge auf den Tisch gelegt werden, die es rechtfertigen, die psychologische Wirkung zu erzielen, von der Sie gesprochen haben. Bisher ist dazu nichts gekommen.

Ich komme zum Anfang der Debatte zurück: Dazu müssen Vorschläge gemacht werden. Bisher liegen nur Vorschläge auf dem Tisch, die eine solch einseitige und etwas abgespeckte Vorgehensweise zur Erzielung eines psychologischen Effekts nicht rechtfertigen. Insofern wären wir mehr Dramaturgen als Inhaltsgeber. Deswegen verhalten wir uns vollkommen richtig, wenn wir den Bundesfinanzminister erst einmal auf neue Elemente hin befragen, die bis zur Stunde nicht präsentiert worden sind.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Ich greife das auf, was Herr Ministerpräsident Wulff und Herr Ministerpräsident Althaus gesagt haben. Es wäre gut, wenn wir zu dem Diskussionsstil und zu dem Umgang zurückkehrten, den wir gestern - jedenfalls in Teilen - gepflegt haben.

Wir wissen, dass es in Deutschland zurzeit kein Wachstum gibt. Wenn wir Glück haben, ist im 4. Quartal ein leichtes Wabern oberhalb von null feststellbar. Die Erwartungen für das nächste Jahr sind, auch international gemessen, außerordentlich dürftig.

Herr Ministerpräsident Milbradt, wir brauchen wirtschaftliches Wachstum, weil sonst keine Arbeitsplätze entstehen und Sie die Haushalte nicht in Ordnung bringen können. Zu glauben, dies könnten wir allein durch Konsolidierungsmaßnahmen erreichen - so verstehe ich Sie -, ist ein Irrtum. Deswegen sind Äußerungen, wir betrieben psychologische Spielereien, wenn wir über Steuern reden, meines Erachtens falsch.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, dass wir, was das wirtschaftliche Wachstum angeht, zurzeit ausschließlich vom Export leben. Dies ist, wie wir wissen, ein Tanz auf einer spitzen Nadel. Es ist schwierig abschätzbar, wie sich die wirtschaftliche Situation entwickelt. Insgesamt sind die Erwartungen allerdings wesentlich positiver als die Erwartungen in Deutschland. Wir verzeichnen im 3. Quartal eine negative Entwicklung der Binnennachfrage und bei den Investitionen, insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen. Wenn es hier nicht zu einer Veränderung der Situation kommt, werden wir im nächsten Jahr mindestens unter 1,5 % Wachstum bleiben. Dann leben wir von einem Wachstum, das sich darauf stützt, dass ein paar Feiertage auf Wochenenden fallen, und das sich ansonsten - in einer Größenordnung von 0,4 bis 0,5 % - aus dem Export ergibt.

Herr Ministerpräsident Milbradt, ich höre immer von allen möglichen Sachverständigen: Ich kenne keinen Sachverständigen, der in dieser Lage sagt, dass kein Bündel von Maßnahmen zusammenkommen muss. Das heißt: Steuern senken, Abgaben senken, Arbeitsrechtsreformen, Handwerksrechtsreformen auf allen Sektoren und Kommunalfinanzen in Ordnung bringen. Kein Sachverständiger in Deutschland bestreitet dies. Unter Sachverständigen, jedenfalls unter denen, die Sie und wir ernst nehmen müssen, gibt es allenfalls Diskussionen darüber, inwieweit man die Steuerreform gegenfinanzieren muss. Niemand bestreitet, dass sie notwendig ist. Das gilt übrigens sowohl für den internationalen als auch für den europäischen und den nationalen Sektor.

Deswegen kann das, worüber wir hier diskutieren, von niemandem einfach abgetan werden. Um die Investitionsbereitschaft und die Nachfrage in Deutschland zu stärken, brauchen wir eine Steuer- und Abgabensenkung. Niemand bestreitet das. Es ist ernst zu nehmen, was Herr Kollege Eichel vorhin gesagt hat: Wir nehmen zurzeit vielen Menschen ziemlich viel Geld weg. Übrigens, im sozialen Bereich - bei der Anrechnung von Vermögen im Rahmen der Arbeitslosenhilfe - sind wir ziemlich tief im Fleisch vieler Menschen. In manchen Partnerschaften macht das 300 bis 400 Euro im Monat aus. Im Gesundheitssektor kommt Ähnliches hinzu. Wir nehmen den Menschen ziemlich viel Geld weg; ich will nicht alles aufzählen. Wenn es nicht möglich ist, dies durch die Steuerreform zumindest aufzufüllen oder sogar etwas mehr draufzulegen - gerade für die Schwächsten -, wird die Nachfrage nicht stimuliert. Das hat nichts mit Psychologie zu tun. Wir sind dort längst am Knochen.

Das gilt genauso für die Investitionen. Ich weiß nicht, seit wann alles nur Psychologie ist, wenn wir über eine Steuerentlastung von 22 Milliarden Euro reden. Davon kommen immerhin ungefähr 6 Milliarden Euro - wir können öffentlich darüber

streiten - bei den mittelständischen Unternehmen an. Niemand bestreitet, dass dies Effekte zur Folge hat.

Das Gleiche gilt selbstverständlich für die Kommunalfinanzen. Das Handwerk und kleine Unternehmen aus anderen Branchen sind zurzeit nicht von ungefähr in einer schwierigen Situation; denn in den Kommunen spielt sich nichts ab.

Ebenso verhält es sich mit den Strukturreformen, über die wir diskutieren: im Arbeitsrecht, im Arbeitsmarkt, im Handwerksrecht oder auf anderen Sektoren. In all diesen Sektoren besteht, wie wir gemeinsam wissen, dringender Handlungsbedarf.

Es darf aber doch nicht sein, dass sich jeder etwas heraussucht. Deshalb ist meine dringende Bitte, nichts unversucht zu lassen, um hier zu einer Verständigung zu kommen. Die Form der Diskussion, die wir uns hier leisten, kann und werde ich nicht vertreten. Das sage ich in allem Ernst sowohl an die eigene Adresse als auch an Ihre Adresse. Wir sind verpflichtet, alles zu tun, um Bewegung in die Ökonomie dieses Landes hineinzubringen. Zurzeit ist keine Bewegung erkennbar. Sie erreichen sie nicht mit Konsolidierungsmaßnahmen und nur mit den Reformen, über die wir reden. Ich bin davon überzeugt: Wir brauchen die Reformen. Aber nur mit diesen Reformen, erst recht mit den gravierendsten Reformen im unteren Level der Gesellschaft, werden wir nicht die ökonomische Entwicklung in Gang bringen, auf die wir angewiesen sind.

Ich will keinerlei Schärfe in die Debatte hineinbringen, sondern nur sagen: Ab 2005 kommt die Steuerreform ohnedies. Das war der Sinn des Zwischenrufs, den ich vorhin gemacht habe. Dazu haben Sie bisher keinerlei Gegenfinanzierung. Wenn wir darüber reden, dann reden wir über ein Jahr. Wir sollten fair miteinander umgehen.

Herr Müller und andere reden über Strukturen. Auch ich war in der Landespolitik tätig. Ich gehöre zu denjenigen - im Gegensatz zu vielen, auch in meiner eigenen Partei -, die nicht der Meinung sind, dass die öffentlichen Hände zu wenig Geld haben. Ich meine allerdings, dass in allen Sektoren des öffentlichen Bereichs erheblicher Umbaubedarf besteht, übrigens auch im Bildungssektor. Es muss nicht von vornherein mehr Geld kosten. Aber das führt jetzt zu weit.

Ich will eine Bitte anschließen. Es ist gesagt worden, dass die Änderung des Tabaksteuergesetzes, das Gesetz zur Steuerehrlichkeit und Korb II wichtige Themen sind. Wir müssen auf das, was im Haushaltsbegleitgesetz steht, so oder so antworten. Es muss auch eine Antwort auf das Koch/Steinbrück-Papier gefunden werden. Wenn ich höre, dass die Koch/Steinbrück-Vorschläge hauptsächlich deswegen auf Widerstand und Kritik stoßen, weil sie bei den Regionalisierungsmitteln ansetzen, dann erinnere ich mich noch ziemlich gut daran, dass wir, was die Regionalisierungsmittel angeht, damals den Erfolg über Waigel gefeiert haben. Wir wissen, dass es eine

Überbezahlung ist; die Mittel werden für alles Mögliche verwendet, aber nicht immer für das, worum es geht. Ich habe ein ziemlich gutes Gespür für das, was da passiert.

Herr Kollege Eichel hat doch deutlich gemacht, dass wir bereit sind, über Koch/Steinbrück hinaus zu erhöhen, statt zu reduzieren. Das sind strukturelle Veränderungen. Wir müssen ebenso zu einer Verständigung über die Kommunalfinanzen kommen. Wie soll das sonst funktionieren? Man redet fast über eine Struktur, wenn man sich diese Schritte vor Augen führt. Die einzige Bitte, die wir haben, ist, in diesen Schritten zu diskutieren. Dann kann man erkennen - wir werden irgendwann einen Strich zu ziehen haben, am liebsten noch heute Nacht -, welche Antwort wir in Bezug auf den Rest zu finden haben. Niemand, weder der Bundeskanzler noch sonst jemand, kommt vom Himmel herab und sagt: Das wird auf eine bestimmte Weise finanziert, und damit ist das Problem gelöst.

(Zurufe)

- Nein. - Wir sind hier unter Erwachsenen. Ich mache hier kein Spiel mit. Es hat doch keinen Zweck, dass wir so miteinander umgehen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Diesen Eindruck haben wir aber!)

- Diesen Eindruck sollten wir nicht voneinander haben.

Ich meine - aber ich will Sie nicht dazu überreden -, dass der Vorschlag des Vorsitzenden richtig ist, sich in kleinerem Kreise in Ruhe zu unterhalten, damit nicht per Lautsprecher Reden gehalten werden. Ich sage in vollem Ernst: Es geht nicht um Voodoo-Ökonomie und nicht um etwas Psychologisierendes, sondern um sehr harte Fakten; denn wir sind in Deutschland an einer "Kante", an der wir zu Veränderungen kommen müssen.

MP Matthias Platzeck (BB): Wir diskutieren heute schon mehr als zwei Stunden. Wir haben uns auf der Zeitachse eher voneinander entfernt, als dass wir unsere Positionen einander angenähert haben. Gestern waren wir in Teilen schon besser. Wir haben heute, wenn es gut läuft und wie ich den Vorsitzenden kenne, vielleicht noch vier oder fünf Stunden Zeit. Morgen ist nicht viel Zeit. Ich habe den Eindruck, dass wir in der Konstellation, in der wir hier zusammensitzen, nicht weiterkommen. Deshalb will ich an das erinnern, was eingangs gesagt worden ist: Wenn wir eine Chance haben wollen, dann sollten wir, sobald die Rednerliste abgearbeitet ist, überlegen, ob es nicht doch besser ist, diesen Kreis aufzulösen und den Versuch zu machen, in einer kleineren Gruppe vielleicht doch noch eine Lösung zu finden.

Zweiter Punkt. Herr Müller hat vorhin gesagt - das wurde im Folgenden variiert -, wir sollten die Steuerreform nicht überbewerten, weil die Menschen nicht dringend darauf warteten; sie seien durchaus daran interessiert, dass andere Bausteine umgesetzt würden. Ich meine, das können wir uns nicht mehr aussuchen. Übrigens, mein CDU-Wirtschaftsminister hat im Rahmen unserer heutigen Haushaltsdebatte hervorgehoben, wie wichtig Psychologie in der Wirtschaft ist. Herr Böhmer, uns geht es besser als Ihnen, weil wir beide in einer Regierung sind; deswegen brauchen wir uns nicht gegenseitig vorzuhalten, wer etwas falsch macht.

Ich glaube nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir den Menschen vor Weihnachten sagen können: Die Tabaksteuer wird erhöht, der Kündigungsschutz wird gelockert, und ihr müsst 10 Euro pro Quartal zahlen, wenn ihr zum Arzt geht. - Ein solches Ergebnis interessiert bestenfalls niemanden, aber normalerweise macht es alle meschugge. Deshalb wird sich im nächsten Jahr an der Steuerreform entscheiden, ob wir gemeinsam als fähig oder als unfähig angesehen werden. Herr Müller, das können wir uns nicht mehr wegwünschen, die Situation ist da.

Herr Böhmer, auch wir wissen - in den Haushaltsberatungen im Landtag bestand Anlass, darüber zu reden -, dass damit eventuell Einnahmeverluste verbunden sind. Aber wenn wir die Steuerreform nicht vorziehen, wenn wir kein positives Signal aussenden, wird uns die Steuerschätzung im Mai nächsten Jahres mit Sicherheit Einnahmeverluste in derselben Größenordnung bescheren. Damit ist dann kein positives Signal verbunden, sondern die Depression setzt sich fort. Deswegen ist mir ein Einnahmeverlust, der mit einem Aufschwungsignal verbunden ist, lieber als ein Einnahmeverlust ohne Aufschwungsignal.

Letzter Punkt. Vergessen Sie bitte nicht, dass wir auf Ihren Wunsch hin mit einem Paket in den Vermittlungsausschuss hineingegangen sind. Sie haben gesagt: Wir wollen über alles gemeinsam verhandeln, oder es gibt kein Ergebnis. - Daran sollten wir uns in den nächsten Stunden halten.

Meine Bitte, Herr Vorsitzender, ist, dass Ihr Vorschlag aufgenommen wird. Alles andere ist hinreichend erörtert worden.

Abg. Volker Kauder: Ich möchte zum Ausgangspunkt zurückkommen: Herr Kollege Mittler hat mich angesprochen. Ich habe nicht gesagt, dass wir diese Veranstaltung dann abbrechen können.

(StM Gernot Mittler (RP): Doch!)

- Nein.

(StM Gernot Mittler (RP): Ich habe mitgeschrieben!)

- Dann darf ich es interpretieren. Ich habe gesagt: Dann können wir über den Bereich "Haushaltsbegleitgesetz" nicht weiterdiskutieren. Wir behandeln die übrigen Punkte; darüber können wir reden.

Ich habe eine Frage an Herrn Eichel: Die Bundesregierung hat einen Haushalt vorgelegt, der verfassungswidrig war. Um ihn verfassungsgemäß zu machen, hat sie sich Maßnahmen einfallen lassen; ich nenne die Stichworte "Pendlerpauschale" und "Eigenheimzulage". Diese und noch einige andere Dinge waren die großen "Brocken". Das Motto war: Alles das müssen wir umsetzen, um den Haushalt in einen verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen zu bringen. - Auf einmal kam das Vorziehen der Steuerreform hinzu.

(Abg. Joachim Poß: Das haben Sie begrüßt!)

- Ja, aber es geht doch um etwas ganz anderes. - Wiederum fehlen Milliardenbeträge. Über die Höhe der Summe kann man streiten. Der Haushalt ist schon ohne die Kosten für das Vorziehen der Steuerreform hart an der "Kante" der Verfassungsmäßigkeit - einschließlich aller Maßnahmen, die in diesem Gesetz enthalten sind. Es ist eine Zumutung für die Länder, wenn man sagt: Wir ziehen die Steuerreform vor, obwohl wir wissen, dass die Haushalte einiger Länder dann an die Grenze der Verfassungsmäßigkeit stoßen. - Anschließend sagt der Herr Bundesfinanzminister: Für die Länder kann ich nicht sorgen; da bin ich nicht zuständig.

In unserem Lande verfestigt sich der Eindruck: Es ist völlig wurscht, ob wir die Maastricht-Kriterien einhalten und ob die Haushalte verfassungsmäßig sind. Wir verlangen von den Menschen, dass sie sich an die Gesetze halten, aber wir tun das nicht mehr. - Weil dem so ist, stellt sich die Frage: Kann die Bundesregierung einen Vorschlag machen, der bewirkt, dass der Bundeshaushalt und die Länderhaushalte trotz des Vorziehens der Steuerreform in einem verfassungsmäßigen Rahmen gehalten werden können? Der Herr Finanzminister hat mir gerade über den Tisch zugerufen, er könne den Ländern nichts bieten. Dann ist die Veranstaltung sehr schwierig geworden, um es sehr vorsichtig zu formulieren, Herr Kollege Mittler. Man sollte sich nicht darüber täuschen, dass die Länder diese Maßnahmen sonst nicht mittragen können.

(Zuruf BM Hans Eichel (BMF))

- Der Herr Finanzminister stellt die Frage, ob der Bund die Steuerausfälle der Länder bezahlen soll.

(BM Hans Eichel (BMF): Ist das Ihre Position?)

- Herr Finanzminister, ich habe eine Frage gestellt. Nur unter diesem Gesichtspunkt ist das bedeutsam. Herr Kollege Mittler, wir sollten nicht ein paar Stunden diskutieren und uns im Kreis drehen. Hier geht es ans Eingemachte. Da nutzen auch keine Arbeitsgruppen.

(BM Hans Eichel (BMF): Gut, es ist in Ordnung! Dann lassen wir es!)

- Herr Kollege Mittler, jetzt sagt der Finanzminister: Wir lassen das Ganze, weil ich den Ländern nichts bezahlen kann. - Was soll ich davon halten?

Ich stelle nur noch eine Frage, Herr Finanzminister. Auch ich habe mitgeschrieben. Sie haben vorhin zu Herrn Kollegen Wulff den Satz gesagt: Über das Vorziehen der Steuerreform können wir reden. - Können Sie darüber reden, bleibt es beim Wort des Kanzlers, oder tun Sie es nicht, wenn die Länder in erhebliche Schwierigkeiten kommen?

Im gegenwärtigen Stadium des Verfahrens halte ich nichts von der Einsetzung einer Arbeitsgruppe. Ich beantrage eine Unterbrechung der Sitzung, nachdem die Wortmeldungen abgehandelt sind.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Herr Kollege Clement, vielen Teilen Ihrer Ausführungen kann ich durchaus folgen. Wir haben in Deutschland ein Strukturproblem, nicht in erster Linie ein Konjunkturproblem. Das Konjunkturproblem kommt im Augenblick verschärfend hinzu. Wir haben hauptsächlich ein Strukturproblem, das schon lange Jahre besteht. Ich füge hinzu: Die Strukturprobleme setzen nicht erst mit der grünroten Regierung ein, sondern sie sind sehr viel tiefer gehend. Das ist das eigentliche Problem in Deutschland.

Darüber reden wir zwar ständig, aber wir sind letztlich nicht bereit, dieses Problem zu lösen. Das ist meine persönliche Meinung, und ich setze hinzu: mea culpa oder nostra culpa.

Wenn ich mir die Abgabenlast in diesem Lande angucke, Herr Kollege Mittler, dann stelle ich fest, dass das Problem nicht im steuerlichen Bereich liegt. Die Steuerquote ist nicht exorbitant hoch.

(BM Hans Eichel (BMF): Nein, sie ist niedrig!)

- Ja, gut, sie ist zumindest nicht zu hoch. Möglicherweise ist die Steuerstruktur falsch. Aber zu einer generellen Senkung der Steuerquote besteht, international gesehen, keine große Notwendigkeit.

Wir haben hohe Abgaben, weil wir über ein Sozialsystem verfügen, das im Wesentlichen wie eine zweite Lohnsteuer wirkt. Wir müssen ansetzen an der Lohnbezogenheit des Systems, nicht nur an der Ausgabenseite. Ich habe einer Kommission angehört, in der über diesen Punkt diskutiert worden ist. In diesem Zusammenhang ist der Vorwurf eines unsozialen Vorgehens erhoben worden. Ich bin der festen Überzeugung: Es muss gelingen, das Sozialsystem in einigen Teilen vom Lohn abzukoppeln. Über die Deckelung der Ausgaben werden wir es nicht schaffen, vor allen Dingen nicht angesichts der Demografie.

Wenn wir uns die demografische Situation ansehen, dürfte eine Verschuldung an sich ausscheiden; denn wenn die Bevölkerungszahl und die Zahl der Erwerbstätigen sinken, darf man die Verschuldung nicht erhöhen. In der Situation, in der wir uns befinden, müssten wir eine Neuverschuldung von null haben, und die Schulden müssten getilgt werden. Dabei denke ich auch an die Schulden, die im Sozialversicherungssystem mit enthalten sind. Die Schuldenquote liegt nach Maastricht bei 61 bis 62 %; wenn ich alles andere einrechne, liegen wir bei 300 %.

Das sind die eigentlichen Aufgaben. Weil wir sie nicht angehen - ich füge hinzu: nicht nur die Koalition -, reden wir ständig über andere Aufgaben, die zu erfüllen zwar auch sinnvoll und wichtig ist, aber deren Lösung nicht die Lösung der Hauptaufgaben ersetzt.

Nun komme ich zu dem, was mit dem Stichwort "Reform" bezeichnet wird. Dieses Wort wird so inflationär gebraucht, dass ich es fast nicht mehr benutzen möchte.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Wir haben gemeinsam die Gesundheitsreform zu Stande gebracht!)

Wir reden über das Vorziehen einer Steuerreform. Von einer "Reform" z. B. im Sinne einer Neuverteilung der Belastungen, womöglich einer neuen Bemessungsgrundlage oder einer wirtschaftsfreundlicheren Gestaltung kann nicht die Rede sein, sondern es geht um eine schlichte Steuersatzsenkung.

(Zurufe)

- Es ist kein Vorziehen einer Steuerreform, sondern das Vorziehen einer Steuersatzsenkung. Eine Reform, die tatsächlich vorgenommen worden ist, ist die verkorkste Körperschaftsteuerreform des Jahres 2000. Aber das liegt in der Vergangenheit. Es geht im Augenblick nicht um deren Korrektur, sondern um eine Steuersatzsenkung.

Herr Kollege Clement, packen wir die richtigen Reformen doch jetzt an! Ich habe gehört, wie weit Ihre Reformbereitschaft geht. Ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie

persönlich bereit wären, weiter zu gehen. Aber das ist auf Grund der Mehrheitsfähigkeit der Regierung nicht möglich. Dies muss ich zur Kenntnis nehmen. Aber das können Sie nicht uns vorwerfen, sondern das geht auf Ihr Konto.

Sehen wir uns den Bereich "Finanzen" an! Ich bin mit dem einverstanden, was Herr Kollege Mittler gesagt hat: Wir haben langfristig eine Steuersatzsenkung und eine Reduzierung der Steuerquote beschlossen - das ist auch ein Problem des Jahres 2005 -, was durch die Entwicklung auf der Ausgabenseite nicht gedeckt ist.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Richtig!)

Deswegen wird das Problem, das im Jahre 2004 auftritt, auch im Jahre 2005 existieren.

Zu der Vorstellung, wie man 2005 die Vorgaben in Richtung auf Brüssel, die gerade versprochen worden sind, einlösen will, sage ich: Schall und Rauch! Es sei denn, wir bereiten hier die nächste Steuererhöhung, nämlich die Erhöhung der Mehrwertsteuer, vor. Darüber reden wir doch.

(Vereinzelt Widerspruch)

- Nein, wenn es nicht gelingt, die Ausgabenseite der Etats zu konsolidieren, dann dürfen wir nicht über eine höhere Verschuldung diskutieren. Das können wir uns vielleicht ein Jahr leisten, aber wir dürfen die Defizite nicht permanent durch zusätzliche Verschuldung reduzieren. Deswegen ist Konsolidierung der Etats auch in Punkten, die uns unangenehm sind, langfristig gesehen vordringlich.

Nun komme ich zu dem sehr kurzfristigen konjunkturellen Effekt für das Jahr 2004. In der Frage, welche Wirkung erzeugt wird, kann man geteilter Ansicht sein. Ich habe mitbekommen, dass eine große Wirkung nicht erwartet wird. In diesem Zusammenhang ist vor allen Dingen von Psychologie bzw. von negativer Psychologie die Rede. Dazu will ich Ihnen eines sagen: Wer - wie der Bundeskanzler - seit Monaten eine psychologische Situation herbeiredet, sich unter Zugzwang setzt und dann sagt, es sei unsere nationale Pflicht, ihn dort wieder herauszuholen, verlangt ein bisschen zu viel von der Opposition. Vieles von dem, was in den Zeitungen steht, ist nicht von allein dort hineingekommen, sondern es hat Leute gegeben, die angefeuert haben.

Ich habe heute zwei Briefe von einer Organisation aus dem Bereich des Handels bekommen: In dem einen Brief werde ich aufgefordert, mich für die Steuersenkung einzusetzen; sie sei dringend notwendig, weil der Handel am Boden liege. In dem Brief einer anderen Abteilung werde ich darum gebeten, mich dafür einzusetzen, dass das Schuldenmachen endlich ein Ende habe; denn die Währung sei in Gefahr.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Beide haben Recht!)

- Einer von beiden muss falsch sein, und einer von beiden ist falsch. Das wissen Sie. Es geht darum, dass Ihrer Meinung nach nicht die Wirtschaft einen psychologischen Effekt braucht, sondern Sie selber und Ihre Regierung. Herr Kollege Clement, auch darüber kann man reden.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Nein, darüber kann man nicht reden!)

- Ich erwarte nicht von Ihnen, dass Sie die weiße Fahne hissen oder vor uns Selbstmord begehen. So naiv bin ich nicht. Nur, Sie sollten es uns auch nicht unterstellen.

Meine große Bitte an Sie, Herr Clement und Herr Eichel, ist, die Bedeutung der Steuersenkung in Ihrer Diktion etwas abzumildern, um die Möglichkeit, zu einer Einigung zu gelangen, zu verbessern. Je mehr Sie sich auf den Punkt "Steuersenkung" fixieren, desto größer wird möglicherweise die Enttäuschung für alle sein. Wir alle täten gut daran, diesen Punkt aus den bekannten Gründen auszuklammern, uns mit den übrigen Themen zu beschäftigen und dann ordentliche Arbeit abzuliefern.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich muss bekennen, dass ich am Anfang des heutigen Tages etwas mutiger und optimistischer war und angenommen habe, wir kämen schneller auf den Punkt und würden ernsthaft an die eigentliche Aufgabe herangehen, nämlich die, wie ich finde, sehr intelligente Zusammenfassung des Ergebnisses der Arbeitsgruppe abzuschichten. Ich bin enttäuscht, weil das Wortgeklingel und die sehr umfangreichen Begründungen auf Ihrer Seite mich eher dazu verleiten anzunehmen, dass Sie tatsächlich kein Interesse an einem Vorziehen der Steuerreform haben - ich finde, dann sollten Sie sich noch deutlicher erklären, als wir es hier heraushören - oder dass Sie dabei aus bestimmten Gründen nur Ihre eigenen Haushalte im Blick haben; denn bisher haben außer Herrn Kauder nur die Ländervertreter der B-Seite hier Erklärungen abgegeben, was bezeichnend ist.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Die Verfassung ist natürlich auch ein Argument!)

- Wenn der fiskalische Ansatz im Mittelpunkt Ihrer Betrachtung steht, sollten Sie es uns und anschließend der Öffentlichkeit erklären. Dann ist die Sache ausgestanden. Ich finde, Sie hatten Ihre Länderhaushalte trotz aller Schwierigkeiten bisher noch ganz gut im Griff. Wir haben genauso große Schwierigkeiten. Wir müssen uns doch nicht gegenseitig vorwerfen, dass wir Riesenprobleme haben. Das wissen wir voneinander. Darum war ich der Meinung, wir könnten uns im Grunde genommen relativ zügig an

die Abarbeitung der Einzelpunkte aus den Papieren heranbegeben. Das stelle ich vorweg fest.

Es gibt zwei Punkte, die jetzt geklärt werden müssen.

Nachdem die Rednerliste erschöpft ist, müssen wir uns darüber unterhalten, ob die Sitzung unterbrochen werden soll - ich bin sehr dafür; Herr Kauder hat einen entsprechenden Antrag gestellt -, damit wir das eine oder andere Argument überprüfen können.

Die andere Frage ist, ob wir in der Pause kurz Kontakt aufnehmen sollten, vielleicht mit dem Ziel, eine kleine Verhandlungsgruppe zu bilden, um zu klären, ob wir den Stillstand, den Sie gerade produzieren, überwinden können. Ich bin im Interesse der Sache ernsthaft daran interessiert, dass Sie mit uns gemeinsam einen entsprechenden Versuch machen. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass wir nach Abschluss der ersten Runde und einer Pause wieder zusammentreten, um dann zu erklären, dass wir hinsichtlich eines Vorziehens der Steuerreform nicht zueinander finden. Wenn man es näher betrachtet, ist das alles nur vorgeschoben.

Ich darf die Bitte an Sie herantragen, ernsthaft zur Verhandlungsgrundlage zurückzukehren, und zwar auch vor dem Hintergrund, dass wir heute zwar noch viele Stunden Zeit haben, aber morgen nur noch relativ wenig Zeit zur Verfügung steht und wir möglicherweise am Sonntag genötigt sind, aus diesem Kreis heraus einigermaßen abschlussfähige Produkte zu liefern.

Ich bitte also darum, diese beiden Angebote ernsthaft zu gewichten und nach oder innerhalb der Pause die Chance auf eine Verständigung zu nutzen, was mit Blick auf den Fortgang der Dinge dringend notwendig ist.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Nun hat Herr Peiner das Wort. Ich kann es mir nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, dass er bei meinem Bruder studiert hat. Deshalb ist es besonders wichtig, was er sagt.

S Dr. Wolfgang Peiner (HH): Er hat bei ihm Statistik und Methoden der Volkswirtschaft gelernt. Er hat sehr davon profitiert und wird sie heute anwenden.

(Heiterkeit)

Ich habe von Anfang an gesagt, dass ein Vorziehen der Steuerreform als isolierte Maßnahme wenig sinnvoll und ökonomisch fragwürdig ist. Ihr Bruder würde das unterstreichen, Herr Vorsitzender.

(Heiterkeit)

Ich will das jetzt nicht im Einzelnen erläutern. Wir haben damals sehr viel über Elastizitäten, Zusammenhänge und Wirkungsverbünde gelernt. Es ist doch klar, dass eine Steuerreform, die im Grunde genommen sehr stark die höheren Einkommensklassen begünstigt, zwangsläufig nicht zu dem Nachfrageboom führen kann, der gelegentlich unterstellt wird.

Das Vorhaben ist aber auch fiskalisch fragwürdig; das hat Herr Mittler sehr deutlich gesagt. Wir haben es bisher geschafft, im Hamburger Haushalt ohne verfassungswidrige Tatbestände auszukommen. Durch ein Vorziehen der Steuerreform würden wir erstmalig seit Jahren die Verfassungskonformität nicht mehr erreichen. Ich nehme die Hamburgische Verfassung und die Maastricht-Kriterien ernst; ich bin der Meinung, alle sollten ihre Verfassung ernst nehmen. Man darf es sich nicht leicht machen, indem man eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts feststellt. Ich glaube, die Berliner haben ihre Lektion in diesem Zusammenhang gelernt.

Es bleibt der von Herrn Mittler vorhin erwähnte psychologische Faktor. Ich glaube, die Bundesregierung läuft im Moment in eine von ihr selbst aufgestellte Falle hinein, weil sie das Thema politisch überhöht hat. Noch schlimmer: Sie hat sich dem Druck der Medien ausgesetzt. Damit geht sie das Risiko ein, Opfer des Ganzen zu werden.

Wenn wir darauf hinarbeiten, ein psychologisch wichtiges Signal auszusenden, dann müssen wir uns mit der Frage auseinander setzen, ob das Vorziehen der Steuerreform die richtige Maßnahme, das richtige Thema und das richtige Signal ist. Ein Vorziehen der Steuerreform um ein Jahr kann kein Signal sein, um den Reformstau aufzulösen. Was wir brauchen, ist sozusagen eine "Agenda 2010 plus"; was wir im Moment erleben, ist eine "Agenda 2010 minus". Wenn wir erfolgreich sein und die richtigen Signale aussenden wollen, ist es wichtig, dass wir Reformen zu Stande bringen, die die Themen "Kündigungsschutz", "Niedriglohn" und "Lohnnebenkosten" umfassen. Das sind die zentralen Themen, die die Menschen berühren. Ich halte es für wichtig, dass klare Signale ausgesandt werden, aber sie dürfen sich nicht auf das Vorziehen der Steuerreform konzentrieren.

Der Wirtschaftsminister hat zu Recht gesagt, dass wir Probleme bezüglich der Investitionen und der Binnennachfrage haben. Wir haben insbesondere Probleme bezüglich der Auslandsinvestitionen; d. h., das Ausland investiert nicht. Alle drei Faktoren zeigen, dass wir ein Vertrauensproblem im Binnenland haben. Wir lösen es schlicht und ergreifend nicht durch ein Vorziehen der Steuerreform, sondern durch ein

Reformpaket, das ganz andere Faktoren umfasst. Deswegen haben wir gestern zu Recht über weitere Maßnahmen in diesem Zusammenhang gesprochen. Aber ein Vorziehen der Steuerreform ist ein denkbar ungeeignetes Signal, um den Reformstau zu überwinden.

Ich komme zu dem Ergebnis: Wir sollten über Dinge sprechen, die mit dem Thema "Vorziehen der Steuerreform" nichts zu tun haben: über die Koch/Steinbrück-Vorschläge, über Korb II, über das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit und über die Kommunalfinanzen. Dabei sollten wir uns eher darauf konzentrieren zu überlegen, wie geeignete Signale aussehen können, um den Reformstau in diesem Lande zu überwinden, statt uns auf eine Maßnahme zu verständigen, die ökonomisch fragwürdig und fiskalisch nicht sauber finanziert ist.

S Dr. Thilo Sarrazin (BE): Es geht um zwei unterschiedliche Dinge, die logisch nichts miteinander zu tun haben: Es geht zunächst um den dringend notwendigen Subventionsabbau. Dieses Thema müssen wir völlig unabhängig davon behandeln, ob die Steuerreform vorgezogen werden soll oder nicht. Man hätte es bereits in den vergangenen drei Stunden behandeln können. Denn wir alle sind bis zu einem gewissen Grade der Meinung, dass hier etwas geschehen muss. Dieses Thema ist erst einmal abzuhaken.

Eine andere Frage ist, ob die Steuerreform vorgezogen werden soll oder nicht. Dazu kann man aus gutem Grunde unterschiedliche ökonomische oder politische Theorien vertreten. Einmal ist das eine, ein anderes Mal das andere richtig, unter Umständen beides gleichzeitig. Das ist jedem unbenommen. Darüber muss jeder in eigener Verantwortung entscheiden. Allerdings befinden sich Bund und Länder in einer gewissen Gemeinschaft: Wir alle leiden unter dem Fehlen von Einnahmen, wir alle profitieren von wachsenden Einnahmen.

Wenn ich es richtig verstanden habe, liefen alle Einlassungen der B-Seite darauf hinaus, eine Position nach dem Motto aufzubauen: Wenn der Bund das will, soll er doch bitte zahlen. - Ich muss sagen: Das ist ein bisschen schief; denn einerseits schreibt man sich den politischen Erfolg zu, andererseits fordert man, der Bund solle zahlen.

(Zurufe)

- Wenn Sie der Meinung sind, das sei unzuträglich, können Sie es in der Öffentlichkeit darlegen, und das wäre es dann. Aber dann sollten Sie auch den Mut dazu haben. Das kann man durchziehen. Dies würde bedeuten, dass Sie, nachdem Sie gemeinsam mit

uns den Weg des Subventionsabbaus beschritten haben, vor die Kameras treten und sagen: Wir sprechen uns gegen ein Vorziehen der Steuerreform aus, weil wir es nicht für nützlich halten.

(Abg. Volker Kauder: Sie sollten uns nicht provozieren!)

Anschließend kann man sich politisch darüber auseinander setzen. Das ist ein sehr klarer und eindeutiger Weg.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Ich stimme Herrn Clement und Herrn Mittler zu: Uns allen ist klar, dass wir Reformen brauchen und dass es gut wäre, wenn wir zu Ergebnissen kommen könnten. Es ist eben nur die Frage, auf welchem Wege uns das gelingt.

Herr Eichel, ich habe Ihnen vorhin eine Frage gestellt. Anfangs haben Sie gesagt, dass die öffentlichen Haushalte durch dieses Gesetz 23 Milliarden Euro einnehmen. Sie haben aber satt an der Frage vorbei geantwortet, wie die Situation im nächsten Jahr aussieht. Sie haben mir gegenüber bestätigt, dass das vorliegende Finanztableau stimmt.

Entschuldigung, eines ist irre: Im Frühjahr wollten Sie die Eigenheimzulage abschaffen, aber für Kinder noch erhalten. - Für Kinder sollte sie erhalten bleiben.

(Zuruf: Für Familien mit Kindern!)

- Ja, für Familien mit Kindern! Dass Kinder nicht allein bauen, meine werten Kolleginnen und Kollegen von der A-Seite, ist sogar mir bekannt. - Damals wurde noch gesagt: Die Eigenheimzulage bleibt für Familien mit Kindern erhalten. - Danach haben Sie erkannt, dass sie komplett gestrichen werden muss. Ich habe Ihnen nicht nur Anfang des Jahres, sondern schon vorher gesagt, Herr Eichel: Wenn Sie nur konsolidieren, ohne auf Wachstum zu achten, begehen Sie einen Riesenfehler.

Wenn wir uns die vergangenen drei Jahre angucken, in denen wir null Wachstum hatten, stellen wir fest, dass wir mehr als 7 % Wachstum von dem Wert entfernt sind, den Sie ursprünglich prognostiziert haben. Das bedeutet, dass in unserem Lande in den letzten drei Jahren 150 Milliarden Euro nicht erwirtschaftet wurden. Wenn man diese Summe mit einer Steuer- und Abgabenquote von 50 % belegt, kennt man einen der Gründe dafür, warum die öffentlichen Haushalte und die Sozialsysteme Probleme haben.

Insofern ist die Frage, wie wir an dieses Problem herangehen. Man kann jedenfalls nicht sagen: Wir ziehen die Steuerreform vor; liebe Länder, seht zu, wie ihr damit

fertig werdet! Im nächsten Jahr habt ihr zwar ein Problem, aber irgendwann wird es nach dem Finanztableau gelöst. - Das ist etwas zu einfach.

Ich fände es gut, wenn es zu einem Vorziehen der Steuerreform käme. Denn ich bestreite nicht, dass dadurch zum Teil Aufbruchstimmung erzeugt werden kann. Sehen Sie es mir nach, wenn ich sage: trotz Rotgrün. - Zumindest besteht eine leise Hoffnung.

Parallel dazu - diesen Punkt haben wir gestern erörtert - ist die Frage, ob in anderen Bereichen, insbesondere im Arbeitsmarkt, Bewegung erkennbar ist. Darüber brauchen wir hier nicht zu debattieren. Aber diese Frage ist nicht isoliert von dem Thema zu betrachten, über das wir gestern diskutiert haben.

Ich habe 1997 an den Verhandlungen über die Steuerreform auf Grund der Petersberger Beschlüsse teilgenommen. Herr Voscherau hat die Sitzungen zum Teil geleitet; auf Ihrer Seite waren Frau Matthäus-Maier und Herr Lafontaine beteiligt.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Was bringt uns das?)

- Sie versuchen, die Gegenwart zu gestalten. Das haben auch wir damals versucht. Ich will nicht der Vergangenheit verhaftet bleiben, sondern ich schaue in die Vergangenheit, um eine Lösung für die Zukunft zu finden.

Wir dürfen nicht sagen, es sei nicht möglich, eine Verständigung herbeizuführen, sondern wir müssen versuchen, zu einer Lösung zu gelangen. Aber wenn Sie auf die Frage, wie hoch die Nettoneuverschuldung im nächsten Jahr sein wird und wie sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt darstellen wird, nach wie vor keine Antwort geben, habe ich den Eindruck, dass die Regierung eines noch nicht verstanden hat: Wenn wir uns bewegen sollen, setzt das voraus, dass auch Sie sich bitte schön bewegen. Seitdem wir hier zusammensitzen - ich bin froh, Herr Eichel, dass Sie anwesend sind, und ich freue mich darüber, dass dieser Punkt auf der Tagesordnung steht -, haben wir nichts Konstruktives gehört, was uns auch nur einen Millimeter weiter bringt. Wenn Sie vorschlagen, wir sollten Grüppchen bilden, dann frage ich mich, was dabei herauskommen soll. Es muss schon ein bisschen mehr kommen.

Am Bahnhof habe ich ein Informationsblatt zur Agenda 2010 bekommen. Darin steht: "Deutschland bewegt sich." Man hat zwei Seiten zur Steuerreform "hineingenudelt", weil dieses Thema am 14. März 2003 noch nicht Teil der Agenda 2010 war. Ich frage mich: Was tun Sie denn, damit sich Deutschland bewegt? Wo bewegt sich etwas gegenüber dem, was wir schon ausführlich im Bundestag behandelt haben? Ich hoffe, dass nach der Pause Bewegung in die Sache hineinkommt. Wir können die

ritualisierten Sitzungen zwar fortsetzen, aber dadurch kommen wir nicht zu Ergebnissen.

(Abg. Krista Sager: Sehr richtig! - Weitere Zurufe)

StM Erwin Huber (BY): Ich möchte auch gleich sagen: Ich bin sehr enttäuscht, Herr Bundesfinanzminister, dass Sie auf das lange Drängen der B-Seite heute keine weiteren Überlegungen, Vorschläge, Konzepte eingebracht haben. Tatsache ist: Von dem 25%igen Kreditfinanzierungsanteil, der volkswirtschaftlich aus der Überlegung der Selbstfinanzierung kommt, der von Ministerpräsident Stoiber in einem Interview Mitte August zum ersten Mal genannt worden ist und auf den sich die B-Seite verständigt hat, wissen Sie seit etwa vier Monaten. Wir haben oft und oft wiederholt, dass dies die Grundvoraussetzung dafür ist, dass wir einer Steuersenkung zustimmen.

Wenn Sie bisher öffentlich nicht reagiert haben, kann man das verstehen; denn die Entscheidung fällt hier im Vermittlungsausschuss. Aber Sie hätten im Bundesrat und hier etwas vorlegen können. Sie haben heute kein einziges Blatt dabei.

(BM Hans Eichel (BMF): Es liegt alles vor!)

- Nein, nein! Das ist doch bereits in der Arbeitsgruppe behandelt worden. Jeder weiß, dass es nicht ausreicht. Auch wenn Sie das 1:1 nähmen, reichte es nicht aus, weil die Länder und die Kommunen diesen Anteil nicht finanzieren können.

Das ist für Maastricht genauso relevant wie die Verschuldung des Bundes; denn es geht um die Gesamtverschuldung. Zwei Länder sind durch Gerichtshöfe bereits verurteilt, weil sie verfassungswidrige Methoden anwenden: Nordrhein-Westfalen und Berlin. Andere sind hart an der Kante. Und tausende von Kommunen in Deutschland sind nicht in der Lage, ihre Haushalte auszugleichen. Vor diesem Hintergrund hätten Sie heute neue Überlegungen zu einer Finanzierung der Steuersenkung darlegen müssen. Wenn es Ihnen wirklich ernst ist, wenn es nicht nur um politische Propaganda geht, ist Ihnen diese unsere Forderung nicht verborgen geblieben. Das ist zutiefst enttäuschend, und ich muss an der Ernsthaftigkeit zweifeln, dass Sie die Steuersenkung wollen. Sie ist wirtschaftspolitisch und gesamtpolitisch nur dann sinnvoll, wenn sie seriös finanziert wird. Sie können bei der OECD und bei anderen Sachverständigen nachlesen, dass die volkswirtschaftliche Wirkung für Wachstum und Arbeitsplätze nur dann eintritt, wenn sie nicht in einem solchen Ausmaß durch Schulden finanziert wird.

Natürlich wird Deutschland auch von den Märkten und von den Ratingagenturen bewertet. Warum gehen denn so wenige internationale Organisationen und Gesell-

schaften nach Deutschland? Weil man diesem Standort langfristig keine Chancen gibt. Das hängt auch mit der hohen Verschuldung der öffentlichen Hand zusammen.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das ist absurd! Wir haben in Deutschland die höchsten Auslandsinvestitionen, Herr Kollege! - Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das ist Rosinenpickerei in negativer Form! Das muss nun wirklich nicht sein!)

- Herr Bundeswirtschaftsminister, wir sind heute bei 70 % der Maastricht-Kriterien. Wir waren einmal bei 60. Und wenn Sie von Deficitspending sprechen: Wir haben mit 94 Milliarden Euro Verschuldung der gesamten öffentlichen Hand in diesem Jahr das größte Deficitspending, das man sich vorstellen kann. Deshalb kann eine Steuersenkung Wirkungen auf den Kreislauf, auf Arbeitsplätze und die Attraktivität des Standortes nur entfalten, wenn eine seriöse Finanzierung dahintersteht.

Ich sage noch einmal: Sie kennen diese Bedingung seit vielen Monaten. Ihr Bundeskanzler hat am letzten Sonntag angekündigt, es gebe neue Überlegungen. Deshalb war unsere Erwartung, dass Sie das heute auf den Tisch legen. Warum sollen wir zusätzlich Arbeitsgruppen bilden! Es ist alles besprochen und durchgerechnet, was vorliegt.

(Abg. Joachim Poß: Sie brauchen nur grünes Licht zu geben!)

Nur wenn Sie neue Vorschläge unterbreiten, hätte dies Sinn. Sonst ist es wenig aussichtsreich.

BM Hans Eichel (BMF): Erster Punkt: Bitte keine Märchen über Deutschland, Herr Huber! Deutschland hat die höchsten Auslandsinvestitionen aller Mitglieder der Europäischen Union und steigert diese.

Zweite Feststellung: Wir haben keine Probleme mit den Ratingagenturen. Die Länder haben sie vielfach noch nicht, weil alles am Bunde hängt. Damit wir uns da richtig verstehen!

Zum Thema Steuerreform: Vorgeschlagen worden ist sie zum ersten Mal in einem Präsidiumsbeschluss der CDU im Sommer vor Neuhardenberg. Ich will nur darauf hinweisen; denn ich bin es leid, was hier an Spielen gespielt wird.

Der Zusammenhang, den Sie darstellen, ist nicht richtig. Es geht um immer dieselbe Zahl, sie wird nur hin- und hergeschoben. Ich habe übrigens nach den Erfahrungen, die ich mit Ihnen im Zusammenhang mit dem Gesetz zum Abbau von

Steuervergünstigungen im März gemacht habe, nicht geglaubt, dass wir so weit kommen - die Regierung ist so weit gekommen, Sie hinken hinterher -:

(Zuruf Abg. Volker Kauder)

erstens Agenda, die Strukturreformen, zweitens Haushaltskonsolidierung. Die Neuverschuldung des Haushaltes liegt unterhalb der Investitionsrate, und dabei wird es auch bleiben. In der jetzigen wirtschaftlichen Situation muss die Steuerreform um ein Jahr vorgezogen werden, weil wir anderenfalls rigide Kaufkraft aus dem Markt nähmen. Das ist die Argumentation z. B. auch des IWF. Das haben wir zum Teil zusammen beschlossen; ich denke an die Gesundheitsreform.

Wenn ich einen Vorschlag für den Bundeshaushalt gemacht habe, gilt er nicht nur für diesen. Sie wissen wie ich: Es gibt keine Chance mehr, die Haushalte der Länder zu konsolidieren, ohne dass in Bundesgesetze eingegriffen wird. Ich habe im Sommer dem Finanzplanungsrat vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit der Ausgabeseite beschäftigt. Kollege Faltlhauser und andere haben erklärt, das sei politisch jetzt nicht möglich. Ich habe der Finanzministerkonferenz dasselbe vorgeschlagen; Kollege Stratthaus weiß das. Sie hat es nicht akzeptiert. Ich will das festhalten, damit wir wissen, wer wie vorgegangen ist. Das kann ich nicht hinnehmen.

Dann haben wir gesagt: Zusätzlich zum Vorziehen der Steuerreform bauen wir unsere Finanzhilfen - die wir übrigens seit 1998 stärker als jede Regierung vor uns abgebaut haben - weiter ab. Sie bemühen sich zurzeit, uns in den Arm zu fallen, z. B. im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialpolitik. Sie versuchen, den Bund daran zu hindern, die Finanzhilfen weiter zurückzuführen. Ich kann nicht verstehen, welches Landesinteresse daran besteht. Auf diesen Sachverhalt habe ich vorhin im Zusammenhang mit der Rente schon hingewiesen. Wir haben gesagt: Wir sind bereit, mit den Ländern Gesetze zu verabschieden, die den weiteren Abbau von Steuersubventionen auch nach 2005 beinhalten. Dazu muss aber auf Ihrer Seite Bereitschaft bestehen. Was erlebe ich? Um Ihre Frage zu beantworten, Herr Kauder: Der Bund kann nicht den Einnahmeausfall der Länder bezahlen. Ich wüsste gerne, auf welchen Artikel des Grundgesetzes Sie sich dabei stützen. Ich wüsste auch gerne, wo eine Rechtsermächtigung für den Bundesfinanzminister besteht. Wie schätzen Sie das ein, was der Bundesrechnungshof dazu sagt?

(Abg. Volker Kauder: Gibt es für den Bau des Olympiastadions eine Rechtsermächtigung?)

- Aber selbstverständlich ist das eine Aufgabe, die beschrieben werden kann.

Nach der Finanzverfassung des Grundgesetzes muss sich jede Ebene an Einnahmeausfällen, die bei der Steuerreform entstehen, entsprechend ihrem Anteil beteiligen.

(Zurufe)

- Sie reduzieren doch auch kommunale Investitionsprogramme, die Sie bezuschussen. Das sind freiwillige Leistungen des Bundes, jedenfalls der Höhe nach, also kann ich sie auch reduzieren. Das tun doch auch Sie in Ihren Landeshaushalten jeden Tag. Nur sind die Betroffenen die Kommunen, und diese können sich nicht wehren. Aber Sie versuchen an den Stellen, an denen ich Einsparungen vorsehe, mir in den Arm zu fallen. Das ist alles keine redliche Argumentation. Wir haben ein Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt von 90 Milliarden, und jede Ebene hindert die andere daran, die Probleme zu lösen. Ich habe Vorschläge gemacht, die den Ländern und Kommunen ebenfalls helfen: das Steuervergünstigungsabbaugesetz im Frühjahr, die Halbierung der Eigenheimzulage. Sie fragen, warum wir die Eigenheimzulage jetzt zu 100 % abbauen wollen. Das will ich Ihnen gleich begründen:

Wir haben aufgenommen, dass es im Osten viel wichtiger ist, den Bestand zu erhalten. Zweitens geht es um Investitionen. Es geht in erster Linie nicht darum, die Eigentumsübertragung zu fördern, was vom Arbeitsplatzeffekt nicht sehr wichtig ist, sondern darum, Investitionen zu fördern. Die Bundesbank, der Sachverständigenrat und die Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben in Anhörungen gesagt, dass die gesamte Subvention gestrichen werden müsse. Und sie haben Recht! Warum haben Sie mich im Frühjahr daran gehindert, den Subventionswert der Eigenheimzulage abzusenken?

Und wenn Sie fragen, was ich für die Haushalte der Kommunen und Länder getan habe: In dieser Finanzplanungsperiode waren für die Kommunen mehr als 6 Milliarden Euro drin. Was herausgekommen ist, ist lächerlich. Jetzt sitzen wir noch tiefer im Dreck, und Sie fahren im Prinzip die gleiche Linie wieder, indem Sie Punkt für Punkt unserer radikalen Vorschläge ablehnen. Das ist unredlich, Herr Kauder.

Wir können die Einnahmeausfälle der Länder nicht bezahlen. Wir können aber zusammen den Subventionsabbau vorantreiben. Da haben Sie doch in Ihren Reihen große Debatten geführt. Im Frühjahr haben Sie sich gegen Subventionsabbau ausgesprochen, weil er Steuererhöhung bedeute. Kommt der Subventionsabbau jetzt zusammen mit dem Vorziehen der Steuerreform, ist eine richtige Steuersenkung da. Und wieder sagen Sie: Das können wir nicht machen.

Rechtlich kann ich keinen neuen Vorschlag in der Sache machen. Wie jeder an diesem Tisch weiß, gibt es auch kein neues Instrument. Es bleibt die Frage, wie die

Instrumente, die auf dem Tisch liegen und die allein im Vermittlungsverfahren verwandt werden können, eingesetzt werden. Deshalb ist das Angebot der Bundesregierung - wir haben es zigmal gesagt -, statt beim Subventionsabbau zurückzugehen, nach vorne zu gehen. Ich wüsste gerne, welche Landeshaushalte wie viel Geld benötigen, um ohne Vorziehen der Steuerreform verfassungsgemäß zu sein.

(Zurufe MP Roland Koch (HE) und MP Christian Wulff (NI))

- Ich weiß, was Sie eingestellt haben, Herr Koch. Das wird noch eine muntere Veranstaltung. Wenn sich nämlich alle an diesem Tisch so verhalten, bekommen Sie das Geld nicht zusammen, unabhängig vom Vorziehen der Steuerreform.

Das Schattenboxen, das wir hier veranstalten, ist schwer verständlich. Wir sind bereit, neue Vorschläge zu machen, die rechtlich nur in der Neugewichtung dessen bestehen können, was auf dem Tisch liegt. Wir gehen mit Ihnen beim Subventionsabbau so weit, wie Sie wollen, wenn Sie meinen, das bräuchten Sie für das Vorziehen der Steuerreform. Tun wir es jetzt!

(Zuruf Abg. Carl-Ludwig Thiele)

- Die Eigenheimzulage bringt den Ländern 42 1/2, den Kommunen 15 % des Ersparten.

(Abg. Carl-Ludwig Thiele: Im nächsten Jahr! Das ist doch lächerlich! - Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Damit hätten wir vor zweieinhalb Stunden schon beginnen können!)

Sie wollen die Pendlerpauschale auf 35 Cent reduzieren, wir haben 15 Cent vorgeschlagen. Dazwischen liegen 2 1/2 Milliarden, Herr Thiele, und zwar für den Gesamtstaat.

(Abg. Volker Kauder: Herr Minister, die Eigenheimzulage bringt im nächsten Jahr nichts! Man sollte hier keinen Popanz aufbauen! - Weitere Zurufe)

- Mir reicht es auch! - Nehmen wir die europäische Verpflichtung, das strukturelle Defizit jährlich um ein halbes Prozent zu reduzieren! Das ist keine Veranstaltung nur für nächstes Jahr. Wir müssen auch 2005 unter 3 % liegen. Wir müssen über 2006 und 2007 sprechen, jedes Jahr ein halbes Prozent herunter.

(Abg. Volker Kauder: Sie jonglieren mit Zahlen! Spielen Sie keinen Zirkus!)

- Das wissen Sie doch, das hat alles in den Zeitungen gestanden. Das ist die Verpflichtung, die wir eingegangen sind.

Der vernünftige Weg ist, wenn wir uns beim Subventionsabbau viel weiter bewegen. Sie haben das öffentlich verkündet. Ich habe die Tür dafür weit geöffnet.

Dann können wir die Lücke schließen, und zwar mit Wirkung auf die Landeshaushalte, auf die kommunalen Haushalte und auf den Bundeshaushalt.

(Abg. Volker Kauder: Jetzt machen wir eine Pause!)

Abg. Krista Sager: Ich möchte auf den Vorschlag des Kollegen Schmidt zurückkommen. Von der B-Seite ist gesagt worden, sie wolle das Vorziehen nicht, sie wolle auch nicht weiter darüber sprechen. Dann hat es doch keinen Zweck, diese Diskussion weiterzuführen.

(MP Christian Wulff (NI): Wer hat das denn gesagt?)

Es kann durchaus sein, dass Sie darüber schlafen wollen und untereinander oder mit anderen darüber reden wollen.

Aber eines bleibt stehen: Sie haben gestern gesagt, Sie wollten eine Entlastung für Ihre Länder. Dann bleibt doch die Aufgabe, in die Pakete einzusteigen, die vor uns liegen: Haushaltsbegleitgesetz, Koch/Steinbrück. Diese Aufgabe ist deswegen nicht obsolet geworden. Dass Sie in Richtung Subventionsabbau gehen wollen, haben Sie gesagt. Es wäre also vernünftig, die von Herrn Schmidt vorgeschlagene Auszeit zu nehmen, während der Sie sich auch überlegen, ob man nicht zu diesen Themen Arbeitsgruppen einsetzt. Dann können Sie gegenchecken, ob Sie es sich auf die Schultern laden wollen zu sagen: Wir wollen den Impuls für die Konjunktur nicht, wir wollen das negative psychologische Signal, wir wollen die Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger nicht. - Diese Überlegung können wir Ihnen heute weder abnehmen noch abringen.

Abg. Volker Kauder: Damit draußen keine falschen Botschaften kommen, Frau Kollegin Sager: Wir haben nicht gesagt, dass wir über die vorgezogene Steuerreform nicht reden wollen.

(Widerspruch - MP Roland Koch (HE): Wir wollen Ihre Vorschläge hören!)

Wir wollen darüber reden, aber über die Wahrheit! Der Finanzminister ist nicht in der Lage, neue Vorschläge zu machen, wie sie finanziert wird. Der Finanzminister sagt nicht zum ersten Mal: Ich kann nicht mehr. - Der Bundeskanzler wird sagen: Ich kann doch mehr! - Ich wäre da sehr vorsichtig, Herr Finanzminister.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir sind am Ende der Wortmeldungsliste. Bevor Sie auseinander laufen, überlegen Sie, was zur Beratung ansteht!

Ich habe gehofft, dass der Vorschlag von Herrn Böhmer aufgenommen würde. Er hat in seiner Gelassenheit gesagt: Es ist alles kompliziert, aber ich will nicht nach Hause gehen, ohne einen Versuch gemacht zu haben. - Mir liegt daran, dass wir die Ergebnisse der Arbeitsgruppen durcharbeiten, wie wir es gestern bei Koch/Stiegler einigermaßen hinbekommen haben. Obwohl große Streitpunkte enthalten waren, sind wir erstaunlich gut vorangekommen. Das hat mich jedenfalls überrascht. Ich glaube, lieber Herr Böhmer, Sie schlagen vor, dass wir jetzt nicht einfach alles verwerfen, sondern prüfen, was die Arbeitsgruppe zu Stande gebracht hat. Möglicherweise ergibt sich, dass eine erstaunliche Zahl von Punkten einvernehmlich ist - immer unter dem Vorbehalt, dass das Ganze steht.

Große Streitpunkte bleiben das Vorziehen der Steuerreform und die Frage, was wir mit den Koch/Steinbrück-Vorschlägen machen. Noch gar nicht richtig behandelt worden ist der Großkomplex "Kommunalfinanzen".

MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Herr Vorsitzender, damit Sie mich nicht falsch interpretieren! Ich möchte schon wissen, wenn wir Geld bewegen, zu welchem Zweck wir das tun, weil es um eine politische Prioritätensetzung geht. Wir können jetzt keine Liste machen und sagen: "Dieses und jenes machen wir!", wenn wir dann kein Geld für die Kommunen finden. So habe ich es nicht gemeint.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): So habe ich Sie auch nicht verstanden. Sie wollen das Ganze gewichten und wissen, ob das etwas bringt. Gewichten kann man erst, wenn man die Gesamtheit in der Hand hat.

Das Gleiche muss bei dem anderen großen Kapitel noch stattfinden. Wir sind gestern auseinander gegangen, ohne alles zusammengebracht zu haben. Dieses vertrackte Thema, bei dem sich Roland Koch sehr engagiert hat, nämlich die Zuständigkeit der kommunalen Ebene oder der Bundesanstalt sowie die Finanzierung, haben wir nicht zu Ende gebracht.

Ich habe den Eindruck, wir haben gestern besser aufeinander gehört. Aber es ist noch nichts zu Stande gekommen. Die delikaten Themen "Kündigungsschutz", "Niedriglohn" und "Tarifrecht" sind ebenfalls noch nicht behandelt worden. Ich glaube, wir würden uns eine Hilfe organisieren, wenn wir den Sonntag vorbereiteten. Wir wären gut beraten, wenn wir im Sinne der Böhmer'schen Klärung etwas vorbereiteten, damit jeder sagen kann: Ich habe das Ganze gewogen, es trägt. - Es kann aber auch sein, dass wir am Schluss sagen: Wir haben uns halb umgebracht, aber es ist

nicht tragfähig. - Eine andere Einschätzung muss möglich gemacht werden. Wenn wir weiterreden wie während der letzten zwei Stunden, kommen wir keinen Millimeter voreinander. Dann nerven wir uns, statt unsere Arbeit zu erledigen, nämlich ein Paket zu gewichten, damit es politisch eingeschätzt werden kann. Ich sehe uns hier mit unseren Parteivorsitzenden sitzen. Diese wollen keine Details, sondern das Ganze präsentiert bekommen. So wird es am Sonntag kommen. Wenn wir nur unsere Ausgangspositionen wiederholen, brauchen sie gar nicht erst zu kommen. Ich setze darauf, dass wir unsere Chancen ausreizen, dass wir das Paket beratbar haben, so dass jeder weiß, woran er ist. Dann kommt möglicherweise der Kanzler, und die anderen halten vielleicht ein bisschen den Rand.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Wenn er dasselbe erzählt wie Eichel, braucht er nicht zu kommen!)

Darum steht der Vorschlag - den Sie bitte in der Unterbrechung beraten -, dass wir nicht Arbeitsgruppen noch einmal tagen lassen, sondern kleine Verhandlungsrunden aus maximal drei Leuten von jeder Seite bilden, die die Sachverhalte so zuspitzen, dass wir insgesamt darüber verhandeln können. Am Schluss wird es darum gehen, was der eine für etwas und der andere für etwas anderes erhält. Wenn man mit allem, was im Bereich "Wirtschaft und Arbeit" möglich ist, nach Hause kommen will, geht man die Steuersache schon anders an. Wenn wir bei Koch/Steinbrück keine Einigung fänden, wäre das eine Schande. Aber vielleicht ist das nicht das Minimum, und wir können noch etwas drauflegen. Wenn wir das alles haben, finden wir vielleicht auch einen Kompromiss bei der Gemeindefinanzierung, mit dem wir uns sehen lassen können.

Ich rate Ihnen sehr, das zu bedenken. Das ist kein Verschiebebahnhof. Wir tun das auch nicht, weil wir große Lust an solchen Runden haben. Es wäre möglich, damit heute einen nächsten Schritt zu tun.

Wollen wir jetzt unterbrechen? - Was schlagen Sie vor?

(Zurufe)

- Wir unterbrechen und sehen uns um 20 Uhr hier wieder.

(Unterbrechung von 19.07 bis 20.25 Uhr)

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Wir wollen die Spielchen, glaube ich, nicht fortsetzen. Das haben wir uns schon vor der Unterbrechung gegenseitig gesagt. Ich

finde es bedauerlich, dass die andere Seite offensichtlich nicht in der Lage ist, in eine substanziierte Beratung über das Haushaltsbegleitgesetz einzutreten. Ich stelle das nur fest und bitte Herrn Kauder, das endgültig zu erklären - oder auch nicht.

Unser Wunsch wäre, die übrigen Teile des Pakets, die die Arbeitsgruppe sehr gut vorbereitet hat, wie wir finden, nacheinander abzuarbeiten. Wir könnten mit der Brücke zur Steuerehrlichkeit und Korb II beginnen.

Wenn ich das am Anfang der zweiten Runde noch sagen darf: Wir müssen uns darüber klar sein, ob und wie wir mit den als zurückgestellt geltenden Punkten verfahren. Können wir heute einen weiteren Durchgang wagen, z. B. zur Gemeindefinanzreform und zum Haushaltsbegleitgesetz, oder an welchem der Tage, die wir uns vorgenommen haben, sollen wir darüber verhandeln? Ich mache nämlich auf folgenden Umstand aufmerksam - dies nur als Hinweis und als Appell -: Wir können die Dinge nicht bis Sonntagnacht treiben lassen, sonst wird es bei einigen Paketen rein technisch außerordentlich schwierig. Vielleicht können Herr Kauder und Herr Koch darauf eingehen, wie das auf Ihrer Seite gedacht ist. Wir haben ja ein Patt und sind aufeinander angewiesen. Daher warte ich einmal ab, was Sie aus der Pause so mitgebracht haben.

Abg. Volker Kauder: Nach dem, was in den ersten Stunden der heutigen Sitzung geboten worden ist, sehen wir uns nicht im Stande, über das Haushaltsbegleitgesetz - die vorzuziehende Steuerreform - zu diskutieren. Es hat sich nichts bewegt. Deswegen wollen wir die Sache heute nicht weitertreiben.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Der Kanzler kommt doch!)

Wir sind bereit, heute über die Themen "Korb II", "Tabaksteuer" und "Steuerehrlichkeit" miteinander zu sprechen. Wir können auch in die Gemeindefinanzreform einsteigen. Dann müssen wir Hartz IV beenden und über die Handwerksordnung sprechen. Wir würden empfehlen, dies morgen anzupacken. Am Sonntag kommt dann noch einmal die vorzuziehende Steuerreform zum Tragen. Die Bundesregierung hat sich über die Tage hin sicherlich überlegt, ob sie doch noch den Versuch unternehmen will, zur Finanzierung etwas zu sagen. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Sache dann relativ rasch über die Bühne bringen können, Herr Kollege Schmidt.

Heute Abend weiter über das Haushaltsbegleitgesetz und über Koch/Steinbrück zu diskutieren hat keinen Sinn. Lassen Sie uns mit den Punkten "Tabaksteuer", "Steuerehrlichkeit", "Korb II" und "Gemeindefinanzreform" anfangen! Wenn Sie wollen, können wir gerne über betriebliche Bündnisse sprechen; das können wir auch zusammen mit der vorzuziehenden Steuerreform behandeln. Damit hätten wir ein Programm, das wir heute Abend noch abarbeiten könnten.

Abg. Joachim Poß: Herr Kollege Kauder, Behauptungen werden durch Wiederholung nicht wahrer. Die Arbeitsgruppe hat das Haushaltsbegleitgesetz in der Bestandsaufnahme aufgearbeitet. Wir haben die Beratungen beim Thema "Entfernungspauschale" abgebrochen, ohne dass sich Ihre Seite dazu eingelassen hätte, was sie selbst erklärt hatte. Deswegen werden wir auch öffentliche Legendenbildungen in diesem Zusammenhang nicht zulassen.

Wir sollten jetzt konstruktiv vorangehen. Ich schlage vor, dass wir mit dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit anfangen, das wir einvernehmlich in der Arbeitsgruppe beraten haben. Wir sollten uns diesem Punkt unter dem Vorbehalt einer Gesamtverabschiedung - was für alle Punkte gilt - nähern. Den Sachstand können Sie dem Protokoll entnehmen. Frau Hendricks kann Erläuterungen geben, falls noch Erörterungsbedarf besteht; aber eigentlich wurde das in der Arbeitsgruppe hinreichend geleistet. Man könnte rasch zur vorläufigen Beschlussfassung kommen.

Korb II ist ein Restant aus dem Frühjahr. Ihm und den Punkten, die in der Arbeitsgruppe nicht ausverhandelt werden konnten, sollten wir uns anschließend zuwenden.

MP Roland Koch (HE): Ich denke, das ist vernünftig.

Herr Schmidt hat es angesprochen: Wie kommt man zu bestimmten Ergebnissen? Ich will, selbst wenn das Protokoll erst in 30 Jahren veröffentlicht wird, sagen: Sie haben sich zu einer Verhandlungsstrategie entschlossen, die offensichtlich darauf hinausläuft, in allen Kernpunkten - ob Arbeitsmarkt, Kommunalisierung oder Finanzierung der Steuerreform - relevante Angebote erst in der absoluten Schlussrunde zu machen.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Nein!)

- Entschuldigung! Dann sage ich Ihnen: Morgen Früh ist die letzte Gelegenheit. Bisher liegt kein einziges Angebot vor, von dem Sie glauben können, dass wir abschließen könnten. Sie müssen wissen: Technisch daraus etwas Einigungsfähiges zu machen beginnt bei einigen der Themen im Verlauf der Geschichte von selbst zu zerfallen. Dann können wir Vertagungsbeschlüsse fassen und Protokollerklärungen abgeben, die auch alle gut sein können, aber es tritt zu dem Zeitpunkt, der beabsichtigt ist, nichts in Kraft.

Die Formulierung zu den betrieblichen Bündnissen für Arbeit kann man vielleicht in einer Nacht hinbekommen. Bei Hartz IV kommt man angesichts der Unterschiede, die wir allein bei den Finanztableaus haben, sicherlich nicht in einer Nacht zu einer Formulierung. Insofern laufen Fristen ab, innerhalb deren man noch zu etwas kommen

kann. Ich bitte um Verständnis, wir werden bei unserer Position bleiben: Die Regierung legt vor, und die Opposition entscheidet, wann sie nicht mehr aus Prinzip dagegen sein kann, weil man sich sehr angenähert hat. Solange man sehr weit voneinander entfernt ist, wird die Antwort Nein sein. Diesen Zeitkorridor haben Sie gewählt. Ich wäre dankbar, wenn Sie wenigstens intern nicht über die Strategie lamentierten, dass Sie den Finanzminister in diesen Raum geschickt haben. Das ist sicherlich auch für ihn nicht angenehm.

(Zuruf Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter))

- Sehen Sie: Sie stricken permanent Legenden. Ich lege Wert auf diese Klarstellung.

Wir können jetzt gern zur Brücke zur Steuerehrlichkeit kommen; denn das ist ein Punkt, über den man jenseits dieser Prinzipien reden kann. Einige Probleme wird dieser Ausschuss möglicherweise lösen, aber am Ende werden wir an den großen Fragen gemessen. Sie haben beschlossen, dass diese verschoben werden, bis der Kanzler kommt.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das hat kein Mensch beschlossen! Sie verbreiten richtigen Unsinn! Es ist fast so, als ob man nicht mehr unter Erwachsenen wäre!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich bitte, den Ball flach zu halten. Wir müssen jetzt keine lange Einschätzungsdebatte machen. Ich habe herausgehört, dass wir uns darauf geeinigt haben, den Rest dieses Tages mit den von der Arbeitsgruppe vorbereiteten Themen zu verbringen. Lassen Sie sie uns doch einmal angehen! Unsere Frustrationstoleranz ist nicht beliebig groß. Irgendwann muss man wieder Grund unter die Füße kriegen.

Abg. Joachim Poß: Wir haben vor drei Stunden beim Thema "Entfernungspauschale" schon gesagt: Wir haben die Halbjahres-AfA gemeinschaftlich zur Seite gelegt. - Insofern haben wir konkret begonnen. Allein deswegen sind die letzten drei Stunden sehr wichtig, Herr Koch.

Es ist in der Tat die Frage, wer Legenden strickt. Wir wollten konkret abschichten; denn wir sind auch wegen des Zeitplans davon ausgegangen, dass der Finanzteil heute erledigt werden kann. Das ist daran gescheitert, dass drei Stunden lang von Ihrer Seite filibustert wurde.

(Abg. Volker Kauder: Das weise ich aber zurück!)

- Das war von allen zu beobachten. Insofern kann man es nicht hinnehmen, dass die Dinge auf den Kopf gestellt werden.

Ich schlage jetzt vor, dass wir hart bei der Sache bleiben und das Gesetz zur Steuerehrlichkeit möglicherweise verabschieden.

(MP Peter Müller (SL): Die Frustrationstoleranz ist auf beiden Seiten begrenzt! Jetzt ist es gut!)

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich möchte einen persönlichen Eindruck wiedergeben: Ich lese in der Zeitung, dass ein großes Gipfeltreffen hier vorbereitet werden soll, auf dem die Präsente für Weihnachten präsentiert werden, dass wir nur dazu da seien, unterschiedliche Pakete zu packen. Deshalb ist es besser, erst zu wissen, was angeboten wird. Die Pressekampagne und die Organisation des Sonntags auf Ihrer Seite lassen bei uns doch nur die Vermutung zu, dass es zum Showdown kommen soll. Deswegen möchte ich, bevor wir ins Detail gehen, gerne wissen, was denn nun Sache ist. Wird etwas angeboten? Das möchte ich vorher wissen, damit wir das abwägen können. Wird nichts angeboten, sehe ich nicht, dass wir am Sonntag eine Lösung finden. Ich habe verstanden, dass im Augenblick nichts vorgelegt werden kann. Das kann ich mir gar nicht vorstellen; denn Sie sind an einer Einigung interessiert. Also wird am Sonntag etwas kommen.

(BM Hans Eichel (BMF): Was auf dem Tisch liegt!)

Das erklärt die Zurückhaltung auf unserer Seite. Wir möchten nicht gerne Argumente verbrennen, die wir später vielleicht noch einmal gebrauchen müssen.

(MP Peer Steinbrück (NW): Das ist jetzt Autosuggestion!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich wittere die Gefahr, dass wir die drei Stunden, die hinter uns liegen, die uns gefrustet haben, verlängern. Lieber Herr Milbradt, Sie sind ein alter Praktiker. Ich möchte uns gerne davor bewahren, drei Stunden in gleicher Weise fortzufahren. Ich bitte alle, die sich daran beteiligen wollten, es dabei bewenden zu lassen, dass wir am heutigen Tag das, was die beiden Geschäftsführer für möglich halten, wenigstens versuchen. Das wäre doch ein Anlauf. - Wolfgang Clement, muss das noch sein?

BM Wolfgang Clement (BMWA): Ich möchte nur festhalten, dass dies schlichtweg eine Legende ist, Herr Milbradt. Es hat keinen Zweck, uns gegenseitig solche

Vorhaltungen zu machen. Ich jedenfalls bin dazu wirklich zu alt. Sie werden das noch ein paar Mal von mir hören. Es wird kein Kanzlershowdown oder sonst etwas vorbereitet, sondern wir sind auf sehr seriöse Verhandlungen vorbereitet. Wir verstehen, dass Sie jetzt nicht über die vorgezogene Steuerreform sprechen wollen. Wir sind bereit, über die anderen Gesetze zu sprechen. Wenn Sie über anderes sprechen wollen, sind wir bereit, über anderes mit Ihnen zu sprechen. Was Sie unterstellen, ist falsch. Ich empfinde die Situation wirklich als schwer verkraftbar. Aber ich will nicht lamentieren, ich möchte gerne, dass wir zu Ergebnissen kommen. Die Frau Staatssekretärin kann in das erste Thema aus dem Finanzbereich einführen, das Sie wünschen. Ich empfehle, auf diese Weise zu verhandeln.

(Abg. Volker Kauder: Sehr schön!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir haben uns verständigt!

Es geht los mit dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! In der Arbeitsgruppe "Finanzen und Steuern" des Vermittlungsausschusses bestand Konsens dahin gehend, dass eine Brücke in die Steuerehrlichkeit grundsätzlich sinnvoll und wünschenswert sei und nur einmalig angeboten werden könne.

Unterschiedliche Auffassungen bestanden zunächst hinsichtlich der erforderlichen Rahmenbedingungen für eine derartige Regelung und ihrer konkreten inhaltlichen Ausgestaltung. Die Arbeitsgruppe hat zunächst definiert, wo aus der Sicht der B-Seite - einfach ausgedrückt - Nachbesserungsbedarf am Gesetz gesehen wurde. Dies bezog sich insbesondere auf die Spezifizierung der nacherklärten Einnahmen, die Einnahmequelle und den Veranlagungszeitraum zur Sicherstellung der Steuerehrlichkeit in der Zukunft; Folgeänderungen für Bemessungsgrundlage und Steuerverteilung sollten geprüft werden; eine Strafbefreiung nach Entdeckung, wie bei der vorgesehenen Selbstanzeige, sollte nicht möglich sein; die so genannte Verwendungsbeschränkung sollte sachgerecht ausgestaltet werden; sachgerechte Regelungen des Ausschlusses und gegebenenfalls der Wirkung der strafbefreienden Regelung sollten geprüft werden. Außerdem wurde die Problematik offener Veranlagungszeiträume angesprochen.

Eine Unterarbeitsgruppe hat sich auf Formulierungsvorschläge verständigt, die aus fachlicher Sicht den Gesetzestext konsensfähig machen. Folgende Vorschläge sind unterbreitet worden:

Zur Spezifizierung der nacherklärten Einnahmen: In der strafbefreienden Erklärung sind die erklärten Einnahmen nach Kalenderjahren und zu Grunde liegenden Lebenssachverhalten zu spezifizieren. Werden der Finanzbehörde aus anderem Anlass Steuerverkürzungen bekannt, wird vermutet, dass der Erklärende diese Taten in seiner strafbefreienden Erklärung nicht berücksichtigt hat. Diese Vermutung kann nur widerlegt werden, soweit der Erklärende nachweist, dass die Taten Gegenstand seiner strafbefreienden Erklärung waren. Die Verwendungsbeschränkung umfasst nur noch den Inhalt der strafbefreienden Erklärung.

Folgeänderungen für Bemessungsgrundlage und Steuerverteilung sind als nicht notwendig erachtet worden.

Keine Strafbefreiung nach Entdeckung: Zur Sicherstellung dieses Anliegens wird der Ausschlusstatbestand dem geltenden § 371 Abs. 2 der Abgabenordnung angepasst. Das entspricht dem geltenden Recht bezogen auf die Selbstanzeige.

Die Verwendung für zukünftige Steuer- und Steuerstrafverfahren wird zugelassen. Es wird sichergestellt, dass nur derjenige von der Drittwirkung der strafbefreienden Wirkung eines anderen profitiert, der selbst noch eine strafbefreiende Erklärung abgeben könnte. Es wird klargestellt, dass Anstifter und Gehilfen als solche keine eigene strafbefreiende Erklärung abgeben können.

Zur Problematik der offenen Veranlagungszeiträume wurde insbesondere der Zeitraum 2002 überprüft. Der Erklärungszeitraum wird auf 2002 erweitert. Gleichzeitig werden alle nach dem 17. Oktober - dem Tag der zweiten und dritten Lesung im Deutschen Bundestag - begangenen Steuerverkürzungen vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgeschlossen. Damit wird sichergestellt, dass das Gesetz kein Wahlrecht zwischen Steuerehrlichkeit und Steuerverkürzung zulässt. Dies gilt unabhängig davon, um welchen Besteuerungszeitraum oder -zeitpunkt es sich handelt.

Diese Änderungen wurden einvernehmlich für sachdienlich gehalten. Im Prinzip sind alle auf Vorschlag der B-Seite eingebracht worden. Die Arbeitsgruppe hat sie einvernehmlich übernommen.

M Gerhard Stratthaus (BW): Ich kann das bestätigen und brauche keine weiteren Ausführungen zu machen. Es war lediglich noch die Erwartung der B-Seite, dass die Bundesregierung eine Erklärung zur künftigen Besteuerung des Kapitalvermögens abgibt, insbesondere eine Erklärung zur Lösung der Fragen bei der Erbschaftsteuer und bei der Vermögensteuer.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Das ist richtig. Die B-Seite hat diese Erwartung formuliert. Dazu wäre die Bundesregierung prinzipiell in der Lage. Über die Formulierung einer solchen Erklärung müssten wir allerdings kurz nachdenken können. Wir müssten vielleicht sogar eine kurze Unterbrechung machen. Ich will das von mir aus aber nicht anregen. Vorsorglich haben wir uns schon Formulierungen überlegt, die der Bundesfinanzminister hier zu Protokoll geben kann.

(Abg. Volker Kauder: Können wir sie mal hören?)

BM Hans Eichel (BMF): Ich will zunächst auf Folgendes hinweisen: Herr Stratthaus, ich bin ein bisschen irritiert, weil es eine Vorgeschichte gibt. Sie lief in eine andere Richtung. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass in dem Steuervorschlag, den der Bundesparteitag der CDU verabschiedet hat, eine Abgeltungsteuer nicht mehr enthalten ist, vielmehr wird alles in die synthetische Einkommensteuer eingeordnet. Ich halte diese Position für fragwürdig. Es hat keinen Sinn, dass sich die Bundesregierung an dieser Stelle weiter positioniert; denn wir wissen nicht, ob wir im Bundesrat durchkämen.

Mit Blick auf das, was Sie, Herr Stratthaus, gesagt haben, ist der Sachverhalt relativ einfach: Das liegt im Interesse der Länder. Wir wissen, dass die Erbschaftsteuer verfassungsrechtlich problematisch ist. Wenn wir sie nicht verfassungsfest machen, ist sie eines Tages weg. Infolgedessen werden wir uns darauf verständigen müssen, sie verfassungsfest zu machen. Das geht nur durch Bundesgesetz, es sei denn, die Länder wollen etwas anderes. Nach den Erfahrungen früherer Zeiten muss ich Ihnen aber auch sagen: Die Bundesregierung tritt nicht in Vorlage und lässt sich anschließend von den Ländern erzählen, alles sei übles Machwerk - obwohl die Länder die Begünstigten sind.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Heißt das, dass wir die Gesetzgebung kriegen?)

- Herr Milbradt, wir tun nicht etwas zu Gunsten der Länder, um uns hinterher dafür verprügeln zu lassen, und anschließend wird es klammheimlich mitgenommen. Dieses Spiel kann nicht laufen.

Zweitens. Wir beabsichtigen keine Revitalisierung - oder was immer - der Vermögensteuer.

Das ist die Position der Bundesregierung.

Abg. Joachim Poß: Auch hier sollten wir versuchen, redlich miteinander umzugehen. Diese politischen "Juckepunkte" kamen auch in der Diskussion, die wir in der Arbeitsgruppe geführt haben, z. B. mit Ihrem Kollegen Faltlhauser, Herr Huber.

Wie die Finanzminister und andere Finanzpolitiker wissen, geht es darum: Die Union hat von uns gefordert, uns endlich zu einer Abgeltungsteuer zu bekennen. Kollege Meister hat sogar öffentlich 15 % genannt.

(Abg. Volker Kauder: Das war vor der Steuerreform!)

Er hat gesagt: Solange beim Betreten der Brücke das andere Ufer nicht beschrieben werde - die Behandlung der Kapitalerträge -, könne eine solche Aktion nicht erfolgreich verlaufen. Das war der Ursprung der Diskussion über die Brücke zur Steuerehrlichkeit. Darüber haben wir auch in der Arbeitsgruppe gesprochen, Herr Stratthaus. Es folgten das Merz-Konzept und die CDU-Leitsätze. Da kam das andere Ufer, das bei Ihnen fest beschrieben war, plötzlich weg. Die Brücke führte auch nur zum geltenden Recht. Das CDU-Konzept sieht den Verzicht auf die Abgeltungsteuer vor.

Die Bundesregierung hat ihr Konzept zur steuerlichen Behandlung von Kapitalerträgen in einem umfassenden Sinne angekündigt, aber noch nicht vorgelegt. Das wird im nächsten Jahr im Deutschen Bundestag geschehen. Wenn wir hier keine Kindereien machen, stellen wir das so fest und sagen: Wir sollten mit dieser einmaligen Aktion einer Brücke zur Steuerehrlichkeit das politische Signal geben! Man muss das vor dem Hintergrund der deutschen Rechtsgeschichte betrachten. Das kann man auch sehr unterschiedlich sehen. Wenn wir ein kräftiges Signal geben, ist der fiskalische Ertrag auch sichergestellt, wohl wissend, dass Sie und wir im nächsten Jahr einige steuerrechtliche Fragen zu regeln haben. Wenn das Bundesverfassungsgericht erneut zur Erbschaftsteuer Recht spricht, werden wir uns damit auseinander zu setzen haben. Nach allem, was man absehen kann, werden wir zu einer Neuregelung kommen müssen. Es geht um die ungleiche Behandlung von Vermögen. Damit werden wir uns geschäftsmäßig auseinander setzen. Das Bewertungsgesetz ist berührt; es ist ohnehin befristet. Dann werden wir uns auch bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen vernünftig verständigen.

Wenn wir hier noch auf Parteitage abheben - Sie auf unseren oder den der Grünen -, komme ich wieder mit dem interessanten Stoiber-Interview in der "FAZ" vom Sonntag. Das führt uns nicht weiter. Ich schlage vor, dass wir uns eng an der Sache orientieren, das Gesetz verabschieden und damit der Bevölkerung ein wichtiges Signal geben.

M Gerhard Stratthaus (BW): Eine Vertagung ist nicht notwendig; denn heute soll nicht endgültig beschlossen werden. Wir wollen die Dinge nur entscheidungsreif machen.

Es ist richtig, was Sie gesagt haben: Wir haben zunächst eine Abgeltungsteuer gefordert. Inzwischen ist klar geworden, wie problematisch sie ist. Wenn ich mich richtig erinnere, hat allerdings auch das Bundesfinanzministerium von einer solchen Steuer gesprochen.

Herr Poß, hier steht nichts von einer Erklärung zur Kapitalertragsbesteuerung, sondern zur Vermögen- und Erbschaftsteuer.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Diese Erklärung kann man abgeben! - Abg. Joachim Poß: Weil wir darüber eben gesprochen haben!)

- Okay. - Herr Eichel hat schon angedeutet, dass er eine Erklärung abgeben kann. Wir können uns bis zur endgültigen Entscheidung damit auseinander setzen. Entscheidend ist, dass man über das Gesetz selbst, die Art und Weise, wie man das sichere Ufer erreicht, einig ist. Dass man über die Besteuerung keine Einzelheiten festlegen kann, ist auch klar. Aber eine Gesamterklärung, in welche Richtung das laufen sollte, könnte man schon abgeben.

BM Hans Eichel (BMF): Wir sind uns über die beiden Punkte einig: verfassungsfeste Ausgestaltung der Erbschaftsteuer, wenn das Bundesverfassungsgericht gesprochen hat, und keine Absicht der Bundesregierung, die Vermögensteuer zu revitalisieren.

Herr Kollege Stratthaus, über den anderen Teil müssen wir sorgfältig diskutieren. Sie wissen, dass der Sachverständigenrat wiederum eine andere Position bezogen hat. Ich habe jedenfalls keine Lust loszumarschieren, wenn ich im Bundesrat hängen bleibe. Es muss in kleiner Runde ohne große Öffentlichkeit darüber debattiert werden, ob die synthetische Einkommensteuer das letzte Wort ist. Davon hängt ab, ob ich tätig werde.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich glaube, wir können hier einen Punkt machen. Sie sind sich sehr nahe. Das ist nur noch eine Frage der Formulierung.

Können wir das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit abschließen?

M Gerhard Stratthaus (BW): Heute Morgen ist die Frage aufgeworfen worden, wie hoch das Aufkommen ist.

(Abg. Joachim Poß: Darüber können wir streiten! Ich glaube, an die 5 Milliarden!)

BM Hans Eichel (BMF): Herr Stratthaus, es gibt noch einige Tatbestände, die wir im Gesetz anrechnungsfrei machen. Bei der Veranschlagung von 5 Milliarden müsste es sich um ungefähr 30 Milliarden handeln. Wenn Sie sich umhören, gibt es Zahlen von 200 Milliarden aufwärts. Wir alle wissen, dass der Druck aus dem Bereich der Banken und anderen Bereichen ziemlich hoch ist. Das spricht dafür, dass das nicht ganz aus der Luft gegriffen ist. Wenn es kleinere Summen wären, wäre der Druck nicht so groß. Alle im weitesten Sinne Beteiligten, die involviert sein könnten, wenn es um strafrechtliche Fragen geht, sind mit dem Gesetz heraus, wenn deklariert wird. Deswegen besteht die Chance, dass sie sich darum bemühen. Mehr kann man dazu nicht sagen. Man muss sich die Relationen ansehen. Das ist vorsichtig veranschlagt, aber es gibt natürlich keine Garantie.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Sie haben die Abgeltungsteuer angesprochen. Zwischen der Frage, wie man damit umgeht, und dem Erfolg gibt es möglicherweise einen Zusammenhang. Ist die Bundesregierung jetzt für eine Abgeltungsteuer? Mit welchem Satz?

(Abg. Joachim Poß: Dazu hat Herr Eichel etwas gesagt!)

- Das habe ich so nicht gehört.

BM Hans Eichel (BMF): Jetzt locken Sie mich auf Eis, Herr Milbradt, nachdem Sie dieses Feld verlassen hatten.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich habe es nicht verlassen! Ich wollte nur für meine Willensbildung fragen!)

Abg. Ortwin Runde: Herr Milbradt, wir haben uns in der Arbeitsgruppe darüber unterhalten, ob eine Protokollerklärung der Bundesregierung zur Abgeltungsteuer zu einem konstruktiven Ergebnis oder zum Gegenteil führen würde. Weil wir befürchteten, dass sie auf Ihrer Seite eher zum Gegenteil führt, haben wir besser verzichtet. Ich meine, das ist auch jetzt weise. Wir bewegen uns doch im Hypothetischen. Wenn eine Protokollerklärung bedeutet, dass Sie im Bundesrat einer Abgeltungsteuer zustimmen, würden wir uns das ernsthaft überlegen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir sollten das jetzt beenden.

Ist jemand gegen diese Verständigung? - Enthält sich jemand? - Dann ist das hier beschlossen, immer vorbehaltlich des Gesamtpakets. Hier sind wir uns jedenfalls einig.

(Abg. Volker Kauder: Jetzt wird nur noch zur Abstimmung aufgerufen, nicht mehr in der Sache!)

Es kann mit der Umsetzung angefangen werden.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Die Formulierungshilfe liegt schon vor. Über sie kann am letzten Tag unmittelbar abgestimmt werden, wenn über die Gesetzestexte abgestimmt wird.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir kommen zu Korb II: Besteuerung der Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen, Gesellschafterfremdfinanzierung und Mindestgewinnbesteuerung, Verlustverrechnungsbeschränkung. Ist es sinnvoll, alles zusammen aufzurufen?

Abg. Joachim Poß: Ich bin dafür abzuschichten, was jetzt erkennbar abgeschichtet werden kann.

Wir haben in einer aus der A- und der B-Seite bestehenden Arbeitsgruppe die so genannte Gesellschafterfremdfinanzierung einvernehmlich geregelt. Das ist in der Berichterstattung von Herrn Stratthaus gestern Abend dargelegt worden. Das könnte abgeschichtet werden, bevor wir zu den beiden größeren Punkten kommen. Wir hatten einen Restanten, der die Landesbanken betraf. Wir haben eine Formulierungshilfe, die verteilt werden müsste. Dazu kann, falls erforderlich, auch kurz vorgetragen werden. Dann kann man das abschließen.

M Gerhard Stratthaus (BW): Ich weiß, dass eine Lösung formuliert worden ist, die uns alle befriedigt hat. Kann das Bundesfinanzministerium das vortragen?

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ja, das kann ich! - Moment, ich suche kurz die Formulierungshilfe.

(S Dr. Wolfgang Peiner (HH): Das bezieht sich inhaltlich auf das, was Herr Sarrazin sagte! Man geht davon aus, dass Banken, die noch unter der Gewährträgerhaftung liegen, nicht davon betroffen sind! Da wurde ein Konsens erzielt! Die Lösung funktioniert!)

- Richtig, das ist Gegenstand. Ich kann bestätigen, was Herr Kollege Peiner gesagt hat.

Offen war die Frage, ob die Gesellschafterfremdfinanzierung durchschlagen würde, wenn sich ein Unternehmen noch im Rahmen der Gewährträgerhaftung befindet. Vor dem europäischen Hintergrund haben wir noch Übergangsfristen. Es handelt sich im Wesentlichen um öffentliche Banken - egal, in welcher regionalen Struktur -: Landesbanken oder Sparkassen. Auf der Fachebene ist eine Formulierungshilfe gefunden worden, die ausschließt, dass die Gesellschafterfremdfinanzierung in solchen Fällen zum Tragen kommt. Das ist auf der Fachebene einvernehmlich. Darüber kann insgesamt mit abgestimmt werden, wenn die Formulierungshilfen vollständig vorliegen. Dieser Punkt war einzig offen geblieben; er ist in der Zwischenzeit geregelt worden. Der Themenkomplex "Gesellschafterfremdfinanzierung" war in der Arbeitsgruppe, wie Kollege Poß und auch Kollege Stratthaus gesagt haben, einvernehmlich. Er bleibt mit der Änderung einvernehmlich.

M Gerhard Stratthaus (BW): Es ist versichert worden, dass die Regelung EU-fest sei. Man hat sich nämlich in der Formulierung genau an das gehalten, was vor einigen Jahren zwischen Monti und den Finanzministern vereinbart worden ist. Wenn wir die Regelung nicht verabschiedeten, könnte man fast sagen, dass wir die EU-Regelung unterlaufen wollten. Das will niemand. Wenn sie nicht EU-fest wäre, hätten die öffentlich-rechtlichen Banken nicht für alles die Zinsen absetzen können. Es liegt in jedem Fall ein Rückgriff vor, weil die Gewährträgerhaftung besteht.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich danke sehr für diese hohe Einvernehmlichkeit.

Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Nein.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann betrachte ich das als Einigung und als einen Baustein mehr.

Wir kommen zu den beiden anderen Themen. Es soll der Versuch gemacht werden, das zusammenzubringen. Wer erklärt das?

M Gerhard Stratthaus (BW): Ich kann es erklären. - Im ersten Fall geht es um die Besteuerung der Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen. Hierüber besteht im Prinzip Einvernehmen, außer über die Frage, wie weit die Rückwirkung reichen soll, d. h. ob die Regelung nur für die Jahre 2003, 2004 und folgende oder auch rückwirkend gelten soll.

Die Konzessionsbereitschaft der B-Seite hinsichtlich Verlustverrechnungsbeschränkungen hängt davon ab, welche Fristen bei der Besteuerung der Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen vorgesehen werden. Wir bitten darum, dass die Regelung im ersten Fall rückwirkend für die Jahre 2001 und 2002 gilt. Dann könnte man auch über eine - ich verwende diese Bezeichnung nicht gerne - Mindestgewinnbesteuerung sprechen.

Abg. Joachim Poß: Ich schlage vor, dass das Finanzministerium für alle Beteiligten vorträgt, was wir im Bundestag mehrheitlich beschlossen haben und welche darüber hinausgehenden Erwartungen die B-Seite hat, damit wir auf der Grundlage des aktuellen Sachstandes in die Diskussion eintreten können.

Die Problematik der Mindestgewinnbesteuerung haben wir gestern Abend im Rahmen unserer Berichterstattung beleuchtet. Wir haben dargestellt, um welche Quantitäten und Schätzungen es dabei geht. Was das für die öffentlichen Haushalte bedeutet, braucht nicht näher dargestellt zu werden. Die Vorschläge beider Seiten sind dem Protokoll beigefügt; es handelt sich um unterschiedliche Varianten, über die man sich verständigen müsste.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich trage zunächst zu dem Thema "Lebensversicherungen" vor: Im Gesetzesbeschluss ist die Steuerpflicht für Beteiligungserträge sowie Verluste und Wertminderungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsbesitz von Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen ab dem Veranlagungszeitraum 2004 - also für die Zukunft; das ist unbestritten - vorgesehen. Darin ist eine Option für die rückwirkende Anwendung des geänderten Rechts ab dem Veranlagungszeitraum 2003 enthalten. Herr Kollege Stratthaus hat darauf hingewiesen, dass die B-Seite die Ausdehnung dieser Option auf die Jahre 2001 und 2002 fordert. Die B-Seite hat in diesem Zusammenhang erklärt, dass jedenfalls keine Verlustvorträge aus diesen vergangenen Jahren möglich sein sollen, sondern dass es einen Einschluss der Verluste geben soll.

Die Regelung zur Mindestgewinnbesteuerung und zur Verlustverrechnung lehnt die B-Seite bisher ab. Herr Kollege Stratthaus hat sich im Zusammenhang mit diesen beiden Punkten gerade verhandlungsbereit gezeigt. Für die A-Seite ist es wesentlich, dass beide Paragrafen im Zusammenhang gesehen werden: § 2 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes soll aufgehoben werden; dafür soll in § 10d die Mindestgewinnbesteuerung für die Zukunft konstituiert werden.

Entscheidungsparameter einer möglichen Kompromisslösung ist die Höhe des mittelstandsfreundlichen Sockelbetrages, bis zu dem der Verlustvortrag in voller Höhe mit dem laufenden Gewinn verrechnet werden kann. Der Gesetzesbeschluss sieht 100 000 Euro vor. Wichtig ist die Höhe der Verrechnung des Verlustvortrages pro Jahr. In diesem Zusammenhang sieht der Gesetzesbeschluss 50 % des laufenden Gewinns vor. Auf der Grundlage dieser Parameter kann man sich wahrscheinlich verständigen, insbesondere was den mittelstandsfreundlichen Sockelbetrag angeht. Neuere Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes haben ergeben, dass, bezogen auf die Anzahl aller Unternehmen, nur eine sehr kleine Anzahl sehr großer Unternehmen praktisch das gesamte Verlustpotenzial vor sich herträgt. Unter diesem Gesichtspunkt scheint mir eine 50%ige Verlustverrechnung für diese großen Firmen wichtig zu sein; darüber sollten wir nicht hinausgehen. Auf die Höhe des Sockelbetrages wird man sich verständigen können, wobei die A-Seite darauf hinweist, dass der Bereich der Lebensversicherungen im Zusammenhang damit gesehen werden muss.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich verstehe die bisherige Diskussion so, dass wir uns jetzt darüber verständigen wollen; denn Arbeitsgruppen darf es nicht mehr geben. Sie müssen also einen Hinweis geben, was möglich ist, Herr Stratthaus.

M Gerhard Stratthaus (BW): Es gibt auf unserer Seite sehr starke Vorbehalte gegen die Mindestgewinnbesteuerung, zum Teil aus grundsätzlichen Erwägungen, zum Teil aber auch aus wirtschaftspolitischen Gründen. Auf der anderen Seite geht es uns vor allen Dingen darum, dass der Mittelstand nicht betroffen wird, wobei wir den Begriff des Mittelstandes weit fassen wollen; wir meinen nicht nur den Handwerker. Der schwäbische Mittelstand, alles, was einen Namen in der Firma hat, Porsche z. B. - -

(BM Hans Eichel (BMF): Ist das alles Mittelstand?)

- Nein.

Bei der Betrachtung der Zahlen haben wir festgestellt: Es geht in erster Linie, so wie Frau Staatssekretärin es zutreffend beschrieben hat, um recht große Unternehmen. Deswegen könnte man eine wesentliche Erhöhung des Freibetrages vorsehen, ohne dass es zu einem allzu starken Einbruch des Aufkommens käme. Man könnte also nicht mehr nur kleine Unternehmen, sondern durchaus auch mittlere Unternehmen ausnehmen - ich werde gleich Zahlen nennen - und würde trotzdem den allergrößten Teil des Aufkommens erhalten.

Wir schlagen vor - das ist allerdings keine Verhandlungsbasis mehr, sondern wir meinen, darauf sollte man unbedingt eingehen -, zunächst einen Freibetrag von 1 Million Euro vorzusehen, dann 75 % Verrechnung bis 2,5 Millionen Euro, 60 % bis 5 Millionen Euro und 50 % ab 5 Millionen Euro.

(StM Gernot Mittler (RP): Bitte wiederholen Sie die Zahlen!)

- Das sind Modelle, die gemeinsam erarbeitet worden sind. Ich weiß nicht, ob sie Ihnen bekannt sind.

(Abg. Joachim Poß: Die Papiere können meines Erachtens verteilt werden! Dann wäre es einfacher für alle Beteiligten!)

- Ja, wir können sie verteilen.

Ich darf trotzdem wiederholen: Der Vorschlag lautet, einen Freibetrag - keine Grenze - von 1 Million Euro vorzusehen. Beträge zwischen 1 Million und 2,5 Millionen Euro sollten zu 75 %, Beträge zwischen 2,5 Millionen und 5 Millionen Euro zu 60 % und darüber liegende Beträge nur noch zu 50 % freigestellt werden. Das scheint zugegebenermaßen sehr hoch zu sein. Dies würde bedeuten, dass erst ab 5 Millionen Euro die Folge einträte, die die Bundesregierung ab 100 000 Euro vorgeschlagen hat. Aber für die Arbeitsgruppe war es entscheidend, dass das Aufkommen dadurch offensichtlich nicht wesentlich beeinträchtigt wird, weil nur die sehr großen Unternehmen diese Freibeträge in Anspruch nehmen können; sie sollen in erster Linie zu einer Mindestbesteuerung herangezogen werden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wie geht die A-Seite damit um?

Abg. Joachim Poß: Das war ein Vorschlag der B-Seite. In unserem Gesetzesbeschluss ist ein Betrag von 100 000 Euro vorgesehen, weil unsere Definition des Mittelstandes den schwäbischen Mittelstand nicht umfasst. Wenn man 100 000 Euro zu Grunde legt, ergibt sich für rund 92 % der Unternehmen keine Einschränkung.

(Zuruf S Dr. Wolfgang Peiner (HH))

- Für 92 % der Unternehmen ergibt sich keine Einschränkung, wenn man einen Sockelbetrag von 100 000 Euro wählt. Bei einem Sockelbetrag von 250 000 Euro ergibt sich keine Einschränkung für rund 97 % der Unternehmen. Bei einem Sockelbetrag von 1 Million Euro, den Sie genannt haben, ergibt sich keine Einschränkung für rund 99 % der Unternehmen; nur die Spitze von 1 % der Unternehmen wird erfasst.

Man kann diese Auffassung vertreten, Herr Kollege Stratthaus, aber ich meine, der schillernde Begriff des Mittelstandes - es ist in der Tat schwierig, ihn genau zu fassen - wird sehr großzügig ausgelegt. Wir haben einen Sockelbetrag von 100 000 Euro mit den von mir beschriebenen Konsequenzen aus guten Gründen beschlossen. Von daher müssen wir versuchen, unsere Positionen einander anzunähern.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass wir Ihr Modell mit Verlustberücksichtigungsquoten, das man als Stufenmodell bezeichnen könnte, für relativ kompliziert halten. Wir sollten uns stattdessen, so wie es im Gesetzesbeschluss steht - das bringt auch etwas für die öffentlichen Kassen -, auf einen berücksichtigungsfähigen Verlust in Höhe von 50 % verständigen. Auf dieser Grundlage können wir uns Bewegung vorstellen, was den Sockelbetrag angeht.

Das sind die beiden Positionen, die wir in den Arbeitsgruppen letzten Endes nicht zu einem Ergebnis führen konnten. Ich weiß nicht, ob wir in diesem großen Kreis - das sage ich mit Blick auf die Diskussion, die wir geführt haben - einen Durchbruch erzielen können oder ob wir nicht doch in einer kleinen Gruppe versuchen sollten, die Varianten abzuklären und zu einem Ergebnis zu kommen. Ich glaube, niemand wird sich in dieser Frage dogmatisch verkämpfen. Dass es für uns wichtig ist, in der Nähe dessen zu landen, was ich beschrieben habe, um dann hinsichtlich Ihres Begehrens betreffend die Versicherungen kompromissfähig sein zu können, versteht sich von selbst. Das haben wir in den Arbeitsgruppen schon erörtert.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Die Bildung von Gruppen wird jetzt offenbar dämonisiert. Wir müssten es anders nennen. Ich mache einen Vorschlag: Sollten wir Herrn Poß und Herrn Stratthaus bitten, sich bis morgen zu verständigen?

(Widerspruch)

- Dann müssen wir in großer Runde einen Versuch unternehmen.

Abg. Norbert Geis: Das entspricht ganz und gar nicht unseren Vorstellungen. Sie wollen einen Freibetrag von 100 000 Euro einführen; darüber hinaus sollen Verluste nur zu 50 % geltend gemacht werden können. Ich habe es noch nicht ganz verstanden. Heißt das, nur im ersten Jahr 50 %, oder wie meinen Sie das, Herr Poß?

(Abg. Joachim Poß: Jedes Jahr!)

- Jedes Jahr!

(Abg. Joachim Poß: Das ist nicht so kompliziert wie das andere! - M Gerhard Stratthaus (BW): Verluste können dann höchstens bis zur Höhe von 50 % des Gewinns verrechnet werden! Kompliziert ist das nicht, Herr Poß!)

- Das ist ungefähr das, was vorgesehen war. Das bringt uns nichts. Ich bitte Sie sehr darum, uns ein wenig entgegenzukommen. Denn das ist ein wichtiger Punkt für uns, vor allen Dingen in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen. Was die großen Unternehmen angeht, so sind auch wir nicht scharf darauf. Aber kleine und mittlere Unternehmen zu besteuern, bei denen in einem Jahr zwar Gewinn anfällt, aber die auf Grund eines hohen Verlustvortrages in Wirklichkeit keinen Gewinn machen, scheint uns oder jedenfalls mir nicht gerechtfertigt zu sein.

MP Roland Koch (HE): Ich möchte etwas dazu sagen, wie wir uns dem Problem genähert haben. Sie wissen, dass es massive systematische Einwände gegen eine solche Art der Mindestbesteuerung gibt. In der Form, in der Sie sie vorschlagen, und selbst in der Form, in der wir darüber diskutiert haben, entspricht sie nicht internationalem Standard, um es vorsichtig zu formulieren. Es gibt andere Modelle, damit umzugehen. Einige Modelle sehen Begrenzungen auf der Zeitachse vor. Sie sind nach unserem Rechtsverständnis problematisch; denn es handelt sich um Eigentumsbegrenzungen, weil man Verluste irgendwann nicht mehr geltend machen kann. Das ist ein kompliziertes Thema.

Was es für uns im Kontext nur erträglich macht, ist die Tatsache, dass es aus dem Korb II kommt mit der Begründung, dass es damals um eine Operation zur Stabilisierung der Körperschaftsteuerpflicht von Unternehmen ging. Wenn man sich mit diesem Motiv beschäftigt, muss man die Frage stellen: Wo haben wir ein Problem mit einem Körperschaftsteuerausfall, der aus unserer Sicht eher ökonomisch gesteuert ist als er normalen unternehmerischen Lebenszyklen entspricht? Die Antwort ist: Dies ist eine Frage großer Kapitalgesellschaften und Körperschaften, nicht anderer Unternehmen. Dabei handelt es sich in Wahrheit um 1 % der Unternehmen. Die Fachleute bezeichnen dies als Eisbergeffekt. Wir wissen, dass zwischen 80 und 95 %

der Verlustvorträge - es gibt unterschiedliche Zahlen - von diesen Unternehmen in Anspruch genommen werden.

Das ist kein Mittelstandsphänomen; es ist jedenfalls kein Phänomen, das in diesem Bereich langfristig eine Rolle spielt. Deshalb ist ein Bundesunternehmen an erster Stelle der Rating-Liste. Die Verluste der Telekom dürften der höchste Einzelverlustvortrag sein.

(BM Hans Eichel (BMF): Es gibt noch andere!)

Wir wissen also, woher es kommt und wer eigentlich gemeint ist.

(Vereinzelt Lachen)

- Weil hier immer die "bösen" Kapitalisten gescholten werden, sage ich nur: Hans Eichel und andere - -

(Zurufe)

Selbst an dieser Stelle darf man nicht die Augen davor verschließen, dass es immer noch ein ökonomisches Problem ist. Ich will ein Beispiel nennen, über das öffentlich diskutiert wird: Für ein Unternehmen der Infineon-Gruppe - also für einen Chiphersteller -, das sehr hoch volatile Zyklen hat, wird jede Regelung ein Problem sein. Bei der Abwägung kann man nicht sagen, dass es keinen trifft. Wir haben vielmehr abzuwägen, ob wir es zulassen, dass eine ganze Gruppe von Unternehmen dauerhaft nicht am Steuerstaat Deutschland teilnehmen kann, oder ob wir Schädigungen - sie sind bei Infineon aus meiner Sicht beherrschbar - auslösen. Wir kommen schweren Herzens zu dem Ergebnis, dass bei Großunternehmen die Frage, die zu Korb II geführt hat, am Ende überwiegen könnte. Das fällt nicht allen von uns leicht; denn irgendwie müssen wir sie am Spiel beteiligen.

Herr Kollege Poß, wenn man eigentlich nein sagt, aber aus einem bestimmten Grund trotzdem ja sagt, können Sie vielleicht verstehen, warum wir diejenigen, die bei uns auf die Prinzipien achten, darauf hinweisen, dass wir in der Tat diejenigen treffen, die gemeint sind. Wenn Sie bei 90 % enden - ich übernehme Ihre Zahlen -, dann treffen Sie einen beachtlichen Teil des gehobenen Mittelstandes. Das sind Unternehmen mit 200 bis 300 Beschäftigten, die mehr als 100 000 Euro Jahresgewinn haben müssen. Sie sind diejenigen, die die Strukturen tragen. Über die Volatilität des kleinen Handwerksmeisters reden wir in diesem Zusammenhang nicht. Das sind eigentlich die Unternehmen, denen wir kein solches Signal geben wollen, denen wir bei der Beherrschung von Krisen keine Schwierigkeiten machen wollen. Wir meinen vielmehr die großen Aktiengesellschaften, wir meinen Unternehmen, die internationale Steuertransfers vornehmen. Wenn man sie mit einiger Sicherheit treffen will, dann kann

man, finde ich, hinsichtlich der Freibetragsgrenze deshalb großzügig sein, weil man weiß, dass 1 % der Unternehmen 90 % der Probleme ausmachen. Deshalb wäre ich dankbar, wenn Sie bei der endgültigen Abwägung darauf achteten, dass das Problem gelöst wird, auch wenn Ihnen die Zahlen nicht ganz gefallen. Wir hätten dann einen gemeinsamen Problemlösungskorridor von 90 oder 85 % des definierten Problems.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich muss sagen, dass ich mich mit all diesen Regelungen sehr schwer tue, und zwar aus dem Grund, den Roland Koch am Beispiel Infineon verdeutlicht hat. Im Bereich der Hochtechnologie höchst riskant operierende Unternehmen - seien es kleine oder große - haben nacheinander große Verluste und große Gewinne. Das gehört im Grunde genommen zu ihrem Job. Wenn wir die Verlustvorträge einschränken, bedeutet dies tendenziell eine Begünstigung von Betrieben, deren Gewinne nicht so stark schwanken, und damit eine Benachteiligung von Unternehmen im Bereich der Hochtechnologie. Das wird im Fall Infineon möglicherweise dazu führen, dass man andere steuerliche Konstruktionen wählt mit der Folge, dass man Steuern möglicherweise gar nicht oder zumindest nicht mehr in der bisherigen Höhe kassiert. Das ist die Konsequenz, die diese Unternehmen ziehen werden.

Deswegen frage ich noch einmal, ob es für diese Art von Unternehmen nicht doch eine Lösung gibt. Denn das Problem ist: Im Augenblick verrechnen wir alle möglichen Verluste mit allen möglichen Gewinnen. Die Frage, wie die Verluste entstanden sind, spielt keine Rolle und ist möglicherweise auch sehr schwierig zu klären. Es ist ein Unterschied, ob ein Verlust im normalen Geschäftsbetrieb entsteht - ein Existenzgründer ist ein gutes Beispiel dafür - oder ob ein Verlust nur zu dem Zweck eingekauft oder transferiert wurde, um ihn in Deutschland Gewinnen gegenüberzustellen und auf diese Weise die normale Besteuerung zu reduzieren.

Meine Frage an das Bundesfinanzministerium ist: Gibt es keine Möglichkeit, hier stärker zu differenzieren? Ich habe ein sehr schlechtes Gewissen. Das Grundanliegen teile ich - ich war lange genug Finanzminister -, aber ich finde, dass wir noch keine intelligente Lösung gefunden haben.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Vorsitzender, vielleicht darf ich direkt darauf antworten. - Eine Qualifizierung von Gewinnen nach unterschiedlichen Kategorien auf der einen Seite oder von Verlusten nach unterschiedlichen Kategorien auf der anderen Seite ist schlechterdings nicht möglich. Das sieht das Steuerrecht nicht

vor, und das kann es auch nicht vorsehen. Selbst wenn man es sich ausdächte, würde es eine unvorstellbare Verkomplizierung bedeuten.

Es gilt das einfache Prinzip, dass ich meine Verluste und meine Abschreibungen geltend machen kann; mein Gewinn ist das, was über meine Verluste und meine Abschreibungen hinausgeht. Hier kann keine Differenzierung vorgenommen werden. Ich glaube, das ist nicht möglich, auch wenn man noch so kluge Gedanken hat. Ich wage nicht, mir vorzustellen, welche Verkomplizierungen damit verbunden wären. Es würde den Prinzipien des Steuerrechts total widersprechen.

MP Peer Steinbrück (NW): Mich beschäftigt dieselbe Frage. Ich meine, dass die Hinweise von Herrn Milbradt und Herrn Koch mit Blick auf die Situation vieler Unternehmen mit einer zyklischen Entwicklung von Verlusten und Erträgen richtig sind.

Meine Frage an das Finanzministerium ist: Ist es möglich, statt auf den laufenden Gewinn eines Jahres auf den laufenden Gewinn z. B. innerhalb einer Zweijahresperiode abzuheben, um die zyklischen Auswirkungen vielleicht eher in den Griff zu bekommen?

Abg. Joachim Poß: Auch ich bestreite die von Herrn Koch und Herrn Milbradt aufgeworfenen Probleme nicht. Aus Aufzeichnungen, die uns vorliegen, war herauszufiltern, welche Wirtschaftszweige den höchsten Bestand an Verlustvorträgen haben. Nur, das Problem ist: Das alles sind Zahlen aus dem Jahr 1998. Wir müssen sehr realistisch sehen, dass wir über keine vernünftige Datenbasis verfügen, wenn wir über die Entwicklung der New Economy, über das Aufschießen und den Crash von Wirtschaftsunternehmen, also über Volatilität, diskutieren. Weil es Problemfälle wie die gibt, die Sie genannt haben, überschätzen wir das Ganze möglicherweise.

Ich habe nur die Ausgangslage und die Gedanken skizziert, die uns bei der Ausgestaltung geleitet haben. Wir wollten auf jeden Fall eine Mittelstandskomponente haben. Ein Sockelbetrag von 100 000 Euro ist ausreichend in den von Ihnen genannten Fällen, z. B. für Existenzgründer. Wir wollten keine steuerlichen Regelungen, die mit Blick auf unsere Mittelstandsoffensive hinderlich sind. Dass in Einzelfällen Friktionen entstehen können, ist nicht zu bestreiten. Wir versuchen, die Lage nüchtern zu beschreiben. Soeben ist gesagt worden, wir seien gegen die großen Kapitalisten. Im Gegenteil, in der politischen Diskussion ist uns vorgehalten worden, wir würden die Großen steuerlich immer zu sehr schonen.

Es geht um eine sachgerechte Lösung. Ich habe gesagt, dass sich bei einem Sockelbetrag von 500 000 Euro keine Einschränkung für rund 98 % der Unternehmen ergibt. Es bleiben 2 % übrig, die davon betroffen sind. Wenn wir jetzt und hier keine Entscheidung treffen, sondern das Thema erst morgen wieder aufrufen, dann ist das möglicherweise ein Orientierungspunkt. Die zahlenmäßigen Auswirkungen wird man dann sehen. Ich glaube, das ist eine sehr großzügige Mittelstandskomponente. Das ist nicht abgesprochen.

(Abg. Norbert Geis: Das stimmt nicht mit dem überein, was Herr Stratthaus gesagt hat! Er kommt erst bei einem viel höheren Freibetrag auf 98 %! - Gegenruf des Abg. Ortwin Runde: Sockelbetrag!)

- Nein. Herr Geis, ich glaube, das haben Sie falsch verstanden. Bei einem Sockelbetrag von 500 000 Euro ergibt sich nach den Unterlagen des BMF - über andere Angaben verfüge ich nicht -, dass 98 % der Unternehmen nicht betroffen sind. Das Finanzministerium oder das Wirtschaftsministerium kann noch dazu Stellung nehmen.

Wir haben in unserem Gesetzesbeschluss hinsichtlich der Höhe des berücksichtigungsfähigen Verlusts 50 % vorgesehen. Daraus ergibt sich ein gewisser Betrag. Je nach Variable kommen wir zu anderen Dingen.

Ich habe Sie so verstanden, dass wir eine Debatte führen - die wir sehr wahrscheinlich nicht abschließen können, weil jede Seite noch Beratungsbedarf hat -, um auszuloten, wo man sich annähern kann. Wir müssen auch noch über den Komplex "Versicherungen" sprechen. Ich habe den Eindruck, dass wirtschaftspolitische Argumente auf beiden Seiten hinreichend berücksichtigt werden. Wir diskutieren nicht ideologisch blind. Auf der anderen Seite haben die Bundesebene und die Landesebene, was die Verstetigung der Einnahmen angeht, die gleichen Interessen. Auf dieser Grundlage suchen wir nach einem vernünftigen Kompromiss. Wir beleuchten den Korridor, um zu einer Lösung zu kommen, die sowohl den wirtschaftspolitischen Belangen als auch den Interessen der öffentlichen Haushalte gerecht wird. Ich meine, dazu sind ein paar Punkte genannt worden, auf die man sich relativ kurzfristig - heute oder morgen - verständigen kann.

Wir müssen aber noch einen Zusammenhang zu dem anderen Punkt herstellen. Wir haben ihn in den Arbeitsgruppen schon angesprochen, sollten ihn jedoch noch etwas intensiver beleuchten.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich habe herausgehört, dass die Bitte geäußert wird, die Entscheidung nicht zu vertagen, sondern uns heute in dieser Runde zu verständigen. Wir können es versuchen. Ich hoffe, dass wir es schaffen.

M Gerhard Stratthaus (BW): Es sind neue Aspekte hinzugekommen. Deswegen möchte ich etwas zu dem sagen, was Herr Milbradt und Herr Steinbrück vorgetragen haben.

Die ganze Zeit über wurde der Existenzgründer bemüht, der erst nach zwei Jahren Gewinn macht. Ich glaube, das haben wir im Griff; denn bei diesen Größenordnungen kann ich mir diesen Fall nicht mehr vorstellen.

Infineon und sehr große Unternehmen aus dem Bereich der Hochtechnologie haben im Laufe der Jahre recht unterschiedliche Gewinne. Dazu kann man allerdings sagen, dass ein Unternehmen auf Dauer auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist. Mir ist wichtig: Es geht nichts verloren, sondern es wird höchstens etwas verschoben.

(Zurufe)

Ihren Einwand, die Abstufungen bei der Verrechnung seien kompliziert, kann man nicht ernst nehmen. Wenn es nur wenige Unternehmen gibt, die viele Millionen verdienen, dann wird es doch möglich sein, die erste Million freizustellen, zwischen 1 Million und 2,5 Millionen Euro mal 0,75, dann mal 0,60 und dann mal 0,5 zu rechnen. Das scheint mir bei weitem nicht so kompliziert zu sein wie die von Ihnen angedachte Verschiebung über mehrere Jahre. Das kann ich nicht hinnehmen.

Herr Poß, es ist gefährlich, von der Anzahl und dem Prozentsatz der Unternehmen zu sprechen. Wenn Sie Bürgermeister einer Gemeinde sind, in der DaimlerChrysler ansässig ist, sind Sie an dem einen Prozent der Unternehmen mehr interessiert als an tausend anderen.

Eines scheint mir sehr wichtig zu sein - deswegen kann man einen großen Betrag wählen -: Selbst wenn Sie 1 Million Euro nehmen, geht das Aufkommen relativ unerheblich zurück. Wir können das auflisten. Wir wollen doch nicht Mittelständler, auch nicht relativ große Mittelständler ärgern, sondern wir wollen das Aufkommen sichern. Deswegen plädiere ich noch einmal dafür, hohe Beträge zu wählen, damit kein Mittelständler in Gefahr kommt. Das ist auch deswegen ungefährlich, weil das Aufkommen mit der Höhe des Betrages kaum zurückgeht.

StM Gernot Mittler (RP): Wie gesagt, alle Bedenken, die vorgetragen wurden, sind nicht von der Hand zu weisen. Aber damit stehen wir nicht allein. Das Problem stellt sich in diesen Größenordnungen so oder ähnlich auch in anderen Ländern. In elf der 15 EU-Länder plus Schweiz plus USA, Kanada und Japan - das sind 19 Länder - können Verluste nur zeitlich befristet vorgetragen werden, zumeist nur bis zu fünf Jahren. Was bis dahin nicht vorgetragen oder verrechnet worden ist, entfällt. Bei der Einkommensteuer ist eine zeitliche Befristung sogar in zwölf dieser 19 Länder vorgesehen. So weit meine erste Anmerkung.

Zweite Anmerkung: Wir alle sind uns darüber einig, dass das Körperschaftsteueraufkommen, das in den letzten Jahren, insbesondere in den vergangenen beiden Jahren, auch durch das Ausschüttungsverhalten unter Druck gekommen ist, gesichert werden muss. Im vergangenen Jahr haben wir ein auf drei Jahre befristetes Moratorium hinsichtlich der Ausschüttungen beschlossen. Sobald es ausläuft, kann das Körperschaftsteueraufkommen unabhängig von Verlustverrechnungen erneut unter Druck geraten.

Die dritte Anmerkung: Nach den Ausführungen von Gerhard Stratthaus will ich den Aspekt der Kompliziertheit nicht allzu stark gewichten. Ohne seinen Einwand hätte ich zu bedenken gegeben, dass wir Acht geben müssen, mit dem neuen § 10d, der § 2 Abs. 3 abschaffen soll, keine genauso komplizierte Regelung zu treffen.

Letzte Anmerkung: Der Gedanke, die Verrechnung des Verlustvortrags zu begrenzen - Mindestgewinnbesteuerung ist in der Tat ein falscher Terminus -, ist nicht neu. - Wir können übrigens davon ausgehen, dass wir deswegen durch interessengeleitete Argumente in allen möglichen Fachzeitschriften unter Beschuss kommen. - Dieser Gedanke liegt dem Steuerreformgesetz aus dem Jahre 1997 zu Grunde. Bereits unter der Regierung Kohl und Finanzminister Waigel ist eine Regelung getroffen worden - ich verweise auf die entsprechende Bundestagsdrucksache -, die 1 Million DM vorsah, und zwar ohne weitere Staffelung. Das, was wir umsetzen wollen, ist also kein Novum.

Damit ist ein Hinweis auf die Größenordnung gegeben. Auch ich bin dafür, großzügige Beträge vorzusehen; denn wir wollen nicht den klassischen Mittelstand treffen. Aber ich gebe zu bedenken, ob die Staffelung über insgesamt vier Stufen nicht doch zu kompliziert und unangemessen ist. Ich plädiere dafür, es bei einem Betrag zu belassen.

Abg. Ortwin Runde: Ich sehe, dass wir schon sehr dicht beieinander sind. Es kommt in der Tat darauf an, eine Mittelstandskomponente einzuführen. Wir sind uns

darin einig, dass es erforderlich ist, diese Zeitbombe zu entschärfen. Auch ich meine, dass am Ende das Aufkommen entscheidend ist.

Zu einem Kompromiss gehört aus Ihrer Sicht auch eine Verständigung über das Thema "Krankenversicherungen und Lebensversicherungen". Ich meine, wir sollten das als Paket behandeln und dann sehen, wie wir verfahrensmäßig vorgehen.

Zum Thema "Versicherungen" möchte ich nur eine kurze Anmerkung machen. Wir haben eine Übereinkunft erzielt, dass ab dem 1. Januar 2004 ein neues Recht gelten soll, welches die Absurditäten des geltenden Rechts beseitigt, dass mit steigenden Aktienkursen im Grunde genommen keine Steuerzahlungen erfolgen und dass umgekehrt Steuerpflichten entstehen, wenn in einer Krise Beteiligungen veräußert werden müssen. Wir haben die gesamte Operation seinerzeit im Bundestag vorgenommen, weil ohne Gesetzesänderung 8 bis 10 Millionen Versicherungsverträge bedroht gewesen wären.

Wir haben die Option vorgesehen, das neue Recht ab 1. Januar 2004 auch im Jahre 2003 anzuwenden. Nun sagen Sie, dies führe zu einer Wettbewerbsungleichheit zu Lasten derjenigen Versicherungsunternehmen, die bereits in den Jahren 2001 und 2002 Bilanzkorrekturen vorgenommen haben. Man muss sehen, dass sich die Aktienkurse inzwischen erheblich erholt haben. Wenn wir ganz harte Fiskalpolitiker wären, würden wir Wettbewerbsgleichheit herstellen, indem wir sagten: Das neue Recht gilt ab 1. Januar 2004; es gilt nicht für den Rest. - Aber das steht im Zusammenhang mit einem Paket. Ich meine, dass man sich auf die Verlängerung der Optionsfrist auf die Jahre 2001 und 2002 einigen kann. Das bedeutet Wettbewerbsgleichheit der Unternehmen bei einem Prozentsatz zwischen 60 und 80.

(Abg. Joachim Poß: 70 % der Erträge und 30 % Teilwertabschreibungen!)

- 70 % der Erträge und 30 % Teilwertabschreibung. Wenn man beides zusammenbindet, kann man relativ schnell zu einer Lösung kommen. Parallel zu dieser Sitzung müssten vier Leute die Köpfe zusammenstecken, um daraus eine endgültige Lösung zu machen.

Abg. Werner Kuhn (Zingst): Vielleicht wäre es zur Entschärfung der Situation nicht schlecht, wenn wir nicht nur den prozentualen Anteil, sondern auch die Anzahl der Betriebe, die es betrifft, sowie das Steueraufkommen auf Grund der Mindestgewinnbesteuerung definieren könnten und beide Varianten - zum einen die 8 %, die sich insgesamt bei einem Sockelbetrag von 100 000 Euro und 50 % ergeben, zum anderen die Variante der B-Seite - miteinander verglichen. Vielleicht liegen wir beim Aufkommen nicht so weit auseinander, dass man sich auf einen Betrag einigen kann.

(Abg. Norbert Geis: 1 Million! Das ist doch gut!)

Frau Staatssekretärin, gibt es Erkenntnisse darüber?

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ja!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Peiner, Sie sind der Nächste.

S Dr. Wolfgang Peiner (HH): Ich bin ein ausgesprochener Befürworter der Mindestgewinnbesteuerung, weiß aber, dass sie ein großes Reizthema für den Mittelstand ist. Der Mittelstand macht sich teilweise Illusionen und unterstellt Betroffenheit, obwohl er auf Grund der Höhe der Beträge meist nicht betroffen ist. Aber es gehört heute wohl zum Stolz eines guten Mittelständlers, dass er nach außen die Fiktion aufrechterhält, eigentlich beginne seine Schmerzgrenze bei 5 Millionen Euro, obwohl sie meist deutlich niedriger ist. Aber man muss schon sehen, dass wir hier nicht ganz frei sind.

Bei diesem Thema muss man auf zwei Aspekte achten: zum einen auf die Wettbewerbsfähigkeit in Europa, auf die Herr Mittler schon hingewiesen hat. Nur der Vollständigkeit halber erwähne ich, dass die Österreicher eine Regelung haben, die die Mindestgewinnbesteuerung auf 25 % begrenzt; d. h. 75 % sind sozusagen vortragsfähig. Diese Größenordnung muss man kennen, weil deutsche Unternehmen die Möglichkeit haben, in andere Länder zu gehen.

Zum anderen sind Verluste aus Abschreibungen z. B. in Frankreich für die Zukunft in unbegrenzter Höhe verrechenbar, andere Kosten hingegen nicht. Das ist ein Standortfaktor.

Ich halte den Vorschlag, den Herr Kollege Stratthaus unterbreitet hat, für realisierbar; er ist möglicherweise zweckmäßig. Aber man muss sehen, dass man sich hier in einem europäischen Wettbewerbsumfeld befindet und insofern nicht ganz frei ist.

Das Zweite - dieses Argument werden wir häufig hören - ist das Thema "Liquidität". Denn die Unternehmen sagen: Wir armen Mittelständler können uns nicht an der Börse refinanzieren, und wir können uns auch nicht auf ausländische Gesellschafter stützen; wir können uns nur über Banken refinanzieren. Die Banken sehen, dass ein Teil unseres Gewinnes am Anfang abgeschöpft wird, gerade wenn wir in die Gewinnzone kommen. - Es ist wichtig, einen hohen Sockelbetrag zu wählen, um das Argument der Liquidität zum Teil zu entkräften.

Das zeigen die Zahlen; Frau Hendricks, Sie haben sie vorgetragen. 380 Unternehmen betreffen praktisch 90 % des Volumens. Mir kommt es eigentlich darauf an, dass 90 % des Volumens die 380 Unternehmen treffen, nicht 95 % des Volumens möglicherweise 5 000 Betroffene. Das lohnt den Aufstand nicht. Ich glaube, hier kommt es darauf an, relativ zielgenau die 380 Unternehmen zu treffen, die börsennotiert, gut kapitalisiert oder im Auslandsbesitz sind. Alle haben Zugang zum Kapitalmarkt, so dass das Argument der Liquidität entfällt.

Das muss man bei den Kompromisslinien berücksichtigen. Es lohnt sich nicht, über 5 % des Volumens zu streiten, wenn es potenziell ein paar tausend Betriebe zusätzlich betrifft und wir dadurch ein erhebliches Unruhepotenzial in weite Teile des Mittelstandes hineintragen, obwohl er im Ergebnis wahrscheinlich nicht betroffen ist.

Nur eine kurze Bemerkung zu dem Thema "Lebens- und Krankenversicherung", Herr Runde. Wir haben es in diesem Zusammenhang mit zwei völlig unterschiedlichen Themenkomplexen zu tun. Das erste Thema betrifft im Grunde genommen die Verstetigung der Besteuerung für die Zukunft, das zweite betrifft sozusagen eine Altlast, die beseitigt werden muss.

Ich will zitieren, um welche Beträge es geht. In dem Bericht des Unterausschusses der gemeinsamen Arbeitsgruppe heißt es:

> In der Einschätzung der rein hypothetischen finanziellen Auswirkung besteht Übereinstimmung.

Es folgen die Beträge.

> Hierbei handelt es sich nicht um tatsächlich erzielbares Aufkommen, da vielfältig Unsicherheiten zu beachten sind.

Genau das ist das Problem. Wenn die Rückwirkung nicht auch auf die Jahre 2002 und 2001 vorgesehen wird, ist völlig offen, wie Fondsabschreibungen behandelt werden und wie sich das gesamte Thema "Bilanzöffnung" darstellt. Es besteht also eine Menge unwägbarer Risiken.

Die Beschränkung allein auf das Jahr 2003 begünstigt, wenn man sich den Markt anguckt, ziemlich einseitig die drei oder vier großen Versicherungsgesellschaften, die an den Kapitalmärkten sind. Sie belastet ziemlich einseitig die Gegenseitigkeitsvereine, die ihren Mitgliedern gehören, die Sparkassenversicherer und die ehemals öffentlich-rechtlichen Versicherer. Dadurch kommt im Grunde genommen die Unwucht hinein.

Deswegen plädiere ich aus Wettbewerbsgründen dafür, insbesondere die Gegenseitigkeitsvereine, die ehemals öffentlich-rechtlichen Versicherer und die Sparkassen-

versicherer nicht zu benachteiligen, sondern gleichzubehandeln. Aber man muss natürlich sehen, dass die Regelung, die Sie soeben angedeutet haben, zu neuen rechtlichen Unsicherheiten führen kann. Ich meine, wir sollten einen Befreiungsschlag wagen, statt neue juristische Unwägbarkeiten zu schaffen. Vielleicht kann Frau Dr. Hendricks kurz darauf eingehen, wie sie eine solche Regelung in steuersystematischer und rechtlicher Hinsicht einschätzt.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich darf zunächst die Frage von Herrn Kuhn beantworten. Ich will noch einmal die beiden Zahlen nennen, die sozusagen als Ausgangspunkte in den Raum gestellt worden sind. Die Ausgangslage der A-Seite hinsichtlich der Höhe des Sockelbetrages waren 100 000 Euro; es ist schon angedeutet worden, dass man sich dort bewegen kann.

85,8 % aller Unternehmen haben Gewinne bis höchstens 100 000 Euro; sie nehmen nur 6 % der Verlustvorträge in Anspruch. Von den übrigen 14 % werden 94 % der Verlustvorträge in Anspruch genommen.

Wählt man einen Sockelbetrag von 1 Million Euro, kommt man auf genau 98,9 %, sprich 99 % der Unternehmen, die bis 1 Million Euro Gewinn ausweisen; sie nehmen 17 % der Verlustvorträge in Anspruch. Das restliche Prozent nimmt 83 % der Verlustvorträge in Anspruch. Das ist in der Tat die Spitze; dies ist keine Frage.

Sie haben noch nach den Auswirkungen auf das Steueraufkommen gefragt. Ich will wiederum beide Sockelbeträge in Vergleich zueinander setzen und von einer Verlustberücksichtigung von 50 % ausgehen. Bei einem Sockelbetrag von 100 000 Euro und einer Verlustberücksichtigung von 50 % ergeben sich im Jahre 2004 485 Millionen Euro; geht man von 1 Million Euro aus, hat man ein zusätzliches Steueraufkommen von 305 Millionen Euro. - Entschuldigung, ich muss mich korrigieren. Geht man von 100 000 Euro aus, erhält man einen Betrag von insgesamt 1 Milliarde 85 Millionen Euro; geht man von 1 Million Euro aus, hat man 905 Millionen Euro. Das ist eine Differenz von 180 Millionen Euro. Die Spitze ist interessant. Das ist keine Frage.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das war die Antwort. Wir fahren fort in den Wortmeldungen.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Nein, ich möchte noch die Frage zu den Versicherungen beantworten.

Herr Peiner, natürlich wäre es steuersystematisch eher ungewöhnlich, wenn man bezogen auf die Versicherungen eine Verlustberücksichtigung von 80 % für die vergangenen drei Jahre bzw. für das laufende und die beiden zurückliegenden Jahre vorsähe. Aber rechtlich ist das unproblematisch. Das ist von uns vorsichtshalber geprüft worden.

Dies war im Übrigen ein Vorschlag des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft, der allerdings - das muss ich hinzufügen - die Forderung damit verbindet, das auch pro futuro gelten zu lassen. Dieser Forderung kann man sich prinzipiell nicht anschließen, weil Lebens- und Krankenversicherungen eine Beitragsrückgewähr von 90 bzw. 98 % geben. Das würde wieder dazu führen, dass sie auch in besten Börsenjahren niemals einen Euro Steuern zahlen. Pro futuro kann man das nicht akzeptieren.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Bei der Mindestgewinnbesteuerung muss man schon aufpassen, ob investive Unternehmen in dieser Größenordnung nicht eher davon abgehalten werden, in Deutschland tätig zu werden. An dieser Stelle kollidiert ein für mich nachvollziehbares fiskalisches Interesse mit dem wirtschaftspolitischen Interesse, dass in Deutschland überhaupt noch investiert wird und dass in Deutschland Arbeitsplätze geschaffen werden. Das will ich nur allgemein zu bedenken geben.

MP Peer Steinbrück (NW): Wir können doch versuchen, aus den vorangegangenen Wortmeldungen ein Paket zu schnüren. Nach dem, was wir erörtert haben, bietet sich Folgendes an: Rückwirkung bis auf das Jahr 2001 unter Berücksichtigung von 80 % des Verlustes, pro futuro 100 % und mit Blick auf die Mindestgewinnbesteuerung ein Freibetrag von 1 Million Euro. Ich gehöre allerdings zu denjenigen, die die Staffelung 75, 60, 50 % als zu kompliziert empfinden, und schlage deshalb 50 % vor.

StM Erwin Huber (BY): Da wir über ein Paket reden, muss ich jedoch darauf hinweisen, dass wir damit verbinden, dass § 2 Abs. 3 Einkommensteuergesetz gestrichen wird.

(Zurufe: Das ist vorgesehen! - M Gerhard Stratthaus (BW): Aber es ist wichtig, dass es noch einmal gesagt wird!)

- Das muss bestätigt werden. - Okay, darüber sind wir uns einig.

Ich habe Bedenken wirtschaftspolitischer Art; sie sind genannt worden. Aber die Grenze von 50 %, Herr Ministerpräsident Steinbrück, ist zu niedrig. Denn dann werden Sie in einem Unternehmen in einer Phase, in dem es aus der Verlustzone herauskommt, sehr schnell Liquidität entziehen. Sie setzen sich dem Verdacht aus, hier etwas für die ganz Großen zu tun.

Die großen Zeitungsverlage hatten in den letzten Jahren massive Verluste und mussten Arbeitsplätze abbauen. Sie kommen im Moment in eine Gewinnzone. Wenn die Hälfte ihres Gewinns wieder der Steuer unterworfen wird, haben sie einen gewaltigen Liquiditätsentzug hinzunehmen, was möglicherweise Auswirkungen auf die Beschäftigung hat. Das sind nicht "böse" internationale Multis oder dergleichen, sondern es sind sehr bodenständige Unternehmen. Deshalb ist die Grenze von 50 % zu niedrig.

M Gerhard Stratthaus (BW): Ich will darauf hinweisen - es wurde bereits bestätigt -, dass § 2 Abs. 3 abgeschafft wird. Das ist klar.

Das Nächste sind die 80 und 90 %. Ich war überrascht, dass dies ein Vorschlag der Versicherungswirtschaft ist. Auch als Nichtjurist hat man immer Bedenken, wenn eindeutig ist, dass ein Gesetz für eine ganz bestimmte Situation gemacht wird. Ich habe das Gefühl, der Sache steht der Beihilfecharakter beinahe auf der Stirn geschrieben, wenn es für zwei Jahre so geregelt wird. Aber die Versicherungswirtschaft hat es selbst vorgeschlagen. Ich bin auf dem falschen Fuß erwischt worden. Es ist schon eine seltsame Regelung, wenn man für drei Jahre 70 und 80 % und in Zukunft wieder 100 % vorsieht. Ich weiß nicht, ob das die richtige Art ist, Gesetze zu machen.

Abg. Ortwin Runde: Herr Stratthaus, Sie haben durchaus Recht. Aber noch ungewöhnlicher ist es, wenn man ein Gesetz, das 2000 in Kraft getreten ist, 2004 ändert und für den gesamten Geltungsbereich des Gesetzes die Option eröffnet, das Gesetz außer Kraft zu setzen. Beide Verfahren sind merkwürdig.

Ich finde, wir müssen diese beiden Punkte zusammenbinden. Ich bin mir nicht sicher, ob wir das auf Zuruf einem Ergebnis zuführen können oder ob nicht doch zwei oder drei Leute die Köpfe zusammenstecken sollten, um einen Vorschlag zu machen. Für mich ist die Frage, was zielführender ist.

Dass § 2 Abs. 3 dann wegfällt, ist klar. Ich meine, ebenso klar ist, dass bei Versicherungen dann ein Verlustvortragsverbot besteht und dass auch das Organ-

schaftsverbot weiterbesteht. Darüber ist schon diskutiert worden. Ich sage das der Vollständigkeit halber.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Milbradt hat das Wort.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Meine Wortmeldung hat sich erledigt.

Abg. Joachim Poß: Der von Herrn Kollegen Steinbrück skizzierte Kompromissvorschlag geht von einer Quote von 50 % aus. Wenn man an die strenge Diskussion im Vorfeld denkt, haben wir uns in wichtigen Punkten relativ locker einander angenähert. Wenn Sie einschlagen, können wir auf dieser Grundlage insgesamt zu Potte kommen. Ich glaube, das kann ich auch für die Bundesseite sagen. Allerdings müssten die Bedenken, die Herr Kollege Huber geäußert hat, zurückgestellt werden. Ich glaube, das wäre ein Kompromiss, mit dem alle Seiten leben könnten.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Da mir keine Wortmeldung mehr vorliegt, schlage ich vor, dass wir auf dieser Basis eine Gesetzesformulierung erstellen und das Thema noch einmal aufrufen. Wenn sich herausstellt, dass das Ergebnis partout nicht hält, müssen wir noch einmal überlegen.

(Abg. Joachim Hörster: Das halte ich eher für bedenklich! Es fängt dann wieder von vorn an! - Weitere Zurufe)

- Herr Hörster, ein alter Fuhrmann, rät mir von diesem Vorschlag ab. Er sagt, unterstützt von Herrn Kauder, wir sollten uns jetzt einigen; sonst geht die Diskussion wieder von vorn los, und das will niemand.

(MP Matthias Platzeck (BB): Wir haben uns doch gerade geeinigt!)

- Nein, noch nicht alle.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): In Österreich dürfen 75 % angerechnet werden. Eine Quote von 50 % entspricht nicht internationalem Standard. Die Tatsache entspricht internationalem Standard, nicht die Zahlen entsprechen internationalem Standard. Ich meine, dass sie uns hinsichtlich der interessanten Betriebe einen Bärendienst erweisen. Meine Frage an die A-Seite ist, ob man sich nicht auf eine Zahl zwischen 50 und 75 verständigen kann, mit der man möglicherweise besser auskommt.

StM Gernot Mittler (RP): In Österreich gibt es keine zeitliche Beschränkung. Die Österreicher sind schlechter gestellt als die Deutschen; denn in Österreich gibt es auch keinen Verlustrücktrag. Aber es ergibt sich die gleiche Wirkung für das laufende Jahr. Die Einschränkung der Verlustvortragsverrechnung wirkt in die Zukunft hinein, der Rücktrag betrifft das laufende Jahr. Insoweit ist die deutsche Regelung günstiger im Interesse der Steuerpflichtigen.

M Gerhard Stratthaus (BW): Es ist gefährlich, ohne Zahlen zu arbeiten. Die Arbeitsgruppe hat Folgendes festgestellt: Die Freibeträge sind relativ unerheblich. Aber sobald Sie statt 50 60 % nehmen, bricht das Aufkommen dramatisch ein. Wenn andere Zahlen ins Spiel gebracht werden, müsste man doch noch einmal zusammenkommen und die Positionen untereinander schreiben. Es ist sehr gefährlich, einen anderen Prozentsatz zu nennen mit der Folge, dass es 300 Millionen Euro weniger sind. Das ist uns zu gefährlich.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Vielleicht kann Herr Steinbrück seinen Vorschlag wiederholen, und zwar bezogen auf beide Regelungsinhalte.

(StM Gernot Mittler (RP): Der war doch klar: 1 Million Euro! - Weitere Zurufe)

MP Matthias Platzeck (BB): Ich glaube, gerade im Kontext dessen, worüber vorher intensiv diskutiert worden ist, ist Peer Steinbrück aus unserer Sicht sehr weit gegangen. Wie fast jeder hier am Tisch weiß, haben die Fachebenen in den letzten Stunden intensiv beraten und sind zu einem ähnlichen Schluss gekommen. Das ist aus unserer Sicht die äußerste Linie.

Wenn jemand zur Verkürzung der Debatte ein sachgerechtes Angebot macht, das mit dem Hinweis versehen ist, dies sei die äußerste Linie - Herr Stratthaus hat soeben bestätigt, welche Gefahren damit verbunden sind, wenn man statt 50 60 % wählt -, dann sollten Sie sich darauf einlassen. Sonst fangen wir wieder von vorne an und tauschen erneut all die Argumente aus, die wir bereits in der letzten halben Stunde ausgetauscht haben. Ich finde, Peer Steinbrück hat einen sehr sachgerechten Kompromissvorschlag gemacht.

MP Peer Steinbrück (NW): Wenn ich gewusst hätte, dass wir anschließend wieder Basar spielen, hätte ich als Freigrenze nicht 1 Million, sondern 500 000 Euro vorgeschlagen. Wenn wir versuchen, ein Paket zu schnüren, finde ich es nicht gut, dass nachverhandelt wird.

Es ist fair, dass sich die A-Seite mit Blick auf die Versicherungsgesellschaften und die Verzehnfachung der Freigrenze bewegt. Das ist nach meiner Wahrnehmung das 20fache des Jahresgewinns von 75 bis 80 % der Mittelständler. Niemand kann behaupten, wir gingen in dieser Beziehung nicht relativ großzügig mit dem Mittelstand um. Alles andere läuft auf erhebliche Verluste für die Haushalte hinaus.

StM Gernot Mittler (RP): Ich muss mir nicht den Kopf der B-Seite zerbrechen, aber ich will doch folgenden Hinweis geben: Sie können leicht argumentieren; denn wir treffen, was den Freibetrag angeht, im Jahr 2003 eine Regelung, die das Doppelte dessen beinhaltet, was Sie 1997 beschlossen haben.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Sind die Appelle, sich zu einigen, angekommen? Der Flügel zu meiner Rechten will abschließen, die Ministerpräsidenten, die hier vorn sitzen, ebenfalls. Nur dort hinten hat man ein paar Probleme.

M Gerhard Stratthaus (BW): Ich muss für meine Seite sagen: 60 oder 75 % ab 1 Million Euro können wir nicht zustimmen; sonst würde das Aufkommen dramatisch zusammenbrechen. Es ist ungefährlicher, den Freibetrag zu erhöhen. Der Vorschlag lautet: 1 Million Euro, ab dann 50 %.

(Zurufe: Ja!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Stratthaus meint, das sei eine faire Basis. - Fast alle nicken. Lieber Erwin Huber! - Auch er nickt.

Dann haben wir uns geeinigt. - Keine Gegenstimmen. - Keine Enthaltungen. Auf dieser Basis wird formuliert.

(BM Hans Eichel (BMF): Versicherungen 80!)

- Ja, das war nicht umstritten.

Wir sind uns einig. Ich danke Ihnen sehr, dass das in dieser Runde nach langem Vorlauf gelungen ist.

Wir haben noch zwei Themen zu bearbeiten - zum einen das Riesenthema "Gewerbesteuer" und zum anderen die Tabaksteuer -, die wir noch nicht aufgerufen haben.

(Zuruf)

- Das Thema "Tabaksteuer" müssen wir eigentlich gemeinsam mit Krista Sager erörtern. Auf Grund der Präsenz rate ich dazu, mit der Gewerbesteuer zu beginnen.

(Abg. Krista Sager betritt den Saal)

- Krista Sager, wir müssen heute noch zwei Themen ansprechen: zum einen die Tabaksteuer und zum anderen die Gewerbesteuer. Wir wollten soeben nicht mit dem Thema "Tabaksteuer" beginnen, ohne Sie gefragt zu haben. Können wir darüber reden? - Wir beginnen mit dem Thema "Tabaksteuer".

Ich frage die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, wer von Ihnen uns die Annäherung erklärt.

Abg. Joachim Poß: Wir haben das gestern Abend getan und müssen nichts wiederholen. Ich verweise auf die Aufkommensrechnungen, die dem Protokoll der Arbeitsgruppe als Anlage beigefügt sind. Aus der Sicht der öffentlichen Haushalte - andere Aspekte lasse ich einmal beiseite - ergibt sich daraus die Antwort. Das so genannte Kombimodell mit 1,2 Cent ab 1. März brächte am meisten - nicht 2004, aber in der Folgezeit. Das muss man noch einmal präzisieren.

Mehr brauche ich dazu nicht zu sagen. Herr Stratthaus hat gestern vorgetragen, ich habe es ergänzt. Die CDU hat ein anderes Modell vorgeschlagen. Nun bleibt, wie bei den anderen Punkten, auszuloten, ob wir uns nähern können.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Warum gibt es die unterschiedlichen Termine?

Abg. Joachim Poß: Angeblich wegen Umsetzungsproblemen der Industrie. Dazu könnte das Finanzministerium seine Erkenntnisse darlegen.

Abg. Krista Sager: Über die Tabaksteuer hat auf der Bundestagsseite eine Reihe von Diskussionen stattgefunden. Es hat einen Beschluss des Bundestages gegeben. Jetzt hat die B-Seite vorgeschlagen, die Sätze zu senken und das Gesetz später in Kraft treten zu lassen. Die Bundestagsseite könnte das Gesetz - ein Einspruchsgesetz - neu

einbringen und selbst auf den Weg bringen, wenn sie das wollte. Deshalb frage ich mich natürlich: Wo ist eigentlich die Gegenleistung der B-Seite?

(MP Roland Koch (HE): Wir rauchen mehr!)

Sie wollen die Sätze senken und ein späteres Datum. Welche Dinge haben Sie, auf die wir eingehen sollen? Es könnte ja sein, dass man im Laufe des Verfahrens das Gefühl hat, man sei sich etwas schuldig geblieben. Ich kann, ehrlich gesagt, nicht richtig erkennen, wo sozusagen die Schuld liegt. Insofern wäre ich dafür zu sagen: Wir haben das Ergebnis der Arbeitsgruppe zur Kenntnis genommen, wir haben auch die Kompromissvorschläge zur Kenntnis genommen. Ich würde gerne wissen, wofür man noch Dankbarkeit zeigen muss. Das kann ich in diesem Stadium nicht erkennen.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Frau Sager, wenn die Gesundheitspolitiker Steuerpolitik machen, kann es zu Problemen kommen. Ich finde es faszinierend, wie es hier gelungen ist, aus einem Einspruchsgesetz ein Zustimmungsgesetz zu machen. Wenn wir hier zu keiner Einigung kommen, können Sie das Gesetz am 19. Dezember mit Kanzlermehrheit beschließen. Aber ich gehe davon aus: Der Bundespräsident weigert sich, das Gesetz zu unterschreiben, weil es offensichtlich verfassungswidrig ist. Sie können nicht festlegen, dass etwas, was nicht administrierbar ist, ab 1. Januar gilt. Daher können Sie, wenn Sie nicht in ein neues Gesetzgebungsvorhaben gezwungen werden wollen, froh sein, wenn hier jemand sagt: Lassen Sie uns über den Termin oder über die andere Sache reden!

Frau Sager, wie man in der Krankenversicherung zu einem Globalzuschuss für eine angebliche Finanzierung versicherungsfremder Leistungen kommen kann, ist mir bis heute unbegreiflich. Dann kann man sagen: Das Mutterschaftsgeld machen wir in einem Leistungsgesetz, die Krankenkassen haben Anspruch auf Erstattung aus dem Bundeshaushalt. Das wird irgendwie finanziert. - Das wäre ein sauberer Weg; aber er wird nicht genommen. Sie müssten schon Wert darauf legen, dass das Gesetz überhaupt machbar ist.

M Gerhard Stratthaus (BW): Ich möchte darauf hinweisen, dass im Gesetzesvorschlag des Bundestages der Feinschnitt überproportional belastet wird. Ich möchte bitten, hier eine Regelung zu finden, die die Belastung zwischen der relativen und der absoluten Steigerung festlegt. Vielleicht kann jemand erläutern, was das ist.

(Heiterkeit)

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich muss ehrlich sagen: Es tut mir Leid! Ich kenne mich im Tabaksteuerrecht schon gut aus, aber es gibt solche Fieseligkeiten, dass wir den Referatsleiter Dr. Scheuer anrufen müssten. Ich weiß gar nicht, ob er jetzt in Berlin ist; denn er ist einer von den Bonnern. Das könnten wir klären.

Die Frage, die Sie hier ansprechen, ist:

(BM Hans Eichel (BMF): Die Zigarre des Kanzlers werden wir stark besteuern!)

Wird der Feinschnitt proportional oder überproportional zu der Steuererhöhung angehoben? Das können wir hier mit diesen Worten erörtern und dann die Gesetzestechnik machen, wie es nötig wäre.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Was wollen denn Sie, Frau Hendricks?)

- Der Beschluss des Bundestages geht von einer überproportionalen Erhöhung des Feinschnittes aus.

(Abg. Volker Kauder: Das wollen wir nicht!)

StM Erwin Huber (BY): Ich möchte mich gleich outen: In meinem Stimmkreis ist die Firma Pöschel, bekannt für Schnupftabak und dergleichen. Dieses Unternehmen sagte mir, wenn der Feinschnitt überproportional belastet werde, werde das die kleinen Leute besonders treffen, diejenigen, die die Zigaretten selber drehen. Warum werden dann Pfeifentabak proportional und diejenigen, die die fetten Zigarren und Zigarillos rauchen, unterproportional belastet?

(Heiterkeit und Zurufe)

Man sagte mir, das werde dazu führen, dass immer mehr Feinschnitt aus dem Ausland hereingeschmuggelt werde. Das ist heute doch kein Problem. Bei uns ist Tschechien nicht weit. Diese sehr stark differenzierte Steuererhöhung wäre deshalb sehr unverständlich.

Abg. Gudrun Schaich-Walch: Ich möchte gerne auf Kollegen Thiele antworten. Wir haben es in der Gesundheitspolitik so gemacht, wie Sie es beschrieben haben und wie es ordnungsgemäß war. Innerhalb der Krankenversicherung gibt es bestimmte Leistungen, z. B. das Mutterschaftsgeld, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind. Dazu gibt es auch ein höchstrichterliches Urteil, das das Gleiche für den Arbeitgeber ausweist. Wir wollten daher zu einer schrittweisen Steuerfinanzierung übergehen.

Die zweite Seite: Durch überhöhten Tabakkonsum entstehen gesundheitliche Schäden. Der Feinschnitt ist günstig und billig, so dass die selbst gedrehte Zigarette preislich dann, wenn man selbst gearbeitet hat, deutlich unterhalb dieses Betrages liegt. Man geht davon aus, dass man zwar bei Jugendlichen, die schon rauchen, keine besonders großen Effekte erzielt, bei jugendlichen Neueinsteigern aber schon. Deshalb sind wir mit unserem Gesetz in diese Richtung gestartet.

Sie sagen, wir müssten uns über das Inkrafttreten verständigen. Können Sie uns vielleicht beim Inkrafttreten entgegenkommen, und wir bleiben bei der ursprünglichen Lösung, oder müssen wir uns auf einen neuen Weg verständigen?

BM Hans Eichel (BMF): Bei früheren Tabaksteuererhöhungen, Herr Huber, Herr Stratthaus, waren sowohl der Feinschnitt als auch die Zigarren stark unterproportional beteiligt. Daraus erklärt sich die stärkere, überproportionale Beteiligung jetzt. Das ist nur einigermaßen die Wiederherstellung der Belastungsgleichheit, die bei der letzten Steuererhöhung nicht gemacht worden ist.

(Abg. Ortwin Runde: Das stimmt! - Abg. Volker Kauder: Den Feinschnitt rauchen vor allem die Studenten! Die wollen Sie jetzt auch noch belasten!)

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Bei aller Wertschätzung der Fröhlichkeit zu dieser Stunde! Ich will daran erinnern, dass das Ganze Ergebnis eines Kompromisses zwischen den großen Parteien und den Grünen im Deutschen Bundestag war. Wir sollten daher das Gesetz, das vorliegt, auch ernst nehmen. Darum bitte ich. Wir brauchen dieses Geld für die Finanzierung der gemeinsam vereinbarten Gesundheitsreform. Das war der Ausgangspunkt. Ich wäre dankbar, wenn wir uns sehr nah an dem ursprünglichen Gesetzesvorschlag bewegten und nur das Datum des Inkrafttretens veränderten; denn aus rein technischen Gründen ist nichts anderes möglich.

Ich habe mir sagen lassen - darauf ist das Ministerium nicht eingegangen -, dass der Druck der Banderolen viel Zeit in Anspruch nehme und man deswegen den Vorlauf brauche. Wenn wir das nicht in das Gesamtpaket für den Vermittlungsausschuss eingespeist hätten, sondern vor drei Wochen sofort verabschiedet hätten, Herr Kauder - ich appelliere besonders an Sie -, wären wir nicht in diese technische Maläse gekommen. Wir müssen zu dem, was im Gesetz ursprünglich stand, auch stehen. Ich bitte Sie, mit uns gemeinsam das Datum des Inkrafttretens zu verändern. Warum eigentlich nicht?

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir haben einen Vorschlag der A-Seite, der abweicht.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich habe einen Vorschlag gemacht, der einfacher ist!)

M Gerhard Stratthaus (BW): Wir sind der Ansicht, dass die Steigerung zu hoch ist. Es besteht die Gefahr, dass der Schmuggel stark zunimmt. Er spielt eine gewaltige Rolle. Man sollte deshalb zunächst nur um 1 Cent erhöhen, dann um 1,2 Cent. Wenn Sie darauf eingehen, können wir die Erhöhung so rasch wie möglich machen. In jedem anderen Fall dauert es länger.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Dann kann ich das heute nicht absegnen. Ich appelliere an Sie: Wir verlassen hier die Grundlage des Gesundheitsreformpaketes, das wir gemeinsam verabschiedet haben. Das will ich ausdrücklich sagen. Sie machen einen Themenbereich neu auf. Ich sage Ihnen: Dann bekommen wir ein paar Probleme.

MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Ich bin gerne bereit, mich über ernst zu nehmende Probleme zu streiten. Aber hier reden wir über 0,2 Cent pro Zigarette einmalig.

(Zuruf)

- Das ist der Unterschied zwischen A- und B-Seite.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Gesetzesbeschluss ist 1,5 Cent! - Abg. Gudrun Schaich-Walch: 0,5 ist sehr viel Geld!)

- Das sind schon Kompromissvorschläge? - Wir müssen bei dem Betrag ankommen, den wir für die Finanzierung des Gesundheitswesens beschlossen haben, und zwar unter allen Beteiligten?

(Abg. Gudrun Schaich-Walch: So ist es!)

- Tut mir Leid: Irgendwann müssen wir uns selbst ernst nehmen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Was will denn die Bundesregierung?)

Abg. Volker Kauder: Es ist richtig, dass wir die Gesundheitsreform gemeinsam beschlossen haben. Soweit ich mich entsinne, haben wir einer Tabaksteuererhöhung dieses Ausmaßes bei der Schlussabstimmung im Bundestag nicht zugestimmt, sondern gesagt, dass wir über einen Punkt noch sprechen müssten. Natürlich soll die Tabaksteuer kein Restant bleiben, den wir hin- und herschleppen.

Wir sind im ersten Durchgang. Wenn wir den ersten Durchgang vor drei Wochen gemacht hätten, hätten wir heute erst den zweiten Durchgang, den dritten gäbe es noch immer nicht. Das ist das Entgegenkommen, Frau Kollegin Sager, das Sie so sehr erwarten. Dieses biete ich jetzt an. Ich schlage vor, dass wir uns in diesem Zusammenhang verständigen.

Jetzt kommt folgender Punkt: Ich gehöre zu denjenigen, die massiv dafür sorgen, dass Geld in die Kasse kommt, indem ich rauche. Viele andere, die hier das große Wort führen, rauchen nicht einmal, sie leisten keinen Beitrag dazu, dass da etwas geschieht.

(Zuruf: Rauchen für die Gesundheit!)

- Rauchen für die Gesundheit! Rasen für die Rente! Saufen für die Krankenkasse! Das sind die Mottos.

Ich habe über einen Punkt mit den Fachleuten gesprochen. Im Übrigen weiß ich, dass man im Bundesfinanzministerium nicht weit von dem entfernt war - -

(BM Hans Eichel (BMF): Keine Denunziation!)

- Nein. - Es geht schlicht und ergreifend darum: Wir wollen, dass das gemacht wird; das ist keine Frage. Da liegen wir nicht auseinander. Aber ich wohne an der Grenze und weiß, wovon ich rede: Es muss etwas geschehen, was im Endeffekt mehr Geld in die Kasse bringt, was der Schmuggel verhindert. Ich bin nicht dagegen, dass man das so macht. Man kann auch sagen: Wenn die Kohle nach dem ersten Jahr nicht zu Stande kommt, hindert uns niemand daran, das Gesetz wieder zu ändern, weil wir das Ziel nicht erreicht haben.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Was heißt das jetzt konkret?)

- Es gibt bei Genussgütern einen gewissen Grenznutzen; das wissen wir alle. Wenn die Steuer zu hoch wird, bleibt weniger übrig, als wenn wir auf einem mittleren Weg blieben. Dann springen die Leute nicht ganz ab. Deshalb halte ich den Vorschlag, der gemacht worden ist, für sachgerecht.

Wir kommen Ihnen entgegen, wenn man am 1. April 2004 einsteigt, Frau Sager. Wir haben also eine ganze Menge geboten, um Sie zufrieden zu stellen. Ich würde vorschlagen: Wir machen das so. Dann können wir dieses Ding abräumen.

Abg. Gudrun Schaich-Walch: Ich möchte noch einmal deutlich an Sie appellieren. Herr Kauder, man kann es auch andersherum machen. Sie unterstellen, dass mit dem eingesetzten Betrag die Summe nicht zu Stande kommt. Jetzt sagen Sie: Nehmen wir weniger, und wenn es nicht reicht, lasst uns in einem Jahr erhöhen! - Falls es das Problem mit dem Schmuggel gibt, haben Sie das in einem Jahr auch.

(Zuruf)

- Ich habe ihn so verstanden, dass er um mehr als 1,5 Cent erhöhen wollte. Es wäre besser, meinen Vorschlag zu nehmen, den Herr Schmidt wiederholt hat: Wir wählen das spätere Inkrafttreten und belassen die Höhe. Das ist auch international deutlich bemerkbar: Wir in der Bundesrepublik Deutschland haben immer noch extrem günstige Preise für die Zigaretten im Verhältnis zu Ländern wie Frankreich oder Großbritannien. Sie gehen auch wegen des Schmuggels nicht unbedingt unter.

Der zweite Punkt, an den ich erinnern möchte: Ernst zu nehmende Untersuchungen der Weltgesundheitsbehörde besagen: Wenn man einen bestimmten Schwellenwert erreicht, hat man bei jugendlichen Neueinsteigern gute Effekte. Sie werden durch den Preis abgehalten. Das ist für uns ein sehr wichtiger Punkt. Deshalb widmen wir uns auch dem Angebot der Zigarettenindustrie, den Kinderpackungen, um Jugendlichen ein preisgünstiges Angebot zu machen. Das ist schon eine Reaktion.

Dann haben wir zweierlei: zum einen das, was wir im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform verabredet haben, gemeinsam mit den Gesundheitspolitikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; diese waren, im Gegensatz zu uns, sogar der Meinung, dass man den höheren Wert nehmen sollte. Zum anderen gehen wir gesundheitspolitisch, was die Jugendlichen anbelangt, in die richtige Richtung.

Abg. Volker Kauder: Wir sagen: 1,0, 1,2, 1,2. Wollen wir angesichts dessen, was wir am Sonntag noch vorhaben, die Sache wegen 0,2 Cent in den ersten neun Monaten streitig stellen? Ich bitte Sie!

(Zuruf)

- Das bleibt dann für das Spitzengespräch. Das kann Joschka Fischer verhandeln. - Ich habe die herzliche Bitte, dass Sie jetzt überkommen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Es ist noch komplizierter, Herr Kauder! Der Vorschlag der A-Seite im Ausschuss wird hier nicht durchgängig vertreten. Wilhelm Schmidt will 1,5.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Wer spricht denn für die A-Seite?)

Ich stelle fest, wir haben ein unterschiedliches Votum.

(MP Christian Wulff (NI): Herr Kauder hörte sich schon gut an!)

Lieber Wilhelm Schmidt, die B-Seite hat festgestellt, dass wir hier unterschiedliche Voten haben. Können wir uns auf der A-Seite wenigstens auf einen Vorschlag einigen?

Abg. Joachim Poß: Man kann es offen sagen: Wilhelm Schmidt hat die Position der A-Seite vorgetragen. In der Arbeitsgruppe, die die Aufgabe hatte, Kompromisse vorzubereiten, waren nur Finanzminister und Finanzpolitiker vertreten. Die Finanzpolitik der A-Seite hat mit 1,2 einen Vorschlag entwickelt, der vom Aufkommen her eindeutig günstiger ist als der Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages. Es gibt kein Finanzministerium auf der Welt, das die Effekte anders berechnet. Aber politisch gilt das, was der Verhandlungsführer hier sagt: Gesetzesbeschluss ist Gesetzesbeschluss. Das ist die Lage für uns. Wir haben den Versuch eines Kompromisses gemacht. Mehr ist es nicht.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Wer trägt denn den Ausfall? Der Bundesfinanzminister? Die Zahlungen an die Kasse erfolgen ohnehin! An sich ist das ein finanzpolitisches Thema geworden! - Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das Aufkommen muss stimmen!)

BM Hans Eichel (BMF): Das Aufkommen muss kommen! Ich will auf eines hinweisen: Die Gefahr des Schmuggels ist groß. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union bekommen wir Billigländer an unserer Grenze. Bei der Tabaksteuer haben wir Gott sei Dank noch etwas hingekriegt. - Vielleicht macht man einmal eine kurze Auszeit.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Der Herr Bundesfinanzminister schlägt vor, eine kurze Auszeit zu machen.

(Zurufe - Abg. Ortwin Runde: Eine Zigarettenlänge!)

- Die A-Seite!

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das räumen wir morgen Früh als Erstes ab! - Gegenruf Abg. Volker Kauder: Man sollte den Finanzminister nicht so im Regen stehen lassen! Ich finde das unerträglich! - BM Hans Eichel (BMF): Ist das lieb von Ihnen! - Heiterkeit - Abg. Joachim Poß: Ihr Mitgefühl mit dem Finanzminister ist nicht zu toppen, Herr Kauder!)

- Lieber Wilhelm Schmidt, ich habe die Einschätzung, wir sollten das nicht vertagen.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das mag ja sein! Aber ich muss darüber zunächst mit anderen sprechen! Es ist nicht so einfach, wie sich manche das hier denken! - Abg. Volker Kauder: 10 Minuten Unterbrechung! Eine Zigarettenlänge! - Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das bringt nichts! Ich kriege Frau Sager nicht zur Zustimmung!)

- Jetzt wissen alle, woran es liegt. Mit Rücksicht darauf rufen wir das Thema morgen Früh wieder auf.

(MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Kann Frau Sager so schwer zu bewegen sein?)

- Nichts gegen Krista Sager! Das ist eine ganz Feine. Sie kommt aus Bremen.

Schaffen wir es noch, die Ausgangslage bei der Gewerbesteuer zu beschreiben?

Abg. Joachim Poß: Die Ausgangslage haben wir gestern Abend erörtert. Man sollte daran erinnern, dass es sich um ein Projekt handelt, das nach dem Willen von Bund und Ländern umfassend angegangen werden sollte. Deshalb gab es eine Gemeindefinanzreformkommission; daran waren Bund und Länder aller Parteifarben beteiligt. Das Ergebnis der Kommission war in der Steuerfrage - die andere Abteilung hat sich mit Hartz IV beschäftigt - eine Gewerbesteuer, Stichwort "Kommunalmodell". Nicht dieses ist Grundlage der weiteren Beschlussfassung im Deutschen Bundestag geworden, sondern eine Modifikation unter dem Begriff "Gemeindewirtschaftsteuer".

Wie im Kommunalmodell vorgesehen ist die Einbeziehung der Freiberufler. Die Messzahlen sind so ausgestaltet, dass insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen Rücksicht genommen wird. Wir hatten uns vorgenommen, für den Mittelstand, für Existenzgründer keine unzumutbaren Belastungen vorzusehen. Zu dem Bereich, in dem Gestaltungen vorgenommen werden - das Ganze wurde unter dem Aspekt der ertragsunabhängigen Bestandteile diskutiert; über diesen Begriff kann man

streiten -, haben wir in den Mehrheitsbeschluss des Bundestages die Formulierung aufgenommen: soweit es sich um verbundene Unternehmen handelt. - Das ist ein weiterer Eckpunkt.

Im ersten Jahr soll das Ganze zu einem Mehraufkommen von 2,5 Milliarden, in den Folgejahren von 3 Milliarden Euro für die Gemeinden führen. Das ist in Verbindung mit Hartz IV zu sehen, der Entlastung insbesondere derjenigen Kommunen, die durch die Kosten der Dauerarbeitslosigkeit hoch belastet sind. Nimmt man beide Elemente zusammen, soll das den Kommunen im ersten Jahr 4,9 Milliarden, in der Folgezeit 5 1/2 Milliarden Euro bringen.

Dieses Thema gehört zu den "Big Points", zu den sehr wichtigen Punkten; denn die Kommunen, die kommunalen Spitzenverbände erwarten - sie haben in den letzten Tagen in Zuschriften an uns daran erinnert -, dass sie am 1. Januar 2004 eine tragfähige Perspektive erhalten, die sie in die Lage versetzt, stärker als bisher zu investieren. Das ist auch ein ökonomisches Argument. Wenn wir alles tun wollen, um aus der Stagnation herauszukommen, zählt dazu, dass wir die Kommunen in die Lage versetzen, die nicht zu leugnende Investitionsschwäche in diesem Bereich - die Kommunen sind bekanntlich die Hauptträger der öffentlichen Investitionen - auch mit Blick auf die kleinen und mittleren Unternehmen zu überwinden. Dies ist das politische Anliegen.

Der Deutsche Städtetag und der Städte- und Gemeindebund, die von der Union dominiert werden, haben in den letzten Tagen an den Vermittlungsausschuss appelliert, bis zum 1. Januar 2004 zu einer umfassenden Gemeindefinanzreform zu kommen. Sie haben in ihrer Stellungnahme deutlich gemacht, dass ihnen ein Sofortprogramm nicht zureicht, dass sie erwarten, dass für die hohen Kosten der Dauerarbeitslosigkeit eine Lösung in ihrem Interesse gefunden wird. Das ist, kurz zusammengefasst, das, was in den letzten Tagen aus den unmittelbar betroffenen Kreisen, unabhängig von schwarz oder rot, an Erwartungen an uns gerichtet wurde.

Die Koalition, die A-Seite will diesen Erwartungen entsprechen. Deshalb haben wir im Deutschen Bundestag beschlossen, was für uns die Grundlage der weiteren Beratungen in diesem Punkt ist.

M Gerhard Stratthaus (BW): Vier Punkte dazu!

Erstens. Es sind schlicht und einfach Steuererhöhungen. Sie haben von "Mehraufkommen" gesprochen. Wenn ich an die Diskussion denke, die wir heute in anderem Zusammenhang geführt haben, als Sie uns erklärt haben, dass Steuersenkungen sein

müssten, ist es doch erstaunlich, dass man plötzlich für Steuererhöhungen ist. Darum handelt es sich unter dem Strich.

(Abg. Joachim Poß: Eine Verstetigung!)

- Nein, Sie haben von einem Mehraufkommen von 2 1/2 Milliarden Euro gesprochen. Für mich bedeutet Steuererhöhung nicht, wenn am Tarif gedreht wird, sondern wenn der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt wächst. Dies trifft bewusst den Mittelstand und die Investierenden.

Zweitens halten wir die Regelung für die Freiberufler für äußerst bedenklich. 800 000 Freiberufler werden zur Gewerbesteuer veranlagt, damit sie das Gleiche an Einkommensteuer absetzen können. Das scheint uns nur ein Zuwachs an Bürokratie zu sein.

Drittens. Die ertragsunabhängigen Bestandteile werden besteuert. Wir haben das jahrzehntelang reduziert. Wir haben es abgeschafft und darin einen Fortschritt gesehen. Sie wollen einen Rückschritt.

Viertens. Sofort wirkt nur das Sofortprogramm. Ihr Vorschlag wird frühestens nach einem Jahr oder nach eineinhalb Jahren funktionieren. Wir lehnen das ab. Wir bitten Sie, bei unserem Sofortprogramm mitzumachen. Sie kennen es: Senkung der Gewerbesteuerumlage von 28 auf 20 % und Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Mehrwertsteuer von 2,2 auf 3 % für ein Jahr.

Abg. Volker Kauder: Ich habe es Herrn Kollegen Wilhelm Schmidt schon vor einigen Tagen gesagt: Die Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuer scheidet für uns aus.

MP Peer Steinbrück (NW): Ich habe zunächst die Frage an die B-Seite, wie Sie sich die Refinanzierung der verschobenen Umsatzsteuerpunkte zu Lasten des Bundes und der Länder vorstellen. Wenn wir in eine Debatte einsteigen, interessiert mich, wie Sie - insbesondere die Länderseite - diese Problematik bewerten. Nach meinen Berechnungen bedeutet das nämlich für Nordrhein-Westfalen: Mir fehlen 400 Millionen Euro. Abgesehen davon, dass mich dieser Betrag, den wir weniger hätten, wieder über die Verfassungsgrenze katapultierte, könnte ich ihn im Augenblick nur kreditfinanzieren. Da sind wir bei einem Thema, das uns vorhin in 3-stündigen Schleifen beschäftigt hat. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Ich glaube, über die Absenkung der Gewerbesteuerumlage müssen wir uns nicht lange unterhalten. Sie ist im Gesetz der Bundesregierung ebenfalls enthalten, nämlich von - aufgerundet - 29 auf 21 %.

Meine dritte Bemerkung stelle ich aus Zeitgründen vorzeitig - ich weiß, dass man darum erst stundenlang gerungen haben muss -: Gesetzt den Fall, die A-Seite verzichtet darauf, die Freiberufler einzubeziehen, wie sähen dann Ihre Angebote insbesondere mit Blick auf eine Stabilisierung der sachlichen Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer aus? Wie sähen Ihre Beiträge aus, um die Gewerbesteuer für die Kommunen kalkulierbarer und ihre Einnahmen stetiger zu machen als bisher? Das muss nicht heute Abend beantwortet werden, aber für die weitere Diskussion wäre ich neugierig, von Ihnen zu erfahren, was Ihr Beitrag wäre, wenn darauf verzichtet würde, die Freiberufler einzubeziehen.

BM Hans Eichel (BMF): Obwohl es nicht mehr sehr viel bringt, möchte ich einen kleinen Rückblick auf das Ergebnis der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen, die wir gemeinsam abgeschlossen haben, geben.

Erstens. Zum 1. Januar nächsten Jahres soll eine umfassende Reform stattfinden. Das war absolut einvernehmlich.

Zweitens. Gegen die Vertreter der Wirtschaft war eine modernisierte Gewerbesteuer Grundlage. "Grundlage modernisierte Gewerbesteuer" war die einvernehmliche Position von Bund, Ländern, Gemeinden, Gewerkschaften usw. Nur die Wirtschaftsverbände wollten bekanntermaßen das BDI/VCI-Modell.

Dass die Freiberufler nicht einbezogen werden sollten, ist zumindest in der Kommission niemals thematisiert worden. Alle Modelle sahen eine personelle Verbreiterung der Bemessungsgrundlage vor, und zwar das Kommunalmodell die Einbeziehung der Freiberufler, das BDI/VCI-Modell die Einbeziehung aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen. Letzteres haben Kommunalpolitiker, Landespolitiker, Bundespolitiker über alle Lager hinweg abgelehnt mit dem Argument, dies sei eine Verschiebung der Steuerlast weg von der Wirtschaft hin zu den Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen. Ich will nur daran erinnern, dass dies gemeinsame Grundlage war.

Dann hat es andere Diskussionen gegeben, sogar auf dem CDU-Parteitag. Dort ist beschlossen worden, dass die Gewerbesteuer im Rahmen des Merz-Modells abgeschafft werden soll. Ich weiß nicht, ob dies genau die Beschlusslage war.

(Zurufe - Abg. Joachim Poß: Doch! Prüfauftrag!)

Es war, wie gesagt, einvernehmlich, dass es eine modernisierte Gewerbesteuer gibt. Ohne dass spezifiziert worden ist, war klar, dass die personelle und sächliche Bemessungsgrundlage verbreitert wird. Ich will ausdrücklich bestätigen: Es ging zuallererst nicht um Steuererhöhung, sondern darum, eine Verstetigung des Aufkommens zu erreichen. Allerdings haben im Zuge der Entwicklung alle gesagt - ich denke an den Beitrag von Herrn Professor Böhmer vorhin -, dass wir mehr Geld für die Kommunen bräuchten. Gleichzeitig war Beschluss für die Einsetzung der Kommission: keine Lastenverschiebung zwischen den Ebenen. Das war übrigens auf Wunsch der kommunalen Seite eingefügt worden, die befürchtete, ihr würden die Arbeitslosenhilfeempfänger hinübergeschoben.

Alle öffentlichen Haushalte sind in einer sehr schlechten Verfassung. Wie der Bundesrechnungshof sagt, ist der Bundeshaushalt in der schlechtesten Verfassung aller Haushalte - was stimmt, soweit ich es sehen kann. Deswegen habe ich zuallererst die Frage an die B-Seite, ob wirklich keine Chance besteht, auf die damals erreichte gemeinsame Beschlussgrundlage der Gemeindefinanzreformkommission zurückzukommen. Ist die Antwort Nein, würde ich direkt daran anschließen, was Kollege Steinbrück soeben gefragt hat: Wir haben uns bei den Themen "Gesellschafterfremdfinanzierung" und "Mindestgewinnbesteuerung" verständigt. Daraus ergeben sich Fragen für die Gewerbesteuer. Ich fände es vernünftig, wenn wir das, was wir dort für die Körperschaftsteuer entschieden haben, auf die Gewerbesteuer übertrügen.

Ich glaube schon, dass alle hier in der Pflicht sind, für die Kommunen etwas zu tun. Alle müssten aber auch sehen, dass man sich nichts aus den Rippen schneiden kann. Wir müssen einen Weg finden, der für Bund und Länder gangbar ist. Wir können nicht einfach sagen: Es gibt nur das Sofortprogramm. - Ein solches ist übrigens ausdrücklich ausgeschlossen worden. Zum 1. Januar sollte die grundlegende Reform kommen. Die kommunale Seite hat gesagt: kein Sofortprogramm! - Dass sie jedes Geld gerne annimmt, ist eine Sache für sich. Das ist unstreitig.

Ich bitte Sie, auf meine Frage zu antworten, ob die Chance besteht, zu einer Grundlage zu kommen, wie die Gewerbesteuer ein Stück über den heutigen Stand hinaus stabilisiert werden kann.

Letzte Bemerkung - ich habe das vorhin vergessen -: Ich muss darauf hinweisen, dass wir auf Grund des Eurowings-Urteils des EuGH rechtlich ein Problem haben. Wenn die Dauerschuldzinsen erhalten bleiben, müssen wir auch über die Leasingraten sprechen. Dieses Element möchte ich noch in die Debatte bringen.

Abg. Norbert Geis: Bei uns wird ernsthaft darüber diskutiert, ob man die Gewerbesteuer nicht abschafft. Sie führt nicht zur Verstetigung der Gemeindefinanzen; jedenfalls hat das die Vergangenheit gezeigt. Eine Erhöhung bei der Einkommensteuer mit eigenem Hebesatz und bei der Umsatzsteuer würde eher zu einer Verstetigung der Gemeindefinanzen führen. Aber das ist nicht ausdiskutiert.

Zweitens. Es sind schon viele Argumente genannt worden, warum man die Freiberufler nicht einbeziehen soll. Eines ist noch nicht genannt worden: Die Freiberufler haben durch die Honorarordnungen ein starres Korsett, das nur selten geändert wird. Das gilt für die Architekten und die Ärzte ebenso wie für die Anwälte. Für Letztere beispielsweise ist der Honorarrahmen seit 1994 nicht mehr verändert worden.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Aber praktisch hat sich ganz schön etwas verändert!)

- Ein Honorar kann nur nach der Honorarordnung geltend gemacht werden.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Es wird aber z. B. auch an den Streitwerten aufgehängt, und die steigen!)

- Das ist richtig, aber nicht in jedem Fall, z. B. bei den Strafsachen. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. - Ich will nur sagen, dass es ziemlich schwierig ist, die Freiberufler mit Gewerbetreibenden zu vergleichen. Gewerbetreibende können ihre Mehrkosten viel leichter in die Preise einbeziehen als Freiberufler. Das ist ein wichtiger Aspekt.

Drittens. Wir haben uns über die Mindestbesteuerung geeinigt. Wir hätten kein Problem, diese Lösung auf die Gewerbesteuer zu übertragen.

Viertens. Es ist nicht verständlich, weshalb Sie glauben, § 8a Körperschaftsteuergesetz auf die Gewerbesteuer/Gemeindewirtschaftsteuer übertragen zu müssen. Wir haben diese Regelung nur, weil der EuGH vor einem Jahr entschieden hat, dass sie nicht nur auf ausländische Kapitalgeber angewandt werden dürfe; wenn überhaupt, muss sie generell angewandt werden. Das ist bei der Gewerbesteuer nicht notwendig. Deswegen ist nicht einzusehen, dieselbe Unmöglichkeit zu wiederholen. Nach § 8a werden die Zinsen als verdeckter Gewinn angesehen. Sie werden wie Gewinn behandelt, können also nicht abgesetzt werden. Dieses Spiel braucht man bei der Gewerbesteuer nicht zu wiederholen. Bei § 8a sehe ich das bis zu einem gewissen Grade ein, weil es das Urteil des EuGH gibt.

Fünftens. Wie wollen Sie es rechtfertigen, dass die Leasingraten voll auf den Gewerbeertrag draufgerechnet werden? Das war in Ihrem ursprünglichen Vorschlag

nicht enthalten. Notwendig wäre, dass sie abgezogen werden, weil sie als Betriebsausgaben anzusehen sind. Ich meine, das kann man nicht machen.

Deswegen ist Ihr Vorschlag einer Gewerbesteuer/Gemeindewirtschaftsteuer nicht tragbar. Man kann ihn so nicht verabschieden. Man muss noch einmal eingehend überlegen, wie man das gesamte Feld regelt. Das geht nicht auf die Schnelle. Dass man für die Gemeinden etwas tun muss, ist wahr. Das ist auch unser Anliegen. Ob nun eine Gemeindewirtschaftsteuer oder eine Erhöhung der Einkommensteuer oder der Umsatzsteuer vorgesehen wird, ist noch nicht ausdiskutiert. Es gibt gute Vorschläge. Aber das gesamte Feld ist jetzt nicht regelbar.

Weil wir für die Gemeinden etwas tun müssen, bitten wir Sie, unser Soforthilfeprogramm - Senkung von 28 auf 20 %, Erhöhung um 0,8 auf 3 % Beteiligung; das werden Sie verkraften, Herr Steinbrück - zu unterstützen. Was Sie vorschlagen, können wir nicht annehmen.

Abg. Ortwin Runde: Herr Geis, dass das Ganze sehr plötzlich gekommen wäre, erschließt sich dem geneigten Beobachter nicht ganz, wenn man bedenkt, dass eine Kommission sehr lange getagt hat. Wir haben das leidvoll mitverfolgt. Dass diese Geschichte wie Zieten aus dem Busch - nicht aus dem herbstlichen, sondern aus dem Frühjahrsbusch - gekommen wäre, ist nun nicht der Fall.

Für mich stellen sich auch im Zusammenhang mit dem, was Herr Steinbrück und Herr Eichel gesagt haben, einige Fragen.

Gehen wir gemeinsam von der Vorstellung aus, dass wir die Kommunen um etwa 5 Milliarden gegenüber dem gegenwärtigen Stand besser stellen sollten! Unter den Gesichtspunkten Investitionskraft, Setzen von Wachstumsimpulsen an entscheidender Stelle können und sollten wir hier eine wichtige strukturpolitische Entscheidung und Maßnahme treffen.

Zweiter Punkt. Es bleiben die 2,5 Milliarden durch Hartz IV, die auf der Einnahmeseite aufzubringen sind. Herr Stratthaus, die Vorstellung war immer, sich an dem Aufkommen der Gewerbesteuer 1999/2000 zu orientieren. Damals hatte sie ein Niveau, das etwa 2 1/2 Milliarden höher lag. Insofern handelt es sich hier nicht um eine Steuererhöhung, sondern um die Herstellung einer kontinuierlichen Steuereinnahme. Für mich ist die Frage, wie man damit umgeht.

Ein Sofortprogramm oder ein Übergangsprogramm hat einen riesigen Nachteil: Es gibt keine Planungssicherheit für Investitionen in den Kommunen. Auf Grund eines Sofortprogramms Investitionen vorzunehmen ist in der Tat schwierig.

Wir haben von Herrn Geis gehört, dass eine Verschiebung zwischen den Ebenen stattfinden soll. Der Verdacht auf Seiten der Kommunen, dass solche Verschiebungen rasch rückgängig gemacht werden können, ist übergroß.

Eines kann man Ihnen nicht ersparen, Herr Geis: Der Prüfauftrag in Richtung CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bezogen auf die Abschaffung der Gewerbesteuer und Ersatz durch einen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer, hat Verteilungseffekte. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei dieser Prüfung!

(Abg. Joachim Poß: Darauf hat Herr Deimer gestern noch einmal hingewiesen!)

Insofern ist doch die Frage, ob wir hier zu einer Regelung kommen können, die die Gewerbesteuer weniger konjunkturreagibel macht, als sie gegenwärtig ist. Es sind Fragestellungen angeklungen, dass man Punkte, die wir in Korb II miteinander verabredet haben, zur Verminderung der Konjunkturreagibilität einsetzen können. Das hätte auch den großen Vorteil, dass man die Messbeträge ein Stück verändern kann. Aus meiner Sicht ist das eine attraktive Angelegenheit, was den gesamten Bereich angeht.

StM Erwin Huber (BY): Die Koalition hatte 1998 vereinbart, eine Kommission zum Thema "Gemeindefinanzreform" einzurichten. Sie hat erst 2002 gehandelt. Vier Jahre sind verstrichen.

(Abg. Joachim Poß: Weil Herr Stoiber zum Verfassungsgericht gegangen ist!)

- Ich will das nur festhalten, damit hier keine Legendenbildung stattfindet, wie man so schön sagt.

Zweitens. Das vorliegende, vom Bundestag beschlossene Gewerbesteuerrecht sieht zwei echte Steuererhöhungen vor. Herr Runde, man kann nicht sagen: Wenn die Gewinne zurückgehen, stabilisiert man das Einkommen, indem die Steuersätze erhöht werden. - Das ist natürlich eine Steuererhöhung.

(Abg. Ortwin Runde: Herr Huber, wie haben Sie denn die Körperschaftsteuerausfälle seinerzeit begründet? Mit einem Zurückgehen der Gewinne? Oder wie?)

- Das waren Gesetzesänderungen. Die Auskehrung des Eigenkapitals z. B. ist durch die Umstellung des Steuersystems bedingt.

(StM Gernot Mittler (RP): Das stimmt doch überhaupt nicht, Herr Huber!)

- Aber natürlich! - Darum geht es im Moment nicht. Es geht um die Gewerbesteuer.

Sie nehmen in zwei Punkten eine echte Steuererhöhung vor, nämlich durch die Einbeziehung der Freiberufler und durch die Verdoppelung der Zinszurechnung. Im Moment wird die Hälfte der Dauerschuldzinsen zugerechnet. Sie wollen nicht nur die Dauerschuldzinsen, sondern die vollen Zinsen zurechnen. Das sind zwei strukturelle Änderungen, die eine deutliche Ausweitung der Gewerbesteuer mit sich bringen. Das ist der Sachverhalt.

Vor drei Stunden wollten Sie uns alle davon überzeugen, wie wichtig es sei, schnell und breit zu Steuersenkungen in Deutschland zu kommen. Drei Stunden später wollen Sie uns Steuererhöhungen schmackhaft machen. Darauf hat Herr Stratthaus schon hingewiesen.

Was die Einbeziehung der Freiberufler angeht, gibt es für mich erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Sie wissen, Herr Bundesfinanzminister, dass nur ein Teil der Gewinneinkünfte einbezogen wird.

Zweitens ist die Einbeziehung der Freiberufler eine gigantische bürokratische Aufblähung. Etwa 90 % der Steuern, die hier bezahlt werden, können bei der Einkommensteuer wieder abgezogen werden. Weil Herr Steinbrück Probleme mit seinem Haushalt hat, muss er wissen, dass dies zu 42,5 % auch das Steueraufkommen der Länder, zu 42,5 % das des Bundes reduziert. Wir verlangen höhere Gewerbesteuern; das Aufkommen erhalten die Gemeinden. Sie können das von der Einkommensteuerschuld wieder abziehen. Das heißt, das Steueraufkommen des Bundes und der Länder wird dadurch in 85 % gemindert.

(Zurufe)

Dazu muss ich sagen: Welchen Sinn hat es, 780 000 Freiberufler zu einer Steuer zu veranlagen, wenn man auf der einen Seite zahlt und auf der anderen Seite wieder abzieht? Ein größerer bürokratischer Unfug ist lange nicht mehr erfunden worden. Das muss man sehr deutlich sagen.

(Abg. Ortwin Runde: Herzog'sche Kopfprämie!)

- Wenn Ihnen viel Unsinn dazu einfällt, wird dies nur bestätigt.

Die Zurechnung von Zinsen kann man überhaupt nicht erklären. Man kann natürlich sagen: Pecunia non olet. Wenn man mehr Geld braucht, kann man alles besteuern. Normalerweise wird einer Steuer der Gewinn zu Grunde gelegt. Bei der Gewerbesteuer sollen Zinsen - gleich, an wen die Zinsen bezahlt werden, ob an Gesellschafter oder die Bank -, die Betriebsausgaben sind, dem Gewinn zugerechnet werden, um einen höheren Gewerbeertrag zu haben. Das heißt, bezahlte Zinsen werden der Gewerbesteuer unterworfen. Sie lassen bei der Gewerbesteuer keinen

Zinsabzug zu. Das ist absurd. Und diese Absurdität dehnen Sie noch aus. Deshalb ist es sinnlos, diese zwei Dinge der Steuer zu unterwerfen.

Herr Bundesfinanzminister, zu der Frage, warum die Gewerbesteuerumlage in unserem Sofortprogramm und auch bei Ihnen auf 20 Prozentpunkte gesenkt werden soll, wissen Sie, dass dies die Rückgängigmachung eigentlich eines Diebstahls ist

(BM Hans Eichel (BMF): Der Bestohlene war dafür!)

- nein, nein -, den Bund und Länder gemeinsam seit vielen Jahren an den Kommunen begehen. Wir waren, wie Sie wissen, dagegen. Ihre Begründung, Herr Eichel, auch hier im Vermittlungsausschuss war: Wir werden die AfA-Sätze ändern.

(BM Hans Eichel (BMF): Das hat überhaupt nichts damit zu tun!)

- Das kann man nachlesen. - Im Zusammenhang mit der Steuerreform würden die Gemeinden die Profiteure. Sie würden Windfall Profits haben, und diese müssten abgeschöpft werden.

(BM Hans Eichel (BMF): Das ist auch nicht richtig!)

Sie haben zum einen die Windfall Profits nicht, wie man an ihrem Steueraufkommen sieht, zum anderen haben Sie die angekündigte Änderung der AfA-Sätze - ich will einmal sagen - zu Recht nicht vorgenommen.

(BM Hans Eichel (BMF): Stimmt überhaupt nicht!)

- Genau so ist es! - Damit ist das Mehraufkommen für die Gemeinden nicht eingetreten. Deshalb ist es völlig ungerechtfertigt, von den Kommunen die erhöhte Gewerbesteuerumlage zu verlangen. Das heißt, Ihre Begründung für die Erhöhung ist entfallen. Das kann alles verifiziert werden. Deshalb stimmen wir darin überein, die Gewerbesteuerumlage auf 20 % zu reduzieren.

Wir schlagen vor, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Das Sofortprogramm soll eine Gültigkeitsdauer von zwei Jahren haben.

(Abg. Joachim Poß: Ursprünglich wurde "ein Jahr" gesagt!)

Wir sind bereit, in dieser Zeit über eine Gemeindefinanzreform zu diskutieren, um dauerhaft auf sinnvolle Weise eine Verbesserung zu erreichen. Aber was vorliegt, ist eine brutale Steuererhöhung für die gesamte Breite des Mittelstandes.

Abg. Volker Kauder: Ich will Herrn Kollegen Steinbrück eine Verständnisfrage stellen; denn das, was er gesagt hat, hat mich etwas verwirrt. Er hat erklärt, das von der Union vorgelegte Sofortprogramm mit der Erhöhung des Gemeindeanteils an der

Umsatzsteuer von 2,2 auf 3 % führe zu einem Einnahmeausfall, den sein Land nicht verkraften könne mit der Folge, dass sein Haushalt die von der Verfassung gezogene Grenze überschreite. Wenn ich die Diskussion nachvollziehe, die wir vor ein paar Stunden geführt haben, dann erinnere ich mich, dass er bereit war, für das Vorziehen der Steuerreform ein Vielfaches des Betrages auszugeben, um den es jetzt geht. An dieser Stelle hat er den Einwand, dass sein Haushalt die Grenze der Verfassungsmäßigkeit dadurch überschreite, nicht gemacht. Das verstehe ich nicht. Wenn schon diese kleine Summe Ihren Haushalt verfassungswidrig macht, dann muss ich an Sie appellieren, dem Vorziehen der Steuerreform nicht zuzustimmen; denn sonst brechen Sie bewusst die Verfassung. Das kann ich nicht zusammenbringen.

Ich meine, wir brauchen über diese Frage nicht streitig zu diskutieren. Wir sind nicht bereit zuzustimmen, dass die Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht einbezogen werden. Ich nenne Ihnen ein Beispiel - man sollte sich immer die praktischen Auswirkungen ansehen -: Eine Gemeinde in meinem Wahlkreis mit 15 000 Einwohnern hat 800 Gewerbebetriebe. Davon zahlen nach der geltenden Regelung 100 Betriebe Gewerbesteuer. 80 % des Gewerbesteueraufkommens werden von zwei Betrieben erbracht; eines davon ist die örtliche Kreissparkasse. Was für eine Steuer ist das? Glauben Sie doch nicht, dass die Freiberufler in dieser Gemeinde - der Rechtsanwalt und der Arzt - wesentlich mehr verdienen als der Bäcker und der Metzger! Es ist Irrsinn zu behaupten, dadurch komme mehr Geld in die Kassen der Kommunen. Wir sind von allen guten Geistern verlassen, wenn wir mit dieser Argumentation vor die Öffentlichkeit treten.

Deswegen haben wir gesagt, dass wir die Gewerbesteuer nicht mehr in diesem Umfang haben wollen. Wir brauchen Zeit, um uns im Zusammenhang mit der Diskussion über veränderte Steuersätze und die in Aussicht genommenen Steuerreformen etwas anderes zu überlegen. Ich appelliere an Sie, etwas zu beschließen, was den Kommunen sofort Geld bringt.

Herr Finanzminister Eichel, ich habe mich bei den Finanzämtern erkundigt. Dort wurde mir gesagt: Bis alle Freiberufler zur Gewerbesteuer veranlagt sind, ist mindestens die Hälfte des Jahres vergangen.

(StM Erwin Huber (BY): 2005!)

Sie werden Einspruch einlegen. Wenn ich daran denke, wie schnell die Finanzämter arbeiten, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass es dann schneller geht. Diese Regelung spült den Gemeinden kein Geld in die Kassen. Deswegen kann ich nur sagen: Ihr Vorschlag trägt nicht. Die Gemeinden werden an der Nase herumgeführt.

Dabei machen wir nicht mit. Entweder Sie sind bereit, auf der Grundlage unseres Sofortprogramms zu argumentieren, oder die Aussichten sind trübe.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich will versuchen, allen, die irgendwann entscheiden müssen und die Verantwortung für ihre jeweiligen Haushalte tragen, sehr leidenschaftslos die Zahlen vorzutragen.

Die Senkung der Gewerbesteuerumlage im Sofortprogramm der Union bedeutet eine Verschiebung von 2,38 Milliarden Euro zu Gunsten der Gemeinden und jeweils 1,19 Milliarden Euro zu Lasten der Ländergesamtheit und des Bundes.

Die vorgesehene Verschiebung von 0,8 Umsatzsteuerpunkten belastet den Bund in Höhe von 530 Millionen Euro und die Länder in Höhe von 539 Millionen Euro.

Das heißt: Die Kommunen hätten auf diese Weise einen Zusatznutzen von 3 Milliarden 449 Millionen Euro im Jahre 2004. Die Belastung des Bundes betrüge 1 Milliarde 720 Millionen Euro, die der Länder 1 Milliarde 729 Millionen Euro.

Demgegenüber muss man wissen, dass das vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Gemeindewirtschaftsteuer Maßnahmen zur Gegenfinanzierung enthalten hat. Nach dem Beschluss zur Gemeindewirtschaftsteuer hätten alle Länder gemeinsam einen Verlust von nur 59 Millionen Euro, der Bund von 246 Millionen Euro gehabt. Die Gemeinden hätten 3 Milliarden 80 Millionen Euro gewonnen.

Diese Lücke muss man sich deutlich vor Augen führen. Insofern kann man nicht einfach sagen, dass die Senkung der Gewerbesteuerumlage auch schon in dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf enthalten sei; denn es fehlen die Maßnahmen zur Gegenfinanzierung. Die Länder hätten sonst einen Verlust von 59 Millionen Euro; so haben sie einen Verlust von 1 Milliarde 729 Millionen Euro.

BM Hans Eichel (BMF): Da mir die Logik dessen, was Sie gesagt haben, nicht einleuchtet, stelle ich eine Gegenfrage.

Das Ergebnis der Gemeindefinanzreformkommission ist von den Vertretern des Bundes, der Länder und der Kommunen einvernehmlich festgestellt worden - mit der Stimme von Herrn Faltlhauser, verehrter Herr Huber, damit hier nicht dauernd Legenden gebildet werden -: Zum 1. Januar 2004 soll eine grundlegende Reform in Kraft treten. Dabei war immer klar, dass es um eine Verbreiterung der sachlichen und der personellen Bemessungsgrundlage geht. Im Rahmen der Verbreiterung der personellen Bemessungsgrundlage ging es um die Frage, ob nur die Freiberufler

einbezogen werden sollen oder ob, wie das BDI/VCI-Modell es vorsieht, eine Ausdehnung auf alle Lohnsteuerzahler erfolgen soll. Sachlich - das ist nicht abgestimmt worden - gab es eine Fülle von Vorschlägen, angefangen beim Kommunalmodell bis hin zu Einwänden Einzelner hinsichtlich so genannter ertragsunabhängiger Elemente.

Das war gemeinsame Grundlage. Wir haben dazu einen Vorschlag gemacht, den man nicht akzeptieren muss. Aber was ist Ihr Vorschlag zur Verbreiterung der personellen und der sachlichen Bemessungsgrundlage? Dabei ging es nicht um Steuererhöhungen, sondern zuallererst um die Verstetigung des Aufkommens. Ich wiederhole: Was ist Ihr Vorschlag zur Verbreiterung der personellen und der sachlichen Bemessungsgrundlage?

(StM Erwin Huber (BY): Das Soforthilfeprogramm! Wir wollen keine Steuererhöhungen!)

- Mit dem Sofortprogramm verlassen Sie die einvernehmliche Grundlage innerhalb der Kommission.

(Zuruf des Abg. Volker Kauder)

- Herr Kauder, am Schluss mag es so sein. Nur, ich frage mich, wozu führt man solche Veranstaltungen durch, wozu bemüht man sich um ein gemeinsames Ergebnis, wenn alles das im Laufe des Verfahrens nicht mehr gelten soll? Das will ich nur festhalten.

(Abg. Volker Kauder: So ist das Leben! - Zuruf StM Erwin Huber (BY))

- Ich habe jede Kommissionssitzung selber geleitet. Herr Huber, erzählen Sie keinen Quatsch!

(Unruhe)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Keine Beleidigungen kurz vor Toresschluss!

Herr Steinbrück.

(Fortgesetzte Unruhe)

- Bitte, meine Damen und Herren, lassen Sie den Redner doch zu Wort kommen!

(Anhaltende Unruhe)

MP Peer Steinbrück (NW): Leute, wollt ihr noch zuhören oder nicht? Wir können auch ein Glas Wein trinken.

(Abg. Carl-Ludwig Thiele: Es kommt darauf an, was Sie sagen!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Bitte!

MP Peer Steinbrück (NW): Das stimmt! - Ich bin auf derselben Spur wie der Bundesfinanzminister und will versuchen, die Argumentation im Telegrammstil teilweise zu wiederholen.

Erstens. Das Sofortprogramm, das Sie anbieten, ist die teuerste Lösung für Bund und Länder.

Zweitens. Ihr Sofortprogramm bietet keinerlei strukturelle Verbesserung der Kommunalfinanzen.

Drittens. Ich bin gerne bereit, mich mit denjenigen auszutauschen, die einer Abschaffung der Gewerbesteuer gelegentlich das Wort reden, Herr Geis, suche aber krampfhaft nach Lösungen, wie die Kompensation aussehen soll. Aber Sie haben keine Kompensation. Das BDI/VCI-Modell können Sie innerhalb von drei Jahren nicht realisieren.

Es folgt eine sehr weit reichende grundsätzliche Debatte darüber, ob es richtig ist, Artikel 28 des Grundgesetzes weiter Geltung zu verschaffen, wonach den Kommunen aus wohlüberlegten Gründen eine eigene wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle zuzuordnen ist. Insofern nutzt es nichts, in eine Debatte über die Abschaffung der Gewerbesteuer einzutreten, solange nicht klar ist, welche luzide Konzeption, die dies kompensiert, dem gegenübergestellt werden kann.

Vierte Bemerkung. Herr Kauder, ich war mit Blick auf die Freiberufler schon viel weiter. - Aber Herr Kauder hört mir zum zweiten Mal nicht zu, und das ist gelegentlich ein Fehler.

(BM Hans Eichel (BMF): Ich habe ihn abgelenkt!)

- Ach so! Das ist dir gelungen? - Herr Kauder, ich war beim Thema "Freiberufler" einen Schritt weiter als Sie in Ihrem Plädoyer bezogen auf die vermeintliche Unsicherheit im Hinblick auf die Erweiterung der personellen Bemessungsgrundlage. Ich habe die Frage in den Raum gestellt - das konnten Sie vielleicht nicht mitbekommen -, wie die Angebote der B-Seite zumindest zur Verstärkung der sachlichen Bemessungsgrundlage aussähen, wenn die A-Seite auf die Einbeziehung der Freiberufler verzichtete. Diese Frage müssen Sie nicht heute Abend beantworten. Aber ich bin - ähnlich wie der Bundesfinanzminister - daran interessiert zu erfahren, wie dann für Sie ein Konstrukt der Gewerbesteuer aussehen könnte, das dem Kriterium entspricht,

den Kommunen eine verlässlichere, kalkulierbarere und stetigere Einnahmequelle zu verschaffen. Das ist der Kernpunkt. Auf diese Frage haben Sie bisher keine Antwort gegeben. Dazu würde ich im Interesse des weiteren Fortgangs der Diskussion gern etwas von Ihnen hören.

Ich hätte ebenso gern eine Antwort auf meine ersten beiden Bemerkungen, dass Ihr Sofortprogramm, das bei Bund und Ländern Löcher von erheblicher Größe aufreißt, die teuerste Variante ist und den Erwartungen der Kommunen, insbesondere der von Ihnen regierten Kommunen, keineswegs entspricht. Ich habe gestern schon darauf hinzuweisen versucht, dass es nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in anderen Ländern viele wichtige Protagonisten der CDU gibt, die dem Gesetzentwurf der Bundesregierung von seiner konzeptionellen Zielrichtung her durchaus zuneigen und Ihr Sofortprogramm als absolut unzureichend - fast könnte man sagen - disqualifizieren.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Kauder will partout das letzte Wort behalten.

Abg. Volker Kauder: Sie behalten es ohnehin; das ist auch richtig so.

Wir werden Ihre Frage beantworten. Ich bitte Sie, morgen meine Frage zu beantworten, wie es sich mit dem verfassungswidrigen Haushalt in NRW verhält.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir sind am Ende unseres heutigen Arbeitstages. Wir haben zwei sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht: Die ersten drei Stunden waren anstrengend; anschließend haben wir sehr konstruktiv zusammengearbeitet.

Morgen müssen wir uns wieder treffen. Wir haben uns um 10.30 Uhr verabredet. Wir haben nicht viel Zeit, etwa bis 13 Uhr. Ich bitte alle, die sich auf die morgige Sitzung konzentrieren, keine Grundsatzdebatte wie heute zu führen. Das ist innerhalb von 2 1/2 Stunden nicht möglich, wenn man noch konkret werden will. Jeder, der morgen ins Grundsätzliche geht, wird vor die Tür gejagt. Alles das, was wir inzwischen "eingesammelt" haben, müssen wir morgen zusammentragen, sichten, abschichten und Herrn Schmitt übergeben, damit die Arbeit vorangeht. Wenn wir dann noch ein bisschen Zeit haben, müssen wir uns auf Sonntag einstimmen. - Ich höre, Sie sind ganz dicht beieinander, Herr Koch.

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Schlafen Sie gut!

Unseren guten Mitarbeitern, besonders den beiden Stenografen, danke ich sehr herzlich, dass sie eine Nachtschicht eingelegt haben.

Gute Nacht! - Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 23.06 Uhr)

Beginn: 12.05 Uhr

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle sehr herzlich.

Wir haben ein riesiges Arbeitsprogramm vor uns. Ich wünsche uns allen, dass wir es bewältigen, dabei aber auch auf unsere Gesundheit achten. Darum müssen wir uns am Anfang über das Prozedere verständigen, auch damit Sie sich auf Termine einrichten können.

Zunächst zu den Formalia: Mitgliederwechsel gibt es nicht.

Die Geschäftsstelle stellt jetzt die Anwesenheit fest.

(Feststellung der Anwesenheit)

Wir müssen uns über die Tagesordnung verständigen. Ich schlage vor, dass wir mit bescheidenen Projekten anfangen, nämlich mit dem Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten und dem Gesetz zur Änderung des Verfütterungsverbotsgesetzes.

Danach müssen wir uns darüber verständigen, wie wir mit den beiden großen Paketen verfahren. Herr Stratthaus, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe "Steuern", hat mir heute Morgen telefonisch mitgeteilt, er habe große Schwierigkeiten, vor 14 Uhr zu kommen. Wir sollten daher mit dem Bereich Arbeitsmarkt und der Handwerksordnung beginnen. Könnten Sie sich damit anfreunden? - Sie sind einverstanden.

Zum Verfahren: Nach meiner Einschätzung schaffen wir es nicht, heute alles unter Dach und Fach zu bringen. Wir sortieren, was strittig ist, was weniger strittig ist, was man abschichten könnte. Wir sollten die Arbeit, die in den Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen geleistet worden ist, umfassend einbeziehen. Irgendwann müssen wir sicherlich unterbrechen, um morgen weiterzutagen. Einige Kollegen haben morgen Landtagssitzung und müssen ihren Haushalt vertreten. Wir sollten daher möglichst bald klären, ob wir unsere Sitzung nicht morgen Nachmittag fortsetzen.

(MP Peter Müller (SL): Ich müsste meinen Haushalt heute im Landtag vertreten und habe mit den Kollegen der Opposition Pairing vereinbaren können! Da die Haushaltsdebatte morgen fortgesetzt wird, hätte ich ein Problem, wenn in Saarbrücken die Botschaft ist: "Die vermitteln gar nicht"! - Weitere Zurufe)

- Wenn wir uns wirklich auf mehrere Tage einrichten, um ein großes Paket zu schnüren, ist es nicht sinnvoll, zufällige Mehrheiten zu nutzen, weil Kollegen nicht anwesend sein können. Wir sollten das nicht kaltschnäuzig nutzen.

(Abg. Volker Kauder: Das haben wir noch nie getan!)

MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Herr Vorsitzender, in Ihrer letzten Aussage gebe ich Ihnen gerne Recht. Nach meiner Information müssen die Kollegen aus dem Bundestag morgen Vormittag wegen einer wichtigen Sache im Bundestag sein. Bei mir zu Hause wird morgen der Haushalt in den Landtag eingebracht. Deswegen will ich morgen bis etwa 13 Uhr dort sein. Ich könnte also gegen 15 Uhr wieder hier sein. Das ist eine inoffizielle Vorabsprache für die Gestaltung des morgigen Tages. Ich wäre dankbar, wenn es ungefähr dabei bleiben könnte.

(Abg. Ludwig Stiegler: Das würde passen!)

MP Matthias Platzeck (BB): Ich schließe nahtlos an: Auch ich wäre dankbar, wenn wir uns heute über die zeitliche Struktur der nächsten drei Tage verständigten. Mir geht es wie den Kollegen Müller und Böhmer: Auch ich habe drei Tage Landtag. Ich habe ebenfalls zugesagt, wenigstens morgen Vormittag anwesend zu sein. Es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn ich bei der Lesung des Haushalts nicht da wäre.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Die Tendenz, dass wir unsere Sitzung morgen Nachmittag fortsetzen, ist bei uns stark ausgeprägt. Im Bundestag gibt es eine Regierungserklärung zum europäischen Gipfel - auch wenn daran nicht jeder teilnehmen müsste. Andererseits haben wir dann die Antisemitismusdebatte, die von besonderer Bedeutung ist. Ich meine aber wie der Vorsitzende, dass der Vormittag genutzt werden könnte, um das eine oder andere in Gruppengesprächen zu vertiefen oder zu klären. Ich plädiere daher dafür, um 16 Uhr zu beginnen. Unsere Seite würde sich drei Stunden vorher zur Vorbesprechung treffen.

Abg. Volker Kauder: Ich stimme dem zu, was Kollege Wilhelm Schmidt gesagt hat. Im Bundestag findet morgen Vormittag auch eine namentliche Abstimmung statt. Wir sollten den Beginn der Sitzung des Vermittlungsausschusses auf 16 Uhr festlegen. Die Vorbesprechung unserer Seite beginnt dann um 14 Uhr. Der Vormittag sollte dazu

genutzt werden, das eine oder andere Gespräch zu führen. Da wird vermittelt, Herr Ministerpräsident Müller!

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das sieht nach Mehrheit aus, lieber Peter Müller. Okay? - Dann reizen wir heute unsere Kräfte aus, und irgendwann heute Nacht unterbrechen wir, um morgen um 16 Uhr wieder zusammenzukommen. Sie müssen sich aber wieder auf eine lange Sitzung einrichten. Sie kann bis in die Puppen gehen.

(Abg. Volker Kauder: Kommen wir am Freitag noch zusammen?)

- Das ist die Frage. Es hat Überlegungen gegeben, ob es klug ist, ein anstrengendes Termintableau aufzumachen, oder ob wir uns nicht selbst ein bisschen unter Druck setzen sollten. Wir brauchen am Montag oder Dienstag allemal noch eine Sitzung, um die Nacharbeit zu leisten; denn die Fehlergefahr ist gigantisch. Wenn Sie sich darauf heute schon verständigen wollen, mache ich das gerne mit. Herr Peiner hat vorher sogar angeboten, am Sonntag zu tagen. Wir müssen aber doch nicht die gesamte Zeit dazwischen ausnutzen, sondern sollten sie nur hilfsweise vorsehen. Lassen Sie uns morgen gucken, was wir zu Stande gebracht haben, und dann den Rücklauf dessen, was die Administration erarbeitet hat, abwarten! Herr Schmitt von der Geschäftsstelle hat mich richtiggehend angefleht zu bedenken, wie gefährlich es sei, dass wir in die Gesetze Fehler stricken, weil das Paket sehr umfangreich ist. Er bittet darum, dass rechtzeitig ausformulierte Texte abgeliefert werden. Wenn wir alles auf den letzten Augenblick schieben, befassen wir wahrscheinlich die Gerichte und machen Anwaltssozietäten reich, helfen aber nicht den Bürgern.

Abg. Volker Kauder: Ich bin damit einverstanden. Heute und morgen wird auf jeden Fall getagt, und für den Fall der Fälle brauchen wir eine gewisse Perspektive. Ich muss auch den Mitarbeitern sagen, ob sie über das Wochenende bleiben müssen. Mein Vorschlag wäre, am Montag ab Nachmittag bis in die Puppen zu tagen und notfalls den Dienstag zu nutzen, aber nicht uns auf den Dienstag zu konzentrieren. Ich möchte nicht gerne den Mitarbeitern sagen, sie müssten am Wochenende zur Verfügung stehen, und hier geschieht nichts. Ich möchte deswegen wissen, ob für Samstag und Sonntag etwas geplant ist. Ich habe mit Kollegen Wilhelm Schmidt schon ein bisschen darüber gesprochen. Ich weiß jetzt nicht, was in Ihrer Vorbesprechung herausgekommen ist.

Abg. Joachim Hörster: Aus der Erfahrung früherer Jahre würde ich dafür plädieren, dass wir uns ein Limit setzen. Die Probleme liegen auf dem Tisch, die

Positionen sind klar. Es muss im Detail darüber gesprochen werden, wo man sich bewegen könnte. Das wird eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Aber ich rate dringend dazu, so abzuschließen, dass am Montag - untechnisch gesagt - eine Bereinigungssitzung durchgeführt werden kann. Die Administration braucht Zeit. Die Ministerien müssen Kompromisse, wenn es welche gibt, in Texte umsetzen. Landesministerien müssen beteiligt werden, um sie gegenzuchecken; das braucht Zeit. Dann brauchen wir sicherlich eine formale Sitzung, um eine konkrete Vorlage, die nicht aus politischen Beschlüssen, sondern aus Gesetzestext besteht, abzustimmen. Als Vorsitzender würde ich nichts unterschreiben, wenn ich nicht ausreichend Vorlauf gehabt hätte, dass alles ordentlich nachgeprüft ist.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich denke, das Prozedere ist durchaus richtig beschrieben worden: Am Montag müssen wir die letzten Entscheidungen treffen können. Vieles muss dann schon so auf den Weg gebracht sein, dass es möglicherweise erledigt ist. Ich schließe deswegen nicht aus, dass wir den Freitag und Teile des Wochenendes brauchen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir Donnerstagnacht auseinander gehen und am Montag wieder zusammentreffen; denn ich befürchte, dass über das Wochenende ein Mediengetöse stattfindet, weil man sich mit unseren Halbergebnissen auseinander setzt, so dass wir am Montag möglicherweise wieder von vorne anfangen müssten. Ich will das so zuspitzen. Auch so etwas muss uns bewegen. Ich halte die Materien für so umfangreich und kompliziert, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass wir mit dem heutigen und dem morgigen Tag auskommen. Ich bitte daher darum, Freitag offen zu halten und dann zu entscheiden, ob wir am Wochenende, z. B. am Sonntag, noch eine Sitzung brauchen. Anders wird es nicht gehen.

StM Erwin Huber (BY): Für die technische Umsetzung möchte ich zu bedenken geben: Die Bundesratsseite muss Landesministerien beteiligen. Dazu brauchen wir wohl den Montag. Wenn es am späten Nachmittag des Freitags zu Texten kommt, die von Bundesministerien gemacht worden sind, müssen diese in den Landesministerien gelesen werden. Wir können hier keine Gesetzestexte formulieren. Der Montag wäre eigentlich die geeignete Arbeitsphase für die Administration. Deshalb spräche vieles dafür, am Dienstag hier die Endredaktion zu machen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir sind uns einig: Wir tagen heute so lange, wie die Kräfte reichen, morgen ab Nachmittag. Herr Kauder hat Recht, Herr

Huber: Wir brauchen eine Reserve, falls wir uns verhaken. Es käme also möglicherweise Montagnachmittag oder -abend hinzu. Die Zeit dazwischen - das war eine Drohung von Wilhelm Schmidt - sollten wir nicht völlig aus der Hand geben. Das kann man doch offen halten.

MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Erfahrungsgemäß kann man vereinbarte Termine leichter absagen, als einen zusätzlichen Termin hineinbasteln - auch was die Mitarbeiter betrifft. Wir sollten sagen: heute open end, morgen ab 16 Uhr open end, Freitag nicht mehr als einen halben Tag; denn zwischendurch müssen sich die beiden Seiten zur Meinungsbildung treffen. Meinetwegen kann man für Sonnabend oder Sonntag einen Termin reservieren; ob er in Anspruch genommen wird, sollten wir spätestens am Freitag entscheiden. Die Mitarbeiter in den Ministerien brauchen Zeit. Montag um 16 Uhr müssten sie eigentlich etwas vorlegen können. Am Dienstag findet in fast allen Ländern die letzte Kabinettsitzung vor Weihnachten statt. Wir haben einige andere Verpflichtungen, die man bedenken sollte. Manche haben zu Hause eine Koalition, in der sie vielleicht für unsere heroischen Beschlüsse hier erst werben müssen. Daher sollte man auf alle Fälle den Dienstagvormittag reservieren. Wir sollten Montag 15 oder 16 Uhr mit open end vereinbaren. Mir fällt nichts ein, was dann noch zu besprechen wäre. Durch unendliches Hinausziehen wird nichts besser. Wenn wir diese Termine durchgeführt haben, wissen wir, ob wir es packen oder nicht.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das war eine wunderbare Zusammenfassung unserer Möglichkeiten. Können wir uns darauf verständigen, was Herr Böhmer soeben beschrieben hat? - Ja. Danke sehr, Herr Böhmer. Wir haben eine Struktur.

> (MP Roland Koch (HE): Was bedeutet das für Freitag, wenn die Föderalismuskommission tagt? Vormittag, Nachmittag oder Abend, worauf muss man sich einrichten? - Abg. Volker Kauder: Die Föderalismuskommission dürfen wir nicht gefährden! Ich bin deswegen für Freitagvormittag mit Fortsetzung notfalls am Montag! - MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Um wie viel Uhr? - Abg. Volker Kauder: 9 Uhr!)

Wir nehmen uns das vor und sagen ab, wenn Termine nicht gebraucht werden. Wir beginnen am Freitag um 10 Uhr, damit wir nicht mit der Kommissionssitzung kollidieren, die um 15 Uhr anfängt.

Ich rufe als Erstes Tagesordnungspunkt III.3 auf:

> Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten

Es hat eine informelle Arbeitsgruppe gegeben. Darüber berichtet Herr Staatssekretär Müller.

StS Alexander Müller (BMVEL): Die informelle Arbeitsgruppe hat, um mich kurz zu fassen, zu allen drei Punkten, zu denen der Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen hatte, sowohl zwischen A- und B-Ländern als auch zwischen Regierungskoalition und Oppositionsparteien Einvernehmen erzielt. Ich bin gerne bereit, die Einzelheiten zu erläutern.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Nachdem Einvernehmen erzielt worden ist, schlage ich vor, dass man uns das Ergebnis aufschreibt und den Text ins Prozedere gibt.

> (Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Der Text liegt vor! Wir können abstimmen!)

Haben alle den Text? - Können wir darüber abstimmen?

Abg. Volker Kauder: Ich bin damit einverstanden, dass wir über das Gesetz abstimmen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich?

Wir haben einen einstimmigen Beschluss gefasst.

Als Berichterstatter werden benannt:

Abg. Michael Müller (Düsseldorf) im Bundestag

M Rudolf Köberle (BW) im Bundesrat

Wir haben den ersten Punkt geschafft. Wunderbar!

(MP Peer Steinbrück (NW): Wir gehen schon mal vor die Presse! - Heiterkeit)

M'n Sigrid Keler (MV): Herr Vorsitzender, ich habe die Frage, ob das Rauchen eingeschränkt oder ganz verboten werden könnte. Wenn wir heute den ganzen Tag hier sitzen, ist das für die Nichtraucher nicht auszuhalten. Ich bitte die Raucher, Rücksicht zu nehmen.

(Vereinzelt Beifall - Abg. Volker Kauder: Wir wollen die Krankenkasse und den Eichel unterstützen!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich bin befangen, weil ich chronischer Nichtraucher bin. Haben Sie Nichtrauchbeschlüsse schon öfter gefasst?

(Abg. Volker Kauder: Noch nie! - Abg. Joachim Hörster: Wir halten uns zurück!)

Herzliche Bitte: die Zigarren draußen rauchen!

Ich rufe als Nächstes Tagesordnungspunkt III.4 auf:

Erstes Gesetz zur Änderung des Verfütterungsverbotsgesetzes

Herr Müller, hier hat es offenbar nicht so gut geklappt.

StS Alexander Müller (BMVEL): Leider kann ich hierzu keinen Vollzug melden. Es hat sich ebenfalls eine informelle Arbeitsgruppe getroffen, aber keine Einigung erzielt. Eine solche ist nach verschiedenen Telefongesprächen auch nicht in Sicht. Ich will kurz den Sachstand darlegen.

Es geht bei diesem Gesetz nur um die Übertragung bereits geltenden europäischen Rechtes. Weder der Bundestag noch der Bundesrat hat die Kompetenz, dieses Recht zu ändern. Wir wollen nur festlegen, dass es in das deutsche Gesetzbuch geschrieben wird. Es geht um eine Art Rechtsbereinigung.

Ein Anrufungsgrund war, dass bei künftigen Änderungen die Zustimmung des Bundesrates erforderlich sein soll. Von Seiten des Bundes wird davon ausgegangen, dass unmittelbar wirkendes europäisches Recht ohne Zustimmung des Bundesrates in deutsches Recht umgesetzt wird.

Vielfältige Einigungsversuche haben zu keinem Ergebnis geführt. Ich bin gebeten worden, dies in die Föderalismusreformkommission einzubringen. Da hier keine Kompetenzen des Bundes und der Länder gegeben sind, aber Verfahrensschritte streitig verhandelt werden können, wäre dies ein Beispiel für die Kommission.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Herr Vorsitzender, ich bitte darum, über die Bestätigung des Gesetzes abzustimmen und die Nichteinigung festzustellen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wer ist dafür? - 15 Stimmen. Wer ist dagegen? - 15 Stimmen.

Der Antrag ist abgelehnt.

Das Gesetz wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen.

Tagesordnungspunkt III.5:

Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

Tagesordnungspunkt III.6:

Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

Ich habe mir sagen lassen, Herr Kauder hätte diese Gesetze gerne am Ende der Sitzung behandelt, weil wir sonst großen Beratungsaufwand hätten.

Abg. Volker Kauder: Damit es keine Missverständnisse gibt: Ich bitte darum, über beide Gesetze am Ende des Vermittlungsverfahrens abzustimmen. Ich sichere Herrn Kollegen Schmidt zu, dass sie bis zum 19. Dezember noch ihren Weg nehmen können.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Dann verfahren wir, wie von den beiden vorbesprochen.

Tagesordnungspunkte:

I.1. Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen

I.2. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

I.3. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch

I.4. Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2004 - HBeglG 2004)

I.5. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit

I.6. Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz

I.7. Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerreformgesetz - GewStRefG)

II. Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt

III.1. Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

III.2. Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze

III.7. Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften

Mit Rücksicht auf Herrn Stratthaus sollten wir nicht mit dem Paket "Steuern und Haushalt", sondern mit dem Paket "Arbeitsmarkt" anfangen. Dazu gab es zwei Arbeitsgruppen. Ich habe mir sagen lassen, Herr Kauder, dass es bei der Handwerksordnung Einigungschancen gibt. Ich würde deshalb diese komplizierte Runde gerne mit etwas Positivem beginnen.

Abg. Volker Kauder: Ich bitte darum, mit dem Bericht der Arbeitsgruppe "Arbeitsmarkt, Soziales" anzufangen und darüber zu diskutieren. Dann kann man auch über die Handwerksordnung etwas sagen. Es kann sein, dass wir relativ bald unter-

brechen müssen, je nachdem, was von der Bundesregierung vorgeschlagen wird. Sonst könnte es sein, dass wir eine lange Diskussion über die Handwerksordnung führen, was gar nicht notwendig ist. Ich schlage also vor, dass die beiden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Bericht erstatten und wir über das Megathema "Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe" miteinander sprechen. Die Handwerksordnung kann dann obendrauf gepackt werden.

Abg. Ludwig Stiegler: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die Arbeitsgruppe "Arbeit und Wirtschaft" des Vermittlungsausschusses hat sich im Schwerpunkt mit Hartz III und Hartz IV befasst und die unterschiedlichen Auffassungen zu dem Arbeitrechtsgesetz ausgetauscht. Wir sollten uns in der ersten Runde mit diesen Schwerpunkten auseinander setzen.

Bei Hartz IV - einem zustimmungsbedürftigen Gesetz; die übrigen Gesetze sind nicht zustimmungsbedürftig - geht es um eine Grundentscheidung.

Die A-Seite hat ursprünglich vorgeschlagen, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in der Verantwortung der Bundesanstalt verbleibe, dort neu geordnet werde und die dafür erforderlichen Finanzmittel, die darüber hinausgehen, was der Bund zusätzlich leistet, durch die Übertragung von Mehrwertsteuerpunkten von den Ländern auf den Bund erschlossen werden. Es ist erwartet worden, dass sich die Länder mit den Kommunen über die lokale Verteilung auseinander setzen.

Bei der Diskussion in der Arbeitsgruppe hat sich herausgestellt, dass die Länder zu einer großen Übertragung von Umsatzsteuerpunkten nicht bereit sind. Deshalb haben wir vorgeschlagen, die Leistungen zu teilen, indem eine Jobagentur gegründet wird, die für den Bürger nach außen als One-stop-Shop - mit einem Gesicht - auftritt und im Innenverhältnis die Leistungen zwischen Bund und Kommunen teilt: Der Bund übernimmt die Kosten des Unterhalts, die Kommunen übernehmen die Kosten der Wohnung und der Heizung sowie die Kosten für die Betreuung von besonders Schwachen, Kranken und Überschuldeten auf dem Arbeitsmarkt. Das würde bedeuten, dass, auf Bundesebene gerechnet, per saldo der vom Bund beabsichtigte Entlastungsanteil dargestellt werden kann. Indes ist die lokale und regionale Verteilung noch nicht so, dass man das Erstergebnis akzeptieren kann. Deshalb hat die A-Seite in einem zweiten Schritt vorgeschlagen, durch bestimmte Transfermechanismen einen Belastungsausgleich zwischen Ost und West und auch innerhalb der Länder und der Stadtstaaten herzustellen. Das ist streitig geblieben.

Hauptpunkt der B-Seite war zunächst: Wie organisieren wir die gleiche Augenhöhe zwischen Bundesanstalt und Kommunen? Ursprünglich war klar: Die Federführung liegt bei der Bundesanstalt. Die B-Seite hat verlangt, dass die Kommunen auf gleicher Augenhöhe stehen. Wir haben vorgeschlagen, dass sich Bundesanstalt und Kommunen in einer Arbeitsgemeinschaft nach SGB X zusammentun, auf gleicher Augenhöhe arbeiten und die Geschäftsführung im Einvernehmen bestellen. Sie sollen auch ein Budget erhalten, das sie gemeinsam verwalten.

Dazu kam nach unserer Wahrnehmung eine Änderung in der Position der B-Seite. Sie schlug vor: Gebt die gesamte Veranstaltung auf die Ebene der Länder mit dem entsprechenden Kostenanteil! Jeder Aufwand, den der Bund bisher dafür hatte, sollte den Ländern in Form von Umsatzsteuerpunkten erstattet werden. Die Länder würden sich dann mit den Kommunen auseinander setzen, wie das Ganze finanziell und organisatorisch bewältigt wird.

Wir haben also zwischen A- und B-Seite zwei Modelle: Dasjenige der A-Seite will, dass sich Kommunen und Bundesanstalt um die Langzeitarbeitslosen auf gleicher Augenhöhe in den Jobanstalten vor Ort kümmern. Das Modell, das Herr Koch für die B-Seite vorgeschlagen hat, ist: Übertragt das Ganze auf die Kommunen; denn sie können es lokal besser, wir regeln die Finanzierung!

Über Randfragen, wie die Zukunft der Bundesanstalt, ist nur kursorisch gesprochen worden, indem Herr Koch zugesagt hat, dass sie für vier Jahre durch die kommunale Arbeitsvermittlung noch beschäftigt werde. Über die fernere Zukunft ist nichts gesagt worden. Die A-Seite ist aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht bereit, der Kommunalisierung zuzustimmen, weil wir davon ausgehen, dass der Bund als Verantwortlicher für Konjunktur und Finanzpolitik sowie für die von der B-Seite oft beschworenen rechtlichen Rahmenbedingungen immer im Zentrum der arbeitsmarktpolitischen Diskussion stehen wird, dass die lokale Arbeitsvermittlung mit den Problemen der überregionalen Vermittlung nicht so leicht fertig wird wie die überregional angelegte Bundesanstalt für Arbeit und dass wir auf diese Weise eine Zersplitterung erreichten. Es ist auch lange über Drehtüreffekte diskutiert worden; damit will ich Sie nicht behelligen.

Jetzt ist die Grundentscheidung zu treffen: Wird die Aufgabe bei Bundesanstalt und Kommunen auf gleicher Augenhöhe angelegt, oder wird sie den Kommunen übertragen? Bei der Finanzierung haben wir dieselben Probleme wie Sie. Sie sind nicht bereit, 7 Punkte auf den Bund zu übertragen, der Bund ist nicht davon begeistert, 14 oder 14 1/2 Punkte auf die Länder zu übertragen.

Hinzu kommt, dass das B-Modell einer Grundgesetzänderung bedürfte, wobei die Fragen des Finanzausgleichs geklärt werden müssten. Die Fragen hinter der Vordertür mit den unterschiedlichen Wirkungen auf die jeweiligen finanziellen Ebenen sind dann hoch komplex. Die erste Entscheidung, die wir zu treffen haben, ist: Welches Modell gilt? Wer ist Träger? Gilt unser modifiziertes Modell - zur Diskussion steht nicht mehr das ursprüngliche Regierungsmodell -, das die Kommunen auf gleicher Augenhöhe einbindet, oder das Modell der B-Seite der Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit und allen Folgen der unterschiedlichen Belastungen, die es in den einzelnen Regionen gibt?

In einer zweiten Frage sind wir uns - wieder springend im System von SGB III - näher gekommen. Die Landesarbeitsämter sollten nach der ursprünglichen Intention mehr oder weniger zur Disposition gestellt werden und in die Verfügungsgewalt des Vorstandes kommen. Wir haben uns in den Diskussionen in der Arbeitsgruppe darauf verständigt, dass die Mittelbehörden - wie immer sie später heißen - auf jeden Fall so ausgestattet werden, dass die Länder sie mit Arbeitsmarktaufgaben betrauen können und sie auch rechtlich in der Lage sind, sich gegenüber den Jobanstalten vor Ort durchzusetzen, nicht etwa durch die Generalpolitik der Bundesanstalt überlagert werden. Wir haben zweitens klargestellt, dass die Länder nicht bestellen können, und der Bund bezahlt. Das sind die beiden Brandmauern, die wir eingezogen haben, weil die Versuchungen vorhanden waren.

Dies sind die wesentlichen Punkte. Es gibt eine Fülle von Details, die nicht sehr umstritten waren. Deshalb sollten wir in einer ersten Runde entscheiden: Wer übernimmt die Aufgabe? Wir erklären: Sobald klar ist, wer es macht, ist über die Frage etwaiger Veränderungen bei dem Thema "Zumutbarkeit" und bei dem Thema "Arbeitsrecht" zu sprechen. Das ist hier auch angekündigt worden. Die Arbeitsgruppe hat sich damit, außer dass Positionen ausgetauscht worden sind, nicht befasst, weil die Grundentscheidung offen ist und wir uns nur dann in der Lage sehen, über Zugeständnisse an anderer Stelle zu sprechen, wenn das Grundmodell unserem modifizierten Bundesmodell insgesamt entspricht.

Fragen wie Niedriglohn und Zuzahlung sind in einer zweiten Runde zu klären. Wenn der Baum steht, können wir über die Äste und über die Kugeln, die an den Baum gehängt werden, im Einzelnen reden.

MP Roland Koch (HE): Ich halte es für richtig, dass wir uns auf diesen Themenkomplex zunächst konzentrieren.

Aus der Sicht der B-Seite ist die Sache ein wenig komplizierter, weil wir in der Schlusskonsequenz dessen, was Herr Kollege Stiegler dargelegt hat, unterschiedlicher Auffassung sind, ob es derzeit eine nachvollziehbare Finanzierung für Hartz IV gibt. Die Finanzierung muss man kennen, bevor man Alternativen abwägt. Der Weg bis zu dem Punkt, den Herr Stiegler beschrieben hat, ist unstreitig - nicht bei der Umsatzsteuer. Wir beharren bei der Diskussion über die Unterbringungskosten. Es gab zwei Ausgleichsprobleme, nämlich zwischen Ost und West sowie zwischen Flächenstaaten und Stadtstaaten, die im System nicht lösbar sind.

Um allen Beteiligten eine Vorstellung zu geben: Viele hier haben über den Länderfinanzausgleich verhandelt und wissen, dass wir uns gegenseitig Korridore von 12 DM - 6 Euro - pro Einwohner als Abweichung zugestanden haben. Im Augenblick geht die Abweichung bis zu 186 Euro. Das heißt, es gibt sehr große Spannungen, die man nicht einfach ausgleichen kann.

Die Bundesregierung - Herr Staatssekretär Diller - hat in der letzten Phase gesagt, dass sich die möglichen Abweichungen aus dem Länderfinanzausgleichsgesetz oder dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgleichen ließen, da das Problem temporärer Natur sei. Wir haben darum gebeten, dass uns Gesetzestexte, Entwürfe und Berechnungen vorgelegt werden, wie sich das Modell, das Herr Stiegler dargelegt hat, in der Realität abbildet.

Das letzte Ergebnis war, Herr Stiegler, dass Herr Kollege Clement am Sonntag gesagt hat, das sei derzeit nicht vorzulegen. Vielmehr solle in der Arbeitsgruppe "Finanzen" im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzreform über einen Ausgleich diskutiert werden; denn rein systemisch sei er in der engen Verbindung mit Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht glatt darstellbar. Das ist ein erheblicher Unterschied, wie wir meinen. Es ist keine klassische A/B-Frage, dass wir schon im Verhältnis zu den Kommunen eine nachvollziehbare Abwicklung der Finanzierung der Langzeitarbeitslosigkeit brauchen. Sonst wird uns nach wenigen Tagen vorgeworfen, dass die Länder auf Grund eines Verrechnungssystems Geld erhalten hätten, dieses aber nicht angekommen sei. Die Mittelströme für die kommunale Aufgabe und die Bundesmittel, die durchgeleitet werden, müssen darstellbar sein. Das ist zurzeit nicht der Fall. Dafür liegt kein Modell auf dem Tisch. Das ist relativ bedeutend, bevor man die Alternative klärt. Es liegt nichts auf dem Tisch, über das wir sowohl im Hinblick auf die Verteilung als auch auf die Gesetzessystematik detailliert sprechen könnten. Deshalb ist wichtig, ob sich der Vermittlungsausschuss damit zufrieden gibt, dass dieser Aspekt später mit der Gemeindefinanzreform geregelt wird und wir heute nur über die Trägerschaft sprechen, oder ob wir erst einmal klären wollen, wie wir das, was wir bestellen - egal, wer bestellt -, finanzieren.

Zweiter Punkt! Die Trägerschaft ist eine grundsätzliche inhaltliche Frage. Beide Seiten sind wahrscheinlich auf dem Weg, die Modelle einander anzunähern. Es ist nicht zu bestreiten, dass die kommunale Einbindung mehr als ein Befehl der Mitwirkung ist, wie er im Gesetz steht. Das belegen die Vorschläge der Bundesregierung und der A-Seite. Allerdings gibt es am Ende, wenn es materiell schwierig wird, immer ein Direktionsrecht des BMWA, mit Ausnahme des Geschäftsführers einer solchen gemeinschaftlichen Einheit. Dort würde das Durchgriffsrecht des Bundes, das ansonsten besteht, durch eine jährlich abwechselnde Geschäftsführung ersetzt, die im Streitfall im ersten Jahr durch Los bestimmt wird.

Nach unserer Vorstellung muss eine Agentur Märkte für Arbeitskräfte öffnen und Strategien für Beschäftigungsstrukturen auch im gemeinnützigen Bereich und im Bereich dessen, was bisher Beschäftigungsfirmen tun, entwickeln. Ein jährlicher Wechsel, wenn man streitet, ist nicht sinnvoll. Das ist aber ein gutes Beispiel dafür, unser Problem zu beschreiben: Wer die Kompetenz in der Mitte belässt, schafft eine organisierte Nichtverantwortlichkeit. Man kann dem anderen immer entgegenhalten: Wenn ich es hätte weitermachen können, wäre es gegangen! - Aber das unterliegt dem Prinzip, das die Bundesregierung vertritt: Sie wünscht die Letztverantwortung, sie will den Hut aufhaben. Wir sind aus Gründen, über die lange diskutiert worden ist, der Auffassung, dass die Kompetenz derjenigen, die sich bisher in den alten Bundesländern - im Vergleich zu den neuen Bundesländern überwiegt hier die Zahl der Sozialhilfeempfänger; darauf komme ich gleich zurück - sehr intensiv mit dem Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit beschäftigt haben, sowie die regionale Differenzierung genutzt werden sollten, um eine Eigenverantwortlichkeit zu schaffen.

Dann muss man aber wieder die Frage stellen, was mit der Bundesagentur für Arbeit geschieht. Wir haben eine Regelung - ein Bestellermodell - gefunden und eine Gesetzesformulierung präsentiert; sie liegt vor. Wir gehen davon aus, dass die Kommunen Dienstleistungsverträge mit der Bundesagentur für Arbeit abschließen, die im Extremfall für eine beliebige Zahl von Jahren gelten, mindestens sollen es vier Jahre sein; es geht um die Kontrahierungspflicht. Die Aufgaben sollen in dem von den Kommunen gewünschten Umfang von den derzeitigen Dienststellen weiterhin wahrgenommen werden, allerdings nach den Finanzierungsregeln und den Leitlinien des kommunalen Verbundes. Das würde sicherlich auch in den neuen Bundesländern den Übergang sehr erleichtern. Es müssten nicht Arbeitskapazitäten neu aufgebaut werden, die bürokratischen Grundstrukturen sind vorhanden. Letztlich geht es um die Festsetzung von Zielvereinbarungen. Das hätte selbstverständlich zur Folge, dass die Bindung mit der Bundesagentur für Arbeit längerfristig sein müsste. Es kann nicht

jeden Monat bestellt und wieder abbestellt werden. Die Zahl der Jahre ist frei verhandelbar.

Die Ausgangsmodelle sind EGG und Hartz IV. Beide Seiten können sich zugestehen, dass wir versuchen zu sondieren, welche Schwierigkeiten man wie überwinden kann. Von der A-Seite ist die direkte Beauftragung der Kommunen durch Bundesgesetz vorgeschlagen worden. Wir sind der Meinung, das ist möglich, es birgt aber verfassungsrechtliche Risiken. Ich habe daraufhin vorgeschlagen, die Aufgabe auf die Länder zu übertragen - das ist verfassungsrechtlich unproblematisch -, und die Länder übertragen sie auf die Kommunen. Diesen Weg haben wir vielfach geübt. Die Arbeitsgruppe hat am Sonntag gemeinschaftlich festgestellt: Wenn wir das tun, können wir im Zweifel auch das Grundgesetz adaptieren.

Nun bin ich wieder bei Herrn Stiegler: Unterhalb des Grundsatzes besteht sehr viel Bewegungsbereitschaft in den jeweiligen Lagern. Wir haben einmal von 51 und 49 % gesprochen. Man kann auch auf 50,1 und 49,9 % reduzieren, aber irgendwann muss man entscheiden, wer die Gestaltungsinitiative hat.

Wer immer die Aufgabe übernimmt, ob direkt die Kommunen oder die Länder, es muss im Grundgesetz abgesichert werden. Es gibt Modelle, über die wir ebenfalls diskutiert haben, wonach die Länder bereit sein könnten, in verabredete Obligos zu gehen, etwa wenn die Umsatzsteuerpunkte übertragen werden. Die Übertragung darf aber nicht permanent nach oben spitz nachgerechnet werden. Wir haben sogar angeboten, nach unten spitz nachzurechnen. Über solche Überlegungen ist diskutiert worden. Wir nehmen ja gemeinsam an, dass die Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit irgendwann sinken. Also auch in den Finanzfragen gibt es zahlreiche Korridore, wie die Aufgabe verantwortlich übertragen werden kann.

Eine weitere Bedingung, die zu dem Modell gehört, ist, dass es einen Niedriglohnsektor gibt. Sonst kommt es nicht zu mehr Beschäftigung. Wie dieser zu definieren ist, ist nach der letzten Beratung des Vermittlungsausschusses durch die Aufteilung in die einzelnen Felder leichter zu besprechen geworden. Es gibt signifikante Unterschiede. Was ist untertarifliche Beschäftigung? Was ist die niedrigste tarifliche Beschäftigung? An welchen Stellen begegnen sie sich? Wir haben früher vom Kombilohn gesprochen: lieber für weniger Geld arbeiten und einen Teil Sozialhilfe dazubekommen, als nicht zu arbeiten und nur Sozialhilfe zu erhalten. Möglicherweise ist es für alle Beteiligten attraktiver, für niedrigen Lohn zu arbeiten und Sozialhilfe dazuzubekommen, als entscheiden zu können. Aus der Sicht der Bundesregierung gibt es andere Instrumente, wie das Ziel zu erreichen ist, aber es liegen nicht Lichtjahre dazwischen.

Das Gleiche gilt für die gemeinnützige Beschäftigung. Sie ist im EGG ein Werkzeug, um zu prüfen, ob jemand arbeitswillig ist. Es dürfen nicht Arbeitsbiografien durch Unfähigkeit des Staates, Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, unterbrochen werden. Erhebliche Einschätzungsunterschiede bestehen hinsichtlich der Quantität, die man dafür braucht. Das gilt auch für das Geld, das dahintersteht. Ziel muss es sein, dass nicht jeder am ersten Tag verpflichtet ist, diesen Grundstandard zu erreichen. Darüber gibt es sicherlich mehr Gesprächsmöglichkeiten, als ich kenne.

Zusammenfassend will ich sagen: Ich teile die Einschätzung Herrn Stieglers. Es ist eine eindeutige Frage, wo die Letztverantwortung der Trägerschaft liegen soll. Dahinter gibt es eine Menge Dinge, die man pragmatisch betrachten kann. Bevor man diese Frage beantworten kann, ist es notwendig, die Finanzierung zu klären. Bei dem Finanzierungsmodell, das unserem Vorschlag zu Grunde liegt, wird das Geld in einen gemeinsamen Topf gelegt. Entsprechend den gegenwärtigen Bedarfsparametern wird es unter den Bundesländern so verteilt, dass sie einigermaßen mit dem Status quo rechnen können. Das ist unbequem, aber dieses System entkoppelt sich ein Stück von den klassischen Regeln des Länderfinanzausgleichs; denn sobald es diesen Regeln unterworfen wird - was die Bundesregierung bisher vorgetragen hat, hat immer diese Gefahr -, gibt es Verteilungskonflikte, die mit zusätzlichen Stufen des Unterverteilens mühsam wieder korrigiert werden müssen; dann wird relativ bald die Unübersichtlichkeit siegen. Deshalb muss die Frage des Finanzierungsmodells geklärt werden, bevor man über die Trägerschaft spricht. Erstens ist über die Finanzierung, zweitens ist über die Trägerschaft zu sprechen. Dafür braucht man eine Entscheidung.

Abg. Klaus Brandner: Auf die Finanzierung möchte ich vorerst nicht zu sprechen kommen; denn es geht zuerst darum, eine Struktur zu organisieren, mit der es gelingt, Langzeitarbeitslosigkeit am effizientesten zu vermeiden und zu bekämpfen. Dabei ist die gemeinsame Erkenntnis wichtig, dass unter einem Dach Hilfe aus einer Hand gegeben werden muss.

Der zweite entscheidende Punkt ist, dass Doppelstrukturen vermieden werden müssen. Dabei meine ich die Verschiebebahnhöfe aus der Vergangenheit, aber auch den Versuch, Drehtüreffekte zu erzielen und das System zu Ungunsten des jeweils anderen zu belasten, und zwar auf dem Rücken der Langzeitarbeitslosen. Aus dieser Situation heraus sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass das Grundprinzip der Vermeidung von Doppelstrukturen zu berücksichtigen ist.

Drittens. Auch die dezentrale Umsetzung ist ein wichtiges Kriterium. Es stellt sicher, dass Maßnahmen ortsnah eingeleitet werden können.

Viertens muss individuelle Betreuung, also ein Fallmanagement, gewährleistet sein. Dabei geht es nicht darum, Menschen durch Formalkriterien in Arbeit zu vermitteln. Vielmehr soll durch systematisch auf die Einzelperson bezogene Instrumente eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt sichergestellt werden.

Unter diesen Voraussetzungen sollte ein einheitliches Jobcenter gebildet werden. Wir sind davon überzeugt, dass ein derartiges Jobcenter vor Ort im Sinne einer Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder auf gleicher Augenhöhe kooperieren, organisiert werden kann.

Die Verantwortung für die Langzeitarbeitslosen, für die Arbeitsmarktsituation überhaupt, muss insgesamt gesehen der Bund behalten. Denn wir können uns nicht vorstellen, dass durch große strukturelle Umbrüche auf der kommunalen Ebene eine sachbezogene Antwort auf die Probleme des Arbeitsmarktes gefunden werden kann.

Im Kern geht es uns um die Frage, wie man diese allgemein anerkannten Entscheidungsstrukturen zusammenfassen kann und welche Finanzgrundlage dafür vorzusehen ist. Es ist immer darüber diskutiert worden, die Kommunen durch Eigeninteressen so einzubinden, dass sie die begleitenden arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten, die sie heute entfalten, unter Nutzung effizienter Strukturen, die in das System eingebaut worden sind, auch zukünftig entfalten. Es ist die Vorstellung entwickelt worden, dass die Wohnungsbeihilfe, die von den Kommunen heute zum Teil erbracht wird, von diesen für die Arbeitslosenhilfeempfänger auch in Zukunft erbracht werden sollte. In Bezug auf dieses Element sollte das Engagement der kommunalen Ebene erhalten bleiben, um mitzuhelfen, Langzeitarbeitslosigkeit zu minimieren.

Diese Schritte sind in dem Gesamtkonzept enthalten. Dafür gilt es eine Finanzierungsgrundlage zu finden. Dazu werden die Kollegen sicherlich gleich vortragen. Das macht das Gesamtpaket aus.

Zum Niedriglohn: Herr Koch hat insofern Recht, als unser Konzept eine Menge von Instrumenten enthält, die deutlich machen, dass Qualifikationsmängel und Produktivitätsnachteile von Langzeitarbeitslosen ausgeglichen werden müssen, wenn man wirklich Arbeitsmöglichkeiten schaffen will. Der Unterschied ist, dass unser Modell im Kern nicht von einer Dauerförderung ausgeht. Im Vordergrund steht vielmehr eine individuelle Fallgestaltung, die möglichst durch Qualifizierungsmaßnahmen und durch unterstützende Maßnahmen dazu beitragen soll, den betroffenen Personenkreis an die marktübliche Beschäftigung heranzuführen. Für den Personenkreis, dem auch durch entsprechende Fördermechanismen eine marktübliche Beschäftigung nicht ermöglicht werden kann, gibt es auch in unserem System Finanz-

ausgleichsmechanismen, so dass einer Arbeitsaufnahme nichts im Wege steht; sie ist ausdrücklich erwünscht. Es werden Beschäftigungsanreize geschaffen, so dass sich Arbeit lohnt. Die Arbeitsleistung bringt immer mehr Ertrag als die passive Unterstützungsleistung.

Insofern sind wir uns in vielen Kernpunkten relativ nahe gekommen. Ich finde, es ist wichtig, wenn man in diesem Zusammenhang erkennt, dass die wesentlichen Punkte - Vermeidung von Drehtüreffekten und Verschiebebahnhöfen, einheitliche Anlaufstelle - nur im Rahmen eines Modells, das Hilfe aus einer Hand gewährleistet, umgesetzt werden können. Unser Vorschlag zur Einbindung der Kommunen führt dazu, dass sie nicht am Katzentisch sitzen müssen, sondern sich verantwortlich einbringen können. Uns kommt es darauf an, dass sich am Ende die Effizienz des Systems erweist. Es müssen nicht unmaßgebliche Effizienzgewinne erzielt werden, und die Praxis der Verschiebebahnhöfe muss aufgegeben werden.

Abg. Ludwig Stiegler: Ich komme auf die Ausführungen von Herrn Koch zurück: Wir müssen in der Tat über die Finanzierung und über die Grundentscheidung miteinander diskutieren. Die Finanzierung war bei allen Modellen die Achillesferse; denn man hat wechselseitig die Hand aufgehalten. Ich habe mir manchmal die Wunderwirkung erträumt, dass man die Aufgaben so verteilt, dass ein bestimmter Finanzierungseffekt eintritt. Das ist nicht ganz gelungen.

Ursprünglich brauchte der Bund sieben Punkte; Herr Koch bräuchte 14,5. Wir haben den Umlagebedarf auf weniger als einen Punkt reduziert. Das heißt, wir konnten das Problem der Umverteilung verkleinern. Wir denken, dass man es mit einer Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung in Richtung auf die neuen Länder lösen kann, weil die neuen Länder auf diese Weise Geld ohne Auflagen, ohne Kofinanzierung oder Verwendungsauflagen, bekämen. Dazu bräuchten wir die Zustimmung aller. Wir konnten das Finanzierungsproblem auf einen Punkt reduzieren; dabei sind wir jedoch nicht weitergekommen.

Das Gerechtigkeitsproblem zwischen Ost und West, das darin besteht, dass in den verschiedenen staatlichen Einheiten pro Kopf unterschiedlich viel ankommt, und das uns auch plagt, wie Herr Koch zu Recht gesagt hat, kann geglättet werden - dazu wird Herr Staatssekretär Diller etwas sagen -, indem man die Gemeindefinanzreform und die Hartz-Reform als Einheit betrachtet. Dann sind die Kurvenverläufe anders als beim Baukasten; hier hat man ein Defizit, dort einen Überschuss. Auf diese Weise könnte das geglättet werden. Die Unterschiede wären zwar nicht scharf bestimmbar; aber die Lösung wäre ansehnlicher.

Herr Vorsitzender, ich schlage vor, dass Herr Staatssekretär Diller dazu vorträgt und dass die Tabelle, die in diesem Zusammenhang erstellt worden ist, vorgelegt wird. Es hat keinen Sinn, diese zentrale Frage hin und her zu wenden; denn wir müssen jetzt springen. Für Hoffnungen ist keine Zeit mehr. Das ist mein Vorschlag zum weiteren Verfahren. Alle übrigen Fragen sind auf der zweiten oder dritten Ebene angesiedelt.

Es ist gleichgültig, ob man die Bezeichnung "Niedriglohnsektor" oder eine andere Bezeichnung wählt. Ob man top down oder bottom up an die Sache herangeht: Der Effekt, der bei den Menschen ankommt, ist ähnlich. Ich glaube, es besteht kein Grund, sich darüber zu zerstreiten. Aber das ist die entscheidende Verzweigung, die wir klären müssen. Der einzige wunde Punkt ist die Finanzierung. Keine Seite kommt ohne das Geld der anderen Seite aus.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich schlage vor, dass Herr Diller das aufnimmt, was Herr Stiegler gesagt hat.

PStS Karl Diller (BMF): Das will ich gerne tun, Herr Vorsitzender. - In der Debatte zwischen der A- und der B-Seite gab es einen Finanzierungsvorschlag, gegen den Herr Professor Milbradt einen Einwand vorgetragen hat, den wir geprüft haben. Dies veranlasst uns, einen anderen Weg zu wählen, indem wir Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen vorschlagen. Das hätte für die neuen Bundesländer, wie Kollege Stiegler schon sagte, den großen Vorteil, dass die Mittel, über die sie dann verfügen könnten, nicht investitionsgebunden, sondern absolut frei wären.

In unserem System ist angedacht, dass die Kommunen die volle Verantwortung für die Kosten der Unterkunft einschließlich Heizung tragen. Sie wären damit finanziell hochgradig daran interessiert, dass das Ganze ein Erfolg wird; denn die Reduzierung dieser Kosten entfaltet unmittelbar Wirkung auf die kommunalen Kassen. Dies der kommunalen Seite anzulasten hat zunächst einmal den Nachteil, dass alle Westländer überproportional entlastet werden. Das bedeutet, dass die Entlastung um 2,5 Milliarden Euro, die der kommunalen Ebene politisch zugesagt worden ist, nur im Westen ankommt. Im Osten würde eine Belastung entstehen. Um diese auszugleichen, ist vorgeschlagen worden, Umsatzsteueranteile in der Größenordnung von 0,7 Prozentpunkten bei allen einzusammeln und als Sonderbedarfsergänzungszuweisungen zielgerichtet an die neuen Bundesländer, und zwar an die Flächenländer im Osten, auszuzahlen. Das würde eine Entlastung der Kommunen in allen Ländern - mit einer einzigen Ausnahme - bedeuten. In der Zusammenschau mit der von uns vorgeschlagenen Gemeindewirtschaftsteuer würden

alle Kommunen insgesamt kräftig entlastet, auf der einen Seite um 2,6 Milliarden Euro, auf der anderen Seite um rund 2,7 Milliarden Euro, insgesamt also um 5,3 Milliarden Euro.

Herr Vorsitzender, ich bin in der Lage, Ihnen die Formulierungshilfe bezüglich der gesetzlichen Änderung über die SoBEZ zu überreichen, so dass sie über das Sekretariat verteilt werden kann*. Herr Stiegler hat angeregt, das Finanztableau beizufügen, damit es auch hinsichtlich der Regionen für Sie nachvollziehbar ist.

Ich will abschließend einen Hinweis geben: Die A-Seite hat in den Besprechungen der Unterarbeitsgruppe die Erwartung an die B-Seite gerichtet, dass eine Gesamtschau der finanziellen Ströme und eine regionale Aufschlüsselung der Folgewirkungen des B-Modells geliefert werden. Ich bin heute Morgen von unseren Beamten darüber informiert worden, dass sich die B-Seite dazu nicht in der Lage sieht, sondern die Unterstützung des Bundes bei dieser Operation erbittet. Wir brauchen zumindest eine konsistente und aussagefähige Finanzierungsrechnung der B-Seite, damit wir das nachvollziehen und auf die Regionen herunterbrechen können.

MP Roland Koch (HE): Ich muss unterstellen, dass der Bundesregierung die Unterschiede zwischen dem bisherigen Rechenmodell der A-Seite einschließlich der Mathematisierung der einzelnen Teile des Gesetzentwurfs, der Formeln, der Beträge, und dem, was die B-Seite zu den Bestandteilen des normalen Verteilungsverfahrens vorgeschlagen hat, bekannt sind. Unsere jeweiligen Rechner haben viel Zeit damit verbracht, dies zu betrachten. In einem Punkt besteht - vor oder hinter der Klammer - offensichtlich nach wie vor Diskussionsbedarf hinsichtlich der einzelnen Rechnungen. Das hängt mit dem Niedriglohn und mit der Finanzierung von Maßnahmen auf der aktiven Seite zusammen. Da gibt es Interpretationsunterschiede. Wir haben Ihnen gestern die Berechnungen zukommen lassen, die wir vom Ifo-Institut haben erstellen lassen. Zwischen Ihren Berechnungen und unseren Berechnungen zu Hartz IV gibt es offensichtlich Schwankungsbreiten, die mir am Schluss zu groß wären; dies müssen unsere Mitarbeiter klären. Es sind anderthalb Milliarden Euro bei Ihnen; es geht um die Größenordnung von 1 Milliarde Euro bei uns. Ich denke, die Grundstrukturen sind beiden Seiten hinlänglich bekannt.

Wir müssen uns das erst einmal anschauen, bevor wir es kommentieren. Neben dem Ost-West-Problem gibt es das Problem der Verteilung unter den westlichen Bundesländern. Das war wahrscheinlich der Grund für Ihre Anmerkung, dass es nur

*Anlage 2

durch andere Strukturen lösbar ist. Ist das, was Herr Stiegler als "Glättung" bezeichnet hat, in Ihren Vorschlägen enthalten oder nicht?

Ich will allerdings schon jetzt auf eines hinweisen: Aus der Sicht der Kommunen entsteht auf Grund der Prioritätensetzung, die Sie vornehmen, wonach der Bund die Unterhaltskosten und die Kommunen die Unterbringungskosten tragen - deshalb hat sich Herr Articus, der intensiv an den Debatten teilnimmt, in einem Brief ein Stück weit von diesem Modell distanziert -, im Zusammenhang mit den derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen ein Problem, das man nicht außer Acht lassen darf: Jegliche Erwerbstätigkeit, d. h. wenn wir mit Niedriglöhnen in die Erwerbsquote hineingehen, reduziert zunächst, und zwar zu einem relativ hohen Anteil, die Zuschusspflichten im Bereich des Unterhalts, während die Finanzierungs- und Subventionspflichten im Bereich der Unterbringung aus durchaus in der Logik der Sache liegenden Gründen relativ spät eintreten.

Das heißt: Eine Verbesserung der Erwerbslage, die nicht zur vollständigen Selbstständigkeit der Betroffenen oberhalb eines relativ guten, aber dennoch niedrigen Einkommens führt, wirkt sich vollständig zu Gunsten des Bundes aus, während die Belastungen der Kommunen gleich bleiben. Das ist Folge des Modells, das Sie vorgelegt haben. Dies ist eine signifikante Veränderung im Vergleich zu dem, was die Kommunen erwartet oder erhofft haben. Ich sage jetzt noch nicht, dass man wegen dieses Punktes nicht weiter miteinander sprechen sollte. Ich will nur darauf hinweisen, dass die nach diesem Modell vorgenommene Aufteilung zwischen Unterhalt und Unterbringung die Lasten auf Grund künftiger Entwicklungen nicht gleichmäßig verteilt. Sie können sagen, Sie hätten kein anderes gefunden. Aber an dieser Stelle besteht eine Schwierigkeit, die man jetzt, da Sie ein Modell, das quantifizierbar ist, vorgelegt haben, jenseits aller Grundsatzfragen mit bedenken muss.

Abg. Ludwig Stiegler: Ich glaube, diese Problematik ergibt sich. Ich habe lange überlegt, ob man es nicht anders machen kann. Angesichts der Konstruktion des Modells würde das bedeuten, dass der Bund anderswo wieder mehr Ausgleichsbedarf hätte. Ich habe unser primäres Ziel darin gesehen, den Ausgleichsbedarf zu minimieren; denn ich weiß um die "Freigiebigkeit" aller Länder. Hinter jedem B-Land schaut ein A-Land hervor wie ein Reh hinter dem Busch. Deswegen haben wir das Modell so gestaltet, dass es in der Gesamtbetrachtung gerade noch hinhaut. Sonst würde der Bund überfordert.

Angenommen, man würde Vermögen oder andere Einrechnungen erst bei den Kommunen ansiedeln, dann würde die Gesamtbelastung des Bundes, die wir auf

2,5 Milliarden Euro limitiert haben, überschritten. Der Finanzminister hat zugesagt, in die Zusammenlegung 2 1/2 Milliarden Euro investieren zu wollen. Wenn man ein anderes Modell wählt, gelangt man zu 3 1/2 bis 4 1/2 Milliarden Euro. Dann bin ich mit meinem Latein am Ende. Denn versuchen Sie einmal, einem Nackten in die Tasche zu greifen! Deshalb ist das nicht möglich. Aber immerhin investiert der Bund 2 1/2 Milliarden Euro netto in dieses Projekt, die er zusätzlich aufbringt.

Abg. Ortwin Runde: Herr Koch hat zu Recht gesagt, dass es in zwei Punkten um eine Grundsatzentscheidung geht. Der erste Punkt - die Finanzen - ist immer von zentraler Bedeutung. Der zweite Punkt hat die Frage zum Gegenstand, wie das Ganze grundsätzlich geregelt werden soll und bei wem die Zuständigkeit liegen soll. Ich habe über viele Jahre Erfahrungen in einer Großstadt gesammelt, in der immer Modelle entwickelt wurden, die die Kommune dadurch entlastet haben, dass Ansprüche an die Bundesanstalt entstanden sind, z. B. durch Beschäftigungsgesellschaften oder tarifliche Entlohnung. Insofern ist für mich in Bezug auf künftige Regelungen das Thema "Verschiebebahnhöfe" von entscheidender Bedeutung.

Herr Koch, in diesem Zusammenhang stellt sich für mich die Frage: Wenn es zu einer Aufteilung dahin gehend kommt, dass die Kommunen für Langzeitarbeitslose zuständig sind, während die Bundesanstalt für Kurzzeitarbeitslose zuständig ist, wie wollen Sie es ausschließen, dass die Bundesanstalt die klare Priorität setzt, sehr rasch diejenigen zu vermitteln, bei denen dies leicht möglich ist, aber diejenigen, die dicht an der Grenze zur Langzeitarbeitslosigkeit sind - das sind die schwierigeren Fälle -, in die Langzeitarbeitslosigkeit zu entlassen? Mich interessiert, wie Ihr Ansatz aussieht. Ich sehe einen Anreiz für die Bundesanstalt für Arbeit, sich auf die leistungsfähigsten Arbeitslosen zu konzentrieren und sie rasch zu vermitteln. Solche Anreize werden ausgenutzt. Wir haben umgekehrt immer versucht, uns von Kosten zu entlasten. Ich möchte wissen, wie Sie diese Frage bewerten und welche Lösung Sie sich vorstellen.

Der zweite Punkt ist, dass das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit regional sehr stark differiert. In wirtschaftlich schwächeren Regionen besteht die hohe Gefahr von Langzeitarbeitslosigkeit: Ich nenne zum einen die Arbeitsmarktbereiche in den neuen Ländern, zum anderen diejenigen in bestimmten Ballungsgebieten. In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg - in dieser Reihenfolge -, aber auch im Ruhrgebiet, in Westdeutschland insgesamt, sehe ich solche Gefahren. Wie wollen Sie in Ihrem Modell sicherstellen, dass Kommunen in diesen Bereichen langfristig nicht kräftig benachteiligt und ihre Entwicklungschancen nicht beeinträchtigt werden?

Dritter Punkt: Nach meinen Erfahrungen sind der Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktgesetze so angelegt, dass die Menschen mobil sein sollen. Wie schafft man es mit einem Kommunalmodell, den volkswirtschaftlichen Arbeitsmarkt für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu nutzen? Von der Beantwortung dieser Fragestellung hängt für mich ab, für welches Grundmodell man sich entscheiden sollte. Die Frage nach einem finanziellen Ausgleich ist natürlich schwer wiegend, aber wenn wir Regelungen dieses Umfangs treffen, wenn wir Reformen mit einem solch weit reichenden Ansatz vornehmen wollen, müssen wir in erster Linie die langfristigen Wirkungen auf den arbeitsmarktpolitischen Bereich sehen.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Jetzt muss entschieden werden, wie man vorgehen soll. Ich denke, das ist eine etwas komplizierte Situation. Wir haben uns in diesem Zusammenhang mit drei Themenfeldern zu befassen: zum einen, wie gerade angesprochen, mit der Organisationsstruktur, der Zusammenarbeit zwischen Bundesanstalt und Kommune bzw. mit dem Vorrang der Kommune, wie Herr Ministerpräsident Koch es dargestellt hat. Darüber können wir in der Sache diskutieren. Wir haben unsere Position verändert hin zu dem Modell einer Arbeitsgemeinschaft, wobei wir meinen, dass Gleichberechtigung zwischen der Bundesanstalt bzw. der örtlichen Agentur für Arbeit und der Kommune bestehen sollte.

Es geht zum anderen um die Frage der Finanzierung. Unser Vorschlag dazu liegt vor. Das Notwendige dazu ist gesagt worden. Sie brauchen sicherlich etwas Zeit, um darüber zu diskutieren. Ergänzend möchte ich gern darauf hinweisen, dass in die Spalten 7 und 8 natürlich auch jedes andere Gemeindefinanzmodell eingearbeitet werden kann. Sie werden über die Kommunalfinanzen noch eingehend beraten. Das kann hier noch eingearbeitet werden, so dass es kompatibel ist.

Herr Ministerpräsident Koch, Sie sagten vorhin, es bleibe bei den Kosten der Kommunen. Dieses Problem sehe ich nicht. Wenn Sie davon ausgehen, dass es sich auf diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezieht, denen ein Lohnzuschlag oder Ähnliches gewährt wird, dann ist dies eine Belastung der Bundesanstalt, d. h. der Bundesseite. Insoweit kann ich dort keine Ungleichbehandlung erkennen. Wir gehen von einer Entlastung der Kommunen um 11,6 Milliarden Euro aus. Das müssen wir endlich zu einem Schlusspunkt bringen. Diese Zahl stammt aus der so genannten Eichel-Kommission. Wir müssen sodann eine Klärung bezüglich der 8,94 Milliarden Euro für die Wohnkosten herbeiführen. Hier besteht noch Gesprächsbedarf.

Nach Klärung dieser Fragen kommen wir zu dem dritten Themenfeld, zur Frage nach den Instrumenten, die Herr Ministerpräsident Koch angesprochen hat. Nach der eingehenden Diskussion, die wir geführt haben, sehe inzwischen auch ich, dass es dazu parallele Überlegungen gibt, über die man sehr wohl miteinander sprechen kann. Ich nenne die Instrumente: Lohnzuschlag, Lohnfreistellung oder Zuschläge, die wir individuell vorsehen, Sanktionen, Zumutbarkeit. Was den öffentlich geförderten Sektor angeht, so wollen wir für alle unter 25-Jährigen ein Angebot machen. Auf dem dritten Themenfeld sehe ich Annäherungsmöglichkeiten.

Ich fasse die Probleme zusammen, bei denen wir eine Ordnung finden müssen: Es geht erstens um die Organisationsstruktur, um das Verhältnis zwischen Bundesanstalt und Kommune, zweitens um die Finanzierungsstruktur, zu der wir einen Vorschlag vorgelegt haben, und drittens um die Instrumente, die von der künftigen Arbeitsvermittlung eingesetzt werden. Dazu gibt es verschiedene Vorschläge, die man nebeneinander legen kann.

MP Roland Koch (HE): Wir müssen uns angucken, was Sie uns vorgelegt haben. Das ist eine Kombination mit einem anderen Punkt. Man kann nicht einfach alles einsetzen, weil die Frage, welche Verteilungswirkungen bestimmte Steuerfinanzierungsmodelle auf die Kommunen haben, sehr unterschiedliche, aus meiner Sicht teilweise auch unberechenbare Folgen hat. Das muss man sicherlich vor der Klammer klären.

Sie sagen, wenn der Bund einen Lohnzuschlag zahlt, komme es zu einer Belastung der Bundesseite. Das ist unstreitig. Wenn jemand, der mit einem Stundenlohn von 4,50 Euro angefangen hat, auf Grund einer Qualifizierungsmaßnahme einen Lohn von 6 oder 7 Euro bekommt, dann reduzieren sich die Zuwendungen des Bundes in beträchtlichem Maße, nicht aber die Lasten auf Grund der Unterbringung. Das ist das Problem. Ich sage dies nur, damit wir wissen, worüber wir reden. Man könnte das quantifizieren. Ich will nur darauf hinweisen, dass es sich dabei um einen nicht unbeachtlichen Betrag handelt, der sich relativ schnell aggregiert.

Ich will die drei Fragen von Herrn Runde beantworten. Sie haben nach der Flexibilität der Arbeitnehmer gefragt. Ich glaube, es ist unstreitig, dass alle Kommunen auch in Zukunft bestimmte Dienstleistungen der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch nehmen müssen. Auch nach unserem Modell werden sie sie bestellen. Keine Kommune wird freiwillig auf diese Chance verzichten. Die Kommunen werden sie bekommen; denn in jedem Ort sind entsprechende Strukturen vorhanden.

Man muss schon sehen: Flexibilität ist bei der Klientel, über die wir reden, nicht das Hauptproblem. Sicherlich ist die Grenzen von Landkreisen, Kommunen und

Arbeitsamtsbezirken überschreitende Mobilität erforderlich. Aber das ist kein Problem. Überregionale Flexibilität ist eher bei anderen Berufsgruppen vonnöten.

Sie haben die Frage gestellt, wie man Drehtüreffekte verhindert. Darüber haben wir in der Arbeitsgruppe diskutiert. Ich meine, das Interesse, sie zu vermeiden, ist legitim. Es gibt zwei Instrumente. Um zu verhindern, dass die Kommunen, die ebenfalls ein solches Interesse haben können, das Problem vor die "Tür" des Alg I spülen, gibt es Regelungen im SGB II und im SGB III, wo erstmals - mit unserer Zustimmung - relativ sinnvolle Sperren vorgesehen sind, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Karenzzeiten, die entstehen, wenn jemand, der Alg II erhält, in den Bereich des Alg I zurückfällt. Wenn die Karenzzeiten zu knapp bemessen sind, müssen wir darüber reden, ob man sie nicht ausweiten sollte. Ich jedenfalls glaube, dass der Drehtüreffekt zu Lasten des Bundes in Zukunft vermeidbar ist.

Sie haben die weitere Frage gestellt, wie der Fall zu bewerten ist, dass die Bundesagentur kein Interesse hat. Unser Grundmodell geht davon aus, dass Bund, Länder und Gemeinden ein gemeinsames finanzielles Interesse haben. Es besteht darin, dass der Bund am Ende über alles gerechnet - insofern unterscheiden sich die Modelle nicht wesentlich - 70 % und die Kommunen 30 % der Lasten tragen. Deshalb hat die Bundesregierung nach wie vor Interesse daran und die Kompetenz, dafür zu sorgen, dass die Bundesagentur nicht aus den Versicherungsmitteln "herausfliegt" und dass die Menschen nicht dort hineingespült werden. Das ist unter dem Gesichtspunkt "Hartz IV" ein Problem. Auch dort gibt es einen Topf mit Versicherungsgeldern auf der einen Seite und einen Topf mit Haushaltsmitteln auf der anderen Seite. Die Bundesregierung wird ein hohes Interesse daran haben zu vermeiden, dass die Bundesagentur von dem einen zu dem anderen übergeht. Exakt dieses Instrument haben wir übernommen. Denn die Frage der Auslösebeträge entsteht mit der Zuwendung an einen anderen an dieser Stelle genauso, wie es dort der Bundeshaushalt für sich in Anspruch nimmt. Ein wirtschaftlicher Anreiz, möglichst viele Menschen in Arbeit zu vermitteln, wird also bestehen.

Wir müssen uns gemeinsam darüber im Klaren sein - dieses Problem werden wir heute nicht lösen -, dass die Bundesagentur für Arbeit in Zukunft eine Grenznutzenberechnung anstellen wird: Zahle ich lieber den Betrag von 8 000 Euro als Strafe, oder investiere ich mit dem Risiko, dass ich nicht vermitteln kann und doppelt zahle? Es gibt kein 100%ig intelligentes Mittel. Nur, die Antwort auf die Frage, wie man es verhindert, ist bei dem Modell des Bundes zum Schutz des Bundeshaushalts und bei dem Modell, das wir zum Schutz der Kommunalhaushalte vorgeschlagen haben, die gleiche. Dieses Werkzeug halte ich prinzipiell für tauglich. Wenn man der Meinung ist, es sei zu unscharf, muss man die Beträge erhöhen. Aber es ist aus meiner Sicht

sowohl für die eine als auch für die andere Möglichkeit geeignet. Ich meine, dass sich beide Modelle organisatorisch insofern nicht unterscheiden. Ich meine, das Problem ist lösbar.

Wenn der Bund 70 % zahlt, hat er ein Interesse, vernünftige Gesetze zu machen, damit es wenige Langzeitarbeitslose gibt. Das Problem drückt ihn finanziell, nicht nur politisch. Eine Kommune, die im Schnitt 30 % zahlt, hat hohes Interesse daran nachzuweisen, dass sie mit ihrem Management in der Lage ist, zur Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit beizutragen - jenseits der allgemeinen Politik. Beide sind stolz, wenn sie wenige Langzeitarbeitslose haben - das ist Politik -, und beide haben ökonomisch etwas davon, jede Seite auf Grund eines Teils des Instruments. Der Bund stellt den nationalen Rahmen zur Verfügung; dabei handelt es sich unbestreitbar um Bundesrecht. Die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt natürlich in der politischen Verantwortung des Bundes, unabhängig von gesetzlichen Regelungen. Aus meiner Sicht muss der Bund ein hohes Interesse daran haben, dass diejenige Ebene täglich das Problem managt, die ortsnah agiert und deswegen mehr Erfolg haben kann. Das lässt sich - jenseits aller Parteipolitik - auf die Frage reduzieren: Wem trauen wir es eher zu, das Phänomen regionaler Arbeitslosigkeit zu bewältigen, wer hat an dieser Stelle mehr Ideen, mehr Kreativität und mehr Einfluss?

Wir haben den Eindruck, dass dieses Problem nicht zentral lösbar ist; denn eine große Bundesbehörde ist zu weit entfernt. Es ist sehr viel sinnvoller, dass die Kommunen lernen, wie man das Problem löst. Hiermit sind wir - jenseits aller Details - am Kernpunkt des politischen Einschätzungsunterschieds angekommen. Es bleibt dabei: Darauf muss eine Antwort gefunden werden. Über handwerkliche Fragen - ich glaube, hier sind Herr Stiegler und ich nicht unterschiedlicher Meinung - kann man miteinander sprechen.

Abg. Volker Kauder: Ich meine, wir sind an einer Stelle der Diskussion angelangt, bei der es auf Punkte ankommt, über die politisch entschieden werden muss: Das ist zum einen die Frage der Trägerschaft, zum anderen die Frage der Finanzierung. Wir müssen uns nachher anschauen, was im Rahmen der Finanzierung von Ihnen errechnet worden ist. Ich will nur sagen, dass ich es nicht für möglich halte, Finanzierungsfragen im Zusammenhang mit Hartz IV mit der Gemeindewirtschaftsteuer und den Kommunalfinanzen zu verbinden. Das halte ich für ausgeschlossen. Diese Punkte müssen voneinander getrennt werden. Darauf legt die B-Seite großen Wert.

(Zuruf: Die A-Seite hat das immer getan!)

- Was die A-Seite getan hat, ist ihre Sache. Wir verfolgen unsere Vorstellung. Wir wollen diese Punkte nicht miteinander verbunden wissen.

Wenn es dazu kommt, verlange ich ohnehin Berechnungen, wie es nach dem Sofortprogramm aussieht, das wir vorgeschlagen haben. Vielleicht haben Sie sie schon in der Tasche; dann könnten Sie sie herausrücken, und wir sparen Zeit. So wie ich Sie einschätze, haben Sie entsprechende Berechnungen angestellt. Das erwarte ich von einem guten Haus. Geben Sie sie uns bitte; dann können wir uns das anschauen.

Es bleibt dabei, dass wir die Finanzierung von Hartz IV und des EGG unabhängig von den finanziellen Auswirkungen der Reform der Kommunalfinanzen beurteilen wollen. Eines muss nämlich klar sein: Die Kommunen dürfen nicht den Eindruck haben, dass zwei Dinge derart miteinander vermischt worden sind, dass sie nicht mehr wissen, wem was zugestanden worden ist. Die Kommunalfinanzen müssen völlig unabhängig von dieser Frage geregelt werden; dann kommt der andere Teil hinzu.

Herr Minister Clement hat gesagt, man habe sich aufeinander zubewegt - das ist richtig -, indem man von der zukünftigen Bundesagentur zu einer Mischlösung auf gleicher Augenhöhe gekommen sei. Ich halte dies in der Praxis nicht für darstellbar. Ich war mehr als zehn Jahre Sozialdezernent und habe an mehreren Versuchen, eine Regelung zu finden, teilgenommen. Die Rechnung ist auf Grund unterschiedlicher Bürokratie, unterschiedlicher Vorschriften und unterschiedlicher Anforderungen nie aufgegangen. Das Ganze funktioniert nicht. Deswegen bleiben wir dabei: Das Entscheidungsrecht, die Kompetenz für die Strategie vor Ort muss bei der Kommune liegen. Herr Stiegler, ich bitte Sie, sich in diesem Punkt einen Schritt nach vorn zu bewegen.

Mit paritätisch besetzten Einrichtungen kommen wir nicht weiter. Mit einem Geschäftsführer, der jedes Jahr wechselt, kann man keine strategischen Überlegungen für mehrere Jahre anstellen; denn er sagt nach einem halben Jahr: Im nächsten Jahr bin ich nicht mehr im Amt; soll doch mein Nachfolger sehen, wie er die Sache voranbringt. - Das führt uns nicht weiter. Unsere Bitte ist, dass Sie sich in diesem Punkt auf das zubewegen, was sich in der Praxis bewährt hat. Die Kommune muss die Entscheidung vor Ort treffen.

Wir müssen wohl eine Unterbrechung beantragen, um uns die Rechnungen anzuschauen. Deswegen bitte ich nochmals, uns die von Ihnen ermittelten Zahlen bezüglich des Sofortprogramms, das wir bei der Gemeindefinanzreform zur Abstimmung stellen möchten, zur Verfügung zu stellen.

MP Peer Steinbrück (NW): Der letzte Beitrag von Herrn Koch, der zurzeit verhindert ist, lädt zu der banalen Frage ein: Wo sind die Kommunen, die die Verantwortung für die Langzeitarbeitslosen übernehmen wollen? Gibt es in Ihren Ländern - dabei schaue ich die Kollegen auf der B-Seite an - eine breite Bewegung dahin, dass eine Kommunalisierung der Zuständigkeit für die Langzeitarbeitslosen gewünscht wird? Ich kann das nicht bestätigen.

(Abg. Volker Kauder: Alle Landkreise wollen es!)

Ich gestehe Ihnen vor dem Hintergrund der sehr angespannten Situation der Kommunen, dass ich ihnen keine Zuständigkeiten oktroyiere, die sie nicht haben wollen.

Die Antwort lautet - Herr Koch, Sie waren soeben verhindert -: Ich kenne in Nordrhein-Westfalen weder eine CDU-geführte noch eine SPD-geführte Kommune, die eine Kommunalisierung der Managementverantwortung für die Arbeitslosen wünscht. Ich rate davon ab, dass wir, die Ministerpräsidenten, die Landesregierungen, den Kommunen diese Verantwortung oktroyieren.

Wenn Herr Kauder sagt, die Kommunen müssten vor Ort entscheiden, aber der Bund dürfe finanzieren, nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich mich in die Situation des Bundes versetze: Dann besteht für die Kommunen keinerlei Anreiz, sich so zu verhalten, dass weniger Geld ausgegeben wird als vorher. Wir kommen vielmehr zu einer exponentiellen Entwicklung, wie wir sie beim Wohngeld im letzten halben Jahrzehnt erlebt haben. Ich halte ein solches Konstrukt aus der Sicht des Bundes verständlicherweise für nicht zumutbar.

Vor diesem Hintergrund meine ich, dass das, was der Bund die Trägerschaft betreffend bisher festgelegt hat, ein Mittelweg ist. Man tut das eine, ohne das andere zu unterlassen: Man bindet die Kommunen ein, was sie auch wollen, aber man mutet ihnen nicht zu, in eigener Regie die Managementverantwortung für die Langzeitarbeitslosen zu übernehmen. Ich halte diesen Weg auch angesichts der Meinungsbildung im Konzert der kommunalpolitisch Verantwortlichen für eine nahe liegende Lösung.

Letzte Bemerkung! Was die Finanzierung betrifft, so will ich keinen Hehl daraus machen, dass es auch aus der Sicht des Landes Nordrhein-Westfalen Diskussionsbedarf hinsichtlich dieser Tabelle gibt.

Abg. Ludwig Stiegler: Ich möchte noch etwas zu dem Thema "Zentralisierung oder Dezentralisierung" sagen. Ich glaube, viele von uns haben immer noch das Bild

der alten Bundesanstalt im Kopf, die kein Musterbild einer dynamischen Behörde war. Aber seit geraumer Zeit wird daran gearbeitet, aus dieser Anstalt ein bewegliches Gebilde zu machen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Imagekampagne! - MP Roland Koch (HE): Die Imagekampagne war noch nicht wirksam genug, Herr Kollege Stiegler!)

- Herr Milbradt, wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein! Ich schaue alle Regierenden an und frage mich, wer von ihnen da ohne Sünde ist. Nicht alle sind erwischt worden, nicht alle haben das Problem, dass ihnen die Presse im Nacken sitzt. Schadenfreude sei Ihnen gegönnt - das ist die reinste Freude -, aber wir sollten uns untereinander nicht unnötig mit Freundlichkeiten überziehen.

Ich denke, die neue Jobanstalt ist ein völlig neues Gebilde. Sie arbeitet nicht mehr verwaltungsbürokratisch, sondern mit Zielvereinbarungen. Sie wird eine sehr hohe örtliche Mobilität haben. Sie wird auch einen anderen Vorstand haben. Die gesellschaftlichen Gruppen werden in die Selbstverwaltungsorgane vor Ort eingebunden sein. Ich meine, man sollte zur Kenntnis nehmen, dass die Bundesanstalt umgebaut wird, so dass sie mit der alten Verwaltungsbehörde im Grunde nicht mehr vergleichbar ist. Sonst hätten wir das Ziel in einem zentralen Punkt nicht erreicht. Das bitte ich zu bedenken. Das heißt: Partner der Kommunen wird ein anderer als der "verstaubte" Arbeitsamtsdirektor sein, der das jetzt noch vorherrschende Leitbild dieser Behörde bestimmt.

Schauen wir uns doch einmal an, was die Kommunen bisher gemacht haben! Ich glaube, keine 10 % der deutschen Kommunen haben sich bisher besonders hervorgetan. Es gibt ein paar Glanzlichter, in Köln oder in Hessen bei unserem gemeinsamen Freund Pipa.

(Zuruf: Mustersozialdemokrat!)

- Ich sage: unser gemeinsamer Freund Pipa! - Auch die Aktivitäten in der Landeshauptstadt München sind hervorzuheben. Aber wenn ich mich umschaue, dann stelle ich fest, dass kommunales Engagement nur rudimentär vorhanden ist. In vielen Ländern müssten Sie erst eine Motivationskampagne starten.

Ich meine, wir haben hiermit eine vorgegebene Struktur, die die beteiligten Kreise dazu zwingt, sich zusammenzutun, die sie öffentlich unter Druck setzt und unter Einigungszwang stellt. Das macht den Charme dieser Geschichte aus. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass dieses Modell rasch Wirkungen zeigen wird. Wenn Sie sich anschauen, was Herr Ministerpräsident Koch vorschlägt, werden Sie feststellen, dass

Sie einige Jahre brauchen, bis Sie Bewegung am Arbeitsmarkt erreichen. Vielleicht haben wir bis dahin die Hauptprobleme schon gelöst. Es ist jedenfalls wünschenswert, dass die Arbeitslosigkeit nicht ansteigt.

Ich nehme ernst, was Herr Koch zu der Frage sagt, wie man sich die Beute des Erfolgs einer Vermittlung teilt. Damit hat er in der Tat eine prekäre Situation angesprochen; das muss in aller Offenheit erörtert werden. Wir haben ein Limit: Der Bund ist mit 2,5 Milliarden Euro dabei, die Länder und Gemeinden mit bestimmten Beträgen. Das Problem, wie die Beute des Erfolgs geteilt werden soll, ist quasi innerhalb eines Subsystems lösbar. Wenn Sie aber, wie Herr Kauder, sagen, dass eine Gesamtschau des Ausgleichs zwischen Ost und West und zwischen Nord und Süd nur in getrennten Systemen möglich ist, dann bedeutet das, dass wir im System Hartz IV einen zweiten Filter zum Zwecke der Ausrichtung nachschalten müssen. Das, was jetzt in Kombination von Gewerbesteuer und Umsatzsteuer betrachtet wird, müsste man dann an anderer Stelle sehen. Am Ende wird es jedoch immer auf eine unterschiedliche Entlastung hinauslaufen, weil die Probleme unterschiedlich gelagert sind. Ein Land, das Probleme hat, erfährt durch die Übernahme der Geschäfte durch den Bund eine ganz andere Entlastung als ein Land, das auf dieser Ebene keine Sorgen hat. Aber ich finde, das gehört zum nationalen Solidarausgleich und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Deswegen hätte ich innerhalb bestimmter Bandbreiten kein Problem damit.

Aus diesem Grunde haben wir das Thema "Finanzen" bei beiden Arbeitsgruppen angesiedelt; denn kundige Thebaner haben schon geahnt, dass das Problem innerhalb einer Arbeitsgruppe nicht zu einem Ausgleich gebracht werden kann. Deswegen tun wir nichts Unsittliches, wenn wir zu dem Thema "Finanzierung" quasi Arbeitsgruppen übergreifend einen Vorschlag machen. Ob man das in der Globalschau betrachtet oder wie auch immer, ist eine andere Frage, die wir in einem zweiten Schritt gemeinsam angehen müssen.

Ich weise Sie noch einmal darauf hin, dass wir den Ausgleichsbedarf mit unserem Modell minimiert haben. Das ist das Entscheidende. Herr Koch will 14 1/2 Punkte vom Bund. Herr Eichel ist genauso freigiebig wie die Finanzminister auf Ihrer Seite, und diese sind schon bei sieben Punkten in die Knie gegangen. Herr Koch will das Doppelte; ich bin - entsprechend der Feinrechnung von Karl Diller - bei 0,7 angelangt. Wenn wir das Modell wollen, dann gilt: Wenn wir über den Hund kommen, kommen wir auch über den Schwanz. Deswegen, meine ich, dürfte das einer Einigung nicht entgegenstehen.

Über die Teilung der Beute im Erfolgsfall - Herr Koch hat auch hinsichtlich seines Modells angeboten, die Beute zu teilen - müsste man noch reden, wobei ich darauf hinweise, dass in unserem System der Bund die Kosten der aktiven Arbeitsmarktpolitik trägt. Bei Lohnkostenzuschüssen oder Eingliederungshilfen investiert zunächst einmal der Bund. Er muss natürlich als Erster einen Return on Investment haben. Trotzdem kann eine Situation eintreten, über die man reden muss. Dazu wird uns etwas einfallen, wenn wir über den Hund gekommen sind.

MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Ich gebe gerne zu: Ich habe noch nicht ganz richtig verstanden, über welchen Hund ich kommen müsste. Deswegen habe ich ein paar sehr kurze Nachfragen:

Sie haben in den Formulierungshilfen Finanzsummen für einige Jahre festgeschrieben, die dann als Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Allein die Tatsache, dass dies nicht zweckgebundene Mittel sind, macht mich noch lange nicht habgierig, weil ich nicht weiß, wie diese Summen insgesamt konzipiert sind, was die Berechnungsgrundlage ist und wie wir damit zu Rande kommen.

Sie haben in einer anderen Tabelle die finanziellen Wirkungen der Hartz-IV-Reform aufgelistet und unter "Entlastungen der Kommunen" Minusbeträge ausgewiesen. Eine Minusentlastung ist aus meiner Sicht eine Belastung. Aber vielleicht ist es anders gemeint.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Nein, das ist eine Entlastung!)

Darüber muss man reden - das ist erklärungsbedürftig -, damit wir wissen, was dabei herauskommt. Denn wenn wir uns auf ein Geschäft einlassen, bei dessen Finanzierungskonzeption die Reform im Bereich von Hartz III und Hartz IV mit der Gemeindefinanzreform derart verquickt ist, dass wir in der letzten Spalte bloß noch sehen, was das zusammen bedeutet, ohne die gegenseitigen Auswirkungen im Laufe der Jahre erklären zu können, dann sehe ich die große Gefahr, dass wir ein Paket kaufen, dessen einzelne Bestandteile uns nicht ganz klar sind.

Für die eigene Meinungsbildung ist es erforderlich, dass die Zusammenhänge analysiert werden, damit wir nicht in die Situation kommen, uns vielleicht einer Sache zu nähern und damit zu einem anderen Problem, das ebenfalls auf der Tagesordnung steht, schon präjudizierende Entscheidungen zu treffen, so dass keine Beweglichkeit mehr besteht. So darf man es meiner Ansicht nach nicht machen.

Abg. Klaus Brandner: Ich möchte darauf hinweisen, dass im Kern Einvernehmen darüber besteht, dass bei der Bewältigung der Langzeitarbeitslosigkeit in der Vergangenheit weder die Bundesanstalt für Arbeit noch die Kommunen sehr erfolgreich waren. Einvernehmen besteht auch darüber, dass es keine Ebene allein schaffen kann. Die Aufgabe kann auch nicht im Gegeneinander der Ebenen gelöst werden. Wir sind vielmehr auf Kooperation angewiesen, wenn wir am Ende erfolgreich sein wollen.

Herr Koch greift in einer schwierigen Situation ein eher populistisches Argument auf, indem er von einem politischen Einschätzungsunterschied spricht und sagt: Wir trauen es der BA nicht zu. - Nun wurde die BA viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte maßgeblich von Personen geführt, die parteipolitisch Ihrem Bereich, Herr Koch, zuzurechnen sind. Insofern ist das Misstrauen in den Erfolg eines so umfangreichen Reformprozesses, wie wir ihn bezüglich der BA angehen, aus meiner Sicht zu groß. Dass die Bundesanstalt dringend reformbedürftig ist, haben die Ergebnisse der letzten Jahre zu Tage gebracht. Dass wir mit Hartz IV auch Hartz III beschließen müssen, um durch neue Instrumente und eine neue Organisationsstruktur für Effizienzsteigerungen zu sorgen, steht doch außer Zweifel.

Ich will in diesem Zusammenhang ein konkretes Beispiel nennen, das sich auf das Land Sachsen bezieht. Herr Ministerpräsident Milbradt, wenn man weiß, dass in Sachsen ca. 14 000 Sozialhilfeempfängern 250 000 Arbeitslosenhilfeempfänger gegenüberstehen, dann muss man sich deutlich machen, dass die Kommunen am Tag X zusätzlich zu den 14 000 Personen, um die sie sich bisher gekümmert haben, 250 000 Personen effizient in Arbeit vermitteln sollen. Wie soll das funktionieren? Ich kann mir das praktisch gesehen beim besten Willen nicht vorstellen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich mir schon!)

Mit einer Kommunalisierung der Arbeitslosigkeit ist uns gemeinsam mit Sicherheit nicht gedient. Denn alles, was zu Aktivitäten bezüglich der Verschiebung der Arbeitslosigkeit führt, ändert nichts daran, dass wir unsere Anstrengungen darauf richten müssen, zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und für eine systematische Fallbetreuung zu sorgen. Wir dürfen nicht zuerst in eine finanzpolitische Betrachtungsweise verfallen. Neben allen Debatten über die Finanzen muss in erster Linie die Frage geklärt werden, wie man ein effizientes System organisiert, das am ehesten in der Lage ist, möglichst rasch mehr Menschen in Arbeit zu vermitteln, statt Langzeitarbeitslosigkeit zu verwalten.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Herr Vorsitzender, ich will zwei Vorschläge machen.

Ich bitte die Kollegen Ministerpräsidenten von der B-Seite zu sehen, dass wir in unserem Organisationsvorschlag gravierende Veränderungen vorgenommen haben. Es beginnt bei den Regionaldirektionen, den bisherigen Landesarbeitsämtern, die wir - diesen Vorschlag muss man miteinbeziehen - entgegen unseren ursprünglichen Planungen erhalten wollen und an denen die Länder mitwirken, so dass wir davon ausgehen können, dass von diesen aus regional mit gesteuert werden kann. Eine alleinige oder eine führende Verantwortung der Kommunen halten wir für ausgeschlossen.

Ich will Herrn Ministerpräsidenten Koch, aber auch allen übrigen Kollegen sehr deutlich sagen: Dass der Bund die politische Verantwortung für den Arbeitsmarkt und damit auch für die Arbeitslosigkeit hat, ist klar. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Bund, der die Verantwortung hat, das Management an die Kommunen abgibt - trotz aller Einwände, die es gibt. Herr Ministerpräsident Steinbrück hat darauf hingewiesen, dass Sie bundesweit Probleme haben werden, Städte und Gemeinden zu finden, die bereit sind, die Verantwortung zu übernehmen. Sie werden einen Arbeitsmarkt bekommen, in dem die einzelne Kommune versucht, ihre Arbeitslosen in ihrem Arbeitsmarkt unterzubringen. Das hat im praktischen Sinne eine Lokalisierung und Kommunalisierung der Arbeitslosigkeit zur Folge, die die Zusammenhänge, mit denen wir mangels Mobilitätsbereitschaft der Betroffenen ohnehin Probleme haben, endgültig auflösen.

Wir sind meines Erachtens sehr weit gegangen - bis hin zu einer Fifty-fifty-Stellung der örtlichen Agentur für Arbeit und der Kommune. Über die Regelung der Geschäftsführung kann man sich verständigen, um das oft erwähnte Beispiel aus dem Main-Kinzig-Kreis aufzunehmen. Auch ich habe Herrn Pipa besucht; alle müssen zu Herrn Pipa. Er ist dort schon seit langer Zeit dominant. Sie können sich örtlich entscheiden, wie Sie wollen. Wir geben auch die Organisationsstruktur vor Ort in die Verantwortung der Arbeitsgemeinschaft, die wir vorschlagen. Wir wollen einen Teil des Budgets für die Arbeit vor Ort vorsehen. Ich bitte Sie, die Veränderungen, die wir dort vorgenommen haben, nicht zu unterschätzen. Aber weitergehende Veränderungen - bis hin zu einer Kommunalisierung mit allen finanziellen Konsequenzen im Verhältnis zur Bundesanstalt bzw. zur künftigen Bundesagentur - sind für uns nicht vorstellbar.

Da ich der Meinung bin, dass wir jetzt weiterkommen müssen, will ich den Vorschlag machen, wenn ich darf, Herr Vorsitzender, dass Herr Diller auf die Frage

von Herrn Ministerpräsidenten Böhmer hin die Säulen unseres Vorschlages vorstellt, damit das System durchsichtig wird. Es ist in der Tat eine Zumutung, dass Ihnen unser Vorschlag erst jetzt auf den Tisch gelegt worden ist. Aber es ist uns nicht eher möglich gewesen.

Ich darf einen Satz hinzufügen, um die Frage von Herrn Kauder zu beantworten: In Spalte 7 ist die Gemeindewirtschaftsteuer angeführt. Dort lässt sich sehr wohl auch ein anderes Gemeindefinanzierungssystem einbauen und sofort umsetzen. Wir haben das versuchsweise getan; auch das können wir Ihnen darstellen.

Ich schlage vor, Herr Vorsitzender, wenn ich darf, dass Herr Diller nun sachliche Erläuterungen gibt.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Mir liegen noch Wortmeldungen von Herrn Kauder, Herrn Stiegler, Herrn Huber, Herrn Diller, Herrn Mittler und Herrn Milbradt vor. Herr Kauder hat vorhin angeregt, die Sitzung zu unterbrechen, damit wir uns mit den neuen Papieren vertraut machen können. Sollen wir zuvor die Rednerliste schließen und die Wortmeldungen abhandeln? - Okay.

Abg. Volker Kauder: Zunächst bin ich dankbar dafür, dass das Modell von uns aufgeschrieben wird. Ich möchte darum bitten, es zu vervielfältigen und uns vorzulegen, damit wir es uns in der Unterbrechung ansehen können.

Nach dem, was Sie im Hinblick auf die Entlastung der Kommunen von der Sozialhilfe vorschlagen, werden sich die Ausgaben in der dynamischen Entwicklung nicht sehr fair zueinander verhalten. Sie setzen darauf, dass man auf dem Arbeitsmarkt vorankommt. Die Ausgaben für die Erwerbsfähigen übernimmt der Bund, die Erwerbsunfähigen setzen Sie den Kommunen vor die Türe. Sie überlassen also einen wichtigen Bereich von Hilfeempfängern den Kommunen und finanzieren sich auf deren Kosten. Aber die Wohnkosten von Alg-II- und Sozialgeldbeziehern werden sich anders entwickeln als die Sozialhilfeausgaben. Vielleicht treffen die Zahlen 11,6 und 8,94 jetzt zu, auf Grund der Dynamik werden sie jedoch in einem Jahr oder in zwei Jahren ganz anders aussehen. Auch in den neuen Ländern kann es anders aussehen. Darüber müssen wir noch sprechen.

Zweitens. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bundesanstalt für Arbeit, die sich jahrzehntelang nicht um die Arbeitslosenhilfebezieher gekümmert hat, dies auf einmal besser können soll, zumal Sie einen Niedriglohnbereich nicht in Erwägung ziehen! Sie haben keine Alternativen, um vermitteln zu können. Deswegen bleibe ich dabei: Das Weisungsrecht, das Entscheidungsrecht und die Möglichkeit der strategischen Entwicklung müssen bei den Kommunen liegen. Die Kommunen müssen in dieser Frage den Hut aufhaben. Ihre Aussagen haben uns noch nicht überzeugt.

Wenn Sie sagen, der Bund trage die Verantwortung für den Arbeitsmarkt und dürfe deswegen die Instrumente dafür nicht abgeben, kann ich nur erwidern: Das ist sehr eindimensional gedacht. Der Bund trägt in erster Linie die Verantwortung für die Entwicklung der Konjunktur und für Wirtschaftswachstum. Wenn Sie damit voran-kommen, helfen Sie auch den Gemeinden ganz erheblich. Dann kann die Vermittlung

von Arbeitslosen viel besser funktionieren. Wenn Sie meinen, die Verantwortung zu haben, müssten Sie den Kommunen viel intensiver dabei helfen, ihre Investitionsprobleme zu lösen.

Das einzige Argument heißt: Wer kann es besser? Ich meine, eine Behörde, die von Nürnberg aus regiert wird, kann es nicht besser als jemand, der sich vor Ort genau auskennt. Wir bleiben dabei, dass die Entscheidungen vor Ort fallen müssen.

Ich wäre dankbar, wenn Herr Diller darstellte, zu welchen Entwicklungen es kommt, wenn das Sofortmodell umgesetzt wird, das von der B-Seite im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzreform eingebracht worden ist.

Abg. Ludwig Stiegler: Man muss nicht alles wiederholen. Dass Bund und Kommunen via Bundesanstalt ein Joint Venture zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingehen, ist meiner Meinung nach ein gewaltiger Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht.

Herr Kauder, momentan haben die Kommunen das komplette Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit. Darin liegt ein Teil ihrer Probleme begründet. Deshalb sollte man den Schritt, den wir auf die Kommunen zugehen, nicht unterschätzen: Der Bund übernimmt das Risiko für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger inklusive deren Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen. Herr Eichel zahlt nach dem bisherigen Stand per saldo 2 1/2 Milliarden Euro drauf. Das ist der Saldo der Entlastung, der ankommt.

Zweitens. Ich nehme die Frage der finanziellen Auswirkungen in dem Falle, dass die Langzeitarbeitslosigkeit dank der gemeinsamen Bemühungen zurückgeht, ernst. Wenn man bei unübersichtlichen Generalformeln sicherstellen will, dass die Beute gerecht geteilt wird und die Anstrengungen gerecht belohnt werden, müsste man sich ein Modell überlegen, wie im Lichte der Erfahrungen der Arbeitsmarktpolitik die Über- und Unterkompensation der beteiligten Kreise ausgeglichen wird. Da kann man eine Zeit lang nur auf Sicht fahren. Hier besteht jedenfalls nicht die Absicht, dass sich nach der societas leonina einer alles unter den Nagel reißt und der andere nichts hat. Darüber müsste man, wenn die Grundentscheidung gefallen ist, beim Feinstricken noch einmal sprechen.

StM Erwin Huber (BY): Ich möchte zum Finanztableau etwas sagen.

Ich bestätige zunächst, dass man die Finanzierungsfolgen von Hartz IV und die Gemeindefinanzreform nicht vermischen darf. Wenn wirklich eine Beute erzielt wird,

Herr Stiegler, hängt das nicht nur von den eigenen Anstrengungen der Kommune ab, sondern auch von der sektoralen, der regionalen, der konjunkturellen Entwicklung. Ob sich hier eine Beute ergibt, unterliegt sehr vielen Einflüssen. Deshalb kann ein Schätzbetrag als Grundlage für eine generelle Verbesserung in der Gemeindefinanzreform nicht berechnet werden.

Zweitens. Herr Diller hat lapidar gesagt, wir müssten 0,7 % Umsatzsteueranteile einsammeln. Er hat nicht erwähnt, bei wem. Ich nehme an, er meint die Länder.

(PStS Karl Diller (BMF): Bei allen Ländern!)

- Im Grunde sind auch die Kommunen an der Mehrwertsteuer beteiligt. - Ich muss noch einmal fragen: Sie meinen die Länder?

(PStS Karl Diller (BMF): Ja!)

- Gut. - Das heißt, der Bund geht davon aus, dass er einen sich in der Arbeitsteilung zwischen Bund und Kommunen ergebenden Finanzierungssaldo bei den Ländern einsammelt und uns die Aufgabe der Refinanzierung übergibt, indem wir mit 7 000 Gemeinden im Bundesgebiet über das Geld streiten, das wir vorher dem Bund abliefern. Das mag aus Ihrer Sicht eine bequeme Position sein. Aber warum sollten sich eigentlich die Länder, die sonst nicht im Spiel sind, in die Finanzierungsfrage hineinbegeben? Deshalb muss das Delta, das Sie in Ihrer Finanzierung haben, auf andere Weise gelöst werden, aber nicht auf dem Rücken der Länder.

Drittens. Ich nehme an, dass Ihr Tableau ersetzt, was Grundlage Ihrer Begründung in Hartz IV war, nämlich das Ansteigen von 2,1, 5,8 auf 7,3. Das dürfte damit obsolet sein, oder nicht?

(PStS Karl Diller (BMF): Das weiß ich jetzt nicht genau!)

- Für unsere weiteren Beratungen wäre es günstig, wenn diese Fragen beantwortet würden.

(Abg. Carl-Ludwig Thiele: Könnten Sie den letzten Punkt wiederholen, so dass er verstanden wird?)

- Die Bundesregierung fordert in ihrer Grundlage von Hartz IV, dass die Länder 2004 2,1 Punkte, 2005 5,8 Punkte und dann 7,3 Punkte abgeben.

(Abg. Ludwig Stiegler: Das wäre dadurch ersetzt!)

- Ich frage ja gerade: Ist es durch das neue Tableau ersetzt?

(PStS Karl Diller (BMF): Ja! - Abg. Ludwig Stiegler: Ich habe doch gesagt: Wir haben das Problem minimiert! Es ist immer noch groß, aber minimiert!)

PStS Karl Diller (BMF): Ich darf damit beginnen, was Herr Minister Huber angesprochen hat. In der Tat hätte die ursprüngliche Konzeption auf der Länderseite bedeutet, dass sie zur Erwirtschaftung der 7,8 Prozentpunkte Umsatzsteuer, die an den Bund zu übertragen gewesen wären, ihre kommunalen Finanzausgleichsgesetze kräftig hätten ändern müssen. Um diese Schwierigkeit zu beseitigen, ist nach einem System gesucht worden, das weniger Umsatzsteuerpunkte bedarf und gleichzeitig garantiert, dass die kommunale Seite ein hohes Eigeninteresse daran hat, dass die gesamte Operation zu einem wirtschaftlichen Erfolg führt, indem sie an den Kosten der Unterkunft, einschließlich Heizung, beteiligt ist.

In der Spalte 1 des Ihnen vorliegenden Querblatts sehen Sie eine Zahl aus der Arbeitsgruppe, Stichwort "Eichel/Riester". Man hat über ein Jahr hinweg gerechnet und ist auf dem Stand des Jahres 2000 auf Kosten in Höhe von 10,4 Milliarden Euro gekommen. 11,6 sind die Fortschreibung. In der zweiten Zeile stellen wir rechnerisch das Jahr 2005 dar. 2005 läge durch Fortschreibung der wirtschaftlichen Eckdaten die Summe bei 11,6.

In der Spalte 2 ist das kommunale wirtschaftliche Interesse postuliert, die Beteiligung der Kommunen an den Wohnkosten der Alg-II- und Sozialgeldbezieher. Hierzu hat es eine Rechnung der Bundesregierung gegeben, und parallel dazu - ich darf das sagen, Frau Keler - haben Sie die Plausibilität geprüft. Es hat sich eine Differenz von 50 Millionen ergeben. Das ist bei der Größenordnung von 8,9 und 9 Milliarden Euro.

In der Spalte 3 ist ein Saldo aus belastenden und entlastenden Elementen ausgewiesen. Mit Hartz IV ist ja auch eine Wohngeldreform verbunden. Enthalten sind die Veränderungen bei den Eingliederungsleistungen und auch eine Abtretung von 1,3 Milliarden Euro in Form von Umsatzsteueranteilen an den Bund. Das sind 0,9 Prozentpunkte.

(StM Gernot Mittler (RP): Darf ich bitten, die Einzelzahlen zu Wohngeld und Eingliederung zu nennen, damit sich der Saldo nachvollziehen lässt!)

- Herr Mittler, das würde ich Ihnen gerne nachreichen. Ich muss die Arbeitsebene bitten, mir diese Zahlen an die Hand zu geben.

In Spalte 4 ergibt sich der Saldo aus den Spalten 1 bis 3. Sie sehen: Alle westlichen Länder werden entlastet. Eine Belastung tritt bei den östlichen Bundesländern ein. Das hängt damit zusammen, dass diese überproportional viele Arbeitslosenhilfebezieher aufweisen, für die sie die Kosten der Unterkunft zu schultern hätten. Das ist eine erhebliche Belastung. Daher ist überlegt worden, wie wir diesen ungewollten Effekt fair ausgleichen. Die in der unteren Spalte ausgewiesene Gesamt-

entlastung für die Kommunen von 2,55 stellt sich so ein: im Westen eine Entlastung von rund 3,3, im Osten eine Belastung von 0,8, im Saldo 2,5. Das ist aber nicht die zielgenaue Verteilung. Zum Ausgleich dieses Problems schlagen wir vor, von allen Ländern, auch von den östlichen, noch einmal 0,7 Prozentpunkte einzuziehen. Das sind im ersten Jahr 924 Millionen Euro. Sie sind an die Flächenländer Ost - nicht Berlin - auszuschütten, damit dort das Minus ausgeglichen werden kann.

Wir haben jetzt einen fairen Ausgleich zwischen Ost und West, aber, offen eingestanden, ein Problem, nämlich das mit relativ wenig Arbeitslosenhilfebeziehern belastete Bayern. Es hat auf der anderen Seite eine relativ starke Finanzkraft. Bayern ist durch das Einsammeln von Umsatzsteuerpunkten überproportional an der Finanzierung beteiligt. Deswegen sehen Sie in Spalte 6, Herr Huber, Ihr Bundesland mit einer Belastung von rund 20 Millionen Euro. Wir haben immer gesagt, eine Gemeindefinanzreform durchführen zu wollen. Dazu gehört nicht nur Hartz IV, sondern auch die Gemeindewirtschaftsteuer. Wenn man diese in die Betrachtung einbezieht - siehe Spalte 7 -, wirkt sich das im Jahre 2005 entlastend aus. Sie sehen den Saldo aus Spalte 6 und Spalte 7 in Spalte 8, nämlich eine Gesamtentlastung von knapp 5,3 Milliarden Euro für die kommunale Ebene. Diesmal sind auch die Gemeinden Bayerns mit 390 Millionen Euro bei den Gewinnern.

Wenn man das Alternativmodell mit der Reduzierung der Gewerbesteuerumlage und der Übertragung von Umsatzsteuerpunkten heranzieht, muss man, Herr Kauder, Folgendes berücksichtigen: Soweit ich es in Erinnerung habe, bezieht sich die Übertragung der Umsatzsteuerpunkte ausschließlich auf das Jahr 2004.

(Abg. Volker Kauder: Und 2005! - Gegenruf PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Nein, nach Ihren Vorstellungen nur 2004!)

Dann führt Ihr Modell zu einer entlastenden Wirkung von nur 1,23 Milliarden Euro für die kommunale Seite. Das ist etwas weniger als die Hälfte unserer Spalte 7. Daher reduzieren sich auch die Ergebnisse in der Spalte 8. Das resultiert daraus, dass nach dem vorliegenden Entwurf bei Ihnen die Umsatzsteuerpunkte auf das Jahr 2004 beschränkt sind, während auf unserem Querblatt die Finanzierung des Jahres 2005 eingeschlossen ist. Dies wäre das erste Jahr der vollen Wirksamkeit der Gesetzgebung.

(Abg. Carl-Ludwig Thiele: Das wäre also ohne Umsatzsteuer! Was wäre in 2004? - Gegenruf BM Wolfgang Clement (BMWA): 1,23!)

- 2004 lässt sich schwierig berechnen, weil das Inkrafttreten festgelegt werden müsste. Das lässt sich im Moment finanziell nicht darstellen, weil die wesentlichen Eckdaten nicht ausgehandelt sind.

MP Roland Koch (HE): Herr Diller, ist es richtig, dass dieses Verteilungsmodell zunächst auf drei Jahre - 2005 bis 2008 - festgelegt wird?

PStS Karl Diller (BMF): 2005 bis 2008 wären nicht drei Jahre, sondern 2005 und 2008 sind mitgerechnet. Das ist ein Punkt, über den man miteinander sprechen muss. Wenn sich die atypische Situation ergäbe, dass sich nichts veränderte, weil keine Gesetzgebung vollzogen würde, könnten wir uns auch vorstellen, dass sich das Verhältnis zwischen Sozialhilfeempfängern, die arbeitsfähig sind, und Arbeitslosenhilfeempfängern in den neuen Bundesländern allmählich dem westlichen Niveau angliche. Daher ist ein begrenzter Zeitraum für diese Maßnahme in unserer Konzeption. Das kann aber genauso gut beispielsweise auf das Jahr 2010 bezogen werden.

StM Erwin Huber (BY): Habe ich richtig gehört, dass Sie in Spalte 3 auch 0,9 Prozentpunkte Mehrwertsteuer umverteilen? Das heißt in der Summe 1,6?

PStS Karl Diller (BMF): Das ist so. Das Problem von 7,8 reduzieren wir auf 1,6, wobei 0,7 lediglich eine Umverteilung innerhalb der Länder wäre.

StM Gernot Mittler (RP): Ich möchte im Zusammenhang mit den Bemerkungen, die Ministerpräsident Steinbrück gemacht hat, den Hinweis geben, dass sich die Westländer - ich denke, das gilt für die Ostländer gleichermaßen - mit der Umsatzsteuerverteilung über den Bund schwer tun und daher als Alternative die ursprünglich angedachte Lösung in Betracht kommen könnte, dass die Umverteilung im Rahmen der den Kommunen zustehenden 2,2 Umsatzsteuerpunkte, die ihnen heute zufließen, erfolgt. Davon ist man abgekommen, nachdem Ministerpräsident Milbradt argumentiert hatte, dass in diesem Falle das Maßstäbegesetz zu ändern sei. Ich denke, das sollte kein Hinderungsgrund sein; denn nach der jetzt angedachten Konzeption bedarf es ebenfalls einer Gesetzesänderung, nämlich des Solidarpaktfortführungsgesetzes - jedenfalls nach der Tischvorlage. Gleich, welches Gesetz man ändert, sollte der von den Ländern am ehesten zu akzeptierende Weg gegangen werden.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich habe mit den Gemeinden in Sachsen gesprochen. Sie sind unter zwei Bedingungen bereit, die Aufgabe zu übernehmen: Erstens wollen sie das Geld erhalten, zweitens wollen sie für einen Übergangszeitraum Zugriff auf die Bundesanstalt für Arbeit. Bei einer Veränderung von Aufgaben kann man davon ausgehen, dass innerhalb kürzester Zeit der Personalkörper angepasst werden kann. Wenn man wegen des Sachzusammenhangs eine bestimmte Aufgabe übernimmt, dürfte die Übergangszeit keinen Hinderungsgrund darstellen. Die Frage ist, wo sie - unterstellt, Personal und Finanzmittel sind vorhanden - am besten gelöst wird. Ich meine, sie sollte unten angesiedelt werden. Das zeigen im Übrigen Beispiele woanders. Die Bundesanstalt für Arbeit kommt für mich zur Lösung nicht in Frage. Sie ist eine Behörde, die Arbeitslosigkeit im Wesentlichen verwaltet, nicht bekämpft. Trotz aller Reform wird sich daran nichts Nennenswertes ändern.

Zu dem Vorschlag: Ich gebe gerne zu, dass er, verglichen mit dem, was bisher auf dem Tisch liegt, und wenn man unterstellt, Hartz IV werde akzeptiert - was ich nicht tue, aber ich rede jetzt nur über die Finanzseite -, eine wesentliche Verbesserung darstellt.

Herr Mittler, eine Änderung des Maßstäbegesetzes kommt für mich nicht in Frage. Dann machen wir die Kiste "Bund-Länder-Finanzausgleich" auf. Es kann nur eine faire Lösung dadurch geben, dass die Mehrbelastung in Ostdeutschland so abgesichert wird, dass das Geld hereinkommt.

Ich möchte auf drei Kritikpunkte hinweisen:

Erstens. Der Bund lässt sich dynamisch Mehrwertsteuerpunkte abtreten, zahlt aber nur Fixbeträge an die Länder. Das kann nicht richtig sein. Das mag im ersten Jahr aufgehen, in den drei übrigen Jahren kassiert er mehr, als er weiterverteilt. Es muss auch auf der Länderseite dynamisch sein.

Zweitens. Ich gehe nicht davon aus, dass sich die Situation in Ost und West innerhalb von vier Jahren angleicht. Über Anpassungsklauseln kann man sicherlich reden, aber dass nach vier Jahren Schluss sein soll, ist für Ostdeutschland nicht akzeptabel.

Dritter Punkt! Wenn Sie sich das Tableau insgesamt ansehen, Herr Diller - unterstellt, Ihre Zahlen einschließlich Gemeindewirtschaftsteuer, worüber getrennt zu diskutieren ist, stimmen -, kommen in Ihrer Rechnung von 5,27 Milliarden Euro gerade 10 % bei den ostdeutschen Flächenländern an. Das heißt, das ist im Wesentlichen eine Stärkung der Finanzkraft der westdeutschen Kommunen. Das kann auch nicht Sinn der Operation sein. Anders ausgedrückt: Wenn das Tableau stimmen soll, müssen die Zahlen noch ein bisschen anders werden.

PStS Karl Diller (BMF): Herr Professor Milbradt, in den letzten drei Jahren war der Effekt der Dynamik der Umsatzsteuer eigentlich negativ; aber das muss nicht ewig so bleiben. Wir haben hier einen fairen Vorschlag gemacht, wie ich meine. Im ersten Jahr der Maßnahme würde der Bund über die 0,7 Prozentpunkte Umsatzsteuer lediglich 925 Millionen Euro erhalten, aber 1 Milliarde Euro an die neuen Bundesländer, soweit es Flächenländer sind, auszahlen. Auf der Zeitachse bis 2008 gleicht sich das aus; keiner bezieht unberechtigterweise 1 Euro Gewinn.

Zweitens. Auch wenn man das Sofortprogramm für die Gemeinden berücksichtigt, haben Sie einen problematischen Effekt. Wenn man beispielsweise die Gewerbesteuerumlage absenkt, hilft das einer Gemeinde, die über wenig Gewerbesteuereinnahmen verfügt, in absoluten Beträgen wenig. Einer gleich großen Gemeinde in Bayern, die über erhebliche Gewerbesteuereinnahmen verfügt, hilft die Absenkung der Umlage in absoluten Beträgen ungleich mehr. Diese Diskrepanz besteht auch bei dem Modell, das Sie vorgelegt haben, dem Sofortprogramm für die Gemeinden.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Auch Ihr Modell ist nicht ohne Veränderung der kommunalen Finanzausgleichsgesetze zu realisieren. Jetzt werden weniger Umsatzsteuerpunkte abkassiert. Aber was Sie zur Finanzierung des Ostausgleichs kassieren, muss zunächst einmal eingesammelt werden. Wenn die Länder die Rechnung nicht allein bezahlen sollen, müssen die Finanzausgleichsmassen in dem Umfang der Reduzierung ihrer Umsatzsteuereinnahmen verändert werden. Darauf möchte ich aufmerksam machen.

Allerdings ist mit Ihrem Modell und möglicherweise mit allen anderen Modellen ein zweiter Effekt verbunden. Sie brauchen auch eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes der Länder, um die Verteilungswirkung zwischen den Gemeinden, zwischen Städten und Landkreisen, zu erreichen. Wie auch immer gerechnet wird, ist bei dem Vorschlag, den Sie gemacht haben, eine grundlegende Reform oder Überarbeitung der kommunalen Finanzausgleichsgesetze, bezogen sowohl auf das Volumen als auch auf die Struktur, unvermeidlich. Nur damit man sich über die Konsequenzen im Klaren ist!

(Abg. Ludwig Stiegler: Ohne Feinsteuerung geht es nicht!)

- Nur damit Sie die Problematik dieses Vorschlags begreifen! - Ich gebe gerne zu, dass dieses, bezogen auf die ursprüngliche Verteilungswirkung, eine deutliche Veränderung darstellt.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir haben die Wortmeldungen abgearbeitet. Wie lange soll die Unterbrechung dauern, und wie geht es weiter?

Abg. Volker Kauder: Ich würde darum bitten, Herr Vorsitzender, eine Stunde zu unterbrechen. Dann sollten wir die Fragen, die sich intern ergeben haben, stellen und anschließend mit einem anderen Punkt weitermachen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Um 15.30 Uhr geht es weiter.

(Unterbrechung von 14.28 bis 16.07 Uhr)

Abg. Volker Kauder: Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe noch eine Bitte, was die Terminplanung für Freitag anlangt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion würde am Freitag um 8 Uhr eine kurze Fraktionssitzung machen, um die Kolleginnen und Kollegen zu informieren, was verhandelt worden ist, damit nicht am Wochenende daheim jeder etwas anderes erzählt. Ich bitte daher, um 11 Uhr anzufangen. Kann Wilhelm Schmidt damit einverstanden sein?

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich bin über diese Mitteilung von Herrn Kauder überrascht, halte das aber nicht für ganz verkehrt. Ursprünglich haben auch wir vorgesehen, eine Fraktionssitzung durchzuführen. Ich bitte zu bedenken, ob die Diskussionszeit in unserer Runde dann nicht zu knapp wird. Wir könnten die Vorbesprechung etwas kürzen und um 10.30 Uhr beginnen.

Abg. Volker Kauder: Herr Vorsitzender, mit dem Beginn 10.30 Uhr bin ich einverstanden. Wir werden auf jeden Fall von 8 bis 9 Uhr die Fraktion bedienen, dann schließen wir eineinhalb Stunden Vorbesprechung an.

Ich möchte gleich etwas ankündigen, was mir den Zorn nicht nur der A-Seite, sondern sicherlich auch auf meiner Seite einbringen wird: Wir haben, wie Sie gemerkt

haben, länger gebraucht, weil doch eine Reihe von Fragen noch offen ist. Wir müssen uns wahrscheinlich doch noch auf den Sonntagnachmittag einstellen. Sonntagmorgen gemeinsamer Kirchgang, Sonntagnachmittag Sitzung! Wir haben auch hin- und herdiskutiert, ob man den Samstag nimmt. Aber da wir alle am Montag ohnehin hier sein müssen wegen Präsidiumssitzungen bei der Bundespartei und der Sitzung nachmittags, wäre es sinnvoller, sich den Sonntagnachmittag vorzunehmen. Sagen wir: 16 oder 17 Uhr! Ein solches Verfahren werden wir so schnell nicht mehr erleben. Es hat insofern auch Erlebnischarakter.

(Heiterkeit)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir einigen uns auf Freitag, 10.30 Uhr. Was Sonntag betrifft, wünschen meine Kollegen statt 16 Uhr 18 Uhr. Auch ich bin für 18 Uhr, sonst bekomme ich Krach in der Familie.

(Abg. Volker Kauder: Das kommt doch nur einmal im Jahr vor! - Abg. Carl-Ludwig Thiele: Sie sind nicht der Einzige!)

- Sind wir hier die einzigen Familienväter?

(MP Peter Müller (SL): Sie sind die Einzigen, die deshalb Krach bekommen! - Heiterkeit)

Wir würden am Sonntag nicht gerne vor 18 Uhr anfangen. Findet das Ihre Zustimmung?

(Abg. Volker Kauder: Wilhelm Schmidt ist gnadenlos!)

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Wenn wir um 18 Uhr anfangen, bekommen wir nicht mehr sehr viel zu Stande. Entscheidend ist unter anderem, dass wir die Vorbereitungen dafür treffen wollen, dass parallel zu den Abschlussverhandlungen die Gesetzestexte für Montag und Dienstag geschrieben werden können. Ich sehe da erhebliche Probleme. Wenn wir am Montagmorgen die Gesetzestexte aufbereiten wollen, müssen wir am Sonntag früher anfangen. Später als 17 Uhr halte ich nicht für sinnvoll.

(MP Peer Steinbrück (NW): Warum nehmen wir dann nicht den Samstag? - MP Matthias Platzeck (BB): Unter dem von Wilhelm Schmidt genannten Aspekt sollten wir Samstagvormittag tagen!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir sind nicht alle in der glücklichen Lage, in einer halben Stunde von zu Hause hier zu sein. Herr Kauder hat Recht: Es ist eher vermittelbar, wenn wir am Freitag bald Schluss machen, die lieben Kollegen nach Hause fahren und den Sonnabend frei haben; am Sonntag machen sie sich dann auf, weil sie am Montag ohnehin hier sein müssen. Das ist nicht ganz so familienfeindlich. Diese Sicht teile ich.

Wir vereinbaren prophylaktisch Sonntag, 17 Uhr. Ja?

Abg. Volker Kauder: Auf unserer Seite ist dann um 16 Uhr Vorbesprechung.

(S Dr. Wolfgang Peiner (HH): Ist am Sonntag open end?)

- Ja, ich denke, am Sonntag ist open end. Das ist ja der Charme dieser Veranstaltung.

(StM Gernot Mittler (RP): Bleibt es am Freitag bei der Deadline 14 Uhr? Man muss ja wissen, wann man den Flieger buchen kann!)

- Ja, weil um 15 Uhr die Föderalismuskommission anfängt.

(StM Gernot Mittler (RP): Bleibt es Montag bei 16 Uhr? Wie geht es am Montag weiter?)

- Lieber Gernot Mittler, das hängt davon ab, wie weit wir am Sonntag kommen. Wenn wir am Sonntag alles schaffen, muss das Ganze am Montag von der Administration überarbeitet werden. Dann ist es nur sinnvoll, am Nachmittag zu tagen.

MP Roland Koch (HE): Man sollte sich vornehmen, am Sonntagnacht einen Punkt zu machen. Jede Sitzung, die auf diese Weise geplant wird, führt dazu, dass wir eine Sitzung länger reden. Wenn man schon Sonntag eine Sitzung macht, dann lassen Sie uns schauen, wann man Sonntagnacht Schluss macht! Dann können die Mitarbeiter am Montag in Ruhe arbeiten. Danach machen wir noch eine Redaktions- oder Krisensitzung.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Eine Bereinigungssitzung!)

Wir versuchen, die Sache zu klären, und irgendwann wird abgestimmt. Dann kann man immer noch sehen, wie es weitergeht.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir haben es jetzt einigermaßen sortiert.

Jetzt ist die spannende Frage: Hat die Unterbrechung etwas gebracht?

Abg. Volker Kauder: Sie hat eine ganze Menge gebracht, vor allem neue Fragen. Zu dem Finanzmodell, das Sie vorgelegt haben, haben wir noch eine Reihe von Fragen und Bedenken. Wir müssen es auch noch einmal durchrechnen. Wir sollten die Fragen auf unserer und auf Ihrer Seite, wenn welche vorhanden sind, jetzt noch besprechen. Dann könnten, was ich mit Wilhelm Schmidt gerade vereinbart habe, andere Punkte aufgerufen werden. Wir würden heute gerne noch die Themen "Niedriglohnsektor", "Arbeitsmarkt" und "Arbeitsrecht" besprechen. Wilhelm Schmidt hat mir gesagt, er möchte gerne die Handwerksordnung und das SGB XII behandeln. Einverstanden!

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich habe eine Frage an Herrn Diller bezogen auf das Tableau. Dort werden Mehrwertsteuerpunkte verschoben, wenn auch temporär. Das hat Konsequenzen auf den Finanzausgleich zwischen den Ländern. Ich habe den Eindruck, dies ist nicht berechnet worden. Könnte das ergänzt werden? Die primäre Steuerverteilung der Länder ändert sich. Das hat hier wieder Konsequenzen.

PStS Karl Diller (BMF): Ob sich dadurch Wesentliches verändert, kann ich im Moment nicht überblicken. Ihrem Wunsch können wir gerne nachgehen.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich halte es für sinnvoll, die Fragen an das Finanzministerium, die aufgetaucht sind, zu bekräftigen. Das möge bitte überprüft und neu vorgetragen werden. Deshalb müssen wir über die Details jetzt nicht mehr diskutieren. Es ist allerdings nur dann sinnvoll, das Finanzministerium damit zu beauftragen, wenn wir im Hinblick auf die Systematik ein gewisses Maß an Offenheit erklären. Wenn Sie ohnehin nur das Kommunalmodell machen wollen, können wir uns den ganzen Spaß sparen, um es auf den Punkt zu bringen. Darauf sollten wir wenigstens kurze Zeit verwenden. Wenn die Systematik sehr starr sein soll, hat es keinen Zweck, noch Zahlen, mit denen wir den Ländern bewusst entgegenkommen, auf den Weg zu bringen.

MP Roland Koch (HE): Ich würde empfehlen, zunächst einmal mit offenen Flanken Fragen zu klären, ohne die Hoffnung zu wecken, dass Positionen aufgegeben werden. Sonst würde es nur Sinn haben, eine Frage zu stellen, wenn Sie erklären, dass Sie bereit sind, die Bundeskompetenz abzugeben. Das führt zur Verkürzung der Sitzung. Insofern schlage ich vor, dass wir unsere gegenseitigen Argumente schon einen Augenblick prüfen.

Ich will ergänzend darauf hinweisen, dass zwei Punkte in dem Finanztableau sicherlich noch eine Rolle spielen:

Wenn man über Geld spricht, muss man bedenken, dass wir an dieser Stelle mit den kommunalen Spitzenverbänden erheblichen zusätzlichen Diskussionsbedarf haben. Die Betreuungskosten für psychosoziale Integration betragen nach Aussagen des Landkreistages immerhin 1,7 Milliarden Euro; sie sind im Ausgleichsmodell nicht etatisiert. Das hat mit der Schlüssigkeit Ihrer Rechnung nichts zu tun. Ich weise nur darauf hin: Was als Ausgleich ausreichend ist, ist hier offen, es besteht eine Differenz zwischen der Berechnungsgrundlage und dem, was tatsächlich entsteht. Das ist keine neue Erkenntnis. Aber wenn man über das Finanzmodell spricht, muss dieser Fakt berücksichtigt werden.

Zweitens. Nach unseren vorläufigen Berechnungen in den letzten Minuten müssen wir uns noch mit dem Phänomen beschäftigen, dass nach der letzten Spalte des Tableaus eine Pro-Kopf-Streuung von Gewinn und Verlust bleibt. Die bedauerlichen Kollegen in Bayern verlieren 2 Euro pro Kopf, die glücklichen Kollegen in Bremen gewinnen 200 Euro pro Kopf. Das schließt aus, dass Herr Kollege Scherf mit abstimmt; denn er ist befangen.

(Heiterkeit)

Hier besteht nach wie vor ein erhebliches Problem.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Zum Prozedere: Wir erlauben uns zu Zahlen jetzt keinen Streit, sondern informieren uns und ermöglichen eine faire Grundlage für die politische Abwägung. Das ist die Voraussetzung dafür, dass es hier konstruktiv weitergeht. Wenn wir anfangen, uns bei Zahlen "reinzulegen", hat es keinen Sinn.

(MP Roland Koch (HE): Das hat mit Reinlegen nichts zu tun!)

PStS Karl Diller (BMF): Herr Vorsitzender, den ersten beiden Punkten gehen wir gerne noch einmal nach und liefern Ihnen die Daten.

Zur Pro-Kopf-Streuung zwischen Bayern und Bremen müssen Sie bedenken, dass die Belastung durch erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger regional extrem unterschiedlich ist. Die Entlastung ist dort am stärksten, wo bisher die Belastung extrem ist. Dem Hinweis, dass dies durch die veredelten Einwohner der Stadtstaaten berücksichtigt sei, sind wir nachgegangen. Wir können das nicht erkennen. Das wird in der Veredelung minimal berücksichtigt.

MP Roland Koch (HE): Das Land Hessen hat einen Gewinn von 62, das Land Rheinland-Pfalz von nur 20. Ich glaube, ich bekäme mit Herrn Mittler Ärger, wenn ich daraus schlösse, dass es in seinem Land mit der Arbeitslosigkeit sehr viel besser gegangen ist als im Bundesland Hessen.

(PStS Karl Diller (BMF): Das hängt mit Kassel und Frankfurt zusammen!)

- Nehmen Sie das gesamte Land! Das wird als Erklärung nicht ausreichen.

StM Erwin Huber (BY): Wir müssen das Modell noch genauer berechnen. Prima facie ist es außerordentlich kompliziert. Es bedingt eine Änderung des vertikalen Finanzausgleichs, eine Änderung des horizontalen Finanzausgleichs und hat eher zufällige Ergebnisse. Diese schwer wiegenden Bedenken möchte ich gleich zu Protokoll geben.

PStS Karl Diller (BMF): Zu dem letzten Argument von Herrn Ministerpräsident Koch: Die Extrembelastung ist in Frankfurt und in Kassel. Rheinland-Pfalz hat keine vergleichbar großen Städte und damit kein vergleichbar großes Problem.

Zu dem, was Herr Minister Huber angesprochen hat: Das Sternchen und die Fußnote in der Erläuterung zu unserem Modell weisen in Spalte 3 eine Wohngeldreform aus. Dadurch werden die Länder um 1,9 Milliarden Euro entlastet. Bei den Eingliederungsleistungen beträgt die Entlastung eine halbe Milliarde. In unserem Modell wird die Ebene der Länder um 2 1/2 Milliarden entlastet. Da sie aber am Schluss plus/minus null dastehen soll, ist die logische Konsequenz, dass ein Teil des Ausgleichs in die eigenen Kommunen fließt, und zwar in der Größenordnung von etwa 1,2 Milliarden Euro. Der übrige Teil ist über die Umsatzsteuerpunkte an den Bund abzuführen.

MP Peer Steinbrück (NW): Dieser Hinweis lädt zu der Frage ein, warum die Länder ausgerechnet beim Wohngeld nicht entlastet werden sollen. Hier ist die Entwicklung in den letzten Jahren - die Exponentialkurve - so beeindruckend, dass einem die Augen tränen. Diese Frage wird provoziert. Sie sollte von den Fachleuten, die da miteinander rechnen, weiter erörtert werden.

Meine eigentliche Bemerkung: Wir alle würden einen Fehler machen, wenn die Länder mit Blick auf die Entlastung nach dem Motto verführen: Stimmen die

Proportionen, die Größenordnungen der Einwohnerzahl, des Bruttosozialprodukts und der Kriterien, die in unserem internen Verhältnis bis hin zum Königsteiner Schlüssel eine Rolle spielen? Entscheidend ist, dass die Kommunen in denjenigen Ländern entlastet werden, die am meisten arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger haben. Das ist ein anderes Kriterium. Darauf bitte ich zu achten.

Wenn wir Länder nach dem bisherigen Konkurrenz- oder Wettbewerbsmuster - Vergleichsmuster ist vielleicht richtiger ausgedrückt - schauen, wer wie wegkommt, wird das nicht zu einer Lösung führen; denn das eigentliche Kriterium unterscheidet sich von denjenigen, die bisher in solchen Verteilungsdebatten eine Rolle gespielt haben. Die Kommunen oder Regionen, die erkennbar von hoher Arbeitslosigkeit am meisten betroffen sind, finden sich am ehesten in der letzten oder der vorvorletzten Spalte wieder, weil sie den größten relativen Anteil an arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern haben. Diese Situation stellt sich in Bayern anders dar als im Ruhrgebiet und im Ruhrgebiet anders als in Thüringen, wobei ich vermute, dass Thüringen sehr viel weniger Sozialhilfeempfänger als Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfebezieher hat.

M Gerhard Stratthaus (BW): Herr Steinbrück, das ist schon eine grundsätzliche Frage. Es geht nicht nur um die Ergebnisse, die unten herauskommen, es geht um den Finanzausgleich. Wir betrachten Länder und Kommunen gemeinsam. Hier liegt plötzlich ordnungspolitisch ein ganz anderer Finanzausgleich vor. Die ganze Zeit hatten wir - von wenigen Ausnahmen abgesehen - einen Einnahmenausgleich, jetzt orientiert sich der Ausgleich an den Aufwendungen. Das ist ein Paradigmenwechsel.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich habe keine Wortmeldungen mehr. Wir rufen dieses Thema morgen wieder auf.

Ich habe Herrn Kauder so verstanden, dass er damit einverstanden ist, dass wir jetzt etwas Freundlich-Fröhliches behandeln: die kleine und die große Handwerksordnung. Ich habe mir sagen lassen, dass wir da dichte beieinander liegen. Sind Sie damit einverstanden, dass wir einen Schnitt machen und mit einem neuen Thema anfangen?

Abg. Ludwig Stiegler: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Zum Komplex "Handwerksordnung"! Der Bericht aus der Arbeitsgruppe, die der bayerische Staatsminister Wiesheu und ich geleitet haben, müsste Ihnen inzwischen vorliegen.

Der Komplex besteht aus zwei Teilen: dem Kleinunternehmenförderungsgesetz, der so genannten kleinen Handwerksordnung, und der großen Handwerksordnung.

Bei der kleinen Handwerksordnung geht es darum, die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts über Tätigkeiten, die außerhalb der Regie der Anlage A der Handwerksordnung erledigt werden können, abzugrenzen und den Menschen, die mit solchen Tätigkeiten ihre Existenzgrundlage suchen, eine klare Handhabe zu geben. Der Bundestag hat das Gesetz beschlossen. Es ist nicht zustimmungsbedürftig. Aber wir haben es in diesen Komplex aufgenommen.

Es gab zwei Wünsche aus der Handwerkswirtschaft und von der B-Seite.

Erstens: Ist ein Mensch, der hundert einfache Tätigkeiten wahrnimmt, quasi nach Mosaiktheorie dann schon ein Meister? Kann man auf diese Art und Weise den Meisterzwang umgehen? Wir halten diese Frage zwar für nicht berechtigt, haben uns aber auf eine Klausel verständigt: Wenn einfache Tätigkeiten dialektisch in eine wesentliche Handwerkstätigkeit umschlagen, ist diese Art von Tätigkeit durch die Generalausnahme nicht mehr gedeckt.

Zweitens ging es um den Kampf um die Menschen, die auf diese Weise tätig sind. Bisher gehören sie automatisch zur Industrie- und Handelskammer. Das Handwerk hatte die Sorge, dass es von unten her ausbröckelt, und wollte quasi eine Aufteilung dieser Tätigkeiten. Dafür haben wir der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer den Auftrag gegeben, sich zu verständigen, und ihnen in Aussicht gestellt, ihre Verständigung zu übernehmen, wenn sie plausibel erscheint. Sie haben sich nach einem halben Jahr - wohlgemerkt; sie haben uns viel Arbeit erspart - verständigt. Auch wenn Kollege Wiesheu gesagt hat, das sei ein Monstrum, so haben wir in der Arbeitsgruppe gemeint, es ist ein Monstrum, das die Wirtschaft geschaffen hat; sie kann uns nun nicht mehr mit Bürokratieabbau und Ähnlichem kommen, das hat sie selbst erledigt, wir übernehmen diese Regelung. Unter Vorbehalt der Einigung über die große Handwerksordnung wäre damit theoretisch ein echtes Vermittlungsergebnis möglich. Die Arbeitsgruppe kann dies empfehlen.

Der zweite Teil betrifft die große Handwerksordnung. Im Wesentlichen geht es darum, welche Berufe in die Anlage A gehören und welche nicht. Wir haben eine Abgrenzung entlang dem Kriterium der Gefahrgeneigtheit vorgenommen und sind bei 29 Handwerksberufen gelandet.

Die Union und die FDP - die FDP ging nicht so weit wie die Union - haben auch das Kriterium der Ausbildung aufgenommen. Es gab eine Diskussion, in welcher Weise das Kriterium der Ausbildung angerechnet wird. Die B-Seite wollte einen Automatismus: Wenn ein bestimmtes Ausbildungsverhältnis innerhalb einer Branche

erreicht ist, gehört das Gewerk wegen seiner Ausbildungsleistung automatisch zur Anlage A, wenn nicht - eben nicht.

Wir haben gesagt: Wir schreiben keine Kriterien in das Gesetz hinein; denn die Zuordnung zur Anlage A trifft der Gesetzgeber. Das entspricht auch der Verfassungsrechtsprechung. Wir haben uns aber bereit erklärt, bei einer Veränderung der Liste in der Anlage A die Gesichtspunkte, die von der B-Seite, aber auch von anderen Ländern gekommen sind, einzubeziehen, so dass sich unsere Seite auf eine größere Liste der Anlage A verständigt hat. Allerdings ist das nicht die Zahl, die die Union und die FDP erreichen wollten, wobei Herr Kollege Bauckhage aus Rheinland-Pfalz - FDP - unseren Vorschlag mitgetragen hat.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Mit Volksmassen im Rücken hat er das gesagt!)

Wir haben gesagt: Wir bewegen uns bei der Anlage A, wenn sich die B-Seite bei der Altgesellenregelung bewegt. Altgesellen sollen unter bestimmten Voraussetzungen einen selbstständigen Handwerksbetrieb gründen dürfen.

Die A-Seite will das Europarecht übernehmen. Nach den europäischen Regelungen kann ein Tscheche in Sachsen einen stehenden Handwerksbetrieb haben, wenn er drei Jahre als Handwerker gearbeitet hat und zusätzlich drei Jahre in führender Position tätig war. Nach sechs Jahren kann jeder Tscheche oder Pole in Sachsen oder jeder Österreicher in Bayern dies tun. Wir haben die Frage gestellt: Wieso sollen für Inländer strengere Kriterien gelten als für Ausländer? In der Fachsprache heißt das "Inländerdiskriminierung". Also haben wir vorgeschlagen, die europarechtliche Regelung für alle gültig zu machen. Damit ist das Handwerksrecht europakompatibel, und wir bekommen gerade in den Grenzregionen nicht den Ärger, dass sich die Ausländer niederlassen dürfen, während die Unseren die Meisterprüfung oder Ausnahme- und Sondergenehmigungen vorweisen müssen. Die B-Seite hat noch keine Chance gesehen, dem zuzustimmen. Es gibt offenkundig erhebliche Diskussionen zwischen CSU, CDU und FDP. Sie fordern mindestens acht Jahre. An diesem Punkt und im Hinblick auf einige Berufe in der Anlage A liegen wir auseinander.

In vielen anderen Punkten sind wir uns näher gekommen oder haben uns verständigt. Ich will Sie mit Details nicht belasten; der Bericht und die Formulierungshilfen liegen vor. Das entscheidende Kriterium für die Frage, ob wir die kleine Novelle modifizieren, liegt darin, dass wir uns auf die große miteinander verständigen. Ich habe Kollegen Wiesheu schon darauf hingewiesen, dass wir der B-Seite vor allem bei

der Zahl der Handwerksberufe sehr weit entgegengekommen sind und von ihr erwarten, dass sie bei der Altgesellenregelung einen Schritt tut.

Gelingt das nicht, wäre unser Alternativszenario: Wir verabschieden die kleine Handwerksordnung mit eigener Mehrheit, das andere wird so umgestrickt, dass es zustimmungsfrei ist. Wir könnten sowohl die Altgesellenregelung als auch die Anlage A zustimmungsfrei gestalten. Sie sind zustimmungsbedürftig geworden, weil wir das Gespräch mit Ihnen suchen wollten; denn Handwerksnovellen sind immer gemeinsam verabschiedet worden, auch als Sie die Mehrheit hatten.

Wir sind bei 38 von 49 Berufen in der Handwerksordnung angelangt. Darunter sind sehr beschäftigungsstarke Berufe. Im Grunde sind über 90 % weiterhin Gegenstand der Anlage A. Das ist für uns ein sehr großer Schritt, der nur zu rechtfertigen ist, wenn man bei den Gesellen, die drei plus drei Jahre tätig waren, eine Ausnahme macht. Dabei muss man wissen, dass es sehr von der Entscheidung des Meisters abhängig ist, ob ein Geselle in eine leitende Funktion kommt. Ob die gesammelten drei Jahre nachgewiesen werden, liegt oft in anderen Händen, so dass es nicht den Automatismus gibt, dass die Meisterei entwertet wird. Ich weise darauf hin: Wir haben im neuen Recht die Möglichkeit, nach der Gesellenprüfung sofort durchzustarten, um den Meister abzulegen. Es gibt den Weg, der auf der theoretischen Schiene verläuft, und es gibt, wie wir früher bei der Bundeswehr gesagt haben, die Akademie des Lebens, wonach jemand mit seiner praktischen Erfahrung dieselben Chancen hat, sein Betrieb sich aber nicht mit dem Meistertitel schmücken kann. Wir gehen davon aus, dass, ähnlich wie in Südtirol, nach der Abschaffung des absoluten Meisterzwangs die Meisterprüfung nicht etwa zurückgeht, sondern aus dem Meister ein strenges Marketinginstrument wird.

Wir haben einige Wünsche der B-Seite erfüllt, etwa den Wunsch Bayerns, die Landesinnungen aufrechtzuerhalten. Dafür bekommen wir ja noch etwas von Ihrer Seite.

So weit die Situation. Mein Vorschlag ist, dass wir uns auf dieser Grundlage verständigen und notfalls nochmals über die Anlage A sprechen. Niedersachsen hatte z. B. einen weitergehenden Vorschlag, die Hamburger waren zurückhaltender. Es gibt bei den Ländern eine ziemlich große Bandbreite. Wir liegen in der Mitte.

Wir können die Tatsache, dass wir uns bewegt haben, aber nur vertreten, weil bei den Altgesellen eine eine dynamische Existenzgründung ermöglichende Regelung avisiert worden ist, die - darauf weise ich noch einmal hin - europatauglich ist. Ich hielte es für verheerend, wenn wir im Zuge der EU-Osterweiterung auf dem Europaprivileg, weil die Arbeitnehmerfreizügigkeit noch nicht gegeben ist, Selbstständig-

keitsgründungen bekämen und auf Grund der Inländerdiskriminierung Betroffene nach Karlsruhe rennten. Dann stünde eines Tages vielleicht die gesamte Handwerksordnung zur Disposition. Deshalb rate ich uns, dass wir uns auf dieser Grundlage verständigen, gleich, was im Feinschliff bei der Anlage A und sonst wo noch geschieht.

StM Erwin Huber (BY): Es gibt eine Annäherung in der Arbeitsgruppe, allerdings noch keine Verständigung. Herr Kollege Stiegler hat ein paar Differenzpunkte dargestellt.

Dreh- und Angelpunkt ist offenbar die Altgesellenregelung. Für uns ist eine sechsjährige Tätigkeit als Altgeselle für die Ausübungsberechtigung zu kurz, weil die Meisterprüfung damit im Grunde ausgehöhlt wird; denn bis sich jemand nach einer

gewissen Berufserfahrung der Meisterprüfung unterzieht, dauert es oft ebenfalls fünf bis sechs Jahre. Jemand, der keine Prüfung ablegt, keine Bemühungen unternimmt, nicht an langen Lehrgängen teilnimmt und sich nicht für Ausbildung und Ausübung qualifiziert, soll das gleiche Recht bekommen. Die kurze Frist ist nicht akzeptabel, Herr Stiegler, weil sie letztlich das gesamte Instrumentarium der Meisterprüfung, des großen Befähigungsnachweises, unwirksam macht. Das haben wir bereits dargestellt.

Deshalb müsste man zwischen unserer ursprünglichen Vorstellung von zehn Jahren und Ihrer Vorstellung von sechs Jahren möglicherweise doch einen Mittelweg finden. Das scheint nicht nur mathematisch möglich zu sein.

Wir sind ferner der Meinung, dass bei den Altgesellen die Ausübungsberechtigung und die Ausbildungseignung zusammenfallen sollten. Wenn Ausübung und Ausbildung wieder auseinander fallen, werden sich möglicherweise viele selbstständig machen, aber keine Lehrlinge ausbilden, so dass unter Umständen ein Rückgang der Zahl von Ausbildungsplätzen zu verzeichnen ist, was weder Sie noch wir wollen.

Wenn man zu einer Einigung käme, müsste es möglich sein, eine Verständigung über die Differenz zu erzielen, die sich noch in Bezug auf Anlage A ergibt. Hier haben Sie sich von 29 auf 38 Gewerke bewegt; in der Anlage B gab es eine Veränderung von bisher 95 auf 53. Aber das muss man sich im Einzelnen ansehen. Es scheint jedenfalls Annäherungsfähigkeit vorhanden zu sein.

Die Aufnahme eines Kumulierungsverbots in die so genannte kleine Handwerksnovelle ist mit Sicherheit sinnvoll, um Umgehungsmöglichkeiten zu verhindern.

Ich meine, springende Punkte sind die Altgesellenregelung und die Anlage A. Hier muss noch Bewegung erkennbar werden. Auf der Grundlage, die Sie soeben dargestellt haben, Herr Kollege Stiegler, ist eine Einigung aus unserer Sicht nicht sinnvoll, weil sie die Meisterprüfung durch das Absitzen von sechs Jahren letztlich aushöhlt.

Abg. Volker Kauder: Ich will ausdrücklich bestätigen, dass Bewegung in die Geschichte hineingekommen ist. Auch hinsichtlich der Punkte, die Herr Kollege Stiegler angesprochen hat, hat man sich schon sehr weit angenähert.

Wir meinen, dass man mit dem Kumulationsverbot in der kleinen Novelle zur Handwerksordnung einen Weg beschritten hat, der dem Handwerk nutzt.

Die Altgesellenregelung ist unserer Ansicht nach noch nicht ausgeprägt genug. Wenn es möglich ist, nach drei Jahren Berufserfahrung und nach drei weiteren Jahren

in leitender Stellung den Meisterbrief zu bekommen, unterzieht sich niemand mehr der Meisterprüfung. Innerhalb dieser Zeit konnten die allermeisten im normalen Verfahren den Meisterbrief nicht machen. Über diesen Punkt sollten wir noch einmal miteinander reden, Herr Kollege Stiegler.

Ich bin dankbar, dass Sie gesagt haben, man sei sich über die Anlage A noch nicht ganz einig geworden. Auch darüber muss man reden. Ich habe einen Wunsch; er betrifft die Chirurgiemechaniker, die herausgenommen worden sind. Demgegenüber sind die Hörgeräteakustiker in der Anlage A aufgeführt. Dass dies in meinem Wahlkreis eine besondere Rolle spielt, will ich gleich hinzufügen. Man darf auch eigene Interessen erwähnen.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Was spielt eine Rolle?)

- Chirurgiemechaniker spielen in meinem Wahlkreis eine große Rolle. Es sind sehr viele dabei, die SPD wählen.

(Heiterkeit)

- Nach dieser Aussage schaut Herr Minister wieder etwas freundlicher.

Herr Kollege Stiegler, wie gesagt, über die Altgesellenregelung müssen wir noch reden. Darf man fragen, wie groß Ihr Spielraum ist?

Abg. Klaus Brandner: Meine Damen, meine Herren! Herr Kauder, es ist deutlich geworden, dass sich alle Seiten in der Tat erheblich bewegt haben. Wir haben gemeinsam das Interesse, dass junge qualifizierte deutsche Gesellen gegenüber Gesellen aus europäischen Nachbarländern nicht benachteiligt werden. Das müssen wir im Auge haben, wenn wir eine grundsätzlich neue Regelung treffen. Es geht nicht darum, dass Gesellen sechs Jahre absitzen. Das ist sicherlich nicht so gemeint. Es geht vielmehr darum, dass mindestens drei Jahre Tätigkeit in leitender Stellung nachgewiesen werden. Unternehmerische Kenntnisse auf Grund leitender Tätigkeit können nicht im Schnellverfahren erworben werden. Durch das Zeugnis des Arbeitgebers oder auf Grund anderweitiger Belege ist nachzuweisen, dass leitende Tätigkeit ausgeübt worden ist.

Vor dem Hintergrund, dass durch die im nächsten Jahr anstehenden Grenzöffnungen und die damit verbundene größere Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union mehr ausländische Gesellen die Möglichkeit haben, sich in Deutschland selbstständig zu machen, sollten wir keine Regelung treffen, die für deutsche Gesellen im Vergleich dazu deutlich höhere Zugangsvoraussetzungen schafft. Das haben wir zu beachten.

Herr Kauder hat gefragt, ob es Bewegungsmöglichkeiten gibt. Die FDP hat den Vorschlag unterbreitet, sieben Jahre als Zugangsvoraussetzung vorzusehen. Wenn man sich einigen will, dürfte eine Verständigung an einem Jahr nicht scheitern. Ich denke, das sollte man in Erwägung ziehen. Aber wir müssen im Auge haben, dass wir keine von der europäischen Norm wesentlich abweichende Regelung zulassen sollten.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Auch ich will gern darauf hinweisen, dass wir ziemlich nahe beieinander sind.

Das bezieht sich zunächst auf das Kumulationsverbot im Rahmen der kleinen Novelle. Die Formulierung ist fertig gestellt; darüber besteht Einvernehmen. Wir sind, bezogen auf die kleine Novelle, im Grunde genommen verständigungsfähig.

Bei der großen Novelle geht es um die so genannte Altgesellenregelung und um die Frage, wie viele Gewerke einbezogen werden sollen. Zwischen beiden Fragen besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Ich will Ihnen das anhand von Zahlen verdeutlichen.

Den Chirurgiemechaniker habe ich inzwischen gefunden. In ganz Deutschland gibt es 292 Betriebe mit 168 Auszubildenden. Das sind wahrscheinlich die letzen Sozis.

Wir reden generell über 666 000 Handwerksbetriebe in Deutschland. Der Vorschlag der CDU/CSU, 53 Gewerke aufzunehmen, umfasst 637 156 Betriebe. Das heißt zu Deutsch: Nach Ihrem Vorschlag sind noch 30 000 Betriebe in der Anlage B. Der Vorschlag Nordrhein-Westfalens, den wir faktisch übernommen haben, belief sich auf 41 Gewerke. Wir haben dann zwei Gewerke herausgenommen, die nach dem Vorschlag der FDP nicht aufgenommen werden sollen. Es sind dann noch 591 000 von insgesamt 666 000 Betrieben. Es gibt einen Mittelweg: Die FDP hat 49 Gewerke gleich 628 000 Betriebe vorgeschlagen.

Wir reden über einen Korridor, in dem die Meisterpflicht faktisch schon fast wieder alle Betriebe erreicht. Ich gehöre zu denjenigen, die fest davon überzeugt sind, dass dieser Weg falsch ist. Aber ich kann es nicht ändern; die Lage ist nun einmal so, wie sie ist. Ich sage insbesondere an Ihre Adresse, Herr Kollege Huber, weil Bayern eine Sonderposition einnimmt - ich bin ein aufmerksamer Beobachter der Diskussion -: Unser Vorschlag, wonach Altgesellen die Möglichkeit haben, nach drei plus drei Jahren, also nach sechs Jahren, ein eigenes Unternehmen zu eröffnen, entspricht der europäischen Regelung. Das ist ein faires Angebot.

Sie müssen bedenken: Bei allen Gewerken, die auch im nordrhein-westfälischen Vorschlag enthalten sind - vor allen Dingen Maler, Lackierer, Frisöre -, ist der Weg zur Selbstständigkeit eigentlich vorgezeichnet. Hier kann man den Begriff der Gefahrgeneigtheit auch mit äußerster Gewalt nicht mehr unterbringen - vielleicht mit Blick auf einzelne Köpfe, aber nicht generell auf das Gewerk bezogen.

Wir haben geschluckt, dass auch das Kriterium der Ausbildung faktisch einbezogen wird. Das heißt: Die A-Seite nimmt eine massive Veränderung ihrer Position vor.

Ich sage Ihnen: Nicht nur Herr Kollege Bauckhage, der übrigens Handwerker ist - er hat sein Handwerksunternehmen veräußert -, sondern, wie wir in der gestrigen Diskussion mit den Ländern erfahren haben, alle Länder, in denen die FDP an der Regierung beteiligt ist, sind für diesen Weg. Deshalb ist meine Bitte - sie richtet sich insbesondere an Herrn Kollegen Huber -, Ihre Position zu Gunsten eines solchen Weges zu überprüfen. Danach werden fast alle Gewerke, die von Bedeutung sind, unter Meisterpflicht gestellt. Aber er eröffnet die Möglichkeit, dass man etwas leichter als bisher vorgesehen den Weg in die Selbstständigkeit gehen kann. Denn unser Ziel ist, Herr Kollege Huber, dass man sich schneller selbstständig machen kann.

Zur Frage der Ausbildung: Ich würde es nicht miteinander verbinden. Denn wir wollen den Menschen den Zugang erleichtern. Wir haben zu wenige Unternehmen. Ich will Ihnen das alles nicht vorbeten; Sie wissen selbst, in welchem Umfang die Zahl der Handwerksunternehmen zurückgegangen ist. Das ist nicht nur der ökonomischen Lage zuzuschreiben. Wir haben dort ein strukturelles Problem, und wir brauchen Nachwuchs. Deswegen ist eine gewisse Lockerung der Gewerke nötig.

Ich will Sie nicht strapazieren. Wir stehen unmittelbar vor einer Verständigung über diese Frage. An diesem Punkt hängt es. Wir wollen zu Ergebnissen kommen und können offen miteinander reden. Ich sage frank und frei, Herr Kollege Stiegler: Ob es 38, 42 oder sogar 44 Gewerke sein sollen, weil es in einem Punkt eine besondere Leidenschaft gibt, darüber kann man sprechen. Ansonsten ist das im Einzelnen sehr schwierig zu begründen. Wir sollten uns gegenseitig nichts vormachen. Da ist noch Bewegung möglich.

Das Gegengewicht, Herr Kollege Huber, ist eine Erleichterung für die so genannten Altgesellen, die sich selbstständig machen wollen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich da bewegen könnten. Alles andere ist klar und könnte abgesegnet werden. Wir könnten sofort zur Tat schreiten.

Abg. Ludwig Stiegler: Ich muss noch etwas zu den Ausführungen des Kollegen Erwin Huber sagen. Er argumentiert mit der Ersitzung. Was besagt die Lebenserfahrung? Es geht nicht um jemanden, der sechs Jahre in seinem Betrieb "dackelt", sondern um jemanden, der von seinem Meister innerhalb von sechs Jahren für eine leitende Tätigkeit ausersehen worden ist, dem selbstständige Projekte übertragen wurden usw. Solch ein Mensch ist nach der Lebenserfahrung keine Pflaume. Es kann sein, dass ein Meister seinen Enkel fördert. Solche Formen des Nepotismus mögen vorkommen. Sie werden in aller Regel schnell vom Markt bestraft. Normalerweise liegt derjenige, der auf Grund seiner fachlichen Fähigkeiten solche Tätigkeiten ausübt, nicht auf der faulen Haut. Auf Handwerksinnungsversammlungen in Bayern wird das Argument der Ersitzung immer polemisch hervorgehoben, aber es ist keine Ersitzung. Es geht um die Teilmenge der sehr Fleißigen, denen der Meister besondere Aufgaben überträgt, weil er für den betreffenden Gesellen die Gewähr übernehmen kann. Das ist letzten Endes entscheidend.

Wir sollten die Europatauglichkeit nicht unterschätzen. Es ist doch verrückt, dass sich ein Österreicher - ich rede nicht von Polen und Tschechen, die vielleicht Sprachprobleme haben - mit sechs Jahren Berufserfahrung bei uns selbstständig machen kann - das ist in Oberbayern und in Niederbayern kein Problem; denn die Regionen sind verflochten, ähnlich wie z. B. die Niederlande und Nordrhein-Westfalen -, wogegen unseren Gesellen das nicht möglich ist. Ich finde, das lässt sich nicht rechtfertigen.

Ich wiederhole: Der Meister hat es in der Hand. Wenn er erkennt, dass der Betreffende zu nichts taugt, entzieht er ihm in Kenntnis der Regelung nach einem Jahr oder nach zwei Jahren die Leitungsbefugnis. Dann schaut die Welt wieder anders aus. Dass auf diese Weise Ungeeignete zum Zuge kommen, halte ich nicht für möglich.

Wir waren uns in der Arbeitsgruppe übrigens in Folgendem einig: Die Jüngeren, die den Weg in die Selbstständigkeit wählen, sind wesentlich stabiler. Je älter die Betreffenden sind, desto lahmarschiger sind sie. Darum haben wir gesagt: sofort nach der Gesellenausbildung zur Meisterausbildung durchstarten! Derjenige, über den wir reden, startet zwar nicht durch, aber er arbeitet sich durch, weil er theoretisch vielleicht nicht so wief ist; aber er ist sehr wohl in der Lage, selbstständig ein Kleinhandwerk mit zu führen. Deshalb bitte ich Sie, noch einmal in sich zu gehen und ein Signal zu setzen.

Was den Lieblingswunsch des Kollegen Kauder anbetrifft, so schlage ich ihm vor, die CDU/CSU-Fraktion zur Ordnung zu rufen: Sie hat den Chirurgiemechaniker nämlich nicht vorgeschlagen.

(Abg. Volker Kauder: Doch!)

- Ich habe soeben die Meldung bekommen, er sei nicht auf der Liste. Ist er doch darauf? - Gut.

(Abg. Klaus Brandner: Aber er passt nicht ins System hinein, weil eine geringe Ausbildungsquote und keine Gefahrgeneigtheit vorliegen!)

- Okay! Sünden sind auf beiden Seiten hochwillkommen. Dann ist es besser vertretbar.

Wenn wir es damit finalisieren könnten und Herr Huber nachgäbe, würde ich dem zustimmen. Herr Kauder bekommt seinen Chirurgiemechaniker, und wir müssen keine Angst haben, dass uns die Chirurgen in der invasiven Chirurgie mit kaputten Instrumenten traktieren. Dann haben wir alle miteinander gewonnen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich glaube, wir sind sehr dicht beieinander. Das ist eigentlich ein Fall, in dem man die Änderungen schon festlegen könnte, damit wir nicht alles erst Montagabend machen müssen. Sie müssen sich über die einander dicht angenäherten Positionen noch verständigen.

Abg. Volker Kauder: Ich schlage vor, das aufzuschreiben. Wir sollten dieses Thema morgen noch einmal aufrufen; denn ich will noch einmal mit unseren Leuten sprechen. Sie haben es richtig formuliert: Wir sind eng beieinander.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich finde, wir sollten so verfahren, wie Herr Kauder es vorgeschlagen hat. Herr Schmitt hat darum gebeten, die Formulierungen so rechtzeitig wie möglich zu erstellen. Reicht das?

(Zurufe - Abg. Ortwin Runde: Das Gemurmel ist hier nicht zu verstehen!)

- Wir hier vorne sind uns einig, dass die Verschriftlichung dieses so gut wie zu Stande gebrachten Kompromisses schon gut vorbereitet ist und dass die Formulierungen, wenn wir Glück haben, heute noch verteilt werden können. Ich bitte Sie, sie sich anzugucken, und ich rufe das Thema morgen noch einmal auf.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich muss um ein bisschen Zurückhaltung bitten. Ich denke, wir sind mitten in einem Komplex, den wir gemeinsam erarbeitet haben. Wir sollten einen Teilbereich nicht endgültig verabschieden. Um es deutlich zu sagen: Das ist nicht die Intention unserer Seite.

(Abg. Ludwig Stiegler: Ich habe immer gesagt: unter Vorbehalt der Gesamteinigung!)

- Ich bitte darum, Texte nur an die Sprecher der jeweiligen Seite zu verteilen. Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, das sei endgültig verabredet worden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das ist ein Missverständnis. Ich habe den Eindruck, wir sind sehr dicht beieinander. Man kann das Risiko, dass wir uns bei der Formulierung vertun, dadurch minimieren, dass das, was das Ministerium vorbereitet hat, möglichst fix lesefähig gemacht wird. Das Thema soll morgen wieder aufgerufen werden, und dann können wir sagen - immer unter der Voraussetzung, dass wir insgesamt ein schnuckeliges Paket schnüren -: Das ist immerhin ein Schritt. - Ich finde es gut, wenn wir ein bisschen abschichten. Wie sollen wir sonst vorankommen? Es ermuntert uns, wenn wir etwas schaffen.

Abg. Volker Kauder: Ich will nur darauf hinweisen, dass wir hinsichtlich der sechs Jahre - das weiß Herr Kollege Stiegler - noch ein Problem haben, die FDP ebenfalls. Wir hätten gerne acht Jahre, was für uns ebenfalls nicht leicht ist. Sie können formulieren, aber wir müssen uns vorbehalten, morgen über dieses Thema zu reden.

Wir hätten gerne 40 oder 41 Gewerke statt 39 einschließlich meiner Chirurgiemechaniker. In diesem Punkt werden wir uns mit Herrn Stiegler einig. Wie gesagt, die Frage, ob es sechs oder acht Jahre sein sollen, beschwert uns noch ein bisschen.

(Abg. Ludwig Stiegler: Aber ich bitte zu bedenken: Mit jedem Gewerk, das hinzukommt, ist drei plus drei festgemauert; denn sonst habe ich unglaubliche Probleme auf unserer Seite! Wir haben mit 29 Gewerken begonnen!)

- Wir sollten keinen Gips hineingießen. Ich habe gesagt, es soll formuliert werden. Morgen schauen wir es uns noch einmal an, Herr Kollege Stiegler.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich meine, wir müssen das jetzt unterbrechen. Sonst machen wir einen Fehler, und es wird wieder zerredet. Wir rufen dieses Thema morgen auf, und bis dahin sind die beiden kleinen Konsense, die noch ausstehen, erzielt.

Jetzt ist die Frage, womit wir weitermachen sollen.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Mit der Sozialhilfe, Herr Vorsitzender!)

- Ist das jetzt möglich? - Dazu ist eine Unterarbeitsgruppe eingesetzt worden. Dort sind die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gudrun Schaich-Walch für die A-Seite und Frau Butalikakis für die B-Seite federführend.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Frau Schaich-Walch ist unterwegs! Sie ist in zwei Minuten hier! - Abg. Ludwig Stiegler: Der Bericht ist abgestimmt! Man war sich in dem Bericht einig! - Weiterer Zuruf des Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das Ministerium ist vertreten! Vielleicht kann Herr Staatssekretär Thönnes beginnen!)

- Ich freue mich darüber, dass das abgestimmt ist. Sehen das beide Seiten so? - Wir warten, bis Frau Schaich-Walch anwesend ist. Soll es danach mit dem Arbeitszeitmodell und mit der Niedriglohnproblematik weitergehen? So habe ich Sie verstanden.

(Abg. Volker Kauder: Ja!)

Wir kommen nun zur Berichterstattung.

Abg. Gudrun Schaich-Walch: Die B-Seite hat uns einige Änderungswünsche vorgetragen, über die wir in zwei Arbeitsgruppensitzungen beraten haben. Wir konnten in etlichen Punkten Einvernehmen erzielen:

Wir haben uns darauf verständigt, dass das Leistungsniveau im SGB II und im SGB XII weitestgehend identisch sein soll.

Wir schlagen beim Datenabgleich zur Verhinderung von Leistungsmissbrauch als Basis für eine Einigung vor, die im SGB II enthaltene Regelung in Bezug auf den Einzelfall auf das SGB XII zu übertragen.

Wir schlagen einvernehmlich vor, die Kostenerstattung bei Umzug zu streichen.

Die Lösung der Frage, ob sozial erfahrene Personen bei Widerspruchsverfahren angehört werden sollten, könnte darin bestehen, landesrechtlich die Möglichkeit zu verankern, vom Bundesgesetz abzuweichen. Damit haben die Länder einen ziemlich weiten Spielraum.

Wir haben festgestellt, dass wir zur Verwaltungsvereinfachung auf eine Statistik verzichten können.

In der Frage der aufschiebenden Wirkung von Rechtsmitteln gegen Leistungskürzungen ist nach eingehender Diskussion Einigkeit erzielt worden. Die gesetzliche Regelung ist bereits so ausgestaltet, dass es keine Kürzungsbescheide mehr gibt, sondern immer einen neuen Leistungsbescheid. Damit sind Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung nicht möglich.

Bei der Beweislastumkehr bei Haushaltsgemeinschaften gab es eine Vereinheitlichung.

Für alle Bereiche des SGB II und des SGB XII haben wir einen einheitlichen Rechtsweg gefunden: Nach unserem Vorschlag sollen in Zukunft die Sozialgerichte zuständig sein.

Zur Schiedsstellenfähigkeit von Leistungsvereinbarungen und zu Problemen der Kostenentwicklung bei den verschiedenen Leistungen im Vertragsbereich ist vorgeschlagen worden, diese beiden Bestandteile herauszunehmen und nur den generellen Wirtschaftlichkeitsvorbehalt zuzulassen.

Hinsichtlich persönlicher Budgets gab es grundsätzliche Zustimmung. Ein Problem ist allerdings noch zu lösen: Wir möchten gerne, dass das Jahr 2008 als verbindlicher Termin für alle im Gesetz festgeschrieben wird. Wir wollen, dass auf diesem Sektor etwas geschieht. Wir können uns jedoch vorstellen, dass man eine Lösung dahin gehend vereinbart, dass zum Ende des Jahres 2006 eine Prüfung vorgenommen wird, um abschließend sagen zu können, ob die Modellversuche, besonders diejenigen für Jugendliche mit seelischen Erkrankungen, verbessert werden müssen. Wir halten an dem Termin 2008 fest, um ein bisschen Druck zu erzeugen, damit auf diesem Sektor etwas passiert. Das ist unsere Einschätzung.

Bei dem Thema "einheitliche Einkommensgrenzen" haben wir uns verständigt.

Hinsichtlich der Heranziehung Unterhaltspflichtiger haben wir uns darauf geeinigt, dass die Regelung so wie im SGB XII getroffen werden soll. Über das Thema "Schongrenze" soll zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal diskutiert werden.

Umstritten sind die Verbesserungen für die Familien. In unserem Gesetz ist vorgesehen, dass Alleinerziehende wegen der Stufenregelung beim Kindergeld etwas bevorzugt werden. Sie haben einen höheren Aufwand als Familien mit Kindern. Es gibt nur einen gewissen Ausgleich. Dieses Thema ist von der CDU/CSU streitig gestellt worden.

Es gab den Wunsch, darüber zu diskutieren, ob man die Grundsicherung als eigenständiges Kapitel in das SGB XII übernehmen sollte. Die Debatte darüber sollte man hier vertiefen, wenn es gewünscht wird.

Ebenfalls offen ist die Frage der Abgrenzung des Personenkreises. Eine Festlegung sollte meiner Einschätzung nach im Lichte der Entscheidung zu Hartz IV getroffen werden.

Auf Wunsch der B-Seite ist die Frage streitig gestellt worden, wie bezüglich der Sozialhilfe für Deutsche im Ausland verfahren werden soll. Die Regelung bezieht sich auf eine kleiner werdende Personengruppe. Ich denke, dass dieses Problem im Augenblick sachgerecht geregelt ist. Wir haben jedoch eine Prüfung zugesagt. Es ist die Frage, ob man diese Angelegenheit in den Konsulaten sachgerecht bearbeiten kann. Infolgedessen schlagen wir vor, von einer Neuregelung Abstand zu nehmen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Vielen Dank, liebe Berichterstatterin Gudrun Schaich-Walch!

Wer meldet sich zu Wort?

MP Christian Wulff (NI): Man muss natürlich sehen, dass die Berichterstattung über "Florida-Rolf" neue Nahrung findet, wenn der Vermittlungsausschuss keinen Handlungsbedarf dahin gehend erkennt, die Anspruchsgrundlage im Bundessozialhilfegesetz zu streichen und solche Fälle künftig nach dem Konsulargesetz zu behandeln. Sie haben richtig gesagt, dass die Gruppe von Anspruchstellern zahlenmäßig abnimmt. Ich verstehe nicht, warum die Bundesregierung sowie SPD und Grüne sich dagegen wehren, dem Gesetzentwurf Niedersachsens, dessen Einbringung in den Bundestag der Bundesrat mit überwältigender Mehrheit beschlossen hat, zu folgen. Ich meine, es sollte darüber nachgedacht werden, ob man den B-Ländern nicht dadurch entgegenkommt, dass man solche Fälle für die Zukunft ausschließt.

Abg. Volker Kauder: Ich möchte das Thema "Familienförderung" ansprechen, zu dem Sie, Frau Schaich-Walch, berichtet haben. In diesem Zusammenhang haben wir die Mehrbedarfszuschläge für Alleinerziehende problematisiert und eine Verbesserung des allgemeinen Familienlastenausgleichs vorgeschlagen. In dieser Frage sind wir noch nicht zu einer Verständigung gekommen. Wie soll es nun weitergehen?

Sie haben auch die Frage der Abgrenzung des Personenkreises angesprochen. In welche Richtung sollte es aus Ihrer Sicht gehen?

Wir sind eher an einer Verbesserung des allgemeinen Familienlastenausgleichs als an einer Verbesserung der Mehrbedarfszuschläge für Alleinerziehende interessiert.

Abg. Gudrun Schaich-Walch: Wie ich bereits kurz dargestellt habe, mussten wir nach eingehender Diskussion und der Prüfung der uns vorliegenden Daten feststellen,

dass es auf Grund der geltenden Regelungen der Sozialhilfe zu einer Schlechterstellung und zu einer Mehrbelastung von Alleinerziehenden kommt. Das haben wir mit dieser Regelung auszugleichen versucht. Wir haben zugesagt, dass das Ministerium Daten erhebt, die wir Ihnen im Laufe der Diskussion zur Verfügung stellen wollen. An dieser Stelle geht es im Prinzip eher um einen Ausgleich. Mehrkosten, wie von den Ländern ursprünglich befürchtet, entstehen an dieser Stelle nicht; denn wir haben im Prinzip eine Umverteilung zu Gunsten kleiner Kinder und zu Lasten etwas größerer Kinder vorgenommen. Alle Fachleute im Sozialbereich haben uns jedoch versichert, dass diese Gruppe bisher zu gut bewertet worden ist.

Zur Abgrenzung des Personenkreises haben wir eine Regelung aus dem Rentenrecht übernommen. Zusätzlich haben wir eine Konkretisierung auf sechs Monate vorgesehen. Das erleichtert die Abgrenzung. Wir meinen, dass sechs Monate ein sehr gut abschätzbarer Zeitraum sind. Man kann eine sehr viel klarere Linie ziehen, als wenn jemand überhaupt nicht mehr oder auf unabsehbare Zeit nicht arbeitsfähig sein wird.

Ich möchte die Frage in die Diskussion einbringen, ob die Schiedsstelle mit einem unabhängigen Vorsitzenden besetzt werden sollte.

Abg. Volker Kauder: Ich habe eine Nachfrage. Die Experten haben mir gesagt, dass auf Grund der unterschiedlichen Einkommensgrenzen ein Verlust von bis zu 1 000 Euro im Monat entstehen könne. Das wäre ein inakzeptables Ergebnis. Ich kann die Frage nur weitergeben, weil ich es selber nicht habe durchrechnen können, Frau Kollegin Schaich-Walch.

Abg. Gudrun Schaich-Walch: In dieser Hinsicht sind Berechnungen angestellt worden. Es handelt sich um eine große Personengruppe. Sie ist allerdings nicht so groß, wie die Verbände uns glauben machen wollten, sondern deutlich kleiner. Wir können einen Änderungsvorschlag machen, bei dem die Spanne nicht mehr so groß ist, wie es von den Verbänden dargelegt worden ist.

Aber ich kann sehr klar sagen: Die Größenordnung von 1 000 Euro ist nicht zutreffend. Wir können noch einen Datenabgleich über das Ministerium veranlassen. Auf der Fach- und Arbeitsebene ist ein solcher schon vorgenommen worden. Wie gesagt, man könnte den Vorschlag machen, den Betrag etwas zu verkleinern und die Personengruppe etwas stärker einzugrenzen.

Zu "Florida-Rolf": Sozialhilfeempfänger sind verpflichtet, in die Bundesrepublik Deutschland zurückzukehren, es sei denn, sie sind in einem schlechten gesundheitlichen Zustand oder es liegen sonst Umstände vor, die sie an der Rückkehr hindern.

Abg. Volker Kauder: Frau Kollegin Schaich-Walch hat angedeutet, dass zu zwei Punkten noch Vorschläge vorgelegt werden. Das bedeutet, dass wir das Thema heute im Raum stehen lassen. Wann bekommen wir die Vorschläge?

(PStS Franz Thönnes (BMGS): Gleich! - Abg. Gudrun Schaich-Walch: Diese Frage beantwortet Ihnen Herr Staatssekretär! Den Zugriff auf die Beamten hat er!)

PStS Franz Thönnes (BMGS): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich will die Frage von Herrn Kauder beantworten: Es ist der Versuch gemacht worden, einen Abgleich vorzunehmen. Das Ergebnis ist: Man kann vorläufig davon ausgehen, dass es sich bei der von Herrn Kauder gerade angesprochenen Gruppe um ca. 13 300 Personen handelt, die auf Grund der Absenkung der Einkommensgrenze mit einem höheren Eigenanteil belastet werden, allerdings nicht in der Größenordnung von 1 000 Euro; der Betrag liegt vielmehr erheblich darunter. Dabei geht es um die Empfänger relativ hoher eigener Einkommen, so dass die Verhältnismäßigkeit gewahrt ist.

Wir schlagen vor, das Problem bei dieser Personengruppe mit folgender Formulierung zu lösen:

> Bei schwerstpflegebedürftigen Menschen nach § 59 Abs. 3 und blinden Menschen nach § 67 ist ein Einsatz des Einkommens über der Einkommensgrenze in Höhe von mindestens 50 vom Hundert nicht zuzumuten.

Bei dieser Regelung würde die Einkommensminderung in den wenigen Fällen, in denen die Einkommensgrenze sich auswirkt, gegenüber dem bisherigen Recht bei maximal 500 Euro im Monat liegen.

Das ist der Vorschlag, den wir einbringen. Sie können ihn prüfen. Damit ist Ihre Frage beantwortet.

Ich will auf die Frage von Herrn Wulff eingehen. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Fälle wie "Florida-Rolf" soll es nicht geben. Das ist der Grund für die klare Eingrenzung in den Formulierungen, die wir in das Gesetz aufgenommen haben. Danach erhalten nur noch diejenigen Personen Sozialhilfe im Ausland, die nicht transportfähig sind, die sozusagen von einer dritten Gewalt festgehalten werden - das betrifft Menschen, die im Gefängnis sitzen, z. B. in der Dritten Welt; teilweise muss

dafür gesorgt werden, dass ihnen Nahrung von außen zugeführt wird - oder die einen Rechtsstreit über das Sorgerecht für ihr Kind vor einem ausländischen Gericht führen.

Ihr Begehren bezieht sich eher auf die Frage der Zuständigkeit, nicht darauf, wie man Fälle wie "Florida-Rolf" erfasst. Mit diesen Regelungen erfassen wir sie.

MP Christian Wulff (NI): Es wäre eine große Geste, wenn Sie sagten: Für Auslandskontakte ist die Bundesrepublik Deutschland, der Bundespräsident und die Bundesregierung, zuständig, nicht die Sozialämter. Die Kommunalverwaltungen sind für die Sozialhilfeempfänger im Lande zuständig. - Im Ausland haben wir Landespolitiker nichts zu suchen, sondern das ist Ihre Aufgabe. Darauf legen Sie zu Recht großen Wert. Deswegen halten wir uns aus außenpolitischen Aktivitäten heraus. In den Botschaften und Konsulaten sind Beamte des Bundes tätig, was ich nach wie vor nicht in Abrede stellen will. Sonst müssen wir eigene Mitarbeiter dort hinschicken. Dann gäbe es Landesvertretungen nicht nur in Brüssel, sondern auch an anderen Stellen der Welt, damit wir uns um unsere Sozialhilfeempfänger kümmern können. "Florida-Rolf" aus Osnabrück hat sein Geld aus Hildesheim bekommen. Ich muss jemanden hinschicken, der dem nachgeht. Demgegenüber sind Ihre Mitarbeiter vor Ort.

Aus diesem Grunde sollte das Konsulargesetz geändert werden; denn die Konsularbeamten können das besser beurteilen als die Mitarbeiter in den Sozialämtern. Es geht um 178 Fälle. Sie hätten die Zuständigkeit bereinigen können.

PStS Franz Thönnes (BMGS): Es geht um ca. 900 Fälle, die sozusagen kommen und gehen.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Hoffentlich!)

- In den meisten Fällen geht es um vorübergehende Hilfe. - Man rechnet mit 350 bis 400 Neufällen im Jahr. Wir reden über ein Volumen von gut 4 bis 5 Millionen Euro. Wenn dieses Thema streitig gestellt wird, dann müssen wir darüber nachdenken und eine Bewertung im Gesamtzusammenhang vornehmen.

(Abg. Carl-Ludwig Thiele: Was spricht dagegen?)

- Zum einen geht es um eine Gesamtlösung, zum anderen um die Kosten. Darüber hinaus geht es schlichtweg darum, dass das Ganze im Moment funktioniert. Demgegenüber haben Sie das Interesse, diese Aufgabe von den Ländern wegzuverlagern.

StM Dr. Thomas de Maizière (SN): Ich habe eine Frage zur Sozialhilfe, allerdings nicht zu den Aspekten, die bisher erörtert worden sind. Falls es noch Wortmeldungen dazu gibt, stelle ich meine Frage zunächst zurück.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Kauder hat sich gemeldet.

Abg. Volker Kauder: Herr Staatssekretär, ich habe eine Frage zur Einkommensgrenze in § 80 SGB XII. Dabei handelt es sich zwar nur um 1 500 Personen, aber auch dort soll um 500 Euro abgesenkt werden. Mir ist mitgeteilt worden, dass das Ministerium dazu einen Änderungsvorschlag machen soll. Einen solchen Vorschlag habe ich noch nicht gesehen.

PStS Franz Thönnes (BMGS): Ich muss im Moment passen. Wir sehen gleich nach, Herr Kauder.

(Abg. Volker Kauder: Okay! - Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Frau Schaich-Walch kann antworten!)

Abg. Gudrun Schaich-Walch: Ich kann nur sagen, dass es den Auftrag an die Beamtenebene gegeben hat, unter Beteiligung der A- und der B-Seite einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten.

PStS Franz Thönnes (BMGS): Der Vorschlag, den ich gerade gemacht habe, bezieht sich auf § 80. Wir können Ihnen diesen Vorschlag geben. - Er liegt vor.

(Abg. Volker Kauder: Nur noch nicht uns!)

- Nur noch nicht Ihnen. Er liegt vor, und Sie bekommen ihn sofort.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Gibt es noch Wortmeldungen zu diesem Bereich? - Das ist nicht der Fall.

Dann ist Herr de Maizière an der Reihe.

StM Dr. Thomas de Maizière (SN): Einen Punkt, der im Vorfeld eine ziemlich große Rolle gespielt hat, habe ich in dem Bericht der Arbeitsgruppe nicht gefunden:

die Frage der Gerichtswege. Es ist wichtig zu regeln, wer über diese Fragen entscheidet.

Die Verwaltungsgerichte entscheiden über die klassische Sozialhilfe, weil dieser Bereich früher dem Preußischen Polizeirecht zugeordnet war. Das ist der historische Hintergrund. Demgegenüber entscheiden die Sozialgerichte über alle Angelegenheiten der Arbeitsförderung. Nun soll die Sozialhilfe in das SGB eingebaut werden. Falls wir uns auf Hartz IV verständigen, gibt es vier unterschiedliche Sozialhilfesysteme. Von daher hat ein gespaltener Rechtsweg wenig Sinn. In der Arbeitsgruppe bestand Konsens darüber, dass auf jeden Fall ein Rechtsweg gegeben sein muss. Das habe ich nicht gefunden. Deswegen ist die Frage, wie das geregelt werden soll.

Man kann sich darauf verständigen, dass entweder die Verwaltungsgerichte oder die Sozialgerichte zuständig sein sollen. Im letzteren Fall muss den Verwaltungsgerichten die Zuständigkeit für die klassische Sozialhilfe genommen werden. Das müsste durch eine Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung geschehen.

Nun führt der Umbau der sozialen Sicherungssysteme zu weiteren Veränderungen in diesem Bereich. Deswegen habe ich die Fachfrage, wie das geregelt werden soll. Wie gesagt, es besteht Konsens darüber, dass ein einheitlicher Rechtsweg erforderlich ist, aber wohin?

Ich habe die weitergehende Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, das Gesamtthema zum Anlass zu nehmen, darüber nachzudenken, ob die Sozial- und die Verwaltungsgerichtsbarkeit insgesamt zusammengeführt werden sollten oder ob es den Ländern ermöglicht werden sollte, durch gemeinsame Spruchkammern zu einem ähnlichen Ergebnis zu kommen. Dazu gibt es Vorüberlegungen, auch in diesem Kreis. Jetzt ist der Moment, dieses Thema in die Debatte einzubringen und die Frage zu stellen, ob es möglich ist, einen Fortschritt zu erzielen. Das wäre ein gewaltiger Schritt im Rahmen der Umsetzung des Pakets - wie groß auch immer es sein wird; wenn es jetzt zu Teillösungen kommt, wird dieses Thema in den nächsten zwei bis fünf Jahren auf der Tagesordnung bleiben -, der der Vereinheitlichung und der Beschleunigung der Verfahren diente.

Ich fasse zusammen: Wie soll es geregelt werden? Sollte man nicht die Gelegenheit ergreifen, den Ländern die Möglichkeit zu geben, die Spruchkörper der Sozial- und der Verwaltungsgerichte zusammenzuführen?

Abg. Gudrun Schaich-Walch: Wir haben sehr eingehend über die Frage diskutiert, welcher Zweig der Gerichtsbarkeit zuständig sein soll. Wie Sie richtig sagen, haben

wir uns zuerst für einen einheitlichen Rechtsweg entschieden. Nachdem wir noch einmal in der großen Arbeitsgruppe darüber diskutiert haben, haben wir uns einvernehmlich auf den Rechtsweg zu den Sozialgerichten verständigt.

(Abg. Ludwig Stiegler: Auf Antrag der CDU!)

- Auf Antrag der B-Seite! - Wie gesagt, wir teilen diese Einschätzung.

Es ist sicherlich wünschenswert, aus gegebenem Anlass darüber zu diskutieren, inwieweit man Gerichtszweige zusammenlegen kann, um Vereinfachungen zu erreichen. Es gab auch sehr gute Gründe dafür, das Verwaltungsgericht zu wählen. Ich meine jedoch, das sollte man nicht im Rahmen dieser Reform regeln, sondern auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Wenn Sie erlauben, Herr Vorsitzender, möchte ich noch eine Anmerkung zum SGB XII machen: Das SGB XII ist in einer Reihe von Punkten, die sich aus der Gesundheitsreform ergeben, zu verändern. Es gab darüber hinaus Korrekturwünsche. Dabei handelt es sich nicht um materielle, sondern um redaktionelle Änderungen, die auf Grund vorangegangener Gesetzgebungsprozesse notwendig geworden sind. Wir haben die Bitte, das zur Kenntnis geben zu dürfen, es sei denn, Sie haben den Eindruck, das Ganze werde überfrachtet.

Abg. Hans-Joachim Hacker: Herr de Maizière, wir haben schon in der Vergangenheit über die Problematik einer Zusammenlegung gesprochen. Auch ich meine, wir sollten das Vermittlungsverfahren nicht mit diesem Thema befrachten. Es gibt auch verfassungsrechtliche Probleme, weil sich der Bundestag mit dieser Problematik im Gesetzgebungsverfahren nicht befasst hat. Gleichwohl bin ich der Meinung - hier sind die Rechtspolitiker der SPD offen; wir haben das mit dem BMJ abgeklärt -, dass wir bei passender Gelegenheit z. B. über eine Öffnungsklausel reden können. Es ist jedoch schwierig, dies in das laufende Verfahren einzuordnen. Wie gesagt, dieses Thema sollten wir bei passender Gelegenheit aufrufen; wir sind offen. Das ist keine Zusage, um die Diskussion abzuwürgen. Sie stoßen bei uns auf offene Ohren.

PStS Franz Thönnes (BMGS): Ich will unter Bezugnahme auf den Redebeitrag von Frau Schaich-Walch sagen, dass wir dem Vermittlungsausschuss ergänzend zu den Formulierungen, die ich gerade vorgetragen haben, Formulierungsvorschläge auch für andere Bereiche geben können, so dass in Teilbereichen die Chance besteht, möglichst rasch zu einer Einigung zu kommen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Auch ich bin Anhänger Ihrer Initiative. Aber unser verfassungsloyales Sekretariat meint, dass wir das aus verfassungs- und verfahrensrechtlichen Gründen nicht in das Verfahren integrieren dürfen. Das muss man bedenken; Herr Kollege Hacker hat es gesagt. Wir sind in dieser Frage nicht unterschiedlicher Meinung, aber wir dürfen es nicht in das Verfahren einbeziehen.

StM Dr. Thomas de Maizière (SN): Ich will zunächst sagen, dass der Freistaat Sachsen für die Zuordnung zu den Sozialgerichten votiert hat. Aber die klare Mehrheit der Länder hat gesagt, wenn eine Gerichtsbarkeit zuständig sein soll, dann die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Ich weise nur darauf hin, um den Konfliktstoff deutlich zu machen. Das übergeordnete Ziel sollte ein einheitlicher Rechtsweg sein. Nur, weil die Länder das so sehen, ist das ein zusätzliches Argument dafür, dass man die Dinge in den Ländern verbinden kann.

Es ist nicht ganz abwegig zu fragen, ob wir das hier einbeziehen können.

Der Bundesrat hat im September 2003 immerhin die folgende Prüfbitte beschlossen:

> Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, aus Anlass dieses Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob zur Vermeidung von rechtswegübergreifenden Zuständigkeitsfriktionen gerade bei Geldleistungsansprüchen die Errichtung einer einheitlichen öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeit, hilfsweise einer aus der bisherigen Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit bestehenden künftigen Gerichtsbarkeit, sinnvoll erscheint.

Es gibt zwar keine Anträge, wie es nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erforderlich ist, aber immerhin eine Prüfbitte. Vielleicht kann man darüber nachdenken, ob man einen Weg findet, dies zu integrieren.

Eine Wohlwollenserklärung aller Seiten, an diese Aufgabe heranzugehen, wäre jedenfalls eine große Hilfe. Der Ärger derjenigen Länder, die der Meinung sind, eigentlich sollte der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten - nicht zu den Sozialgerichten - eröffnet werden, würde gemindert, wenn sie diese Frage regeln könnten, wie sie es für richtig halten. Ich sage an die Adresse der Sitzländer: Dadurch wird die Existenz der obersten Gerichte, des Bundessozialgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts, nicht in Frage gestellt. Das steht jetzt nicht zur Debatte. - Ich könnte einen langen Vortrag darüber halten, aber aus Zeitgründen will ich darauf verzichten.

Das hätte Vorteile und würde die Länder in die Lage versetzen, dies flexibler zu regeln. Aber wenn das nicht möglich ist - vielleicht sollte man noch einmal darüber schlafen -, bin ich daran interessiert, dass wir in Form einer - schriftlichen oder mündlichen - Protokollerklärung zum Ausdruck bringen, dass wir uns des Themas annehmen wollen. Es gibt nämlich, unter uns gesagt, eine Reihe von Leuten, die gerade das nicht wollen. Ein gewisser Rückenwind wäre nicht schlecht.

MP Roland Koch (HE): Wir sind in der Arbeitsgruppe relativ weit gekommen. Ich meine, es ist vernünftig, dass wir die Fragestellungen, die mit der Datenerhebung zusammenhängen, und die angesprochenen redaktionellen Änderungen angehen. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir sozusagen eine hinreichende Lesedichte sicherstellen wollen, insbesondere deshalb, weil das Wort "Gesundheitsreform" als Alarmzeichen aufblinkt. Bitte übergeben Sie uns die Formulierungen, damit wir dieses Thema am Donnerstag oder Freitag hier auf den Punkt bringen können, so dass es nicht Eingang in die Schlussakkorde finden muss.

Dabei müsste sicherlich auch die Frage geklärt werden, was bei der Grundsicherung geschehen soll. Dazu hat Frau Schaich-Walch auf den Einigungsvorbehalt Bezug genommen und gesagt, dass sich die A-Seite möglicherweise großzügig zeigt. Dann muss aber irgendwann der "Großzügigkeitsstatus" definiert werden, damit wir entscheiden können, ob wir das mit regeln. Wir haben bei der Ausgestaltung der SGB-Strukturen ein gewisses Interesse daran, alles, was nicht unmittelbar Folge von Erwerbstätigkeit ist, auch für die zukünftige gerichtliche Interpretation einer rechtlichen Regelung, einer sauberen Klärung zuzuführen. Ich glaube, darüber besteht kein großer inhaltlicher Dissens. Dies ist neben den Daten und den redaktionellen Änderungen ein dritter Komplex, der in Form von Entscheidungen zugeliefert werden müsste; in der Sache ist er vorbereitet.

Herr Vorsitzender, ich schlage vor, dass Sie uns dabei helfen, zu der Frage der Gerichtsstände eine Protokollerklärung zu bekommen. Dieses Problem ist in Fachkreisen nicht lösbar. Wir müssen aufpassen, dass die Gerichte nicht eher zusammengelegt sind, als wir uns darüber geeinigt haben, welcher Rechtsweg vorgegeben werden soll. Der derzeitige Zustand ist nicht akzeptabel; denn es begegnen sich unterschiedliche Philosophien von Rechtsprechung. Das ist für Juristen spannend, für die Betroffenen aber unsäglich.

Auch mein Justizminister hat mir gesagt, dass vieles für die Verwaltungsgerichte spricht. In Zeiten, in denen wir bei der Gebührenfreiheit von Sozialgerichten, was den Stand unserer Beratungen angeht, nicht mehr den gleichen Status haben wie in

früheren Jahren, ist aus meiner Sicht die Frage, wo die Materie fachlich einheitlich hingehört, am Ende ein Punkt, den man aus guten Gründen für überwiegend halten kann. Deswegen hat Herr Kollege Laumann in der Arbeitsgruppe beantragt, die Sozialgerichte zu wählen. Wie gesagt, man kann es aus guten Gründen auch anders regeln. Nur, im Zusammenhang mit dieser Frage bekommen wir es nicht zu Stande.

Ich halte es für wichtig, dass wir die Zusammenlegung der Gerichtsstände im ersten Quartal mit Hilfe der Bundesregierung im Rahmen eines Omnibusgesetzes regeln. Denn sonst keimt eine neue erstinstanzliche Rechtsprechung auf, die wir erst in fünf Jahren kappen. Das muss innerhalb sehr weniger Monate geregelt werden, obwohl im Augenblick ein Vorbehalt besteht. Wenn man sich einigt, wäre ich sehr dankbar, wenn man sich in diesem Zusammenhang auf eine Protokollnotiz verständigen könnte.

PStS Franz Thönnes (BMGS): Herr Koch hat zu Recht auf die Grundsicherung hingewiesen. Wir haben in der Unterarbeitsgruppe eine sehr gute Diskussion über die einzelnen Regelungsmechanismen geführt. Zur Beschleunigung des Prozesses sind wir in der Lage, hier eine Regelung einzubringen, wonach die Grundsicherung in das Sozialhilferecht integriert wird, so dass Sie zügig prüfen und wir - vorbehaltlich einer Gesamtregelung - zu einer Einigung kommen können.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich habe den Eindruck, dass die Zusammenfassung, die soeben vorgenommen worden ist, stimmt. Das muss geklärt und aufgeschrieben werden, so dass wir es morgen wieder aufrufen können.

Ich habe gehört, dass eine Protokollerklärung eine Hilfe wäre. Herr Schmitt sagt, es sei rechtlich nur möglich, dass die Bundesregierung eine solche Erklärung einbringt; wir dürften es nicht. Ich weiß von Brigitte Zypries, dass sie es so sieht, wie Herr Kollege de Maizière es gesagt hat. Das hat sie in der Justizministerkonferenz, an der ich teilgenommen habe, erklärt. Insoweit sind wir sehr dicht beieinander.

(Zurufe: Breite Übereinstimmung!)

Das muss jemand in die Hand nehmen. Ist das möglich? Die Bundesregierung liefert dazu eine Protokollerklärung, die wir in das Verfahren einbeziehen. Okay? - Ja.

Ich danke Ihnen sehr für diesen gut vorbereiteten Abschluss, besonders dem Unterausschuss und seiner Sprecherin.

Jetzt kommen wir zu komplizierten Geschichten. Sollen wir sofort weitermachen? - In der Bremischen Landesvertretung gibt es einen sehr guten Koch, der uns gegen 18 Uhr mit einer Suppe beehren möchte. Ich rate dazu, dass wir bis dahin weitermachen und die Sitzung dann kurz unterbrechen.

Lieber Ludwig Stiegler, wer führt in das komplexe Thema "Reformen am Arbeitsmarkt" ein, das mit den Stichworten "Kündigungsschutz", "Niedriglohnsektor", "Arbeitszeitgesetz" und anderen überschrieben ist?

Abg. Ludwig Stiegler: Ich schlage vor, dass wir nicht alles auf einmal machen, sondern zunächst über das Thema "Niedriglohn" reden. Es müsste eigentlich im Zusammenhang mit Hartz IV behandelt werden. Bei uns ist es im Rahmen des SGB II geregelt. Aber wie Sie meinen, Herr Vorsitzender.

MP Roland Koch (HE): Auch ich meine, wir sollten es dem Vorsitzenden überlassen. Wir können über den Niedriglohnsektor im Zusammenhang mit Hartz reden; aber wenn wir die Arbeitsgesetze der Reihe nach behandeln, kommen wir ebenfalls zum Niedriglohn. Wir können weder den betrieblichen Bündnissen für Arbeit noch allem anderen entgehen.

> (Abg. Ludwig Stiegler: Die betrieblichen Bündnisse werden erst nach dem Abendessen etwas verdaulicher!)

- Sie wollen erst eine Suppe haben, bevor Sie ein Bündnis schließen. Das ist in Ordnung.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich rate dazu, mit dem Thema "Niedriglohn" anzufangen. Wer will dazu vortragen?

> (Abg. Ludwig Stiegler: Das sollte Herr Koch machen! Es ist sein Entwurf! Das kann er am besten!)

MP Roland Koch (HE): Ich kann einführende Bemerkungen dazu machen, damit man sich zunächst den Hintergrund vergegenwärtigt.

Artikel 2 des EGG, aber auch eine Reihe von parallelen Vorschriften in anderen Rechtsgebieten beschäftigen sich mit der Frage, welche Instrumente wir haben, um Arbeitsanreize zu schaffen, um vorhandene Arbeit für Menschen adaptierbar zu

machen. Eine andere Frage ist: Haben wir genug Arbeit, oder müssen wir nicht erst am Arbeitsmarkt etwas tun?

Übereinstimmung besteht darin, dass wir an bestimmten Stellen Anreize schaffen müssen, um Beschäftigung innerhalb des deutschen Gefüges zu ermöglichen; denn die bei bestimmten Qualifikationen erzielbaren Einkünfte sind auf einem Marktniveau, auf dem sich eine Existenz nicht sichern lässt. Bis hierher ist es eine Banalität.

Welche Konsequenzen zieht man daraus? Ein etwas "reverser" Konflikt zwischen SPD und CDU oder A- und B-Seite hier betrifft die Langfristigkeit der Förderung. Kann man für die Zukunft systematisch davon ausgehen, dass sehr niedrige Löhne - ob sie tarifvertraglich sind, ist eine andere Frage - immer Durchgangslöhne sind, Stufen, die man bei einer bestimmten Qualifikation annimmt, um sie rasch zu durchschreiten und auf einem höheren Qualifikationsniveau höheres Einkommen, ein Einkommen jenseits des Existenzminimums, zu erzielen? Solange diese These richtig ist - sie ist Tradition in Deutschland -, sind alle Zuschüsse temporärer Natur.

Bestimmte Beschäftigungsmöglichkeiten sind zunehmend dauerhaft versperrt, weil sie sich auf einem Qualifikationsniveau abspielen, bei dem der internationale Wettbewerb dazu führt, dass die betreffenden Tätigkeiten woanders zu günstigeren Preisen erbracht werden; es geht nicht um eine permanente Durchlauftätigkeit. Wir haben früher im Arbeitsrecht unter "Leichtlohngruppen" und anderem so etwas tarifiert; das ist nicht völlig aus der Luft gegriffen. Wenn man glaubt, solche Arbeit nach Deutschland zurückholen und stabilisieren zu können, muss man Personen mit einer bestimmten Qualifikationsstufe diese Arbeit auch zumuten, und zwar nicht als Durchlauf, sondern für längere Zeit. Es ist die Frage, ob man dann eine Subvention zahlt.

Wir haben uns über ein Niedriglohnmodell Gedanken gemacht, das Sie im EGG finden. Wir knüpfen nicht mehr nur daran an, was jemand verdient, indem er arbeitet, sondern in Zukunft interessiert uns, was nach Abrechnung von sozialen Zuwendungen und Arbeitsleistung der Betroffene erhält. Unterschreitet er eine bestimmte Grenze, erhält er einen Zuschuss, weil er arbeitet. Das ist dann mehr als Sozialhilfe.

Nun beginnen die Schwierigkeiten, die wir in der Arbeitsgruppe hatten. Die Kollegen haben argumentiert, dass nur Vollzeitkräfte, die mehr verdienen, davon betroffen sind, nicht die Minijobs, die Teilzeitjobs. Bei den ersten 400 Euro wird auf die Sozialhilfe nichts angerechnet, erst darüber hinaus bekommt man diesen Selbstbehalt hinzu. Dies entscheidet darüber, wie teuer so etwas ist. Das Ifo-Institut hat uns gestern noch Berechnungen und Tabellen übergeben, die es auf Veranlassung des Landes Hessen erstellt hat. Dort werden die unterschiedlichen Tarifverläufe, die daraus entstehenden Effekte und mögliche Kosten beschrieben.

Ich habe nach der Debatte in der Arbeitsgruppe den Eindruck: Nach wie vor ist streitig, ob es die Bereitschaft gibt, etwas dauerhaft zu machen; für manche darf es nur befristet sein. Im ersteren Fall: Können wir das finanziell deckeln, oder ist es ein Fass ohne Boden? Bleibt es von dem steuerbar, der bezahlt? Kann es eine untere Grenze geben, d. h. einen nicht akzeptablen Arbeitslohn, Stichwort "Sittenwidrigkeit"? Damit hängt die Frage zusammen, die im Arbeitsrechtsteil enthalten ist: Darf man unter Tarif bezahlen? Bestandteil eines Gesetzentwurfs der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, dass Langzeitarbeitslose - über sie reden wir - bis zu 10 % unter Tarif beschäftigt werden können. Kollege Stiegler und die Bundesregierung haben eine lange Liste von relativ niedrigen Tarifeinstiegslöhnen vorgelegt und damit die Frage der Zumutbarkeit begründet, die wir aus Hartz IV kennen. An dieser Stelle begegnen sich die Themenkreise: langfristige Finanzierung eines Niedriglohnsektors, untertarifliche Beschäftigung, individuelle Zumutbarkeit. Sie muss man miteinander betrachten und zu einer Einheit führen.

Die Einschätzung der B-Seite ist: Für nahezu 10 % derjenigen in der erwerbsfähigen Bevölkerung, deren Qualifikation auf einem unteren Niveau liegt, gibt es im Augenblick keine Antwort auf dem Arbeitsmarkt. Da es kaum gelingen wird, den Marktpreis der Arbeit, die für diese Menschen zur Verfügung steht, so hoch zu treiben, dass hinreichend Beschäftigung gefunden werden kann, sondern der Anspruch an den Arbeitslohn abgesenkt werden muss, um ihnen wenigstens diese Arbeit verfügbar zu machen, ist es richtig, hier einen Paradigmenwechsel vorzunehmen. Die A-Seite sieht das nicht so. Deshalb ist die Frage: Was kostet das? Wer kann es bezahlen? Wie kann man das deckeln, begrenzen? Bekanntermaßen gibt es hier Instrumente.

Die Frage ist: "Springt" man bei der Langfristigkeit, der Zumutbarkeit, der Tariföffnung? Wenn man kein einheitliches Konzept hat, kann man machen, was man will, man verteilt nur Menschen auf vorhandene Arbeitsplätze. Wird die Zahl der Arbeitsplätze nicht erweitert, klappt das nicht. Dies ist unsere Position.

Davon trennen muss man die Frage "gemeinnützige Arbeit", wenn man zusammenkommen will. Das betrifft die Dinge, die sich nicht im ersten Arbeitsmarkt, nicht in einem unterstützten zweiten Arbeitsmarkt abspielen und auch nichts mit Qualifizierungsmaßnahmen zu tun haben. Nach gemeinnütziger Arbeit kommt noch therapeutische Arbeit, wenn z. B. jemand nach einer Drogenkarriere reintegriert werden muss. Gemeinnützige Arbeit ist nach unserer Vorstellung für den erwerbsfähigen Alg-II-Empfänger allgemein verbindlich, er muss sie erbringen; das ist das gesetzliche Modell. Zweite Stufe: Wenn ein Alg-II-Träger jedem Interessierten eine solche Arbeit anbieten kann, beträgt die Regelleistung für den Erwerbsfähigen 70 % von der Sozialhilfe. 100 % erhält dieser nur dann, wenn er das Angebot auch annimmt.

Viele argumentieren, dass dieses Modell nicht von Erfurt bis Gelsenkirchen durchsetzbar sei. Deshalb schlagen wir vor, dass 100 % die Regel sind, wenn der Alg-II-Träger nicht in der Lage ist, gemeinnützige Arbeit anzubieten. Wir gehen in unserem Regelmodell aber davon aus, dass ein Erwerbsfähiger, der staatliche Unterstützung erhält, durch gemeinnützige Arbeit einen Beitrag leistet.

Dies ist umstritten. Hauptgesichtspunkt für die A-Seite ist, dass man nicht so viele Plätze zu Stande bekommt, wie man braucht. Wie viele man braucht, weiß niemand. Wenn man die Zahl hoch ansetzt, sind es in Hamburg 50 000. Niedrig gerechnet können 5 000 ausreichen, weil sich der Markt anders organisiert. Die Frage ist, ob man eine Vorgabe macht, die ein Ausstiegsmodell dort hat.

Die Kosten sind prinzipiell durchaus überschaubar, weil man durch gemeinnützige Arbeit in einem bestimmten Umfang seinen Sozialhilfeanspruch zu 100 % sichert. Darauf aufgesetzt werden bestimmte Stundenlöhne, Mindestlöhne gezahlt; denn daraus soll keine Arbeit werden, die interessanter ist als Tätigkeiten im Niedriglohnbereich. Aus eigenem ökonomischen Interesse soll jeder wieder in den bezuschussten Niedriglohnbereich oder in den ersten Arbeitsmarkt zurückkehren. Das haben wir alles schon im Sozialgesetz geregelt. Die Möglichkeit der gemeinnützigen Arbeit wird wahrgenommen. Streitig ist, ob man sie in einem geschlossenen Beschäftigungsmodell als Programmsatz verlangt, ob sie zur Grundlage des gesamten Systems gemacht werden kann. Wir halten das für unerlässlich, sonst wird permanent gefragt, warum Erwerbsfähige nicht arbeiten.

Die Tatsache, dass wir nicht ausreichend Beschäftigung für Erwerbsfähige, die die Hilfsangebote wahrnehmen, haben, ist wesentlich für die Schwarzarbeit in diesem Bereich verantwortlich. Hier ist ein großer grauer Markt, weil man Menschen, die beschäftigungswillig sind, keine anderen Angebote macht. Es ist sicherlich ärgerlich, dass es dort zu Provokationen kommt.

Die Frage, ob es gelingt, genügend solcher Tätigkeiten zu schaffen, sollte ein Stück der kommunalen Kreativität überlassen werden. Wir meinen, es kann gelingen, 4 000 arbeitslose Erwerbsfähige in Hamburg oder Frankfurt zur Betreuung von älteren Menschen oder von Frauen und Männern mit Kinderwagen in den städtischen Verkehrssystemen einzusetzen, die dort acht Stunden Dienst tun. Ich meine, wir finden nicht nur Tätigkeiten, die die örtlichen Handwerker lahm legen und der mittelständischen Wirtschaft schaden. Das wird in unserem Modell beschrieben.

Dies ist in etwa der Sach- und Streitstand. Wenn wir die Instrumente Niedriglohn und gemeinnützige Beschäftigung nicht bekommen, ist alles, worüber wir im

Zusammenhang mit Hartz IV oder EGG diskutieren, relativ substanzlos, das Problem wird sich nicht reduzieren.

Abg. Ludwig Stiegler: Der Sach- und Streitstand ist aus der Sicht der B-Seite unter Erkennbarkeit der A-Seite vorgetragen worden. Ich kann mich dem anschließen.

Ich würde vorschlagen, nach der Suppe in die Sachdebatte einzutreten, Herr Vorsitzender; sie ist soeben aufgefahren. Damit sie nicht kalt wird, wäre eine Unterbrechung sinnvoll.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wunderbar! Sie sind alle herzlich zu einer Bremer Suppe eingeladen.

(Unterbrechung von 17.52 bis 18.15 Uhr)

Abg. Klaus Brandner: Meine Damen, meine Herren, im Kern gilt es deutlich zu machen, dass wir die Langzeitarbeitslosigkeit durch einen flächendeckenden Niedriglohnsektor nicht insgesamt werden bekämpfen können. Die Lohnsituation ist in Deutschland sehr unterschiedlich. In den neuen Bundesländern ist das Lohnniveau flächendeckend sehr niedrig, dennoch ist die Arbeitslosigkeit dort extrem hoch. In Bayern und Baden-Württemberg ist das Lohnniveau sehr hoch, aber die Arbeitslosigkeit ist am niedrigsten. Deshalb müssen wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit differenzierter angehen.

Nach unserem Konzept müssen zuerst Qualifikationsnachteile der derzeit arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen ausgemerzt werden. Dafür haben wir in Hartz III und Hartz IV einen umfangreichen Instrumentenkasten. Dort ist auch öffentlich geförderte Beschäftigung vorgesehen, wie sie Herr Koch flächendeckend fordert.

Wir müssen mit den jungen Menschen beginnen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sie in die Langzeitarbeitslosigkeit abgleiten. Für Personen bis zum 25. Lebensjahr wollen wir verpflichtend Angebote vorhalten, die Arbeit, Ausbildung oder auch Arbeitsgelegenheiten vermitteln. Dazu bedarf es Förderinstrumente. Durch Qualifizierungsmaßnahmen sollen sie ein in Deutschland übliches Lohn- und Einkommensniveau erreichen. Nur damit können wir wettbewerbsfähig sein. Das

Fallmanagement muss darauf ausgerichtet sein, ein Qualifikationsniveau zu erreichen, für das marktgängige Preise bezahlt werden.

Natürlich wissen wir, dass diejenigen, die lange aus dem Arbeitsprozess heraus sind, nicht mehr die Qualifikation haben, die am Markt gefragt wird. Deshalb brauchen wir für gering entlohnte Erwerbstätigkeit Zuverdienstmöglichkeiten, Arbeitsanreize. Wir sehen einen breiten Katalog von Angeboten vor, damit Personen mit Einkommen in der Nähe des Grundsicherungsbetrags etwas hinzuverdienen können. Wir sehen eine Staffelung nach der Anzahl der Kinder vor, die verhindert, dass die Betroffenen im passiven Leistungsbezug verbleiben.

Wir sehen ein systematisches Fallmanagement vor. Zuschüsse an Arbeitnehmer sollen Einkommen unterhalb oder unwesentlich oberhalb der Grundsicherung aufstocken. Wenn tarifliches Einkommen den Grundsicherungsbetrag nicht übersteigt, sind Zuschüsse zu zahlen, Stichworte "Kombilohn", "Mainzer Modell". Es ist gesetzlich vorgesehen, dass das Einkommen so ausgeglichen wird, dass durch Arbeit in jedem Fall mehr Geld übrig bleibt als durch den passiven Leistungsbezug.

Durch systematisches Fallmanagement ist auch das Prinzip "Fördern und Fordern" sichergestellt. Zuerst müssen Angebote geschaffen werden. Wir sehen Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen vor. Kinderbetreuung z. B. muss flächendeckend sichergestellt werden, damit offensiv gefordert werden kann, Angebote anzunehmen.

Die Zumutbarkeitskriterien sind klar geregelt. Grundsätzlich ist jede Arbeit zumutbar, auch ein Minijob. Wird sie allerdings zu Lohnbedingungen angeboten, die von tarifvertraglichen Regelungen deutlich abweichen, wobei immer auf die individuelle Tarifbindung abgestellt wird, haben wir große Bedenken. Für einen gesetzlichen Mindestlohn unter tarifvertraglichen Bedingungen sehen wir keinen Raum; vielmehr kommt es darauf an, dass die Abhängigkeit nicht genutzt werden darf, Dumpinglöhne zu bezahlen oder tarifvertragliche Regelungen prinzipiell zu unterlaufen.

Unser Vorschlag ist ein systematischer Ansatz. Menschen mit Qualifikationsnachteilen sollen die Chance erhalten, diese auszugleichen. Ist das nicht möglich, muss man sich auf dauerhafte Zuschüsse einstellen. Die Zuverdienstregelungen werden so gestaltet, dass immer ein Anreiz bleibt, eine Arbeit anzunehmen. Aber einen dauerhaften Zuschuss zum Lohn, um in Deutschland einen Niedriglohnsektor zu schaffen, halten wir wirtschaftspolitisch für falsch. Wir sind für offensives Fordern und meinen, dass dies mit unserem Gesetzesvorschlag möglich ist. Grundlage sind die Eingliederungsvereinbarungen, die die Fallmanager mit den Betroffenen abschließen.

Mit dem Prinzip des Gebens und Nehmens, den Förderangeboten und der Forderung, zumutbare Arbeit anzunehmen, dürfte sich die Langzeitarbeitslosigkeit deutlich reduzieren lassen.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Ich möchte auf die Punkte eingehen, die von Herrn Ministerpräsidenten Koch genannt worden sind. Dies ist ein außerordentlich wichtiges, gleichzeitig ein sehr schwieriges und sensibles Thema.

Wir sind in diesen Sektor mit den Minijobs eingestiegen. Dabei geht es gleichzeitig darum, die Schwarzarbeit zu reduzieren. Mit den Midijobs soll das Hineinwachsen in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Hinzu kommen die Ich-AG und anderes, ob sie gefallen oder nicht.

Nun geht es um Aspekte, bei denen ich meine, dass es durchaus Berührungspunkte gibt, wenn man genauer hinschaut. Was bei Ihnen unter dem Stichwort "Lohnfreistellung" formuliert worden ist, entspricht bei uns der Hinzuverdienstmöglichkeit für Arbeitslosenhilfe- oder erwerbsfähige Sozialhilfebezieher. Das haben wir stärker differenziert, indem wir eine Familienkomponente und Ähnliches eingebaut haben. Wir sehen vor, dass es zusätzlich einen individuellen Lohnzuschlag, ein Einstiegsgeld gibt. Wir gehen davon aus, dass sich das Betreuungsverhältnis ändert, nämlich von einem Fallmanager zu 75 Arbeitsuchenden; dies ist unsere Zielmarke. Herr Ministerpräsident Koch, Sie haben bei den unteren Hinzuverdienstmöglichkeiten auch stärker differenziert als ursprünglich bei den 400-Euro-Jobs. Ich halte es für sinnvoll, die Vorstellungen auf beiden Seiten hinsichtlich der Struktur der Hinzuverdienstmöglichkeiten zu prüfen.

Beim Lohnzuschlag halte ich das für schwierig. Wir gehen in diesem Sektor von einer dauerhaften öffentlichen Förderung aus. Eigentlich sehen wir keinen Anlass, dies dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Im Interesse des Marktes gilt weiterhin unser Lohnfreistellungsangebot. Ich sehe im Moment nicht, wie man da eine Brücke schlagen kann.

Zu den öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen würde ich empfehlen, dass wir uns gemeinsam den jungen Leuten zuwenden; darauf hat Klaus Brandner hingewiesen. 600 000 der unter 25-Jährigen sind heute arbeitslos, 250 000 davon beziehen Sozialhilfe, 70 000 Arbeitslosenhilfe. Sie sind zumeist nicht ausgebildet. Wir haben für sie berufsvorbereitende Maßnahmen. Wenn wir allen Betroffenen in überschaubarer Zeit öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse anbieten könnten, wäre das ein sinnvoller Ansatz. Es wäre sehr viel mehr als ein Testlauf: Wir würden die Arbeitslosigkeit der jungen Generation anfassen.

Flächendeckend ist das problematisch durchzuführen. Wir haben mehrfach darüber gestritten, welche Größenordnung sich ergeben würde. Sie würden das nur dort anbieten können, wo es entsprechende Beschäftigungsverhältnisse gibt. Ich glaube schon, dass es problematisch ist, öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse in einer solchen Dimension anzubieten. Hamburg hat die Zahl von 50 000 genannt. Ich könnte mir vorstellen, dass man nicht generationenübergreifend, wie Sie es vorsehen, diskutiert, sondern sich denen zuwendet, die - ich greife eine Zahl - länger als drei Jahre arbeitslos sind. Bei den Langzeitarbeitslosen sind die Probleme gewaltig.

Auseinander liegen wir, wenn Sie mit 70 % des Alg II oder der Sozialhilfeleistung einsteigen und dies dann steigern wollen. Wir gehen von Alg-II-Niveau aus. Nach der Rechtsprechung muss ein leichter Zuschlag gewährt werden, wenn ein Beschäftigungsverhältnis aufgenommen wird, auch wenn es sich um ein öffentlich gefördertes handelt. Über diesen Punkt müssten wir noch genau diskutieren.

Die Diskussion über die Zumutbarkeit ist bekannt. Herr Kollege Stiegler hat beim letzten Mal die niedrigsten Tarife auf den Tisch gelegt. Man fragt sich: Warum sollen wir uns außerhalb des Tarifgefüges bewegen, wenn es in den untersten Tarifgruppen Einkommen gibt, die faktisch auf der Höhe des Alg II liegen? Das wird bisher kaum angewandt. In unserem Gesetz ist vorgesehen, Herr Ministerpräsident Koch: Tariflohn oder ortsübliches Entgelt. Wenn man stattdessen, wie Herr Kollege Stiegler dargelegt hat, die unterste Stufe im Tarifgefüge der jeweiligen Branche nimmt, liegt die Höhe unterhalb dessen, was in Deutschland gezahlt wird. Wir haben solche Modelle in Nordrhein-Westfalen versucht. In keiner Branche werden die untersten Einstiegstarife gezahlt, alle liegen oberhalb. Auf diesem Gebiet könnten wir uns annähern.

Wir müssen über vier Aspekte sprechen. Lohnfreistellung: Hier liegen wir nur bei den Dotierungen auseinander. Zuschlag: Hier sind wir sehr skeptisch; Sie kommen zu einer öffentlichen Förderung und installieren damit ein unteres Einkommensniveau, das sich dauerhaft einpendeln wird; das halten wir für problematisch. Öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse: Wir gehen von Alg II aus, und wenn eine Beschäftigung aufgenommen wird, muss es einen leichten Zuschlag geben. Zumutbarkeit: Ich erinnere an den Hinweis des Kollegen Stiegler.

Abg. Ludwig Stiegler: Wir sind in dieser Phase der Verhandlung auf der Suche nach Gemeinsamkeiten. Ich kenne aus dem Europarecht den Begriff der Maßnahme gleicher Wirkung. Unser SGB II erzeugt in vielen Punkten die gleiche Wirkung, die Ministerpräsident Koch mit dem Gesetz zur Aktivierung des Niedriglohns intendiert.

Ich habe diese Tarifverträge unlängst verteilen lassen, weil wir sagen: Die Arbeit zu tariflichen Bedingungen ist zumutbar. Wenn dort beschriebene Arbeit angeboten wird, muss ein Erwerbsloser, der Hilfe für Arbeitsuchende beantragt, zu diesen Bedingungen arbeiten. Er erhält nur die Differenz als Sozialleistung. So weit sind wir gegangen.

Vor diesem Hintergrund können in Zukunft alle Niedriglohntarifverträge, die mangels notwendiger Zumutbarkeitskriterien nicht wirksam geworden sind, angewandt werden. Die Sorge, dass es wegen der Tätigkeitsbeschreibung besondere Probleme gebe, weil jemand dann nicht in eine niedrige Lohngruppe passt, kann man dadurch entkräften, dass es sich bei einem sehr hohen Anteil der Langzeitarbeitslosen um geringfügig Beschäftigte, Leistungsgeminderte und Ähnliche handelt, nicht etwa um jemanden, der sofort als Schlosser arbeitet, sondern der Reinigung, Verpackung, leichte Tätigkeiten macht, um die früher so genannten Leichtlohngruppen, in denen vor allem Frauen waren. Wir haben jetzt die Chance, alle diese Tätigkeitsfelder insgesamt zu besetzen.

Wir veranlassen einen Arbeitsuchenden, der um Hilfe nachsucht, dazu, auch eine niedrig entlohnte Tätigkeit anzunehmen. Ein Minijob ist ebenfalls zumutbar, um den Lebensunterhalt teilweise zu verdienen. Herr Koch geht dagegen von allen Erwerbstätigen aus. Mich hat erschreckt, als kürzlich Herr Milbradt sagte, in Sachsen müsste man auf das tschechische Lohnniveau heruntergehen, um zu konkurrieren; die Differenzbeträge müsste der Staat bezahlen. Da kommen wir in sehr tiefes Fahrwasser und wahrscheinlich in Probleme mit der Europäischen Union. Das wäre eine Subventionierung auf breitester Front, die von Ihnen und von uns niemand bezahlen kann. Er hat als Beispiel gesagt: Dann zahlt halt der Handwerker 1 Euro für die volle Arbeitskraft, und die öffentliche Hand muss den Rest übernehmen. - Das wäre Wettbewerb nach unten, statt den Wettbewerb nach oben zu befördern.

Wenn wir mit Einstiegsgeld, Freibeträgen und den übrigen Instrumenten, die wir haben, jemandem den Schubs geben, aus der Versorgung zur Selbstversorgung zu kommen, haben wir im Effekt eine breite Aktivierung des Niedriglohnsektors in diesem Bereich; denn wir haben die Zumutbarkeitsschwelle weiter, als es in der Öffentlichkeit bisher wahrgenommen worden ist, abgesenkt. Wir denken im Zusammenhang mit den Tarifverträgen an die Spitzenlohngruppen, aber niemand denkt an den Sockel. Vor dem Hintergrund des Qualifikationsniveaus des betreffenden Personenkreises haben wir hier eine gute Lösung, die auch finanziell überschaubar ist; denn die Zuschüsse werden in die Verfügbarkeit der Haushaltsmittel gestellt. Niemand wird verlangen, dass man uferlos Mittel zur Verfügung stellt. Woher sollten sie auch kommen? Man wird ein Arbeitsmarktbudget haben und es dazu nutzen, so viele wie

möglich in eigener Verantwortung verdienen zu lassen, um mit den vorhandenen Mitteln insgesamt auszukommen.

Ich denke, Sie könnten sich auf unser Modell zubewegen. Es erreicht in der Wirkung weitgehend das, was auch Sie intendieren. Sie haben Untergrenzen, wenn auch nur die Sittenwidrigkeit. Aber bei einem Tariflohn von 3,41 Euro liegen wir nicht weit auseinander. Was wir in Zukunft tun, würde in Frankreich und in England gegen die dortigen Mindestlohnbestimmungen verstoßen. Dort sind die Systeme in diesem Bereich anders. Wir bewirken mit unseren Instrumenten faktische Kombilohnmodelle. Bei uns kann daher keine Begeisterung für ein Gesetz zur Aktivierung des Niedriglohnsektors aufkommen. Vielleicht kann das Ministerium die einzelnen Vorschriften zusammenfassen, die im SGB II stehen und im Grunde bewirken, was auch Sie erreichen wollen. Der Unterschied besteht dann nur noch darin, dass Sie es sehr plakativ und sehr hart machen, während es bei uns mehr versteckt und verteilt, in der Wirkung weitgehend aber nicht anders ist.

Ich kann mich an eine Rede von Herrn Koch im Bundestag erinnern, in der er das ernste Problem aufgezeigt hat, dass wir zunehmend in Lohnkonkurrenz zu Mittel- und Osteuropa kommen. Wir wissen aus unseren Wahlkreisen, dass etwa Automobilzulieferer unter dem Druck der Zielpreise der Hersteller im Grunde nicht mehr in der Lage sind, etwas zu unserem Lohnniveau herzustellen. Das betrifft aber Menschen im normalen Berufsumfeld. Es wird jedenfalls in meiner Heimat eher durch die Arbeitszeit geregelt, nämlich dass bei gleichem Monatslohn mehr Stunden gearbeitet wird, übrigens mit Zustimmung der IG Metall. Ich habe in meiner Gegend mehrfach erlebt, dass dies vereinbart worden ist, damit man Zielpreise erreicht und Betriebsverlagerungen verhindert. Dann sind wir bei dem, was Sie "Bündnisse" nennen. Aber ich bin mir sicher, dass die Tarifpartner gerade vor dem Hintergrund der Investitionszyklen eine Entscheidung treffen. Wenn ein neues Modell herauskommt, wird man sich, damit sich die Investitionen rechnen, im Arbeitszeitkorridor bewegen. Diesbezüglich hat es bisher jedenfalls in meinem überschaubaren Bereich immer insgesamt vernünftige Regelungen gegeben.

MP Roland Koch (HE): Wir sind dabei herauszufinden, wo es Gemeinsamkeit und wo es Dissens gibt.

Um auf die Bemerkung von Herrn Minister Clement einzugehen - bleiben wir bei der Lohnfreistellung, nicht beim Lohnzuschlag -: Das Ifo-Institut hat eine Untersuchung der fiskalischen Effekte der Zusammenlegung von Arbeitlosen- und Sozialhilfe durchgeführt. Dort sind die Kurvenverläufe dargestellt, wann jemand im

Zusammenhang mit der Lohnfreistellung was erhält. Wann verdient er bei 1 Euro mehr wie viele Cent mehr, wann verliert er bei 1 Euro mehr, weil eine gewisse Grenze überschritten ist? Da gibt es Täler und Höhen. Wir haben mit unseren Tarifen versucht, dies zu vermeiden. Es wäre lohnend, über die Tarifverläufe nachzudenken, nachdem wir darauf hingewiesen haben, dass nach dem Verlauf der Kurven Ihr Tarif fast 2 Milliarden Euro teurer ist, als Sie selbst berechnet haben.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das können wir gerne tun!)

Wir liegen nicht Welten auseinander. Wenn man mit den gleichen Parametern rechnet, muss das eine Gesamtgeldfrage sein. Man kann also bei der Lohnfreistellung über einen Tarifverlauf nachdenken, der näher an diesem Modell liegt als an unserem. Dazu brauchen wir die Fachleute aus den Ressorts.

Wenn man junge Leute, die mehr als drei Jahre arbeitslos sind, wieder in dieses System bringen will, meine ich, dass die Milch schon verschüttet ist. Dann würde ich eher mit Ihnen darüber sprechen, ob wir diejenigen, die jetzt hinzukommen, gleich in ein solches System übernehmen. Das Wichtigste ist, dass wir in Zukunft nicht dauernd solche Biografien aus der Erwerbstätigkeit heraus haben. Nach drei Jahren braucht man schon eine Therapie mit Sozialarbeitern. Es gibt Elemente, über die wir sicherlich miteinander sprechen können, bei denen es sich lohnen würde, dass man sie vertieft.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Meinen Sie öffentliche Beschäftigungsverhältnisse?)

- Ich meine das, was wir "gemeinnützige Arbeit" nennen.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das können wir tun!)

Ist sie für diejenigen verpflichtend, die ab dem 1.1. kommen? Dann hat man einen langsamen Aufbau, keinen Altbestand. Dann kann man überlegen, was man an anderer Stelle tut, um diese Korridore zu erweitern.

Dann kommen Punkte, bei denen es relativ hart wird, weil sie mit den materiellen Bedingungen zusammenhängen. Da liegen wir nicht sehr nah beieinander. Was machen wir, wenn jemand neu hinzukommt, der unter normalen Bedingungen erwerbsfähig ist, der eine hinreichende Erwerbsfähigkeit hat, aber keine Lust hat? Kann man ihm sagen: Dein Regelpreis ist 70 % von Alg II, nicht 100 %? Das ist aus meiner Sicht kein Problem.

(Abg. Ludwig Stiegler: § 31 SGB II!)

Kann man das auch als Regelsystem machen, wenn man es anbietet? Wer gemeinnützige Arbeit leistet, muss einen Aufschlag erhalten. Das ist zwischen uns unstreitig. Das ergibt sich aus beiden Modellen.

Ich glaube nicht, dass das Problem des Wettbewerbs in Deutschland in den Bereichen liegt, in denen wir qualifizierte Arbeit anbieten. Da greift das ineinander, da braucht es betriebliche Bündnisse für Arbeit, flexiblere Beschäftigung. Mit dem Qualifikationsniveau, das unsere Bevölkerung im breiten Schnitt erreicht, können wir international ziemlich wettbewerbsfähig sein. Für viele geht es mehr um Arbeitszeit, Flexibilität, für die Unternehmer um das Risiko, im Betrieb reduzieren zu können, was nicht immer unmittelbar von der Lohnhöhe abhängt. Die Tatsache, dass wir in Deutschland gut verdienen, hat eine entscheidende Konsequenz: Der allgemeine Lebensstandard ist mit dem Erfolg der weit überwiegenden Mehrheit, deren Qualifikationsniveau sehr hoch ist, gewachsen. Eine untere Gruppe ist einfach verloren gegangen. Ich muss mit meinen Beispielen vorsichtig sein, den Krabbenpuler lassen wir heute heraus, er ist schon getestet.

> (PStS Gerd Andres (BMWA): Er ist auch unsinnig! - Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Der Würstchenverkäufer! - Abg. Ludwig Stiegler: Nehmen Sie den Einpacker im Kaufhaus!)

Bei uns gab es noch einen, der in der Fabrik den Hof gekehrt und dafür gesorgt hat, dass dort alles in Ordnung, der Rasen gemäht ist. Er ist einfach wegrationalisiert worden. Dasselbe gilt in Bezug auf viele Vorprodukte. Die Fertigungstiefe in der Automobilindustrie in Deutschland ist verringert worden. Was qualifiziert gemacht werden muss, wird weiter hier erledigt. Gott sei Dank ist die Größenordnung noch relativ hoch. Die Frage ist doch, wie viel wir im Zusammenhang mit der Fertigungstiefe noch zu vertretbaren Bedingungen hier erledigen und was woanders gemacht wird.

Die verfestigten Langzeitarbeitslosen, die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger und der überwiegende Teil der Schattenreserve, der aus diesem Qualifikationsbereich kommt, stellen heute 8 oder 9 % der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland. Ist es wirklich sinnvoll, sie dauerhaft ohne Beschäftigung, ohne Produktivitätsanteil staatlich zu subventionieren, ohne dass sie den Wirtschaftskreislauf mitragen und ohne dass sie dabei besonders zufrieden wären? Oder ist es sinnvoll, weil unsere Gesellschaft sehr reich ist, weil durch die Qualifikation der überwiegenden Bevölkerung das Wohlstandsniveau sehr hoch ist, dass sie einen Beitrag dazu leisten? Das ist eine politische, eine gesellschaftspolitische Frage.

Überraschend ist vielleicht, dass der Vorschlag von der B-Seite kommt und von der A-Seite abgelehnt wird. Man hätte es sich auch umgekehrt vorstellen können. In anderen Ländern wird diese Frage durchaus anders beantwortet als bei uns. Die "negative income tax" beruht auf genau dieser Basis: Bis zu einem bestimmten Punkt wird gearbeitet, den Rest subventioniert der Staat. Das wollen wir in Deutschland aus Gründen der Steuersystematik nicht. Wenn wir ein anderes System hätten, hätten wir diese Frage längst für alle entschieden. In Großbritannien und in den Vereinigten Staaten von Amerika ist sie im Prinzip anders entschieden. Wir erfinden insofern die Welt nicht neu, sondern wir fragen, was man unter unseren Bedingungen leisten kann und welche wirtschaftlichen Folgen das hat.

Es geht nicht darum, dass jemand einen Arbeitnehmer übernimmt, um ihn so zu qualifizieren, dass er dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt standhält. Es geht darum, einen dauerhaften Arbeitsplatz für diejenigen zu finden, die nicht qualifiziert sind. Ist es richtig, diesen Bereich in Deutschland zur Seite zu legen? Dafür gibt es zurzeit in Deutschland kein Angebot, und Sie sagen: Sowohl finanzpolitisch als auch gesellschaftspolitisch wollen wir keines. - Die Gründe kann ich zu einem Teil durchaus nachvollziehen. Ich weiß, es ist die Sorge der Gewerkschaften und - ich unterstelle das - der sozialdemokratischen Kollegen, dass das Gesamtlohnniveau sinkt.

Ich meine, wir sollten das Ganze auf den unteren Bereich verengen, wie wir es beschrieben haben, auf Menschen, die auf Grund ihres Qualifikationsniveaus nicht am normalen Wettbewerb teilnehmen. Das ist aus den Erfahrungen, die woanders gemacht worden sind, vertretbarer als zu entscheiden: Wir haben für sie schlicht keine Beschäftigung. Sie unterstellen, dass wir für diese Menschen Beschäftigung mit einem höheren Einkommen bekommen. Das probieren wir seit zehn Jahren. Die Situation ist kontinuierlich schlechter geworden. Ich sehe nicht, warum sie besser werden soll. Wir können nicht einfach die Lohnkonditionen ändern und Arbeit, die auf dem Weltmarkt einen bestimmten Preis hat, besser bezahlen. Dann kommt diese Arbeit zurück, obwohl sie besser bezahlt ist, ohne dass der Staat etwas dazu getan hat. Das ist doch eine sehr gewagte These. Über diese Frage kann man sicherlich miteinander reden, dazu braucht man nicht die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben. Aber prinzipiell zu sagen: "Dieses Element ist verschlossen", macht es uns relativ schwer zu glauben, dass die anderen Dinge erfolgreich sein können.

Ich habe versucht, das ausführlicher zu erläutern; denn darüber kann nicht einfach eine Arbeitsgruppe reden. Das kann man nicht auf Mitarbeiter delegieren. Es würde sich lohnen, hier noch streitig zu diskutieren. Zu dem anderen Punkt sollten wir das Angebot des Ministers, über Tarifverläufe zu sprechen, entgegennehmen. Man muss

sich ansehen, woran es scheitert. Vielleicht sind wir dann überrascht, aber wir reden ja auch sozusagen an den Grenzkosten unseres Wissens.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Nacheinander kommen jetzt Klaus Brandner, Ludwig Stiegler und Wolfgang Clement. Ich versuche die ganze Zeit herauszuhören, ob wir uns aufeinander zubewegen oder ob Ihr Lieben Grundsatzreferate haltet, die uns Übrige zu Arbeitsmarktexperten machen sollen.

(Abg. Ludwig Stiegler: Wie Sie wissen, versuche ich immer das Gemeinsame!)

Wir alle hier sind Spezialpragmatiker. Wir wollen Ergebnisse. Könnte uns jemand sagen, wo die kritische Masse ist, auf die wir uns einigen können? Das wäre für alle anderen eine große Hilfe.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Damit wir die Punkte festhalten, Herr Ministerpräsident Koch: Unsere Mitarbeiter sind hier. Wenn auch Ihre Mitarbeiter hier sind, können die Tarifverläufe zu den Freibeträgen - der Freistellung, wie Sie sagen - sofort miteinander abgeglichen werden. Es ist nicht zu bestreiten, dass in den Tarifverläufen Knicke sind. Das gilt für beide Modelle. Dann lassen wir uns morgen die Ergebnisse präsentieren. Ich vermute, da kann man zusammenkommen.

Ich habe eine Nachfrage zu den jungen Leuten, um die es geht. Denjenigen, die frisch in den Arbeitsmarkt kommen, müssen wir zunächst einmal Ausbildung anbieten. Da darf man nicht in Widerspruch geraten. Bei denjenigen, denen wir öffentliche Beschäftigungsverhältnisse anbieten wollen, ging es nur um diejenigen, die keine Ausbildung oder sonst etwas haben.

MP Roland Koch (HE): Ich habe das differenziert. Ich würde dann lieber sagen: jeder Erwerbsfähige, der ab einem bestimmten Stichtag Alg II beantragt, unabhängig vom Alter! Dann können wir uns getrennt über die jungen Menschen unterhalten. Ich möchte nicht, dass jeder junge Mensch automatisch gemeinnützige Arbeit leistet. Ich teile aber Ihre Meinung, dass wir darauf besonders achten müssen.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Meine Bitte wäre zu sagen: Alle unter 25-Jährigen, die ex nunc in Sozialhilfe kommen, erhalten ein öffentliches Beschäftigungsangebot, wenn nichts anderes zur Verfügung steht. Das würden wir

mitmachen. Das könnten wir machen. Es wäre, um das deutlich zu sagen, ein sagenhafter Ansatz. Unsere Fachleute sollten sofort versuchen, das zu formulieren. - Zu den Lohnzuschlägen werden sich meine Kollegen äußern.

Abg. Klaus Brandner: Die Frage ist, warum der Bestand an Langzeitarbeitslosen so hoch ist, warum es andere Länder eher geschafft haben, ihn abzubauen. Ist der Niedriglohn die Ursache? Wird das Prinzip des Forderns nicht offensiv genug durchgesetzt? Sind die Konditionen in Deutschland zu hoch?

In Deutschland wird die Arbeitslosigkeit schon zu lange in einem zu großen Rahmen verwaltet. Die Kontakte des Arbeitsamtes insbesondere zu Langzeitarbeitslosen sind sehr gering. Viele Betroffene haben sich aufgegeben. Von außen hat man das Gefühl, es tut sich zu wenig, die Dynamik ist zu gering. In anderen Ländern, auch in denjenigen, die Ministerpräsident Koch erwähnt hat, ist das Verhältnis von Arbeitsvermittler - Fallmanager - zu Arbeitslosen ein völlig anderes. Bei uns werden 700 Arbeitslose von 1 Vermittler betreut. Dann kann man nur totales Verwalten erwarten. Ziel ist ein Verhältnis von 1:75. Es geht um die Akquirierung von Stellen und die Aktivierung der Betroffenen. In einigen Ländern beträgt das Verhältnis 1 Vermittler zu 50 Langzeitarbeitslosen. Für die Jugendlichen wäre das gar nicht übel.

Es ist richtig, dass sich einige Kommunen diesem Personenkreis gewidmet und für ihn Arbeitsgelegenheiten gefunden haben, nicht in erster Linie öffentliche, sondern im privaten Sektor. Der Schlüssel für den Erfolg liegt darin, die Stärken und Schwächen des betroffenen Personenkreises zu erkennen, damit sie systematisch gefördert werden und dann auch gefordert werden kann. Über die Bedingungen dafür, dass man fordern kann, debattieren wir gerade.

Zur Lohnersatzleistung: Wer heute arbeitslos wird, muss sofort eine dreimonatige Lohnminderung von bis zu 20 % hinnehmen. Es gibt keinen Berufsschutz. Natürlich ist es erstrebenswert, dass ein Industriemeister sofort das Angebot für einen Industriemeister erhält. Ist ein solches nicht vorhanden, muss er eine Tätigkeit als Fachkraft annehmen. Nach unserem Arbeitsförderungsrecht hat er keinen Anspruch auf Berufsschutz. Ist er nach drei Monaten nicht untergekommen, muss er eine Lohnminderung von 30 % hinnehmen. Nach sechs Monaten muss er jede Arbeit nehmen, die auf der Höhe des Arbeitslosengeldes entgolten wird. In Zukunft liegt es nach zwölf Monaten beim Sozialhilfesatz oder der Grundsicherung. Es hat also keinen Sinn, weiter abzusenken. Es müssen Angebote organisiert werden, und der betroffene Personenkreis muss die Gelegenheit erhalten, sich durch Qualifizierung wieder - möglichst auf dem ersten Arbeitsmarkt - zu integrieren.

Wenn man öffentliche Arbeitsangebote flächendeckend verpflichtend zu organisieren hätte, würden wir der Gesellschaft etwas vormachen; denn das kann niemand leisten. Wie das Ifo-Institut sagt, ist es eine Illusion zu glauben, 1,5 Millionen öffentliche Beschäftigungsverhältnisse könnten vorgehalten werden. Wir dürfen der Öffentlichkeit keine Patentlösungen präsentieren, die anschließend nicht aufgehen.

Wir sind der Meinung, dass stärker individuell gefordert werden muss, als das in der Vergangenheit der Fall war. Dafür sollen die Fallmanager das moralische Recht erhalten. Wir schaffen mit unserem Gesetz die Voraussetzungen.

Die Dauersubvention von Niedriglöhnen kann uns nicht weiterbringen. Das wäre ein Fass ohne Boden. Die Normen auf dem Markt würden sich daran orientieren. Dabei diskutieren wir darüber, dass wir auf anderen Ebenen Subventionen abbauen, dass wir sie degressiv staffeln und zeitlich befristen. Auf dem Arbeitsmarkt sollten wir auf breiter Ebene so verfahren? Das ist wirtschaftspolitisch eine falsche Weichenstellung. Deshalb haben wir dagegen große Bedenken.

Für Jugendliche muss zuerst das Angebot an Ausbildung organisiert werden. Ein zu niedriger Ansatz würde uns nicht weiterhelfen. Das ist erste Pflicht. Ist Ausbildung nicht möglich, muss Arbeit angenommen werden, auch wenn sie öffentlich gefördert wird. So muss der Kreislauf sein. Das ist eine Herkulesarbeit.

Abg. Ludwig Stiegler: Ich gehe noch einmal auf diejenigen ein, die wirklich nichts anderes können. Das ist eine erhebliche Zahl.

Sie alle waren überrascht von den Tarifverträgen und den unteren Lohngruppen. Wir wissen, dass diese Tätigkeiten derzeit nicht angeboten werden, weil die Stellen nach altem Recht nicht besetzt werden konnten.

Es gibt indes eine völlig neue Situation: Die neue Jobanstalt ist auch für Unternehmer zuständig und in der Lage - z. B. unter Hinweis auf diese Tarifverträge -, für Kaufhäuser Verpacker, Reiniger oder Personen, die ähnliche Tätigkeiten ausüben können, zu akquirieren und freie Stellen im Bereich der unteren Lohngruppen zu besetzen. Das ist das Entscheidende. Denn die Betreffenden stehen unter Druck: Demjenigen, der eine solche Arbeit nicht annimmt, wird die Leistung um 30 % gekürzt. Das haben Sie bei uns übersehen. Schauen Sie sich § 31 SGB II an! Dort heißt es: Demjenigen, der eine zumutbare Arbeit nicht annimmt, wird die Leistung entsprechend gekürzt.

(Abg. Klaus Brandner: Dem Jugendlichen ganz!)

- Dem Jugendlichen ganz, sogar bis hin zur Sachleistung. - Wir sind uns im Grunde einig.

Die Hauptarbeit ist, dass die private Wirtschaft - nicht die Kommune - mit Hilfe der Jobanstalt, die die Menschen gemäß ihrem Auftrag aktiv am Arbeitsmarkt unterbringen muss, Tätigkeiten erschließt, die von den unteren Lohngruppen erfasst sind.

Nach den Tarifverträgen sind hunderttausende - wenn nicht mehr - theoretisch denkbar. Das können Sie nicht abstreiten.

Wer weiter heruntergeht und jemanden, z. B. in der privaten Wirtschaft, für einen Euro für sich arbeiten lässt, kommt in die Nähe der Sittenwidrigkeit und der Menschenwürde. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass sich im Bereich des Forderns viele, die einmal besser waren und sich, wie Klaus Brandner sagte, "hängen ließen", noch einmal zusammenreißen und sich qualifizieren, um aus der Leichtlohngruppe, in der sie gelandet sind, herauszukommen. Wir hätten also eine zusätzliche Dynamik; gleichzeitig werden viele veranlasst, ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen. Ich denke, wenn wir das Gesetz konsequent anwenden, werden wir viele seiner Ziele erreichen.

Wenn die Kurve der Freibeträge für Erwerbstätigkeit angepasst wird, haben wir eine gemeinsame Lösung erzielt. Wir haben uns bei den Freibeträgen ohnehin schon angenähert. Sie haben Ihre Zahlen korrigiert, wir die unseren. Wir sind nicht mehr so weit auseinander, dass wir keine gemeinsame Lösung finden könnten.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Wie sollen wir verfahren? Sollen wir die Anregung von Wolfgang Clement, der Herr Kollege Koch zugestimmt hat, aufgreifen und versuchen, bis morgen ein Ergebnis zu erzielen? - Dann setzen wir darauf. Morgen wird das Thema wieder aufgerufen.

Ist darüber hinaus etwas zu bedenken?

MP Roland Koch (HE): Zu diesem Themenblock gehört die Zumutbarkeit. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung korrigiert. Wir haben nach wie vor die Absicht, die Bundesregierung in jeder Form in Schutz zu nehmen. Es ist ersichtlich, dass dies eine Frage von Verhandlungen am Wochenende ist. Ich sage das nur, damit niemand glaubt, wir hätten diesen Punkt vergessen.

(Abg. Ludwig Stiegler: Ich dachte, Sie seien begeistert von den Tarifverträgen! - BM Wolfgang Clement (BMWA): Das ist noch offen!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das ist offen.

Ich rufe nun die Restposten aus diesem Bereich auf. Ich habe mir notiert, dass über die Arbeitszeitregelung Einvernehmen besteht.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das Einvernehmen ist da! - Widerspruch) - Nein?

MP Roland Koch (HE): Nein, Radio Eriwan! Einvernehmen besteht eigentlich nicht. Die B-Seite will Sie davon überzeugen - wir müssen jedenfalls die Kollegen aus den Ländern davon überzeugen -, dass es klug wäre, das, was die EU-Richtlinie zu Arbeitszeitmöglichkeiten beinhaltet, insbesondere zur täglichen und wöchentlichen Verteilung derselben, in das Gesetz aufzunehmen. Das wäre aus unserer Sicht richtig und im europäischen Wettbewerb vernünftig.

Wir erkennen, dass Sie das nicht wollen. Die Frage, was passiert, wenn zum 1. Januar keine rechtliche Veränderung erfolgt - das muss wieder eine Bund-Länder-Frage sein, weil wir nicht christdemokratische oder sozialdemokratische Krankenhäuser und Flughäfen betreiben -, führt uns möglicherweise dazu, übereinstimmend festzustellen, dass wir eine Übergangszeit brauchen. Zwar ist das, was Sie im Rahmen des Gesetzes beschließen, aus unserer Sicht das Falsche - es tritt später, nach einer Übergangszeit, in Kraft -, aber bevor gar nichts kommt - das haben wir im Wege eines Kompromisses in der Arbeitsgruppe erklärt -, können wir uns vorstellen, über Fristen zu reden.

Was die Daten angeht, so sind wir unterschiedlicher Meinung. Wir stellen uns eine Frist bis 31. Dezember 2005 vor, Sie bevorzugen den 30. Mai 2005.

Es gibt die Frage eines Widerspruchsrechts bei Beschäftigung zu ungewöhnlichen Zeiten, was für die Kalkulationsfähigkeit beider Seiten eine gewisse Bedeutung hat. Wir waren bei zwölf Monaten und sind in den Verhandlungen bis in die Nähe von sechs Monate heruntergegangen; Sie sind noch bei drei Monaten.

Diese beiden Fragen sind offen und müssen sozusagen in einer Runde entschieden werden. Wenn Sie sechs Monate und den 31. Dezember 2005 querschreiben könnten, könnten wir es heute Abend in die Scherf'schen Formulierungsaufträge einbeziehen. Andererseits muss über diese beiden Fragen noch Einigkeit erzielt werden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir hoffen, dass wir das Problem lösen können.

Abg. Klaus Brandner: Wenn das zu einem Lösungspaket zusammengefasst wird, können wir uns durchaus vorstellen, über den 31. Dezember 2005 zu reden. Aber sechs Monate sind für uns deutlich zu lang. Ich schlage als Kompromiss vier Monate vor.

(MP Roland Koch (HE): Was war das andere?)

- 31. Dezember 2005, Ihr Vorschlag!

(MP Roland Koch (HE): Lassen Sie uns heute darüber nachdenken!)

- Gut, heute!

(MP Roland Koch (HE): Dann können wir sagen, ob wir weiter darüber nachdenken!)

- Wir wissen, worüber wir reden.

MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Ich will nur etwas zu der Zahl von Monaten sagen, die Sie angesprochen haben. Ich bitte Sie, sich einmal in die Lage desjenigen zu versetzen, der die Dienstpläne machen muss und dem von einem Mitarbeiter mitgeteilt wird, er werde das höchstens noch vier Monate mitmachen. Das sind die eigentlichen Probleme.

Bei den Feuerwehren, in Verkehrsbetrieben oder - vor allen Dingen - im Krankenhaus, wo ich 30 Jahre gearbeitet habe, sind Sie darauf angewiesen, dass die Mitarbeiter mitmachen. Darauf müssen Sie sich verlassen können. Wenn Sie das von dem Einverständnis der einzelnen Personen abhängig machen wollen, brauchen Sie möglichst lange Zeiträume. Wenn sich jemand korrigiert und damit den gesamten Laden in die Bredouille bringt oder den Rest der Gutmütigen, die weiterhin bereit sind mitzumachen, um so mehr belastet, dann wird das ganze Geschäft unverhältnismäßig schwieriger. Deswegen habe ich die Bitte, bei den Zeiten, in denen man seine Bereitschaft aufkündigen kann, nicht zu eng zu agieren, weil das für die Betriebs- und Steuerungsfähigkeit bei der Dienstplangestaltung von existenzieller Wichtigkeit ist.

Abg. Klaus Brandner: Ich kann verstehen, was Herr Böhmer sagt. Nur, ich bitte zu bedenken, dass mein Vorschlag einen Zeitraum von vier Monaten beinhaltet. Das ist ein Zeitraum, innerhalb dessen man organisatorisch darauf antworten kann.

Einen Fahrstuhleffekt in dem Sinne, dass viele eine solche Regelung nicht mehr haben möchten, sehe ich im Kern nicht. Hier geht es eher um eine Schutzregelung. Letztlich müssen Personen, die eine andere Regelung wollen, eine geringere Bezahlung hinnehmen, Herr Böhmer. Deshalb sage ich sehr pragmatisch: Bei dieser

Regelung reden wir über eine Maßnahme zum Gesundheitsschutz. Deshalb ist die Regelung in das Gesetz aufgenommen worden. Ein Zeitraum von vier Monaten, um sich auf einen veränderten Rahmen einzustellen, ist für eine Betriebsorganisation sicherlich recht weit reichend.

(Zuruf MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST))

- Sie müssen Dienstpläne verändern; Sie haben Recht.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Lassen Sie uns über die sechs Monate noch einmal reden!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir haben uns eigentlich geeinigt. Es ist nur noch die Frage, wie es aufgeschrieben wird. Das Thema wird morgen aufgerufen. Bis dahin müssen wir nach einer Formel suchen, auf die wir uns verständigen können, immer als Baustein einer Gesamteinigung. Können wir das so machen?

Liege ich richtig damit, dass der große Bereich "Wirtschaft und Arbeitsmarkt" abgeschlossen ist?

(MP Roland Koch (HE): Vorsicht!)

- Was habe ich vergessen?

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Den Kündigungsschutz!)

MP Roland Koch (HE): So leicht, Herr Vorsitzender, können wir es Ihnen nicht machen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich wollte nur einen Versuch machen.

MP Roland Koch (HE): Wir sind bis jetzt planmäßig an all dem vorbeigegangen, von dem Sie wissen, dass Sie es - außer einer Verringerung der Verschuldung - beschließen müssen, um zu dem Thema "Steuern" vordringen zu können.

(Zuruf)

- Ja, Verschuldung und Arbeitsrecht. Die Flexibilisierung des Arbeitsrechts betrifft nicht nur die Menschen, um die wir uns Sorgen machen müssen, weil sie in der Vergangenheit arbeitslos waren, sondern auch die Entwicklungs- und Wachstums-

fähigkeit. Damit sind wir bei den Stichworten, auf die es ankommt. Ich weiß nicht, inwieweit wir sie heute Abend erörtern wollen.

Es geht zunächst um eine gesetzliche Kodifizierung der Öffnung, der Dezentralisierung, betrieblicher Bündnisse für Arbeit. Ich verwende möglichst schonende Begriffe für das gleiche Phänomen, damit wir uns nicht gegenseitig ärgern.

Der zweite Punkt ist das Kündigungsschutzrecht. Dazu gibt es, wie Sie wissen, einen über den Gesetzentwurf der Bundesregierung hinausgehenden Vorschlag der B-Seite zu der Frage der Veränderung von Betriebsgrößen, bei denen der Kündigungsschutz angewendet wird. Das ist ein Optionsmodell, bei dem man zwischen Kündigungsschutz und fest verabredeter Abfindung wählen kann.

Es gibt Überlegungen, die wir in der Arbeitsgruppe nicht erörtern konnten, weil die Kollegen dazu nicht bereit waren; ich will nicht sagen, dass sie dazu nicht in der Lage gewesen seien. Wir haben in der Zeitung gelesen, dass der Arbeitsminister von Herrn Kollegen Steinbrück Alternativen zu der Frage der Betriebsgrößen entwickelt hat. Sie müssen irgendwann sagen, ob Sie bereit sind, hier darüber zu sprechen, damit die Randbedingungen geklärt werden können.

Der dritte Bereich hat die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen zum Inhalt. Es geht darum, ob Befristungen leichter oder weiträumiger möglich sein sollen. Ein Detailpunkt beschäftigt sich mit der Frage, dass das Gesetz gegenwärtig eine Regelung enthält, die es, überspitzt gesagt, dem studentischen Mitarbeiter verbietet, später Assistent zu werden, weil er zwei befristete Arbeitsverhältnisse beim selben Arbeitgeber hatte. Das ist ein Irrtum; dieses Problem muss man lösen.

Diese Punkte gehören neben dem Arbeitszeitgesetz und der Tatsache, dass bestimmte Teile des Betriebsverfassungsgesetzes außerhalb des Bündnisses für Arbeit auf der Tagesordnung standen, wenn Sie an den Entwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Anträge aus Bayern und Niedersachsen denken, in das Paket hinein, das nach der Vorstellung der B-Seite zu essenziellen Veränderungen im Arbeitsrecht beitragen soll. Wir haben nicht gesagt, wir wollten alles sofort. Es muss vielmehr zu einer hinreichend großen Veränderung hinsichtlich der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kommen. Um eine Entscheidung treffen zu können, muss man diese Bereiche abprüfen.

Herr Kollege Stiegler hat in den Beratungen die Welt in Granit und Humus eingeteilt. Wenn es so einfach wäre, wären Diskussionen überflüssig. Gelegentlich muss man Granit sprengen. Aber an der Stelle, an der er die neue geografische Verortung der Politikgebirge vorgenommen hat, hat er meistens Granit und selten Humus gemeldet. Wir haben daraus gefolgert: Bisher wächst auf dem, was er anbietet,

zu wenig. Deshalb ist die Frage, inwieweit man die Positionen einander annähern kann.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Stratthaus hat für heute einen ersten Durchgang zu dem Thema "Steuern und Haushalt" angekündigt. Wenn das Ihre Absicht ist, dann müssen wir ein Verfahren finden, um zu verhindern, dass wir über diese bedeutende Frage noch zwei Stunden diskutieren; denn dann ist der Abend gelaufen.

Ich will einmal frech sein: In diesem sehr komplizierten Paket gibt es übersichtliche Fragen und die von Journalisten so genannten Big Points, also dicke, große, unangenehme und unhandliche Konflikte. Möglicherweise sind der Komplex "Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe", den wir heute Mittag hinsichtlich der Finanzierung einerseits und der Organisation andererseits beredet haben, und das, was Sie, lieber Herr Koch, soeben angesprochen haben, Big Points. Auch die Frage, ob die Steuersenkung vorgezogen wird und, wenn ja, welches Finanzierungskonzept dafür vorgesehen wird, ist schwierig. Schließlich haben wir noch die Gewerbesteuer zu erörtern, über die in den Vorbesprechungen noch nicht beraten worden ist. Wenn wir zu viele Big Points behandeln, kommen wir nicht mehr klar. Vielleicht sollten wir vier Big Points identifizieren.

Wenn das, was ich gesagt habe, richtig ist, wäre es hilfreich, wenn alles darum herum nicht beliebig "aufgepustet" würde. Man sollte ein übersichtliches Gelände schaffen, so dass man sagen kann: Wenn wir uns über die Big Points einigen, haben wir das Feld für alles andere eigentlich schon bestellt. - Wenn meine Spekulation zutreffend ist, dann ist es, glaube ich, klug, an dieser Stelle Schluss zu machen, weil wir heute Abend zu diesem Big Point keine Lösung mehr zu Stande bringen, und mit Herrn Stratthaus und Herrn Poß einen schnellen Durchgang durch das Teilpaket "Steuern und Haushalt" zu unternehmen. Ich frage Sie, was Sie davon halten.

Mein strenger Zerberus Wilhelm Schmidt hat sich gemeldet.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Schon länger! Vielen Dank, Herr Vorsitzender! - Ich denke, Herr Koch hat den richtigen Einstieg gefunden. Es war wichtig, dass er darauf hingewiesen hat, dass es Verknüpfungen mit dem Paket "Steuern und Finanzen" gibt. Wir würden gern wissen, wie diese Verknüpfungen aus Ihrer Sicht aussehen. Darum halte ich sehr viel davon, wenn wir jetzt noch einen Durchgang zu dem Themenkomplex "Arbeitsmarktreformen" machen. Wir sind nach

dem, was man von Ihrer Seite in der Presse gelesen hat, auch daran interessiert zu erfahren, wo Sie Druck auszuüben versuchen oder wo Sie flexibel sind. Sie sollten nicht nur Herrn Schartau zitieren; es gibt auch Gegenzitate, die man sich allerdings nicht gegenseitig um die Ohren hauen sollte.

(MP Roland Koch (HE): Ich habe um die Ohren geredet, nicht gehauen!)

Ein entsprechender Hinweis ist für uns interessant und wichtig.

Das Zweite ist, dass ich die Dinge vor diesem Hintergrund heute nicht vertiefen will. Wir müssen heute nicht zu einer Tendenz oder zu einem Ergebnis kommen. Ich finde es richtig, unser Vorhaben in die Tat umzusetzen - es ist schließlich erst 19.20 Uhr -, einen ersten Durchgang zu dem Thema "Steuern und Finanzen" vorzunehmen, um das Paket zu komplettieren. Diesen Anspruch haben wir im Laufe des Tages mehrmals formuliert.

Von daher ist die Lage entspannt. Ich empfehle, dass wir zunächst unsere Argumente zu dem Thema "Arbeitsmarktreform" austauschen und den Verfahrensstand kurz skizzieren; aber das sollte nicht in epischer Breite geschehen. Es ist schon wichtig für uns zu erfahren, wie hart die Fakten sind, die Sie uns abfordern. Besteht z. B. eine unauflösbare Verbindung zwischen den Arbeitsmarktreformen und dem Thema "Steuern", oder sind beide Teile vielleicht doch nicht so eng miteinander verbunden? Ich habe im Laufe des Tages gelernt, dass wir in einzelnen Komplexen zu positiven Zusammenfügungen kommen können. Das ist in Ordnung; das wollen wir gerne machen. Aber wenn hier, wie man öffentlich lesen und hören konnte, auf einmal eine enge Verknüpfung zweier eigentlich wesensfremder Komplexe vorgenommen wird, muss das jetzt auf den Tisch. Jetzt ist die Zeit dafür.

Abg. Volker Kauder: Wir sind grundsätzlich bereit, darüber zu reden. An unserer Verhandlungsposition hat sich nichts geändert. Das kann ich so pauschal sagen. Sie wissen, dass wir das Vorziehen der Steuerreform mit grundlegenden Strukturreformen am Arbeitsmarkt verbinden. Das ist nach wie vor unsere Position. Wir sind uns, glaube ich, darüber einig, dass Hartz IV noch keinen neuen Arbeitsplatz geschaffen hat. Dabei geht es um die Frage, wie man mit denjenigen umgeht, die längere Zeit arbeitslos sind. Wir erwarten, dass unsere Vorschläge die Aufschwungkräfte forcieren. Deswegen bleiben wir bei unserer Position.

Wir sind natürlich gerne bereit, in eine erste Runde zu dem Thema "Steuern" einzusteigen. Wir bitten jedoch darum, die Sitzung um 45 Minuten zu unterbrechen, damit wir uns über das unterhalten können, was bisher geschehen ist.

(Zurufe)

- Natürlich können wir über das Tarifrecht reden. Da auch Sie sich in die Vorbesprechung zurückziehen, sage ich Ihnen - danach hat Wilhelm Schmidt gefragt -: Unsere Position ist klar und eindeutig. Wenn wir in die Erörterung des Themas "Steuern" einsteigen, können wir uns darüber unterhalten.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich finde, das, was Herr Kauder soeben gesagt hat, trägt zur Klärung bei. Er hält es für angezeigt, die Sitzung zu unterbrechen, vielleicht nicht zu lange.

(Abg. Volker Kauder: Wir brauchen eine Dreiviertelstunde!)

- Herr Böhmer hat mir vorhin gesagt, es habe keinen Sinn, länger als 23 Uhr zu tagen. Das entspreche seiner Lebenserfahrung. Und er ist immerhin Kliniker, Doktor, Arzt.

(Zurufe)

- Er hat sehr brüderlich, sehr menschlich gesagt, wir sollten nicht glauben, wir bekämen etwas Gescheites zu Stande, wenn alle erschöpft sind.

Ich unterbreche die Sitzung bis 20.15 Uhr. Dann versuchen wir mit Hilfe von Herrn Stratthaus und Herrn Poß, den komplizierten und umfangreichen zweiten Teil anzugehen. - Danke!

(Unterbrechung von 19.25 bis 20.40 Uhr)

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Gibt es Wortmeldungen, die sich auf das Thema beziehen, das wir vor der Unterbrechung behandelt haben?

Abg. Ludwig Stiegler: Wir haben vor der Unterbrechung gehört, dass die B-Seite einen Zusammenhang zwischen den Arbeitsrechtsreformen und der Steuerreform herstellen will. Das ist ein Zusammenhang nach der Methode: Reim dich oder ich fress dich. - Das ist keine Verbindung zwischen Äpfeln und Birnen, sondern zwischen weit auseinander liegenden Teilen. Wir sehen jedenfalls einen solchen Zusammenhang nicht und akzeptieren ihn auch nicht, sondern wir haben über die Steuerpolitik und unser Arbeitsrecht in dem Bereich zu reden, den Herr Koch und ich federführend vertreten.

Zu den einzelnen Themen sage ich: Die Tarifautonomie ist ein Granitthema. Diese Errungenschaft von 1920 ist ein grundrechtlich abgesichertes Freiheitsrecht, hinter dem mehr als 100 Jahre Arbeiterbewegung mit entsprechenden Opfern stehen. Der Tarifvertrag gilt unmittelbar, er ist unabdingbar. Es ist die Anerkennung, dass die Macht der Zahl bei denen, die nichts anderes als ihre Arbeitskraft haben, etwas bewirkt.

Das ist für uns ein essenzielles Thema. Dies ist so, als wenn wir an Ihr "C" herangingen. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen. Wer sich mit uns vertragen will, sollte respektieren, dass es im Verhältnis zu einem Partner, mit dem man im Geschäft bleiben will oder muss, bestimmte Bereiche gibt, die man nicht anrühren sollte.

Das heißt für uns nicht, dass wir in Sachen Kündigungsschutz nicht mit Ihnen reden und nicht versuchen, einander näher zu kommen. Das ist akzeptiert. Wir haben nur gesagt: Es gibt noch keinen Anlass, es jetzt zu konkretisieren, weil auch viele andere Dinge noch nicht konkretisiert worden sind. Aber uns ist bewusst, dass zu den Schlusssteinen einer Vereinbarung in diesem Vermittlungsverfahren Bewegung unsererseits im Bereich des Kündigungsschutzes gehört. Das akzeptieren wir, und darüber werden wir im Detail reden.

Meine Bitte an Sie ist nur: Wenn man die Dinge - auch in der Öffentlichkeitsarbeit - so hochtreibt, dass alle auf den Bäumen sind, dann tut man sich am Ende verdammt schwer, sie wieder herunterzubekommen. Die Tarifautonomie ist ein Punkt, bei dem wir darauf vertrauen sollten, dass die Tarifpartner über das hinaus, was sie ohnehin schon tun, einen Weg finden, wie Sie ihn noch während des CDU-Parteitages erhofft haben. Ich bin mir inzwischen darüber im Klaren, dass das eine grandiose Inszenierung zur Beruhigung der Sozialausschüsse war. Ich habe Herrn Koch schon mein Kompliment für die Professionalität ausgesprochen, mit der der Eindruck erweckt worden ist, dieses Thema sei vom Tisch. Es hilft alles nichts: Dieser Eindruck war jedenfalls drei Tage lang vorherrschend. Dieser Zeitraum deckte sich zufällig mit dem CDU-Parteitag. Das kann natürlich kontingent sein, aber es kann auch kausal sein. Dies mag man bewerten, wie man will. Ich bitte Sie darum, diesen Punkt so zu sehen. Dann sparen wir uns auch viel Zeit und Kraft für Einigungen an anderer Stelle. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit submissest mitgeteilt haben.

MP Peter Müller (SL): Ich habe nur eine Informationsfrage an Herrn Kollegen Stiegler. Sie sagten, wir müssten aufpassen, dass nicht allzu viele auf die Bäume getrieben würden. Welche Rolle würde es in diesem Zusammenhang spielen, wenn wir

uns darauf beschränkten, das zu zitieren, was der Bundeskanzler am 14. März im Deutschen Bundestag zu dem Thema "betriebliche Bündnisse für Arbeit" gesagt hat?

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Das ist kein Problem!)

Abg. Ludwig Stiegler: Der Bundeskanzler hat einen Appell ausgesprochen. Das ist in der Welt. Es ist historisch.

(Lachen)

Weil das verfassungsrechtliche Argument hineinkam, haben manche von Ihnen gesagt, das könne nicht sein; denn der Bundeskanzler sage nichts Verfassungswidriges. Das ist sicherlich richtig, aber ich habe hinzugefügt: In Karlsruhe werden Gesetze, nicht aber Reden geprüft. Insofern wird niemand den Beweis antreten können.

(MP Roland Koch (HE): Seien Sie froh, dass das Protokoll erst in 30 Jahren veröffentlicht wird!)

- Darum reden wir hier so vertrauensvoll miteinander.

MP Christian Wulff (NI): Es geht darum, ob Sie sagen, Sie seien nicht bereit, über dieses Thema zu reden - wenn das der Fall ist, brauchen wir uns nicht darüber zu unterhalten, sondern müssen nur bewerten, dass Sie nicht zu einem Gespräch darüber bereit sind -, oder ob wir vernünftig darüber diskutieren können im Sinne dessen, was der Bundeskanzler gesagt hat, nämlich dass erst einmal die Tarifparteien aufgefordert sind, in ihren Tarifverträgen Tariföffnungsklauseln zu vereinbaren, ähnlich wie es z. B. die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie tut. Sie hat vorbildliche Tariföffnungsklauseln vereinbart und deshalb eine erheblich bessere Beschäftigungsentwicklung als andere Industriegewerkschaften in Deutschland. Zum Teil gibt es - ohne explizit vereinbart worden zu sein - Betriebsrettungsklauseln, Betriebsabweichungsklauseln bei der IG Metall. In 108 von 232 Unternehmen in Niedersachsen wird das praktiziert. Trotzdem finden große Demonstrationen gegen betriebliche Bündnisse und Vereinbarungen statt.

Nach meiner Erfahrung ist das ein Schlüsselproblem unseres Landes, weil man eine Vielzahl von Arbeitsplätzen schaffen und eine Vielzahl von Arbeitsplätzen retten könnte, die nicht aufgegeben werden, nicht abwandern, wenn man auf der betrieblichen Ebene zu sinnvollen Vereinbarungen käme. Das ist Fakt. Die Tarifparteien sind verpflichtet, durch aktives Tun zur Beschäftigungspolitik beizutragen.

Ich kenne Unternehmen, die reihenweise sagen: In Thüringen und Sachsen-Anhalt sind 38, aber in Niedersachsen sind 35 Stunden vereinbart worden; wenn die große Mehrheit der Belegschaft mitmacht und wir 36 oder 37 in der Woche arbeiten können, bleiben wir und erweitern. Wenn es bei 35 Stunden bleibt, erweitern wir in Thüringen oder Sachsen-Anhalt oder gehen gleich nach Ungarn, Slowenien, Polen oder ins Baltikum. - Ich halte es für eine gute Sache, dem Betriebsrat und der Belegschaft diese Möglichkeit zu geben. Das sind nämlich mündige Bürger. Sie sind nicht zu doof, so etwas zu vereinbaren, sondern sie wissen sehr genau, was sie vereinbaren. Sonst müsste man jegliche Mitbestimmung in Frage stellen. Wenn man den Tarifparteien die Möglichkeit gibt, das zu genehmigen, dem zu widersprechen, dann ist die Tarifautonomie gesichert.

Mir ist es wichtig, Ihnen zu sagen: Die Tarifautonomie wird von uns nicht angetastet. Sie haben weit in das vorletzte Jahrhundert hinein zurückgeblendet und geschildert, wie die Tarifautonomie entstanden ist, wer ihre Vorkämpfer waren und wer Opfer gebracht hat. Man sollte vielleicht nicht zu weit zurückgreifen, aber die Tarifautonomie, sowohl die positive als auch die negative Koalitionsfreiheit, ist ein hohes Gut unserer Verfassung und wird nicht angetastet. Wenn es angetastet würde, würde es vom Verfassungsgericht zurückgeholt.

Mehr Flexibilität auf betrieblicher Ebene ist das Anliegen der CDU, der CSU, der FDP und vieler Sozialdemokraten, die das genauso sehen wie wir, indem sie sagen: Wir müssen uns von der Abhängigkeit beider Tarifparteien, wenn sie allein entscheiden und den örtlichen Parteien nicht die Möglichkeit geben abzuweichen, ein Stück weit freischwimmen. Das ist für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit am Standort Deutschland von großer Bedeutung.

Wir sollten uns nicht gegenseitig zu überzeugen und über den Tisch zu ziehen versuchen. Ich will deutlich machen, dass die Tarifautonomie vollständig gewährleistet wird. Aber die Möglichkeit, Beschäftigung in Deutschland zu sichern, wird durch Flexibilität auf dieser Ebene erhöht. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie bis zu Ihrer nächsten Vorbesprechung darüber nachdächten - auch wir haben über vieles nachzudenken -, ob Sie in ein paar Punkten nicht den Weg in Richtung betrieblicher Bündnisse für Arbeit, wie bei der IG BCE oder der IG Metall, eröffnen wollen, vielleicht in Form einer Bestimmung, dass Tariföffnungsklauseln Vorrang haben und dass dort, wo es keine Tariföffnungsklauseln gibt, die gesetzlichen Bestimmungen gelten.

Wir sind sehr flexibel, wenn es darum geht, mit Ihnen gemeinsam Wege zu gehen, die tragfähig sind; denn uns ist an der Sache selbst gelegen. Wir meinen, dadurch kann

Wachstum in Deutschland entstehen und können Rezession und Stagnation vermieden werden. Ich könnte Ihnen hunderte sehr konkreter Einzelfälle schildern, in denen diese Frage zur Debatte steht. Deswegen ist uns das ein Herzensanliegen. Das hat nichts damit zu tun, Hürden aufzubauen, die Sie nicht überwinden können. Dies wäre unfair und würde dem "C" in unserem Parteinamen, das Sie nicht antasten wollen, widersprechen. Wir sind vielmehr bereit, eine Stange herunterzunehmen. Aber Sie müssen die Hürde im Interesse unseres Landes überspringen.

MP Roland Koch (HE): Herr Kollege Stiegler hat mit seiner Rede eine Kaskade ausgelöst.

(MP Peter Müller (SL): Leider!)

Aber ich glaube, das schadet nicht; denn er ist in der ihm eigenen Art in einen entzündlichen Bereich gestoßen.

Da Sie fragen, ob wir eine sachfremde Verknüpfung vornehmen, will ich, ohne eine Fensterrede halten zu wollen, nur darauf hinweisen, dass die Frage, ob man in der derzeitigen Situation etwa durch eine Steuerreform Verschuldung in Kauf nehmen darf, für viele von uns unmittelbar mit der Frage verbunden ist, ob durch die Gesamtoperation, die man dadurch ermöglicht, wirtschaftliches Wachstum ausgelöst wird. Wie die Wirtschaftsforschungsinstitute so glauben auch wir nicht, dass die Steuerreform nennenswertes und nachhaltiges Wachstum auslösen kann. Aber wenn man sich auf das Gesamtprojekt verständigt, kann das sein. Das ist aus unserer Sicht zum überwiegenden Teil jedoch dem Arbeitsmarkt geschuldet. Wenn die Wachstumspotenziale Deutschlands, die, wie uns alle sagen, zu eng sind, erweitert werden können, dann durch eine Verringerung der Restriktionen am Arbeitsmarkt. Das ist unsere Grundüberzeugung. Deswegen verbinden wir beide Dinge; sie sind sehr eng verbunden.

Wir wollen an diesem ersten Tag Verhandlungsspielräume ausloten. Ich verstehe sehr wohl, dass das ein Punkt ist, an dem gerade sozialdemokratischen Kollegen - vielleicht mehr als den Partnern von den Grünen - auf Grund der Geschichte besondere Rücksichtnahme auf Strukturen abverlangt wird. Nur, das ist nicht eindimensional. Sie müssen sehen, dass Sie das vorangegangene Tun, das gerade erwähnt worden ist, nicht beiseite schieben können. Sie wissen, dass wir seit Jahren davon überzeugt sind, dass das notwendig ist. Sie haben es nicht immer abgelehnt, sondern Ihr eigener Spitzenmann hat eine konditionierte Entwicklung eingeleitet, indem er gesagt hat: Wenn die Tarifvertragsparteien nicht in der Lage sind, das auf angemessene Weise auf den Weg zu bringen, dann ist der Gesetzgeber gefordert. -

Nachdem Sie massiv Einfluss genommen haben - das ist nicht illegitim -, schauen Sie, ob die Tarifvertragsparteien es selbst regeln können. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen: Im Augenblick ist es nicht geregelt, und zwar deshalb nicht, weil diejenigen, die im richtigen Leben Tarifverträge schließen, die Einzelgewerkschaften und ihre Pendants, es nicht zu Stande bringen.

Das heißt: Wir tun exakt das, was Sie am 14. März in einem wichtigen Punkt für notwendig erachtet haben. Jetzt müssen Sie Verständnis dafür haben, dass wir Probleme haben, wenn Sie sagen: Es ist geradezu unmoralisch, ausgerechnet uns das abzuverlangen. Das berührt das Zentrum unseres Nervenfleisches und zerstört unsere Identität. - Wir tun aber nichts anderes als das, was Ihr Parteivorsitzender im Deutschen Bundestag vorgetragen hat. An dieser Stelle sinkt ein bisschen unser Verhandlungsspielraum unter dem Gesichtspunkt: Worauf soll man verzichten? - Bitte akzeptieren Sie das! Es gibt immer Punkte, bei denen man wechselseitig sagt, sie seien unantastbar, das sei eine Zumutung. Ich sage nicht, dass Sie uns eingeladen haben, über diesen Punkt zu reden. Aber Sie machen es uns durch Ihr Verhalten schwer, darauf zu verzichten. Ich weiß nicht, ob Sie es entschieden haben, jedenfalls hat es einer von Ihnen entschieden.

(Abg. Ludwig Stiegler: Wir sind vorher auch nicht gefragt worden!)

- Das ist in Ordnung. Auch das wird in 30 Jahren veröffentlicht. - Die Frage, die dahinter steht, muss dagegengestellt werden. Auf dieser Basis werden wir miteinander reden müssen. Sie haben sicherlich Verständnis dafür, dass unter den Aspekten der Flexibilität im Arbeitsmarkt für uns die betriebliche Flexibilität Priorität hat. Sie ist nicht der einzige Aspekt - deshalb kann man über Kombinationen verhandeln -, aber sie hat Priorität. Ich empfehle, das bei den Vorbesprechungen genauso wenig außer Acht zu lassen wie alles andere, was wir einzubringen haben.

Abg. Joachim Poß: Ich habe die Gesamtveranstaltung ohne Berücksichtigung der öffentlichen Begleitmusik so verstanden - der heutige Nachmittag hat Anlass gegeben, das so zu interpretieren -, dass wir uns darüber klar sind, dass wir uns in den nächsten Tagen mit Strukturreformen einerseits, mit einem konjunkturellen Impuls andererseits und mit der Sanierung der öffentlichen Haushalte auseinander setzen müssen. In der Rede des Bundeskanzlers am 14. März war von einem Vorziehen der Steuerreform noch nicht die Rede.

(MP Roland Koch (HE): Doch! Er hat sie für unmöglich erklärt!)

- Das widerspricht nicht dem, was ich gerade gesagt habe, Herr Koch. Von einem Vorziehen der Steuerreform war nicht die Rede. Zumindest an dieser Stelle habe ich Recht. Insofern können in diese Rede im Nachhinein auch nicht jene unsittlichen Verknüpfungen hineininterpretiert werden, die Sie hier vornehmen.

Ich meine, dass es unter Wahrung der jeweiligen parteipolitischen Interessen darum gehen muss, diese drei Bereiche gemeinsam zufrieden stellend zu bearbeiten und mit Kompromissen zu versehen. Man kann unterschiedlicher Meinung - auch der wissenschaftliche Sachverstand ist partiell unterschiedlicher Meinung - über die Auswirkung eines Vorziehens der Steuerreform sein, seien es 0,2, 0,3 oder 0,4 % des BIP oder wie viel auch immer. In einem, Herr Koch, sind sich die so genannten Sachverständigen - immer mit Vorsicht zu genießen - aber ziemlich einig: Wenn wir die Steuerreform nicht vorziehen, wird es eine konjunkturelle Vollbremsung geben, die deutlich stärker ausschlägt als der Wachstumsgewinn, sozusagen die Flankierung dessen, was sich ansonsten an konjunktureller Aufhellung, gemessen am Ifo-Index, in den letzten Wochen und Monaten schon abgezeichnet hat. Darüber kann man kaum mehr streiten, wenn man eine Diskussion über die Ökonomie führt.

Ich glaube, in einer solchen Situation haben die ökonomischen Akzente Vorrang, auch wenn man an die Sanierung der öffentlichen Haushalte denkt, die ohne Wachstum nicht gelingen wird, auch wenn wir beim Thema "Subventionsabbau" und sonstigen Themen noch so fleißig sind. Das ist der Zusammenhang, um den es geht, wenn wir über das Thema "Finanzen und Steuern" sprechen.

Hinsichtlich der Ausgestaltung einzelner Punkte im Rahmen der Strukturreformen können wir sehr wohl unterschiedlicher Meinung sein. Das wurde heute Nachmittag durchaus deutlich. Aber die von Ihnen hergestellte Verknüpfung hat jedenfalls aus ökonomischen Gründen keinen Sinn. Im Übrigen, so eindeutig war Ihre Seite in der Begründung der eventuellen Ablehnung eines Vorziehens nicht. Ich habe ziemlich gut in Erinnerung, was Sie in den letzten Wochen und Monaten in Interviews gesagt haben. Darin finden sich sehr unterschiedliche Begründungen. Auf die Finanzierungsfrage kommen wir im Einzelnen noch zu sprechen. Wie viel neue Schulden dürfen es denn sein? Dann war es ganz allgemein die Frage des Arbeitsmarktes, speziell Arbeitnehmerrechte, Kündigungsschutz usw. Die Begründungen wechselten.

In der Diskussion über den Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde uns empfohlen, die Auflage der Kommission zu akzeptieren, unter dem Diktat von Maastricht 6 Milliarden Euro zusätzlich zu schultern. Wir haben auf Vorschläge gewartet, um das zu realisieren. Aber es sind keine Vorschläge gekommen.

Ich will damit nur sagen: Es gibt auf Ihrer Seite keine konzise, stringente Begründung zu diesem Thema. Deswegen sollten Sie in den nächsten Tagen überlegen, unter welchen Bedingungen Sie in die Debatte einsteigen und ob Ihre Position ökonomisch und finanzpolitisch schlüssig ist. Für mich geht es in diesem Zusammenhang nur um ökonomische und finanzpolitische Fragen, nicht um andere Verknüpfungen. Es ist Ihnen unbenommen, diese Verknüpfung herzustellen. Wir werden sicherlich im Einzelnen darüber diskutieren. Aber heute Abend werden wir nicht mehr dazu kommen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich habe eine lange Rednerliste. Sie alle haben im Kopf, dass wir heute noch über das Thema "Steuern und Haushalt" reden wollen.

(Abg. Joachim Poß: Wir reden doch schon über Steuern!)

MP Dieter Althaus (TH): Soeben ist der Eindruck vermittelt worden, dass wir einen Wachstumspfad beschritten und dass eine Vollbremsung erfolgte, wenn wir uns in den nächsten Tagen nicht auf ein Gesamtpaket einigen. Ich habe den gegenteiligen Eindruck: Wir haben zurzeit kein Wachstum, und wir bemühen uns gerade darum, wieder Wachstum zu generieren. Wenn wir kein Wachstum haben und damit keine Geschwindigkeit aufnehmen, dann, so meine ich, kann auch keine Vollbremsung erfolgen.

Wenn man sich um Wachstum und Beschäftigung müht, gehört beides auf den Tisch: der Arbeitsmarkt und damit Flexibilität für die Unternehmen einerseits und die Entlastung der Unternehmen andererseits. Es ist spürbar, dass gerade die mittelständischen Unternehmen in Deutschland die Einschränkungen am Arbeitsmarkt als sehr starke Belastung ihrer eigenen konjunkturellen Möglichkeiten empfinden.

Sie haben historische Betrachtungen angestellt. Ich finde, wer das tut, muss auch historische Veränderungen zur Kenntnis nehmen. In den jungen Ländern sind mehr als 50 % der Arbeitnehmer gewerkschaftlich nicht gebunden. Mehr als 60 % der Unternehmen im Mittelstand gehören keiner Tarifgemeinschaft an und unterliegen keiner tarifvertraglichen Bindung, damit sie ihre betriebliche Situation so am Markt ausrichten können, dass sie erfolgreich sind. Dass historische Veränderungen von Gewerkschaften öffentlich zur Kenntnis genommen werden, konnte man vor einigen Monaten am Beispiel der IG Metall im Osten erleben. Wer sich nur auf 1920 bezieht,

greift etwas zu kurz. Die Welt hat sich verändert. Darauf muss man andere Antworten geben.

Die Tarifautonomie steht nicht in Rede. Aber es steht in Frage, ob wir den Betrieben, soweit es um betriebliche Bündnisse für Arbeit geht, die, wie gesagt, bei 60 % der mittelständischen Unternehmen in den jungen Ländern Praxis sind, aber bisher ohne jeden rechtlichen Rahmen existieren, nicht größere Flexibilität ermöglichen sollen.

(Zuruf: Deswegen sind sie auch so erfolgreich!)

- Sie sind bisher erfolgreich; die Unternehmen gehören keiner Tarifgemeinschaft an. Deswegen dürfen wir Politiker es nicht länger ignorieren, dass die Praxis einen rechtlichen Rahmen braucht.

(Zuruf)

- Wenn das pure Ideologie ist, dann besuchen Sie einmal die jungen Länder; denn sie sind am erfolgreichsten. Bei uns gibt es keine großen Unternehmen wie VW, sondern wir haben viele kleine und mittelständische Unternehmen. Das gehört selbstverständlich auf den Tisch. Ich wundere mich sehr darüber, dass das tabuisiert wird.

Wenn wir die Tarifautonomie akzeptieren und gleichzeitig die Genehmigung oder die Einspruchsmöglichkeiten für Tarifpartner festschreiben, warum sollte man dann nicht zu rechtlich abgesicherten Bündnissen für Arbeit kommen? Niemand hat etwas dagegen, wenn sich die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter darauf einigen. Auch die Einspruchsmöglichkeit beider Partner sollte in einen rechtlichen Rahmen eingebettet sein. Die Beschäftigten sollten über die Betriebsverfassung die Möglichkeit haben, mit Mehrheit entsprechende Entscheidungen zu fällen. Darin sehe ich keinen Abbau von Arbeitnehmerrechten. Im Gegenteil, ich sehe eine Chance für Wachstum und Beschäftigung.

Ich fände es gut, wenn man diese Problematik nicht tabuisierte, sondern sie - genauso wie den Kündigungsschutz - thematisierte. Dieses Thema stand von Anfang an mit auf der Tagesordnung. Man kann nicht davon ausgehen, dass nur diejenigen Teile des Pakets betrachtet und diskutiert werden, die der Bundeskanzler dort hineingesteckt hat. Wenn Sie erfolgreich verhandeln wollen, muss auch über diejenigen Teile des Pakets beraten werden, die von unserer Seite eingebracht worden sind.

Abg. Klaus Brandner: Ich denke, es ist klar geworden, dass versucht wird, eine sachfremde Verknüpfung in die Debatte einzuführen. Wenn wir erreichen wollen, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande verbessert, kommt es zuallererst

darauf an, das Vertrauen in unser Handeln zu stärken. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass das, was heute noch verlässlich ist - dies sind nun einmal Tarifverträge -, nicht in Misskredit gebracht wird.

Herr Althaus hat die Flexibilität von nicht tarifgebundenen Unternehmen angesprochen. Im Ernst: Warum sollen wir eine gesetzliche Regelung für Betriebe schaffen, die nicht tarifvertraglich gebunden sind? Wir führen eine Phantomdebatte.

In diesem Zusammenhang ist ein anderer Punkt sehr interessant. Herr Wulff hat darauf hingewiesen, dass bei der IG BCE und bei der IG Metall entsprechende Regelungen üblich und tarifvertraglich möglich sind. Deswegen müssten wir eine gesetzliche Regelung treffen, um diese beiden Tarifbereiche auszunehmen; denn sie regeln selbst genau das, was Sie fordern. Zum anderen - Sie haben noch nicht alle Bereiche besucht, Herr Wulff - hat die IG Bau jüngst einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem die jährlichen Sonderzahlungen nach den betrieblichen Erträgen geregelt werden. Das heißt: Im Rahmen der Tarifautonomie ist in der Gesellschaft dieses Landes sehr viel in Bewegung. Man muss sich fragen, ob es sinnvoll ist und ob es dem Frieden in diesem Land dient, wenn der Gesetzgeber in den autonomen Rahmen eingreift, innerhalb dessen die Tarifvertragsparteien Normen setzen, und einer Seite eine bessere Ausgangsposition verschafft. Denn wir alle sind uns darüber einig, dass sowohl vertragliche Verlässlichkeit - das ist eine Frage des Vertrauens - als auch der soziale Frieden in diesem Lande wirtschafts- und beschäftigungspolitisch von sehr großer Bedeutung sind.

Deshalb muss man Prozesse fördern, in denen Zusammenarbeit gelebt wird. Ich sage ausdrücklich: Aus diesem Grunde sind betriebliche Bündnisse gut; aber sie verdienen dieses Urteil nicht, wenn sie das Ziel haben, vertragliche Regelungen auszuhebeln, ihnen quasi durch die Hintertür den Boden zu entziehen. Auf diese Weise wird ein grundsätzlich gutes Instrument missbraucht.

Wir wollen, dass die Betriebsparteien Absprachen treffen, um z. B. Produktivitätsherausforderungen zu meistern und in Unternehmen, in denen Innovationen gefördert werden, bessere Produkte zu entwickeln. Denn ein Klima der Zusammenarbeit hat letzten Endes immer zu wirtschaftlichem Erfolg beigetragen. Jüngste Untersuchungen zeigen, dass die Produktivität in Betrieben mit Betriebsrat höher ist als in Betrieben ohne Betriebsrat. Das bedeutet im Kern, dass Kooperationsmodelle auf einer verlässlichen Basis erfolgreich sind.

Wir wollen durch die Steuerreform zu wirtschaftlichem Wachstum beitragen, indem wir finanzielle Spielräume sowohl für die Unternehmen als auch für die Bürger schaffen. Durch diesen politischen Prozess soll die Kooperation nicht gestört werden.

Ich meine, wir sind gut beraten, wenn wir das Klima des Vertrauens stärken, indem wir sicherstellen, dass Verträge eingehalten werden. Denn das ist ein Wesenszug der Tarifautonomie.

Abg. Carl-Ludwig Thiele: Ein Großteil der Diskussion beschäftigte sich damit, dass in Deutschland fundamentale Veränderungen vorgenommen werden müssen, damit sich die Wachstumskräfte wieder entfalten und wir in gewissen Bereichen Anschluss an Entwicklungen in anderen Regionen der Welt finden. Die Bundesregierung und Rotgrün versuchen, durch das Vorziehen der Steuerreform einen entsprechenden Impuls zu setzen. Nach der Philosophie von Rotgrün kann dieser Impuls aber nur ein Jahr wirken; denn die dritte Steuerreformstufe wird lediglich um ein Jahr vorzogen. Wir brauchen jedoch mehr als den temporären Effekt eines Jahres.

In diesem Zusammenhang ist die Frage, was zusätzlich geschehen muss, damit sich die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland verbessern. Dabei ist die Tarifautonomie meiner Ansicht nach wichtig.

Die FDP ist für betriebliche Bündnisse für Arbeit. Wenn 75 % der Mitarbeiter eines Betriebes einer Regelung zustimmen, dann ist es nicht einzusehen, warum solche Bündnisse unter dem Vorbehalt der Zustimmung von Tarifvertragsparteien an anderen Orten stehen, die aus der Ferne darüber entscheiden müssen, ob sie diese Regelung für richtig oder für falsch halten. Es gibt Modelle, bei denen dies leider nicht funktioniert hat. Dann kommen wir zu einem Tarifkartell der Arbeitgeber und der in Gewerkschaften Organisierten. Sie haben aber nicht unbedingt die Interessen derjenigen zu vertreten, die nach Arbeitsplätzen suchen.

Ich frage mich, warum man hier derart dogmatisch mit dieser Angelegenheit umgeht. Wir konnten feststellen, dass die Tarifvertragsparteien kurz vor einer Einigung standen. Möglicherweise gibt es weitere Verhandlungen; aber das kann ich nicht einschätzen. Die Arbeitgeber sind ihren Unternehmen gegenüber verantwortlich, und die Gewerkschaften sind den in ihnen organisierten Mitarbeitern gegenüber verantwortlich. Wenn sie schon in der Nähe einer Einigung sind - sie sind nur den Interessen derer verpflichtet, die sie vertreten -, dann ist es doch eine ganz andere Frage, welchen Interessen der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat im Hinblick auf die politischen Weichenstellungen in unserem Lande verpflichtet ist. Die Tarifvertragsparteien sind nur interessengebunden tätig, während wir hier für eine Weichenstellung für Deutschland verantwortlich sind. Wenn die Tarifvertragsparteien kurz vor einer Einigung stehen, die ich jetzt nicht bewerten will, dann müsste es doch umso mehr unser Auftrag sein, hier für Bewegung zu sorgen, statt aus alten Gedanken

und möglicherweise aus der Nähe zu gewissen Organisationen heraus zu sagen, dass sich an diesen Regelungen nichts ändern dürfe. Das verstehe ich nicht.

Insofern sehe ich keinen sachwidrigen Zusammenhang; denn dass wir in den letzten drei Jahren saldiert im Grunde genommen ein Nullwachstum zu verzeichnen haben, muss uns alle beunruhigen. Wir sind gemeinsam der Auffassung, dass wir hier vorankommen müssen. Dazu reicht die Steuerreform nicht aus; vielmehr müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Ich hoffe, dass die eine oder andere ideologische Barriere über Bord geworfen wird, damit wir zu vernünftigen Ergebnissen kommen können.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Einige wenige Bemerkungen; denn es ist schon sehr viel gesagt worden. Es herrscht doch Klarheit darüber, dass wir in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ein Bündel von Maßnahmen brauchen. Dazu gehören Steuersenkungen, die Senkung der Lohnnebenkosten, eine neue Arbeitsmarktpolitik - darüber haben wir ausgiebig diskutiert - und Arbeitsrechtsreformen. Auch Sie haben einige Arbeitsrechtsreformen vorgeschlagen; einige sind hier im Gesetzgebungsverfahren. Sie schaffen einen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Dingen. Wir halten mehr davon, über jedes für sich zu diskutieren.

Auseinander liegen wir in der Beurteilung der Tarifhoheit mit Blick auf die betrieblichen Bündnisse. Herr Ministerpräsident Wulff, wir brauchen die Möglichkeit zu betrieblichen Bündnissen. Wir haben ja auch sehr viele davon. Ich meine, Sie überschätzen dieses Thema etwas. Damit bringt man den Arbeitsmarkt nicht in Ordnung. In Notsituationen haben wir schon überall betriebliche Sondervereinbarungen. Aber auf besondere Wettbewerbsbedingungen, etwa auf Verlagerungen, wie Sie sie erwähnt haben, muss reagiert werden. Auch das ist zwischen uns nicht streitig. Die Frage ist: Wer regelt das wie?

Wir gehen im Unterschied zu Ihnen davon aus - es ist nichts von dem zurückzunehmen, was der Bundeskanzler gesagt hat -, dass die Tarifparteien den Vortritt haben zu handeln. In der gegenwärtigen Situation ist dieses Handeln der Tarifparteien keineswegs abgeschlossen. Auch mit dem Versuch, der am vergangenen Samstag leider gescheitert ist, ist es nicht abgeschlossen. Die Gespräche laufen auch zurzeit. Ich hoffe, dass es zu einer Verständigung kommt. Nicht wegen der gewaltigen Bedeutung, die Sie geschildert haben, aber weil wir sie zusätzlich brauchen, wäre es gut, wenn wir in Deutschland in allen Branchen flächendeckend solche Vereinbarungen hätten. Ich bin davon überzeugt, dass wir mehr davon bekommen. Der Unterschied liegt allein in der Frage der Gestaltung. Wir setzen auf die Tarifhoheit.

Es ist auch nicht ganz so leicht, wie Sie gesagt haben, Herr Thiele. Die Regelungen, die Sie bisher zu dieser Fragestellung vorgeschlagen haben, sind, vorsichtig gesagt, scharf am Rande des Verfassungsrechts. Angesehene Arbeitsrechtler halten dies für nicht verfassungskonform. Wir bewegen uns auf einem Feld der Tarifhoheit und der Koalitionsfreiheit. Das ist nicht zu unterschätzen. Aber ich will nichts auf die Verfassung schieben.

Wir setzen auf die Tarifparteien. Sie würden dieses Instrument bevorzugen, jedenfalls die vorherrschende Arbeitgeberseite. Wir hoffen, dass diese Möglichkeit genutzt wird. Wir möchten deshalb von einem Eingriff des Gesetzgebers absehen. Meine Philosophie ist: Überall dort, wo etwas aus freien Stücken möglich ist, soll der Gesetzgeber nichts regeln. Das gilt für alle Lebensbereiche. Hier sollte keine gesetzgeberische Maßnahme stattfinden.

Abg. Ludwig Stiegler: Mir ist aufgefallen, dass Herr Ministerpräsident Wulff und Herr Ministerpräsident Althaus Sachverhalte beschrieben und mit "Tarifautonomie" bezeichnet haben, die dazu nicht passen. Autonomie heißt Selbstgesetzgebung. Die beiden Vertragspartner entscheiden selbst, worum es geht. Wenn Dritte ins Spiel kommen, die nicht Vertragspartei sind, aber maßgeblich auf das Vertragsverhältnis einwirken können, ist man im Bereich der Heteronomie, nicht der Autonomie, oder Sie wollen auf eine rein beschreibende Regelung hinaus. Sie haben gesagt, Herr Althaus, es gehe in Wahrheit nur darum, dass man in den Betrieben initiativ werden könne und die Tarifpartner genehmigen oder ein Veto einlegen könnten. Andere von Ihnen wollen, dass zwingend vor Ort entschieden wird und die Tarifvertragspartner erst gar nicht gefragt werden, so dass in dieses Vertragsverhältnis hinein jemand anders die Konditionen bestimmt. Dann geht es wie im Kino: Der Erste steht auf, um besser zu sehen; am Ende stehen alle, und keiner sieht.

Diese Sache sollten Sie sich gründlich anschauen. Sie sollten zumindest begrifflich sauber argumentieren. Man kann nicht von Tarifautonomie sprechen und gleichzeitig etwas verlangen, was die Mitbestimmung anderer bedeutet. Das ist dann der politischen Semantik zuzuschreiben.

(MP Dieter Althaus (TH): Das ist völliger Unsinn! Die Hochschulautonomie verlangt auch, dass ein Hochschulgesetz verabschiedet wird!)

- Das ist ein Rahmen. Wir haben auch ein Tarifvertragsgesetz, aber keiner greift in die Substanz ein. Damit haben wir die Tarifautonomie konkretisiert, aber nicht konstituiert. Sie ist Bestandteil der Verfassung.

(StM Erwin Huber (BY): Ein Bündnis ist auch ein Vertrag!)

- Wenn ich einen Vertrag mit der Gemeinde XY schließe, kann ich noch lange nicht dem Freistaat Bayern entkommen. Das wissen gerade wir in Bayern, wo Erwin Hubers französisch-zentralistische Hand alle im Griff hat. Das wollen wir uns doch nicht vorhalten lassen.

(Abg. Carl-Ludwig Thiele: Jetzt wirft er wieder mit Granit!)

Ich habe im Übrigen volles Verständnis dafür, dass Sie uns mit der Rede des Bundeskanzlers grillen. So viel Politiker bin auch ich, ich würde es umgekehrt genauso tun. Das ist in Ordnung. Nur: Bei hermeneutischer Betrachtung dieser Rede ist kein Zeitpunkt enthalten.

(Teilweise Lachen - Abg. Klaus Brandner: Herr Wulff hat gesagt: Erledigt durch Praxis!)

- Genau. - Beschrieben sind ein Appell und ein Prozesscharakter. Der Referenzzeitraum, wann der Gesetzgeber wegen unhaltbarer Missstände - weil das Gebäude des Staates einstürzt - handeln müsste, ist jedenfalls nicht angegeben.

In allem Ernst: Sie haben heute Nachmittag gemerkt, dass wir sehr sachlich diskutieren und weit aufeinander zugehen können. Dass Sie uns grillen und uns das vor die Nase halten, ist in Ordnung. Diese Schadenfreude sei Ihnen gegönnt! Aber wenn Sie ordentliche Ergebnisse mit uns erzielen wollen, bitte ich, diesen Bereich nicht überzustrapazieren und, nachdem Sie uns gehörig gegrillt haben, zur eigentlichen Arbeit zurückzukehren.

Abg. Volker Kauder: Herr Kollege Stiegler, ich glaube, Sie haben das noch nicht richtig verstanden. Uns geht es nicht darum, jemanden zu grillen, uns ist es Ernst mit unserem Anliegen.

(Abg. Ludwig Stiegler: Uns auch!)

Wir werden in diesem Anliegen von Sachverständigen unterstützt, die die Bundesregierung berufen hat. Sie haben deutlich gemacht, dass Wachstumskräfte am Arbeitsmarkt mit einer vorgezogenen Steuerreform nicht zu stimulieren sind, deren Wachstumseffekt mit 0,2 % angegeben wird. Allein vier zusätzliche Arbeitstage im nächsten Jahr bringen 0,6 %. Das macht deutlich, dass wir gerade beim Arbeitsrecht flexibler werden müssen, damit auch die Betriebe diese Möglichkeiten besser nutzen können.

Alles, was Wachstumskräfte stimuliert, gehört zusammen. Da ist Herr Wirtschaftsminister Clement schon sehr viel weiter als Sie. Sie sollten ihm aufmerksamer zuhören. Er hat soeben Kollegen Wulff bestätigt, dass alles zusammengehört. Er hat das nicht als sachfremde Erwägungen bezeichnet, sondern nur von unterschiedlichen Auffassungen in Bezug auf die betrieblichen Bündnisse für Arbeit gesprochen. Er hat auch nicht gefragt, ob das geregelt werden soll, sondern wie dies geschehen kann.

Natürlich gibt es in der Verfassung die Tarifautonomie. Die Verfassung ist aber auf das Gemeinwohl verpflichtet; man muss eine Gesamtexegese der Verfassung machen. In der letzten Zeit hat auch der Bundeskanzler offenkundig den Eindruck gewonnen, dass das, was bei den Tarifpartnern streckenweise geschieht, nicht mehr unbedingt dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Wer sagt: "Für die Arbeitslosen ist die Politik zuständig, wir sind für diejenigen zuständig, die in Arbeit sind", dem fehlt das Gemeinwohlbewusstsein. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Gemeinwohlkomponente wieder stärker zum Durchbruch kommt.

Minister Clement hat bekräftigt, er halte es für zwingend, dass sich für Arbeit und Aufschwung im Bereich der betrieblichen Bündnisse etwas tut. Er setzt darauf, dass die Tarifpartner handeln. Die Gespräche, die im Augenblick stattfinden, sind aber keine Gespräche unter Tarifpartnern. Sie erklären die Absicht, Tarifverträge zu vereinbaren. Wir warten schon ewig darauf. Auch wenn man unter dem Druck der Diskussion, die wir nun führen, die Bemühungen intensiviert hat, ist nichts geschehen. Seit Jahren erleben wir in diesem Land keinen Aufschwung. Die Probleme werden immer größer. Was soll falsch sein, wenn man sagt: Tun wir etwas, was den Aufschwung befördert! Dazu gehören die betrieblichen Bündnisse für Arbeit.

Herr Stiegler und andere haben gesagt, wir hätten schon welche. Wir leben da in einem rechtswidrigen Zustand. Die Gewerkschaften trauen sich nur in dem einen oder anderen Fall, diesen Zustand zu attackieren, weil sie sonst von den Betriebsräten einen auf die Kappe bekämen. Wie kann man sagen, man habe Tarifautonomie, aber man wage nicht, sie umzusetzen, weil die Betriebsräte und die Geschäftsleitungen schlauer seien als der aktuelle Tarifvertrag! Stattdessen sollte man argumentieren: Wir wollen das in einen gesetzlichen Rahmen gießen. Wenn man zu entsprechenden Vereinbarungen kommt, wollen wir der Tarifautonomie den Vorrang lassen. - Ich sehe das im Augenblick aber nicht.

Sie sind nicht in die Zukunft gerichtet, sondern blicken in die Vergangenheit. Politik beginnt nun einmal mit der Betrachtung der Realität. Realität ist, dass immer mehr versuchen, sich von den Tarifverträgen zu befreien, dass Arbeitgeberverbände aT geben, die das Gegenteil von dem tun, was Sie wollen. Wenn wir jetzt betriebliche

Bündnisse wollen, die in bestimmten Situationen Ausnahmen von Tarifverträgen zulassen - wir attackieren nicht die Tarifverträge -, ist das etwas anderes als das, was in der Wirtschaft streckenweise gerade stattfindet mit Aufforderungen an die Arbeitgeber, aus den Tarifverbünden auszutreten und nach eigenen Regeln zu suchen.

Ich komme aus einer Gegend, wo vor allem mittelständische Betriebe, keine Großindustrie, angesiedelt sind. Viele sind nicht tarifgebunden. Sie machen flexible Regelungen. Dort sind die Wachstumskräfte am größten. Warum wollen Sie diese Chance nicht auch anderen einräumen?

Man kann über die Ausgestaltung sprechen; wir haben dazu unsere Vorstellung. Aber wer sagt, beides gehöre nicht zusammen, der hat die Herausforderungen der Zeit nicht verstanden. Wir werden davon nicht abgehen. Ich bin mir sicher, Sie werden erkennen müssen, dass wir auf dem richtigen Weg sind; sonst bekommen Sie keine Wachstumsraten. Dann können Sie in einem Jahr wieder überlegen, wie Sie die weiteren 100 000 Arbeitslosen in irgendwelchen Anstalten unterbringen und fordern und fördern wollen. Das wird am Ende zu nichts führen.

Ich kann nur an Sie appellieren, die Sache ohne Ideologie zu betrachten und zu prüfen, ob das ein Element der Wachstumsförderung ist, das zusammen mit der Steuerreform ein großes Ziel erreichen kann. Ich will Sie gar nicht mit dem Bundeskanzler grillen - dass dem so ist, hat der Bundeskanzler selbst festgestellt. Wenn wir am Sonntagabend oder am Montag auseinander gehen und die Verbände zu keinem Ergebnis gekommen sind, können Sie schlechterdings sagen, dass Sie noch einmal abwarten wollen. Wir machen hier große Verhandlungen, wie wir den Standort voranbringen wollen, und Sie sagen: Wir warten noch einmal ab? Heute bietet sich uns eine große Chance, in dem Reformfenster, das aufgemacht worden ist, alles in einem Zusammenhang zu regeln.

Herr Clement, ich habe gesagt, Sie seien Ihrer Truppe weit voraus. Deshalb müssen wir Ihnen auf Ihrem Weg helfen, auch zu betrieblichen Bündnissen zu kommen.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Ich komme gerade von draußen und habe eine Hilfe für Bayern: 1:0 durch Elfmeter!)

- Sehr gut! - Ich bitte darum, über diese Punkte miteinander zu diskutieren. Sonst kommen wir in dieser Frage nicht voran.

Abg. Ortwin Runde: Vermittlung bedeutet immer Interessenabgleich. In den Diskussionen vorher ist deutlich geworden, dass dies in vielen Punkten funktionieren

kann. Aber natürlich bestehen über gesellschaftspolitische Positionen unterschiedliche Vorstellungen. Darüber, was rückwärts gewandt und was vorwärts gerichtet ist, kann man trefflich streiten, Herr Kauder. Sie sagen, die Tarifautonomie mit all den flexiblen Regelungen und Anpassungen an sehr unterschiedliche Verhältnisse in den Regionen, in den Branchen solle durch staatliche Eingriffe ergänzt werden. Man kann darüber nachdenken, ob das der richtige Ansatz oder nicht der Beginn dazu ist, die Tarifautonomie in Frage zu stellen. Es ergibt sich auch die verfassungsrechtliche Frage, ob das vom Grundgesetz her möglich ist.

Wer sich mit der gesellschaftlichen Realität beschäftigt, weiß - Herr Wulff hat aufgeführt, wie viele betriebliche Vereinbarungen in Niedersachsen es mit IGBC, IG Metall gibt -, welche Verhandlungen zwischen den Unternehmen, den Betriebsräten und den Gewerkschaften stattfinden, Investitionen oder Aufträge, die nach Deutschland kommen, unter Wettbewerbsgesichtspunkten zu erhalten. Das ist ein hoch flexibles anpassungsfähiges System. Die Frage ist, ob man staatlicherseits eingreift. Diejenigen, die meinen, Tarifregelungen seien schädlich und würden Unternehmen gefährden, darf ich darauf hinweisen, dass das weitergeht: Heute wird auch von Sachverständigen ausgeführt, die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten seien für die "governance" der entsprechenden Unternehmen schädlich. Solche gesellschaftspolitische Positionen gibt es auch. Sie sind nicht die unseren.

Was "modern" ist, darüber kann man im Zusammenhang mit all den Strukturreformen, die wir durchführen, diskutieren: Handwerksordnung, Strukturreformen am Arbeitsmarkt mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Das Vorziehen der Steuerreform würde ich nicht nur auf der Nachfrageseite, sondern auch - nach drei Jahren Stagnation verbessert sich die Situation vorsichtig - auf die strukturellen Elemente hin bewerten wollen. Es sind Elemente enthalten, von denen wir noch vor fünf Jahren geträumt hätten. Wir hätten gesagt: Das Instrument zur Bekämpfung von Schwarzarbeit ist ein niedriger Eingangssteuersatz. Damals hatten wir 26 %, jetzt sind 15 % vorgesehen. Das hat natürlich erhebliche strukturelle Wirkung auf die gesamte Frage des Übergangs in legale Erwerbsarbeit. Das wäre früher als Forderung struktureller Art aufgestellt worden.

Diese Steuerreform hat neben dem Nachfrageeffekt eine sehr starke Mittelstandskomponente. Man muss sich nur an die Argumente von vor einiger Zeit erinnern: Die mittelständischen Unternehmen kommen erst am Ende dran. Am Anfang stand die Unternehmensteuerreform, die lediglich die großen Unternehmen begünstigt hat. Wenn man das gegeneinander abwägt, werden von dieser Steuerreform nicht nur wegen des Nachfrageeffekts, sondern auch wegen der strukturellen Effekte

Wachstumsimpulse ausgehen, Herr Kauder. Dass wir dies zu wenig hervorgehoben haben, ist sicherlich ein Mangel.

Ein halbes Jahr mit jeweils veränderten Positionen über die Frage zu diskutieren, ob diese Steuerreform kommt oder nicht - das haben wir uns geleistet -, ist das Schädlichste gewesen, was man sich vorstellen kann. Wird jetzt signalisiert, dass die Steuerreform nicht kommt, wäre das allemal schädlicher als die positiven Entwicklungen. Die Absenkung der Sozialabgaben um einen Punkt soll 100 000 Arbeitsplätze bringen. Dieser Beweis ist nie angetreten worden. Dass die Erhöhung der Sozialabgaben negative Auswirkungen hat, dieser Zusammenhang besteht mit Sicherheit.

Wenn man sich im Vermittlungsausschuss nicht gegenseitig überfordern will, muss man wissen: Diese Position ist auf der SPD-Seite nicht verhandelbar. Es gibt einen Zusammenhang von der Tarifautonomie über die Betriebsverfassung hin zur Mitbestimmung. Das sind Grundpfeiler von Sozialstaatlichkeit. Insofern habe ich mit großer Freude wahrgenommen, dass Herr Wulff die Tarifautonomie nicht in Frage stellen will und dass Herr Kauder begeistert Herrn Clement zugestimmt hat, der sagte, die Tarifautonomie sei nicht verhandelbar.

M Dr. Ralf Stegner (SH): Ich habe vor 20 Jahren das letzte Mal ein Proseminar in Politikwissenschaft besucht. Nachdem wir heute den ganzen Tag im Vermittlungsausschuss recht ordentliche Arbeit geleistet haben, haben wir die letzten eineinhalb Stunden ein bisschen wie erwachsene Leute Seminar geübt. Ich würde vorschlagen, damit nicht fortzufahren und der Versuchung zu widerstehen, im Zusammenhang mit der Steuerpolitik über die Frage, ob sich die Steuerreform selbst finanziert oder nicht, die gleichen Reden zu halten. Wir sollten versuchen, die Pakete weiter im Kleinen abzuarbeiten. Das wird übrigens auch draußen von uns erwartet.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich schlage vor, diesen Punkt für heute zu beenden. Wir müssen das gewichten und finden morgen hoffentlich einen guten Einstieg.

Herr Böhmer hat Recht: Ab 23 Uhr ist es schwierig, hier etwas zu Stande zu bringen. Wir haben noch eineinhalb Stunden. Teilen Sie meine Meinung, dass wir diese Zeit nutzen sollten, um mit Herrn Stratthaus' und Joachim Poß' Hilfe einen gerafften Durchgang durch das Riesenfeld "Steuern und Haushalt" zu machen? - Sie nicken. Dann fängt Herr Stratthaus an.

M Gerhard Stratthaus (BW): Ich werde mich sehr kurz fassen; denn ich gehe davon aus, dass wir über die Einzelheiten ohnehin länger diskutieren müssen. Was ich vortrage, ist keine Einzelmeinung. Ich versuche, möglichst objektiv wiederzugeben, was in der entsprechenden Arbeitsgruppe gelaufen ist.

Insgesamt sind fünf Steuergesetze und die so genannte Koch/Steinbrück-Liste behandelt worden.

Ich fange mit der Tabaksteuer an. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen schlagen vor, die Steuer innerhalb von 18 Monaten dreimal um 1,5 Cent pro Zigarette zu erhöhen. Es ist nicht mehr möglich, die Erhöhung am 1. Januar 2004 umzusetzen. Deshalb gibt es einen Kompromissvorschlag der B-Seite und der A-Seite. Sie unterscheiden sich rein quantitativ. Es müsste also möglich sein, eine Lösung zu finden.

Die A-Seite möchte dreimal um 1,5 Cent, wie im Gesetz vorgesehen, erhöhen. Die B-Seite schlägt als Kompromiss vor, ab 1. April 2004 um 1 Cent pro Zigarette und in zwei Schritten um 1,2 Cent - z. B. am 1. Januar 2005 und am 1. Oktober 2005 - zu erhöhen, so dass insgesamt um 3 Cent in 18 Monaten angehoben wird. Die A-Seite will zum 1. März 2004 um 1,2 Cent erhöhen und weiter zweimal um 1,2 Cent - am 1. Dezember 2004 und am 1. Dezember 2005. Das Ganze ist eine Frage der Termine und der Centbeträge. Man müsste sich näher kommen können.

Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit: Hier geht es zum einen um das Gesetz selbst, zum anderen um die Frage, wie in der Zukunft das Kapital derjenigen besteuert wird, die wieder steuerehrlich sind.

Eine Arbeitsgruppe hat das Gesetz selbst überarbeitet; ich brauche die Einzelheiten nicht darzulegen. Man hat Einstimmigkeit feststellen können, dass das Gesetz mit seiner Zielsetzung kommen soll. Die andere Frage ist, was geschieht, wenn das Ufer der Steuerehrlichkeit wiedererlangt ist. Die B-Seite verlangt eine Erklärung der Bundesregierung zur künftigen Besteuerung des Kapitalvermögens, insbesondere zu Fragen wie Vermögen- und Erbschaftsteuer. Im Übrigen war man sich bei diesem Gesetz einig.

Beim Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung aus dem letzten Vermittlungsverfahren, dem so genannten Korb II, gibt es drei Einzelbestimmungen.

Besteuerung der Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen - § 8 Abs. 8 Körperschaftsteuergesetz -: Nach der letzten Steuerreform ist der wohl von niemandem gewünschte fast absurde Zustand entstanden, dass Versicherungs-

unternehmen, die besonders viel verdient haben, besonders wenig Steuern gezahlt haben und umgekehrt. Beide Seiten waren sich einig, dass dieser Zustand dadurch geändert werden soll, dass Beteiligungserträge wieder steuerpflichtig werden. Umgekehrt sollen Verluste und Wertminderung steuerlich berücksichtigt werden.

Keine Einigung erzielt worden ist in der Frage, für welche Jahre dies gelten soll. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen haben das Jahr 2004 und folgende sowie das Jahr 2003 vorgeschlagen. Die B-Seite fordert, dass auch die Jahre 2001 und 2002, alle Jahre seit Gültigkeit der Steuerreform, miteinbezogen werden. Die A-Seite hat dies nach meinem Eindruck zur Verhandlungsmasse erklärt. Dazu muss später mehr gesagt werden.

Gesellschafterfremdfinanzierung: Der Europäische Gerichtshof hat eine Regelung aufgehoben, die bisher nur für Gesellschaftsfremdfinanzierung von Ausländern gegolten hat. Wir müssen entweder eine für Inländer und für Ausländer geltende Regelung schaffen oder darauf verzichten. Verzichten wir, verlieren wir gegenüber dem bisherigen Zustand 2,8 Milliarden Euro - einen sehr hohen Betrag.

Man war deswegen der Meinung, man müsse hier eine Regelung finden. Man hat sich darauf geeinigt, dass die Freigrenze in § 8a Abs. 1 des Körperschaftsteuergesetzes auf 250 000 Euro angehoben werden soll. Der Regierungsentwurf hat 50 000 Euro vorgesehen. Man hat sich auf das Fünffache geeinigt. Man hat sich darauf geeinigt, dass die Relation Fremdkapital zu Eigenkapital 1:1,5 betragen soll. Der "safe haven" soll unverändert bleiben. Man hat sich darauf geeinigt, dass Sachüberlassungen nicht wie ein in Geld gezahltes Darlehen behandelt werden sollen. Die Änderung des § 8a Abs. 7 soll, wie im Gesetz vorgesehen - das gilt nur für Ausländer -, vorgenommen werden.

Drittens Mindestgewinnbesteuerung und Verlustverrechnungsbeschränkung: Die Verlustverrechnungsbeschränkung zwischen verschiedenen Einkunftsarten - § 2 Abs. 3 Einkommensteuergesetz - wurde vor wenigen Jahren eingeführt; ein berühmter Paragraf, der es einmal auf die erste Seite der "Bild"-Zeitung geschafft hat und von dem selbst die Fachleute sagen, sie verstünden ihn nicht. Die B-Seite fordert, diesen Paragrafen abzuschaffen; denn er trifft in erster Linie den Mittelstand, da er sich auf die Einkommensteuer konzentriert und mit der Körperschaftsteuer nichts zu tun hat. Die A-Seite ist nach meinem Eindruck dazu bereit.

Die B-Seite hat sich gegen die Mindestgewinnbesteuerung nach § 10 Einkommensteuergesetz ausgesprochen. Der Regierungsentwurf sieht eine Mindestbesteuerung vor. Weil man das Wort "Mindestbesteuerung" nicht verwenden will, spricht man von "Verlustverrechnungsbeschränkung", was auf das Gleiche hinausläuft. Im Gesetz ist

ein mittelstandsfreundlicher Sockelbetrag von 100 000 Euro vorgesehen. Was darüber hinausgeht, soll nur noch zu 50 % verrechnet werden dürfen. Die B-Seite hat dies zunächst grundsätzlich abgelehnt. In der Diskussion ist allerdings deutlich geworden, dass hier etwas geschehen könnte, aber Zahlen sind nicht genannt worden.

Die veränderbaren Parameter sind die Höhe des Freibetrags - er kann wesentlich höher sein als der vorgeschlagene Betrag - und eine Abstufung der verrechenbaren Verluste von 100 bis 50 %. Es ist darauf hingewiesen worden, dass über der deutschen Wirtschaft riesige Verlustbeträge hingen, so dass auch dann, wenn einmal wieder mehr verdient werde, die Gefahr bestehe, dass gerade die Körperschaftsteuer nicht gut fließe, während die Verlustvorträge in der Einkommensteuer relativ gering seien. Man spricht von 20 Milliarden bei der Einkommensteuer und mehr als 300 Milliarden bei der Körperschaftsteuer.

Haushaltsbegleitgesetz: Hier geht es in erster Linie um das Vorziehen der Steuerreform - dazu möchte ich in meinem Bericht nichts sagen - und einzelne Maßnahmen der Gegenfinanzierung. Über Letztere sind bis auf eine Ausnahme keine Entscheidungen gefällt worden. Die so genannte Halbjahres-AfA, die Möglichkeit, ein Wirtschaftsgut, das im Dezember angeschafft worden ist, noch für ein halbes Jahr abzuschreiben, ist nach allgemeiner Auffassung nicht mehr notwendig.

Natürlich wurde über die Entfernungspauschale diskutiert. Die quantitativen Vorstellungen lagen sehr weit auseinander. Die Regierung und die Koalitionsfraktionen wollen sie auf 15 von 36 bzw. 40 Cent pro Kilometer senken. Die B-Seite will sich an den Vorschlägen der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück orientieren: 35 Cent. Eine Einigung ist nicht zu Stande gekommen.

Ein Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wurde von der B-Seite abgelehnt.

Über die Eigenheimzulage ist intensiv diskutiert worden. Von der A-Seite wurde die Abschaffung gefordert, die B-Seite hat sich bereit erklärt, höchstens 3 x 4 %, wie im Koch/Steinbrück-Papier enthalten, zu akzeptieren. Unabhängig davon wurde über die Struktur der Eigenheimzulage diskutiert. Einvernehmlich wird dazu vorgeschlagen, die Eigenheimzulage so aufzubauen, dass Ausbauten und Erweiterungsbauten nicht mehr gefördert werden. Alt- und Neubauten sollen gleichbehandelt werden. Die Genossenschaftsförderung soll auf Eigennutzung beschränkt werden. Eine Kinderzulage von 800 Euro soll eingeführt werden. Weder im Hinblick auf eine Kürzung noch auf die Wohnungsbauprämie ist Einigung erzielt worden.

Wenige Sätze zu den Koch/Steinbrück-Vorschlägen! Ich unterscheide zwischen den steuerrechtlichen Subventionen und den Finanzhilfen.

Insbesondere Hamburg hat mit Bezug auf die steuerrechtlichen Subventionen auf die Tonnagebesteuerung und die teilweise Nichtabführung der Lohnsteuer von Seeleuten hingewiesen. Ich muss sagen: Wir Inländer verstehen das nicht leicht. Hamburg möchte eine dreijährige Optionsfrist bei der Tonnagebesteuerung ab 1. Januar 2006. Im Übrigen sollen die Vorschläge der beiden Ministerpräsidenten nicht weiter aufgeschnürt werden.

Im Hinblick auf die Finanzhilfen hat die B-Seite, später auch die A-Seite eine Reihe von Subventionen gebracht, die im Subventionsbericht enthalten, aber in der Kürzungsliste nicht vorgesehen sind. Ich möchte sie nicht verlesen. Es handelt sich um recht viele Subventionen, die auf Vorschlag beider Seiten neu einzubeziehen sind. Es wurden aber auch welche benannt, die nicht einbezogen werden sollen. Die wichtigsten sind die Regionalisierungsmittel aus der Übertragung des Personennahverkehrs vom Bund auf die Länder und die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz sowie Einzelmittel bei der Landwirtschaft.

Die Reform der Gewerbesteuer ist eine wichtige Sache, die man aber relativ kurz behandeln kann. Die B-Seite hat eindeutig erklärt, dass sie nicht bereit sei, die Einbeziehung der Freiberufler und das Hinzufügen weiterer ertragsunabhängiger Bestandteile zur Besteuerungsgrundlage mitzutragen. Sie trägt lediglich ein Sofortprogramm mit, wonach die Gewerbesteuerumlage zu Gunsten der Gemeinden gekürzt und gleichzeitig für ein Jahr oder für zwei Jahre der Anteil der Gemeinden an der Mehrwertsteuer von 2,2 auf 3 % erhöht wird.

(Beifall)

Abg. Joachim Poß: Ich kann das kurz ergänzen. Wichtig scheint mir zu sein, dass es gelungen ist, dass sich die Experten, nicht die Politiker, über die Zahlen verständigt haben. Man streitet nicht mehr über die Volumina im Einzelnen. Das war in der Vergangenheit auch in Vermittlungsverfahren, unabhängig von A und B, ein Punkt. Damit haben wir eine gute Grundlage, in der weiteren Beratung vorwärts zu kommen.

Zur Tabaksteuer: Bei den einzelnen Vorschlägen lohnt sich ein Blick auf das Aufkommen, das errechnet worden ist.

Im Hinblick auf die Brücke zur Steuerehrlichkeit kommt es jenseits der konkreten Ausgestaltung, über die wir uns haben verständigen können, darauf an, dass vom Vermittlungsausschuss ein Signal ausgeht. In einer Sache, die im Grunde genommen seit Jahren schwelt, kann man das Signal an die so genannten Steuersünder geben: Wir öffnen ein Zeitfenster, ihr könnt euch steuerehrlich machen! - Dieses Signal wirkt,

weil alle Parteien dieser Auffassung sind. Das sollten wir nicht unterschätzen. Je nachdem, wie stark das Signal ausfällt, wie glaubwürdig es ist, hat es Auswirkungen auf den Erfolg der Angelegenheit und damit auf die Haushalte von Bund und Ländern. Ich sage das, weil der angesetzte Betrag von 5 Milliarden in der Debatte - auch im Bundestag - gelegentlich streitig gestellt wurde. Ich halte ihn nicht für illusorisch, wenn das Signal, das von uns ausgehen muss, auch glaubwürdig ist.

In Bezug auf die Versicherungen sind wir fest davon überzeugt, dass die Lösung, die im Deutschen Bundestag mit Mehrheit beschlossen wurde, ausreicht, um größere Verwerfungen zu vermeiden. Es ging nicht darum, dass wir im Interesse bestimmter Versicherungsunternehmen handeln, vielmehr hätten die Konsequenzen auf die Versicherten und auf die Finanzmärkte gravierend werden können. Wir sehen deswegen keine Notwendigkeit, uns weitergehenden Überlegungen anzuschließen.

Natürlich gibt es Kompromissmöglichkeiten; das haben wir in der Arbeitsgruppe erörtert. Man muss sie im Wesentlichen unter der Überschrift "Verlustverrechnungsbeschränkung" oder "Mindestgewinnbesteuerung" - wie immer man das nennt - sehen. Wir haben uns mit den Zahlen im Rahmen der Arbeitsgruppenberatung intensiv befasst. Was an Verlustvorträgen gesichert ist, liegt schon bei 300 Milliarden. Was sich nach dem Crash im Frühjahr 2001 aufgebaut hat, aber durch Zahlen noch nicht belegt ist, kann zu einer noch größeren Bedrohung für die öffentlichen Haushalte werden. Darüber müssen sich alle Beteiligten im Klaren sein. Hier geht es nicht um einen Ideologiepunkt. Wenn man die öffentlichen Einnahmen verstetigen will - diese Notwendigkeit besteht für Bund und Länder -, muss man bei der Behandlung der Punkte in Korb II zu sichtbaren Fortschritten kommen. Ich möchte das dick unterstreichen.

Bei der Gesellschafterfremdfinanzierung haben wir durch Kompromissbereitschaft auf allen Seiten eine sachgerechte Lösung gefunden. Mir wurde gesagt, Kollege Stratthaus, dass auf Arbeitsebene für die Landesbanken inzwischen eine Lösung gefunden worden sei. Sie kann zu gegebener Zeit von den Fachleuten vorgetragen werden, so dass wir auch dies abgeräumt hätten.

Das Haushaltsbegleitgesetz muss vom Aufkommen her ein größerer Erfolg werden, auch im Interesse der Länder, auch zur Finanzierung der Vorziehung der Steuerreform. Deswegen müssen Regelungen möglich sein, die über die Halbjahres-AfA hinausgehen. Die A-Seite hat deutlich gemacht, dass Geschäftsgrundlage diejenigen Stellen im Haushaltsbegleitgesetz sind, an denen die Subventionsabbauschritte erheblich größer sind als in der Koch/Steinbrück-Liste.

Auch bei der Eigenheimzulage müssen wir vorwärts kommen. Sie kann in der Sache unterschiedlich beurteilt werden und hat vielleicht ein bisschen mit Ideologie zu tun. Wir haben dazu eine Unterarbeitsgruppe gebildet, die zwei Modelle, die Gemeinsamkeiten haben, entwickelt hat. Ich meine, es müsste möglich sein, zu einem Kompromiss zu kommen.

Bei der Entfernungspauschale sind die Zahlen so aufbereitet - das ist auch eine Frage der politischen Bewertung -, dass wir relativ rasch entscheiden können.

Zu Koch/Steinbrück haben wir ebenfalls eine Unterarbeitsgruppe eingerichtet. Darüber sollte morgen ein Bericht gegeben werden, so dass wir uns den einzelnen Punkten nähern können. Als Auftrag und Ziel der Unterarbeitsgruppe haben wir formuliert, dass das Volumen aus Koch/Steinbrück erhalten bleibt. Dies sollte Geschäftsgrundlage für die weiteren Beratungen sein. Insbesondere von der B-Seite sind sensible Punkte streitig gestellt worden; das waren sehr große Punkte. Deswegen muss man im weiteren Verfahren über die Kompensation nachdenken.

Bei der Gemeindefinanzreform hat die A-Seite betont, dass zur Vorgeschichte die Kommission gehört, die von der Bundesregierung eingerichtet worden ist und die von allen Seiten gewollt war. Sie ist von der A- und von der B-Seite beschickt worden. An der Spitze standen zwei Bundesminister. Sie hat sich auch als gemeinschaftliches Projekt verstanden, auf der einen Seite eine stabile Einnahmegrundlage, auf der anderen Seite eine Entlastung insbesondere der Kommunen zu suchen, die seit längerem durch hohe Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit belastet werden.

Ich will betonen, dass es einen Zusammenhang zwischen beiden Punkten gibt, den man nicht ohne weiteres auflösen kann. Er wurde in der Vergangenheit schon so gesehen, auch, wie gestern in einer Erklärung des Städtetages deutlich geworden ist, von den kommunalen Spitzenverbänden. Ich sage das nur, weil wir heute Nachmittag schon über Hartz IV gesprochen haben. Das ist für uns ein "big point". Diese Frage ist für die Perspektive der Kommunen von zentraler Bedeutung. Überwindung der Stagnation und Erhöhung der Zuversicht können am ehesten erreicht werden, indem die Kommunen auch für ihre Investitionen stabile Rahmenbedingungen erhalten. Die Chance dazu haben wir in diesen Tagen. Wenn wir sie vergeigen, sieht es schlecht aus, jenseits aller unterschiedlichen Auffassungen, die man sonst im steuerpolitischen Bereich haben kann.

So viel zur Ergänzung dessen, was Herr Kollege Stratthaus dargelegt hat.

StM Dr. Thomas de Maizière (SN): Ich habe eine Frage zum Sachverhalt. Denken wir uns die Gemeindesteuer einen Moment weg, nehmen wir das gesamte Paket und mittlere Lösungen! Ich frage einmal vom Ergebnis her: Wie hoch sind die Steuermehreinnahmen der Länder im Saldo? Wie ist die Abweichung davon, was die Arbeitsgruppe zum Haushaltsentwurf des Bundes 2004 entwickelt hat?

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Kollege de Maizière, diese Antwort ist heute noch nicht zu geben; denn es hat nur zu wenigen Punkten eine Voreinigung gegeben, die natürlich unter dem Vorbehalt einer Gesamteinigung steht.

(StM Dr. Thomas de Maizière (SN): Deshalb habe ich eine mittlere Lösung unterstellt! - Weitere Zurufe)

- Eine Zielgröße bezogen auf alle Gesetze formulieren? Oder wie meinen Sie das?

StM Dr. Thomas de Maizière (SN): Sie wissen doch, was ich meine! Wir sind hier keine Anfänger. Die Zahlen sind möglicherweise doch schon in der Schublade. Das hat mit der Steuerreform und vielen anderen Dingen zu tun: Geht es um eine Nachbesserung des Bundeshaushalts? Wie sind die Auswirkungen auf die Länder? Diese Frage muss ich in diesem Kreis doch nicht lange erläutern. Wie sähen bei einer mittleren Lösung die Zahlen aus?

Auch ich kann die Papiere lesen und habe ein bisschen gerechnet und mich mit anderen besprochen. Ich weiß, was ungefähr herauskommen kann.

(Abg. Joachim Poß: Dann haben Sie etwas gemacht, was wir nicht gemacht haben!)

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Was meinen Sie mit "mittlerer Lösung"? Das habe ich noch nicht verstanden.

StM Dr. Thomas de Maizière (SN): Zum Beispiel bei der Frage Verlustvortrag einen Freibetrag. Was geht bei 50 % in drei Jahren? Das könnte ich einzeln durchdeklinieren. Ich meine denkbare Kompromisslinien, die nicht gemacht worden sind, weil es keine Abschlussvollmacht gab; das sei zugestanden. Damit das für die nächsten Tage ein bisschen klarer ist, möchte ich gerne wissen, was im Saldo herauskäme, unterstellt, die Arbeitsgruppe hätte Abschlussvollmacht gehabt und gekonnt, wie sie gewollt hätte.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Kollege de Maizière, das kann ich, bezogen auf zwei Einzelmaßnahmen, benennen, in denen schon eine Einigung erzielt worden ist: Im Bereich Gesellschafterfremdfinanzierung sind es für den Gesamtstaat 310 Millionen Euro im Entstehungsjahr weniger im Vergleich zum Beschluss des Bundestages. Bei der Eigenheimzulage ist klar, dass kein Abbau zu 100 % stattfindet, sondern, wenn man der A-Seite folgt, zu 50 %, folgt man der B-Seite, sind es weniger als 50 %. Dies kann man als Einziges schon spezifizieren.

(Abg. Joachim Poß: Bei der Entfernungspauschale hat die B-Seite 35 Cent, wir haben 15 Cent gesagt!)

- Das stimmt. Das sind dann 400 Millionen im Entstehungsjahr, nicht 3 Milliarden.

Wir haben das bisher wirklich noch nicht zusammengerechnet. Wir sind natürlich im Laufe der Verhandlungen jederzeit in der Lage, à jour eine Liste vorzulegen, damit wir wissen, was wir hier beschließen. Aber wir haben nicht irgendwelche denkbaren Kompromisslinien schon ausgerechnet. Wirklich nicht!

StM Erwin Huber (BY): Ich möchte die A-Seite zunächst fragen, ob daran gedacht ist, eine Liste von Gegenfinanzierungen der Steuerentlastung vorzulegen, zumal der Bundeskanzler am letzten Sonntag angekündigt hat, aus der Gemengelage von Privatisierungen, Sparmaßnahmen und Schulden müsse eine neue Initiative ergriffen werden. Ich meine, es wäre angebracht, zu Beginn dieser Verhandlungen eine solche Liste auf den Tisch zu legen. Jedenfalls würde das den weiteren Gang der Gespräche bedeutend fördern.

Zweitens. Sie stellen sehr vehement die positive Wirkung von Steuersenkungen heraus. Dann müssten wir im Verlauf der weiteren Gespräche Erklärungen von Ihnen erbitten, wie Sie in Sachen Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Ausbildungsplatzabgabe vorgehen wollen; denn das ist doch wohl in einem Zusammenhang zu nennen. Es hat keinen Sinn, mit allen möglichen Anstrengungen zum 1. Januar 2004 die Ertragsteuer oder Einkommensteuer zu senken und auf der anderen Seite die gleichen Betroffenen mit anderen Maßnahmen zu neuen, größeren Abgaben heranzuziehen. Die Grünen sollen auf ihrem Parteitag über eine Höhe der Vermögensteuer in der Größenordnung von 15 Milliarden Euro geschwelgt haben. Das wäre genau der Betrag, um den die Steuer jetzt gesenkt werden soll. Man hat den Eindruck, dass alles hinten und vorne nicht recht zusammenpasst. Wir wollen Ihnen helfen, wieder eine gerade Linie zu finden.

(Abg. Ludwig Stiegler: Vergelt's Gott! - Heiterkeit)

Deshalb wäre es günstig, wenn Sie dies erklärten.

Drittens. Im Zusammenhang mit der Gewerbesteuer haben wir mehrmals deutlich gemacht, dass wir die Einbeziehung der Freiberufler für verfassungsrechtlich bedenklich und für außerordentlich bürokratisch halten. Wenn von 780 000 Freiberuflern eine Steuer erhoben wird, die überwiegend von der Einkommensteuerschuld abgezogen wird, ist das kein sehr rationelles Verfahren. Das möchte ich ganz allgemein sagen. Auch hier haben wir eine Erhöhung in der Substanzbesteuerung, die letztlich wieder den Mittelstand trifft, der angeblich entlastet werden soll. Auch diesbezüglich sehe ich einen Widerspruch in Ihrem Verfahren. Die übrigen Dinge werden wir detailliert weiter erörtern.

Abg. Norbert Geis: Unabhängig davon, ob wir die Steuerreform vorziehen - diesmal wäre es eine doppelte Senkung, weil eine Steuerreform um ein Jahr verschoben worden ist -, müsste klar sein, dass keine Vermögensteuer und keine Erbschaftsteuer eingeführt wird. Das müsste von der A-Seite deutlich erklärt werden. Wir können uns schlecht über Steuersenkungen unterhalten, wenn neue Steuererhöhungen drohen, und zwar in einem ziemlich hohen Ausmaß.

(Abg. Ludwig Stiegler: Das können wir ohne Sie machen!)

- Natürlich! - Ich weiß nicht, was daran schwierig sein soll, Herr Stiegler. Sie brauchen nur zu erklären, dass Sie die Hirngespinste der Grünen nicht mitmachen. Dann ist die Sache schon erledigt.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Sie müssen uns aber nicht für dumm verkaufen!)

- Sie verkaufen die Bevölkerung für dumm, wenn Sie über Steuersenkung und gleichzeitig über Steuererhöhung reden. Entschuldigung, da wird man doch für dumm verkauft! Ich kann das nicht anders sehen.

Lassen Sie mich ein zweites Thema ansprechen: die Gesellschafterfremdfinanzierung. Ursprünglich war eine Freigrenze von 50 000 Euro vorgeschlagen. Wir haben 100 000 Euro vorgeschlagen. Als wir in den internen Verhandlungen das Problem erkannt haben, haben wir auf 500 000 erhöht und uns dann auf 250 000 geeinigt, aber als Freigrenze. Ursprünglich stand ein Freibetrag in Rede, jetzt haben wir eine Freigrenze. Das ist ein elementarer Unterschied.

Ich möchte darauf hinweisen, dass damit das gesamte Problem der Gesellschafterfremdfinanzierung noch nicht behoben ist. Es besteht darin, dass die Zinsen eines Kredits, der durch einen Gesellschafter verbürgt ist, zu 100 % angerechnet werden. Sie werden als verdeckte Gewinnausschüttung angesehen, worauf noch 25 % Kapitalertragsteuer gezahlt werden muss. Das wird den Mittelstand ganz schön ins Schleudern bringen; denn er ist auf Kredite angewiesen.

Zur Mindestbesteuerung! Wenn in der Bilanz die Schulden den Gewinn überragen, ist kein Gewinn gemacht. Wenn die Verluste höher sind als der Gewinn, muss man das anerkennen. Ich weiß, dass die Finanzminister auch auf der B-Seite hier Probleme haben. Aber zunächst einmal geht es darum, sich klar zu machen, dass dann kein Gewinn erzielt worden ist, weshalb man eigentlich auch nicht von Mindestbesteuerung sprechen kann.

Zur Gewerbesteuer oder Gemeindewirtschaftsteuer! Da gibt es eine Mindestbesteuerung. Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage soll das auf den Gewerbeertrag draufgerechnet werden. Aber ohne Not werden auch hier die Zinsen der durch eine Bank verbürgten Darlehen zu 100 % auf den Gewerbeertrag angerechnet. Sie erhöhen damit die Bemessungsgrundlage. Das ist eigentlich ein Unding. Das Gleiche gilt für Leasingbeträge. Sie rechnen sie voll an. Das kann man nicht mitmachen.

Deswegen sind wir zu Recht gegen die Gewerbesteuer oder Gemeindewirtschaftsteuer. Wir sollten uns auf das Sofortprogramm für die Gemeinden verständigen. Wir sollten uns in dem treffen, was wir vorgeschlagen haben. Die gesamte Gewerbesteuer oder Gemeindewirtschaftsteuer sollte einer eingehenden Diskussion überlassen werden, in der das Für und Wider abgewogen wird, aber nicht Dinge getan werden, die übermorgen geändert werden müssen, weil sie nicht zu tragen sind.

MP Peer Steinbrück (NW): Wenn ich daran denke, wie viele Deckungsvorschläge wir gemeinsam verabreden müssen, liegt eine Titanenaufgabe vor uns. Wir haben es in meinen Augen mit vier Komplexen zu tun.

Zunächst: Die vorgezogene Stufe der Steuerreform ist im Entwurf der Bundesregierung teilweise refinanziert - aus Ihrer Sicht unzureichend. Die Deckungsvorschläge akzeptieren Sie nicht. Das macht Ihre Argumentation nicht sehr konzise. Sie verlangen einerseits der Bundesregierung ab, sie möge die vorgezogene Steuerreform durch Einsparungen höher refinanzieren; die dazu gemachten Vorschläge werden von der B-Seite abgelehnt.

Zweitens. Mit Blick auf manche Kommentare, die von Ihnen abgegeben worden sind, steht die Bundesregierung unter dem Druck, dem Maastricht-Verschuldenskriterium gegenüber der Europäischen Kommission näher zu kommen, indem es schon das nächste Jahr um 0,5 % gesenkt wird. Dies muss durch entsprechende Einsparungen an anderer Stelle gedeckt werden. Ich vermute, es handelt sich um 5 bis 6 Milliarden Euro.

Drittens haben wir es mit einem Vorschlag des Kollegen Koch und von mir zu tun. In der Summe 15 Milliarden Euro sollen nicht "verbraten" werden, sondern der Konsolidierung und dem Wiedergewinn von insbesondere investiven Spielräumen des Haushalts des Bundes und der Länder dienen.

Viertens. Sie sagen, über die Vorschläge der Bundesregierung hinaus solle die Steuerreform bis zu 75 % durch Einsparungen an anderer Stelle refinanziert werden. Das würde bedeuten, dass der Aufwand und die Anstrengungen, Deckungsvorschläge zu erarbeiten, potenziert würden.

Einiges in diesen vier Komplexen überlappt sich, einiges nicht. Wir müssen herausfinden, was das unter dem Strich bedeutet. Jeder weitergehende Einsparungsvorschlag, der abgelehnt wird, jeder Vorschlag, der darauf hinausläuft, bereits gemachte Einsparungsvorschläge zurückzunehmen oder zu relativieren, steigert das Problem, mit dem wir es zu tun haben. Ich halte daher alle diejenigen für sehr mutig, die sagen: Unter den Methodenkasten von Herrn Koch und von mir sollen die Gemeinschaftsaufgaben oder bestimmte Finanzierungsgesetze nach Artikel 104a Abs. 4 oder die Landwirtschaft nicht subsumiert werden. Bei der Eigenheimzulage oder der Entfernungspauschale könne man es sich nicht leisten, darüber hinauszugehen, was bei Koch/Steinbrück steht. - Diese Vorschläge werden in Kollision geraten mit Blick auf das Feld, das ich versucht habe darzustellen. Das werden sehr anstrengende Stunden. Ich sage voraus: Da wird sehr viel Geld zusammengesammelt werden müssen, insbesondere mit Blick auf den zusätzlichen Aspekt, die 0,5 % gegenüber der Europäischen Kommission einzuhalten.

Insofern ist sehr rasch geantwortet, Herr Huber: Nicht nur die Bundesregierung ist dieser Herausforderung ausgesetzt, sondern alle, die hier sitzen. Sehr viele Hinweise auch aus den Reihen der B-Länder empfinde ich als höchst ambivalent in diesem Zusammenhang.

Zu meinem Vorredner, was die positiven Effekte einer Steuerreduzierung betrifft: In den ganzen letzten Jahren habe ich am meisten von der FDP, wie ich zugebe, aber auch von der CDU keine andere Melodie gehört als: Steuersenkungen finanzieren sich selbst. - Sozialdemokraten haben das nie behauptet.

(Abg. Carl-Ludwig Thiele: Rasenmäher und Koch/Steinbrück!)

Wir hatten dafür empirisch nie einen Beleg. Das Motto sollte sein: Man muss nur das machen, was Reagan in den USA getan hat, was in England getan worden ist, und dann fliegt es einem über Akzeleratoren, Generatoren, Motoren auf der Zeitachse wie Manna in die Schürze hinein, es finanziert sich weitestgehend selbst. Das ist von mir vordergründig, flapsig, karnevalistisch formuliert, aber es hat einen harten Kern.

Dann sind einige auf die Laffer-Kurve gestoßen und haben festgestellt, dass die Elastizität von Steuersenkungen nicht gleich 1 ist. Aber zunächst war die Grundmelodie - nicht der SPD, sondern der anderen politischen Parteien -: Steuerreduzierungen sind per se etwas Gutes. Sie mobilisieren, und sie verdienen sich letztlich selbst. Ich frage mich, warum dieses Argument teilweise nicht mehr gelten soll. Das ist meine Antwort auf die Frage, warum die Steuerreform nicht auch 50:50 oder 75:25 durch Einsparungen an anderer Stelle refinanziert werde. Ich wäre daran interessiert zu erfahren, warum sich diese Argumentation geändert hat.

Dann wäre ich sehr daran interessiert zu erfahren, ob wir in dieser Debatte zwischen einer fiskalpolitischen und einer konjunkturpolitischen Argumentation unterscheiden können. Wie ich im Bundesrat schon gesagt habe: Ich kann Ihrer fiskalpolitischen Argumentation folgen. Sie ist in sich schlüssig. Herr Koch hat sie an mehreren Stellen aufgemacht. Sie läuft in der Tat darauf hinaus, den Anteil der Kreditfinanzierung zurückzudrehen, weil er auf den Sockel der Verschuldung draufgelegt wird; das können wir uns nicht leisten. Die Assoziation "Generationengerechtigkeit", "Zinslastquote", "Verkarstung der Haushalte" kann ich nachvollziehen.

Wenn wir umgekehrt zu dem Ergebnis kommen, dass darüber ein konjunkturpolitischer Impuls geweckt werden soll, muss es im Interesse aller Beteiligten liegen, in der spezifischen Konjunkturlage, in der wir uns befinden, den Nettoimpuls aus einer vorgezogenen Steuerreform so groß wie möglich zu halten, ihn nicht zu konterkarieren, indem man an anderer Stelle Geld dem Kreislauf wieder entzieht. Das hat keinen Sinn. Sie können in der einen Argumentation hier festgemauert in der Erde stehen, und Sie haben meinen Respekt. Ich selbst mache eine andere Argumentation auf, ich argumentiere konjunkturpolitisch. Aber beides kann man nicht miteinander vermengen. Wenn Sie sagen, dass die vorgezogene Stufe der Steuerreform zu 75 % durch Einsparung an anderen Stellen refinanziert werden soll, müssen Sie wissen, dass Sie den Nettoimpulseffekt für die Konjunktur systematisch reduzieren und damit diesen Strang verletzen. Das hat in meinen Augen keinen Sinn.

Ich bin dafür, dem Vorschlag der Bundesregierung zu folgen, der auf eine weitgehende Kreditfinanzierung hinausgeht. Viele von Ihnen kennen meinen Vorschlag,

eine Selbstbindung einzugehen, die zusätzlichen Nettokreditaufnahmen haushaltsgesetzlich so zu behandeln, dass sie vorzeitig getilgt werden. Das halte ich für möglich und auch für ratsam, insbesondere vor dem Hintergrund des Mechanismus, auf den wir alle vertrauen, dass darüber in der Größenordnung von 0,3 bis 0,4 % des Bruttosozialprodukts Wachstum generiert wird. Daraus resultieren Steuermehreinnahmen. Das heißt, nach zwei oder drei Jahren könnte man eine solche Bindung realisieren. Das lässt sich alles quantifizieren. Für den Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen würde das bedeuten: Ich müsste mich binden, 1,3 Milliarden Euro - so viel kostet mich das - 2007 oder 2008 vorzeitig zu tilgen und nicht auf den Verschuldenssockel des Landes draufzupacken.

Zur Gemeindewirtschaftsteuer, Gewerbesteuerreform! Ich kann mit dem Sofortprogramm der CDU herzlich wenig anfangen. Es besteht im Wesentlichen aus zwei Komponenten: einer Absenkung der Gewerbesteuerumlage - das ist nicht originell, weil es auch Gegenstand des Vorschlages der Bundesregierung ist; insofern sind wir uns einig - und der Verschiebung von Umsatzsteuerpunkten. Wer sagt, Umsatzsteuerpunkte müssten zu Gunsten der Kommunen verschoben werden, muss mir die Frage beantworten, wie die dadurch aufgerissenen Löcher in den Landeshaushalten und - ich ergreife auch Partei für den Bundeshaushalt - im Bundeshaushalt gedeckt werden sollen, ohne dass wir in eine weitere Nettoverschuldung hineingejagt werden. Diese Frage ist völlig offen, auch Sie können sie nicht beantworten. Die in Rede stehenden Umsatzsteuerpunkte, die verschoben werden sollen, bedeuten für Nordrhein-Westfalen, dass ich zusätzlich in der Größenordnung von 400 bis 500 Millionen Euro in die Nettokreditaufnahme hineingehen müsste und damit eine andere Leitplanke, über die wir sonst zumindest auf abstrakter Ebene einig sind, verletzen würde.

Im Übrigen spüre ich - ohne jemanden in Anspruch nehmen, geschweige denn instrumentalisieren zu wollen -, dass sehr viele CDU-geführte Kommunen nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in anderen Ländern im Kern und in der Zielrichtung dem Vorschlag der Bundesregierung folgen. Warum können Sie sich nicht zumindest dem annähern, was die Präsidentin des Städtetages oder Oberbürgermeister in Nordrhein-Westfalen sagen, die erkennbar nicht meinen parteipolitischen Hintergrund haben?

Vorletzte Bemerkung! Die Erbschaftsteuer wird auf die Tagesordnung gesetzt, und zwar vom Bundesverfassungsgericht, ob wir wollen oder nicht; denn es gibt einen Vorlagebeschluss des Bundesgerichtshofs mit Blick auf die unterschiedliche Bewertung der Vermögensarten. Dort wird man nach Lage der Dinge zu dem Ergebnis kommen, dass die derzeitige unterschiedliche Bewertung von Kapitalvermögen und Immobilien nicht weiter verfassungskonform ist. Wir werden uns dieser Debatte

stellen müssen, weil uns das Bundesverfassungsgericht entsprechende Leitlinien ins Stammbuch schreiben wird. Vor diesem Hintergrund habe ich Ihre Einlassung nicht ganz verstanden.

Letzte Bemerkung zur Mindestbesteuerung! Ich halte es für denkwürdig, dass sich die körperschaftsteuerpflichtigen deutschen Großunternehmen in den letzten zwei bis drei Jahren zunehmend aus der Steuerzahlung und damit der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben verabschiedet haben. Dieses Klagelied haben CDU/CSU genauso wie die FDP mindestens so stark angestimmt wie wir, und zwar insbesondere in den Zeiten, als das Körperschaftsteueraufkommen in der Größenordnung der Biersteuer rangierte. Jetzt haben wir es mit einem Volumen von 300 Milliarden zu tun, und wir sind nicht in der Lage, einen Riegel davor zu schieben, dass uns die Verlustvorträge die Körperschaftsteuer systematisch auf null oder sogar darunter drücken. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Raison d'être von den Finanzministern der B-Länder völlig anders beurteilt wird als von denen der A-Länder, dass sie diese Gefahr nicht ebenso einschätzen wie wir.

Abg. Joachim Poß: Ich habe die Frage des Kollegen Huber so verstanden, dass wir zunächst in eine allgemeine Runde eintreten, bevor wir, wie auch bei den übrigen Themen, zielorientiert einzelne Punkte aufrufen.

Zu Ihrer ersten Frage, Herr Huber: Ich habe mit großem Interesse das Interview von Herrn Stoiber in der "FAZ" von Sonntag gelesen, in dem er die CDU-Konzepte zu den Bereichen Steuern und Soziales, hier insbesondere zum Gesundheitssektor, sehr präzise mit Zahlen unterlegt hat: Zusammengerechnet ergibt sich ein Plus von 57 Milliarden Euro.

Da stellt sich in der Tat die Finanzierungsfrage. Bei dem Projekt, um das es hier geht, hat die Bundesregierung das Vorziehen einer Steuerreformstufe in einem Umfang von 15,6 Milliarden Euro vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist vom Bundestag angenommen worden. Davon sind 5 Milliarden Euro durch Schulden auf Bundesebene finanziert; 2 Milliarden Euro werden durch Privatisierungserlöse aufgefangen. Das heißt: Ein Drittel ist durch Schulden finanziert; zwei Drittel sind Kompensationsmasse, die in den unterschiedlichen Gesetzen enthalten ist, über die wir im Laufe der nächsten Tage noch beraten werden: im Haushaltsbegleitgesetz, in dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit usw.

Nun kann man sich über die einzelnen Sachpunkte streiten, aber eines ist klar: Es war die B-Seite, die sich in der Arbeitsgruppe, die fast zwei Tage lang beraten hat, von

weitgehenden Vorschlägen zum Subventionsabbau zurückgezogen hat. Damit hat sie gezeigt, dass sie nicht den Willen hat, zur Gegenfinanzierung eines großen steuerpolitischen Schrittes beizutragen, auch wenn die Akzente teilweise unterschiedlich waren. Herr Steinbrück hat schon darauf hingewiesen, dass wir das Vorziehen nicht als ökonomisches Allheilmittel ansehen. Nach diesem Vorlauf ist jedoch die Frage, welche ökonomischen und damit auch finanziellen sowie fiskalischen Auswirkungen sich im nächsten Jahr auf die öffentlichen Haushalte ergeben, wenn die Steuerreform nicht vorgezogen wird.

Herr Steinbrück hat auf die Frage von Herrn Geis schon darauf hingewiesen, dass wir das Problem der Erbschaftsteuer so oder so regeln müssen. Das Bewertungsgesetz ist einvernehmlich befristet worden.

(Zurufe)

- Ich gehe davon aus, dass es im nächsten Jahr ein Urteil geben wird. Dann wird man sehr geschäftsmäßig - business as usual - damit umgehen müssen.

(StM Erwin Huber (BY): Das ist doch etwas anderes! - Abg. Norbert Geis: Da geht es um Gleichbehandlung!)

- Ja, es geht um die Gleichbehandlung von Vermögen. - Dann werden wir uns an das Bewertungsgesetz, das bis 2005 befristet ist, begeben müssen. Das hat in der politischen Diskussion eine Rolle gespielt, auch in meiner Partei. Wenn Sie den Parteitagsbeschluss im Wortlaut nachlesen - die Quellen stehen Ihnen zur Verfügung -, werden Sie feststellen, dass darin einige Grundsätze für die Ausgestaltung einer möglichen Neuregelung enthalten sind. Darum geht es. In dieser Frage sollte man keinen ideologischen Popanz aufbauen.

Zu der Frage von Herrn Geis hinsichtlich der Freiberufler: Wir vertreten die eindeutige Position, dass die Abgrenzung zwischen gewerblicher Tätigkeit einerseits und freiberuflicher Tätigkeit andererseits vor dem Hintergrund der rasanten Veränderung der Wirtschafts- und Berufsstrukturen, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, willkürlich erscheint. Die Einbeziehung ist eine Art Strukturreform jenseits der Tatsache, dass die Bemessungsgrundlage für die Kommunen dadurch gefestigt wird. Solche Unschärfen laden zu steuermindernden Gestaltungen ein. Ich verweise auf ein bekanntes Beispiel: Es ist nicht einzusehen, warum die Erträge eines im eigenen Labor arbeitenden Zahntechnikers der Gewerbesteuer unterliegen, aber gewerbesteuerfrei sind, wenn sie im Rahmen einer zahnärztlichen Praxis erzielt werden.

(Abg. Norbert Geis: Weil sie nicht der Honorarordnung unterliegen!)

Wie Gewerbetreibende so profitieren auch Freiberufler von Leistungen und Vorleistungen ihrer Kommunen.

Die Frage der Verfassungsmäßigkeit wurde ebenfalls geprüft. Wegen der fortgeschrittenen Zeit gehe ich an dieser Stelle nicht darauf ein; wir kommen darauf zurück. Wir halten diesen Schritt für verfassungsgemäß.

Bei der Mindestgewinnbesteuerung muss ich auf die CSU eingehen. Herr Stoiber war derjenige, der im Wahlkampf 2002 die Frage instrumentalisiert hat, dass die großen Körperschaften keine Steuern mehr zahlen und keinen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens mehr leisten. Das prägte das politische Klima. Den Sozialdemokraten wurde vorgeworfen, sie seien zu Knechten des Großkapitals mutiert. Das war übrigens eine geschickte und erfolgreiche Strategie. Nur, wenn man jetzt Konsequenzen daraus ziehen will, muss man verschiedene Schritte unternehmen. Über den ersten Schritt haben wir uns im Rahmen des Steuervergünstigungsabbaugesetzes verständigen können. Hier geht es um den zweiten Schritt vor dem Hintergrund dramatischer Zahlen. Ich meine, deshalb sollten wir alle verantwortungsvoll handeln.

Ich will keine Schärfen in die Diskussion hineinbringen. Das führt zu nichts. Wir werden uns geschäftsmäßig Punkt für Punkt mit den Einzelheiten auseinander setzen. Aber ich bitte Sie, das zu bedenken.

MP Dieter Althaus (TH): Es entsteht der Eindruck, als ob die B-Seite das Vorziehen der Steuerreform beschlossen hätte, aber durch ihre Formulierungen dem Vorziehen jetzt im Wege stünde. Ich kann mich nur daran erinnern, dass der Bundeskanzler vor einem Jahr und auch noch vor einem Dreivierteljahr das Vorziehen der Steuerreform für unmöglich gehalten hat; die Formulierungen können Sie nachlesen. Auch auf der MPK, die in dem Monat stattfand, als die Klausurtagung in Neuhardenberg abgehalten wurde, war man eher dagegen als dafür. Ich kann mich auch daran erinnern, dass manche Kollegen von der A-Seite das Ganze eher skeptisch als positiv beurteilt haben. Nun sah die Welt nach Neuhardenberg anders aus; das kann man akzeptieren. Nur, ich habe den Eindruck, dass damit mehr ein politischer und weniger ein konjunktureller Effekt verbunden wird. Wir gieren in der gegenwärtigen Situation nicht nach Schulden. 90 Milliarden Euro Schulden haben wir schon. Dies ist, glaube ich, der falsche Zeitpunkt, weitere Schulden draufzusatteln, um die Konjunktur anzukurbeln.

Trotzdem stehen wir zu unserer Aussage, dass wir ein Vorziehen unterstützen würden, wenn eine solide Gegenfinanzierung vorgelegt wird und gleichzeitig weitere

Arbeitsmarkteffekte erzielt werden, um die konjunkturelle Entwicklung zu verbessern. Eine Antwort darauf ist die Bundesregierung bisher schuldig geblieben.

In jedem Flächenland in Deutschland kann man sehr schnell nachrechnen, dass der Entlastungseffekt auf Seiten des Bürgers durch die starke Absenkung der Entfernungspauschale sofort aufgehoben wird. Das ist keine höhere Mathematik. Als Ministerpräsident eines Flächenlandes sage ich: Der Bürger wird nicht entlastet, wenn eine Refinanzierung in Form einer starken Absenkung der Entfernungspauschale beschlossen wird nach dem Motto "linke Tasche, rechte Tasche". Dass die Bürger dadurch nicht zum Konsum, sondern eher zum Sparen angeregt werden, liegt auf der Hand. Das können Sie öffentlichen Äußerungen entnehmen.

Der gleiche Effekt entsteht durch eine starke Absenkung der Eigenheimzulage. Was wir brauchen, ist die Stärkung der investiven Kräfte gerade beim Bau in den jungen Ländern. Wenn Sie in dieser Situation eine solch starke Absenkung der Eigenheimzulage vornehmen, statt sie vernünftig umzubauen, indem Sie sie auf die Altbausubstanz hin orientieren und sie degressiv ausgestalten, konterkarieren Sie von vornherein die Stärkung der Investitionskraft der Wirtschaft, die Sie eigentlich erreichen wollten.

Deswegen bleibt die Aufgabe bestehen, ein solides Gegenfinanzierungskonzept vorzulegen. Warum Sie es von uns erwarten, ist für mich absolut unverständlich.

(Abg. Joachim Poß: Wir haben ein Konzept!)

- Ja, aber nach dem Motto "linke Tasche, rechte Tasche", wie jedes Kind in der Schule lernt! Sie können den Effekt für jedes Flächenland sofort berechnen. Es entsteht weder ein Konsumeffekt noch ein Investitionseffekt, wenn diese beiden Gegenfinanzierungsvorschläge allein auf dem Tisch bleiben. Ich wiederhole: Warum Sie von uns ein anderes Gegenfinanzierungskonzept erwarten, ist mir absolut unerklärlich. Nicht wir haben in Neuhardenberg Ankündigungen gemacht.

Zum Thema "Gemeindefinanzen": Ich weiß nicht, warum behauptet wird, wir seien uns schon einig geworden und würden plötzlich etwas anderes vorschlagen. In den letzten Monaten waren wir uns zu keiner Stunde über das einig, was die Bundesregierung vorgelegt hat. Denn wir halten es angesichts der Systematik der Steuergesetzgebung in Deutschland für falsch, neue Steuern z. B. für Freiberufler zu entwickeln. Dass man im Rahmen einer grundsätzlichen Steuerreformdebatte in Deutschland, insbesondere im Rahmen einer grundsätzlichen Diskussion über Gemeindesteuern, darüber nachdenkt, wie man das Ganze neu justieren kann, ist ohne jede Frage wichtig. Aber es ist nicht richtig, innerhalb des bestehenden Systems neue Steuern für Freiberufler zu entwickeln. Dadurch würde die Steuerbürokratie

aufgebläht, aber nichts erreicht, ganz zu schweigen davon, dass Umzugseffekte bei Freiberuflern ausgelöst würden.

Herr Steinbrück, ich finde es gut, wenn Sie sagen, man könne einen Konsens erreichen. Wir haben ein Übergangsprogramm vorgeschlagen, das zu einem wesentlichen Teil mit dem Vorschlag übereinstimmt, den die Bundesregierung mit Blick auf die Gewerbesteuer vorgelegt hat. Hier besteht doch ein Konsens. Warum kann man diesen Weg nicht gehen?

Wenn Sie bemängeln, dass wir die 0,8 Umsatzsteuerpunkte aufgegriffen haben, dann hätten Sie das heute Nachmittag auch tun müssen. Denn die Bundesregierung hat beim Arbeitsmarkt 0,7 Umsatzsteuerpunkte rasch in die Liste dessen aufgenommen, was sie von den Ländern einsammeln will.

(Zuruf: 0,7 plus 0,9!)

- 0,7 plus 0,9! - Darüber sollte man generell diskutieren.

Wir halten es für richtig, für zwei Jahre ein Programm auf den Weg zu bringen, um die Gemeinden zu entlasten. Wenn man das, was die Bundesregierung vorschlägt, und unseren Vorschlag auf Gemeinsamkeiten hin überprüft, ist ein Konsens möglich. Innerhalb von zwei Jahren hätte man die Möglichkeit, darüber nachzudenken, wie es in der Steuerpolitik in Deutschland generell weitergehen soll und wie man eine grundsätzliche Neujustierung der Gemeindefinanzen zu Stande bringen kann. Jetzt an verschiedenen Rädchen zu drehen und neue Belastungen zu beschließen, halte ich jedoch grundsätzlich für falsch. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die Union andere Aussagen getätigt hat. Auch mit Blick auf die Kommissionsergebnisse war unsere Diktion immer ganz eindeutig.

Abg. Krista Sager: Herr Althaus, ich habe Ihre Seite aber so verstanden, dass sie nicht nur nach der Gegenfinanzierung für das Vorziehen der Steuerreform, sondern zu Recht auch nach der Entlastung der Länder fragt. Ich finde, das müssen wir uns jetzt angucken.

Wenn ich Sie richtig verstehe, signalisiert Ihre Seite, wo sie sich am ehesten eine Lösung vorstellen kann: Das ist der Vorschlag der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück. Der Koch/Steinbrück-Vorschlag hat einen Jahresvollwert von 5,7 Milliarden Euro. Im Jahr 2004 sind es nur 1,1 Milliarden Euro. Wenn wir alles das aus dem Koch/Steinbrück-Paket herausrechnen, was thematisch in den Begleitgesetzen des Bundes enthalten ist, allerdings mit einem deutlich höheren Volumen - das ist das, was Sie soeben kritisiert haben: Eigenheimzulage, Entfernungspauschale, Arbeit-

nehmerpauschbetrag, Halbjahres-AfA, Steuerbefreiung der Umsätze der staatlichen Hochschulen -, dann bleibt ein Volljahreswert von nur noch 1,1 Milliarden Euro übrig; bei den Ländern sind es dann nur 446 Millionen Euro.

Anschließend fragen wir: Was heißt das für das Jahr 2004? Dort, wo Sie signalisieren, sich eine Lösung außerhalb der Bundesideen vorstellen zu können, kommen Sie bei den Ländern im Jahre 2004 auf nur 73 Millionen Euro. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie meinen, wir könnten mit 73 Millionen Euro für die Länder im Jahre 2004 den Tisch verlassen. Das bedeutet: Wir kommen nicht darum herum, uns sehr ernsthaft den Begleitgesetzen des Bundes zu widmen und einmal zu gucken, was wir aus ihnen herausholen können, damit wir zu einer Entlastung der Länder kommen.

Ich möchte das Argument von Herrn Steinbrück verstärken. Wenn wir uns den Begleitgesetzen zuwenden mit der Folge, dass bei den Ländern perspektivisch etwas herauskommt, dann haben nicht nur die Länder etwas gewonnen, sondern dann ist auch etwas für die Steuerreform gewonnen. Beim Subventionsabbau haben Sie den Vorteil, dass den Bürgern im nächsten Jahr direkt nichts genommen wird. Wenn Sie die Art von Subventionen abbauen, bei denen auch die Länder einen Vorteil haben - das sind in erster Linie Steuerbegünstigungen -, dann merkt der Bürger das im nächsten Jahr so gut wie nicht. Deswegen wird die Konjunktur noch nicht gestört. Aber in den Folgejahren werden die Länderhaushalte umso massiver entlastet. Dann kommen Sie zu einer nachhaltigen Finanzierung der Wirkungen der Steuerreform. Das heißt: Es besteht ein vernünftiges Verhältnis zwischen der konjunkturellen Wirkung, der Entlastungswirkung und dem Effekt für die Länder.

Deswegen sollten wir ernsthaft in die Diskussion darüber eintreten. Ich sehe keinen anderen Weg. Denn ich meine, dass alles Gerede über Parteitagsbeschlüsse und Protokollerklärungen die Erörterung dieser Thematik nicht ersetzen kann. Wenn Sie Ihre eigenen Absichten ernst nehmen, nämlich etwas für die Länder zu tun, die Steuerreform nachhaltig zu finanzieren und 2004 nicht nach dem Motto "linke Tasche, rechte Tasche" zu verfahren, dann bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als mit uns konkret über die Begleitgesetze zu diskutieren.

MP Christian Wulff (NI): Vieles von dem, was gesagt worden ist, fand ich sehr eindrucksvoll. Vor allem Herr Poß hat sehr viel Richtiges gesagt. Darüber muss man schon deshalb reden, weil die letzte Steuerreform aus dem Jahr 2000 hinsichtlich der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer völlig in die Hose gegangen ist. Innerhalb von zwei Jahren sind uns 47 Milliarden Euro durch die Lappen gegangen.

(Abg. Joachim Poß: Dieser Frage können wir uns morgen eine Stunde lang widmen!)

Wir haben im Vermittlungsausschuss schon im Frühjahr dieses Jahres festgestellt, dass dieser Fehler unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten, unter dem Gesichtspunkt des rechtlichen Bestandes der Steuergesetzgebung aus dem Jahr 2000, nur sehr schwierig zu heilen ist. Dieser Fehler wirkt im Grunde genommen über Jahrzehnte fort; er ist nicht rückholbar. Deswegen sollten wir uns in dieser Debatte besondere Mühe geben.

Mein Vorgänger in Niedersachsen hat für das letzte Jahr und für dieses Jahr 6 Milliarden Euro Schulden - das entspricht 12 Milliarden DM gleich 12 000 Millionen DM - verankert; diesen Rahmen halten wir einigermaßen ein. Das ist für zwei Jahre ein unglaublicher Betrag, der die Bonität Deutschlands, der Bundesländer, der Kommunen, auf den internationalen Finanzmärkten berührt. Wenn die Zinsen steigen - die britische Zentralbank hat ihre Zinsen gerade um 0,25 % angehoben -, geraten wir alle in eine absolute Schuldenfalle. Eine Zinssteigerung um 1 % bedeutet für Niedersachsen, das 44 Milliarden Euro Schulden hat, jedes Jahr ein Mehr an Zinszahlungen von 440 Millionen Euro. Andere Länder haben ähnliche Probleme. Wenn Demonstrationen stattfinden, weil Sie eine Kürzung um 40 Millionen Euro vornehmen in dem Wissen, dass eine Zinssteigerung um 1 % das 11fache des Betrages ausmacht, dessentwegen Sie den ganzen Ärger haben, dann fragt man sich, warum man sich das antut.

Insofern haben wir in Deutschland inzwischen leider andere Verhältnisse, Herr Steinbrück, als zu Zeiten von Ronald Reagan, Herrn Laffer oder Maggie Thatcher. Wegen Maastricht und der bereits erreichten Verschuldung haben wir nicht die Möglichkeit eines längerfristigen Deficitspending, sondern wir stehen unter Kuratel. Manche sprechen bereits von einem Diktat, was ich bisher mit Versailles, nicht mit Brüssel in Verbindung gebracht habe.

Ich gebe offen zu, dass mich Ihre Rede bewegt und beeindruckt hat, Herr Steinbrück. Ich beziehe mich allerdings auf die Rede beim Bundeskanzler im Juni. Als wir im Sommer beim Bundeskanzler waren, haben Sie dem Bundeskanzler mit meiner vollen Rückendeckung und Unterstützung gesagt: Wir können das nicht verkraften, Unterlippe Oberkante! Wir können in unseren Landeshaushalten keine Steuersenkung darstellen. - Ich fand das sehr mutig und sehr eindrucksvoll. Ich meine, die Situation hat sich heute eher verschärft.

Ich habe mir die Haushalte der Länder Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen angeguckt und mich gefragt, wie Sie - ich spreche Sie als Vertreter eines Landes an - das schultern wollen. Es gibt eine

Trennungslinie nicht nur zwischen der A- und der B-Seite, sondern auch zwischen dem Bund und den Ländern. Ich finde, Herr Steinbrück, wir Länder sollten in der Frage der Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform gegenüber den Vorschlägen der Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit solidarisch sein. Wir müssten gemeinsam mehr Druck gegenüber der Bundestagsmehrheit entfalten mit dem Ziel, uns zu erklären, wie man diese Steuersenkung gegenfinanzieren will. - Sie schmunzeln. Wenn Sie es vorhaben, dann müssten Sie langsam hinter dem Busch hervorkommen. Es müsste jemand aufstehen und sagen: Jetzt ist die Stunde der Wahrheit; denn wir stehen kurz vor der Ziellinie. - Das kostet die Länder 8 Milliarden Euro. Es ist klar: 75 % ist die Position der B-Länder; es sollte im Grunde die Position aller Länder sein. Jetzt muss zu den 6 Milliarden Euro ein Vorschlag gemacht werden - jenseits der Dinge, über die wir hier seit längerem diskutieren, sondern zusätzlich, um das zu verwirklichen, was Sie für dringend erforderlich halten. Ich wäre dankbar, wenn die Bundesländer in dieser Frage solidarisch wären. Denn sonst ist das nicht zu verantworten. Es würde nicht zu Wachstumsimpulsen und nicht zu mehr Vertrauen führen.

56 % der letzten Steuersenkung sind in die Sparquote eingegangen. Die Sparquote ist ungewöhnlich hoch. Gnade uns Gott, wir senken die Steuern, und das Geld wird gespart oder für Importgüter oder den Urlaub ausgegeben! Dann tragen wir die volle Belastung, aber erzielen keinerlei konjunkturellen Effekt.

Das haben wir generell zu besprechen, bevor wir uns die Listen vornehmen und Position für Position unter die Lupe nehmen. Ich glaube, hier gibt es noch ein Delta, das man selbst dann nicht schließen kann, wenn man zu jedem der Punkte, über die wir uns in den nächsten Tagen hermachen wollen, ja sagt und jede Kürzung abhakt. Dann ist das Delta immer noch vorhanden. Sie müssen die kommende Nacht nutzen. Herr Eichel und der Bundeskanzler sind erreichbar. Über diese Fragen werden Sie reden müssen; sonst gibt es kein gutes Ergebnis.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Gernot Mittler ist der Nächste.

StM Gernot Mittler (RP): Herr Vorsitzender, ich ziehe meine Wortmeldung im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit zurück.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das ist sehr liebenswürdig.

M Dr. Ralf Stegner (SH): Ich will gern auf die Frage von Herrn Wulff an einige Länder antworten, wie sie das in ihren Haushalten berücksichtigen wollen. Sie sagten, Sie hätten sich die Haushalte verschiedener Länder, auch denjenigen des Landes, das ich vertrete, angeguckt.

Ihre Frage ist relativ einfach zu beantworten: Das Vorziehen der Steuerreform kostet das Land Schleswig-Holstein rund 180 Millionen Euro, die wir im Haushalt nicht einsparen können. Aber man muss bedenken, was an Folgekosten auf unseren Haushalt zukommt, wenn die Stagnation nicht überwunden wird. Das bezieht sich nicht nur auf die Steuereinnahmen, sondern auch auf die Transferkosten, die damit verbunden sind: Sozialhilfe, Wohngeld und was sonst noch alles. Das ist sehr einfach zu berechnen; man muss sich nur angucken, wie sich die Kosten in unserem Land in den letzten Jahren entwickelt haben.

Den zweiten Punkt hat Herr Steinbrück genannt: Man kann sich dahin gehend festlegen, dass man das Geld, das wir jetzt aufwenden, um einen konjunkturellen Impuls zu bewerkstelligen, rasch abzahlt. Dazu habe ich von Ihnen keinen Kommentar gehört. Was spricht dagegen, eine Vereinbarung zu treffen, wie Herr Steinbrück sie vorgeschlagen hat?

Der dritte Punkt ist entscheidend, Herr Wulff: Eine Gegenfinanzierung nach dem Motto "linke Tasche, rechte Tasche" führt nicht zu einem konjunkturellen Impuls. Das ist relativ einfach nachzuvollziehen. Zu Maßnahmen, die man treffen könnte, um das zu vermeiden, die im Übrigen den Haushalten - auch Ihrem - strukturell helfen - ich nenne als Beispiel die Eigenheimzulage -, habe ich von Ihnen eine andere Position gehört, als Sie sie soeben unter dem Stichwort "Solidarität der Länder" beschrieben haben. Wenn die Länder solidarisch wären, würden sie sagen: Das machen wir, auch wenn in allen möglichen Bereichen dagegen protestiert wird. Das Volumen der Koch/Steinbrück-Vorschläge erbringen wir, statt zu diesem oder jenem Punkt nein zu sagen. - An dieser Stelle könnten die Länder ihre Solidarität unter Beweis stellen.

Ich kann Ihren Ansatz nicht erkennen. Wenn Sie eine vollständige Gegenfinanzierung in der Form haben wollen, wie Sie es hier soeben vorgeschlagen haben, zerstören Sie den konjunkturellen Impuls, verschärfen die Probleme der Länder und satteln sogar noch drauf, indem Sie zu strukturellen Veränderungen nein sagen. Wie sollen wir dann zu einer Lösung kommen? Ich meine, wenn wir unter dem Stichwort "Solidarität der Länder", das Sie genannt haben, sachlich miteinander reden - man kann den Bund ruhig miteinbeziehen; denn auch der Bund hat bezüglich seines Haushalts strukturelle Probleme -, dann sollten wir versuchen, bei den Themen "Haushaltsbegleitgesetz" und "Subventionsabbau" sowie bei der Finanzierung auf der

Grundlage der Vorschläge, die Herr Steinbrück soeben gemacht hat, zu einer Einigung zu kommen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich will den Versuch machen, die heutige Diskussion zu beenden. Ich bedanke mich zunächst dafür, dass Sie durchgehalten haben. Wir sitzen zum Teil seit heute Morgen zusammen. Das ist nervig und anstrengend. Ich finde, Sie alle haben sich große Mühe gegeben. Ich freue mich darüber, dass wir einander zugehört haben.

Wir haben einen Durchgang durch unser gesamtes Pensum vorgenommen, sehr unterschiedlich gewichtet. Ich habe den Eindruck, dass wir heute eine ganze Reihe von Klärungen erreicht haben, die, nachdem sie bearbeitet worden sind, morgen oder übermorgen "eingefahren" werden können. Aber bei den großen Themen - ich weiß nicht, ob es klug ist, sie Big Points zu nennen - haben wir uns noch nicht richtig bewegt. Hier stehen unsere Positionen einander gegenüber.

Bei dem großen Thema der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe sind wir weiter auseinander, als ich es erwartet habe. Dazu bedarf es eines klugen, intelligenten Finanzierungs- und Organisationsvorschlages. Wenn wir ihn nicht bewerkstelligen, lieber Wolfgang Clement, habe ich Sorge um das Ganze. Ein Vorschlag muss her! Wir müssen kreativ sein. Das ist meine Einschätzung. Aber ich glaube, das schaffen wir.

Zu dem zweiten Komplex, der das Tarifrecht und den Kündigungsschutz umfasst, haben wir uns soeben eine Grundsatzdebatte geleistet, in der bereits bekannte Argumente ausgetauscht wurden. Ich bitte Sie sehr, dies in Ihre Überlegungen heute Nacht und in Ihre Beratungen morgen früh einzubeziehen. Das ist ein weiterer Eckpunkt. Hier muss eine Klärung herbeigeführt werden.

Bei dem zuletzt diskutierten Komplex geht es um zwei Hauptpunkte. Ich glaube, wir schaffen es nicht ohne ein Einvernehmen über das Vorziehen der Steuersenkung. Wenn uns das nicht gelingt, fällt nach meiner Einschätzung alles in sich zusammen, obwohl ich Gründe hätte, genauso wie Christian Wulff zu reden; denn mein Haushalt ist noch schlechter finanziert als seiner.

Ich möchte nicht, dass wir uns gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben, sondern ich will erreichen, dass wir Ergebnisse vorzeigen können. Ich habe die Schlagzeilen vor Augen, die uns andernfalls um die Ohren gehauen werden. Es kann auch einem CDU-Politiker nicht behagen, dass er dann durch das Land getrieben wird, allen voran von der "Bild"-Zeitung. Lieber Herr Althaus, sie jagt Ihre letzten Wähler

im Landtagswahlkampf hoch. Dagegen können Sie nur schwer anargumentieren; denn sie ist eine Macht in diesem Lande. Ich sage nur: Wer das einfach abtut, hat ein Problem. Eigentlich kann nur Erwin Huber mit seinen 60 % gelassen sein; ihn schreckt das nicht.

(MP Roland Koch (HE): Haben Sie den Steuerorden oder nicht?)

Das Problem muss gelöst werden. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir dieses Paket nicht zu Stande bringen. Ich bitte Sie darum, es nicht wegzudiskutieren.

Bei der Gemeindefinanzierung bzw. bei der Gewerbesteuer hat sich noch nichts bewegt. Hier stehen wir einander gegenüber, ohne dass Bewegung signalisiert worden ist. Die Senkung der Umlage ist möglicherweise ein Schritt. Aber darüber haben wir noch nicht geredet.

Ich möchte Ihnen sehr herzlich andienen, morgen nicht das zu wiederholen, was wir heute gesagt haben. Das wäre anstrengend. Diejenigen Kollegen, die ihren Landtag deswegen sausen lassen, könnten das schwer erklären. Bis morgen Nachmittag brauchen wir Schritte. Ich kann mir nicht vorstellen, dass morgen alles zu Ende gebracht wird, aber wir müssen uns davor hüten, alles das zu wiederholen, was wir heute gesagt haben.

(Zuruf)

- Es geht Ihnen doch genauso. Sie wollen auch nicht immer dasselbe hören. Daran sollten wir uns morgen orientieren, vielleicht mit Arbeitsaufträgen für Freitag oder für Sonntag.

Es kann sein, dass das Verfahren nicht morgen, sondern vielleicht erst am Sonntagabend zu Ende gebracht wird. Mir fiel auf, dass Sie um 15 Uhr sagten, der Freitag reiche nicht aus, wir müssten Sonntag kommen. Ich dachte, oh Gott, jetzt verschiebt er die Einigung von Donnerstag auf Sonntag. Aber das wäre kein Beinbruch.

(Abg. Ortwin Runde: Aber wir packen es morgen!)

- Ich möchte gerne, dass wir nüchtern damit umgehen, lieber Ortwin Runde. Wir sollten uns nicht Zeit klauen, sondern wir sollten die wenigen Tage nutzen, die uns noch zur Verfügung stehen. Wenn es darauf hinausläuft, dass wir uns am Sonntagabend einigen, dann konzentrieren wir uns auf Sonntag. Das ist doch nicht schlecht. Dann bereiten wir morgen vielleicht das vor, was am Sonntag auf den Punkt gebracht werden muss. Ich bitte darum, das mit zu bedenken, damit wir morgen einen Schritt weiter kommen.

Ich danke Ihnen für die Geduld und für die, wie ich finde, konstruktive Arbeit auf allen Seiten. Ich wünsche Ihnen, dass Sie sich ein bisschen erholen können und wir alle uns morgen wiedersehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22.55 Uhr)

Vermittlungsausschuss

(Artikel 77 Abs. 2 GG)

2. Fortsetzung der 12. Sitzung
Fortsetzung der 15. Sitzung
16. Sitzung (15. WP/2003)

Bundesrat

Stenografischer Dienst

S t e n o g r a f i s c h e s P r o t o k o l l

der 2. Fortsetzung der 12. Sitzung*),
der Fortsetzung der 15. Sitzung** und**
der 16. Sitzung des Vermittlungsausschusses
des Deutschen Bundestages und des Bundesrates
am Mittwoch, den 10. Dezember 2003, 12.00 Uhr
Berlin

Vorsitz: Bgm Dr. Henning Scherf (HB)

Es waren anwesend:

vom Deutschen Bundestag:

Abg. Klaus Brandner (bis 17.00 Uhr)
Abg. Norbert Geis
Abg. Hans-Joachim Hacker
Abg. Joachim Hörster
Abg. Volker Kauder
Abg. Eckart von Klaeden
Abg. Nicolette Kressl
Abg. Werner Kuhn (Zingst)
Abg. Ulrike Mehl (ab 16.00 Uhr)
Abg. Michael Müller (Düsseldorf) (bis 14.30 Uhr)
Abg. Joachim Poß
Abg. Ortwin Runde
Abg. Krista Sager
Abg. Gudrun Schaich-Walch (ab 17.00 Uhr)
Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Abg. Ludwig Stiegler

---

* *) 12. Sitzung am 13.11.2003, 1. Fortsetzung am 26.11.2003

**) 15. Sitzung am 26.11.2003

Abg. Wolfgang Meckelburg

Abg. Carl-Ludwig Thiele

vom Bundesrat:

Minister	Rudolf Köberle (bis 13.15 Uhr)	Baden-Württemberg
Minister	Gerhard Stratthaus (ab 13.15 Uhr)	Baden-Württemberg
Staatsminister	Erwin Huber	Bayern
Senator	Dr. Thilo Sarrazin	Berlin
Ministerpräsident	Matthias Platzeck	Brandenburg
Präsident des Senats, Bürgermeister	Dr. Henning Scherf	Bremen
Senator	Dr. Wolfgang Peiner	Hamburg
Ministerpräsident	Roland Koch	Hessen
Ministerin	Sigrid Keler	Mecklenburg-Vorpommern
Ministerpräsident	Christian Wulff	Niedersachsen
Ministerpräsident	Peer Steinbrück	Nordrhein-Westfalen
Staatsminister	Gernot Mittler	Rheinland-Pfalz
Ministerpräsident	Peter Müller	Saarland
Ministerpräsident	Prof. Dr. Georg Milbradt (ab 12.30 Uhr bis 16.45 Uhr)	Sachsen
Staatsminister	Dr. Thomas de Maizière (bis 12.30 und ab 16.45 Uhr)	Sachsen
Ministerpräsident	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer	Sachsen-Anhalt
Minister	Dr. Ralf Stegner	Schleswig-Holstein
Ministerpräsident	Dieter Althaus	Thüringen

weitere Teilnehmer:

Bundesminister	Wolfgang Clement	BMWA
Staatsminister	Rolf Schwanitz	BK
Parl. Staatssekretär	Karl Diller	BMF
Parl. Staatssekretärin	Dr. Barbara Hendricks	BMF
Parl. Staatssekretär	Dr. Ditmar Staffelt	BMWA
Parl. Staatssekretär	Gerd Andres	BMWA
Parl. Staatssekretär	Franz Thönnes	BMGS
Staatssekretär	Alexander Müller (bis 12.30 Uhr)	BMVEL

Seite

TAGESORDNUNG

I.

2. Fortsetzung der 12. Sitzung

1. Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen 10

2. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt 10

3. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch 10

4. Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2004 - HBeglG 2004) 10

5. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit 10

6. Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz 10

7. Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerreformgesetz - GewStRefG) 10

II.

Fortsetzung der 15. Sitzung

Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt 10

Seite

III.

16. Sitzung

1. Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt 10

2. Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze 10

3. Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten 6

BT-Drs. 15/1667	Gesetzentwurf der BReg., Stellungnahme des BR und Gegenäußerung der BReg.
BT-Drs. 15/1894	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
BR-Drs. 796/03	Gesetzesbeschluss des BT
zu BR-Drs. 796/03	Entschließung des BT
BR-Drs. 796/03 (Beschluss)	Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den BR

4. Erstes Gesetz zur Änderung des Verfütterungsverbotsgesetzes 8

BT-Drs. 15/1668	Gesetzentwurf der BReg., Stellungnahme des BR und Gegenäußerung der BReg.
BT-Drs. 15/1840	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
BR-Drs. 797/03	Gesetzesbeschluss des BT
BR-Drs. 797/03 (Beschluss)	Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den BR

Seite

5. Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze 9

BT-Drs. 15/1830	Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen
BT-Drs. 15/1893	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung (auch zu TOP 6)
BR-Drs. 798/03	Gesetzesbeschluss des BT
BR-Drs. 798/03 (Beschluss)	Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den BR

6. Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze 9

BT-Drs. 15/1831	Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen
BR-Drs. 799/03	Gesetzesbeschluss des BT
BR-Drs. 799/03 (Beschluss)	Nichtzustimmung des BR
BR-Drs. 903/03	Anrufung des Vermittlungsausschusses durch die BReg.

7. Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften 10

BT-Drs. 15/1206	Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen
BT-Drs. 15/1481	Stellungnahme des BR zu dem textidentischen Gesetzentwurf der BReg. und Gegenäußerung der BReg.
BT-Drs. 15/2083	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit
BR-Drs. 872/03	Gesetzesbeschluss des BT
BR-Drs. 872/03 (Beschluss)	Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den BR

* * *

Beginn: 17.05 Uhr

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich begrüße Sie herzlich zu dieser sonntäglichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Ihnen mitteilen: Der Deutsche Bundestag hat in seiner 83. Sitzung am 12. Dezember 2003 gemäß Schreiben des Direktors beim Deutschen Bundestag vom selben Tag beschlossen, an Stelle des Herrn Abgeordneten Jörg van Essen Herrn Abgeordneten Dr. Guido Westerwelle zum ordentlichen Mitglied und an Stelle von Frau Abgeordneter Dr. Angelica Schwall-Düren Herrn Abgeordneten Franz Müntefering zum stellvertretenden Mitglied des Vermittlungsausschusses zu bestellen. Beide Änderungen sind erste Wechsel im Sinne von § 4 unserer Geschäftsordnung.

Ich bitte die Geschäftsstelle, die Anwesenheit festzustellen.

(Feststellung der Anwesenheit)

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Ich darf fragen, ob eine Änderung der Tagesordnung gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkte:

I.1. Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen

I.2. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

I.3. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch

I.4. Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2004 - HBeglG 2004)

I.5. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit

I.6. Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz

I.7. Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerreformgesetz - GewStRefG)

II. Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt

III.1. Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

III.2. Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze

III.3. Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

III.4. Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

III.5. Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften

Zur Geschäftslage! Alle erwarten heute eine große politische Verständigung. Ich denke, Sie sind damit einverstanden, dass der Bundeskanzler beginnt, zu allen Punkten seine Einschätzung und seine Beratungshilfen darzulegen. Frau Merkel sollte direkt darauf antworten. Können wir so verfahren, damit in einer ersten Runde klar wird, was heute auf dem Tisch liegt?

Herr Bundeskanzler, bitte.

BK Gerhard Schröder: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Dem Vermittlungsausschuss liegen insgesamt zwölf Gesetze vor, über die er zu beraten hat bzw. über die schon beraten worden ist. Ich möchte meine Bemerkungen auf vier Punkte konzentrieren. Ich meine, dass sowohl in der öffentlichen Meinung als auch in der politischen Debatte erwartet wird, dass hauptsächlich hierzu Regelungen gefunden werden. Ich möchte die herzliche Bitte äußern, hinreichend konkret zu werden, ohne letzte Details in der Diskussion hier regeln zu wollen; ich will mich jedenfalls bemühen.

Erstens. Ich beginne mit dem Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf 2004. In diesem Kreis ist jedem bekannt, dass die Bedingungen für das Inkrafttreten 2005 gesetzgeberisch erledigt sind. Es geht lediglich um die Frage, unter welchen Bedingungen das Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf 2004 ermöglicht werden kann.

Dass das Vorziehen der Steuerreformstufe enorme ökonomische und damit auch politische Bedeutung hat, kann nicht ernsthaft bestritten werden. Die Fachleute im Sachverständigenrat und in den Instituten streiten über die Frage, wie viel Zehntelprozentpunkte Wachstum das Vorziehen bedeuten würde; sie streiten nicht darüber, ob das Vorziehen für die Konjunktur in Deutschland hilfreich ist oder nicht. Diese Auffassung vertritt auch die Bundesregierung. Wir sind fest davon überzeugt, dass es für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im nächsten Jahr und darüber hinaus wichtig ist, das Vorziehen zu ermöglichen.

Über die Bedingungen, unter denen es ermöglicht werden kann, wird zu reden sein. Darüber gibt es eine seit längerem andauernde Debatte. Ich darf daran erinnern, dass die Bundesregierung ursprünglich vorgeschlagen hatte, einen Anteil durch Privatisierungserlöse, einen weiteren Anteil durch die Verschärfung des Subventionsabbaus - über das hinaus, was die Ministerpräsidenten Herr Koch und Herr Steinbrück vorgeschlagen haben - und den Rest über eine Erhöhung der Neuverschuldung zu finanzieren. Die Erhöhung der Neuverschuldung sehen wir deshalb vor, weil wir der Auffassung sind, dass es in ökonomischer Hinsicht wenig Sinn hat, die Binnenkonjunktur mit dem Instrument "Vorziehen der Steuerreform" zu beleben, d. h. bestimmte Mittel in den Wirtschaftskreislauf zu geben, die gleichen Mittel aber über einen Subventionsabbau, soweit er die Konsumbereitschaft der Bevölkerung betrifft, wieder einzukassieren.

Die Opposition hat in der gesamten Debatte die Position vertreten, der Anteil von 25 % Schuldenfinanzierung dürfe nicht überschritten werden. Gelegentlich ist damit der Hinweis verbunden worden, dass diese 25 % der Selbstfinanzierungsquote entsprechen. Unterschiedliche Größenordnungen werden genannt; einige reden von 50 %. Ich meine, wir müssen nicht an Stelle der Nationalökonomen diese Debatte führen.

Wir hatten in der Debatte das Problem, über die Erhöhung des Privatisierungsanteils nicht allzu öffentlich diskutieren zu können; denn für den Fall, dass man es sehr konkret gemacht hätte, wäre mit einer Reaktion der Märkte zu rechnen gewesen, die diese Möglichkeit exakt in ihr Gegenteil verkehrt hätte. Wenn wir die Debatte zu jenem Zeitpunkt in extenso geführt hätten, wären kontraproduktive Effekte ausgelöst worden. Das wollten wir nicht.

Wir können heute erklären, dass die Bundesregierung bereit ist, das Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf 2004 durch Privatisierungserlöse in einer Größenordnung von 75 % des steuerlichen Ausfalls, den wir beim Vorziehen um ein Jahr zu gewärtigen haben, und den Rest in der angenommenen Größenordnung der Selbstfinanzierungsquote durch zusätzliche Verschuldung zu finanzieren. Der Vorschlag bezieht sich - es kann nicht anders sein - auf unseren Verantwortungsbereich; für einen anderen Verantwortungsbereich sind wir nicht zuständig und fühlen wir uns nicht zuständig.

Dabei ist die Frage, ob man weitere Größenordnungen durch verschärften Subventionsabbau finanzieren kann, für die Bundesregierung höchst interessant. Wir meinen, dass die Vorschläge der beiden Ministerpräsidenten in der vollen Bemessungsgrundlage realisiert werden müssen. Wir sind aber auch der Auffassung, dass deutlich darüber hinausgegangen werden muss. Darin werden wir bestärkt durch die Debatte, die in den politischen Lagern des Vermittlungsausschusses über die Notwendigkeit eines verschärften Subventionsabbaus, der in struktureller Hinsicht zu Ergebnissen kommt, geführt wird. Jeder muss sich an das erinnern, was er zu dem Thema gesagt hat. Wenn es konkret wird, muss man zu der Position, die man eingenommen hat, stehen.

Zweitens. Im Zusammenhang damit ist zu entscheiden, wie sich die Gemeindefinanzen entwickeln sollen. Bundesregierung und Koalition einerseits und Opposition andererseits - ich nehme jetzt nur diese beiden Seiten, obwohl ich weiß, dass auch in den Ländern Vorstellungen entwickelt worden sind - haben unterschiedliche konzeptionelle Antworten auf diese Frage. Es ist klar, dass wir zu einer Verbesserung bei den Gemeindefinanzen kommen müssen; der Weg dorthin ist kontrovers.

Die Bundesregierung hat sich mit Unterstützung der Koalitionsparteien, wenn ich das so sagen darf, ein bestimmtes Modell vorgestellt. Es beinhaltet eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage in sachlicher und in personeller Hinsicht. Wir halten das Modell nach wie vor für richtig. In der Opposition wird die Verbreiterung der personellen Bemessungsgrundlage, d. h. die Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht, nicht akzeptiert. Ich halte das für problematisch, obwohl ich - wie der eine oder andere hier auch - in meinem früheren Beruf selber betroffen war. Die alte Unterscheidung zwischen freien Berufen auf der einen Seite und Gewerbesteuerpflichtigen auf der anderen Seite, die etwas mit der besonderen Belastung zu tun hatte, die das Gewerbe für die Allgemeinheit in der Kommune mit sich brachte, ist längst obsolet. Ich sehe nicht, wo der Unterschied etwa zwischen einem Betrieb der Zahntechnik und einer zahnärztlichen Praxis liegt. Aber ich will darüber nicht lange diskutieren, obwohl ich es könnte.

Die Bundesregierung ist bereit, sich auf das Modell der Opposition einzulassen, d. h. es bei dem geltenden Gewerbeertragsteuerrecht zu belassen. Nur um Letzteres geht es noch; denn die Gewerbekapitalsteuer, eine Substanzsteuer, haben wir miteinander abgeschafft - übrigens unter veränderten Mehrheitsverhältnissen in Bundestag und Bundesrat, wenn Sie sich daran noch erinnern wollen. Wir plädieren dafür, die Gewerbeertragsteuer auf der Basis der Vorstellungen der Opposition aufrechtzuerhalten, sie aber zu ergänzen, um den Kommunen mehr Investitionsmöglichkeiten zu geben.

Wir sehen zwei Ergänzungsmöglichkeiten: zum einen die Absenkung der Gewerbesteuerumlage - eine Forderung, die in diesem Kreis wiederholt erhoben worden ist -, zum anderen die wirkungsgleiche Ausdehnung der Regelung, die im so genannten Korb II bei der Körperschaft- und Einkommensteuerreform getroffen worden ist, d. h. die Begrenzung der Möglichkeit, Verlustvorträge zu realisieren, sowie die Einbeziehung in die Bemessung der Gewerbesteuer hinsichtlich der so genannten Gesellschafterfremdfinanzierung. Es geht um die wirkungsgleiche Übertragung dessen, was in diesem Kreis anscheinend bereits gemeinsame Auffassung ist, auf die Gewerbesteuer. Beide Maßnahmen, die wirkungsgleiche Übertragung und die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, würden eine Verbesserung der Finanzierungssituation der Gemeinden bedeuten, beginnend mit 2 1/2 Milliarden, nachhaltig mit etwa 3 Milliarden Euro jährlich.

Drittens geht es um eine alte Forderung, die sich mit dem Begriff "Hartz IV" verbindet und über die gelegentlich sehr kontrovers diskutiert wird: Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Es ist prinzipiell unstrittig, dass beide Bereiche vereinheitlicht werden müssen. Diskutiert wird über die Frage, welches Modell in

organisatorischer Hinsicht überlegen ist. Diese Frage sollte nicht ideologisiert werden. Ziel muss eine vernünftige Regelung sein. Wir müssen darauf achten, dass die Zusammenlegung so erfolgt, dass ein einheitlicher Arbeitsmarkt in Deutschland - die Arbeitsuchenden haben Anspruch darauf, nicht nur in ihrer Stadt oder in ihrem Kreis, sondern auch darüber hinaus vermittelt zu werden - nicht verloren geht. Das hat uns zu der Auffassung geführt - wir haben sie in der Gesetzgebung festgeschrieben -, dass es Sache der Bundesanstalt für Arbeit sein sollte, diesen Prozess in den so genannten Jobcentern zu organisieren.

Wir alle wissen aus den kontrovers geführten Diskussionen, dass zu dieser Frage auch die Auffassung vertreten wird, die Kommunen sollten über die Länder dafür zuständig sein. Ich habe schwerste Bedenken dagegen; denn ich glaube nicht, dass die Kommunen für den Bereich Vermittlung die Kenntnisse über den gesamtdeutschen Arbeitsmarkt haben, die sie brauchen, um erfolgreich zu sein. Die Kommunen haben - im Wesentlichen über ihre Sozialämter - Kenntnisse hinsichtlich bestimmter Problemgruppen; das will ich nicht bestreiten. Diese Kenntnisse wären in den Jobcentern nutzbar zu machen. Wenn auf der einen Seite von "fordern", auf der anderen Seite von "fördern" die Rede ist - "fördern" heißt, dass die Vermittlungstätigkeit im Vordergrund steht -, dann sollte das Modell, das sich im Gesetzgebungsverfahren befindet, als das überlegene akzeptiert werden.

Ich weiß, dass es andere Auffassungen gibt. Deswegen sind wir im Interesse des Ausprobierens in der Praxis bereit, über eine begrenzte Zahl von Experimenten, vermittelt durch eine Experimentierklausel, nachzudenken und diese auch zu realisieren.

Ich will in diesem Zusammenhang noch auf etwas anderes hinweisen. Die in diesem Bereich zu realisierenden Leistungskürzungen, die notwendig sind und, so meine ich, mit Unterstützung aller vorgenommen werden, d. h. die Verkürzung der Bezugsdauer und Veränderungen bei den Leistungen, haben eine bestimmte Begründung in sich. Mit den Verkürzungen soll eine verbesserte Situation bei den Vermittlungen erreicht werden. Insoweit besteht ein innerer Zusammenhang. Ich hielte es für hoch problematisch, wenn den Menschen, die es betrifft - das sind, wenn ich es richtig im Kopf habe, 1,3 Millionen -, nur gesagt würde: Wir kürzen euch die Leistungen. - Ihnen muss zugleich gesagt werden: Wir geben euch neue Chancen! - Wir meinen, dass das Modell, das sich in der Gesetzgebung befindet, den Chancen eher gerecht wird.

Beim vierten Punkt, dem Arbeitsmarkt, geht es insbesondere um drei Fragen: Wie soll der Kündigungsschutz gestaltet werden? Welche Folgen hat die Veränderung bei

der Zumutbarkeit für die Einkommenssituation von Menschen, denen zumutbare Arbeit, die nicht der bisherigen Tätigkeit und Entlohnung entspricht, angeboten wird? Ich werde an einem Beispiel klar machen, was damit gemeint ist. Die dritte Frage betrifft die Diskussion über die Veränderung der Situation bei den Tarifvertragsparteien.

Ich beginne mit Letzterem. Am 14. März 2003 habe ich in der Rede zur Agenda 2010 gesagt: Wenn es keine Bewegung bei den Tarifvertragsparteien gibt, dann wird der Gesetzgeber handeln müssen. - Ich habe mich in den vergangenen Monaten an der Diskussion intensiv beteiligt. Inzwischen hat der Verband der Chemischen Industrie mit der IG BCE eine Festlegung getroffen. Das ist nicht überraschend, weil beide Seiten schon immer diese Auffassung vertreten haben, wie man in diesem Kreis weiß. Die Festlegung wurde nicht nur juristisch - man kann in diesem Zusammenhang über Verfassungsrecht reden; das ist vielfach getan worden -, sondern auch praktisch untermauert. Sie haben gesagt: Wir wollen es selber regeln, und wir werden es selber regeln. - Aus Gesprächen mit beiden Seiten weiß ich, dass es keine Probleme macht, das Maß an Balance zwischen zentraler Verhandlungsmöglichkeit und betrieblicher Verhandlungsnotwendigkeit herzustellen, das dem notwendigen Grad an Flexibilisierung gerecht wird.

Machen wir uns nichts vor: Nicht nur in dem einen, sondern auch in dem anderen Lager haben viele Leute gedacht, dass es schwer sein würde, im Metallbereich so etwas hinzubekommen. Seit der letzten Woche gibt es aber eine Vereinbarung zwischen den Metallarbeitgebern und der IG Metall, unterschrieben von Herrn Kannegießer und Herrn Peters, die in die gleiche Richtung zeigt. Wir müssen aufpassen, dass wir die laufende Tarifrunde, die wir aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft gut geregelt brauchen, nicht mit einer Debatte belasten, die von dem wegführt, worauf die Parteien sich selber geeinigt haben. Bereits in der laufenden Tarifrunde - die eine Lohntarifrunde ist - wird nicht nur über Löhne geredet, sondern, soweit ich informiert bin, auch über Fragen, die mit dem von mir angesprochenen Thema zusammenhängen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir auch in der Frage des Kündigungsschutzes eine Balance finden müssen. Das sollte jeder von uns ernst nehmen. Die Beschäftigten haben Anspruch auf ein hinreichendes Maß an Sicherheit, was ihren Arbeitsplatz angeht. Das hat etwas mit Kündigungsschutz zu tun. Wer einmal mitbekommen hat, was es bedeutet, befristet beschäftigt zu sein und in den ersten zwei, drei oder sechs Monaten nicht zu wissen, ob die Befristung verlängert wird - das sage ich aus persönlicher Erfahrung in meiner Familie -, der weiß, dass wir, welchem Lager wir auch angehören, sehr aufpassen müssen, dass neben der Forderung nach Flexibilität das Schutzinteresse der Menschen, die von Arbeit leben, leben müssen und leben

sollen, nicht außerhalb der Betrachtung gelassen wird. Das ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine soziale, ja eine humanitäre Frage.

Wir sind dennoch bereit, über das hinauszugehen, was wir beschlossen haben; wir haben zu diesem Punkt etliche Veränderungen, die wir für vertretbar halten, vorgenommen. Aus der Beschäftigung mit dem Thema habe ich den Eindruck gewonnen, dass das vom nordrhein-westfälischen Wirtschafts- und Arbeitsminister, Herrn Schartau, vorgeschlagene Modell - es läuft im Kern darauf hinaus, die Probezeit zu verlängern, um unbefristete Einstellungen zu ermöglichen, ohne jedoch, wenn es, aus welchen Gründen auch immer, nicht funktioniert, an der Beschäftigung festhalten zu müssen - ein Weg wäre, den wir miteinander gehen könnten. Er geht über das hinaus, was wir vorgeschlagen haben.

Über den dritten Punkt ist im Bundestag unter dem Begriff "Ortsüblichkeit" diskutiert worden. Dazu will ich ein Beispiel nennen.

Wir werden die Zumutbarkeitsregelungen so ändern, dass ein Schlosser, der seinen Arbeitsplatz verliert, akzeptieren muss, nicht in seinem erlernten Beruf, sondern in einer deutlich schlechter bezahlten Tätigkeit, etwa im Dienstleistungsbereich, beschäftigt zu werden. Er wird, wenn wir ihn über die Zumutbarkeitsregelung dazu zwingen, deutliche Einkommenseinbußen hinzunehmen haben. Es sollte aber gewährleistet sein, dass er mit dem Verdienst, den er in der neuen Tätigkeit erzielt, für sich und seine Familie noch das Leben sichern kann. Angesichts der Vielfalt von Tarifverträgen wäre es angemessen, ihn über die Zumutbarkeitsregelung zu verpflichten, eine Beschäftigung in der unteren Gruppe der Tarife - nicht darunter - zu akzeptieren.

Ginge man darunter, hätte die öffentliche Hand für den einen oder anderen die Differenz zu bezahlen. Wohin wir kämen, wenn wir das öffneten, daran wage ich nicht zu denken. Wir würden eine gespaltene Bezahlung erleben - nicht in Großbetrieben, aber in vielen anderen Bereichen, insbesondere in jenen, die sich in einer schwierigen Situation befinden. In der Erkenntnis, dass die öffentliche Hand über Lohnzuschüsse das Existenzminimum sicherstellt, würden mehr und mehr Unternehmen das eigentlich zu berücksichtigende Entgelt nicht mehr zahlen. Die Gründe mögen vielfältig sein; sie werden nicht immer nur moralisch akzeptabel sein. So ist das gelegentlich. Deswegen bedarf es auf diesem Feld einer bestimmten Grenze.

Fazit: Ich glaube, dass wir mit diesen Vorschlägen auf die Forderungen der Union weitgehend eingegangen sind.

Es ist uns immer abverlangt worden, die Steuerreform nicht auf Pump zu finanzieren, wie ein bisschen polemisch behauptet worden ist. Verehrter Herr Stoiber, wir sind bereit, nicht auf 26, sondern auf 25 % zu gehen.

(MP Dr. Edmund Stoiber (BY): Schön!)

Das ist ein Entgegenkommen, das über das hinausgeht, was Sie uns bereits konzediert haben. Ich rechne damit, dass Sie das entsprechend würdigen.

(Zuruf MP Dr. Edmund Stoiber (BY))

Ich will abschließend wiederholen: Wir alle - wie gut es uns in Umfragen geht oder nicht geht; ich gebe zu, dass es mir gerade nicht so gut geht - würden einen schweren politischen Fehler machen, wenn wir die Zeichen der Zeit missverstünden und nicht wüssten, worum es geht: vielleicht nicht so sehr um Entscheidungen, die aus rechnerisch nachvollziehbaren ökonomischen Gründen getroffen werden, sondern national wie international um die Beantwortung der Frage: Schaffen wir es, in den gegebenen Verfassungsstrukturen, mit denen wir umzugehen haben, Deutschland in Bewegung zu setzen? Das wird die entscheidende Frage sein, nach der wir im Innern und von außen bewertet werden. Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass das Notwendige und das Mögliche ohne Überforderung der einen oder der anderen Seite realisiert wird.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Im Vermittlungsausschuss klatschen wir nicht, Herr Bundeskanzler. Ich hoffe, das ist okay.

Kollegin Merkel antwortet zuerst.

Abg. Dr. Angela Merkel: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Auf das, was sich hier tut, richtet sich eine große Erwartung, wie man schon am Eingang sehen konnte. Insofern ist es wichtig, dass wir mit der gebotenen Ernsthaftigkeit an die Dinge herangehen. Nach dem Vortrag des Bundeskanzlers wird allerdings in systematischer Hinsicht ein großer Unterschied zwischen den Betrachtungen der Union und denen der Regierungskoalition deutlich.

Herr Bundeskanzler, in Ihrer Rede zur Agenda 2010 am 14. März 2003 standen Strukturreformen im Vordergrund. Sie begründeten nachvollziehbar, warum ein Vorziehen der Steuerreform jetzt genau das Falsche wäre. Damals haben wir gesagt: Das geht in die richtige Richtung. Strukturreformen sind für das Land dringend notwendig.

Heute sind wir an einem Punkt, wo es scheinbar nur noch um das Vorziehen der Steuerreform geht, obwohl sich nach meiner Auffassung seit dem 14. März 2003 nicht

so viel verändert hat, dass man diese Umkehr vollkommen begründen könnte. Hinsichtlich der Strukturreformen ist das, was wir ins Auge fassen, aber doch eher dürftig.

Ich will mit dem Thema "Strukturreformen" beginnen; denn für uns steht die Frage, welche strukturellen Änderungen es in unserem Land gibt, im Mittelpunkt.

Wir sind uns in dem Ziel der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe einig. Das ist schon eine Menge. In Bezug auf die Frage, wie das strukturiert sein soll, sind wir uns aber nicht einig. Darüber hat es in diesem Kreis umfassende Diskussionen gegeben, die Bewegung auf beiden Seiten gezeigt haben. Ich hatte am Ende der letzten Woche den Eindruck, dass zumindest zwei Optionen im Raum stünden, die sorgfältig zu prüfen wären.

Erste Option! Die Kommunen haben die wesentliche Hoheit und können, wenn sie Hilfe brauchen, die Bundesanstalt für Arbeit rechtmäßig in Anspruch nehmen. Sie haben vollkommen Recht: Es geht nicht nur um die regionale, sondern auch um die überregionale Arbeitsvermittlung. Niemand kann auf die Bundesanstalt für Arbeit verzichten.

Die zweite Option hat Roland Koch am Ende der letzten Debatte vorgeschlagen: Die Bundesanstalt für Arbeit hat den Hut auf, aber die Kommunen haben das Recht, selber die Verantwortung zu übernehmen.

Sie haben heute einen dritten Vorschlag gemacht, eine Experimentierklausel. Darüber ist nachzudenken. Ich persönlich bin sehr skeptisch, weil dadurch weder den Kommunen noch der Bundesanstalt Sicherheit gegeben wird. Es handelt sich um eine ziemlich vage Sache. Wir dürfen uns weitere Unsicherheiten nicht leisten.

Keines der Modelle ist bis jetzt so durchgerechnet, dass ich den Eindruck habe, man könne in den nächsten drei Tagen ein Gesetz machen. Daher sollte noch einmal erwogen werden, das gesamte Verfahren unter bestimmten Randbedingungen ein Stück weit in den Januar zu schieben - nicht, weil wir es nicht wollen, sondern weil es gravierende Auswirkungen hat. Insofern sehe ich in dem Experimentierklausel-Vorschlag kein zureichendes Angebot. Er löst nicht unsere Probleme und spiegelt den Ergebnisstand der letzten Woche nicht vernünftig wider.

Bedauerlicherweise ist vom Niedriglohnsektor, der eine wichtige Ergänzung darstellt, nicht mehr die Rede. Er ist im Übrigen der Grund, warum wir wollen, dass die Zuständigkeit auf der kommunalen Ebene liegt; dort ist die Möglichkeit der Verbindung mit dem Niedriglohnsektor hervorragend gegeben.

Was Ihre Ausführungen zur Zumutbarkeit betrifft, so ist eines richtig: Wir alle müssen aufpassen, dass Dumpinglöhne in Deutschland nicht überhand nehmen. Auf

der anderen Seite erhält schon unter den heutigen Bedingungen eine relevante Zahl von Menschen ergänzende Sozialhilfe, obwohl sie acht Stunden zur Arbeit gehen. Ich weiß das aus meinem Wahlkreis. Es wird organisatorisch unmöglich sein, den ortsüblichen Lohn oder den Tariflohn - er wird in weiten Teilen Deutschlands nicht gezahlt - herauszufinden. Insofern habe ich erhebliche Bedenken.

Ich bin sehr enttäuscht, was die Punkte Betriebsverfassungsgesetz und Tarifvertragsgesetz, d. h. betriebliche Bündnisse für Arbeit, anbelangt. Wir würden gern dabei bleiben: Wenn freiwillige Vereinbarungen geschlossen werden - siehe IG BCE -, kann man ihnen den Vorrang geben. Aber das, was ich von den Metall-Leuten gehört habe, ist außergewöhnlich vage, ein Wechsel auf die Zukunft. Von Herrn Bsirske bzw. Verdi habe ich noch nichts gehört, d. h. wir haben keine signifikante Zahl von Beschäftigten. Wir könnten hier sehr gut sagen: Wir wollen die rechtlichen Änderungen, räumen aber jeweils denen Vorrang ein, die freiwillig Vereinbarungen von gleicher Qualität abgeschlossen haben.

Zum Kündigungsschutz hat Herr Schartau einen nicht uninteressanten Vorschlag in die Debatte geworfen. Ich finde dennoch, dass unser Optionsmodell diskussionswürdig ist, und habe noch keinen zwingenden Grund gehört, warum es gar nicht in Betracht gezogen werden soll. Ich bin auch erstaunt darüber, dass Sie den Schwellenwert nicht angesprochen haben. Ihr Vorschlag verdient die Bezeichnung "Strukturreform" nicht. Fünf Arbeitnehmer plus fünf befristet Beschäftigte - das muss schnell vom Tisch. Ich finde, wir müssen über unseren Vorschlag auf jeden Fall noch einmal diskutieren, wenngleich der Ansatz von Herrn Schartau eine Weiterentwicklung bedeutet.

Beim Arbeitszeitgesetz gibt es offensichtlich schon eine hilfreiche Entwicklung; das brauchen wir hier nicht weiter zu bekunden.

Was die Strukturreformen anbelangt, haben wir noch nicht über die von uns gestellten Fragen hinsichtlich Mitbestimmung, PSA und Ich-AG gesprochen. All das haben wir fast schon beiseite gelegt. Aber bei den Dingen, zu denen ich soeben ausführlicher Stellung genommen habe, muss die Handschrift der Union sichtbar werden, damit sie den Namen "Strukturreformen", den sie bekommen sollen, verdienen.

Unser zweiter Punkt sind solide Finanzen. Ich möchte nicht weiter ausführen, welche Schwierigkeiten wir mit diesem Thema in Brüssel haben. Was den Teil Kommunalfinanzen betrifft, ist es erfreulich, dass Sie auf die Besteuerung der Freiberufler nicht mehr zurückkommen wollen.

(BK Gerhard Schröder: Obwohl das zur Solidität beigetragen hätte!)

- Obwohl das für die Kommunen eine Möglichkeit gewesen wäre, nach zwei Jahren gewisse Steuereinnahmen zu erzielen. Herr Bundeskanzler, seien wir aber ehrlich! Auf der einen Versammlung sagen Sie: Es bedrückt die Freiberufler nicht so sehr, weil sie die Steuer verrechnen können. - Beim Städtetag sagen Sie: Es bringt den Kommunen unheimlich viel Geld ein. - Was zum Schluss herausgekommen wäre, bleibt offen. Aber es ist gut, wenn wir nicht mehr darüber sprechen.

Korb II ist - jetzt spreche ich als Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - eine hoch dramatische Veranstaltung, wenn man es rein ordnungspolitisch sieht. Dass er finanzpolitisch von den Ländern etwas anders gesehen wird, erfreut einen. Insofern ist die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage in Bezug auf die Gewerbesteuer nicht weniger relevant. Aber das ist eine Sache, über die man vielleicht reden kann.

Dritter Punkt! Das Vorziehen der Steuerreform kann aus unserer Sicht nur der Schlusspunkt einer wirklichen Veränderung Deutschlands in Bezug auf die verkrusteten Strukturen sein. Nach Ihrem Vortrag sehe ich leider nicht, dass sich diesbezüglich etwas erheblich verbessert hätte. Es ist schön, dass der Bund sagt: Wir erhöhen den Privatisierungsanteil und erfüllen damit eine Forderung der Union. - Das ist eine prima Sache. Wenn das Realität wäre, hätte man Herrn Solbes die 6 Milliarden fast geben können und nicht so einen Ärger mit der Kommission gehabt. Aber das nur am Rande.

Damit ist für die Länder die Frage der Finanzierung in keiner Weise geklärt. Sie haben nicht die Möglichkeit, im gleichen Umfang Privatisierungserlöse zu erzielen. Wenn wir diesen Schritt gemeinsam gehen wollen, dann ist dazu eine gemeinsame Kraftanstrengung erforderlich. Es kann nicht sein, dass eine Seite sagt: Wir machen es für den Bund; die Länder müssen sehen, wie sie klarkommen. - Die Länder müssen zustimmen. Jedenfalls unsere Länder sehen an dieser Stelle aber nur geringe Finanzierungsmöglichkeiten.

Der langen Rede kurzer Sinn: Sie sagen, Sie seien weit auf die Union zugegangen. Das kann ich nach Ihrem Vortrag nicht erkennen. Dies betrifft vor allem jene Bereiche, die uns am Herzen liegen. Es wird noch einer intensiven Diskussion bedürfen; denn Strukturreformen sind für uns der wesentliche Teil. Insoweit sind wir nicht weit vorangekommen.

MP Dr. Edmund Stoiber (BY): Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Wir stimmen darin überein - Frau Kollegin Dr. Merkel hat es gesagt -, dass die Menschen nach den endlosen Diskussionen im Sommer und nach den intensiven Verhandlungen im Vermittlungsausschuss jetzt, ein paar Tage vor Weihnachten, erwarten, dass ein

Ergebnis erzielt wird. Ich stimme Ihnen zu: Wenn wir hier keine substanziellen Entscheidungen zu Stande bringen, schadet das der etablierten Politik insgesamt. Deswegen sollte sich jede Seite bemühen, auch in den Knackpunkten, die, wie ich höre, im Vermittlungsausschuss noch nicht intensiv erörtert worden sind, zu Ergebnissen zu kommen.

Es wird Sie nicht wundern, dass ich mit dem, was Frau Kollegin Dr. Merkel angeführt hat, übereinstimme. Deswegen möchte ich mich auf einige Anmerkungen und Ergänzungen dazu konzentrieren.

Ich bin, wie alle Kolleginnen und Kollegen der Union, der festen Überzeugung, dass der verkrustete Arbeitsmarkt unser großes Problem ist. Dies wird uns von internationalen Organisationen vielfach bestätigt. Bündnisse für Arbeit, das Kündigungsschutzgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz sind für uns zentrale Punkte, um den Abfluss von 50 000 Arbeitsplätzen pro Monat aus Deutschland in andere Länder zu stoppen. Es ist bemerkenswert, welche Arbeitsplätze unser gemeinsamer Freund Herr von Pierer mit welcher Begründung verlagert; er wird Ihnen das oft erzählen. Wenn jetzt wesentliche Teile der Verwaltung von München nach Prag verlagert werden - auch aus Gründen der komplizierten Arbeitsmarktordnung in Deutschland -, dann ist das dramatisch und sollte uns intensiv zu denken geben.

Ich möchte konkret den Kündigungsschutz ansprechen. Ich bedauere es sehr, dass Sie nur auf das Modell von Herrn Schartau, nicht aber auf das Thema "Änderung der Schwellenwerte" eingegangen sind. Ich erinnere an den ursprünglichen Vorschlag von Kollegen Clement, den er nicht durchsetzen konnte. Er hat eine bemerkenswerte Feststellung getroffen: 1,6 Millionen Arbeitgeber beschäftigen bis zu fünf Mitarbeiter; für diese gilt das Kündigungsschutzgesetz nicht. In - leider - nur noch 240 000 Betrieben liegt die Zahl der Arbeitsplätze zwischen sechs und zehn. In weiteren 250 000 Betrieben werden bis zu 20 Arbeitnehmer beschäftigt. Herr Kollege Clement hat auf der Grundlage eines Gutachtens seines Hauses festgestellt, dass die Unternehmer nach Anhebung des Schwellenwertes auf 20 mindestens einen neuen Mitarbeiter einstellen würden. Wenn man einige Abstriche macht, muss man davon ausgehen, dass sich nach einer Veränderung des Schwellenwertes die Risikobereitschaft der Unternehmen hinsichtlich der Einstellung neuer Mitarbeiter erheblich verändert.

Ich unterstreiche das, was Sie zur Schutzfunktion des Kündigungsschutzes sagen. Sie weisen darauf hin, wie schwer es für einen Betroffenen ist, nicht zu wissen, ob er übernommen wird. Aber wir müssen heute feststellen, dass das Kündigungsschutzgesetz insbesondere für die kleinen und mittleren Betriebe eine Einstellungshürde

darstellt. Wir dürfen nicht nur auf diejenigen schauen, die in den Unternehmen beschäftigt sind, sondern wir müssen auch auf jene schauen, die draußen stehen und unter anderem wegen des Kündigungsschutzes nicht in ein vernünftiges Arbeitsverhältnis kommen. Deswegen meine ich, dass wir aus den genannten objektiven Gründen ohne Änderung des Schwellenwertes nicht weiterkommen.

Was den Bereich Hartz IV anbelangt, hat der Vermittlungsausschuss über zwei Modelle diskutiert. Nach dem einen Modell haben die Kommunen den Hut auf, auch wenn sie mit der Bundesanstalt für Arbeit zusammenarbeiten. Nach dem anderen Modell hat die Bundesanstalt den Hut auf; die Kommunen werden nach Möglichkeit einbezogen. Eine Regelung ist innerhalb der kurzen Frist, die dem Vermittlungsausschuss zur Verfügung steht, nicht mehr zu finden.

Wir sollten auch das bedenken, was im Zusammenhang mit Toll Collect bzw. der Maut passiert ist. Bei der Maut haben wir uns - auch auf Grund der persönlichen Ansprache und der Zusagen des Bundesverkehrsministers - mühsam zu einem Kompromiss durchgerungen. Alle diese Dinge sind dann zusammengefallen. Heute stehen wir, was die Maut anbelangt, viel schlechter da, als wir es jemals befürchtet hatten. Ich will das nicht genauer ausführen und sage es auch nicht im Wege einer Anklage, sondern ich treffe die Feststellung, dass wir so komplizierte Dinge wie Hartz IV, wo wichtige Fragen noch offen sind - Hut bei den Kommunen oder Hut bei der Bundesanstalt -, nicht in den nächsten Tagen übers Knie brechen können. Wir müssen diesen gesamten Komplex ausklammern und versuchen, spätestens im Frühjahr eine Lösung zu finden.

Ich will auf die Gemeindefinanzreform eingehen. Das ist einer der zentralen Punkte, deren Lösung in der letzten Legislaturperiode der Regierung Kohl in Angriff genommen wurde. Sie haben in Ihrer ersten Regierungserklärung 1998 einen großen Anlauf gemacht, der noch zu keinem Ergebnis geführt hat. Ich sage das ohne Polemik und meine, dass Sie mit der Neuregelung der Gewerbesteuerumlage auf einem richtigen Weg sind. Über den Verlustvortrag muss man noch einmal reden; wir haben insoweit große Probleme im Bereich der Körperschaftsteuer. Aber das ist nicht unüberwindbar. Auch der Punkt Gesellschafterfremdfinanzierung kann einbezogen werden.

Sie kennen unser Sofortprogramm. Es umfasst aber einen zweiten Teil. Wir müssen, was die Kommunen angeht, sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat endlich härter über die Ausgabenbegrenzung reden. Die Kommunen beklagen sich zu Recht darüber, dass ihnen die Einnahmebasis weggebrochen ist. Auf die Gründe will ich nicht vertiefend eingehen. So hat der Bundesfinanzminister den Kommunen früher

viel mehr Kraft zugetraut und deswegen im Rahmen der großen Einkommensteuerreform 2000 die Gewerbesteuerumlage zu Lasten der Kommunen reduziert. Aber lassen wir das weg.

Die Maßnahmen, die wir hier beschließen, können nur eine Überbrückung sein. Die große Gemeindefinanzreform müssen wir spätestens im ersten Halbjahr nächsten Jahres schaffen. Ihr Angebot hinsichtlich der Gewerbesteuerumlage geht auf unseren Vorschlag zurück. Dies und die anderen Dinge bedeuten aber keine dauerhaften Verbesserungen. Wenn eine Notlösung zu Gunsten der Kommunen vereinbart werden soll, muss an die Ausgaben herangegangen werden. Es ist für mich unerträglich, dass die Jugendhilfekosten in den letzten zehn Jahren um 30 % auf über 19 Milliarden Euro gestiegen sind. Das können wir uns beim besten Willen nicht mehr leisten. Ich weiß, dass das früher zwischen SPD und Union mehr oder weniger strittig war; aber diese Dinge müssen gleichzeitig begrenzt werden. Dazu gibt es Entschließungsanträge. Das kann meines Erachtens rasch gesetzlich fixiert werden.

Ich komme zu dem wichtigen Bereich Steuerreform. Herr Bundeskanzler, wenn Sie nur auf den Bund schauen, dann kann ich das, was Sie hier sagen, nicht ganz ernst nehmen. Sie sagen: Ich komme auf 75 % Deckung durch Privatisierungserlöse und finanziere das Vorziehen der Steuerreform, was den Bundesanteil betrifft, nur zu 25 % mit Schulden vor. - Das ist ein Eingehen auf unsere Position. Sie haben aber auch eine gesamtstaatliche Verantwortung und müssen die Finanzen der Länder und der Kommunen, die Gesetze mittragen und ausführen, berücksichtigen. Wir haben mit Ausnahme der Mineralölsteuer leider nur Gemeinschaftssteuern, z. B. die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer. Bund, Länder und Kommunen haben die Ertragshoheit und sind in unterschiedlicher Weise betroffen.

Von den Kosten für das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform in Höhe von 15,56 Milliarden Euro entfallen auf Länder und Kommunen zusammen - ich betrachte jetzt beide als Einheit - 8,51 Milliarden Euro. Diese Last muss von den Ländern und Kommunen geschultert werden. Wenn man für Bund, Länder und Kommunen eine Gegenfinanzierung über Schulden in Höhe von 25 % akzeptieren würde, müssten Länder und Kommunen immer noch 6,3 Milliarden Euro schultern. Die finanzielle Situation der meisten Kommunen will ich nicht näher ansprechen; sie ist Ihnen bekannt.

Erlauben Sie mir aber, zu den Länderhaushalten etwas zu sagen! Herr Bundeskanzler, da haben Sie es sich zu einfach gemacht. Deutschland hat enorme wirtschaftliche Probleme. Wir müssen Steuerausfälle verkraften. Die Steuerschätzung wurde sechsmal hintereinander nach unten korrigiert. Das hat es nie zuvor gegeben. Von der

letzten Steuerschätzung im November waren die Länder wiederum massiv betroffen. Ich versuche in Bayern, im Jahr 2004 2,5 Milliarden Euro einzusparen. Kollege Wulff - sein Land kennen Sie noch sehr gut - versucht, 1,9 Milliarden Euro einzusparen. Beim Kollegen Koch ist es 1 Milliarde Euro. Vor ähnlichen Aufgaben stehen die übrigen Kolleginnen und Kollegen, damit sie auch nur in die Nähe der Verfassungsmäßigkeit der Haushalte kommen. Ich will deutlich sagen: Sie können nicht erwarten, dass die Länder massive Einsparungen vornehmen, z. B. in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Landwirtschaft sowie im investiven Bereich - wir gehen in die Krankenhausfinanzierung hinein mit der Konsequenz, dass vielleicht bis zum Jahr 2007 oder 2008 kein neues Krankenhaus mehr begonnen werden kann -, wenn diese Anstrengungen durch eine Schuldenaufnahme der Länder in gleicher Größenordnung konterkariert werden. Das geht mit Sicherheit nicht.

Wenn Sie eine Steuerreform gemeinsam mit den Ländern hinbekommen wollen - wir wollen sie im Prinzip; das haben wir immer gesagt -, dann müssen Sie Angebote machen, die es den Ländern ermöglichen, mit ihren Finanzen zu Rande zu kommen. Eine Möglichkeit wäre die Umschichtung von Umsatzsteuerpunkten zu Gunsten der Länder. Schauen Sie sich die Summen an, die Länder und Kommunen schultern sollen! Es geht nicht an, dass Sie allein den Bundesanteil an den Kosten des Vorziehens der Steuerreform im Auge haben und diesen zu 75 % im Wesentlichen über Privatisierungserlöse finanzieren, während Sie den Ländern sagen: Das ist euer Problem, damit bin ich nicht befasst. - Die Bundesgesetze, die die Länder in diese Haushaltssituation gebracht haben, werden in erster Linie durch die Bundesregierung initiiert und hier bzw. im Bundestag und im Bundesrat beschlossen.

Deswegen meine ich, dass wir noch sehr weit auseinander sind. Wir tun alles, um zusammenzukommen. Aber auf dieser Basis sehe ich keine Möglichkeit.

Abg. Dr. Guido Westerwelle: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Bemerkung vorab: Ich meine, dass dieses Gremium und alle vertretenen politischen Parteien und Geistesrichtungen die Pflicht und ein eigenes Interesse haben, daran mitzuwirken, dass es zu einem Ergebnis kommt.

In der Presse wird sehr viel darüber diskutiert, was passiert, wenn es kein Ergebnis gibt, und wem das nutzt. Ich bin der festen Überzeugung - das sehe ich wie Herr Ministerpräsident Stoiber -: Wenn wir zu keinem Ergebnis kommen, schadet das allen und nutzt niemandem. Deswegen ist es gut, dass alle Seiten ihren Einigungswillen bekunden.

Erster Punkt! Das Vorziehen der Steuerreform ist richtig und sinnvoll. Die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag haben diesen Schritt oft genug angemahnt bzw. selbst vorgeschlagen. Voraussetzung ist aus unserer Sicht bekanntermaßen eine solide Finanzierung. Wenn Sie hier 75:25 % vorlegen, so ist das ein Fortschritt. Von Ihnen oder Herrn Finanzminister Eichel wüssten wir allerdings gern, wie belastbar die 75 % Privatisierungserlöse sind, d. h. um welche Posten und Positionen es sich handelt. Das müsste im Detail besprochen werden. Ich habe etwas läuten hören, kann es aber nicht beurteilen. Dass es Privatisierungserlöse sind, ist aus unserer Sicht nicht zu kritisieren; denn beim Vorziehen der Steuerreform handelt es sich um eine Einmalfinanzierung.

Was die Finanzierung zu 25 % durch Schulden angeht, so haben wir immer gesagt, dass durch Steuersenkungspolitik ein konjunktureller Selbstfinanzierungseffekt eintritt. Dabei bleibt es. Der Selbstfinanzierungseffekt ist aber umso größer, je intensiver er mit Strukturmaßnahmen in anderen Bereichen verbunden wird.

Bevor ich dazu komme, will ich sagen: Ich kann mir nicht vorstellen, dass es Ihr letztes Wort ist, wenn Sie die Vorstellung haben: Ich habe für den Bund die 25 % besorgt, der Rest ist Sache der Länder.

(BK Gerhard Schröder: Aber so will es die Verfassung!)

- Herr Bundeskanzler, wenn wir über die Verfassung reden, sehe ich es etwas anders. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sieht bei der Bundesregierung eine gesamtstaatliche Verantwortung.

(BK Gerhard Schröder: Bei den Ländern auch!)

Der Bundesrat ist kein Länderorgan, sondern ein Bundesorgan. Dementsprechend sind in diesem Gremium zwei Bundesorgane vertreten.

(MP Christian Wulff (NI): Makroökonomie!)

Wir wissen, dass die Maßnahmen hier so beschlossen werden müssen, dass der eine nicht Verpflichtungen zu Lasten anderer eingeht. Das ist der Grund, warum das Vermittlungsverfahren notwendig geworden ist. Wenn die Bundesregierung bzw. der Bundestag etwas beschließt, was Finanzausfälle in den Länderhaushalten nach sich zieht, dann kann es nicht genügen, dass die Bundesregierung sagt: Wir haben für uns das Problem gelöst; wie es auf Länderebene gelöst wird, ist nicht mehr unsere Sache. - In diesem Punkt haben wir einen klaren Dissens, so richtig es ist, dass von dem Verhältnis 75:25 % ausgegangen wird.

Was die Strukturreformen angeht, kann ich es relativ kurz machen. Auch ich kann nicht erkennen, dass es sich um deutliche Fortschritte handelt. Sie selbst haben in Ihrer

Rede zur Agenda 2010 am 14. März 2003 weit mehr vorgelegt als das, was jetzt auf dem Tisch liegt.

Zur Frage des Kündigungsschutzes ist von Frau Kollegin Merkel bereits ausgeführt worden, dass es um den Schwellenwert geht. Über alles andere mag diskutiert werden; es wird bei den so genannten latenten Beschäftigungsverhältnissen nicht den entsprechenden Beschäftigungsimpuls bringen. Dieses Problem wird nur über eine Änderung des Schwellenwertes zu lösen sein. Dementsprechend hatte sich die alte Regierung, die bis 1998 im Amt war, des Themas "Schwellenwert" angenommen. Es wäre klüger, sich an das zu erinnern, was seinerzeit diesbezüglich beschlossen wurde.

Der nächste Punkt betrifft das Tarifvertragsgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz. Herr Bundeskanzler, Sie selbst haben in Ihrer Erklärung zur Agenda 2010 am 14. März 2003 gesagt: Wenn die Tarifparteien nicht zu einer eigenen Vereinbarung finden, sind gesetzliche Regelungen erforderlich. - Wir sind am Ende des Jahres angekommen. Es gibt keine befriedigenden echten Vereinbarungen der Tarifparteien untereinander. Dementsprechend sollten gesetzliche Öffnungsklauseln nicht tabuisiert, sondern beschlossen werden.

Auch bei der Diskussion über die Gemeindefinanzen geht es um strukturelle Fragen. Es ist eindeutig als Fortschritt zu werten, dass Sie die so genannte personelle Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, d. h. die Aufhebung der Gewerbesteuerfreiheit für die freien Berufe, nicht weiterverfolgen wollen. Die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf weitere Personengruppen und damit ihre Manifestierung ist schon aus steuersystematischen Gründen abzulehnen; denn dadurch würde der Weg zu einer großen Steuerstrukturreform zu einem späteren Zeitpunkt verbaut.

Ich komme zu einem empfindlichen Punkt, der wahrscheinlich ein echter "casus belli" ist. Es hört sich zunächst einmal gut an, wenn man sagt: Zumutbar ist Arbeit nur dann, wenn sie ortsüblich bezahlt ist. Ortsüblichkeit definieren wir so, dass die unterste Tariflohngruppe gemeint ist. Was heißt das? Wir bekommen einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe der untersten Tarifgruppe. Genau das wollen wir übereinstimmend nicht. Niemand hier ist der Überzeugung, es dürfe Lohndumping geben. Aber was ist das für eine Gerechtigkeitsvorstellung? Millionen Menschen in Deutschland werden untertariflich bezahlt. Wie selbstverständlich gehen wir davon aus, dass dafür Steuern und Abgaben fällig werden. Dann sagen wir: Derjenige, der untertariflich bezahlt wird, darf auch für jene Menschen Steuern und Abgaben entrichten, denen untertarifliche Arbeit nicht zumutbar sein soll. - Das halte ich nicht für schlüssig.

Ich erinnere an Modelle, die verschiedene - nicht nur FDP-mitregierte - Länder, z. B. Hessen und jüngst Niedersachsen, entwickelt haben. Grundsätzlich muss jede legale Arbeit zumutbar sein. Das ist der entscheidende Punkt. Es ist immer besser, Arbeit zu haben, selbst wenn sie von Sozialhilfe begleitet wird, als in Abhängigkeit von Sozialhilfe bzw. der zusammengelegten Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu bleiben. Ihre Vorstellung von Ortsüblichkeit hört sich gut an, ist aber sehr gefährlich. In Wahrheit würde ein gesetzlicher Mindestlohn manifestiert. Wir bekämen kein Lohndumping, sondern das Gegenteil, eine Erhöhung des Sockellohns. Das ist aus unserer Sicht sehr gefährlich; denn viele Betriebe insbesondere in Ostdeutschland können nur überleben, weil untertarifliche Bezahlung möglich ist.

Herr Bundeskanzler, Ihre heutigen Vorschläge sind mehr als das, was bisher zu hören war. Sie reichen aber nicht aus, um zu einem Ergebnis zu kommen.

BK Gerhard Schröder: Ich will auf die Einwände der Länder eingehen. Es hat keinen Sinn, wenn wir uns etwas vormachen. Ich habe acht Jahre lang die andere Seite kennen gelernt, deswegen weiß ich, wie solche Diskussionen verlaufen.

Erstens. Es gibt keine formale Zuständigkeit des Bundes für die Sanierung der Länderhaushalte. Ich würde das nicht juristisch, sondern politisch begründen wollen, weil es immer so gewesen ist. Die Situation in den Ländern ist, wie wir sehr wohl wissen, unterschiedlich. Ich will zunächst eine Bemerkung zu den ostdeutschen Ländern machen; denn sie befinden sich in einer besonderen Situation. Wir erleben dort eine Diskussion über die Verlängerung der Investitionszulage 2005/2006. Ich meine, die Diskussion sollte alsbald beendet werden. Der Bund ist bereit, das zu vereinbaren, was die Bund-Länder-Arbeitsgruppe dazu beschlossen hat, und seinen Teil entsprechend zu finanzieren.

Zweitens. Wenn Hartz IV zu Stande kommt, geht es um die Rückverlagerung von Umsatzsteuerpunkten in einer Größenordnung von, so glaube ich, 0,9 %. Der Bund ist bereit, darauf für sich zu verzichten, wenn dieser Verzicht den ostdeutschen Ländern zugute kommt.

Ein schwieriges Problem, über das immer wieder diskutiert wird, betrifft die Zusatzrenten. In finanzieller Hinsicht ist die Aufteilung zwei Drittel Länder, ein Drittel Bund vereinbart worden. Wir halten das für in Ordnung. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Besteht die Verpflichtung, die dort gewährten zusätzlichen Leistungen ohne gesetzgeberische Eingriffe auf Dauer weiter aufwachsen zu lassen, oder gibt es eine Möglichkeit, die Leistungen in diesem Bereich zu begrenzen, ohne in eine Kontroverse mit der Verfassungsrechtsprechung zu kommen? Ich kann das von

hier aus nicht beurteilen. Wir können aber erklären, dass wir bereit sind, gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern eine Überprüfung vorzunehmen.

Für den Fall, dass wir dort zu Leistungsbegrenzungen kommen wollen - die ich für gerechtfertigt halte -, ist der Bund bereit, seinen gegenwärtigen Anteil betragsmäßig festzuschreiben und auf diese Weise dafür zu sorgen, dass das prozentuale Verhältnis bei Leistungsbegrenzungen und abflauenden Belastungen zu Gunsten der ostdeutschen Länder verändert wird. Mehr kann ich im Moment nicht tun. Erstens weiß ich nicht, ob es zu Leistungsbegrenzungen kommen kann; zweitens haben auch wir finanzielle Probleme. Das könnte aber ein außerordentlich hilfreiches Instrument sein. Eines wird automatisch eintreten: Nach den Informationen, die wir haben, wird der höchste Aufwuchs 2005/2006 erreicht. Danach kommt es auf Grund natürlicher Ereignisse zu einem Rückgang.

Ich wiederhole: Der Bund ist bereit, auf der Basis 2005 seinen Anteil - ein Drittel - betragsmäßig festzuschreiben, unabhängig von der weiteren Entwicklung. Dass das nie, sollte die Belastung doch wieder ansteigen, unter ein Drittel fallen darf, ist eine blanke Selbstverständlichkeit. Niemand muss die Befürchtung haben, wir wollten ihn hintergehen. Wenn es zu Gunsten der ostdeutschen Länder Verbesserungen gibt - durch Leistungseingrenzungen, natürlichen Abgang oder eine Mischung aus beidem -, sind wir bereit, unseren Beitrag weiter zu leisten.

Letzte Bemerkung! Herr Stoiber, ich habe eine Bitte: Wenn wir dazu kommen wollen, den Kommunen zu helfen, und dafür investieren müssen, können wir das nicht in doppelter Weise tun. Sie dürfen das, was die Länder für das Vorziehen aufwenden müssen, nur auf die Länder beziehen. Dann ist darüber zu reden, was man miteinander hinbekommen kann, um die Last, die den Ländern in diesem Zusammenhang entsteht, zu vermindern. Wie gesagt: ohne Verpflichtung des Bundes; aber ich kenne die politischen Gegebenheiten. Dass das nicht 100 % sein können, wissen Sie so gut wie ich. Ich meine, es gibt eine Möglichkeit, über diese Frage miteinander zu reden. Ich bin dazu bereit, habe aber Zweifel, ob das in diesem Kreis geschehen kann. Es ist vielleicht sinnvoll, sich zum gegebenen Zeitpunkt, wenn wir über ein paar andere Fragen diskutiert haben, zusammenzusetzen und zu fragen: Kann man das beziffern? - Irgendwann wird es beziffert werden müssen.

Ich wiederhole: Man kann beklagen - ich tue das auch -, dass die Frage der Strukturreformen in der öffentlichen Wahrnehmung national wie international nicht den Stellenwert hat, den sie verdient. Wenn ich anderer Meinung wäre, hätte ich die Agenda 2010 nicht auf den Weg bringen müssen. Aber es ist nun einmal so, wie es ist. Wenn wir heute Abend herauskommen, ohne uns in der Frage des Vorziehens der

Steuerreform einig geworden zu sein, hat das, so fürchte ich, unabhängig von sachlichen Gegebenheiten enorme Auswirkungen auf die psychologische Situation in unserem Land und damit auch auf in Deutschland strukturierte und organisierte Politik. Das ist so, ob man es leiden kann oder nicht.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich möchte jetzt etwas Kühnes machen. Wir tagen seit Mittwoch und haben allesamt die Erfahrung gemacht: Wenn wir Grundsatzdebatten führen, wird es sehr lang und anstrengend. Die Chance, die wir mit der heutigen Sitzung haben - sie ist sehr ungewöhnlich, und wir werden von einer breiten Öffentlichkeit begleitet; das wissen Sie alle -, müssen wir nutzen. Anderenfalls wären wir von allen guten Geistern verlassen.

Ich glaube nicht, dass wir in der großen Runde etwas übers Knie brechen können. Das schaffen wir nicht, obwohl von allen Seiten guter Wille gezeigt wird. Ich habe die herzliche Bitte, dass diejenigen, die sich das Paket angesehen haben und die abgewogen haben, ob es geht - ich fand vieles sehr konstruktiv -, eine Unterbrechung nutzen, um im ganz kleinen Kreis aufeinander zuzugehen.

Ich weiß nicht, wie viel Zeit Sie alle mitgebracht haben; die übrigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind auf eine Nachtsitzung eingerichtet. Wir wollen vorankommen. Das geht nur, wenn für die übrige Truppe das Signal einer Verständigung erkennbar ist.

Den Schlussstand kenne ich selber noch nicht. Eine politische Einigung ist aber notwendig, sonst fallen wir in Fachdebatten, die zwar spannend, aber auch anstrengend und uns allen schon bekannt sind. Vielleicht können Sie sich für die Vorstellung erwärmen - Herr Böhmer guckt mich streng an; hoffentlich helfen Sie -, dass wir zu einem klugen Zeitpunkt unterbrechen und dann geduldig die Punkte abarbeiten.

MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Herr Vorsitzender, ich weiß, dass viele Menschen wesentlich klüger sind als ich.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich kenne nicht viele.

MP Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (ST): Ich kann mir aber nicht vorstellen, wie eine ganz kleine Gruppe das Paket jetzt auflösen soll. Der Bundeskanzler hat die Gemeindefinanzen an zweiter Stelle genannt. Ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, was

ich gesagt habe: Ich kann mir nicht vorstellen, über andere Punkte zu entscheiden - wenn es auch um das Umverteilen von Geld geht -, ehe das Problem der Gemeindefinanzen geklärt ist. Ich gebe Ihnen völlig Recht: Wir können uns kaum draußen sehen lassen, wenn wir dieses schwierige Problem nicht irgendwie gelöst haben.

Sie sind heute auf unsere Vorstellungen deutlich zugegangen. Das erleichtert sicherlich die Konsensfindung. Ich sage das mit Respekt. Aber es ist viel Sacharbeit zu leisten, bevor wir zu einem Ergebnis kommen können.

Wenn wir von der Verbreiterung der personellen und der sachlichen Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer weggekommen sind, dann müssen wir Geld suchen.

(BK Gerhard Schröder: Die sachliche wollen wir machen, die personelle nicht!)

- Dann habe ich Sie schon wieder überfordert.

In dem vom Bundesrat auf Vorschlag Bayerns eingebrachten Soforthilfegesetz haben wir ein Umsortieren von Umsatzsteuerpunkten zu Gunsten der Kommunen für einen bestimmten Zeitraum angeregt. Wir wissen, dass das sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene ein neues - gewolltes - Loch reißt. Ich habe bereits das letzte Mal gesagt: Ehe wir über Korb II und die Umschichtung von Geld sprechen, möchte ich wissen, zu wessen Gunsten wir das tun. Ich bin bereit, zu Gunsten der Kommunen manche bittere Pille zu schlucken. Ich bin nicht bereit - das sage ich mit der gleichen Offenheit -, Geld umzuschichten für die Erfüllung einer Ermutigungsgesetzgebung, mit der ein ökonomischer Effekt nicht zu erzielen ist. Das sind unterschiedliche Prioritäten. Deswegen möchte ich erst wissen, wie wir damit umgehen.

In den Vorstellungen zur Sanierung der Gemeindefinanzen sind Ersparnisse der Kommunen auf Grund der Hartz-Gesetzgebung enthalten. Das uns vorgelegte Modell habe ich, wie die Kollegen aus Niedersachsen und Baden-Württemberg, nachrechnen lassen. Wir kommen zu völlig anderen Zahlen. Wir müssen uns zunächst einmal rein methodisch über die Zahlengrundlage unterhalten, bevor wir zu einem Ergebnis kommen können.

Wenn das alles ein kleiner Kreis von vier Personen schaffen würde und ich in der Zwischenzeit zum Kaffeetrinken gehen könnte, wäre ich dankbar. Aber ich möchte nicht, dass einige mit Leistungen überfordert werden, die im Grunde nicht zugemutet werden können. Deswegen hielte ich es für vernünftig, wenn wir zunächst das methodische Vorgehen absprechen würden. Ich will hier nicht länger sitzen, als es nötig ist. Wenn wir nicht erst bestimmte Dinge hinsichtlich Reihenfolge und Priorität besprechen, sitzen wir ewig herum, und nichts kommt heraus.

Wenn der Bundeskanzler uns mitteilt, die Verfassung sehe es nicht vor, dass er sich über unsere Haushalte Gedanken macht, dann hat er Recht. Die Verfassung schreibt aber auch nicht vor, dass wir uns bei der Abstimmung so verhalten, dass seine Probleme gelöst werden, unsere aber nicht. Deswegen muss man darüber reden.

Abg. Volker Kauder: Herr Vorsitzender, es ist grundsätzlich richtig, dass wir uns noch einmal untereinander besprechen sollten. Ich meine aber, dass dafür der Diskussionsstand nicht ausreicht. Es gibt sicherlich noch eine Reihe von Wortmeldungen. Ich möchte den Herrn Bundeskanzler bitten - das ist sicherlich keine unsittliche Aufforderung -, in den einzelnen Punkten präziser zu werden: Wie ist es mit den Kommunalfinanzen? Was heißt Privatisierung? Was heißt, man könne den Ländern etwas anbieten? Herr Bundeskanzler, Ihre Erklärung reicht nicht einmal aus, um in den Arbeitsgruppen einem Ergebnis näher zu kommen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Kauder, die Lage hinsichtlich der Wortmeldungen ist übersichtlich: Mir liegen keine vor. - Pardon! Christian Wulff.

MP Christian Wulff (NI): Erstens. Ich finde eines wichtig: Alle haben wahrgenommen, dass das Klima in den letzten Tagen konstruktiv war; es ist nach wie vor konstruktiv. Wir bekommen offenkundig zahlreiche Dinge hin. Ich nenne die Handwerksordnung, die Steuerehrlichkeit, die Tabaksteuer, das Arbeitszeitgesetz, den Subventionsabbau und das Sozialgesetzbuch; andere Punkte könnten genannt werden. Möglicherweise einigen wir uns sogar in der Frage der Rentenzahlung am Anfang oder am Ende des Monats. Letzteres brächte Ihnen 950 Millionen Euro ein, die Sie dringend bräuchten. Ich erwähne dies alles, um zu einer richtigen Einsortierung beizutragen; denn die Fokussierung der deutschen Öffentlichkeit auf die Frage, ob die vorgezogene Steuerreform kommt, bedeutet eine Banalisierung der Verhältnisse in unserem Land, die viele hier nicht teilen.

Zweitens. Herr Westerwelle hat etwas angesprochen, was der Wahrnehmung zahlreicher Beteiligter auf der B-Seite entspricht: Wir reden zu viel über Agenda 2010 minus.

Herr Bundeskanzler, Sie haben uns erklärt, bei der Zumutbarkeit müsse es bei dem bleiben, worauf sich die A-Seite - sie ist von der Agenda 2010 abgewichen - festgelegt hat.

Auch hinsichtlich der betrieblichen Bündnisse können wir nicht mehr von der Regierungserklärung vom 14. März 2003 ausgehen. Deren Formulierungen waren klar: Die Tarifparteien müssen sich einigen; geschieht dies nicht, muss der Gesetzgeber handeln. - Wir haben soeben gehört, es reiche aus, dass sie sich einigen wollen, worüber auch immer. Bisher haben zwei Tarifparteien eine samtweiche Erklärung abgegeben. Das reicht uns nicht.

Zum Thema "zubetonierter Arbeitsmarkt" sagen OECD, Ifo, IWD und wer immer gefragt wurde: Da liegt die Crux in Deutschland. Unternehmer, die einstellen könnten, haben keinen Mut dazu, weil sie Sozialplanauflagen, Kündigungsschutzprozesse und sonstige Kosten fürchten, wenn Aufträge ausbleiben. Entsprechende Gesetzesinitiativen Bayerns und Niedersachsens sind vom Bundesrat mit großer Mehrheit beschlossen worden. Ich kann nicht erkennen, dass uns hinsichtlich des Schwellenwertes, der Befristung und betrieblicher Bündnisse entgegengekommen wird.

Die A-Seite muss für sich irgendwann einige Fragen klären: Wollen Sie es allein durchziehen? Sie können sehr viel allein machen. Wo wollen Sie den Kompromiss? Wo wollen Sie sich mit uns, wo mit den eigenen Leuten anlegen? Brauchen Sie alle eigenen Leute an Bord, oder können Sie - wie wir vielleicht auch - auf fünf oder sechs verzichten, um eine breite Mehrheit zu haben? Muss die Kanzlermehrheit erbracht werden oder - im Interesse des Landes - nicht erbracht werden? Wir können angesichts der Lage unseres Landes, die höchst dramatisch ist, nicht auf den letzten Bremser im letzten Waggon Rücksicht nehmen. Man muss sich nur die öffentlichen Haushalte ansehen! So viele Schulden wie dieses Jahr haben wir noch nie gemacht. Die Schulden, die Sie, Herr Eichel, dieses Jahr gemacht haben, rechtfertigen es, jedem Schleswig-Holsteiner einen Golf V zu schenken; er wäre voll bezahlt. Mit 43 Milliarden Euro wäre das möglich. Vielleicht machen wir nächstes Jahr 50 Milliarden Euro Schulden. Irgendwann können wir jedem Schleswig-Holsteiner einen Bentley schenken.

Das kann so nicht weitergehen. Das heißt, wir sind zum Handeln gezwungen. Wir können auch in den Ländern nur dann erfolgreich Politik machen, wenn es besser wird. Ich brauche hier nichts über die makroökonomischen Bedingungen zu sagen.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das sind keine seriösen Argumente!)

- Ich erwähne das, damit man sich die Größenordnungen vorstellen kann. In diesem Jahr sind es bei Bund, Ländern und Gemeinden annähernd 100 Milliarden Euro, im nächsten Jahr vielleicht noch mehr.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Aber das wirkt als Nachfrage für VW! - Abg. Volker Kauder: Deswegen wird es nicht besser!)

Wir sind zum Handeln gezwungen, weil es so nicht mehr geht. Wir in Niedersachsen machen schon 1 000 Millionen Euro mehr Schulden, als die Verfassung erlaubt. Je nachdem, was im Vermittlungsausschuss herauskommt, machen wir vielleicht 1 500 Millionen Euro mehr Schulden, als die Verfassung erlaubt. Wer die Verfassungen der Länder nicht mehr respektiert, weil fast alle Länderhaushalte verfassungswidrig werden, wer die Bundesverfassung und die völkerrechtlichen Verträge nach Maastricht nicht mehr respektiert, der wird von den Bürgern nicht erwarten können, dass sie die Gesetze respektieren.

Alle Ebenen stehen mit dem Rücken zur Wand. Angesichts dessen möchte ich nicht hören, was nicht geht, sondern ich möchte hören, was geht. Diese Nacht wird sich jeder freigehalten haben. Der dritte Advent ist schon kaputt; jetzt kann man ihn auch gänzlich kaputtmachen und zu einem guten Ergebnis kommen. Im Moment, d. h. bevor die Parteivorsitzenden und die Arbeitsgruppen in kleiner Runde verhandeln, stellt es sich für mich so dar: Die Gewerbesteuerumlage wird von 28 auf 20 % gesenkt. Die Kommunen werden ferner etwas besser gestellt, indem wir Korb II auf die Gewerbesteuer übertragen.

Das zusammen ergibt, auf die Bundesländer bezogen, erheblich weniger an Mehreinnahmen, als die Steuersenkung an Mindereinnahmen bringt. Für die kommunale Ebene heißt das: Wenn wir so herausgehen, verfügen die Kommunen im Jahr 2004 über weniger als das, was sie bis jetzt - ohne Einrechnung der Beschlüsse des Vermittlungsausschusses - kalkuliert haben. Die Steuerreform kostet die Kommunen mehr als 2 Milliarden Euro. Die beiden Maßnahmen, über die wir gesprochen haben, liegen unter diesem Betrag, d. h. die Kommunen verzeichnen ein Minus.

(BK Gerhard Schröder: Sie sind nicht unter dem Betrag! 2 1/2 Milliarden! Aber okay!)

- Wir kommen auf 154 Millionen Euro Mehreinnahmen für die Kommunen durch die beiden von mir genannten Maßnahmen, aber auf 220 Millionen Euro Mindereinnahmen, die aus dem Anteil der Kommunen an der Steuerreform resultieren. Das sind fast 10 % der Summe auf Bundesebene; auf kommunaler Ebene ist das etwas anders als bei den Länderhaushalten.

Ich würde gern noch einmal hören, was Sie zur Finanzierung des Ausfalls der Länder durch die Steuerreform vorschlagen. Aus welchen Maßnahmen soll sich die Summe ergeben? Wir müssen, bevor in die kleinen Gruppen gegangen wird, genau über die Grundlagen dessen Bescheid wissen, worüber wir hier reden.

Ich schlage zudem vor, dass innerhalb der A- und der B-Länder mit FDP bzw. Grünen Besprechungen stattfinden. Wir können noch einmal über die Zahlen reden,

Sie können bei der Finanzierung klarer werden und noch einmal über die Punkte Kündigungsschutzgesetz, Tarifvertragsgesetz und betriebliche Bündnisse reden. Dann können Sie in Ihren Parteien wie wir in unseren sagen: Das war die Kulisse. Kompromisse schließen heißt, dass nicht 100 % der eigenen Vorstellungen durchgesetzt werden können, sondern dass aufeinander zugegangen werden muss. Unsere Vorstellungen hätten wir nur dann vollständig durchsetzen können, wenn wir die Mehrheit gehabt hätten. - Keine Seite hat die Mehrheit; es steht 16:16.

Es geht immer um die Balance zwischen Schutz und Chance. Sie setzen mehr auf den Schutz, wir mehr auf die Chance. Dazwischen läuft das Spiel. Herr Bundeskanzler, das haben Sie selber zutreffend gesagt. Wir haben das Gefühl, dass wir für die 6 Millionen Arbeitslosen die Chancen, Arbeit zu finden, erhöhen müssen und dass denen, die Arbeit haben, mehr Flexibilität abzuverlangen ist. Jeder hatte bisher Respekt vor der Meinung des anderen. Jeder kann Recht haben. Aber aus unterschiedlichen Gründen sind wir in unterschiedlichen Parteien mit unterschiedlichen Auffassungen. Ich habe beispielsweise Herrn Stiegler noch nie so liebenswert erlebt wie in dieser Woche. Dafür bin ich sehr dankbar; denn wir müssen uns verständigen.

(Abg. Krista Sager: Also sind Sie doch in der falschen Partei!)

- So weit ist es noch nicht, Frau Sager. Dann würde ich schon eher bei Ihnen landen.

Das zum Szenario. Herr Scherf, ich hoffe, dass ich Ihre Strategie nicht negativ beeinflusst habe.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Nein, Sie sind sehr konstruktiv.

MP Matthias Platzeck (BB): Ich will eine Lanze für den Vorsitzenden brechen. Wir alle sollten uns bemühen, uns im Vermittlungsausschuss kurz zu fassen und nichts von dem zu wiederholen, was wir am Donnerstag und am Freitag schon gehört haben. Ich hatte soeben den Eindruck, dass wir einen großen Teil dessen, was Kollege Wulff makroökonomisch dargestellt hat, schon am Freitag ausführlich gehört haben.

(MP Christian Wulff (NI): Da waren nicht alle da! - Abg. Volker Kauder: Da war der Bundeskanzler nicht da!)

- Aber wenn wir den Donnerstag und den Freitag jetzt komplett nachholen wollen, sitzen wir wahrscheinlich bis Dienstag hier.

(MP Christian Wulff (NI): Es geht um die wichtigen Punkte! Aber Sie hätten den Kanzler auch informieren können!)

Wir müssen doch einsehen, dass wir nur noch den heutigen Abend haben. Das ist nicht mehr viel Zeit. Deshalb habe ich die Bitte, dass wir die Zeit nutzen und möglichst schnell zu dem kommen, was der Vorsitzende angeregt hat.

An den Bundeskanzler richte ich die Frage, die insbesondere für mich bleibt: Was geschieht bei den Zusatzrenten, wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass sie nicht begrenzbar sind? Ich vermute sogar, dass dem so ist. Dann stünden wir deutlich im Regen. Diese Frage würde ich gern in die Gruppe hineingeben.

BM Hans Eichel (BMF): Herr Vorsitzender! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu den Finanzfragen ein paar Bemerkungen machen.

Die Behauptung, der Bund mache sich keine Gedanken über die Finanzen von Ländern und Kommunen, ist nicht richtig. Ich bin aber dankbar für den Hinweis, dass Kommunen und Länder finanzverfassungsrechtlich eine Einheit darstellen. Auf die besondere Verantwortung der Länder für die Kommunalhaushalte will ich nur hinweisen. Dass wir an die Situation der Länder und Kommunen sehr wohl denken und sie berücksichtigen, können Sie den Vorschlägen entnehmen.

Ich habe schon auf allen Seiten gesessen und weiß, wie das läuft. Als Bundesfinanzminister habe ich mir das erste Mal eine blutige Nase geholt, als ich im Zukunftsprogramm 2000 Einsparungen im öffentlichen Dienst vorgeschlagen habe und im Bundesrat gescheitert bin. Das war keine Veranstaltung zu Gunsten des Bundes; der Bund hat kein Interesse daran, die Beamtenbesoldung zu senken, weil der Betrag, den wir daraufhin an Steuern verlieren, wiederum genau dem entspricht, was wir selber einsparen.

(MP Christian Wulff (NI): Deswegen haben Sie auch einen Tarifabschluss von 4,4 %!)

- Nein. Darüber könnten wir lange diskutieren.

Ich will Ihnen nur sagen: Hinsichtlich dieses Themas haben wir alle ein Stück dazugelernt. Was haben wir erlebt, wenn wir Vorschläge gemacht haben! Ich nenne als Nächstes das Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen. Wenn wir und Sie die Einsichten dieses Herbstes schon im Frühjahr gehabt hätten, hätten wir in diesem Jahr viel weniger neue Schulden gemacht. Deswegen bitte ich darum, dass wir so nicht miteinander reden.

Die Wahrheit ist einfach - Kollege Milbradt hat das beim letzten Mal zu Recht angemerkt -: Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen ist höchst dramatisch. Es geht nicht mehr so, dass jeder für sich selbst eine Lösung zu finden versucht, sondern es geht nur mit einer gemeinsamen Anstrengung.

Ich stimme Herrn Kollegen Stoiber zu: Wir müssen bei den Kommunen auch die Ausgabenseite in den Blick nehmen. Ich habe im Sommer als Vertreter des Bundes im Finanzplanungsrat angeregt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit der Ausgabenseite beschäftigt. Die B-Seite war nicht in der Lage, die Anregung anzunehmen. Dasselbe habe ich gegenüber der Finanzministerkonferenz versucht; auch dort war es nicht möglich. Das bedauere ich sehr; denn wir könnten an dieser Stelle weiter sein.

Zur Situation heute will ich ausdrücklich sagen: Die Vorschläge zum steuerlichen Subventionsabbau, die auf dem Tisch liegen, begünstigen Länder und Kommunen - ich betrachte sie jetzt als Gesamtheit - mehr als den Bund; es geht nicht anders. Betroffen sind Teile des Einkommen-, des Umsatz- und des Körperschaftsteuerrechts. Jedes Mal sind Länder und Kommunen mit 50 % oder mehr dabei.

Deswegen wird eine zentrale Frage sein - insoweit stimme ich Ihnen zu, Herr Kollege Stoiber -: Welche Einschränkungen schaffen wir auf der Ausgabenseite? Das liegt in Teilen heute auf dem Tisch; wir werden weitergehen müssen. Das ist aber zu einem großen Teil nicht Gegenstand, weil es bisher nicht hierher gekommen ist. Das könnte aber verabredet werden.

Zum Zweiten müssen wir über den Abbau der Steuersubventionen reden. Es ist verdienstvoll, dass es die Arbeit der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück gegeben hat. Im Vermittlungsverfahren habe ich schon ganz anderes erlebt. Vielleicht kommt mit Mühe und Not nach erheblichen Veränderungen, weil vieles sofort wieder heraus soll und der Rasenmäher plötzlich weg ist, etwas zu Stande. Das reicht nicht annähernd.

Ich komme zu den europäischen Verpflichtungen. Herr Wulff, die Kommission kann nicht klagen, weil eine Rechtsverletzung nicht stattgefunden hat.

(BK Gerhard Schröder: So ist es!)

Das will ich festhalten, damit wir nicht dauernd darüber reden. Der Ecofin, der nach dem Vertrag zuständig ist, hat sich schlicht angemaßt, nicht das, was die Kommission vorgeschlagen hat, sondern etwas anderes zu beschließen. Niemand sollte sich täuschen: Dieses "Andere" ist hart für Deutschland. Ich finde es spannend: An diesem Tisch erlebe ich, dass der Subventionsabbau nicht hinreichend stattfindet; gleichzeitig wird mir vorgeschlagen, in Brüssel noch 5 oder 6 Milliarden mehr zu akzeptieren. Das kann nicht funktionieren.

Ich will im Moment nur so viel sagen: Wir müssen eine gemeinsame Linie finden. Zahlreiche Vorschläge liegen auf dem Tisch. Beim Thema "Subventionsabbau" werden wir wesentlich weiter kommen müssen, als bisher in dieser Runde diskutiert

worden ist, damit wir die Brüsseler Auflagen erfüllen können: Verringerung des strukturellen Defizits um 0,6 % im nächsten Jahr, um 0,5 % im Jahr 2005 sowie Senkung der Verschuldung unter 3 %. Das setzt voraus, dass all das, was von Seiten des Bundes auf dem Tisch liegt, umgesetzt wird - unter Einschluss der Vorschläge der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück. Ich weiß, dass wir Kompromisse finden müssen und vieles im Einzelnen anders aussehen wird; aber die fiskalische Wirkung darf nicht vermindert werden.

Wir haben ein Gesamtpaket auf den Tisch gelegt - ich weiß, dass wiederum über Einzelheiten gestritten werden kann -, das eine Verbesserung der Haushaltsposition von Bund, Ländern und Gemeinden in einer Größenordnung von 23 Milliarden Euro bedeutet: 14 Milliarden beim Bund, 9 Milliarden bei Ländern und Gemeinden. Die Gesundheitsreform, die wir gemeinsam beschlossen haben, und anderes lasse ich außen vor.

Herr Professor Böhmer, hinsichtlich der Situation der Gemeinden sind das folgende Elemente: Gemeindefinanzreform mit Gewerbesteuer, Hartz IV und Abbau von Steuersubventionen. Es können - Herr Kollege Stoiber, da haben Sie Recht - auch Ausgabenbegrenzungen sein. Wird all das zusammengenommen, ergibt sich auch für das nächste Jahr eine wesentlich günstigere Situation, jedenfalls nach dem Vorschlagspaket der Bundesregierung. Hinsichtlich der Gewerbesteuer sind es - auch nach dem Vorschlag, den der Kanzler unterbreitet hat - im nächsten Jahr gut 2 1/2 Milliarden Euro, ab 2005 aufwachsend auf etwas mehr als 3,1 Milliarden; es geht dann in kleinen Schritten weiter. Was Hartz IV angeht, lautete der Vorschlag, die Kommunen im nächsten Jahr um insgesamt 1,9 Milliarden Euro zu entlasten. Ich verweise auf die wirkungsgleiche Umsetzung in dem von mir erwähnten 23-Milliarden-Euro-Paket, wobei ich zugebe, dass ein erheblicher Teil - siehe Beamtenbesoldung - Ländersache ist. Wenn wir von den finanziellen Wirkungen reden, sind wir dort noch einmal bei 2 Milliarden Euro. Das Vorziehen der Steuerreform kostet die Kommunen 2 Milliarden Euro. Somit bleibt für die Kommunen schon im nächsten Jahr netto eine Menge übrig. Auf dieser Basis kann man vernünftig verhandeln.

Die Frage, ob sich der Bund an der Finanzierung durch die Länder beteiligen kann, muss der Bundeskanzler beantworten. Ich als Bundesfinanzminister sage: Da bin ich verschlossen wie eine Auster. Ich sehe eigentlich keinen Grund dafür. Jeder muss in seinem Bereich Verantwortung wahrnehmen. Es kann im Übrigen nicht sein, dass diese Frage an den Bund gerichtet wird und gleichzeitig alle Vorschläge des Bundes zur Verbesserung der Einnahmesituation nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder und Gemeinden zurückgewiesen werden. Der Bund kann nicht alles aus seiner Tasche bezahlen, weil es objektiv nicht möglich ist.

Letzte Bemerkung! Ich habe kürzlich ein Gespräch mit Kollegen Waigel geführt; insofern leiden wir alle. Der Bundeshaushalt ist der am höchsten verschuldete Haushalt in Deutschland. In allen föderalen Systemen, die ich kenne, ist die Bundesebene am höchsten verschuldet. Darüber muss man nachdenken. Das Ganze kann nicht funktionieren, wenn eine Ebene nicht funktioniert. Kommunen, Länder und Bund müssen funktionieren. Wir lösen Probleme nur gemeinsam, nicht dadurch, dass wir dem anderen in die Tasche greifen.

MP Roland Koch (HE): Der Bundeskanzler hat am 14. März 2003 eine Rede gehalten, die jenseits der Details eine für mein Verständnis nicht unbedeutende Botschaft enthielt: Auch er geht davon aus, dass wir strukturelle Probleme haben. Er hat ausdrücklich gesagt, konjunkturelle Ideen, die man haben könne, interessierten ihn nicht; sonst hätte er das Thema "Steuerreform" nicht mit dem Hinweis, er könne das nicht bezahlen, zur Seite gelegt.

Das ist ein deutlicher Unterschied zu der Debatte, die wir heute erleben. Es ist wichtig, nach welchen Prinzipien wir - in welchem Kreis auch immer - am Ende entscheiden. Das Hoffen auf kurzfristige konjunkturelle Effekte wäre dann ein interessanter Maßstab, wenn die Struktur in Ordnung wäre. Die amerikanischen Kollegen mit einer ordentlichen Struktur können mit konjunktursteuernden Maßnahmen offensichtlich sehr viel erreichen. Konjunktursteuerung funktioniert dann nicht, wenn in Wahrheit Strukturprobleme vorliegen.

Wenn es aber um Strukturprobleme geht, dann müssen wir für uns den Maßstab der Diskussion festlegen. Wir führen eine Diskussion über die wichtige Strukturfrage, ob der Arbeitsmarkt flexibler werden muss. Ihre Antwort darauf lautet - um es vorsichtig zu formulieren -: gemach, gemach! - Was betriebliche Bündnisse und den Niedriglohnsektor angeht, wollen Sie nicht tätig werden, beim Kündigungsschutz sind Sie sehr zurückhaltend.

Wir stehen vor einer zweiten wichtigen Strukturfrage: Kann sich eine zentrale Behörde, unter deren Obhut in Zukunft nicht 4 Millionen, sondern 8 Millionen Menschen stehen, um die soziale Reintegration von Langzeitarbeitslosen kümmern, oder ist es notwendig, ein solches Problem, wie bei anderen Institutionen auch, dezentralen Regelungsmechanismen zu unterwerfen? Wir haben gesagt: Es ist nicht verantwortbar, 8 Millionen Menschen unter die Obhut einer einzigen Bundesorganisation - wie immer sie heißt, Agentur, Amt oder Anstalt - zu geben.

Wir haben lange darüber diskutiert, wie erreicht werden kann, dass die jeweilige dezentrale Einheit das Recht erhält, sich die Zuständigkeit zurückzuholen, und dass der Bund nicht das Recht erhält, sie zu behalten. Der letzte, sehr weit gehende

Vorschlag war mit großen verfassungsrechtlichen Problemen verbunden, die erörtert werden mussten. Experimentierklauseln geben dem Bund das Recht, die Zuständigkeit zu behalten, und eröffnen nur Optionen für die Zukunft. Das entspricht zu 100 % dem, was Sie in struktureller Hinsicht wollen, nämlich 4 Millionen Fälle zu verlagern, es doppelt zu machen. Den Kommunen als dezentrale Einheit wird kein substanzielles Recht eingeräumt.

Die dritte wichtige Strukturfrage lautet: Wie gehen wir in unserer aktuellen ökonomischen Situation mit einer gesamtstaatlichen Verschuldung um, die von 57 Milliarden Euro im letzten Jahr auf ca. 93 Milliarden Euro in diesem Jahr steigen wird? Die Antwort haben wir gemeinsam zu finden. Wenn Sie genügend Veräußerungserlöse erzielen, um bei sich ein zeitlich befristetes Problem zu regeln, dann ist das besser, als wenn Sie Schulden machen. Wenn Sie aber eine nationale Entscheidung treffen wollen und - obwohl Sie bei den Strukturfragen nicht entschlossen genug vorgehen - der Meinung sind, das konjunktursteuernde Element sei wichtig, dann dürfen Sie nicht erklären, die Verschuldung der Länder interessiere Sie nicht. Sie wissen genau, dass die Aufforderung, im Schnitt der Bundesländer in gleichem Maße zu veräußern, nicht realistisch ist - siehe Ost/West. Das ist ein Prinzipienproblem. Der Bund kann nicht einfach sagen: Es interessiert mich nicht. - Sie müssen Verständnis dafür haben, dass die Bundesländer antworten: Uns interessiert es!

Wir müssen davon ausgehen, dass der Maßstab, den wir in der Strukturfrage an Sie anlegen, auch an uns angelegt wird; wir wollen ihn auch an uns anlegen lassen. Insofern ist es wichtig, die Frage zu klären, wie Sie bei all den Strukturen zu einer Erhöhung der Nettoneuverschuldung beitragen. Darauf geben Sie im Augenblick die Antwort: Eigentlich will ich damit nichts zu tun haben! Sollte es mehr werden, sage ich es euch, nicht jetzt, sondern nach der Kaffeepause. - Das ist zu wenig. Ich habe mich, dem Appell des Vorsitzenden durchaus folgend, nur deshalb gemeldet. Wenn wir mit diesem Ergebnis unterbrechen, damit sich die Gruppen besprechen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn der Fortgang nicht konstruktiv ist. Sie sind entweder unpräzise oder bleiben in den Strukturfragen beinhart bei Ihrer Position. Das ist schwierig.

MP Peter Müller (SL): Es ist wichtig, in welcher Reihenfolge wir die Themen heute Abend besprechen. Vereinbarungen zu einzelnen Komplexen haben Rückwirkung auf die Handlungsspielräume in anderen Komplexen.

Aus meiner Sicht stellt sich die Frage, ob wir das Thema "Gemeindefinanzen" vorweg und abgesondert behandeln sollten. Das wäre möglich. Auf der Basis dessen, was der Bundeskanzler gesagt hat, ergibt sich eine gewisse Veränderung der Geschäftsgrundlage. Dies gilt es zu bewerten. Nach meiner Wahrnehmung bietet die neue Geschäftsgrundlage deutlich bessere Möglichkeiten dafür, dass wir zusammenkommen. Vielleicht können wir diesen Komplex zunächst einmal getrennt nach A und B, später zusammen zuerst behandeln. Ich meine, dazu bedarf es keiner kleinen Runde im Scherf'schen Sinne.

Die beiden Komplexe Strukturreformen und Steuerreform kann man sicherlich nicht voneinander trennen. Ich gehe davon aus, dass die Einigungsmöglichkeit im Punkt Steuerreform nicht von der Bereitschaft losgelöst werden kann, im Bereich Strukturreformen mehr zu tun als das, was auf dem Tisch liegt. Hier muss es zusätzliche Bewegung geben. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass die Strukturreformen in Ihrer Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung wichtiger sind als die Frage, ob wir eine bereits beschlossene Steuerreform um ein Jahr vorziehen. Das Vorziehen wird, was die ökonomische Wirkung und die psychologische Bedeutung betrifft, unterschiedlich bewertet. In fiskalpolitischer Hinsicht wird es einhellig als kaum vertretbar eingeschätzt; eigentlich ist das die letzte Frage, über die wir zu reden haben.

Ich will nicht alles wiederholen, was in diesem Raum inhaltlich schon gesagt worden ist; aber es scheint mir vom Verfahren her sinnvoll zu sein, wenn wir in unseren Gruppen noch einmal darüber reden, bevor eine möglicherweise kleine Gruppe zusammentritt, die auf der Basis von Vorgaben verhandeln muss. Ich verbinde das mit der Bitte - insoweit schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Koch an -, dass wir in der Frage, wie sich die Problematik für die Länder darstellt und welche Handlungsspielräume es mit Blick auf die Situation in den Ländern gibt, ein bisschen konkreter werden; denn sonst wird es schwierig, darüber zu entscheiden, was geht und was nicht geht.

MP Peer Steinbrück (NW): Ich meine, wir müssen so konkret wie möglich werden. Die Verlängerung von Debatten, die darauf hinauslaufen, unsere unterschiedlichen politischen Philosophien oder, wie wir es in den bisherigen Beratungen genannt haben, Paradigmen zu verdeutlichen, führt uns nicht weiter.

Ich versuche abzuschichten und beginne mit der Gemeindefinanzreform. Wir sind uns - erstens - darin einig, dass die Gewerbesteuerumlage von 28 auf 21 % gesenkt werden sollte.

Wir sind uns - zweitens - darin einig, dass es hinsichtlich der sächlichen Bemessungsgrundlage beim Gesetz der Bundesregierung bleiben sollte.

Drittens. Es bietet sich an, die Beschlüsse, die wir bezüglich der Körperschaftsteuer zur Gesellschafterfremdfinanzierung und mit Blick auf die Mindestgewinnbesteuerung gefasst haben, wirkungsgleich zu übernehmen.

(BM Hans Eichel (BMF): Plus Organschaft!)

- Und Organschaft.

Die Verbesserungen für die Kommunen beliefen sich im Jahr 2004 auf eine Summe von 2,5 Milliarden Euro; im darauf folgenden Jahr wäre es sogar noch mehr. Gleichzeitig würden sich die Einnahmen der Länder aus der Einkommensteuer erhöhen, weil die Anrechnung der Gewerbesteuerzahllast der Freiberufler auf die zu zahlende Einkommensteuer entfiele, d. h. die Länder würden sich insoweit - jedenfalls teilweise - refinanzieren können. Das ist ein nicht unwichtiger Hinweis. Ich sehe die Möglichkeit, bei der einen Säule der Gemeindefinanzreform, die die Kommunen entlasten soll, einen deutlichen Schritt voranzukommen; die zweite Säule erwähne ich gleich unter dem Stichwort "Hartz IV".

Der nächste Punkt betrifft die Steuerreform. Ich glaube, die Bundesregierung liegt konjunkturpolitisch richtig, wenn sie das Vorziehen stärker durch Privatisierungserlöse refinanzieren will; denn dem Kreislauf wird an anderer Stelle kein Geld weggenommen. Der Nettoimpuls, von dem ich häufig gesprochen habe, wird nicht geschmälert. Das ist eindeutig der richtige Weg.

Es steht den Ländern natürlich zu, weiter zu privatisieren. An die Adresse der Bundesregierung sage ich kritisch: Die Spielräume dafür sind bei den Ländern deutlich geringer als beim Bund. Der Bund kann präzisieren, wo er zusätzlich privatisieren will. Mir sind die Stichworte jedenfalls gängig. Die Vorstellung aber, die Länder könnten ihre Steuermindereinnahmen aus der vorgezogenen Steuerreform zu 75 % über weitere Privatisierungserlöse refinanzieren, ist illusorisch.

Ich habe ferner die Bitte, darüber nachzudenken - das geht an die Adresse der B-Länder -, ob die Bemessungsgrundlage des Koch/Steinbrück-Papiers nicht nur reduziert - über eine Reduzierung wird bei Ihnen diskutiert -, sondern auch erhöht werden kann. Auf diese Frage haben Sie sich bisher nicht eingelassen.

Sie können zudem das Haushaltsbegleitgesetz des Bundes in den Punkten, die Finanzierungsvorschläge zum Inhalt haben, 1:1 übernehmen, wohl wissend, dass weitere Einsparungen bei der Eigenheimzulage und der Entfernungspauschale zu 15 % den Kommunen und zu 42,5 % den Ländern zugute kommen. Auch auf diese Frage

haben Sie sich bisher nicht eingelassen. Ich erwähne dies, damit das Frage-Antwort-Spiel nicht einseitig zwischen A- und B-Seite abläuft.

Für den Fall, dass die Länder auch nach dem Abschichten der genannten Fragen Probleme haben, wird, wie der Bundeskanzler gesagt hat, in einer nicht rechtsformalen, sondern politischen Diskussion konkretisiert werden müssen, ob es weitere Möglichkeiten zur Refinanzierung der Länderhaushalte gibt. Diese Frage steht im Raum und muss wahrscheinlich in einer zweiten Runde aufgegriffen werden.

Das nächste Thema ist "Hartz IV". Hier geht es um die beiden wesentlichen Blöcke Trägerschaft und Finanzierung. Auch aus der Sicht der A-Länder ist das bisher vorgelegte Zahlenwerk nicht konzise. Insoweit teile ich die Auffassung des Kollegen Wulff. Ich weiß aber, dass der Bund dies noch einmal erläutern könnte. In dieser Runde sollte es konkreter als bisher gemacht werden. Ich gehe davon aus, dass etwas in Aussicht gestellt werden kann, was uns einer Einigung näher bringt.

Was die Trägerschaft angeht, so glaube ich, dass die meisten der hier anwesenden Ländervertreter, ob A oder B, keine Kommunalisierung der Zuständigkeit für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger wollen. Nur eine Minderheit will die Zuständigkeit bei den Kommunen verankert sehen. Das sollten wir so kurz vor Toresschluss offen austauschen. Wir sollten versuchen, aus manchen disziplinierenden Klammern des A- und B-Musters herauszukommen. Vor diesem Hintergrund halte ich das Angebot des Bundes, eine Experimentierklausel einzuführen - es müsste konkretisiert werden, auf wie viele kommunale Gebietskörperschaften sich das erstrecken könnte -, für richtig. Ich bin neugierig auf die Antwort der B-Seite.

Was den Kündigungsschutz angeht, habe ich verstanden, dass entweder über das Modell meines Kollegen Schartau, das auf die Betriebszugehörigkeitsdauer abhebt, oder über den Schwellenwert zu debattieren ist. Das sollten wir tun.

Es bleibt eine Reihe von Punkten übrig, wo wir auseinander sind. Sie betreffen die Zumutbarkeit, die Frage von Öffnungsklauseln unter dem Dach des bestehenden Tarifvertragsrechts und das Thema "Niedriglohnsektor". Aber wenn man so abschichtet, können wir in einer weiteren Diskussionsrunde sicherlich darauf verzichten, uns gegenseitig makroökonomische Grundansätze zu erklären. Vielleicht können wir sehr viel konkreter vorankommen, wenn eine Reihe von Fragen auf kleinere Gruppen delegiert und die Sitzung unterbrochen wird.

BM Joschka Fischer (AA): Frau Merkel und Herr Stoiber, beim Zuhören sind mir zwei Dinge aufgefallen, zu denen ich nachfragen möchte. Sie haben die Bedeutung der

Strukturreformen unterstrichen. Das wird niemand hier bestreiten. Deswegen wurde die Agenda 2010 auf den Weg gebracht. Gleichzeitig wollen Sie eine wichtige Strukturreform, Hartz IV, auf den Januar vertagen. Daraus ergibt sich ein nicht unerheblicher Entlastungseffekt für die Kommunen. Er beläuft sich, wenn ich es richtig verstanden habe, auf eine Größenordnung von 2 1/2 Milliarden Euro.

(MP Christian Wulff (NI): Das wird über den kommunalen Finanzausgleich wieder genommen!)

Das wird ein wichtiger Punkt sein, wenn die Frage der Kommunalfinanzen insgesamt bewertet werden soll.

Abg. Dr. Guido Westerwelle: Der Bundeskanzler sprach in seiner Einführung von einem Verhältnis von 75:25 %. Ich habe mir dann erlaubt nachzufragen und habe auch dem Finanzminister zugehört. Bekommen wir in dieser Runde das "Schwarzbrot"? Woher kommen die 75 %? Dieser Anteil ist bisher nicht erreicht worden.

(Abg. Volker Kauder: Es gibt doch nichts, hat Herr Eichel am Donnerstag hier gesagt!)

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich möchte zu ein paar Punkten Nachfragen stellen.

Der erste Punkt betrifft das Tableau der Steuersenkung; von einer Steuerreform im eigentlichen Sinne kann nicht die Rede sein, wenn ein schon beschlossener Steuersatz von 2005 auf 2004 vorgezogen wird. Nach den Berechnungen des Bundesfinanzministeriums betragen die Ausfälle 15,56 Milliarden Euro. Unter Zugrundelegung von 75 % ergibt sich ein Gegenfinanzierungsvolumen von 11,7 Milliarden Euro. Ich habe im Augenblick nicht annähernd eine Idee, woher dieser Betrag genommen werden könnte; normalerweise kommt man bei so hohen Summen selber darauf.

Der Gesamtbetrag der Ausfälle kann aufgeteilt werden. Für den Bund ergeben sich 7,05 Milliarden Euro. 75 % davon sind 5,3 Milliarden Euro. Ich habe es so verstanden, dass der Bund für 5,3 Milliarden Euro Privatisierungserlöse hat.

(BM Hans Eichel (BMF): Nein, 75 %!)

- 75 % von 7,05 Milliarden sind 5,3 Milliarden.

(Erneuter Zuruf BM Hans Eichel (BMF))

- Ich möchte, dass wir Klarheit haben.

Der Bund hat offensichtlich 5,3 Milliarden Euro aus Privatisierungserlösen. Was das Verfahren angeht, verstehe ich es so, dass das Geld von der Kreditanstalt für Wiederaufbau geholt wird. Sie verschuldet sich entsprechend, d. h. die Verschuldung wird nicht beim Bund, sondern bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau gebucht. Diese bekommt das Geld, wenn sie es tatsächlich an den Markt gibt, irgendwann zurück. Es handelt sich um eine Zwischenfinanzierung.

Zu der Frage, wie man das zu bewerten hat, will ich nichts sagen. Klar ist - das hat Herr Kollege Steinbrück gesagt -: Damit ist kein Entzugseffekt verbunden.

Wenn ich unsere Zahlen nehme - 6,2 Milliarden und 2,3 Milliarden - und darauf die 75 % beziehe, errechne ich ein Gegenfinanzierungsvolumen von 6,4 Milliarden Euro bei uns. Dieser Betrag und die 5,3 Milliarden beim Bund ergeben wiederum das gesamte Gegenfinanzierungsvolumen von 11,7 Milliarden.

Ich habe es so verstanden, dass von den 5,3 Milliarden etwas zur Deckung der 6,4 Milliarden dazukommt. Insgesamt gesehen bleibt es bei 5,3 Milliarden Privatisierungserlösen. Bezogen auf 15,56 Milliarden bedeutet das eine Gegenfinanzierung von rund einem Drittel.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Bund noch Post- und Telekomaktien im Wert von wesentlich mehr als 5,3 Milliarden Euro hat.

(BM Hans Eichel (BMF): Das kommt dem sehr nahe!)

- Irgendwo zwischen 4 und 5 Milliarden Euro.

Ich habe es rasch ausgerechnet: Wenn wir die 6,4 Milliarden von Ihnen, Herr Eichel, bekämen, hieße das 4,6 Mehrwertsteuerpunkte.

(BM Hans Eichel (BMF): Nein!)

- Doch! 4,6 Mehrwertsteuerpunkte entsprechen 6,4 Milliarden Euro.

(BM Hans Eichel (BMF): Ach so! Er will etwas anderes!)

- Herr Eichel, Sie wissen genau Bescheid.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Keine Details!

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Ich möchte nur, dass wir wissen, worüber wir reden und wie weit wir im Augenblick auch bei den Zahlen noch voneinander entfernt sind. Aber bei den Zahlen ist es einfacher: Da kennt man die Differenz genau. Bei den ideologischen Fragen wird es schwieriger, die Differenz zu berechnen.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Zusatzrenten- und Sonderversorgungssysteme Ost. Mir liegt ein Gutachten von Herrn Seitz aus Frankfurt (Oder) vor. Daraus ergibt sich, dass erst jenseits des Jahres 2010 mit einer nennenswerten Reduzierung zu rechnen ist. Ich weiß, dass ein Urteil des Verfassungsgerichts droht, das noch einmal eine erhebliche Ausdehnung der Leistungen zur Folge hätte. Es wäre des Schweißes der Edlen wert, wenn man es hinbekäme, dass die Zahlen nach unten gehen. Ich habe eher die Befürchtung, dass durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts weitere Dynamik in das System kommt, was uns das Geschäft nicht erleichtert. Dass man in relativ kurzer Frist mit Ihrem Angebot, für das ich sehr dankbar bin, Nennenswertes in die Ostkassen bekommt, sehe ich im Augenblick nicht. Darüber müsste man aber reden.

Meine letzte Bemerkung bezieht sich auf den Punkt Niedriglohn. Kollege Koch hat Sie so interpretiert, dass da nichts zu machen sei. Ich will offen sagen: In Ostdeutschland ist die Frage des Niedriglohns etwas anders zu beurteilen. Dass die Leistungsfähigkeit ostdeutscher Betriebe ausreicht, einen Lohn einschließlich Lohnzusatzkosten bzw. Mehrwertsteuer zu zahlen, der deutlich oberhalb der Sozialhilfe liegt, und dass eine entsprechende Wertschöpfung vom Einzelnen erwartet werden kann, ist zumindest unwahrscheinlicher als in Westdeutschland. Deswegen ist mir daran gelegen, dass ein System installiert wird, das insbesondere im Hinblick auf die EU-Osterweiterung wettbewerbsfähiger ist als das gegenwärtige einschließlich dessen, was Sie bei Hartz IV vorgesehen haben; denn bei Hartz IV ist, bezogen auf den Niedriglohnsektor, zumindest nach der Interpretation, die ich gehört habe, wenig drin. Ist das ein Punkt, über den man noch diskutieren kann? Ich bin mir darüber im Klaren - Kollege Clement weiß das aus anderen Diskussionen -, dass das in fiskalischer Hinsicht ein Problem darstellt. Einen organisierten Niedriglohnsektor halte ich für notwendig. Gibt es in diesem Bereich Möglichkeiten, insbesondere bezogen auf die deutlich geringeren Lohntragungsmöglichkeiten der ostdeutschen Wirtschaft, oder bleibt es beim Bisherigen?

Zu den genannten Punkten hätte ich gern eine Ergänzung, um meine persönliche Willensbildung abschließen zu können.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Damit Sie sich darauf einstellen können, teile ich Ihnen mit, dass mir Wortmeldungen vom Bundeskanzler, von Frau Merkel und von Franz Müntefering vorliegen.

(BK Gerhard Schröder: Vielleicht sollte ich zum Schluss etwas sagen!)

- Okay. - Frau Merkel, möchten Sie jetzt das Wort nehmen?

Abg. Dr. Angela Merkel: Ich möchte wenigstens die vorletzte Position haben.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Lieber Franz Müntefering, die beiden ziehen zu deinen Gunsten zurück.

Abg. Franz Müntefering: Das ist toll. - Herr Vorsitzender, ich möchte der Versammlung erklären, weshalb die "Südkurve" so ruhig ist: Wir wollen schlichtweg Zeit sparen. In 48 Stunden müssen wir fertig sein. Da das, was wir an dieser Stelle sagen, nicht veröffentlicht wird, beende ich meinen Wortbeitrag schon wieder. Ich bitte darum, dass wir uns auf die Lösung der Probleme konzentrieren. Was wir gehört haben, ist im Wesentlichen schon mehrmals gesagt worden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Was macht der Fraktionsvorsitzende, wenn das in seiner Fraktion so geht? Unterbricht er?

Jetzt spricht Hans Eichel. Es folgen Frau Merkel und der Bundeskanzler.

BM Hans Eichel (BMF): Ich will die Frage nach den Privatisierungserlösen beantworten. Herr Kollege Milbradt hat Recht, was die Größenordnung betrifft. Wenn wir den Betrag von etwas mehr als 5 Milliarden Euro noch ins Geschäft stecken, habe ich keine Möglichkeit mehr, Postaktien zur KfW zu geben. Was die Technik betrifft, muss es, da ich nicht über den Markt spekulieren kann, eine Platzhalterlösung sein, die die KfW nicht belastet, weil wir ihr Nachrangdarlehen zum Eigenkapitalersatz geben. Damit werden auch ihre eigenen Möglichkeiten für die Förderpolitik nicht eingeschränkt. Das ist die zwingende wirtschaftspolitische Bedingung.

Es bleiben im Wesentlichen Telekomaktien. Die Größenordnung des Restbestandes haben Sie richtig beziffert, Herr Milbradt. Der Restbestand erlaubt es dem Bund, in dem Unternehmen noch tätig zu sein.

Auf ein Problem habe ich im Zusammenhang mit der Post hingewiesen: Wenn noch mehr zur KfW gegeben wird, muss dort konsolidiert werden. Also ist das Ende der Fahnenstange erreicht.

Wir haben noch ein großes Unternehmen, das aber derzeit nicht privatisierungsfähig ist: die Bahn.

Was die Aufstockungen betrifft, so haben wir bereits 2 Milliarden Euro für das Vorziehen der Steuerreform eingestellt. Wenn eine Erhöhung um weitere 3,3 Milliarden Euro vorgenommen werden soll, muss ich die Länder darum bitten, die Bremsklötze, soweit sie sie aufgestellt haben, wegzunehmen, damit der Bund seine Anteile an den Flughäfen Köln/Bonn, Frankfurt und München sowie am Duisburger Hafen privatisieren kann. Das darf nicht verhindert werden; sonst kann ich die letzte Milliarde in diesem Spiel nicht bringen.

Der aus meiner Sicht vernünftigste Weg ist ein Festbetrag im Rahmen der Umsatzsteuer. Es geht um eine einmalige Maßnahme und um einen genau bezifferbaren Betrag.

Zur Steuerreform sage ich nichts mehr; darauf geht der Bundeskanzler ein.

(Abg. Dr. Guido Westerwelle: Herr Vorsitzender, wenn Sie erlauben, würde ich dazu eine Nachfrage stellen!)

- Zu dem, was er jetzt anbietet?

Abg. Dr. Guido Westerwelle: Genau. - Wenn ich es richtig zusammenfasse, handelt es sich um Telekom, Post und Flughäfen. Wie viel betrifft die Telekom?

BM Hans Eichel (BMF): Es sind rund 2 Milliarden, die ich zur KfW geben kann. Dann habe ich noch ungefähr 2 Milliarden. Diese Anstandsposition brauche ich.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Das heißt, Sie müssen 7 Milliarden realisieren, um 5 Milliarden zusätzlich zu mobilisieren?)

- Nein. Ich habe 2 Milliarden Euro im Haushalt und lege 3,3 Milliarden drauf. Darunter ist 1 Milliarde aus der Privatisierung der Bundesanteile an den Flughäfen Köln/Bonn, Frankfurt und München sowie am Duisburger Hafen.

(MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Aber die 2 Milliarden haben Sie schon im Etat! Die können Sie doch jetzt nicht zur Deckung verwenden!)

- Nein, ich habe sie für die Steuerreform eingesetzt, Herr Milbradt. Den Betrag erhöhe ich.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Er hat es kapiert. - Frau Merkel, bitte.

Abg. Dr. Angela Merkel: Zu der Bemerkung von Herrn Fischer will ich Folgendes sagen: Es gab zwei Modelle. Das Modell des Bundesfinanzministers für Hartz IV hat, wenn es mir richtig berichtet worden ist, in keinem Bundesland Sympathie gefunden. Der Vorschlag von Roland Koch, dem sich die Unionsseite angeschlossen hat, ist nicht konsensfähig.

Daraufhin hat man sich aufeinander zubewegt. Es gibt aber - so ist es mir gesagt worden - keine verlässliche Berechnung, welche finanziellen Auswirkungen andere Optionen hätten. Sobald Einigkeit darüber besteht, dass die finanziellen Auswirkungen zuzuordnen und mit Wohngeld unter anderem zu verrechnen sind - da ist die lokale Verteilung extrem unterschiedlich -, kann man versuchen, sich auf Hartz IV zu verständigen. Ich hätte nichts dagegen. Was mir vom letzten Freitag berichtet wurde, steht dem entgegen. Mit diesem Thema können fünf Parteivorsitzende sicherlich nicht agieren; denn es ist von großer Komplexität. Wenn es geht, bitte schön! Das Ziel ist das gleiche. Mir sagen nur alle, die etwas davon verstehen, es sei fast unmöglich. Wenn die Bundesregierung die Quadratur des Kreises findet - wir sind dafür!

Jetzt möchte ich gern einen Vorschlag zum Verfahren machen; denn ich stimme zu, dass die Zeit drängt. Wenn wir heute zu Potte kommen wollen, ist es dringend notwendig, dass von der Bundesregierung bzw. der A-Seite nachgelegt wird, was die Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt anbelangt. Ich bitte Sie, noch einmal über das, was vom Bundeskanzler gesagt wurde, nachzudenken. Möglicherweise erfordert das eine interne Abstimmung, so dass für eine halbe Stunde unterbrochen werden sollte. Dann könnten auch wir das Gespräch resümieren.

Ich bin dafür, danach in einem kleineren Kreis zusammenzukommen. Bei der Gemeindefinanzreform hat es heute Bewegung gegeben. Zwei oder drei, die sich immer mit diesem Thema befasst haben, sollten parallel zu der kleineren Gruppe, die generalstabsmäßig verhandelt, hier eine Klärung herbeiführen. Gleiches gilt für Hartz IV. Was der Bundeskanzler hinsichtlich der Experimentierklausel vorgeschlagen hat, ist nichts, woran man anknüpfen kann. Deswegen muss darüber noch einmal gesprochen werden.

Was die kleinere Gruppe angeht, schlage ich vor, dass von CSU, FDP und Grünen je ein Vertreter teilnimmt. Für die großen Parteien sollten noch ein oder zwei Ministerpräsidenten dazukommen; denn es wird auch über die Länderhaushalte gesprochen. Es wäre mir recht, wenn wir es so machen könnten. Auch die "Südkurve" könnte zufriedener sein; wir hätten dann die nächste Etappe erreicht. Ehe aber in der kleineren Runde über Finanzfragen gesprochen wird, muss es um Strukturreformen gehen.

BK Gerhard Schröder: Erstens. Wenn ich mir die Diskussion über die Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform anschaue, habe ich das Gefühl, dass Sie der Meinung sind: Das ist weit weniger wichtig, deswegen brauchen wir es nicht. - Wenn das die Position ist, werden wir nicht zusammenkommen. Ich bin wirklich der Auffassung, dass wir das brauchen. Das steht, wie sich die Dinge sowohl national als auch international in den letzten Monaten entwickelt haben, im Vordergrund. Eine andere Frage ist, ob wir es für richtig halten und ob es, nationalökonomisch betrachtet, richtig ist. Es steht im Vordergrund, was die Wahrnehmung Deutschlands international angeht.

(MP Christian Wulff (NI): Das haben Sie aber herbeigeführt!)

- Ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie zu den Blättern, die das besonders gefeaturet haben, engere Kontakte haben als ich. Aber das ist eine andere Frage, über die wir uns nicht lange unterhalten müssen. Der Zustand ist, wie er ist. Damit haben wir politisch umzugehen. Mir zu unterstellen, ich hätte die entsprechenden besonders freundlichen Beziehungen, ist, um es zurückhaltend auszudrücken, leicht übertrieben.

Wenn wir heute auseinander gehen, weil zu viel, was sachlich nicht zusammengehört, miteinander verquickt wird, dann werden wir uns nicht einigen können. Dann wird das, was von uns in erster Linie erwartet wird, nicht eintreten, und wir werden eine Diskussion über die Frage führen, warum es nicht eingetreten ist. Das muss jeder wissen.

Zweitens. Damit klar wird, dass wir auch in Anbetracht der Schwierigkeiten, was die Refinanzierung bei den Ländern für das eine Jahr betrifft, keine ultimativen Positionen vertreten, will ich sagen: Es hat keinen Sinn, den Betrag, der durch Privatisierung aufzubringen ist - womöglich allein beim Bund -, auf die Summe hinaufzuschieben, die Herr Milbradt errechnet hat. Ich glaube, aus den Ausführungen des Finanzministers ist deutlich geworden, dass das nicht leistbar ist. Er kann 75 % von den rund 7 Milliarden Euro durch Privatisierung darstellen. Sie haben mitbekommen, in welcher Weise das geschieht. Das bedeutet, dass der Bund in Höhe von etwa 5 Milliarden Euro Privatisierungserlöse hat.

Sie sagen: Wir können es nicht hinnehmen, dass der Bund das hat, wir aber nicht. - Dann muss man darüber reden. Um das Ganze voranzubringen, bin ich bereit zu sagen: Lassen Sie uns die Summe teilen! - Es geht aber nicht, dass erklärt wird: Der Bund soll sehen, wo er bleibt.

Es ist ein faires Angebot, wenn wir sagen: Das sind unsere Privatisierungserlöse. Wir teilen sie redlich, fifty-fifty, auf. Das den Ländern zustehende Geld wird ihnen, wie der Bundesfinanzminister ausgeführt hat, als Hilfe zur Gegenfinanzierung des Vorziehens der Steuerreform in einer Summe zur Verfügung gestellt.

Weil das für den Bund die äußerste Grenze ist, habe ich in diesem Zusammenhang die Bitte, den Subventionsabbau hart anzugehen. Das wäre mir das Liebste. Dann können Sie Ihre restriktive Position bei der Pendlerpauschale und der Eigenheimzulage nicht aufrechterhalten. Oder wir müssen den Rest für das eine Jahr durch Neuverschuldung finanzieren. Beides ist denkbar.

Mir fällt auf, dass Sie über Strukturpolitik immer nur im Hinblick auf den Arbeitsmarkt reden; gelegentlich reden Sie von Subventionsabbau. Aber wenn es ernst wird, fällt Ihnen immer etwas ein, warum dieses oder jenes nicht geht. Wir müssen in diesen beiden Punkten, wo, wie wir alle wissen, wirklich etwas auf die Waage zu bringen ist, deutlicher werden. Die 12 %, die Sie bei der Eigenheimzulage zugestanden haben, reichen nicht aus. Die A-Seite hat 50 % gefordert. Wenn Ihnen das zu viel ist, wird es dazwischen wohl eine Einigungsmöglichkeit geben.

(Abg. Volker Kauder: Aber da kommt nächstes Jahr nichts rüber!)

- Wir reden auch über die nachhaltigen Fragen.

Bei der Pendlerpauschale ist es ähnlich. Zwischen dem, was wir vorgeschlagen haben, und dem, was Sie zugestehen wollen, gibt es eine deutliche Differenz. Wenn es darum geht, Verhandlungen zum Erfolg zu führen, müssen wir uns auch darüber verständigen. Gründe zu finden, warum sie nicht erfolgreich sein sollen - das können wir schnell haben. Dann müssen wir uns nicht die Nacht um die Ohren schlagen; damit habe ich aber kein Problem, wenn etwas herauskommt. Das sind die Punkte, über die in kleiner oder großer Runde nachhaltig zu reden sein wird. Wir können nicht die Gemeindefinanzen regeln, während zum Vorziehen der Steuerreform und zu den übrigen Dingen keine Einigung erzielt wird. Das geht auf keinen Fall.

Was die Gemeindefinanzen betrifft, so ist klar, worum es geht. Meiner Ansicht nach kann man auf der vorhandenen Basis - das ist im Wesentlichen Ihr Modell - abschließen. Wenn Sie allerdings den Bund auffordern, auch an dieser Stelle etwas draufzulegen, etwa in Form von Umsatzsteuerpunkten für ein Jahr - einige von Ihnen haben zwei Jahre gefordert -, dann schmälern Sie den Betrag, den wir den Ländern zur Verfügung stellen können; denn wir könnten das nur aus Privatisierungserlösen finanzieren, wenn wir es wollten. Mehr als die Hälfte ist nicht drin.

Wie Sie es aufteilen - zu Gunsten der Kommunen oder zu Ihren eigenen Gunsten -, ist letztlich egal. Eines muss klar sein: Bei der angekündigten Bereitschaft, die Privatisierungserlöse des Bundes zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 50:50 zu teilen, wäre es nicht fair, wenn gesagt würde: Wir wollen noch Geld für dieses und jenes, verhalten uns aber beim Subventionsabbau so restriktiv wie möglich. - Das kann nicht funktionieren. Das ist auch kein redliches Unterfangen.

Zum Punkt Niedriglohnsektor wird Wolfgang Clement gleich etwas sagen.

Eine Bemerkung zum Punkt Arbeitsrecht! Ich habe sehr wohl dazu Stellung genommen, Frau Merkel, und angeregt, sich mit dem Vorschlag von Herrn Schartau als Alternative zur Heraufsetzung der Schwellenwerte zu beschäftigen. Ich will die Begründung nachliefern. Wir haben Erfahrungen mit der Heraufsetzung der Schwellenwerte gemacht, die nicht sehr günstig waren.

(MP Dr. Edmund Stoiber (BY): Die waren nur zu kurz!)

- Das ist eine These, die man vertreten kann, Herr Stoiber. Aber niemand kann sie beweisen. - Die Frage lautet, ob das andere Modell nicht sinnvoller wäre. Deswegen ist die Behauptung falsch, wir hätten zum Bereich Arbeitsmarkt nichts angeboten.

Was die Frage der Ortsüblichkeit angeht - sie spielte in der Debatte im Bundestag eine Rolle -, muss man gucken, was der Vorschlag, den die Regierung eingebracht hat, bringt und was nicht.

Über diese beiden Fragen muss man miteinander reden. Wir würden einen riesigen Fehler machen - dazu bin ich nicht bereit, was immer wir zum Arbeitsrecht vereinbaren -, wenn wir in der aktuellen Situation, da wir zum ersten Mal in den wichtigsten Gewerkschaften wirklich Bewegung haben, mit gesetzgeberischen Vorschlägen, die verfassungsrechtlich zweifelhaft sind, kämen, ohne abzuwarten, was beide Seiten tatsächlich miteinander vereinbaren. Wir müssten bereit sein, nicht kalkulierbare politische und ökonomische Risiken einzugehen, wenn wir glaubten, so handeln zu müssen. Ich habe in meiner Rede erklärt: Wenn sich beide Seiten nicht einigen, wird der Gesetzgeber handeln. - Sie können sich doch nur in Tarifverhandlungen einigen, wie denn sonst? Das ist die erste Tarifrunde, in der eine solche Einigung möglich ist. Dass die Vereinbarung nicht jedem Spitzenfunktionär passt, weil er nicht dabei war, ist eine andere Frage; Eitelkeiten sind auch im dortigen Lager zu finden. In der laufenden Tarifrunde brauchen wir ökonomische Unterstützung durch vernünftige Regelungen. Alles andere hielte ich für falsch.

Kurzum: Ich will eine Einigung. Ich bin bereit, den Ländern bei der Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform behilflich zu sein. Meine Bitte ist, keine Diskussion

darüber zu führen, welche Hürden wir aufbauen können, um eine Einigung zu verhindern, sondern eine Diskussion darüber zu führen, was wir tun können, um eine Einigung zu ermöglichen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich möchte den Vorschlag von Frau Merkel aufgreifen, jetzt zu unterbrechen, damit sich die A- und die B-Seite untereinander verständigen können. Das sollte nicht sehr lange dauern; Sie sprachen von einer halben Stunde. Danach trifft sich eine Arbeitsgruppe, die allerdings noch zusammengesetzt werden muss. Dieser Vorschlag ist hoch praktikabel. Ich würde ihn gern aufgreifen.

BM Wolfgang Clement (BMWA): Es tut mir Leid, Herr Vorsitzender, aber ich muss noch auf die Punkte Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und Niedriglohnsektor eingehen.

Die Zusammenlegung halten wir alle für vernünftig. Wenn sie gelänge, würde das nach unseren Berechnungen für die Kommunen Verbesserungen von 1,9 Milliarden im nächsten Jahr und von 2,5 Milliarden Euro im übernächsten Jahr bedeuten. Wir haben in den Verhandlungen vorgeschlagen, vor Ort eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Bundesanstalt und den Kommunen zu bilden. Das ist der weitestgehende Vorschlag. Wir halten ihn für richtig.

Frau Dr. Merkel, wir sind allerdings bereit, eine Experimentierklausel in Gestalt einer Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zu akzeptieren. Auf dieser Grundlage könnten die jeweiligen kommunalen Träger die Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch im eigenen Namen wahrnehmen und Verwaltungsakte bzw. Widerspruchsbescheide erlassen.

Wir sind bisher von zehn Städten bzw. Landkreisen ausgegangen, sind aber bereit, pro Bundesland zwei Städte respektive Landkreise zu akzeptieren; bei den Stadtstaaten wäre das etwas anders. Wir würden das durch eine Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates festhalten, d. h. es wäre keine willkürliche Entscheidung durch irgendjemanden, sondern es würde durch uns geregelt.

Was die Finanzfrage betrifft, Herr Professor Böhmer, kann der Finanzminister erklären - das muss nicht vor der Pause geschehen -, dass wir in der Größenordnung von bis zu 1 Milliarde Euro noch zu einer Bewegung in der Lage sind. Das bezieht sich auf den vorgesehenen Umsatzsteueranteil in der Gesamtrechnung, die Sie aus unseren Gesprächen vielleicht noch vor Augen haben.

Zum Niedriglohnsektor will ich darauf hinweisen, dass unsere Fachleute neben den Minijobs bei den Zuverdienstmodellen sehr nahe beieinander sind. Wir sind bereit, bezogen auf das Arbeitslosengeld II folgendes Zuverdienstmodell zu akzeptieren: bei bis zu 900 Euro 33 %, zwischen 900 und 1 500 Euro 15 %. Darauf könnten sich Ihre und unsere Fachleute verständigen; denn das ist der Niedriglohnsektor. Allerdings müssten etwa 400 Millionen Euro zusätzlich aufgewandt werden; 330 000 Haushalte fielen zusätzlich unter das Arbeitslosengeld II.

Was die öffentlichen Beschäftigungsangebote in Ihrem Modell angeht, Herr Ministerpräsident Koch, so haben wir letzthin besprochen, dass allen Menschen, die bis zu 25 Jahre alt sind und Sozialhilfe beziehen oder beziehen können, entsprechende Angebote unterbreitet werden. Wir meinen, dass man das nicht auf anderthalb Millionen Menschen, die betroffen sein könnten, ausdehnen kann. Deshalb regen wir in einer ersten Runde an, die Angebote auf Jugendliche zu konzentrieren.

Zur Zumutbarkeit hat sich der Bundeskanzler geäußert. Als Auffanglinie könnte das dienen, was man früher als "Leichtlohngruppen" bezeichnet hat.

Der Sektor Lohnzuschlag ist der einzige, bei dem bisher auf beiden Seiten keine Bewegung erkennbar ist. Herr Koch hat ein Lohnzuschlagsmodell entwickelt, wir haben bisher nur ein Kinderzuschlagsmodell.

Das sind die Spielräume, in denen wir uns bewegen. Was den Niedriglohnsektor betrifft, gibt es also eine sehr viel größere Annäherung, als auf den ersten Blick erkennbar ist.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich greife meinen Verfahrensvorschlag von vorhin auf. Wir unterbrechen und treffen uns in den A- bzw. B-Gruppen. Die Unterbrechung sollte nicht zu lange dauern; ich habe eine halbe Stunde vorgeschlagen. Herr Kauder hat soeben gesagt, um 20 Uhr müsste es geschafft sein.

Angela Merkel hat ferner vorgeschlagen, dass eine Arbeitsgruppe zusammentritt mit je einem Vertreter von FDP, CSU und Grünen sowie, um die Bundesländer mitzunehmen, zwei bis drei Vertretern von SPD und CDU. Das müssen Sie klären. Wir haben den Raum, in dem Sie tagen können, vorbereitet.

Liebe Angela Merkel, um Zeit zu sparen, wäre es mir am liebsten, wenn Sie direkt in diesen kleinen Raum gingen und wir nicht noch eine große Runde machen müssten; denn die großen Runden sind schrecklich.

(MP Roland Koch (HE): Wir waren drei Tage lang lieb zu Ihnen, und jetzt sagen Sie so etwas! - Heiterkeit)

- Entschuldigung! Ich nehme alles zurück. Ich weiß aber, dass wir unter Zeitdruck stehen. Je später der Abend, desto anstrengender wird es.

Am liebsten wäre es mir, wenn wir eine Dreiviertelstunde Pause machten. Ich rate Ihnen dazu, die Zeit zu nutzen, um im A- und im B-Lager die Dinge auszudiskutieren. Nur für den Fall, dass der Vorschlag von Angela Merkel in Ihren Gruppen nicht mehrheitsfähig ist, würde ich noch einmal das Plenum einberufen. Wenn der Vorschlag mehrheitsfähig ist, benenne ich die Leute. Im Raum 2.051 gibt es etwas zu essen. Dort können Sie ohne Presse beraten.

Frau Merkel schlägt zudem vor, die Themen "Hartz IV" und "Gemeindefinanzen" parallel abzuarbeiten. Dafür bieten sich die beiden erfahrenen Arbeitsgruppen an.

In Bezug auf Hartz IV haben Roland Koch und Ludwig Stiegler in den letzten Tagen sehr viel bewegt. Wenn die beiden einen konkreten Vorschlag machen, damit wir vorankommen, sind wir gut beraten.

Bei den Gemeindefinanzen haben Gerhard Stratthaus und Joachim Poß in den letzten Tagen eine wunderbare Beratungskultur entwickelt, auf die wir alle bauen. Wenn die beiden überlegen, wer noch dazugehören soll, kommt mit Sicherheit etwas Konstruktives heraus. Wir müssen nicht alles neu erfinden. Ich würde es ihnen anvertrauen.

(Abg. Dr. Angela Merkel: Herr Vorsitzender, ich meine schon, dass zu der Gruppe mit dem schönen Essen die Parteivorsitzenden gehören sollten!)

- Das habe ich vorgeschlagen.

(Abg. Dr. Angela Merkel: Okay!)

Besteht darüber Einvernehmen? - Dann verfahren wir so. Die A- und B-Gruppen treffen sich in den Sälen, die Sie alle kennen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von Sonntag, 14. Dezember 2004, 19.22 Uhr bis Montag, 15. Dezember 2003, 3.02 Uhr)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wenn wir uns so langsam wieder auf unsere Plätze bewegen, haben wir die Chance, dass wir wieder zum Arbeiten kommen.

Die drei haben sich soeben darauf verständigt, dass sie zuerst im Vermittlungsausschuss vortragen und dann gemeinsam vor die Presse gehen.

Ich habe unsere Verhandlungsführer so verstanden, dass sie sich soeben spontan darauf verständigt haben, dass wir jetzt einen "Ergebnisbericht" hören über das, was in den Nachtstunden passiert ist. Es ist meine herzliche Bitte, dass Sie dann gemeinsam vor die Presse gehen, damit das von den Journalisten auch kapiert wird. Es ist immer besser, wenn man das zusammen macht.

Wer will das Ergebnis vortragen? - Herr Kanzler, bitte.

BK Gerhard Schröder: Ich hoffe, ich bekomme es einigermaßen voreinander. Ich will bei den vier Bereichen bleiben, über die wir eingangs geredet haben. Ich beginne mit dem, was am einfachsten zu vereinbaren war.

Das ist die Frage, wie wir mit den Gemeindefinanzen umgehen wollen. Es soll - da hat es ein Missverständnis gegeben - bei dem geltenden Recht, dem Gewerbeertragsteuerrecht, bleiben. Die Umlage soll von 28 auf 20 % gesenkt werden. Der Korb II betrifft insbesondere die Verwendung von Verlustvorträgen und die so genannte Gesellschafterfremdfinanzierung, die für die Körperschaftsteuer vereinbart war. Sie soll wirkungsgleich auf die Gewerbesteuer übertragen werden, allerdings nach den Festlegungen mit einem Satz von 60 %. Das ist das, was die Gemeindefinanzen betrifft. Die 60 % waren nicht einfach zu vereinbaren, haben aber den Hintergrund, dass 50 % an sich vereinbart waren, bezogen auf die Körperschaftsteuer, dass die Belastung natürlich, wenn sie wirkungsgleich umgesetzt wird auf die Gewerbeertragsteuer, entsprechend steigt. Deswegen hat man den Satz, der höher klingt, aber im Grunde ermäßigt ist, um zehn Punkte ermäßigt.

Der zweite Punkt ist in der öffentlichen Wahrnehmung der wichtigste: Wir haben eine sehr lange intensive Diskussion über das Vorziehen der Steuerreform 2005 auf 2004 geführt. 2005 bleibt im Gesetzblatt so, wie es ist. Für 2004 wird nicht das volle Vorziehen von 2005 gemacht; daran wird etwas verändert. Wir sind der Auffassung, dass wir das Volumen angesichts der finanziellen Schwierigkeiten, die ausschließlich von den B-Ländervertretern - das muss man, glaube ich, fairerweise sagen - vorgebracht worden sind, für das Jahr 2004 reduzieren sollen. Wir haben uns darauf verständigt, den Spitzensteuersatz von jetzt 48 1/2 %, der 2004 so oder so auf 47 % sinken würde - Steuerreformstufe 2004 -, auf 45 % abzusenken und den Eingangssteuersatz, der gegenwärtig bei 19,9 % liegt, bei 17 % liegen sollte, auf 16 % abzusenken - bei voller Anwendung des neu geschaffenen und vorgesehenen Grundfreibetrags. Das ist das, was wir zum Vorziehen der Steuerreform gemacht haben.

Es bleibt dabei, dass der Bund den Ländern die Hälfte der Privatisierungserlöse, berechnet auf 5,3 Milliarden Euro, zur Verfügung stellen wird, damit ihnen die Finanzierung des Vorziehens erleichtert wird.

Das sind die Vereinbarungen insoweit. Ich hoffe, dass ich das vollständig dargestellt habe. Peer Steinbrück, das ist so, nicht?

Der dritte Bereich betraf das, was sich mit dem Begriff "Hartz IV" verbindet. Hartz III war ohnehin unproblematisch; da geht es um die Umorganisation der Bundesanstalt für Arbeit, die gemacht werden soll, gemacht werden muss.

Bei Hartz IV hatten wir die Kontroverse: Wer soll die Verantwortung für die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger übernehmen? Sie wissen - das brauche ich hier nicht zu erläutern -: Bundesanstaltsmodell oder Kommunalmodell. Wir haben uns von der A-Seite schweren Herzens, weil wir von der Wirkung nicht überzeugt sind, darauf verständigt, eine Option, einen Anspruch für die Kommunen zu schaffen, die das wollen. Sie können optieren. Es wird dann die Aufgabe des Vermittlungsausschusses sein, die Finanzierungsbedingungen, die hier noch einmal dargestellt werden könnten, festzulegen. Es ist klar, dass es Fallpauschalen geben wird, dass die Inanspruchnahme von Leistungen der Bundesanstalt, auf die die Kommunen angewiesen sein werden, geregelt wird. Wir haben uns wirklich schweren Herzens auf dieses Modell verständigt. Aber es war der Wunsch der Mehrheit des Bundesrates, sich auf ein solches Modell zu begeben. Da wir eine Gesamtregelung wollten und alles miteinander zusammenhängt, wie es so schön heißt, und da nichts vereinbart ist, bevor alles vereinbart worden ist, haben wir uns auf diese Frage eingelassen.

Klar muss dabei sein, dass wir in dieser Woche die Zusammenlegungsentscheidung hinbekommen müssen. Wir können - das ist sozusagen das Gegengeschäft - als A-Seite nicht akzeptieren, dass die Frage der Zusammenlegung als solche in den Januar oder wohin auch immer geschoben wird. Wir wissen, dass es schwierig sein wird, die Regelungen zu treffen, die man per Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates treffen muss. Aber es ist klar, dass wir sie so treffen wollen.

Zu den Finanzbeziehungen wird Herr Diller vortragen. Da ist, glaube ich, in der Arbeitsgruppe eine Einigung erzielt worden. Die Bundesregierung ist bereit gewesen, in bestimmter Weise die Rückübertragung von Umsatzsteuerpunkten nicht vornehmen zu lassen, auch um den Ländern entgegenzukommen. Das wird von denen dargestellt werden, die in der Arbeitsgruppe gearbeitet haben.

Franz, du lachst?

(Zuruf Abg. Franz Müntefering)

- Ach so, ja. Um diese Zeit ist das bei denen, die nur über Umweltfragen nachdenken, gelegentlich so.

Der vierte Bereich betrifft das Arbeitsrecht im engeren Sinne. Das war für unsere Seite außerordentlich schwierig. Wir haben uns darauf verständigt, den Schwellenwert bei der Kündigungsfrist auf zehn festzulegen, allerdings eine - wie die Fachleute es genannt haben - Pro-futuro-Regelung einzuführen. Das heißt, sie gilt nur für diejenigen, die neu eingestellt werden. Wenn einer sieben hat und nichts tut, dann bleibt es beim Kündigungsschutz für denjenigen. Diese Regelung ist uns nicht leicht gefallen und wird in unserem Bereich sicherlich die eine oder andere Schwierigkeit machen. Aber wir halten sie für vernünftig. Wenn man es vereinbart hat, dann ist es nicht nur erträglich, sondern auch vernünftig. So würde ich es dann auch darstellen wollen.

Ganz schwierig war die Frage der Zumutbarkeit. Wir haben zugestanden, dass es die Regelung geben wird, die ursprünglich auch von der Bundesregierung angedacht worden ist, dass man auf das Einziehen von Bedingungen verzichtet. Wir haben auch deutlich gemacht - ich will das hier sagen -, dass es keine untergesetzlichen Regelungen anderer Art geben wird. Wenn man eine Vereinbarung trifft, dann muss sie auch gelten und fair sein. Aber es ist klar, dass die Arbeit der Fallmanager, die eine kreative Vermittlungstätigkeit machen sollen, auch nicht von der anderen Seite her eingeschränkt werden kann. Wir werden keine untergesetzlichen Regelungen machen. Wer werden also das, was wir vereinbart haben, nicht umgehen. Das gebietet die Fairness. Aber wir müssen den Fallmanagern auch die Arbeitsmöglichkeiten geben, die sie brauchen, um Vermittlung wirklich effektiv machen zu können.

Es wird Sache des Vermittlungsausschusses sein, sich in einigen Punkten, die nicht irrelevant, sondern wichtig sind, zu einigen. Das betrifft das, was man "Niedriglohnsektor" nennt. Da muss noch diskutiert werden. Aber es gibt keine neuen Conditiones bezogen auf das übrige Vereinbarte. Das kann nach unserer festen Überzeugung nicht noch einmal in Frage gestellt werden. Entweder man einigt sich in diesem Bereich auf vernünftige Dinge, oder man kann sich nicht einigen. Eine neue Bedingung für das Gesamte einzuziehen ist jedenfalls nicht möglich; es entspricht auch nicht den Vereinbarungen.

Ich will, bezogen auf das Haushaltsbegleitgesetz - da mögen mir die Finanzer hilfreich sein -, auf zwei Dinge hinweisen, die ich darstellen kann. Die B-Seite hat sich in der Lage gesehen zu sagen: Koch/Steinbrück muss mengenmäßig erreicht werden. Bezogen auf zwei Aspekte, nämlich die Eigenheimzulage und die Pendlerpauschale, gibt es eine Einigung: Die Pendlerpauschale wird auf 30 Cent festgesetzt, die Eigen-

heimzulage wird um 30 % gekürzt. Das ist die Vereinbarung, die gilt. Die B-Seite hat sich nicht in der Lage gesehen, weiteren Subventionsabbau, etwa im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, zu machen. Wir haben das mit Zorn zur Kenntnis genommen, aber so seid ihr nun mal! Da kann man nichts machen.

Mir ist ein Punkt wichtig, zu dem ich wirklich um eine Einigung bitte. Das Vorziehen der Steuerreformstufe - auch in der jetzigen Form - wird den Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende, den wir schrittweise abbauen wollten, auflösen. Ich halte das persönlich für ein sehr großes Problem für die Betroffenen. Wer alleinerziehend ist und nicht in die Sozialhilfe will, um zurechtzukommen und für sein Kind da zu sein, hat einen höheren Betreuungsaufwand als ein Paar, ob es verheiratet ist oder nicht. Ich glaube, dass man entweder die Frage der Abschmelzung anders behandeln muss oder das tun muss, was die A-Seite bzw. die Bundesregierung vorgeschlagen hat, nämlich den Betreuungsaufwand in bestimmter Weise steuerlich berücksichtigen. Ich habe die herzliche Bitte, das so ernst zu nehmen, wie es ist. Es handelt sich meist um junge Frauen - Männer gibt es da weniger, obwohl es auch etliche sind -, die nicht den Weg gehen wollen, sich die Erziehungsleistung über Sozialhilfe bezahlen zu lassen, sondern die ihr Kind durch eigene Arbeit mit einem enorm erhöhten Betreuungsaufwand durchbringen wollen. Ich halte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das uns zwang, diesen Haushaltsfreibetrag abzuschmelzen, für in der Sache völlig verfehlt. Das wird der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht gerecht.

Wir haben es nicht hinbekommen, eine Vereinbarung zu treffen. Es bleibt bei dem, was wir regeln wollten. Aber ich habe die herzliche Bitte, sehr zu gucken, ob man entweder die Regelung, die wir vorschlagen, umsetzt oder ob man das Abschmelzen des Haushaltsfreibetrags stoppt. Ich hätte kein Problem, mich da erneut vor dem Bundesverfassungsgericht zu streiten. Ich glaube nicht, dass das Gericht noch einmal eine solche Entscheidung treffen würde. Der Hinweis, dass damit Alleinerziehende anders behandelt werden als Verheiratete, ist zwar richtig; aber es gibt auch einen sachlichen Grund, sie anders zu behandeln: Der Betreuungsaufwand ist höher.

Das sind die Dinge, von denen ich glaube, dass sie ziemlich - -

(MP Christian Wulff (NI): Wohnungsbauprämie! - Weiterer Zuruf: Abgeltungsteuer und betriebliche Bündnisse!)

- Entschuldigung! Das ist klar.

Bei den betrieblichen Bündnissen, die ich nicht so nenne, sahen wir uns nicht in der Lage, eine Regelung zu treffen, die über eine Protokollerklärung hinausgeht. Sie lautet, dass wir miteinander erwarten, dass die Tarifvertragsparteien innerhalb eines

Jahres zu einer neuen Balance zwischen zentralen Verhandlungsnotwendigkeiten und betrieblichen Erfordernissen kommen.

(MP Christian Wulff (NI): Betrieblicher Ebene!)

- Oder betrieblicher Ebene.

Ich will sehr deutlich sagen: Ich habe beim Kündigungsschutz und bei der Zumutbarkeit Zugeständnisse gemacht. In der Besprechung habe ich klar gemacht, dass ich weitere Zugeständnisse zum einen nicht machen könne, weil ich wirklich auf Bewegung setze. Wie Sie es nennen, ist völlig egal. Aber wir haben das so ausgehandelt; Herr Stoiber, Sie sind mein Zeuge. Zum anderen kann ich nur das zusagen, was ich auch einhalten kann. Die Koalition könnte eine gesetzliche Veränderung nicht einhalten. Ich sehe das nicht. Deswegen wollen wir durchaus klar machen, dass wir erwarten, dass sich die Tarifvertragsparteien bewegen. Es gibt ja auch Bewegung. Ich sage das vor dem Hintergrund einer Tarifrunde im wichtigen Metallbereich, von der wir sehr viel wirtschaftliche Vernunft erwarten müssen. Einen Großkonflikt über eine andere Frage können wir in dieser Situation wahrlich nicht gebrauchen. Deswegen ist das so gewesen.

(Zuruf Abg. Dr. Guido Westerwelle)

- Sie haben Recht. Vielen Dank, Herr Westerwelle!

Ich hätte noch darauf hinweisen müssen, dass wir die Brücke zur Steuerehrlichkeit vereinbart haben, dass das aber durch eine Abgeltungsteuer in einer Größenordnung von 25 % ergänzt werden muss, die sich nicht nur darauf beziehen darf, was zurückkommen soll, sondern - das wird schwierig sein, weswegen darüber in der Arbeitsgruppe geredet werden muss - sich auch über Kapitalerträge und verwandte Dinge verhalten muss. Der Bundesfinanzminister kann vielleicht noch ein paar Bemerkungen zur Präzisierung beitragen.

Das sind die Dinge, die wir vereinbart haben und die jetzt - vielen Dank für den Hinweis - erschöpfend dargestellt sind.

(Abg. Dr. Angela Merkel: Ich glaube, es fehlt noch Korb III!)

- Bei Korb III sollte sein, dass es eine Arbeitsgruppe zwischen Bund und Ländern geben wird, die sich auf der Basis des Entschließungsantrags des Bundesrates mit der Frage beschäftigt, ob man im gesamten Bereich der Leistungen der Jugendhilfe nicht zu Ausgabenbegrenzungen kommen kann, kommen muss. Das ist der Stoiber-Korb oder der Stiegler-Korb; jedenfalls beginnt er mit "St".

Abg. Dr. Angela Merkel: Über einen Punkt, der bedacht werden muss, haben wir den gesamten heutigen Abend noch nicht gesprochen: die weitgehende Einigung bei der Handwerksordnung.

(BM Joseph Fischer (AA): Geigenbauer brauchen jetzt keinen Meisterbrief mehr! - Weiterer Zuruf: Doch, die haben wir wieder drin! - Heiterkeit)

- Ich hoffe, dass Frau Künast für den Brunnenbauer gesorgt hat.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine fröhliche Zerrede-Runde kommen.

Wer von denen, die mit verhandelt haben, muss das ergänzen? Oder war es das? - Herr Stoiber.

MP Dr. Edmund Stoiber (BY): Wir haben im Zusammenhang mit dem Haushaltsbegleitgesetz, wo eine Reihe von Positionen enthalten war, klar und deutlich die vom Bundeskanzler genannten Positionen übernommen: AfA, Pendlerpauschale und Eigenheimzulage, aber nicht die Streichung der Wohnungsbauprämie und die landwirtschaftlichen Dinge.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wer aus dem Ausschuss möchte die Berichte noch ergänzen? - Herr Milbradt.

MP Prof. Dr. Georg Milbradt (SN): Bezogen auf Hartz IV haben wir verhandelt, ohne das letzte Zahlentableau zu sehen. Zu den Zahlen dürften wir noch etwas hören. Auch die Ostaspekte gehören dazu; das ist offen geblieben. Das wollen wir von den Zahlen, die uns noch vorgelegt werden, vor allen Dingen von der Belastbarkeit des Zahlenmodells, abhängig machen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Gibt es zu dem Bericht noch Wünsche? - Herr Koch, bitte.

MP Roland Koch (HE): Ich will nur eine Klarstellung machen. Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, dass hinsichtlich Hartz IV und Option das Weitere durch eine Rechtsverordnung geklärt wird. Herr Kollege Stiegler und ich sind jedenfalls auch auf dem Weg, ob es nicht klug wäre, das in einem zweiten Teil eines Gesetzes zu regeln.

Es sei zugestanden, dass das, was die Zusammenlegung jetzt betrifft, im Gesetz geregelt wird. Aber es gibt Rechtsgründe, wenn man mit den Kommunen zusammenarbeitet, dass es möglicherweise mit einer Rechtsverordnung nicht geht. Deshalb hätte ich gerne das Einverständnis zu Protokoll, dass das in einem Gesetzgebungsverfahren geregelt wird, wenn die Seiten es für notwendig halten.

(Zuruf: Kein Problem!)

BM Hans Eichel (BMF): Ich will zwei Bemerkungen machen.

Die erste betrifft das Thema "Abgeltungsteuer". Ich muss zugeben: Das ist überraschend, weil die CDU auf ihrem Bundesparteitag etwas ganz anderes beschlossen hat.

(Zuruf Abg. Dr. Angela Merkel - Abg. Dr. Guido Westerwelle: Wollen wir jetzt eine politische Diskussion führen?)

- Ich glaube, ich habe das Wort, Herr Westerwelle.

Ich will nur darauf hinweisen, dass die Frage der Kapitalerträge eine sehr viel umfangreichere Untersuchung bedeutet, auch hinsichtlich des Steuersatzes. Ich kann im Moment nicht übersehen - ich habe aber ein paar Hinweise -, ob das, was hier vereinbart ist, noch geeignet ist, den gesamtstaatlichen Haushalt 2005 wieder unter die Maastricht-Kriterien zu bringen. Das hat damit zu tun, dass wir den hinreichenden Subventionsabbau offenkundig nicht vereinbart haben, die Steuersenkung aber kommt. Die Debatte, die wir hier geführt haben, haben wir in Wirklichkeit stellvertretend bereits für das Jahr 2005 geführt. Als Finanzminister bin ich verpflichtet, auf diesen Sachverhalt hinzuweisen. Ich sage das mit allem Nachdruck. Ich muss jetzt Berechnungen anstellen, um zu sehen, was dies nicht 2004, sondern 2005 bedeutet.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich rate uns allen, jetzt nicht ein neues Fass aufzumachen. Wir sollten das so, wie es einvernehmlich berichtet worden ist, als Arbeitsvorgabe nehmen, die wir im Vermittlungsausschuss in den letzten beiden Tagen, die wir noch haben - der eine Tag ist schon angebrochen -, intensiv nutzen. Sonst fahren wir trotz der Einigung möglicherweise aus Verfahrensgründen noch in die Grütze. Das wäre nicht so schön.

Ich rate dazu, dass die fünf - oder wer immer - das jetzt vor der Presse erklären. Währenddessen sollten diejenigen, die im Saal verbleiben, sich darüber verständigen, wie es weitergehen kann.

(BM Joseph Fischer (AA): Wir kommen dann aber nicht mehr zurück!)

- Das ist Ihre Sache. Aber es wäre schön, wenn Sie gemeinsam vor die Presse treten würden. Das wäre für diejenigen, die draußen noch aktiv sind und diese Nacht überstanden haben, eine gute Nachricht, die sie auch begreifen.

Können wir an dieser Stelle einen Punkt machen?

(Abg. Dr. Angela Merkel: Sie wollen uns jetzt loswerden!)

- Nein. Wir wollen uns für die Superleistung bedanken. Das alles wäre ohne Sie nicht gegangen; das wissen Sie. Wir begleiten Sie in Gedanken bei Ihrer Pressearbeit.

Die Übrigen bleiben zusammen und nutzen die Zeit, die wir noch haben, um weiterzuarbeiten.

Darf ich einen Vorschlag machen? Herr Böhmer hat mir vorhin freundschaftlich und konstruktiv, wie er immer ist, gesagt: Eigentlich brauchen wir jetzt eine Pause. Dann müssen wir uns morgen ausgeschlafen wieder zusammensetzen. In der Zwischenzeit können wir alles aufschreiben und durchrechnen.

Ich habe dafür Verständnis. Lieber Herr Böhmer, wir kommen allerdings unter unglaublichen Druck, was die Umsetzung dieses komplizierten Einigungswerkes betrifft. Wir müssen das Ganze Dienstagabend fertig haben, und zwar nicht nur politisch, sondern Herr Schmitt und alle diejenigen, die ihm in den Ministerien zuarbeiten, müssen die vertrackten Texte, kontrolliert durch die Länder-administrationen, gegenchecken, damit wir nicht grobe Fehler machen. Wir müssen den gesamten verbleibenden Montag und drei Viertel des Dienstags für diese Arbeit freihalten, damit etwas Vernünftiges zu Stande kommt. Diese Zeit darf das Plenum nicht noch verkürzen.

Man kann das dadurch überbrücken, dass sich die beiden Arbeitsgruppen, die sich kennen, die vorangekommen sind und die durch die Einigung unserer Spitzen Rückenwind erfahren haben, unverzüglich verständigen, wie sie damit umgehen, und dass sie dann direktemang versuchen, sich mit den Fachleuten zu verständigen, so dass es keinen neuen Umweg über das Plenum gibt. Lieber Herr Böhmer, das ist keine Missachtung Ihres verständlichen Wunsches, sondern blanke Zeitangst. Wir müssen nach diesem langen Anlauf die letzten Stunden nutzen.

Herr Schmitt, der neben mir sitzt und übrigens vorgestern Geburtstag hatte - herzlichen Glückwunsch! -,

(Beifall)

hat mir noch gesagt: Wir dürfen nicht auseinander laufen, ohne ihm und seinen Mitarbeitern heute Nacht zu sagen, dass die Dinge, über die Einigung erzielt worden ist oder so gut wie Einigung erzielt worden ist, die aber über uns hingen, weil alles unter dem Vorbehalt der Einigung über das Gesamte steht, auf den Weg gebracht, formuliert werden können. Das gilt für die Steuerehrlichkeit, Korb II oder Steuervergünstigungsabbaugesetz, Tabaksteuer - obwohl wir uns darüber noch nicht geeinigt haben; ich rieche aber richtiggehend, dass wir uns einigen können -, Sozialhilferecht, große und kleine Handwerksnovelle und die Reformen am Arbeitsmarkt. Christian Wulff hat am Anfang mit seinem jugendlichen Charme ganz locker angeboten - das fand ich sehr ermutigend -, dass wir uns auch beim SGB VI, dem Einspruchsgesetz und dem Zustimmungsgesetz, verständigen könnten.

(Zuruf MP Christian Wulff (NI))

- Gut, aber zumindest aufrufen.

Herr Schmitt bittet um eine Arbeitshilfe. Sagen Sie, wie Sie verfahren wollen, damit er sofort anfangen kann!

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das entspricht genau der Bitte, die ich äußern wollte. Wir müssen jetzt die einzelnen Punkte exakt durchgehen, wobei ich darum bitte, die Rente einzubeziehen.

Ich meine, bei der Handwerksordnung geht es schnell. Herr Stiegler und Herr Koch sollten gleich berichten.

Hinsichtlich der Sozialhilfe sind wir, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, schon übereingekommen. Lediglich die neue Nahtstelle zu Hartz IV müsste sicherheitshalber überprüft werden. Frau Schaich-Walch muss uns sagen, ob es soweit trägt oder einer nochmaligen Überprüfung bedarf.

Was die Rentengesetze angeht, wäre es gut, wenn wir uns darauf verständigen könnten, aus beiden ein echtes Ergebnis zu produzieren.

Zur Tabaksteuer! Nach dem Disput sollten wir uns darauf verständigen, unser Kompromissmodell zu nehmen, d. h. sie ab 1. März in drei Stufen um je 1,2 Cent anzuheben. Das entspricht nicht ganz dem Vorschlag der B-Seite; es ist aber auch längst nicht das, was im ursprünglichen Gesetz stand, nämlich drei Stufen à 1,5 Cent. Ich glaube, das Kompromissmodell ist der verträglichste Weg, um es zu einem Ende zu bringen.

Das wären zunächst einmal die Grobvoten. Es könnte kurz geprüft werden, ob das von Ihnen akzeptiert werden kann.

Die beiden Arbeitsgruppen bitte ich darum, in Zusammenarbeit mit den betreffenden Mitarbeitern der Ministerien die vom Bundeskanzler und den übrigen Mitgliedern der Spitzengruppe vorgetragenen Ergebnisse durchzusehen, zusammenzuführen und zu einem exakten Auftrag umzusetzen. Dies sollte möglichst noch im Anschluss an unsere Sitzung geschehen. Ich meine, es darf nicht lange im Ungewissen schweben, falls die Dinge doch nicht so exakt vereinbart worden sind, wie es notwendig ist. Morgen erinnert sich der eine oder andere vielleicht nur noch an die Hälfte.

Wenn wir den Überblick über die Ergebnisse haben, sollten wir uns darüber verständigen, ob wir im Laufe des heutigen Nachmittags eine weitere Redaktionssitzung brauchen oder ob wir so großes Vertrauen haben, dass die Bereinigungssitzung erst am Dienstagnachmittag stattfinden kann. Das müsste zeitlich ausreichen, um alles auf den Weg zu bringen. Herr Schmitt, Sie müssten das im Einvernehmen mit den Ministerien bewerten. Voraussetzung ist, dass wir exakte, unstrittige Arbeitsaufträge auf den Weg bringen. Daher empfehle ich nach wie vor die Arbeitsgruppensitzung.

Abg. Ludwig Stiegler: Wir waren uns beim Thema "Handwerksordnung" mit Herrn Kauder darin einig, bei der Altgesellenregelung bei drei/drei zu bleiben. Was die Zahl der Gewerke in Anlage A angeht, sind wir aber bereit, auf 41 zu gehen. Somit könnten Sie noch zwei Vorschläge machen. Da Herr Kauder schon einen verbraucht hat, ist bei Ihnen noch einer im Spiel.

(Zuruf: Die Büchsenmacher!)

- Okay, dann die Büchsenmacher. In Bayern sagt man zu jemandem, der eine Tochter bekommt, "Büchsenmacher".

MP Christian Wulff (NI): Ich glaube, diese Fragen können nachts um fünf nach halb vier nicht abschließend geklärt werden. Im Verhältnis zu dem, was wir in den letzten Tagen gemacht haben, ist das, was wir jetzt noch tun müssen, ungleichgewichtig. Es besteht die große Gefahr, dass am Ende Dinge passieren, über die wir uns hinterher ärgern.

Ich schlage vor, die Bundesratsverwaltung zu beauftragen, alles auszudrucken. Am Mittwochmorgen könnte eine Sitzung des Vermittlungsausschusses stattfinden, in der wir alles durchgehen. Bis dahin können insbesondere die Mitarbeiter der Bundes-

tagsfraktionen alles intensiv prüfen. Morgen Nachmittag oder Dienstagmorgen sollte eine kleine Gruppe des Vermittlungsausschusses die Dinge vorbesprechen. Der großen Runde würden dann gut vorbereitete geprüfte Gesetze vorgelegt. Morgen Abend würden wir nur heute Nacht erstellte Gesetze vorgelegt bekommen, die wir in der großen Runde prüfen müssten.

Was die immerhin 950 Millionen Euro und die gesamte Rentenreform anbelangt, ist klar, dass sämtliche B-Länder die Hand zur Rentenreform nicht reichen wollen, d. h. die Einspruchsgesetze werden im Bundesrat keine Zustimmung finden. Das zustimmungsbedürftige Gesetz, in dem es um den Auszahlungstermin der Renten geht, ist unter den B-Ländern noch nicht besprochen; es kann ausgedruckt werden. Es gibt keine Ausfertigungsprobleme, sondern es geht um die Frage, ob zugestimmt wird.

In einzelnen CDU/FDP-Koalitionen gibt es die Tendenz vorzuschlagen, der Bundesregierung in diesem Punkt aus der Patsche zu helfen, ohne damit die Hand zur Rentenreform zu reichen. Diese Entwicklung zeichnet sich in den letzten Wochen ab, um ein unechtes Vermittlungsergebnis zu vermeiden.

Zur Handwerksordnung habe ich allerdings den Wunsch, über die Festlegung drei/drei im Vermittlungsausschuss noch einmal zu diskutieren; das muss nicht heute Nacht sein. Herr Stiegler, Sie sollten ferner den Punkt "Nachweis einer gewissen Ausbildungsqualifikation" eine Sekunde lang überdenken. Nach der vorgesehenen Altgesellenregelung dürfte jemand, der die Meisterprüfung viermal nicht bestanden hat, dennoch ausbilden. Das ergibt sich aus der Kombination der Paragrafen. Diese Festlegung würde großes Aufsehen erregen; denn jeder Schüler soll einen guten Lehrer, jeder Student einen guten Professor haben. Dass Lehrlinge quasi von jedermann ausgebildet werden dürften, wäre brandgefährlich.

Auf der Liste der Gesetze, die Herr Schmitt vorbereiten soll, ist die Änderung des Sozialgesetzbuches noch offen. Dabei geht es insbesondere um den Zusammenhang mit dem Konsulargesetz, Stichwort "Florida-Rolf". Das Volumen beträgt hier 5 Millionen Euro. Wenn wir bei der Rente mit 950 Millionen Euro großzügig sind, könnte die Bundesregierung sagen: In systematischer Hinsicht ist es richtig, das im Konsulargesetz zu regeln.

> (Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Dann müssten wir jetzt noch einmal von vorn anfangen!)

- Herr Schmidt, so kann man es natürlich auch sagen. Diesen Punkt hatten wir ausdrücklich offen gelassen. Von Seiten der Bundesregierung ist signalisiert worden, dass man die Frage Konsulargesetz sehr wohl regeln könne. Sie ist ebenso offen wie

eine Reihe von anderen Fragen, über die wir in der Schlussrunde reden. Es ist nicht so, dass alles abgesegnet worden wäre.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Dann sollten wir die Schlussrunde jetzt aber ordentlich machen!)

- Nein, das müssen wir am Mittwoch machen. Nehmen Sie sich Zeit!

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Am Mittwoch ist alles zu spät!)

- Dann machen wir es am Dienstag.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Herr Wulff, Sie wissen überhaupt nicht, was Sache ist!)

- Niemand von der B-Seite wird etwas beschließen, wenn wir nicht genau wissen, was wir beschließen.

Abg. Volker Kauder: Ich gehe davon aus, dass wir zu den Fragen, die noch offen sind, zu Lösungen kommen. Aber es ist bald 4 Uhr morgens. Um 8 Uhr haben wir alle schon wieder Termine. Irgendwann ist das Ding zu Ende. Im Großen und Ganzen ist zwar eine Einigung erzielt worden; das kann allerdings nicht bedeuten, dass nun auch in den Detailfragen alle Vorgaben der Regierung befolgt werden. Wir würden gern an zwei, drei Punkten noch etwas verändern. Bei der Handwerksordnung akzeptieren wir die Dauer von sechs Jahren Berufserfahrung, weil es nicht anders geht. Ich stelle aber die Frage, ob das Verhältnis statt drei/drei auch zwei/vier sein kann, d. h. wir würden gern größeres Gewicht auf die Dauer der Beschäftigung in leitender Stellung legen. Ich meine nicht, dass sich die Arbeitsgruppen jetzt noch zusammensetzen sollten. Ich schlage vor, dass wir uns heute am frühen oder am späten Nachmittag noch einmal treffen und die Dinge fertig machen.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Herr Vorsitzender, ich bitte um Entschuldigung, wenn ich manchen Äußerungen widerspreche. Die Gesetzgebungsverfahren sind komplex. Die Formulierungen müssen, wie bekannt, im Vermittlungsausschuss als Gesetzestexte beschlossen werden. Zu ihrer Fertigstellung bedarf es einer Abstimmung z. B. zwischen dem Bundesfinanzministerium, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und den betreffenden Landesministerien. Dafür muss Zeit eingeräumt werden.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, auf der Basis der einvernehmlich vorgetragenen Änderungen durchzuentscheiden. Wir sind dazu bereit; die Arbeitsgruppen könnten

ihren Teil in anderthalb Stunden erledigen. Die Beamten wären dabei und hätten ihre Arbeitsaufträge. Sie würden heute in aller Frühe mit der Formulierung beginnen und hätten noch die Möglichkeit, sich mit den Kollegen in den Ländern abzustimmen. Am Dienstag - das ist schon morgen - würde alles in den Vermittlungsausschuss zurückkommen. Ich glaube, es gibt keine andere Möglichkeit, als auf der Basis der frischen Einigung jetzt durchzuentscheiden und die Beamten klar zu beauftragen. Mit allem anderen kämen wir in schweres Wasser.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich bitte um Verständnis, aber um diese Zeit ist das aufregend. Wir kommen nicht daran vorbei, dass wir am späten Dienstagabend mit allem fertig sein müssen. Das bedingt, dass wir uns möglichst kurzfristig über alle noch bestehenden Zweifelsfragen verständigen und die Arbeitsgruppen am heutigen Nachmittag tagen lassen. Oder ist das zu spät?

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ich halte für die Arbeitsökonomie der Beamten den heutigen Nachmittag für zu spät. Sie müssen Gesetzestexte formulieren.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Okay. Dann übernehme ich das.

(Zuruf: Dann müssen sie eben diese Nacht durchmachen!)

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Sie machen schon diese Nacht durch! Sie warten auf unsere Entscheidungen.

Abg. Volker Kauder: Ich bin dazu bereit, das noch einmal zu machen. Aber wenn Sie die Arbeitsgruppen auffordern, sich zusammenzusetzen, muss ich Ihnen sagen, dass nicht alle Mitglieder da sind.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Doch!)

- Nein, bei uns nicht.

(MP Christian Wulff (NI): Die Bundesleute sind alle in Berlin! Die Länder haben es etwas schwerer!)

Mein Vorschlag zur Güte lautet: Okay, jetzt ist die Geschichte herum. Wir können uns auch um 11 oder um 12 Uhr treffen, um das Ding durchzureißen.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das ist zu spät!)

- Das ist doch nicht zu spät! In zwei Stunden wäre alles herum. Dann könnten die Beamten tätig werden.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Auch in dieser Nacht wäre in zwei Stunden alles herum, wenn guter Wille bestünde. Wir alle warten auf eine Entscheidung.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Herr Kauder, die kleinen Arbeitsgruppen - die eine für Wirtschaft und Arbeit, die andere für Steuern und Finanzen - mit den Fachleuten haben wir in dieser Nacht zweimal tagen lassen. Wir brauchen sie nur noch einmal auf den Weg zu schicken, begleitet von den Fachbeamten der Länder und des Bundes; alle sind noch hier und warten. Lassen Sie uns das so machen; sonst kommen wir unter großen Druck.

(Abg. Volker Kauder: Dann brauchen wir nicht alle hier zu sitzen!)

Jetzt ist nur die Frage zu klären, wie wir mit den Restanten umgehen, die nicht strittig sind. Wir müssen aber auch die strittigen Fragen noch klären.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich habe herausgehört: Wir haben uns geeinigt.

Die beiden Geschäftsführer halten es für klug, jetzt die unstrittigen Punkte aufzurufen und Herrn Schmitt zu bitten, in Abstimmung mit den Bundesministerien entsprechende Texte zu liefern. Diese sind dann Grundlage der endgültigen Abstimmung über alle in diesem Verfahren behandelten Vorlagen in der Redaktionssitzung am Dienstag.

Die strittigen Punkte müssten morgen Vormittag in den Arbeitsgruppen aufgerufen werden.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Nein, die Arbeitsgruppen tagen sofort!)

- Die Arbeitsgruppen tagen sofort und versuchen, Lösungen zu finden. Das halte ich für eine wunderbare Einigung. Danke sehr.

Ich rufe entsprechend der Liste von Herrn Schmitt die einzelnen Gesetze auf:

Zum Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit stellt sich die Frage, ob das, was die Großen zur Abgeltungsteuer vereinbart haben, aufgenommen werden muss oder ob das davon unabhängig ist.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Die Protokollerklärung wird in der Sitzung am Dienstag, in der über alles abgestimmt wird, abgegeben.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Aber über das Gesetz können wir doch jetzt abstimmen?

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Das Gesetz ist unstrittig. Die Protokollerklärung wird am Dienstag abgegeben.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Besteht Einigkeit? - Keine Gegenstimmen. - Keine Stimmenthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Korb-II-Gesetz. Dazu liegt ein Einigungsvorschlag vor. Herr Schmitt hat mir mitgeteilt, dass die Texte fertig sind und verteilt werden können.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Korb II mit Verlustberücksichtigung von 60 %.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Das muss noch eingearbeitet werden.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Im Übrigen so, wie beschlossen.

(M Gerhard Stratthaus (BW): Plus Gewerbesteuer!)

- Plus Gewerbesteuer.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Herr Stratthaus nickt; alle nicken. - Keine Gegenstimme. - Keine Stimmenthaltung. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes. Wilhelm Schmidt hat vorgeschlagen, den Kompromiss der A-Seite, der bis zuletzt umstritten war, zu Grunde zu legen.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Ab 1. März drei Erhöhungsschritte um jeweils 1,2 Cent.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Können wir uns darauf verständigen?

Abg. Volker Kauder: Wir wollten eine andere Lösung.

PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Wir können noch den 1. April anbieten, bleiben aber bei 1,2 Cent. Kommen Sie, Herr Kauder! Dann haben wir es erledigt!

Abg. Volker Kauder: Nein.

Abg. Joachim Poß: Ich möchte daran erinnern, dass wir die Frage der Verlustverrechnung normalerweise hätten aufmachen müssen. Wir haben das von der Regelung zu den Versicherungen abhängig gemacht. Darauf wird jetzt verzichtet. Deswegen bitte ich die B-Seite, den Wunsch aufzunehmen, ab 1. März mit 1,2 Cent zu beginnen.

Abg. Volker Kauder: Wir können das schon machen; ich habe nichts dagegen. Aber wir wollen erst einmal sehen, was wir bei der Handwerksordnung noch erreichen können.

Abg. Joachim Poß: Dann müssen wir auch die Regelung zur Verlustverrechnung wieder aufmachen. Mit dem erzielten Ergebnis bin ich überhaupt nicht zufrieden.

Abg. Krista Sager: Das vorliegende Gesetz hat eine völlig andere Basis. Daran möchte ich erinnern.

Abg. Volker Kauder: Wir sind doch gleich fertig! Rufen wir erst die Handwerksordnung auf, dann können wir die Tabaksteuer behandeln!

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ich spüre, dass wir uns darüber einigen können. Wir klammern das aus und rufen das Gesetz zur Änderung der Handwerks-

ordnung auf. Besteht die Möglichkeit, über die große und die kleine Handwerksnovelle gemeinsam zu beraten, oder soll ich sie nacheinander aufrufen?

(Abg. Ludwig Stiegler: Die kleine ist unstreitig!)

Die kleine ist unstreitig.

(Abg. Ludwig Stiegler: Wenn die große kommt!)

Worüber müssen wir bei der großen Handwerksnovelle in der großen Runde noch beraten, Herr Kauder?

Abg. Volker Kauder: Ich möchte noch einmal den Versuch unternehmen, statt drei/drei zu der Lösung zwei/vier zu kommen.

(BM Wolfgang Clement (BMWA): Einverstanden!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Niemand ist dagegen. - Niemand enthält sich. Dann ist auf der Basis 41 Gewerke und zwei/vier Einigung erzielt worden.

(PStS'n Dr. Barbara Hendricks (BMF): Damit auch zur Tabaksteuer!)

Herr Kauder, ist damit auch zur Tabaksteuer Einigung erzielt worden?

Abg. Volker Kauder: Akzeptiert!

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Keine Gegenstimmen. - Keine Enthaltungen. Danke sehr.

Über die kleine Handwerksnovelle waren wir uns schon einig.

Wir kommen zum Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch. Hier gibt es sowohl unstrittige als auch offene Punkte. Muss darüber noch einmal in der Arbeitsgruppe beraten werden?

Abg. Gudrun Schaich-Walch: Erstens. Zum SGB XII gibt es eine Verständigung und damit eine Veränderung. In § 82 hatten wir eine Veränderung der Einkommensgrenzen vorgeschlagen. Die B-Seite hat den Wunsch an uns herangetragen, die Einkommensgrenze bei mindestens 60 v. H. festzulegen und von unserer 50:50-Regelung abzugehen. Damit sind wir einverstanden.

Zweitens. Da die Hartz-Gesetzgebung kommt, haben wir vereinbart, dass auf allen Ebenen die gleiche Gerichtsbarkeit - Sozialgerichte - Anwendung finden soll.

Der dritte Punkt, Sozialhilfe für Deutsche im Ausland, ist noch offen. Herr Wulff hat ihn vorhin angesprochen.

Im Zusammenhang mit Hartz ist ferner die Grenzfrage zum SGB II zu klären: Definition der Personengruppen.

Was die Frage angeht, wie wir mit Deutschen im Ausland umgehen, die Sozialhilfe beziehen, meinen wir, dass die Kommunen, aus denen die betreffenden Menschen kommen, durch die geltende Regelung nicht überfordert werden. Sie kann beibehalten werden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wie kommen wir da voran? Nach der Verabredung müssten wir dieses Thema in die Arbeitsgruppe überweisen.

(Abg. Volker Kauder: Das können wir hier machen! Das bringt in der Arbeitsgruppe auch nicht mehr! - Zuruf MP Christian Wulff (NI))

- Der Spezialist für "Florida-Rolf", Christian Wulff!

MP Christian Wulff (NI): Er kommt aus meiner Heimatstadt, und das Land Niedersachsen zahlt für ihn.

Ich hatte in etwas breiterer Form vorgetragen - das ist nachts sicherlich nicht so angebracht -, dass im Ausland die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Konsulate, die Möglichkeit hat zu beobachten, zu vergeben, zu kontrollieren und gegebenenfalls zu kürzen. Die Länder haben darauf keinen Zugriff. Die Konsulate könnten auch Einfluss darauf nehmen, dass die Kosten nicht ins Unermessliche steigen. Es geht um ein Volumen von etwa 4 1/2 Millionen Euro im Jahr. In systematischer Hinsicht gehört Sozialhilfe im Ausland in das Konsulargesetz, nicht in das Sozialhilferecht. Wir haben den Wunsch, eine entsprechende Regelung zu treffen; sonst haben wir über Weihnachten wieder die "Bild"-Berichterstattung, dass "Florida-Rolf" dieses und jenes über Sozialhilfe bekommt. Sozialhilfe im Ausland ist ein Thema, auf das sich die Medien stürzen. Wenn es Zahlungen auf der Grundlage des Konsulargesetzes sind, ist das leichter zu vertreten. Dieser kluge Gedanke ist einheitlich vorgetragen worden; der Bundesrat hat mit breiter Mehrheit entsprechend beschlossen. Es wäre nicht schlecht, wenn hier nicht nur auf Vorlagen der Bundes-

regierung eingegangen würde, sondern wenn die Bundestagsmehrheit auch einmal auf einen Bundesratsbeschluss einginge. Das wäre ein solcher Fall.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Das tun wir seit zehn Stunden!)

- Herr Schmidt, wenn Sie am Ende einen Strich ziehen, werden Sie sehen: Vieles von dem, was die Bundesregierung vorgeschlagen hat, ist hier durchgelaufen.

Abg. Krista Sager: Herr Wulff, ich versuche, sachlich zu bleiben. Ich weiß nicht, warum Sie diesen "Zwiebelpunkt" um 4 Uhr morgens traktieren müssen. In der Sache ist Ihr Vorschlag nicht gerechtfertigt; denn die gesetzliche Grundlage hat sich verändert. Aktuell sind es etwas mehr als 900 Fälle, in Zukunft werden es deutlich weniger sein. Es handelt sich hauptsächlich um Menschen, die im Ausland z. B. in Haft geraten oder krank geworden sind und deswegen längere Zeit dort verbleiben müssen. Es wird vor allen Dingen darum gehen, deren Vermögensverhältnisse zu Hause ins Auge zu fassen. Das können nicht die Konsulate leisten, das kann nur zu Hause geschehen.

Konsulatsmitarbeiter besuchen z. B. den Beschuldigten im Gefängnis und sorgen dafür, dass er einen Anwalt bekommt. Auf diese Art Nothilfe sind die Konsulate vorbereitet, nicht aber auf die Berechnung von Sozialhilfe.

Herr Wulff, Sie würden einen riesigen Apparat in Gang setzen. Zusätzliche Beamte würden gebraucht, die, falls sie die Sachkunde nicht mitbrächten, erst geschult werden müssten. In zahlreichen Ländern hätten sie maximal einen Fall pro Jahr zu bearbeiten. Das wäre unverhältnismäßig. Deswegen ist die alte Regelung sachgerecht. Ich bitte Sie, das jetzt wirklich zu unterlassen.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wie lösen wir das? Kann man nicht eine Formulierung zur Amtshilfe finden?

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Herr Vorsitzender, die von Herrn Wulff vorgeschlagene Art des Vorgehens wäre Übermaß. Ich will solche Fälle nicht schützen; im Gegenteil, das regt einen ohne Ende auf. Ich meine aber, dass die Systematik der Sozialhilfe so angelegt ist, dass sie bei den Fachämtern bleiben muss. Wenn es sich um Fälle im Ausland handelt, gibt es die Möglichkeit des Amtshilfeersuchens. Dann werden die Konsulate in entsprechender Weise tätig. Es wäre nicht sachgerecht, wenn wir den kleinsten Konsulaten in den 199 Ländern dieser Welt

auftragen würden, die Sozialhilfe für jemanden zu berechnen, der sich dorthin verkrümelt hat.

Wir sollten es so belassen, allerdings unserer Erwartung Ausdruck geben - das kann auch zu Protokoll erklärt werden -, dass das Auswärtige Amt bzw. der Konsulardienst Amtshilfeersuchen nachdrücklich unterstützt. Viel mehr wird uns nicht möglich sein. Ich bitte um Nachsicht. Es geht hier um 4 bis 5 Millionen Euro - das ist ärgerlich genug -, und in der "Bild"-Zeitung wirkt das wie 4 bis 5 Milliarden Euro. Dennoch brauchen wir nicht eine solche Reaktion zu zeigen.

PStS Franz Thönnes (BMGS): Herr Wulff, ich will Ihrem Argument entgegentreten, dass der Eindruck entstehen könnte, wir würden über die Feiertage "Florida-Rolf" wieder möglich machen. Wenn man das Gesetz genau liest, stellt man fest, dass ein derartiger Fall ausgeschlossen ist. In Zukunft soll es im Kern nur noch drei Fälle geben: Jemand befindet sich im Ausland in staatlicher Gewalt und benötigt Hilfe, weil es durchaus Länder gibt, in denen nicht für eine menschenwürdige Verpflegung gesorgt wird; jemand streitet sich um das Erziehungsrecht für die Kinder und muss sich deswegen im Ausland aufhalten; jemand ist nicht transportfähig. Die Prüfung übernehmen die Botschaften vor Ort.

Die Botschaften zahlen zurzeit zwei Monate, bevor die zuständigen Sozialhilfeämter prüfen, ob es Rückgriffsrechte gibt. Diese Frage würde bei einer Übertragung in das Konsularrecht erneut aufgeworfen. Ich meine, wir haben eine gut funktionierende Regelung, die die Fälle eingrenzt. Sie sollte so belassen werden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Es ist schwer, sich jetzt darüber zu einigen. Brauchen wir dazu die Arbeitsgruppe? - Das wollen Sie eigentlich nicht.

Sollen wir eine saftige Formulierung über Amtshilfe vorlegen, damit das nicht ein Schwarzer-Peter-Spiel wird? - Ich spüre, dass irgendwo im Hinterkopf der schwarze Peter ist. Aber die beiden müssen eng zusammenarbeiten; sonst geht es nicht.

Abg. Gudrun Schaich-Walch: Wir hatten ein Problem - da stimme ich Ihnen zu -, aber wir haben es gesetzlich geregelt. Jeder muss in die Bundesrepublik zurückkommen. Ausgenommen sind lediglich die vom Staatssekretär genannten eng begrenzten Fälle, z. B. Krankheit oder Elternrechtsprozess. Im Prinzip ist das Problem "Florida-Rolf" erledigt. Eine Übertragung auf das Konsulargesetz ist nicht notwendig.

(MP Christian Wulff (NI): Wenn die Regelung nicht jetzt kommt, dann spätestens 2006!)

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Ist der Streit beendet? - Herr Wulff greift das Thema nach der nächsten Bundestagswahl wieder auf.

PStS Franz Thönnes (BMGS): Ich habe gerade mit Frau Schaich-Walch gesprochen. Wir müssen zwei Punkte klären. Der erste Punkte betrifft die Abgrenzung von Personen und Leistungsrahmen zwischen SGB XII und Hartz IV. In § 8 Abs. 1 geht es um die Frage, wer erwerbsfähig ist und wer nicht. Der zweite Punkt betrifft § 16 SGB II, die Überführung von Kann-Leistungen in Muss- oder Soll-Leistungen. Das ist so abgesprochen, muss aber noch mit Hartz IV abgestimmt werden. Können wir festhalten, dass die beiden Punkte noch geklärt werden?

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Soll das gleich geklärt werden?

(Zurufe: In der Arbeitsgruppe!)

- Dann geben wir es gleich in die Arbeitsgruppe. Ich bitte darum, dass wir die endgültige Formulierung am Dienstagnachmittag erhalten.

Wir kommen zu dem Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt. Notwendig ist eine Formulierungshilfe zum Arbeitszeitgesetz im Bericht. Haben wir uns darüber geeinigt? - Ist der Zeitpunkt noch offen?

(Zuruf Abg. Klaus Brandner)

- Roland Koch übernimmt die Formulierung von Klaus Brandner. Einverstanden?

(MP Roland Koch (HE): Ausnahmsweise!)

Wissen alle, worüber sie sich geeinigt haben? - Roland Koch, worauf haben Sie sich geeinigt?

MP Roland Koch (HE): Zum einen ging es um die Länge der Übergangsfrist. Geplant war Ende Mai, wir haben uns auf den 31. Dezember 2005 geeinigt.

Die zweite Frage betraf die Widerspruchsfrist. Nach langem heftigen Kampf haben wir uns auf sechs Monate verständigt.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir halten fest, dass auf dieser Basis Verständigung erzielt worden ist. - Keine Gegenstimmen. - Keine Stimmenthaltungen. Dann ist das so beschlossen. Die Beamten wissen, was sie formulieren müssen.

Die letzten beiden Gesetze betreffen das SGB VI. Christian Wulff hat vorhin gesagt, beim Einspruchsgesetz bestehe keine Einigungschance. Er rät - so habe ich ihn verstanden -, hier dreimal Nichteinigung festzustellen und die Sache in den Bundesrat zurückzuverweisen. - Wir beschließen Nichteinigung, was das Einspruchsgesetz zur Änderung des SGB VI angeht.

Er hat ferner vorgeschlagen zu überlegen, wie wir bis Dienstag, 17 Uhr noch die Zustimmung zum Zustimmungsgesetz erhalten könnten. So habe ich ihn verstanden. Was müssen wir tun, damit das möglich wird?

(MP Roland Koch (HE): Überlegen!)

- Wir überlegen.

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich beantrage, das Zweite Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze zu bestätigen!)

Es ist beantragt worden, das Zweite Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze zu bestätigen. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - 16 Stimmen. Gegenprobe! - 16 Stimmen.

Ich stelle fest, dass eine Einigung nicht zu Stande gekommen ist. Damit ist der erste Einigungsversuch zu dem Gesetz gescheitert.

Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Ich bitte darum, dass wir unter Verzicht auf die Ladungsfrist unmittelbar im Anschluss die zweite Sitzung zu dem Gesetz durchführen.

Abg. Volker Kauder: Wir verzichten auf die Ladungsfrist.

Vors. Bgm. Dr. Henning Scherf (HB): Die zweite Sitzung zu dem Gesetz findet unmittelbar im Anschluss an diese Sitzung statt.

Das Angebot, sich über das Zustimmungsgesetz zu verständigen, nutzen wir. Wir rufen es am Dienstag, 17 Uhr wieder auf. Bis dahin wird alles vorbereitet, damit es zumindest aus technischen Gründen nicht unmöglich ist, noch eine Einigung zu erzielen.

Die Arbeitsgruppen werden aufgefordert, die Umsetzung dessen, was sich auf der Basis der großen Einigung ergibt, gleich im Anschluss anzupacken.

Wir kommen dann nicht mehr heute, sondern erst am Dienstag um 17 Uhr wieder zu einer Plenarsitzung des Vermittlungsausschusses zusammen.

Für das weitere Verfahren schlage ich dem Ausschuss Folgendes vor: Die betroffenen Ressorts werden gebeten, der Geschäftsstelle bis Montag, 15. Dezember, 19 Uhr, per E-Mail eine Umsetzung der beschlossenen Einigungsvorschläge in Gestalt ausformulierter Änderungsbefehle zu den jeweiligen Gesetzen vorzulegen. Diese werden dann Gegenstand der endgültigen Abstimmung über alle Vorlagen dieses Verfahrens am Dienstag sein. Soweit sich kein Widerspruch dagegen erhebt, ist das so beschlossen. - Alle sind einverstanden.

Abg. Volker Kauder: Brauchen wir eine Vorbesprechung zur Sitzung des Vermittlungsausschusses am Dienstag?

(Abg. Wilhelm Schmidt (Salzgitter): Eine Stunde reicht hin!)

- 16 Uhr. Einverstanden.

Vors. Bgm Dr. Henning Scherf (HB): Wir sind am Ende eines anstrengenden Tages angelangt. Ich bewundere Sie allesamt wegen Ihrer Kondition, Geduld und Disziplin. Ich hatte mir trotz meines Optimismus nicht vorstellen können, dass wir so gut durchkommen. Ich danke Ihnen allen.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen, dass Sie mit dem restlichen Tag etwas Gutes anfangen können.

(Schluss: Montag, 15. Dezember 2003, 4.07 Uhr)